

DER BÜRGER IM STAAT

1-2010



Autoritäre Regime

DER BÜRGER IM STAAT

HEFT 1–2010
60. JAHRGANG
ISSN 0007–3121

„Der Bürger im Staat“ wird von der Landeszentrale
für politische Bildung Baden-Württemberg herausgegeben.

DIREKTOR DER LANDESZENTRALE

Lothar Frick

REDAKTION

Siegfried Frech, siegfried.frech@lpb.bwl.de

REDAKTIONSASSISTENZ

Barbara Bollinger, barbara.bollinger@lpb.bwl.de

ANSCHRIFT DER REDAKTION

Stafflenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Telefon 0711/164099-44, Fax 0711/164099-77

HERSTELLUNG

Schwabenverlag Media der Schwabenverlag AG
Senefelderstraße 12, 73760 Ostfildern-Ruit
Telefon 0711/4406-0, Fax 0711/442349

GESTALTUNG TITEL

Bertron.Schwarz.Frey, Gruppe für Gestaltung, Ulm

GESTALTUNG INNENTEIL

Britta Könen, Schwabenverlag Media
der Schwabenverlag AG

VERTRIEB

Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH
Postfach 1207, 70773 Filderstadt
Telefon 0711/7001530, Fax 0711/70015310

Der Bürger im Staat erscheint vierteljährlich.
Preis der Einzelnummer 3,33 EUR.
Jahresabonnement 12,80 EUR Abbuchung.

Bitte geben Sie bei jedem Schriftwechsel mit
dem Verlag Ihre auf der Adresse aufgedruckte
Kundennummer an.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung des Herausgebers und
der Redaktion wieder.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte
übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf elektronischen Daten-
trägern sowie Einspeisung in Datennetze nur
mit Genehmigung der Redaktion.

INHALT

Holger Albrecht / Rolf Frankenberg Die „dunkle Seite“ der Macht: Stabilität und Wandel autoritärer Systeme	4
Petra Stykow Autoritäre Systeme in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion	14
Rolf Frankenberg Institutioneller Wandel in Russland – Die Konsolidierung der Autokratie	24
Christoph H. Stefes Regimebeständigkeit und „Revolution“: Armenien und Georgien im Vergleich	32
Heike Holbig Die Finanzkrise in China: Auswirkungen auf die Legitimität der Parteiherrschaft	38
Marco Bunte Autoritäre Regime in Südostasien: Persistenz und Wandel von Militärregimen	44
Maria Josua Autoritäre Regime im Vorderen Orient: Herrschaftssicherung trotz Herrscherwechsel	52
Thomas Demmelhuber Das Familienunternehmen Ägypten	59
Michael Schmidmayr Die Modernisierung des Autoritarismus in den arabischen Golfstaaten	66
Jörg Kemmerzell Autoritäre Regime im Afrika	74
Beatrice Schlee Politische Apathie als Antwort auf die Krise in Simbabwe	83
Peter Thiery Autoritarismus und Demokratie in Lateinamerika	95
Franziska Stehnken Kuba – Im Herbst der Patriarchen	101

THEMA IM FOLGEHEFT

Italien

Aus urheberrechtlichen Gründen
kann dieses Bild in der Online-Version
nicht angezeigt werden.

Die südlich der Sahara gelegenen Länder Afrikas sind nach wie vor eine Hochburg nicht-demokratischer Regime. Viele dieser Staaten sind sogenannte elektorale Autokratien, in denen sich die postkoloniale Herrschaftspraxis hinter der Fassade eines scheinbar demokratischen Staates verbirgt.

picture-alliance

Autoritäre Regime

Die „Dritte Welle“ der Demokratisierung, die Anfang der 1980er Jahre begann und mit dem Zusammenbruch des osteuropäischen Sozialismus ihren Höhepunkt fand, nährte die Hoffnung, dass sich Demokratien westlichen Zuschnitts über kurz oder lang weltweit durchsetzen würden. Dieser Optimismus jedoch wurde recht bald enttäuscht. Ein Blick auf die Weltkarte zeigt, dass autoritäre politische Systeme im 21. Jahrhundert – entgegen der normativen Werte westlicher Demokratieforschung – eine politische Konstante sind. Holger Albrecht und Rolf Frankenberg geben im einführenden Beitrag einen Überblick über das Phänomen autoritärer Systeme. In einem ersten Schritt nähern sie sich den verschiedenen Spielarten autoritärer Herrschaft zunächst über empirische Befunde. Gängige Definitionen und Perspektiven der Autoritarismusforschung zeigen, dass autoritäre politische Systeme im Wesentlichen als Nicht-Demokratien und somit als „dunkle Seite“ der Ausübung politischer Macht konzipiert sind. Der Beitrag unternimmt den Versuch, die Kernelemente und Funktionsweisen autoritärer Systeme herauszuarbeiten und reißt zum Abschluss einige zentrale Forschungsfelder an, wie sie auch Gegenstand der weiteren Beiträge in diesem Heft sind.

Zwei Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist – von den drei baltischen Staaten abgesehen – in den anderen zwölf postsowjetischen Staaten der Übergang zur Demokratie gescheitert. Werden einige von ihnen als reine Autokratien angesehen, sind andere durch Institutionen und Prozesse geprägt, die sowohl demokratische als auch autoritäre Elemente aufweisen. Obwohl es Parlamente, Parteien und Wahlen gibt, ist deren Wirkungskraft beeinträchtigt. Kennzeichen dieser sogenannten hybriden Regime ist die ausgeprägte Dominanz der staatlichen Exekutive über die gesamte Politik. Im Folgeschritt konzentriert sich Petra Stykow auf die Präsidentschaftswahlen, die in den letzten zwei Dekaden in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion stattgefunden haben. Die allermeisten dieser Wahlen sind ein Beleg für die Reproduktion (semi-)autoritärer Regime, für die sich eine eigentümliche Verbindung von formal-demokratischen Institutionen und autoritären Praktiken aufzeigen lässt.

Wenn die Rede von Autokratien ist, denkt man meist an Willkür, Unterdrückung und Zensur. Der Begriff der „Institution“ steht dabei kaum im Fokus der Aufmerksamkeit. Und dabei ist gerade

die institutionelle Ordnung in der politikwissenschaftlichen Analyse autoritärer politischer Systeme von erheblicher Bedeutung. Die entscheidende Frage ist hierbei, wie Machtverhältnisse so strukturiert werden können, dass sie dauerhafte und verlässliche Herrschaftsverhältnisse bilden. Rolf Frankenberg illustriert am Beispiel Russlands, dass den Institutionen des politischen Systems und deren zielgerichtete Veränderung eine wichtige Funktion bei der Sicherung politischer Herrschaft in einer Autokratie zukommt. An drei Veränderungen der institutionellen Ordnung (Föderalreform, Neuordnung des Parteiensystems, Reform des Wahlsystems) wird erörtert, welche Effekte dies für die Sicherung der politischen Macht in Russland zeitigt.

Armenien und Georgien sind zwei der Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die die Hoffnung enttäuscht haben, dass sich nach dem Fall des Kommunismus demokratische Strukturen in der eurasischen Region etablieren würden. Zwar gibt es in beiden Ländern ein Mindestmaß an bürgerlicher und politischer Freiheit, aber die Opposition wird von den Machthabern gegängelt und Wahlen sind selten fair. In der Politikwissenschaft gelten solche Herrschaftstypen, die in der Grauzone zwischen Demokratie und Diktatur operieren („hybride Regime“), als instabil. Tatsächlich wurde die georgische Regierung unter Präsident Eduard Schewardnadse 2003 durch Massenproteste zum Rücktritt gezwungen und durch eine demokratischere Alternative ersetzt. In Armenien hingegen hat sich seit den frühen 1990er Jahren ein semi-autoritäres Regime etabliert. Durch einen Vergleich dieser beiden Länder versucht Christoph H. Stefes die (In-)Stabilitätsfaktoren hybrider, insbesondere semi-autoritärer Regime zu identifizieren.

Autoritäre Regime agieren nicht losgelöst von der internationalen Staatenswelt. Heike Holbig beschreibt die Auswirkungen der globalen Finanzkrise auf die Legitimität der chinesischen Parteiherrschaft. Ihre Analyse fußt auf einem mehrdimensionalen Verständnis politischer Legitimation, das sich in die Aspekte der Legalität, der normativen Rechtfertigung von politischer Autorität sowie der öffentlichen Konsensbezeugung aufzählen lässt. Gerade am Beispiel Chinas erlaubt dieser Ansatz eine dynamische Perspektive auf Mechanismen der Schaffung – wie auch des Verlusts – von Legitimität: China ist es sehr wohl gelungen, die Finanzkrise als Anlass für einen längst überfälligen Modellwechsel – weg von der „Werkbank

der Welt“ und hin zu einem seit 2003 propagierten Konzept, das eine sozial und ökologisch verträgliche Entwicklung sowie eine Balance zwischen Binnen- und Außenwirtschaft anstrebt – zu nutzen. Der stete Verweis Chinas auf seine nationale Souveränität diene angesichts der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise zwar zur Rechtfertigung der Autorität der chinesischen Parteiherrschaft, offenbarte jedoch Konfliktpotenziale zwischen inneren und externen Legitimationsstrategien.

Südostasien ist ein „Flickenteppich“ politischer Herrschaft. Hier findet sich gegenwärtig – neben jungen Demokratien und hybriden Regimen – die ganze Bandbreite autoritärer Herrschaftsformen. Das breite Spektrum der politischen Systeme verschleiert jedoch den großen Einfluss des Militärs auf die Politik. Wenngleich reine Militärdiktaturen von der Weltkarte nahezu verschwunden sind, agiert das Militär in mehreren Staaten Südasiens im Hintergrund und kontrolliert die zivile Regierung. Obwohl in ehemaligen Militärregimen heute mehr oder weniger demokratische Wahlen stattfinden, lassen die Schwäche der Parteien und zivilen Institutionen dem Militär einen großen Spielraum zur Beeinflussung der Politik. Marco Bunte analysiert in exemplarischen Länderstudien die unterschiedlichen Formen, Funktionen und Entwicklungsdynamiken der militärischen Herrschaft in Südostasien. In einem historischen Längsschnitt werden Stabilität und Wandel der Militärregime in Myanmar, in Thailand, auf den Philippinen und in Indonesien erörtert.

Das als „Dritte Welle“ der Demokratisierung apostrophierte Phänomen hat im Vorderen Orient keinen einzigen Fall eines Systemwechsels hin zur Demokratie hinterlassen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, sind alle Staaten in dieser Region autoritärer Art. Eine Besonderheit hierbei ist die übermächtige Stellung der Herrscher in diesen sogenannten neopatrimonialen Systemen. Damit ergibt sich stets das Problem der Machtübertragung bei einem anstehenden Herrscherwechsel, der letztlich die Stabilität und Reproduktion des autoritären Regimes nicht gefährden darf. Maria Josua erörtert den typischen Ablauf dieses Prozesses und analysiert die einzelnen Phasen einer dynastischen Nachfolge bzw. Machtübertragung. An aktuellen Beispielen werden die Maßnahmen, die für einen reibungslosen Ablauf der Machtübergabe notwendig sind, plastisch geschildert: die Einbindung „neuer“ und „alter“ Eliten; die strategische Indienstrategie des Militärs;

die nach dem Machtwechsel initiierte – jedoch den Regimeerhalt nie gefährdende – Politik der Liberalisierung sowie die Legitimierungsstrategien, die sich um die scheinbare „Verfassungsmäßigkeit“ der Machtübertragung bemühen.

Ägypten mit seiner regionalen Rolle als Leitakteur – vor allem als Vermittler im Kontext des Nahostkonflikts –, wird meist als Trendsetter in politischer, ökonomischer und kultureller Hinsicht für die Region des Nahen und Mittleren Ostens betrachtet. Der seit 1981 amtierende ägyptische Staatspräsident Hosni Mubarak überraschte nach einer im Sommer 2004 vollzogenen Auswechslung der Regierungsmannschaft mit einem politischen und ökonomischen Reformaktivismus, der regional und international aufmerksam verfolgt wurde und einige vorschnelle Analysen dazu verleitete, den „Kairoer Frühling“ (in Anlehnung an den „Prager Frühling“ von 1968) auszurufen. Daraus aber einen demokratischen Wandel abzuleiten, wäre falsch. Die Reformen sind vielmehr der Versuch, einen grundlegenden Reformprozess zu vermeiden. Die Ziele und Motive des Reformprozesses dienen laut Thomas Demmelhuber nur der langfristigen Herrschaftssicherung.

Die sich als Teil der islamischen Welt verstehenden sechs Mitglieder des Golfkooperationsrates (Gulf Cooperation Council) sind allesamt Rentierstaaten, die sich ihre Regimestabilität über eine großzügige Alimentierung der Bevölkerung sichern und damit letztlich ein klassisches Klientenverhältnis aufrechterhalten. Die Notwendigkeit, Reformen von oben einzuleiten, entsteht zumeist in Krisenzeiten, wenn Ausgabenkürzungen den Konsens zwischen Regierenden und Regierten in Frage stellen und den Druck „von unten“ steigen lassen. Reformdruck entsteht auch dann, wenn das politisch-ökonomische System an die Gegebenheiten des Weltmarktes angepasst werden muss. So konnten sich die arabischen Staaten in den letzten Jahren der Liberalisierung des Welthandels nicht entziehen. In der Regel tasten diese Reformen – so Michael Schmidmayr – die grundsätzlichen politischen Funktionsweisen des Regimes nicht an. Die Regierungseliten der Golfstaaten sind eben keine „aufgeklärten Autokraten“, sondern autoritäre Machthaber, die sich aus strategischem Kalkül auf Reformen einlassen, diese jedoch zu ihren Gunsten wenden und in einer adaptierten Form realisieren.

Die südlich der Sahara gelegenen Länder Afrikas sind nach wie vor eine Hoch-

burg nicht-demokratischer Regime. Trotz der vor zwanzig Jahren initiierten Liberalisierungs- und Demokratisierungsprozesse haben sich in etwa der Hälfte der Staaten autoritäre Regime konsolidiert bzw. in Folge gewaltsamer Regimewechsel neu ausgebildet. Viele dieser Staaten sind sogenannte elektorale Autokratien, in denen sich die postkoloniale Herrschaftspraxis hinter der Fassade eines scheinbar demokratischen Verfassungsstaates verbirgt. Jörg Kemmerzell klassifiziert eingangs diese Regime und analysiert in einem Folgeschritt den historischen Kontext des postkolonialen Staates sowie dessen nachwirkendes Erbe. Des Weiteren werden die Erklärungsmodelle der Persistenz autoritärer Herrschaft vorgestellt und am Beispiel afrikanischer Staaten diskutiert. Ein Schwerpunkt wird hierbei auf die Problemfelder der Rentenökonomie, auf den sogenannten „Ressourcenfluch“ und auf die staatlichen Strukturen gelegt, die zur Aufrechterhaltung autoritärer Herrschaft beitragen können.

Obwohl die Bevölkerung Simbawes unter einer verheerenden Krise leidet, hält sich Robert Mugabe immer noch an der Macht. Ein entscheidender Faktor für die Stabilität des autoritären Regimes ist die politische Apathie der Bevölkerung. Das Regime hat nicht trotz, sondern aufgrund der ökonomischen Krise überlebt. Das von Beatrice Schlee gezeichnete Stimmungsbild der Bevölkerung zeigt das Ausmaß politischer Ohnmacht und den Grad an Demütigung, den der wirtschaftliche Fall des einstigen Musterlandes herbeigeführt hat. Die Krisenjahre haben zu einer beispiellosen Verarmung der Bevölkerung geführt. Die täglichen Anstrengungen, die der Einzelne vollbringen muss, um das Überleben zu sichern, konzentrieren die Energie auf andere Bereiche als die des Politischen. Migration, Zuflucht in Heilsversprechungen der Freikirchen oder andere Formen der Kompensation machen das Leben einigermaßen erträglich.

Die Demokratie hat in Lateinamerika – gerade mit Blick auf die historischen Erfahrungen – erstaunlich fest Fuß gefasst. Seit den 1980er und 1990er Jahren etablierten sich in vielen Staaten demokratische Regierungen. Die massive autoritäre Regression in den 1960er und 1970er Jahren, die einem regionalen Dominoeffekt gleichkam, scheint längst überwunden. Offenkundig ist jedoch, dass manche dieser Demokratien auf schwachen Fundamenten stehen und demokratische Defizite aufweisen. Grundlegende Minimalbedingungen

demokratischer Systeme wie Gewaltenteilung, Rechtsstaat, Versammlungs- und Pressefreiheit sowie das zentrale Element freier und fairer Wahlen funktionieren oftmals nicht hinreichend. Autoritäre Regressionen wie in Peru und Venezuela sind zwar die Ausnahme, geben jedoch mit Blick auf die „Modellwirkung“ für andere Staaten Lateinamerikas Anlass zu Sorge. Die derzeit wohl größte Gefahr für die Handlungsfähigkeit lateinamerikanischer Demokratien – so Peter Thiery – ist das Problem der organisierten Kriminalität, das wesentlich zur Erosion des staatlichen Gewaltmonopols und zur Gewöhnung an defekte Demokratien beiträgt.

Ein halbes Jahrhundert nach der kubanischen Revolution übertrug Fidel Castro die Macht an seinen nur fünf Jahre jüngeren Bruder Raúl. Die Machtübergabe kann jedoch keineswegs als demokratischer Aufbruch gewertet werden. Genauso wenig wie der Zusammenbruch des osteuropäischen Sozialismus Kuba etwas anhaben konnte, widersteht Kuba immer noch jedem Demokratisierungsdruck. Franziska Stehnen geht der Frage nach, wie Kuba es bisher geschafft hat, das Überleben seines autoritären Systems zu gewährleisten. Die gegenwärtige Reformpolitik auf Raten zielt darauf ab, die Akzeptanz des Regimes und das Erbe der kubanischen Revolution zu sichern. Der Staat als „Torwächter“ belohnt Systembefürworter, reguliert den begehrten Zugang zum Devisensektor, kontrolliert jegliche Form der Opposition und bestraft Systemgegner. Dabei kann sich der bürokratisch-autoritäre Herrschaftsapparat auf Militär und Partei als wesentliche Stützen des Systems verlassen. Die Pflege altbewährter Feindbilder – so die USA als „treuer Feind im Norden“ – und die wohlfahrtsstaatlichen Leistungen sind entscheidende Legitimationsquellen, welche die Stabilität des autoritären Regimes garantieren.

Allen Autorinnen und Autoren sowie Holger Albrecht und Rolf Frankenberger, die mit ihrem fachkundigen Rat wesentlich zum Entstehen des Heftes beigetragen haben, sei an dieser Stelle gedankt. Nicht zuletzt geht ein herzlicher Dank an Franziska Plümmer, die mit der notwendigen wissenschaftlichen Genauigkeit und mit großer Umsicht die Manuskripte redigiert und druckreif gemacht hat. Dank gebührt auch dem Schwabenverlag für die stets gute und effiziente Zusammenarbeit.

Die „dunkle Seite“ der Macht: Stabilität und Wandel autoritärer Systeme

Holger Albrecht / Rolf Frankenberger

Autoritäre politische Systeme sind außerhalb der OECD-Welt auch im 21. Jahrhundert ein bedeutendes empirisches Phänomen. Entgegen aller aus der normativen Werte der westlichen Demokratie- und Demokratisierungsforschung geäußerten Hoffnungen scheinen sie eine Konstante der real existierenden Regierungsformen zu bleiben. Holger Albrecht und Rolf Frankenberger geben einführend einen Überblick über das Phänomen autoritärer Systeme. In einem ersten Schritt nähern sich die Autoren dem Forschungsgegenstand über empirische Befunde. Eine Diskussion der definitorischen Debatten zeigt, dass in einer am normativen Muster der Demokratie orientierten empirischen Forschung autoritäre politische Systeme im Wesentlichen als Nicht-Demokratien und somit als „dunkle Seite“ der Ausübung politischer Macht konzipiert sind. Der Beitrag unternimmt hingegen den Versuch, die Kernelemente und Funktionsweisen autoritärer Systeme herauszuarbeiten und reißt zum Abschluss einige zentrale Forschungsfelder an, wie sie auch Gegenstand der weiteren Beiträge in diesem Heft sind.

Autoritarismusforschung als „Forschungsrandgebiet“?

In dem von ihm 2008 herausgegebenen Sammelband „Comparative Politics“ definiert Daniele Caramani die Vergleichende Politikwissenschaft als eine der drei zentralen Subdisziplinen der Politikwissenschaft, welche sich konzentriert auf „internal political structures, actors, and processes, and analysing them empirically by describing, explaining, and predicting their variety (similarities and differences) across political systems – be it national political systems, regional, municipal, or even supra-national political systems“ (Caramani 2008, S. 2). Neben Theorien und Methoden, Strukturen und Institutionen, Akteuren und Prozessen beinhaltet dieses Buch auch einen Abschnitt mit Kapiteln zu demokratischen, totalitären und autoritären Systemtypen. Dies lässt eigentlich erwarten, dass in der Vergleichenden Politikwissenschaft sowohl in Forschung als auch Lehre alle politischen Systeme hinsichtlich der formu-

lierten Kriterien ausführlich untersucht werden. Allerdings ist die Beschäftigung mit der gesamten Breite des Spektrums von politischen Systemen und insbesondere das explizite Einbeziehen autoritärer politischer Systeme schon fast ein Alleinstellungsmerkmal dieser Publikation, wie die Durchsicht von 33 neueren deutsch- und englischsprachigen Übersichts- und Lehrwerken zur Vergleichenden Politikwissenschaft ergibt. Insgesamt zeigt sich ein starkes Übergewicht der Beschäftigung mit Demokratien.¹ Das Ergebnis des nicht nur in Lehrbüchern vorzufindenden Ungleichgewichts ist, dass demokratische politische Systeme vergleichsweise gut erforscht sind. Dies gilt auch und insbesondere für erfolgreiche Prozesse der Demokratisierung und der demokratischen Konsolidierung, die spätestens seit der so genannten dritten Demokratisierungswelle in den 1970er Jahren aus den verschiedensten Perspektiven heraus gründlich erforscht wurden (vgl. Levitsky/Way 2002; Armony/Schamis 2005 sowie Schlumberger/Karadag 2006). Das deutliche Übergewicht der Erforschung von Wandlungsprozessen weg von autoritären politischen Systemen bei gleichzeitiger Vernachlässigung der Erforschung von Prozessen, Strukturen und Akteuren innerhalb autoritärer politischer Systeme wird mithin auch als „democracy-bias“ (vgl. zur Diskussion etwa Albrecht/Frankenberger 2010) bezeichnet.

Autokratiemessung

Durch die Konzentration auf die „helle Seite“ der Macht (Demokratie) wurde lange Zeit die „dunkle Seite“ (Autokratie) vernachlässigt. Dass diese jedoch einen bedeutsamen Anteil der existierenden politischen Systeme ausmachen, lässt sich empirisch sehr gut nachweisen. Verschiedene Indizes zur Messung von bestimmten Eigenschaften politischer Systeme liefern einen starken empirischen Befund zur Bestätigung der Annahme, dass sich einerseits Demokratie als Staatsform im vergangenen Jahrhundert über den gesamten Globus ausgebreitet hat, andererseits jedoch eine Vielzahl nicht-demokratischer politischer Systeme existieren. Exemplarisch werden hier die Indizes Polity IV, Free-

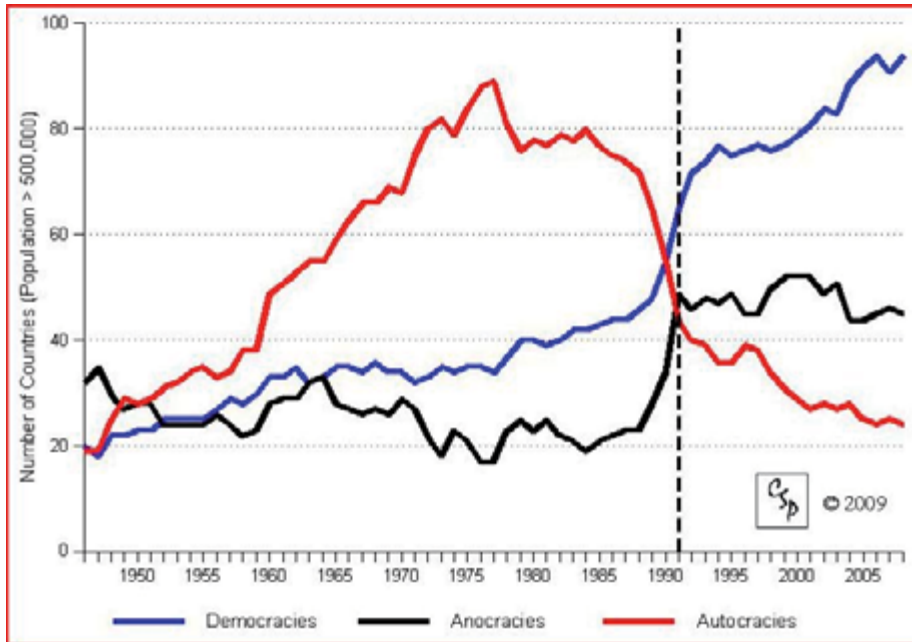
dom in the World und der Bertelsmann Transformation Index vorgestellt.

Die Datenserie des Polity IV-Projekts

Das im Center for Strategic Peace der George Mason University in Fairfax, Virginia, verankerte Polity IV-Projekt sammelt Daten bezüglich der institutionellen Ordnung in politischen Systemen und bereitet diese für quantitative Vergleichsstudien auf. Grundlegend dafür ist die Idee, dass die in der Regel in den jeweiligen Verfassungen festgelegte institutionelle Ordnung von entscheidender Bedeutung für die Typologisierung und Qualität politischer Systeme ist. Auf der Basis dieser Daten lassen sich zum einen Entwicklungen von Staaten über die Zeit nachvollziehen und zum anderen so genannte „turning points“ identifizieren – Zeitpunkte an denen es zu substantiellen Veränderungen des institutionellen Gefüges in einzelnen Staaten kam. Insgesamt umfasst der Datensatz Informationen zu allen wichtigen unabhängigen Staaten mit mehr als 500.000 Einwohnern über den Zeitraum von 1800 bis 2008. Aktuell sind 163 Staaten erfasst. Damit stehen auf der Homepage des Projekts durchgängige Daten zu Veränderungen in der institutionellen Ordnung sowie der Ausprägungen und der Veränderungen von Herrschaftscharakteristika zur Verfügung. Polity IV unterscheidet ein Spektrum von Regierungsformen, die auf einer 21 Punkte-Skala zwischen den Extrempolen „fully institutionalized autocracy“ (-10) und „fully institutionalized democracy“ (+10) zu verorten sind. In der Mitte zwischen diesen Polen liegt die dritte Form der „mixed, or incoherent, authority regimes“. Um empirisch aufzufindende politische Systeme eindeutig kategorisieren zu können, wird eine Trias von Autokratie (Werte von -10 bis -6), Anokratie (-5 bis +5) und Demokratie (+6 bis +10) vorgeschlagen, die auch in Abbildung 1 Verwendung findet. Polity IV unterscheidet zwischen Demokratie, Anokratie und Autokratie über die kumulierte Ausprägung von fünf Indikatoren:

- Wettbewerbsförmigkeit der politischen Partizipation;
- Regulierung von Partizipation;
- Offenheit der Rekrutierung der Exekutiven;

Abbildung 1: Regierungsformen nach Polity IV



Quelle: <http://www.systemicpeace.org/polity/polity4.htm>

- Wettbewerbsförmigkeit der Rekrutierung der Exekutiven;
- Grenzen der Machtausübung der Exekutive.

Autokratie wird definiert als Restriktion oder Unterdrückung politischer Partizipation, geschlossene und nicht-kompetitive Rekrutierung der Exekutiven innerhalb der politischen Elite sowie die weitestgehende Abwesenheit institutioneller Kontrolle der Machtausübung.

Demokratie ist im Gegensatz dazu definiert als das Vorhandensein von Institutionen und Prozessen, welche es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, ihre Präferenzen bezüglich Politiken und Führern frei zu äußern, als die Existenz institutionalisierter Grenzen der Machtausübung der Regierung sowie die Garantie bürgerlicher Rechte im Alltag und in der politischen Partizipation. Anokratien werden dementsprechend als Mischtypen definiert, was zur Folge hat, dass diese sehr unterschiedliche Kombinationen von Ausprägungen annehmen können.

Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der Anzahl von Demokratien, Anokratien und Autokratien im Zeitraum von 1947 bis 2008. Dabei ist zu erkennen, dass die Anzahl von Autokratien seit 1977 fast stetig zurückging und 2008 noch 24 Länder umfasst.² Gleichzeitig nahm die Zahl der Anokratien mit 40 in 2008 (davon 23 mit Werten unter 0) ebenso wie die der Demokratien mit 94 deutlich zu.

Der Freedom in the World Index

Die 1941 in den USA gegründete unabhängige und gemeinnützige Organisation Freedom House hat sich selbst die

Aufgabe der Verbreitung von Freiheit und Demokratie gegeben. Der Arbeit von Freedom House liegt die normative Position zu Grunde, die liberale Demokratie sei die beste politische Ordnung zur Verbreitung von Freiheit und demokratischen Werten. In der empirischen Arbeit spiegelt sich diese Perspektive in einem wissenschaftlich fundierten Forschungsleitfaden und einer differenzierten Methode wider, die unter anderem die Demokratiekriterien von Robert Dahl messen. Dies sind neben Organisations-, Informations- und Meinungsfreiheit vor allem institutionelle Absicherungen von Wahlen: das allgemeine Wahlrecht; das Recht politischer Führer, in einen Wettbewerb um Unterstützung einzutreten; das Recht, für ein öffentliches Amt zu kandidieren; freie und faire Wahlen; Institutionen, welche das Regieren von Wählerstimmen und anderen Ausdrucksformen von Präferenzen abhängig machen (Dahl 1971, S. 2–3).

Freedom House erfasst im Freedom in the World Index den Status politischer Rechte und den Status der Freiheitsrechte auf einer aggregierten Skala von 1 bis 7. Länder mit Werten von 1.0 bis 2.5 gelten als „frei“, Länder mit Werten von 3.0 bis 5.0 als „teilweise frei“ und Länder mit Werten von 5.5 bis 7.0 als „nicht frei“. Im Unterschied etwa zu Polity IV wird dabei nicht nur die institutionelle Ordnung erfasst, sondern auch deren Vollzug im Alltag. Mithin wird die Verfassungspraxis stärker betont, also etwa die Überformung von Freiheitsrechten durch den Missbrauch von Ämtern. In diesem Sinne werden Autokratien oder Demokratien nicht explizit als poli-

DIE „DUNKLE SEITE“ DER MACHT: STABILITÄT UND WANDEL AUTORITÄRER SYSTEME

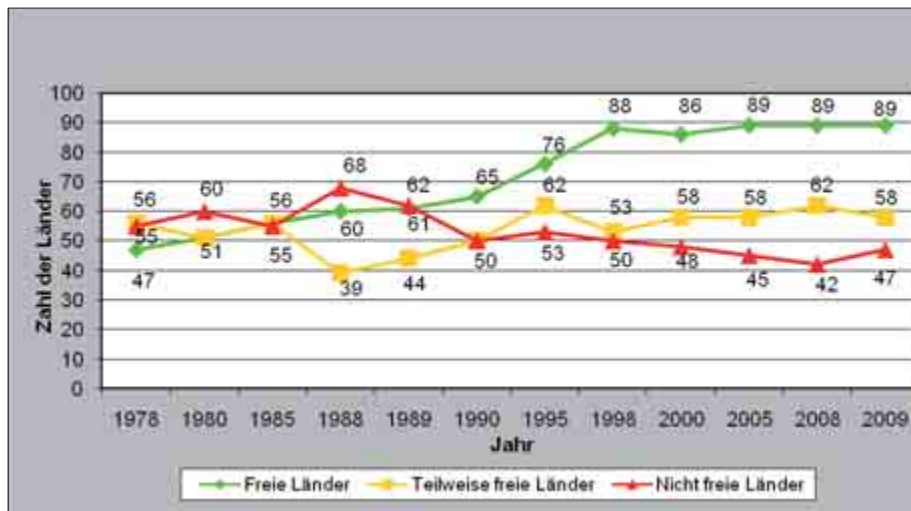
tische Systemtypen erfasst, aber implizit mitgedacht, wie die Definitionen der einzelnen Kategorien aufzeigen.

Die Definition „frei“ bezeichnet Staaten, in denen politische Rechte und Freiheitsrechte – insbesondere freie und faire Wahlen – gewährleistet sind und orientiert sich damit weitestgehend an der Demokratiedefinition von Dahl.³

Als „nicht frei“ sind Staaten definiert, in denen es starke Einschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie politische Verfolgung gibt. Diese Staaten zeichnen sich nach Freedom House durch diktatorische oder autoritäre Herrschaft aus, in der es nur minimale Manifestationen politischer Rechte gibt oder diese gänzlich abwesend sind. Unterdrückung und Gewalt sowie die Angst vor Repression kennzeichnen diese politischen Systeme. Diese Definition ähnelt sehr stark der Definition autoritärer Regime von Juan Linz (1964, S. 255), demzufolge sich autoritäre Regime durch limitierten und nicht verantwortlichen politischen Pluralismus ohne eine ausgearbeitete und handlungsleitende Ideologie, aber durchaus ausgeprägte Mentalitäten, den Mangel an allgemeiner politischer Mobilisierung der Gesellschaft und eine extreme Machtkonzentration auf eine Person oder Gruppe, welche Macht innerhalb von formal ungenau definierten – aber durchaus vorhersehbaren – Schranken ausübt, auszeichnen. Daher kann die Kategorie „nicht frei“ durchaus als „proxy“ oder Näherungswert für die Anzahl autoritärer Regime dienen.

„Teilweise freie“ Staaten liegen zwischen diesen beiden Polen und bilden eine Gruppe vielgestaltiger Mischtypen von Staaten, in denen bestimmte Freiheiten, aber auch deren Einschränkungen in oft ambivalenter Form nebeneinander stehen.

Abbildung 2 zeigt die globalen Entwicklungstrends „freier“, „teilweise freier“ und „nicht freier“ Länder von 1978 bis 2009. Zwar zeigt sich im Zeitraum von 1978 bis 2009 ein deutlicher Trend der Zunahme von „freien“ Ländern mit einer annähernden Verdoppelung der absoluten Zahlen von 47 auf 89 sowie die leichte Abnahme von „nicht freien“ Ländern von 55 auf 47. Damit stellen die „nicht freien“ Länder 24 Prozent aller Länder. Zu letzteren gehören etwa China, Russland und Iran, was dazu führt, dass etwa ein Drittel der Weltbevölkerung in autoritären Staaten lebt. Auch zeigt sich eine Reihe von regionalen Besonderheiten. Eine besondere Häufung autoritärer politischer Systeme findet

Abbildung 2: Freie, teilweise freie und unfreie Länder nach Freedom House, 1978–2009

Quelle: <http://www.freedomhouse.org>

sich im Vorderen Orient und Nordafrika. Dort werden 14 der 18 Staaten (78%) als „nicht frei“, weitere drei (17%) als „teilweise frei“ eingestuft. Weitere Schwerpunkte sind der postsowjetische Raum mit sieben Staaten (ohne die zur EU gehörenden Staaten Osteuropas machen die sieben nicht freien Staaten 41% aus) sowie Subsahara-Afrika mit 16 (33%). Im Gegensatz dazu kennt das zeitgenössische Westeuropa keine „nicht freien“ Staaten, wenngleich neuere Arbeiten auf eine mögliche Erosion der Demokratie in Lateinamerika (Peru und Venezuela; siehe den Beitrag von Peter Thiery) und Europa (Italien; siehe Lazar 2009) hinweisen; in Lateinamerika gibt es zurzeit nach Freedom House mit Kuba lediglich einen als „nicht frei“ charakterisierten Staat.

Der Bertelsmann Transformation Index

Der von der Bertelsmann Stiftung finanzierte und seit 2003 erhobene Bertels-

mann Transformation Index (BTI) untersucht die politische und wirtschaftliche Entwicklung in aktuell 128 Staaten, die weder etablierte rechtsstaatliche Demokratien noch sozial flankierte Marktwirtschaften aufweisen. Grundlage der Analyse der Transformationsprozesse ist ähnlich wie bei Freedom House die normative Zielvorstellung der rechtsstaatlichen Demokratie. Darüber hinaus wird die Zielvorstellung um eine ökonomische Komponente erweitert: die sozialpolitisch flankierte Marktwirtschaft. Im Zentrum des Interesses steht die Erfassung der Anstrengungen und Entwicklungen, aber auch der Defizite und Rückschritte von Staaten bei der Erreichung der Zieldimensionen. Dabei wird zwischen dem Status-Index und dem Management-Index unterschieden. Der Status-Index erfasst den Stand der politischen und wirtschaftlichen Transformation auf der Basis von fünf politischen und sieben ökonomischen Kriterien auf einer Skala von 10 (weit fortgeschrittene

Transformation) bis 1 (gescheiterte oder blockierte Transformation). Über die Zeit können so Entwicklungstrends identifiziert werden, was im so genannten Trend-Indikator zum Ausdruck kommt. Der Management-Index beurteilt die Qualität der politischen Steuerungsleistungen von Entscheidungsträgern in den untersuchten Staaten. Dabei wird jeweils die unterschiedliche Ausgangslage beurteilt, so dass sowohl Staaten mit schlechten Rahmenbedingungen als auch solche mit guten Rahmenbedingungen auf dem Management-Index positiv abschneiden können.

Aus der Sicht der Erforschung autoritärer politischer Systeme bedeutet das, dass sie auch hier keine originäre Größe darstellen, sondern lediglich unter dem Aspekt ihrer Veränderung hin zu den beiden Zieldimensionen Demokratie und Marktwirtschaft betrachtet werden. Faktisch können jedoch solche Staaten, denen auf dem Statusindex eine stark eingeschränkte (Status Index < 5,5) sowie gescheiterte oder blockierte (Status Index < 4) Transformation bescheinigt wird, als Nicht-Demokratien bezeichnet werden. Der BTI 2010 bescheinigt 23 Staaten⁵ eine gescheiterte oder blockierte und weiteren 33 Staaten⁶ eine stark eingeschränkte politische und ökonomische Transformation.

Autokratie: Konzepte, Definitionen und empirische Ausprägungen

Je nach empirischer Herangehensweise und Operationalisierung in den Indizes kann man also davon ausgehen, dass es sich bei der Gruppe der Staaten, die als Autokratien gefasst werden können, um 24 (Polity IV) bis 56 (BTI) Staaten handelt. Zählt man bei Polity IV die Staaten mit einem Wert < 0 hinzu, so finden sich hier ebenso wie bei Freedom

Tabelle 1: Freedom in the World 2009, Aufschlüsselung nach Regionen

Region	Freie Länder	Teilweise freie Länder	Nicht freie Länder
	Anzahl (%)	Anzahl (%)	Anzahl (%)
Asien / Pazifik	16 (41)	15 (38)	8 (21)
Nord- und Südamerika	25 (71)	9 (26)	1 (3)
Mittel- und Osteuropa / Postsowjetischer Raum	14 (48)	7 (24)	8 (28)
– ohne EU-Staaten	2 (11)	8 (47)	7 (41)
Vorderer Orient / Nordafrika	1 (6)	6 (33)	11 (61)
Subsahara-Afrika	9 (19)	23 (48)	16 (33)
Westeuropa	24 (96)	1 (4)	0 (0)

Quelle: <http://www.freedomhouse.org>

House 47 Staaten. Zum einen hat sich also unser Verdacht empirisch bestätigt, dass autoritäre Systeme auch im Zeitalter der Demokratisierung einen Großteil der Länder kennzeichnen. Zählt man hier noch die so genannten „hybriden Regime“ hinzu, also jene politischen Systeme, die sich als Mischform zwischen Demokratie und Autokratie konsolidiert haben, dann muss konstatiert werden, dass ein Großteil der Staaten nicht-demokratische politische Strukturen aufrecht erhält und eine Mehrheit der Weltbevölkerung nicht in liberalen Demokratien lebt. Die oben beschriebenen Indizes beinhalten also einen starken empirischen Befund für die Widerlegung von Annahmen eines historischen Determinismus, so etwa die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion aufgestellten These von Francis Fukuyama vom „Ende der Geschichte“ (Fukuyama 1992), in der die Erwartung ausgedrückt wird, dass sich politische und ökonomische Systeme gleichsam in einem Automatismus früher oder später zu liberalen, marktwirtschaftlichen Demokratien wandeln würden.

Zum anderen werden jedoch auch schnell die analytischen Desiderata der oben beschriebenen Indizes deutlich. Bei allen Unterschieden im Detail ist ihnen gemein, dass sie den Grad an bürgerlichen Freiheiten und Partizipationsmöglichkeiten messen. Dies ist ein ganz zentraler Bestandteil einer jeden Definition von Demokratie, und die Indizes sind damit hilfreich bei der Analyse – und beim internationalen Vergleich – der Beziehungen zwischen Staaten und deren Gesellschaften. Durch ihre Fokussierung auf den Kernbereich von Demokratie lässt sich jedoch nicht automatisch etwas über die Kernfunktionen und Organisationsprinzipien von autoritären Systemen ableiten. Über diese wissen wir auf der Basis aller drei Untersuchungsinstrumente kaum mehr, als dass sie den jeweils zugrunde liegenden Demokratievorstellungen nicht entsprechen. Solche „Negativdefinitionen“, das heißt ein Verständnis von autoritären Systemen allein in Abgrenzung zur Demokratie, haben in der Vergleichenden Politikwissenschaft durchaus Hochkonjunktur (siehe z.B. Brooker 2009). So definiert Adam Przeworski – in Ahnlehnung an den minimalistischen Demokratiebegriff von Joseph Schumpeter – autoritäre Systeme allein durch das Fehlen von freiem und institutionalisiertem Wettbewerb um politische Macht (Przeworski 1991; Gandhi/Przeworski 2006, S. 1; Reich 2002, S. 7). Für eine empirische Beschäftigung mit dem Phänomen Autoritarismus sind solche Definitions- und Konzeptionsstrategien problematisch. Denn es ist offensichtlich, dass solche minimalistischen ex-negativo Definitio-

nen wenig brauchbar sind, um zu ermitteln, was Autoritarismus ist und wie autoritäre Systeme funktionieren, da der erklärende Gehalt der Definitionen gering ist. Dieter Fuchs (2004, S. 97) argumentiert – interessanterweise in der Diskussion einer Demokratiedefinition: „Es ist grundsätzlich wenig plausibel, die Essenz oder den Kern eines Phänomens in etwas zu begreifen, das außerhalb dieses Phänomens liegt“.

Basierend auf älteren Herangehensweisen identifizieren wir drei Kernelemente autoritärer Regime: (1) die Konzentration von politischer Herrschaft, (2) exklusive Partizipationsmechanismen und (3) schließlich die Dominanz informeller Mechanismen der Herrschaftsausübung über formale Institutionen und Prozesse. Diese Kernmerkmale geben gleichzeitig über die zentralen Fragen der Funktionsweise autoritärer Systeme Auskunft: Wer regiert? Und wie wird regiert? (vgl. Geddes 1999; Brooker 2009, S. 46–129).

Konzentration von Macht

In autoritären Systemen sind Entscheidungsbefugnisse stark konzentriert, sowohl personell als auch institutionell (vgl. den Beitrag von Petra Stykow). Personell konzentriert sich politische Macht zumeist in einer Person an der Spitze des Staates, das heißt in Präsidenten oder Monarchen mit dominanten Macht- und Entscheidungsressourcen. Sie kontrollieren direkt die politischen Institutionen ihrer Länder, wie Parlamente, Kabinette und Regierungsparteien. Ihre Kontrolle ist zumeist legal abgesichert, das heißt in den Verfassungen der Länder zementiert, basiert aber gleichfalls auf informellen Absprachen und Klientelbeziehungen. Darüber hinaus kontrollieren sie Militär und Sicherheitsapparate, die oft substantiell ausgebaut werden, um sowohl Nebenbuhler in der politischen Elite als auch die Opposition aus der Gesellschaft in Schach zu halten.⁷ Die Nachfolgestaaten der Sowjetunion (Russland, Belarus, Zentralasien, Kaukasus; vgl. die Beiträge von Petra Stykow und Christoph H. Stefes) sowie die Autokratien in Subsahara-Afrika (u. a. Simbabwe, Kongo, Kamerun, Uganda; vgl. den Beitrag von Jörg Kemmerzell) bestehen ausnahmslos aus Präsidialautokratien, während sich im Vorderen Orient ein Mix aus Präsidialautokratien (z.B. Ägypten, Tunesien, Syrien, Sudan und Libyen; vgl. die Beiträge von Maria Josua und Thomas Demmelhuber) und Monarchien (z.B. Saudi Arabien, Jordanien, Marokko, kleinere Golfstaaten; vgl. den Beitrag von Michael Schmidmayr) etabliert hat. In Lateinamerika fanden sich dagegen – bis zur Demokratisierungswelle in den

1980er Jahren – vor allem Militärrégime, in denen zwar einzelne Generäle als Präsidenten herausragten (z.B. Augusto Pinochet in Chile, Alfredo Stroessner in Paraguay und Jorge Rafael Videla in Argentinien), jedoch nicht in der Lage waren, die Macht ganz zu übernehmen und statt dessen als Primus inter Pares der jeweiligen Militärjuntas fungierten (vgl. den Beitrag von Peter Thierly). Im östlichen asiatischen Raum erschließt sich ein „Flickenteppich“ politischer Herrschaft, denn hier findet sich – neben jungen Demokratien und „hybriden Regimen“⁸ – auch die ganze Bandbreite autoritärer Herrschaft von Monarchien (Bhutan) über Präsidialautokratien (Vietnam, Laos) bis hin zu Militärjuntas (Myanmar).

Neben den Präsidialautokratien, Monarchien, Familienautokratien (wie z.B. Saudi Arabien) sowie den Militärjuntas lassen sich noch einige Sonderfälle autoritärer Herrschaft identifizieren. Dabei handelt es sich zum einen um Wächterregime, in denen Militärs im Hintergrund agieren und – im Fall von realen oder wahrgenommenen Systemkrisen – die Macht übernehmen, sie dann aber zeitnah wieder an zivile Präsidialregime abgeben. Die Türkei bis 1982, sowie Algerien (Militärintervention 1992–2006) und Pakistan sind hier als Beispiele zu nennen. Zum anderen haben einige wenige autoritäre Systeme zumeist fragile Eliten-Kondominate ausgebildet, das heißt Regime, in denen ein Machtgleichgewicht zwischen einzelnen Personen oder politischen Institutionen auszumachen ist. Dazu zählt Thailand, wo sich König und Parlament gegenüberstehen; im Iran gibt es ein komplexes Geflecht aus klerikalen Institutionen, wie dem Revolutionsführer und Wächterrat, und originär politischen Institutionen, wie dem Staatspräsident und Parlament; das „russische Experiment“ mit einem starken Premierminister (Wladimir Putin) neben dem formal dominanten Präsidentenamt (Dmitri Medwedew) steckt noch in den Kinderschuhen (siehe die Beiträge von Rolf Frankenberger und Petra Stykow).

Die Zentralisierung politischer Herrschaft findet in autoritären Regimen jedoch nicht nur personell – in Einzelpersonen oder kleinen Gruppen – statt, sondern spiegelt sich auch in der Aufhebung der Gewaltenteilung wider. Bei allen erwähnten Unterschieden im Hinblick auf den Personenkreis der Herrschenden ist allen autoritären Systemen gemein, dass die Zentralisierung politischer Machtausübung die Dominanz

der Exekutive, als des von den autoritären Machthabern okkupierten politischen Raums, über die Legislative und die Judikative beinhaltet. Dies bedeutet nicht, dass die politischen Gewalten abwesend wären. Vielmehr sind in den meisten autoritären Regimen der Gegenwart Parlamente und Gerichtssysteme institutionell etabliert. Es wurden aber formale und informelle Mechanismen geschaffen, die deren Kontrolle durch die exekutiven Machtzentren garantieren. So fungieren Präsidenten und Monarchen oft als oberste Amtsträger, Heerführer und Chefs der Regierungsparteien. Politische Oppositionsparteien und gesellschaftliche Interessengruppen sind ständigen Beobachtungen und Behinderungen ausgeliefert. Parlamentswahlen werden in allen autoritären Regimen kontrolliert und gegebenenfalls manipuliert, falls ein Wahlausgang unsicher erscheint oder bestimmte Ergebnisse herbeigeführt werden sollen. Die dominante Stellung von Machthabern ist in Verfassungen festgeschrieben, Richter werden unter Druck gesetzt, und oft werden in politisch sensiblen Fällen zivile Gerichte unter dem Deckmantel von Notstandsgesetzgebung und – vor allem seit dem 11. September 2001 – Terrorbekämpfung durch Militär- und Sondergerichte umgangen.

Exklusive politische Partizipation

Ein zweites Kernmerkmal autoritärer Herrschaft bezieht sich auf das Verhältnis zwischen den politischen Regimen und ihren Bürgern. Dieses ist im Zentrum der oben beschriebenen Indizes, die bei allen Unterschieden in den Messverfahren doch vor allem bürgerliche Rechte und Freiheiten analysieren. Für ein vertieftes Verständnis autoritärer Herrschaft greifen die Verfahren jedoch zu kurz, da sie zumeist den absoluten Grad an Freiheits- und Partizipationsrechten herausarbeiten und keine Hinweise über funktionale Diskriminierungsstrategien in der Gewährung von Partizipationsrechten liefern. Kurz: das Label „unfrei“, mit dem autoritäre Systeme von Freedom House pauschal ausstatten werden, verwehrt den Blick darauf, dass bestimmte Bevölkerungsschichten privilegiert und damit Teilen der Bevölkerung durchaus substantielle Partizipationsmöglichkeiten eingeräumt werden. Diese ungleichen Partizipationsmöglichkeiten, so argumentieren wir, sind systemrelevant; somit werden aber sowohl die Eigenschaften Ungleichheit als auch Partizipation konstitutiv für autoritäre Systeme. Der Blick auf ein generelles Mehr oder Weniger an Freiheitsrechten lässt kaum Aussagen über die spezifischen Formen politischer Partizipation zu. Diese sind in autoritären Regimen

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Ein Merkmal autoritärer Systeme ist die Schaffung eines „gemeinsamen“ Feindbildes. Die politischen Eliten Kubas haben es von jeher verstanden, eine anti-amerikanische Haltung zu instrumentalisieren. Dieser Propagandakrieg nimmt gelegentlich skurrile Züge an: Fidel Castro ließ vor der US-Vertretung in Havanna eine Tribüne mit 138 Fahnenmasten errichten, die an kubanische Opfer von Anschlägen erinnern sollen, für die Kuba die USA verantwortlich macht. **picture alliance/dpa**

durchaus gegeben, wie es bereits Juan Linz in seiner einschlägigen Definition unter dem Stichwort „limitierter Pluralismus“ betont hat (Linz 1964).⁹

Im Kern, so das Argument eines prominenten Teils der neueren Autoritarismusforschung, geht es auch autoritären Regimen darum, ein substantielles Maß an politischer Legitimation und Unterstützung aus der eigenen Bevölkerung zu generieren und sich damit nicht allein auf die ihm eigenen repressiven Mechanismen des Machterhalts zu verlassen (vgl. zum Beispiel die Beiträge von Petra Stykow, Heike Holbig, Franziska Stehnen und Michael Schmidmayr). In diesem Sinne werden Teile der Bevölkerung zwar nicht direkt an den Entscheidungsprozessen beteiligt, ihnen wird aber dennoch ein gewisses Maß an Partizipationsmöglichkeiten gewährt. Dabei können sich die Regime wiederum hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Trägergruppen stark unterscheiden. Oft ergeben sich gleichsam „natürliche“ gesellschaftliche Trägergruppen aus einer bestimmten Staatsidee heraus: Zum Beispiel bedienen sich manche traditionellen Monarchien eines Rückgriffs auf religiöse Legitimation, was die Einbindung traditioneller Bevölkerungsgruppen oder des jeweiligen klerikalen Establishments erleichtert. Wir sehen dies beispielhaft im sunnitisch-muslimischen Saudi Arabien, im schiitisch-muslimischen Iran oder auch im buddhistischen Bhutan.

Populistische Regime bilden heute zwar die Ausnahme, waren aber vor allem in den Gründerjahren der autoritären Regime im arabischen Raum und in Subsahara-Afrika zu finden, als anti-koloniale Revolutionsbewegungen für ihre neuen Staatsprojekte leicht gesellschaftliche Unterstützung generieren konnten, ohne sich gleich für ihre Politiken rechtfertigen oder gesellschaftliche Gruppen an der Macht beteiligen zu müssen. Populistische Regime, in denen die Einbindung breiter Gesellschaftsschichten notwendig wurde, können beispielsweise in sozialistisch-nationalistischen Projekten auf einer breiten Massenbasis basieren (z.B. Ägypten unter Gamal Abdel Nasser 1953–1970). Die neuere Geschichte hat jedoch bewiesen, dass es schwierig ist, populistische Regime über

die Zeit hinweg aufrecht zu erhalten. Franziska Stehnen diskutiert in ihrem Beitrag am Beispiel Kubas, wie sich ein solches populistisches autoritäres Regime nach der Machtübernahme Fidel Castros 1959 über Zeit gewandelt hat, während Beatrice Schlee das zeitgenössische Simbabwe als Paradebeispiel einer entpolitisierten Gesellschaft kennzeichnet. Andere sozio-ökonomische Entwicklungsprojekte autoritärer Systeme machen es notwendig, andere strategische Gruppen in die politischen Prozesse einzubinden. Waren es in den Gründerjahren mancher autoritärer Systeme oft die Großgrundbesitzer (z.B. Kenia unter Jomo Kenyatta 1963–1978), so wurden im Zeitalter der neoliberalen Strukturreformen in den 1980er und 1990er Jahren private Unternehmer zu wichtigen Verbündeten autoritärer Herrschaftseliten; dies lässt sich in so unterschiedlichen Ländern wie Russland, Tunesien und China nachweisen (siehe auch den Beitrag von Thomas Demmelhuber zu Ägypten).

Neben spezifischen Staatsideen und Entwicklungsprojekten können ethnische und religiöse Trennlinien in Gesellschaften als Katalysatoren für die Einbindung oder Ausgrenzung strategischer Gruppen dienen. In so unterschiedlichen Ländern wie Kirgisistan, Jemen und Kenia – um nur einige Beispiele zu nennen – ist die Zugehörigkeit zu bestimmten Stammeskonföderationen entscheidend für den Zugang zu politischen Rechten und Partizipationsmöglichkeiten. Viele innerstaatliche Konflikte in westafrikanischen Ländern brechen entlang religiöser Trennlinien auf. Der Irak kann als Beispiel einer religiös heterogenen Gesellschaft dienen, dessen autoritäres System unter Saddam Hussein auf einer repressiven, aber auch exklusiv-partizipatorischen Form der Staats-Gesellschaftsbeziehungen – unter Einbindung der sunnitischen Muslime und Unterdrückung der kurdischen Minderheit und schiitischen Bevölkerungsmehrheit – fußte. Die genannten Beispiele machen deutlich, dass die Politik der exklusiven Partizipation nicht automatisch zur Stabilität autoritärer Systeme beiträgt.

Dominanz informeller Mechanismen der Herrschaftsausübung

Die oben beschriebene personelle Konzentration von Macht führt dazu, dass es in autoritären Systemen keine formal definierte Herrschaftsbegrenzung gibt. Politische Spielregeln sind zwar in aller Regel in Verfassungen – denen auch oft

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

ein demokratischer Anstrich zu geben versucht wird – niedergeschrieben, werden aber nicht universell angewendet; somit gibt es gesetztes Recht, aber keine Rechtssicherheit. Dies hat weitreichende Konsequenzen für den einzelnen Bürger, der sich nie sicher vor Verfolgung und Repression sein kann. Es weist aber auch auf ein wichtiges Funktionsmerkmal der politischen Regime hin. Deren Herrschaftsausübung ist nicht durch formale Regelwerke (Verfassungen) oder Institutionen (Wahlen) begrenzt. Jene existieren zwar, werden aber von den Herrschenden korrumpiert – zum Beispiel durch Wahlfälschung (*electoral engineering*; vgl. Schedler 2006) und einseitige Auslegung oder Umgehung gesetzten Rechts – und durch informelle Mechanismen der Herrschaftsausübung unterwandert. Regime sind oft kaum durchschaubare black boxes, bestehend aus kleinen Zirkeln von Entscheidungsträgern, die auf der Basis persönlicher Beziehungen und Kommunikation Politik gestalten. Funktional hierfür sind klientelistische Patron-Klient-Netzwerke, die oft kulturell verankert sind und deren Zusammensetzung unter ganz ähnlichen strategischen Überlegungen organisiert wird, wie die exklusive Gewährung von Partizipationsrechten für größere Teile der Bevölkerung. Mit Blick auf das politische Gefüge in autoritären Systemen ist also interessant, dass formale Institutionen, wie wir sie aus den westlichen Demokratien kennen, vorhanden sind, aber unterschiedliche Funktionen haben: In Demokratien garantieren Verfassungen die Rechtssicherheit, Wahlen organisieren den offenen Wettbewerb um politische Macht. In autoritären Systemen generieren selbige formale politische Institutionen einen gewissen Grad an Legitimation für die Herrschenden; es handelt sich hier um Demokratie-imitierende Institutionen (vgl. Albrecht/Schlumberger 2004; Schlumberger 2004; siehe auch den Beitrag von Maria Josua). Funktional für die Herrschaftsausübung sind oft überlappende und konkurrierende Verwaltungsstrukturen, die eine Lösung der sich daraus ergebenden Konflikte durch informelle, willkürlich erscheinende Entscheidungen des Machthabers notwendig machen. Franziska Stehnen weist dies in ihrem Beitrag über den kubanischen Fall nach. Anschaulich für die unterschiedlichen Funktionsweisen demokratischer und autoritärer Systeme ist Adam Przeworski (1991, S. 11–14) Diktum über das reziproke Verhältnis von formal institutionalisiertem Regelwerk für die Prozesse um politischen Wettbewerb (Wahlen) einerseits und Erwartungen über das Ergebnis dieser Prozesse andererseits.

Demokratien generieren Rechtssicherheit, das heißt formal institutionalisierte Sicherheit über die Spielregeln von politischen Wettbewerbsprozessen bei gleichzeitiger institutionalisierter Unsicherheit über deren Ergebnis: offener Wettbewerb um politische Macht in Wahlen. In autoritären Systemen ist es umgekehrt. Durch informelle Mechanismen des Machterhalts besteht Unsicherheit über die Regeln politischen Wettbewerbs bei gleichzeitiger Sicherheit über das Ergebnis der Prozesse. Anschauliche Beispiele lassen sich in einigen Präsidialrepubliken des Vorderen Orients finden, so zum Beispiel in Ägypten, Syrien, Jemen und Libyen, in denen die Nachfolge im Amt der jeweiligen Präsidenten in informellen Prozessen innerhalb der politischen Eliten ausgehandelt wird (siehe die Beiträge von Maria Josua und Thomas Demmelhuber).

Stabilität und Wandel autoritärer Systeme

Wir sind in unseren Ausführungen bisher hauptsächlich auf die Fragen des Wer und Wie hinsichtlich der Ausübung autoritärer Herrschaft eingegangen. Tatsächlich hat sich ein Großteil der Autoritarismusforschung in den beiden vergangenen Jahrzehnten im Kern mit der Frage nach dem Warum beschäftigt. Ausgehend von bereits benannten deterministischen Annahmen einer Demokratisierungsforschung, die – basierend auf den Thesen Francis Fukuyamas (1992; „Ende der Geschichte“) und Samuel Huntingtons (1991; Theorie der „Wellen“ demokratischer Transition) – autoritären Systemen zumindest implizit ein hohes Maß inhärenter politischer Instabilität unterstellten, spaltete sich die neuere Autoritarismusforschung in zwei perspektivische Betrachtungsweisen: Während in den 1990er Jahren hauptsächlich nach den Potentialen demokratischer Transitionen geforscht wurde, haben sich die meisten Forscher in den 2000er Jahren mit der Frage der Stabilität und Dauerhaftigkeit autoritärer Systeme beschäftigt.

Im ersten Diskussionszusammenhang wurden die Schwächen und Defizite autoritärer Systeme hinterfragt, vor allem im Hinblick auf den hohen Grad an Bevormundung und Repression, die autoritären Systeme gegenüber ihren Bevölkerungen ausüben, um an der Macht zu bleiben, sowie die fehlenden politischen Partizipations- und Freiheitsrechte und limitierte Responsivität seitens der Regierenden. Identifiziert wurden hauptsächlich die mannigfachen Herausforderungen, denen die politischen Eliten in autoritären Systemen ausgesetzt sind

oder zumindest sein sollten: Widerstands- und Oppositionsbewegungen, die paradigmatisch unter dem Stichwort der Zivilgesellschaft subsumiert wurden. Die Chancen für eine Demokratisierung, so die einhellige Annahme, lägen strukturell in der fehlenden demokratischen Legitimierung sowie in der Innovations- und Anpassungsträgheit autoritärer Eliten verankert. Die formale Institutionalisierung politischer Herrschaft führe vor allem in Zeiten von Machtwechseln zu Krisen, die coups d'états oder demokratische Transitionen wahrscheinlicher werden lassen. Maria Josua zeigt in ihrem Beitrag allerdings, wie die stark auf eine Führungsperson zugeschnittenen autoritären Systeme im Vorderen Orient mit solchen Übergangsphasen umgehen und tatsächlich destabilisierende Entwicklungen vermeiden können.

Die Innovation der neueren Arbeiten besteht hauptsächlich darin, dass sie zwei Eigenschaften autoritärer Systeme identifizieren und betonen: (1) politische Legitimität und (2) Modernisierung- und Anpassungsfähigkeit.

Auf das Verhältnis von Repression und Legitimation wurde schon im vorangegangenen Abschnitt hingewiesen. Die Leistungen der neueren Autoritarismusforschung bestehen zum einen in dem Hinweis, zumindest implizit basierend auf systemtheoretischen Überlegungen von David Easton (1965) und Talcott Parsons (1951), dass politische Systeme generell zum Überleben sowohl ein bestimmtes Maß an politischer Legitimation als auch die Fähigkeit und die Bereitschaft zur Durchsetzung von Repression benötigen (vgl. Schlumberger 2004).¹⁰

Politische Systeme, die entweder keine politische Legitimation besitzen oder keine Repressionskapazitäten aufweisen oder in beiden Bereichen defizitär sind, können nicht dauerhaft überleben. Dies bestärkt im Umkehrschluss die Annahme, dass dauerhafte autoritäre Systeme ein substantielles Maß an politischer Legitimität anstreben und oft auch besitzen. So kann das regelmäßige Abhalten von Wahlen in den meisten autoritären Systemen erklärt werden – ein zunächst sehr ambivalent erscheinender Mechanismus, wenn man den hohen generischen Demokratiegehalt von Wahlen bedenkt. Petra Stykow diskutiert in ihrem Beitrag das Spannungsverhältnis zwischen pseudo-demokratischer Legitimität und autoritärer Stabilisierung im Hinblick auf Wahlen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Weitere potentielle Legitimitätsressourcen für autoritäre Systeme sind traditionelle Formen politischer Legitimität, die sich zum Beispiel in den kulturellen und religiösen Diskursen der arabischen Monarchien äußern (siehe den Beitrag von Michael Schmidmayr). Andere Legi-

timationsdiskurse bedienen sich nationalistischer Rhetorik, sei es mit dem Ziel der Schaffung einer politischen Identität, für deren Aufrechterhaltung die regierenden politischen Eliten stehen, sei es durch die Schaffung eines „gemeinsamen“ Feindbildes, oft in Abgrenzung zu vermeintlichen oder realen externen Bedrohungen und Einmischungen. Heike Holbig analysiert in ihrem Beitrag die Legitimationsstrategie des chinesischen Regimes vor dem Hintergrund der globalen Finanzkrise. Kuba, genauso wie Iran und Libyen, sind Beispiele für den Erfolg von Abgrenzungsdiskursen, in deren Kontext eine anti-amerikanische Haltung in der Bevölkerung von den politischen Eliten instrumentalisiert wird (siehe den Beitrag von Franziska Stehnen). Allerdings sind solche Legitimationsstrategien ein zweischneidiges Schwert, da sich aus den sich vertiefenden internationalen Konflikten auch Nachteile für den Herrschaftserhalt der autoritären Eliten ergeben können. Der Irak unter Saddam Hussein ist hier sicherlich das prominenteste Beispiel.

Eine weitere häufig angewandte Legitimationsstrategie besteht in der Performanzlegitimation, so zum Beispiel in der Lancierung umfassender Reform- und Modernisierungsdiskurse seitens autoritärer Eliten. Dies ist in den sozio-ökonomischen Modernisierungsdiskursen der noch jungen autoritären Staaten in den 1950 und 1960er Jahren zu sehen, aber auch in den ökonomischen Strukturanpassungsprogrammen, die viele autoritäre Systeme seit den 1980er Jahren zu durchlaufen hatten (vgl. den Beitrag von Thomas Demmelhuber zu Ägypten). Funktional für die Legitimationsbeschaffung kann auch die staatliche Allokation von Renteneinnahmen in der Gesellschaft sein. Vor allem die arabischen Ölstaaten, aber auch viele ressourcenreichen autoritären Systeme in Subsahara-Afrika verwenden externe Einnahmen dafür, sich politische Unterstützung seitens der Bevölkerung zu „erkaufen“ (siehe den Beitrag von Jörg Kemmerzell; Beck 2007).

Ein zweites bedeutendes Ergebnis der neueren Autoritarismusforschung ist neben der Identifikation von Legitimationsressourcen die Erkenntnis, dass die Regime nicht nur Modernisierungsdiskurse für die Selbstlegitimierung lancieren, sondern dass sie tatsächlich anpassungsfähig sind und damit in der Lage, sich zu modernisieren – ein entscheidendes Argument für die Annahme struktureller Stabilität und Dauerhaftigkeit dieses politischen Systemtyps.¹¹ Modernisierung fand in vielen Autokratien vor allem im Rahmen von institutionellen Anpassungsleistungen statt: Die Etablierung von als „modern“ wahrgenommenen formalen Institutionen, wie bürokratische

Apparate, Parlamente und Wahlen oder gesetzte Verfassungen, ist Teil der Entwicklungsgeschichte der allermeisten autoritären Systeme.¹² Als Militärdiktaturen gestartete Systeme im Vorderen Orient, Asien und Subsahara-Afrika haben sich sukzessive einen „zivilen“ Anstrich gegeben, zum Teil aus der Notwendigkeit einer größeren organisatorischen Komplexität heraus, zum Teil aber auch, um die als normativ positiv besetzten Funktionen dieser Institutionen (demokratisches Gehalt von Wahlen) zu imitieren (vgl. Albrecht/Schlumberger 2004). Tatsächlich haben einige Arbeiten nachgewiesen, dass institutionell ausdifferenzierte autoritäre Systemtypen stabiler – oder zumindest dauerhafter – sind als weniger ausdifferenzierte, unabhängig von der oben diskutierten Frage, inwieweit informelle Machterhaltungsmechanismen diese formalen Institutionen unterlaufen (vgl. Geddes 1999; Lust-Okar 2005; Hadenius/Teorell 2007; Brownlee 2007; Gandhi 2008).

Forschungsperspektiven

Seit einigen Jahren entwickelt sich vor allem im angelsächsischen Sprachraum eine Debatte, die den empirischen Forschungszwängen und auch den konzeptionellen Schwierigkeiten Rechnung zu tragen beginnt (vgl. zum Beispiel Geddes 1999; McFaul 2002; Albrecht/Schlumberger 2004; Way 2005; Schedler 2006; Gandhi/Przeworski 2006; Brownlee 2007; Schlumberger 2007; Albrecht/Frankenberger 2010). Wie Patrick Köllner (2008), Steffen Kailitz (2009) und André Bank (2009) in ihren Artikeln zum Forschungsstand aufzeigen, entwickelt sich ein breites Spektrum an Forschungssträngen und Fragestellungen. So konstatiert etwa Köllner, dass das (neue) Interesse an autoritären Regimen sich in der Vergleichenden Politikwissenschaft zwar momentan vor allem auf Fragen der Typologisierung sowie der Stützen autoritärer Herrschaft konzentriert, aber auch darüber hinaus ein breites Interesse bestehe: „Bemerkenswert wie erfreulich (...) ist die Bandbreite der zum Einsatz kommenden Analyseperspektiven – von neo-institutionellen über politikökonomische bis hin zu elitenzentrierten Ansätzen, (...) von spieltheoretischen Modellen über Regressions- bis hin zu Diskursanalysen (...) sowie der berücksichtigten Regionen und Nationen“ (Köllner 2008, S. 361). Mit anderen Worten besteht hier offensichtlich ein so großer Mangel an Forschung, dass aus allen Richtungen Ideen und Ansätze generiert werden. Köllner vergisst daher auch nicht, auf Grenzen und Lücken in der Forschung hinzuweisen. So sieht er einerseits klar die Problematik der Erforsch-

barkeit von Regimen, die durch den limitierten Zugang gegeben seien: „Informationsprobleme erschweren offenkundig sozialwissenschaftliche Analysen von Strukturen und Prozessen des Zugangs zu sowie der Ausübung und der Absicherung von Macht in autoritären Regimen“ (Köllner 2008, S. 362). Andererseits identifiziert er institutionelle Ansätze als besonders fruchtbar für die Schärfung von Hypothesen und Konzepten, warnt aber auch vor der Gefahr einer Hegemonisierung der Forschung durch neo-institutionalistische Ansätze, welche zur Vernachlässigung der Erforschung etwa ideologischer, populistischer oder materialistischer Machtsicherungs- und Legitimationsstrategien führen könne. Eine besonders augenscheinliches Forschungsdesiderat identifiziert Köllner in der Problematik der Austauschbeziehungen von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft und mithin der gesellschaftlichen wie ökonomischen Grundlagen von autoritären politischen Systemen sowie in den Frage nach Leistungsfähigkeit und Performanz sowie der Außenbeziehungen dieser Systeme.

Steffen Kailitz (2009) bilanziert ganz ähnlich, dass die Autokratieforschung „derzeit noch etwas beschränkt durch die zu starke Konzentration auf institutionalistische Variablen“ und eine Ausweitung auf die grundlegenden Variablen „aus dem sozio-ökonomischen, kulturalistischen, institutionalistischen und akteurszentrierten Zugang“ (Kailitz 2009, S. 471) wünschenswert sei. Dabei kritisiert er zu Recht zwei Punkte. Erstens mangelt es der Autokratieforschung an einer systematischen, historisch vergleichenden Perspektive. „Das führt dazu, dass vor 1989 das Bild der Autokratie weithin von den kommunistischen Diktaturen einerseits, Militärdiktaturen andererseits geprägt war. In der Gegenwart wird das Bild (...) dagegen von zwei ganz anderen Typen dominiert – in erster Linie von der elektoralen Autokratie und in zweiter Linie von den absolutistischen Monarchien im arabischen Raum. Durch die Konzentration auf den Ausschnitt eines Gesamtbildes der Autokratien besteht die Gefahr von Fehlwahrnehmungen“ (ebenda). Zweitens sieht Kailitz eine aus seiner Sicht gefährliche Verkürzung in der Konzentration auf Institutionen wie Wahlen, die zunächst und formal demokratisch anmuten. Darüber vergesse man, die Repressionsmuster und -mechanismen systematisch in die Analyse mit einzubinden. Nicht zuletzt fordert er im Hinblick auf die Problematik der Typologisierung einen „Alternativvorschlag mit Aussicht auf

Durchsetzung in der Forschungsgemeinschaft“, der „(...) im Unterschied zu Ad-hoc-Kategorisierungen, für verschiedene Fragestellungen einen nachhaltigen Fortschritt auf dem Gebiet der Autoritarismusforschung“ (Kailitz 2009, S. 472) gewährleisten könne.

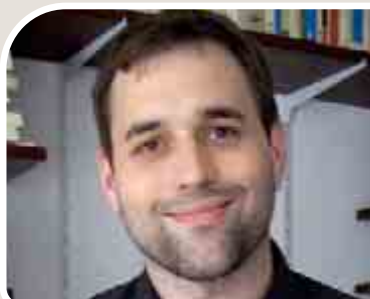
Auch André Bank weist auf eine Dominanz institutionalistischer Ansätze mit einem Fokus auf autoritäre Institutionen und Mechanismen der Legitimation, Kooptation und Manipulation in der neueren Autoritarismusforschung hin. Gleichzeitig betont er, dass insbesondere in politökonomischen, regionalen und internationalen Faktoren entscheidende Erklärungsmuster für die Stabilität autoritärer politischer System zu finden seien, die durch die Konzentration etwa auf die Institution Wahlen zu bloßen „Randvariablen“ degradiert würden: „So entsteht bei den institutionalistischen Studien zum electoral authoritarianism der Eindruck, dass alle möglichen politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Faktoren irgendwie mit Wahlprozessen in autoritären Kontexten zu tun haben, auf diese einwirken und von diesen beeinflusst werden“ (Bank 2009, S. 32). An diese Problematik anschließend weist Bank auf drei der neueren Autokratieforschung inhärente konzeptionelle Probleme hin. Erstens sei dies die Problematik der Vielzahl von verwendeten Termini, die schlicht Verwirrung schaffe, was unter dem jeweils zu untersuchenden Phänomen zu verstehen sei. Hinsichtlich der Frage von Stabilität fänden sich konkurrierende Begriffe wie Aufrechterhaltung, Ausdauer, Persistenz, Resilienz und Robustheit, die aufgrund mangelnder Definitionen eher beliebig denn systematisch austauschbar seien. Zweitens moniert er eine „Regimefokussierung der Autoritarismusforschung“, welche letztlich darauf hinauslaufe, „dass politische Veränderungsprozesse auch in den neueren Beiträgen (...) immer nur als Regimewechsel (...) bzw. – empirisch häufiger – als Wandel innerhalb eines Regimes (...) aufgefasst werden können. Die einseitige Konzentration auf Regime bewirkt dadurch eine funktionalistische Verengung: Politische Dynamiken können immer erst und ausschließlich dann als relevant erfasst werden, wenn sie die Regimestruktur direkt betreffen“ (Bank 2009, S. 33). Drittens sei die Frage des Verhältnisses von Regime und Staat in der neueren Forschung nicht ausreichend geklärt: „So sucht man vergebens nach Bezugnahmen, ganz zu schweigen von systematischen Berücksichtigungen grundlegender staatstheoretischer Aspekte, wie Fragen nach Gewaltkontrolle und -monopol, Territorialität sowie interner und externer Souveränität“ (Bank 2009, S. 34). Wir haben in diesem Beitrag unterschiedliche Ansätze der Analyse autoritärer Systeme aufgezeigt und sind auch auf deren

Stärken und Schwächen eingegangen. Zweifellos können wir einen hohen Bedarf an Arbeiten zu autoritären Systemen konstatieren, zum einen, weil sie – entgegen deterministischer Annahmen – real existieren, zum anderen, weil sowohl die empirische als auch die theoretische Erforschung autoritärer Systeme noch relativ viele Lücken und Widersprüche aufweist. Tatsächlich, so scheint es uns, bildet die Autokratieforschung eines der chaotischsten, kreativsten und dynamischsten Forschungsfelder in der zeitgenössischen Vergleichenden Politikwissenschaft, auch wenn sie dabei gelegentlich wie ein Schmelztiegel alter und neuer Konzeptionen sowie einiger sehr fruchtbarer empirischer Erkenntnisse anmutet. So spiegelt auch das vorliegende Heft die Heterogenität und damit den Reiz des Forschungsfeldes wider. Hier werden die unterschiedlichen methodischen und konzeptionellen Herangehensweisen diskutiert. Die Beiträge liefern aber auch einen guten Überblick über regionale Entwicklungen und Schwerpunkte der Autokratieforschung vom Vorderen Orient über Afrika und Lateinamerika bis hin zum postsowjetischen Raum.

LITERATUR

- Albrecht, Holger/Schlumberger, Oliver (2004): 'Waiting for Godot.' Regime Change without Democratization in the Middle East. In: *International Political Science Review* 25, 4, S. 371–392.
Albrecht, Holger/Frankenberger, Rolf (Hrsg.) (2010): *Autoritarismus Reloaded*. Baden-Baden (im Erscheinen).

- Almond, Gabriel (1960): A Functional Approach to Comparative Politics. In: Almond, Gabriel/Coleman, James (Hrsg.): *The Politics of Developing Areas*. Princeton, S. 3–64.
Armony, Ariel C./Schamis, Hector (2005): Babel in Democratization Studies. In: *Journal of Democracy* 16, 4, S. 114–128.
Bank, André (2009): Die Renaissance des Autoritarismus. Erkenntnisse und Grenzen neuerer Beiträge der Comparative Politics und Nahostforschung. In: *Hamburg Review of Social Sciences* 4, S. 10–41.
Barrios, Harald/Stefes, Christoph (Hrsg.) (2006): *Einführung in die Comparative Politics*. München.
Beck, Martin (2007): *Der Rentierstaatsansatz. Zum politikwissenschaftlichen Charme eines ökonomisch fundierten Konzepts*. In: Albrecht, Holger (Hrsg.): *Der Vordere Orient. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*. Baden-Baden, S. 101–119.
Brooker, Paul (2009): *Non-Democratic Regimes*. 2nd ed. New York.
Brownlee, Jason (2007): *Authoritarianism in an Age of Democratization*. Cambridge.
Caramani, Daniele (2008): *Comparative Politics*. Oxford.
Dahl, Robert (1971): *Polyarchy. Participation and Opposition*. New Haven, London.
Easton, David (1965): *A Systems Analysis of Political Life*. New York.
Fuchs, Dieter (2004): Konzept und Messung von Demokratie. Eine Replik auf Heidrun Abromeit. In: *Politische Vierteljahresschrift* 45, 1, S. 94–106.
Fukuyama, Francis (1992): *The End of History and the Last Man*. London.
Gandhi, Jennifer (2008): *Political Institutions under Dictatorship*. New York.
Gandhi, Jennifer/Przeworski, Adam (2006): Cooperation, Cooptation, and Rebellion under Dictatorships. In: *Economics & Politics* 18, 1, S. 1–26.
Geddes, Barbara (1999): What We Know About Democratization After Twenty Years? In: *Annual Review of Political Science* 2, S. 115–144.
Hadenius, Axel / Teorell, Jan (2007): Pathways from Authoritarianism. In: *Journal of Democracy* 18, 1, S. 143–156.
Huntington, Samuel P. (1991): *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*. Norman, London.



UNSER AUTOR

Dr. Rolf Frankenberger ist Akademischer Rat am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen. Zu seinen wissenschaftlichen Interessenschwerpunkten gehören autoritäre politische Systeme, Transformation von Politik und Ökonomie, Russland und der postsowjetische Raum sowie Systemtheorie und Theorien der Postmoderne.



UNSER AUTOR

Dr. Holger Albrecht studierte und promovierte am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen und ist seit 2008 Assistenzprofessor für Politikwissenschaft an der American University in Kairo, Ägypten. Er beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit autoritären Regimen sowie mit Wahlen, politischer Opposition und islamistischen Bewegungen in der arabischen Welt. Holger Albrecht ist Autor zahlreicher Artikel in Zeitschriften und Sammelbänden.

Kailitz, Steffen (2009): Stand und Perspektiven der Autokratieforschung. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft 19, 3, S. 4376–488.

Köllner, Patrick (2008): Autoritäre Regime – Ein Überblick über die jüngere Literatur. In: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 2, S. 351–366.

Lazar, Marc (2009): Challenges to Established Democracies: The Italian Example. In: Kienle, Eberhard (Hrsg.): Democracy Building and Democracy Promotion. Political Change North and South of the Mediterranean. London, S. 214–229.

Levitsky, Steven/Way, Lucan A. (2002): The Rise of Competitive Authoritarianism. In: Journal of Democracy 13, 2, S. 51–65.

Linz, Juan J. (1964): An Authoritarian Regime: the Case of Spain. In: Arland, Erik/Littunen, Yrjö (Hrsg.): Cleavages, Ideologies and Party Systems. Helsinki, S. 291–341.

Lust-Okar, Ellen (2005): Structuring Conflict in the Arab World. Incumbents, Opponents, and Institutions. Cambridge.

McFaul, Michael (2002): The Fourth Wave of Democracy and Dictatorship. Noncooperative Transitions in the Postcommunist World. In: World Politics 54, S. 212–244.

Nohlen, Dieter (1998): Autoritäre Regime. In: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf/Schüttemeyer, Suzanne S. (Hrsg.): Lexikon der Politik. Band 7. Politische Begriffe. München, S. 60.

Parsons, Talcott (1951): The Social System. Glencoe.

Reich, Gary (2002): Categorizing Political Regimes. New Data for Old Problems. In: Democratization 9, 4, S. 1–24.

Schedler, Andreas (Hrsg.) (2006): Electoral Authoritarianism. The Dynamics of Unfree Competition. Boulder.

Schlumberger, Oliver (2004): Political Liberalization, Authoritarian Regime Stability, and Imitative Institution-Building: Towards a Formal Understanding. Konferenzpapier, präsentiert im 5. Mediterranean Social and Political Research Meeting am Robert Schuman Centre, European University Institute, Florenz.

Schlumberger, Oliver (Hrsg.) (2007): Debating Arab Authoritarianism. Dynamics and Durability in Nondemocratic Regimes. Palo Alto.

Schlumberger, Oliver/Karadag, Roy (2006): Demokratisierung und Transitionsforschung. In: Barrios, Harald/Stefes, Christoph (Hrsg.): Einführung in die Comparative Politics. München, S. 227–250.

Way, Lucan A. (2005): Authoritarian State Building and the Sources of Regime Competitiveness in the Fourth Wave. The Cases of Belarus, Moldova, Russia, and Ukraine. In: World Politics 57, S. 231–261.

ANMERKUNGEN

1 Auch wenn die Auswahl der Bücher eher ad hoc getroffen wurde, so erweisen sich die Befunde dennoch als symptomatisch. So beinhalten lediglich sieben der 33 Werke explizite Kapitel zu autoritären politischen Systemen, wohingegen fast alle Werke Kapitel zu Demokratien enthalten. Ausgenommen davon sind die Bände, die sich in erster Linie mit Methoden oder klassischen Texten der Vergleichenden Politikwissenschaft befassen.

2 Autokratien sind nach Polity IV: Aserbaidshan, Bahrain, Belarus, Bangladesch, China, Kuba, Eritrea, Iran, Kuwait, Kasachstan, Laos, Libyen, Marokko, Myanmar, Oman, Nordkorea, Katar, Saudi Arabien, Swasiland, Syrien, Turkmenistan, Vereinigte Arabische Emirate, Usbekistan und Vietnam.

3 Darüber hinaus vergibt Freedom House das Label „Elektorale Demokratie“ an Staaten, die zwar nicht als „frei“ eingestuft werden, aber dennoch ein Minimum an Standards in Bezug auf Wahlen erfüllen: ein wettbewerbsorientiertes oder kompetitives Mehrparteiensystem, universelles Erwachsenenwahlrecht für alle Bürgerinnen und Bürger, regelmäßig abgehaltene geheime Wahlen ohne massiven Wahlbetrug, Zugang der wichtigen politischen Parteien zu den Medien und die Möglichkeit offenen Wahlkampfs.

4 Dies sind: Afghanistan, Ägypten, Algerien, Angola, Äquatorial Guinea, Aserbaidshan, Bahrain, Belarus, Brunei, Burma, China, Elfenbeinküste, Eritrea, Gabun, Guinea, Irak, Iran, Jemen, Jordanien, Kambodscha, Kamerun, Kasachstan, Kirgistan, Kongo (Brazzaville), Kongo (Kinshasa), Kuba, Laos, Libyen, Mauretanien, Nordkorea, Oman, Katar, Ruanda, Russland, Saudi Arabien, Simbabwe, Somalia, Sudan, Swasiland, Syrien, Tadschikistan, Tschad, Tunesien, Turkmenistan, Usbekistan, Zentralafrikanische Republik, Vietnam.

5 Dies sind: Afghanistan, Äthiopien, Demokratische Republik Kongo, Elfenbeinküste, Eritrea, Irak, Iran, Laos, Mauretanien, Myanmar, Nordkorea, Pakistan, Republik Kongo, Simbabwe, Somalia, Sudan, Guinea, Syrien, Tadschikistan, Tschad, Turkmenistan, Usbekistan, Zentralafrikanische Republik.

6 Dies sind: Ägypten, Algerien, Angola, Aserbaidshan, Belarus, Bhutan, Burkina Faso, Burundi, China, Haiti, Jemen, Jordanien, Kambodscha, Kamerun, Kasachstan, Kenia, Kirgisistan, Kuba, Lesotho, Liberia, Libyen, Madagaskar, Marokko, Nepal, Niger, Nigeria, Ruanda, Saudi-Arabien, Sierra Leone, Togo, Tunesien, Venezuela, Vietnam.

7 Christoph H. Stefes zeichnet anhand des Beispiels Georgiens unter Schewardnadse nach, wie der Verlust über die repressiven Kontrollme-

DIE „DUNKLE SEITE“ DER MACHT: STABILITÄT UND WANDEL AUTORITÄRER SYSTEME

chanismen zu Erosion und Zusammenbruch eines autoritären Regimes führen kann.

8 Zum Phänomen der Regimetypen, die sich in einer „Grauzone“ zwischen Demokratie und Autokratie befinden und – je nach unterschiedlichem Analyseansatz – als nicht konsolidierte Demokratien oder hybride Regime bezeichnet werden, siehe die Beiträge von Peter Thiery (Lateinamerika), Petra Stykow (postsowjetischer Raum), Christoph H. Stefes (Kaukasus) und Jörg Kemmerzell (Subsahara-Afrika).

9 Vergleiche die im zweiten Abschnitt angegebene Definition. Viele neuere Definition greifen nach wie vor auf den Ansatz von Linz zurück (vgl. Nohlen 1998), wodurch allerdings theoretische Probleme nicht überdeckt werden können: Zum einen erhält die Definition durch ihre Abgrenzungsstrategie gegenüber den Merkmalen anderer Systemtypen (Demokratie und Totalitarismus) den Charakter einer Negativdefinition, deren grundsätzliche Nachteile oben bereits bemerkt wurden. Was von der Autoritarismusdefinition von Linz diskutiert Merkmale, wie Mentalitäten und politische Mobilisierung, in modernen autoritären Systemen kaum noch empirische Relevanz zu besitzen. Was von der Autoritarismusdefinition von Linz damit letztlich übrig bleibt, ist eine Definition autoritärer politischer Systeme, die den in den Demokratieindizes entwickelten – und hier kritisierten – Ansätzen stark ähnelt, indem sie auf eingeschränkte bürgerliche Rechte und Freiheiten (Pluralismus) und das Fehlen von Rechtsstaatlichkeit (keine formal definierte Herrschaftsbegrenzung) verweist. Ihr Schwachpunkt besteht darin, dass sie feststellt, was fehlt, anstatt die tatsächlichen Eigenschaften autoritärer Systeme herauszustreichen.

10 Beatrice Schlee argumentiert am Fall Simbawes, dass fehlende politische Unterstützung für ein autoritäres Regime nicht automatisch zu dessen Zusammenbruch führen muss, sondern das Gefühl politischer Apathie innerhalb der Bevölkerung verstärken kann.

11 Zum Modernisierungs- und Innovationspotential von autoritären Systemen siehe die Beiträge von Michael Schmidmayr (arabische Golfstaaten), Franziska Stehnen (Kuba) und Thomas Demmelhuber (Ägypten).

12 Wenige Ausnahmen sind nach außen abgeschottete Systeme (Nordkorea) oder solche, die ihre Legitimationsbasis fast vollständig auf einer religiös-traditionellen Tradition aufbauen (Bhutan, Saudi Arabien).

Autoritäre Systeme in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion

Petra Stykow

Zwei Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist – von den drei baltischen Staaten abgesehen – in den anderen zwölf postsowjetischen Staaten der Übergang zur Demokratie gescheitert. Werden einige von ihnen seit dem Ende der 1990er Jahre als reine Autokratien angesehen, sind andere hingegen durch Institutionen und Prozesse geprägt, die sowohl demokratische als auch autoritäre Elemente aufweisen. Kennzeichen der sogenannten hybriden Regime ist die ausgeprägte Dominanz der staatlichen Exekutive über die gesamte Politik. Obwohl demokratische Elemente (Parlamente, Parteien und Wahlen) eingeführt wurden, ist deren Wirkungsweise durch verschiedene Mechanismen autoritärer Herrschaft erheblich beeinträchtigt. Die Demokratiequalität dieser Staaten wird zunächst am Indikator der „Qualität der Wahlen“ differenziert erörtert. Die Zwischenbilanz ist offenkundig: Politische Macht und deren Ausübung sind weitgehend personalisiert. Im Folgeschritt konzentriert sich Petra Stykow auf die Präsidentschaftswahlen, die in den vergangenen zwei Dekaden in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion stattgefunden haben. Die allermeisten dieser Wahlen sind ein Beleg für die Reproduktion (semi-)autoritärer Regime, für die sich eine eigenständige Verbindung von formal-demokratischen Institutionen und autoritären Praktiken aufzeigen lässt. Die Chancen für eine absehbare Demokratisierung sind im postsowjetischen Raum – so das Fazit – nicht sonderlich günstig.

Die politischen Systeme der postsowjetischen Staaten

Zwanzig Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion gelten nur drei ihrer Nachfolgestaaten – Estland, Lettland und Litauen – als liberale Demokratien. In den anderen zwölf postsowjetischen Staaten hingegen ist der Übergang zur Demokratie gescheitert. Während einige von ihnen bereits seit dem Ende der 1990er Jahre als voll entwickelte Autokratien angesehen werden, sind andere durch Institutionen und Prozesse geprägt, die sowohl demokratische als auch autoritäre Elemente aufweisen. Deshalb werden sie oft

als „hybride Regime“ bezeichnet. Insofern sie minimale Anforderungen erfüllen, die an Demokratien gestellt werden, insbesondere hinsichtlich von Wahlen, sprechen Politikwissenschaftler auch von „elektoralen“ (Freedom House 2009) oder „defekten“ (Merkel et al. 2003) Demokratien. Hybride Regime wiederum, in denen zwar Wahlen stattfinden, demokratische Standards dabei aber tief greifend und systematisch verletzt werden, zählen zu den „kompetitiven“ (Levitsky/Way 2002) oder „elektoralen“ (Schedler 2006; Hadenius/Teorell 2006) Autokratien.

Die folgende Tabelle trägt zusammen, wie zwei wichtige Indizes der Demokratie – Freedom House und der Bertelsmann Transformation Index (BTI) – die politischen Systeme in diesen Ländern klassifizieren. Wie zu erkennen ist, werden einige Länder unterschiedlich beurteilt, am deutlichsten Moldova (Moldawien) und Russland.

Die politischen Systeme der postsowjetischen Länder lassen einige gemeinsame Merkmale erkennen. Sie sind nicht überall gleich ausgeprägt, unterscheiden diese Region jedoch deutlich sowohl von den liberalen Demokratien

westlicher Staaten als auch von den jungen Demokratien Ostmitteleuropas.

Staatliche Exekutive dominiert die gesamte Politik

Erstens dominiert die staatliche Exekutive die gesamte Politik. Liberale Demokratien kennen zwei historisch gewachsene Muster der Beziehungen zwischen den Gewalten: Das parlamentarische Regierungssystem, in dem die Regierung aus der parlamentarischen Mehrheit hervorgeht und von dieser abhängt (z.B. Großbritannien, Deutschland), und das präsidentielle System, in dem der Präsident als Regierungs- und Staatsoberhaupt sowie die Legislative autonom voneinander gewählt werden (USA). Im ersten Fall sind die Institutionen des Regierungssystems eng miteinander verschränkt, und es ist der Parteienwettbewerb, der eine allzu große und dauerhafte Machtkonzentration verhindert. Im zweiten Fall liegt institutionelle Gewaltentrennung vor, so dass sich Exekutive und Legislative gegenseitig kontrollieren (Checks and Balances).

Fast alle postsowjetischen Länder haben Präsidialsysteme.¹ Im Unterschied

Tabelle 1: Klassifizierung der politischen Systeme

Land	Freedom House (2009)	BTI (2010)
Ukraine	Hybrides Regime	Defekte Demokratie
Georgien	Hybrides Regime	Defekte Demokratie
Moldova (Moldawien)	Semikonsolidiertes autoritäres Regime	Defekte Demokratie
Armenien	Semikonsolidiertes autoritäres Regime	Gemäßigte Autokratie
Kirgistan (Kirgisien)	Konsolidiertes autoritäres Regime	Gemäßigte Autokratie
Russland	Konsolidiertes autoritäres Regime	Stark defekte Demokratie
Tadschikistan	Konsolidiertes autoritäres Regime	Autokratie
Aserbaidshjan	Konsolidiertes autoritäres Regime	Autokratie
Kasachstan	Konsolidiertes autoritäres Regime	Gemäßigte Autokratie
Belarus	Konsolidiertes autoritäres Regime	Gemäßigte Autokratie
Usbekistan	Konsolidiertes autoritäres Regime	Autokratie
Turkmenistan	Konsolidiertes autoritäres Regime	Autokratie

Quellen: Freedom House-NIT 2009, Table 10; Thierry 2009, S. 67

zu präsidentiellen Systemen in Demokratien sind die Staatsoberhäupter aber gegenüber den anderen Staatsgewalten eindeutig dominant. Ihre Vollmachten sind so groß, dass sie sich einer effektiven Kontrolle durch Legislative und Justiz – und auch durch die Medien als einer „Vierten Gewalt“ – entziehen können. Dies liegt zum einen daran, dass die Verfassungen den Präsidenten außerordentlich große Kompetenzen zuschreiben. Zum anderen ist es erfolgreichen Amtsinhabern aber auch im Verlaufe der politischen Auseinandersetzungen der 1990er Jahre gelungen, ihre Vormachtstellung auszubauen. Beobachter sprechen oft von „Superpräsidentialismus“, um diese Dominanz zu betonen, die nicht nur auf konstitutionellen Regelungen, sondern auch auf der persönlichen sowie personalisierten Macht der Präsidenten und ihrer Verwaltungsapparate beruht (Robinson 2003). Sie stützt sich in großem Maße auf ausgedehnte patron-klientelistische Beziehungsnetzwerke, die Wirtschaft und Politik miteinander verbinden. Politische Macht wird dabei wesentlich vermittle des selektiven Transfers von Ressourcen gegenüber loyalen Beamten, Politikern und Unternehmern ausgeübt. Dies ermöglicht es den Präsidenten, ihre Ziele zu verfolgen und ihre Macht zu stabilisieren, indem sie Verbündete belohnen und Gegner kooptieren oder bestrafen. Formalrechtlich institutionalisierte Praktiken und programmatisch-ideologische Politikbegründungen spielen demgegenüber eine vergleichsweise kleinere Rolle.² Üblicherweise vertreten diese Präsidenten gemäßigt-nationalistische Ideologien, mit denen Modernisierungsprogramme im Rahmen souveräner Nationalstaaten begründet und die Eigenständigkeit nationaler Traditionen und Werte betont werden.

Faktisch sind die meisten postsowjetischen Präsidenten inzwischen in der Lage, die anderen Gewalten weitgehend selbst zu kontrollieren: In den Parlamenten gibt es üblicherweise (verfassungsändernde) pro-präsidentielle Mehrheiten; die Justiz steht unter dem Verdacht, politisch motivierte Urteile zu fällen; die Medien gelten als weitgehend staatlich kontrolliert. In postsowjetischen Autokratien wie Belarus (Weißrussland) oder Usbekistan sind diese Merkmale mit besonderer Deutlichkeit zu beobachten. In „defekten Demokratien“ wie der Ukraine und Georgien sind sie weit aus schwächer ausgeprägt. Die Kompetenzaufteilung und das Kräfteverhältnis innerhalb der Exekutive sowie zwischen ihr und der Legislative sind hier vielmehr Gegenstand erbitterter politischer Auseinandersetzungen, deren Ende und Ergebnisse noch nicht abzusehen sind.

Die Exekutive als Patron hegemonialer Organisationen

Ein zweites gemeinsames Merkmal der postsowjetischen Länder besteht in der allgemeinen Schwäche und Instabilität von Organisationen, die nicht unmittelbar dem staatlichen Bereich zuzurechnen sind. Parteien, Verbände und zivilgesellschaftliche Vereinigungen haben nur wenige Mitglieder, hängen in ihrer Existenz vollständig von ihrem Führungspersonal ab und können als Repräsentanten von gesellschaftlichen Interessengruppen nur wenig politischen Einfluss geltend machen. Ihnen gegenüber stehen wenige Organisationen, denen der Staat bestimmte Funktionen in der Gesellschaft zuweist und deren Entwicklung er im Zusammenhang damit fördert und kontrolliert. Die Exekutive agiert also als Patron dieser Organisationen, indem sie beispielsweise deren Gründung initiiert und sie als privilegierte Partner für Konsultationen mit staatlichen Organen lizenziert. Meist stellt sie auch wichtige Ressourcen für den Organisationserhalt zur Verfügung. Das können finanzielle Mittel, Beitrittsanreize für potenzielle Mitglieder („Nähe zur Macht“) oder prominentes Führungspersonal aus dem Staatsapparat sein, aber auch die breiten politischen Positionen der Exekutive, welche von den jeweiligen Organisationen als Leitbilder aufgegriffen werden.

Diese Diagnose betrifft die Zivilgesellschaft, aber auch den genuin politischen Bereich, der in modernen repräsentativen Demokratien von politischen Parteien besiedelt ist. In den postsowjetischen Ländern entstanden nach der Abschaffung des Machtmonopols der Kommunistischen Partei der Sowjetunion im Jahre 1990 fast überall Mehrparteiensysteme, und nirgends ist die Existenz oppositioneller Parteien generell verboten.³ Parteien wurden unter ausdrücklicher Berufung auf das Vorbild der westlichen pluralistischen Parteien-demokratie gegründet. Mit Ausnahme der Kommunisten, die fast überall auf ihre ererbten Organisationsstrukturen und ein deutlich verkleinertes, aber relativ stabiles Elektorat aufbauen konnten, erwiesen sich aber nahezu alle neuen Parteien als organisatorisch instabil, mitgliederschwach und auf mehr oder weniger charismatische und ressourcenstarke Führer angewiesen. Damit ähnelten sie eher klientelistischen Gefolgschaften als modernen bürokratischen Organisationen. Auch die Parteiensysteme konnten sich in den 1990er Jahren nicht stabilisieren. Die starken Präsidenten positionierten sich überparteilich. Die schwache konstitutionelle Stellung der Legislative setzte keine

starken Anreize der Parteibildung, und die Wahlsysteme förderten die Konzentration der Parteiensysteme nicht. Erst im vergangenen Jahrzehnt mehrten sich in den meisten postsowjetischen Ländern Anzeichen für Veränderungen. Die Parteiensysteme scheinen sich zu konsolidieren. Dies bedeutet allerdings nicht, dass Parteiendemokratien nach westlichem Vorbild entstehen. Vielmehr bilden sich hegemoniale Parteiensysteme heraus, in denen eine Partei unangefochten und dauerhaft dominiert. Sie ist eng mit dem Staat verflochten und stellt ein neues Instrument der Herrschaftssicherung des Präsidenten dar. Diese sogenannten „Parteien der Macht“ haben sich in einigen Ländern (so in Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Russland, Usbekistan und Tadschikistan) inzwischen etabliert, in anderen (so in Armenien und Moldo) gibt es Entwicklungen, die in diese Richtung weisen (Bader 2009). Ihre Dominanz ist ein Indikator dafür, dass der politische Wettbewerb als Parteienwettbewerb gebremst oder abgeschafft worden ist. Die Herausbildung solcher hegemonialen Parteiensysteme ist ein Anzeichen für die Institutionalisierung des jeweiligen politischen Regimes durch die herrschende Elitengruppe, welche die „Partei der Macht“ nutzt, um ihre Vormachtstellung dauerhaft zu sichern.

Missachtung und Verletzung demokratischer Grundprinzipien

Ein drittes Merkmal der politischen Systeme in den postsowjetischen Ländern ist die mehr oder weniger große Diskrepanz zwischen den verfassungsmäßig verbrieften und den tatsächlichen politischen Rechten und Freiheiten. Zwar sehen ihre Verfassungen einen Katalog von Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungs-, religiösen und weiteren Freiheiten und Rechten vor, der dem in etablierten Demokratien weitestgehend ähnelt. In der Realität werden sie aber systematisch verletzt. Rechtsstaatlichkeit ist nicht gewährleistet. Besonders schwerwiegend sind Verletzungen des demokratischen Grundprinzips, nachdem freie, faire und gleiche Wahlen der Staatsbürger die Volkssouveränität garantieren. Die Wahlergebnisse werden mehr oder weniger regelmäßig und in unterschiedlichem Ausmaß manipuliert. In einigen Ländern hat dies Massenproteste hervorgerufen, die als Revolutionen bezeichnet worden sind, so in Georgien (2003, „Rosenrevolution“), in der Ukraine (2004,

„Orange Revolution“) und in Kirgistan (2005, „Tulpenrevolution“), weil sie zu einem Machtwechsel führten. Aber auch in anderen Ländern hat es im Gefolge „gestohlener Wahlen“ öffentliche Proteste gegeben, z.B. in Aserbaidschan (2003; 2005), Armenien (2008), Belarus (2005; 2006) und Usbekistan (2007).

Als Zwischenfazit ist festzuhalten: Seit Beginn der 1990er Jahre wurden zwar wesentliche demokratische Elemente – wie etwa Parlamente, Parteien und Wahlen – eingeführt, aber ihre Wirkungsweise ist durch konkurrierende formale und informelle Elemente autoritärer Herrschaftsausübung so stark beeinträchtigt, dass die politischen Systeme dieser Länder (im Detail unterschiedlich stark) ausgeprägte autoritäre Züge tragen. Wichtig ist, dass es keineswegs einzelne Elemente der politischen Systeme sind, in denen demokratische Standards verletzt werden. Vielmehr sind alle wesentlichen Dimensionen des Institutionensystems und des politischen Prozesses davon betroffen und greifen ineinander. Die formalen Regeln, nach denen sie in Demokratien organisiert sind, gelten generell nur eingeschränkt. Von zentraler Bedeutung sind informelle Aushandlungen zwischen Personen und ihren Netzwerken, deren Eigenschaften und Ressourcen die formalen Institutionen der politischen Systeme – von individuellen Ämtern wie dem des Präsidenten bis hin zu kollektiven Akteuren wie etwa Parteien – weitaus stärker prägen als in den rechtsstaatlichen Parteiendemokratien westlicher Gesellschaften. Die politische Macht und ihre Ausübung sind weitgehend personalisiert. Im Ergebnis dessen nimmt auch der politische Wettbewerb andere Formen an, als es aus Demokratien bekannt ist: Je autoritärer ein politisches System ist, desto weniger wird der politische Wettbewerb zwischen Parteien, im Parlament oder als Konkurrenz von Legislative und Exekutive ausgetragen. Wenn es ihn überhaupt gibt, spielt er sich vielmehr innerhalb der Eliten, zwischen ihren primär informell organisierten Gruppen und deren Führern ab.

Wahlen in Demokratien und Autokratien

In modernen repräsentativen Demokratien erfüllen Wahlen eine Reihe von Funktionen (s. Nohlen 2007, S. 33–35). Zentral ist die Elitenrekrutierung und -selektion. Wer regieren soll, entscheiden die Wähler – und nicht etwa das Los oder die Eliten selbst, indem sie das politische Spitzenpersonal entsprechend von Erbfolgeregeln (in absolutistischen Monarchien), mit Gewalt (z.B.

durch Putsch), auf dem Wege interner Aushandlungsprozesse oder Abstimmungen innerhalb kleiner Führungskreise (z.B. durch den Konklave im Vatikan, das Kurfürstenkollegium im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation oder das Politbüro in der Sowjetunion) bestimmen. Wahlen erscheinen damit als die „demokratische Methode“ im Sinne Joseph Schumpeters. Sie produzieren politische Entscheidungen, „bei welcher einzelne die Entscheidungsbefugnis vermittels eines Konkurrenzkampfs um die Stimmen des Volkes erwerben“ (Schumpeter 1950, S. 428; s. auch Przeworski 1999). Wahlen erfüllen zudem die Funktion der Kontrolle über die Regierenden, denn diese können vom Wähler sanktioniert werden. Schließlich legitimieren sich liberale Demokratien wesentlich dadurch, dass sie vermittels Wahlen das Handeln der politischen Eliten unmittelbar auf den Bürger zurückführen und damit eine moderne Form der „Volksherrschaft“ begründen.

Sowohl der Legitimitätsanspruch einer Regierung als auch der Legitimitätsglauben der Bürger erwachsen aus dem Umstand, dass die Eliten durch freie Wahlen zur Herrschaftsausübung bevollmächtigt werden.

Die Qualität von Wahlen als Indikator für Demokratiequalität

Deshalb verwundert es nicht, dass bei der Bewertung der Demokratiequalität eines politischen Systems die Qualität von Wahlen als wichtigster Indikator gilt. Werden sie regelmäßig durchgeführt? Sind sie frei und fair? Ist ein Machtwechsel in der Exekutive im Prinzip möglich? Ist dem nicht so, werden die betreffenden politischen Systeme nicht als Demokratien eingestuft. So trivial das auf den ersten Blick erscheinen mag, so kompliziert wird es beim näheren Hinsehen. Vergleicht man beispielsweise die Bewertung der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2003/04

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Russland wählte im Frühjahr 2008 einen neuen Präsidenten. Im Bild ein Matrose der russischen Schwarzmeerflotte bei der Stimmabgabe. Obwohl in den postsowjetischen Staaten demokratische Elemente (Parlamente, Parteien und Wahlen) eingeführt wurden, ist deren Wirkungsweise durch verschiedene Mechanismen autoritärer Herrschaft erheblich beeinträchtigt.

picture alliance/dpa

über Wettbewerbsvorteile, die einen Sieg der Opposition buchstäblich unmöglich machen.

Wahlfälschungen und regimekonforme Abstimmungen

Das Ausmaß und die Bedeutung von unmittelbaren Wahlfälschungen sind meist nicht genau zu beurteilen. Wenn der Wahlkampf hoch kompetitiv ist und dem Amtsinhaber ein starker Herausforderer gegenübersteht, können Manipulationen eventuell ausschlaggebend sein, um den Sieg der Opposition zu verhindern. In konsolidierten Regimes aber, in denen eine „Partei der Macht“ etabliert ist oder ein hinreichend populärer amtierender Präsident eine zweite Amtszeit anstrebt, ist dies wenig wahrscheinlich. So gibt es Hinweise darauf, dass die Wiederwahl des geschwächten russischen Präsidenten Boris Jelzin (1996) durch Wahlbetrug großen Stils gesichert wurde, Putins zweite Amtszeit (2004) aber auch ohne die vermutlich durchaus erheblichen Fälschungen niemals gefährdet war (Myagkov et al. 2005).

Warum ist es durchaus denkbar, dass die Bürger mehrheitlich bereit sind, autoritären Politikern und Parteien ihre Stimme zu geben? Zum einen sind ihre Wahlmöglichkeiten faktisch beschränkt, da „echte“ oppositionelle Parteien im politischen Spektrum marginalisiert sind. Sie können nicht nur im Wahlkampf weniger Aufmerksamkeit auf sich ziehen als eine „Partei der Macht“. Vielmehr dürfte sie auch allein der Umstand Stimmen kosten, dass sie von vornherein als äußerst unwahrscheinliche Wahlsieger gelten. Zum anderen funktioniert die klientelistische Integration der Wähler erfolgreich. Eine eng mit dem Staat verflochtene „Partei der Macht“ kann die Stimmen der Bürger durch künftige Leistungsversprechen buchstäblich kaufen. Das gilt umso mehr bei Präsidentschaftswahlen, wenn der Amtsinhaber erneut antritt. Auch die Wähler wissen um die Bedeutung der informellen, personalisierten Machtbeziehungen, die das formale Institutionengefüge ergänzen und partiell außer Kraft setzen.

Die Zustimmung der Wähler zu den Amtsinhabern muss also nicht zwingend in einer mangelnden demokratischen Gesinnung begründet liegen, sondern kann durch unterschiedliche Motive erklärt werden: Sie kann eine Loyalitätsbekundung sein, die in der Erwartung abgegeben wird, dafür politisch belohnt zu werden. Es kann sich aber auch um die „resignierte Akzeptanz“ (Rose

in Russland, so fallen diametral unterschiedliche Urteile ins Auge: Für Freedom House (Freedom House 2005) war der Wahlkampf derart unfair, dass Russland den Status einer „(elektoralen) Demokratie“ einbüßte, während andere Bewertungen (Polity 2006) zwar die Amtsvorteile Wladimir Putins hervorhoben, ansonsten aber keine Behinderungen der Opposition oder Hinweise auf Wahlbetrug diagnostizierten.

Dies verweist auf Probleme bei der Operationalisierung und Messung der Einhaltung demokratischer Standards. Wie kann man sicher feststellen, ob ein Machtwechsel durch Wahlen im Prinzip möglich ist? Allein die Existenz oppositioneller Parteien ist kein ausreichender Beleg dafür – wie andererseits ausbleibende Wahlsiege der Opposition über längere Zeiträume kein Abgleiten in die Autokratie bedeuten müssen.⁴ Woran lässt sich erkennen, ob Wahlen frei und fair durchgeführt werden? Zum „Manipulationsmenü“ (Schedler 2002) gehö-

ren Wahlbetrug im engeren Sinne, d.h. Regelverletzungen im elektoralen Prozess selbst – von der Wählerregistrierung bis hin zur Fälschung des Abstimmungsergebnisses, aber auch mittel- und längerfristige Strategien wie politische Repressionen, Marginalisierung und Fragmentierung der Opposition, die Beschränkung ihrer Zugänge zu Finanzen und Medien als wichtigen Ressourcen im Wettbewerb um Wählerstimmen und öffentliche Aufmerksamkeit. Subtilere Methoden bestehen in Reformen des Parteien- und Wahlrechts, die Spielregeln installieren, welche die Amtsinhaber privilegieren und die Wahlchancen der Opposition unter den gegebenen Bedingungen zusätzlich einschränken. Das betrifft zum Beispiel Sperrklauseln im Wahlrecht und Bestimmungen für die Zulassung von Parteien, die kleine, ressourcenschwache Organisationen beeinträchtigen. Wo in den letzten Jahren „Parteien der Macht“ entstanden sind, verfügen diese

2007, S. 123–124) dessen handeln, dass es an realistischen Alternativen fehlt, dass die Opposition faktisch nicht regierungsfähig wäre, selbst wenn sie die Wahlen gewänne oder dass das Verbleiben der aktuellen Machthaber im Amt das geringere Übel darstellt. Dabei sind sich die Wähler unter Umständen durchaus dessen bewusst, dass die Wahlen fairen Maßstäben nicht entsprechen.⁵

Autoritäre Amtsinhaber legen Wert auf regelmäßige Wahlen

Warum aber sollten autoritäre Amtsinhaber überhaupt daran interessiert sein, regelmäßig Wahlen durchzuführen? Tatsächlich gibt es zu Beginn des 21. Jahrhundert weltweit kaum noch eine Autokratie, die sich dem prinzipiell verweigert. Ein nahe liegendes Argument ist, dass auch autoritäre Herrscher es vorziehen dürften, gegenüber der eigenen Bevölkerung und auch international als legitime Amtsinhaber zu gelten, denn eine auf Repressionen beruhende Machtausübung ist generell teuer in ihrer Bestandssicherung als eine freiwillig von den Bürgern anerkannte. Für die postsowjetischen Präsidenten ist eine breite Unterstützung umso wichtiger, weil ihre Länder auf eine nur sehr kurze Geschichte als Nationalstaaten zurückblicken können. In den vergangenen zwei Jahrzehnten mussten (und müssen) politische, ökonomische und staatliche Institutionen geschaffen und die nationalstaatliche Identitätsbildung vorangetrieben werden, um nicht nur die großen Herausforderungen der „Normalpolitik“ zu bewältigen, sondern auch überhaupt erst einmal lebensfähige souveräne politische Einheiten zu schaffen. Vor diesem Hintergrund präsentieren sich alle Präsidenten als weitgehend überparteilich bzw. stützen sich auf Parteien und Organisationen, die ihrerseits eher das „patriotische Programm“ des Staatsoberhauptes propagieren denn profilierte Parteiprogramme. Das überall deutliche Bestreben, den Zuspruch von mehr als zwei Dritteln des Elektors für den Präsidenten und seine Partei zu sichern, erklärt sich demnach nicht nur pragmatisch aus dem Ziel, über die verfassungsändernde Mehrheit im Parlament zu verfügen, sondern auch aus dem Selbstverständnis der politischen Akteure: Um als legitime Sachwalter nicht einzelner Gruppen, sondern der durch den Staat repräsentierten Gesellschaft gelten zu können, benötigen sie nicht die einfache Mehrheit der Wählerstimmen, sondern weitaus mehr. Wahlergebnisse werden oft deshalb manipuliert, um die Zustimmung der Bürger höher erscheinen zu lassen.

Macht- und Kompetenzverteilung durch Wahlen

Neben der Legitimitätsbekundung gegenüber der Regierung erfüllen Wahlen in autoritären Regimes noch weitere Funktionen (Gandhi/Lust-Okar 2009, S. 405). Erstens betreffen sie die Eliten selbst. Wahlen können als Methode der intra-elitären Macht- und Kompetenzverteilung analog zu Ernennungen in Ämter angesehen werden. Nominierungen und Mandate belohnen Politiker, die in ihrem Einflussbereich für die Durchsetzung der Regierungsprogramme sorgen, Loyalität gegenüber dem Machtzentrum zeigen und eine hohe Wahlbeteiligung sowie Wählerzustimmung mobilisieren. Damit können insbesondere lokale und Parlamentswahlen zu Arenen werden, in denen sich ein intra-elitärer Wettbewerb um staatliche Ressourcen entfalten kann. Ein solcherart organisierter „kompetitiver Klientelismus“ erfüllt auch Funktionen der Integration und Kooptation der Eliten. Schließlich demonstrieren gewonnene Wahlen den potentiellen Rivalen, dass es sich für sie nicht lohnt, in die Opposition zu wechseln.

Spaltung und Schwächung der Opposition

Zweitens erfüllen Wahlen mehrere Funktionen gegenüber der Opposition: Insbesondere der Wettbewerb um Mandate in lokalen und Parlamentswahlen eröffnet auch ihren Mitgliedern gewisse Chancen. Wahlen können die Opposition spalten, weil diese entscheiden muss, ob sie das „autoritäre Spiel“ mitspielt, um Zugänge zu staatlichen Ressourcen zu erhalten. Es kann dabei zu unterschiedlichen Auffassungen darüber kommen, ob man die Wahlen boykottieren soll oder nicht, welche Wahlkampfstrategien und -bündnisse angemessen sind und ob die Wahlergebnisse anerkannt werden sollen. Wahlen können die Opposition daher unter Umständen ernsthaft schwächen. Sie wird veranlasst, in eine Arena des politischen Wettbewerbs zu investieren, in der sie nicht gewinnen kann – statt das Regime im Grundsatz herauszufordern. Drittens dienen Wahlen der Informationsgewinnung: Wie stark ist die Unterstützung für die Opposition und auf wen oder welche Wahlbezirke konzentriert sie sich? Wie loyal und kompetent sind die eigenen Kandidaten? Aufgrund dieser Informationen kann beispielsweise im Zeitraum bis zu den nächsten Wahlen eine gezielte Klientelpolitik implementiert werden, um Wähler zu kaufen und Hochburgen der Opposition zu zerstören. Wenn es Akteure gibt, die

miteinander um Wählerstimmen konkurrieren, dann können Wahlen auch die Informationsasymmetrien zwischen diesen verringern. Das jeweilige Stimmpotential symbolisiert die Größe der Gefolgschaft jedes Kandidaten. Selbst wenn es manipuliert wurde, gibt dies Auskunft über die Fähigkeit der Konkurrenten, Unterstützer zu mobilisieren. Die Informationen darüber reduzieren die Wahrscheinlichkeit von Fehleinschätzungen der Kräfteverhältnisse. Damit wird auch das Risiko eines autoritären Amtsinhabers geringer, gewaltsam gestürzt zu werden. Angesichts desolater Wahlergebnisse zieht er es unter Umständen vor, zurückzutreten statt Putsche oder Massenproteste zu provozieren, die in Blutvergießen, Zerstörung und Anarchie enden können – auch wenn dies tatsächlich bedeutet, dass Wahlen gewissermaßen „Sollbruchstellen“ eines Regimes sind, die unter Umständen einen Machtverlust nach sich ziehen (Cox 2009).

Aus diesen Überlegungen wird deutlich, dass Wahlen in Nicht-Demokratien differenziert betrachtet werden müssen. Mögliche Unterschiede betreffen nicht nur die jeweils angewandten Manipulationsstrategien der Amtsinhaber und ihr Ausmaß sowie die mutmaßlichen Motive der Wähler, regimekonform abzustimmen, sondern auch die Art der Wahlen: Handelt es sich um lokale Wahlen, in denen die Amtsinhaber zwar über sehr deutliche Wettbewerbsvorteile verfügen, eventuell aber gezwungen sind, gegenüber dem Zentralstaat ihre Eignung zu beweisen und deshalb in einem gewissen Wettbewerb stehen? Handelt es sich um nationale Parlamentswahlen, die zwar zuverlässig funktionierende Abstimmungsmaschinen für die Exekutive hervorbringen sollen, aber nicht zwangsläufig auf die Kontrolle aller Mandate angewiesen sind? Oder handelt es sich um Präsidentschaftswahlen? Deren Besonderheit besteht darin, dass der Sieger alles bekommt. Dafür muss die regierende Elitenfraktion im Interesse der Regimestabilität für einen überwältigenden Sieg ihres Kandidaten sorgen. Im verbleibenden Teil des Textes konzentriere ich mich auf Ereignisse dieser Art, weil ihnen entscheidende Bedeutung in den hybriden und autoritären Regimes des postsowjetischen Raums zukommt.

Präsidentschaftswahlen ohne Wahl?

Im Ergebnis von Präsidentschaftswahlen wird ein Amt besetzt, das sowohl im formal-konstitutionellen Sinne als auch aufgrund der klientelistischen Funktionslogik des Regimes das Zentrum der politischen Macht darstellt. In konsoli-

dierten autoritären Regimes wird die Personalentscheidung für die Besetzung des politischen Spitzenamtes im Staat nicht in allgemeinen Wahlen getroffen. Selbst dann, wenn sie abgehalten werden, erfüllen sie – im Unterschied zu (elektoralen) Demokratien – nicht die Funktion der Elitenselektion. Während der Wähler in einer Demokratie gewissermaßen als „Jury“ den Sieger im Elitenwettbewerb kürt, ist er zumindest bei den wichtigsten Wahlen in autoritären Präsidialsystemen davon ausgeschlossen. Wenn das Regime intakt ist, dann einigen sich die Eliten bereits im Vorfeld von Wahlen auf die Person des Präsidenten. Unter Umständen müssen sie dafür miteinander informell verhandeln, neue Elitenfraktionen in die regierende Gruppe kooptieren oder auch aus dem politischen Spiel ausschließen. Der Bürger stimmt dieser Einigung bei Wahlen günstigenfalls zu und legitimiert damit die intra-elitäre Einigung.

Wie kommen solche intra-elitären Einigungen zustande? Wie werden die geeigneten Personen für das Amt des Präsidenten rekrutiert? Bei den Mechanismen dafür haben sich seit der Gründung der postsowjetischen Nationalstaaten erhebliche Veränderungen vollzogen.

1990er Jahre

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion konstituierten sich die ehemaligen Unionsrepubliken als souveräne Nationalstaaten. In diesem Zusammenhang wurde im Jahre 1991 (in Belarus erst 1994) das Amt eines direkt zu wählenden Präsidenten geschaffen. An ihn ging die Funktion des Staatsoberhauptes über. Sie war zuvor rein zeremonieller Natur gewesen und vom Vorsitzenden des Obersten Sowjets der betreffenden Unionsrepublik wahrgenommen worden; dieses sowjetische „Parlament“ wählte ihn auch. Bemerkenswerterweise gewannen diese Vorsitzenden, die meist nur wenige Monate zuvor in ihre Ämter gekommen waren, in allen Ländern (außer Belarus) die ersten Präsidentschaftswahlen oft deutlich und mitunter ohne Gegenkandidaten. Die Wähler bestätigten im Jahre 1991 also überall die Personalentscheidungen der letzten sowjetischen Parlamente. Da diese erst 1990, unter den partiell kompetitiven Bedingungen der späten Perestrojka gewählt worden waren, spiegelte sich in der Person des Präsidenten das situative Kräfteverhältnis wider, das am Vorabend des Zerfalls der Sowjetunion bestand: In einigen Ländern hatten sich Reformbewegungen entwickelt, die demokratische und nationalistische Forderungen vertraten und den Einzug in das Parlament er-

reicht hatten. Dort entstammten die Vorsitzenden der Obersten Sowjets und späteren Präsidenten diesen Bewegungen (Armenien, Georgien) oder waren Kompromisskandidaten (Russland, Kirgistan). In den anderen Republiken gelangte das Amt in die Hände der ehemaligen Chefs (Aserbaidshan, Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan) oder hochrangiger Funktionäre (Ukraine, Moldova⁶) der bis dahin herrschenden kommunistischen Parteien.

Betrachtet man die Präsidentschaftswahlen der 1990er Jahre insgesamt, so stellt sich folgendes heraus: In drei Ländern – Georgien, Aserbaidshan und Tadschikistan – konnten sich die gewählten Präsidenten nicht auf Dauer halten, weil es ihnen nicht gelang, die konkurrierenden Elitegruppen zu befrieden. Erst nach einer Phase, die durch Staatsstriche und Bürgerkriege geprägt war, setzten sich ab 1993 neue Amtsinhaber durch, die sämtlich zu irgendeinem Zeitpunkt auch Parteichefs in den ehemaligen Unionsrepubliken gewesen waren. Allen drei gelang es, als Sieger aus den Rivalitäten von Angehörigen sowohl der kommunistischen Eliten als auch der Opposition hervorzugehen, die mit extrakonstitutionellen Mitteln ausgetragen wurden. Erst danach stellten sie sich Wahlen und dies gegen Ende der 1990er Jahre auch erneut. Sie endeten eben so erfolgreich wie für die ersten postsowjetischen Präsidenten in Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgisien, Russland, Turkmenistan und Usbekistan.⁷ Nur in der Ukraine verlor der erste gewählte Präsident den Versuch, sich im Amt beständigen zu lassen, gegen einen Konkurrenten, der von der ukrainischen Staatswirtschaft gestützt wurde; erst der zweite Präsident hatte sowohl 1994 als auch 1999 Erfolg. Zwei Befunde dieses Vergleichs sind auffällig: Erstens haben sich ganz überwiegend ehemalige hochrangige Parteifunktionäre über zwei Legislaturperioden im Amt des Präsidenten halten können; das war in sieben Ländern – in drei davon erst nach turbulenten Zwischenspielen – der Fall. Lediglich in drei Ländern (Armenien, Belarus und Kirgistan) gelang es politischen Newcomern aus der Zeit der späten Perestrojka, ein zweites Mal wiedergewählt zu werden. Die zunächst plausible Annahme, dass amtierenden Präsidenten in solchen Situationen ein Amtsbonus zugute kommt, wird durch diese Beobachtung relativiert und präzisiert: Hilfreich ist insbesondere die Herkunft aus der ehemaligen kommunistischen Nomenklatura, selbst dann, wenn man – wie Jelzin oder Eduard Schewardnadse – in der Zwischenzeit zu einem antikommunistischen Reformen geworden war. Diese Herkunft erleichterte offensichtlich die

intra-elitäre Einigung, bedeutete sie doch, dass die betreffende Person gut vernetzt war sowie die informellen Routinen und Kanäle der klientelistischen Ressourcenverteilung kannte und zu bedienen verstand, um sich Unterstützung zu sichern. Weil die Zusammensetzung der Eliten in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion in den 1990er Jahren weit aus kontinuierlicher blieb als in den (ostmitteleuropäischen) Ländern, in denen der Systemwechsel nicht von oben eingeleitet worden war, handelte es sich hier um einen enormen Wettbewerbsvorteil, über den die politischen Neulinge nicht verfügten.

Der zweite interessante Befund besteht darin, dass die Unterstützung der Wähler für eine zweite Amtszeit unterschiedlich deutlich ausfiel: In Armenien, Russland und der Ukraine blieb sie mit Werten zwischen 55 und 60 Prozent der Stimmen weit unter der in den anderen Ländern, wo die amtierenden Präsidenten zwischen 76 und 97 Prozent Zustimmung erzielten. Auch wenn diese Wahlergebnisse zumindest partiell manipuliert gewesen sein dürften, lässt sich daraus ableiten, dass es nur in der erstgenannten Ländergruppe einen eher offenen politischen Wettbewerb gab, weshalb der erneute Sieg des Amtsinhabers knapp ausfiel. Die Gegenkandidaten waren offenbar stark genug, relevante Teile des Elektorats zu mobilisieren.

2000er Jahre

Die Verfassungen aller postsowjetischen Länder hatten lediglich eine Möglichkeit der Wiederwahl vorgesehen. Spätestens zu Beginn des neuen Jahrtausends stand daher überall ein Personenwechsel im Amt an. Würde damit auch ein Eliten- und Regimewechsel eintreten, der möglicherweise eine politische Wende bedeutete? Tatsächlich versuchten die Amtsinhaber in jedem Falle, das Regime und die Herrschaft der regierenden Elitegruppe auf Dauer zu stellen. Es zeigten sich aber Unterschiede darin, ob sie dies auch als Notwendigkeit interpretierten, sich selbst an der Spitze des Staates zu verewigen. Empirisch finden sich zwei Szenarien:

■ Das Wahlreglement wurde so manipuliert, dass der amtierende Präsident die Chance erhielt, unbegrenzt lange zu regieren: In Turkmenistan ernannte ihn das Parlament als Amtsinhaber auf Lebenszeit (1999). In Usbekistan wurde im Jahre 1995 die Amtszeit des 1991 gewählten Präsidenten zunächst durch

ein Referendum bis zum Jahr 2000 verlängert, bevor im Jahre 2002 auf demselben Wege die präsidentiale Wahlperiode generell von fünf auf sieben Jahre angehoben wurde. Im Jahre 2007 schließlich ließ die Wahlkommission eine dritte Kandidatur des Amtsinhabers mit der Begründung zu, die vorangegangenen Änderungen verwandelten diese in eine Erstbewerbung (RFE/RL 2007). Die am weitesten verbreitete Option bestand freilich darin, dem Präsidenten vermittels einer Verfassungsänderung die Möglichkeit einzuräumen, sich unbegrenzt erneut zur Wahl zu stellen (Aserbaidshan 2009; Belarus 2004; Kasachstan 2007; Tadschikistan 2003).

Nur in Armenien (2008), der Ukraine (2004) und in Russland (1999; 2008) traten zweimal gewählte Präsidenten nach Ablauf ihrer konstitutionell zulässigen Amtszeit kein drittes Mal an. Auch in Georgien und Kirgistan ließen die wiedergewählten Präsidenten verlauten, keine dritte Amtszeit anzustreben. Sie wurden aber durch die „Rosenrevolution“ 2003 bzw. die „Tulpenrevolution“ 2005 zu einem vorzeitigen Rücktritt gezwungen, die anlässlich von Wahlbetrug bei den (den Präsidentschaftswahlen vorausgehenden) Parlamentswahlen stattfanden.

Es ist davon auszugehen, dass in der ersten Ländergruppe Präsidentschaftswahlen de facto abgeschafft worden sind, solange die aktuellen Amtsinhaber leben und falls sie nicht mehr oder weniger gewaltsam gestürzt werden. Lediglich Parlaments- und regionale Wahlen finden dort noch statt und erfüllen partiell die weiter oben diskutierten Funktionen von Wahlen, entscheiden aber offensichtlich nicht über die Besetzung des Präsidentenamtes. Gleichwohl erhebt sich die Frage nach den Mechanismen der Elitenrekrutierung zumindest für den Zeitpunkt nach dem Ableben des aktuellen Amtsinhabers. In Turkmenistan trat dieser Fall im Jahre 2006 unerwartet früh ein. Die verfügbaren Informationen legen nahe, dass die Entscheidung über den Nachfolger in der nächsten Umgebung getroffen wurde, innerhalb kürzester Frist und durch die Beseitigung eines Rivalen. Die aktuellen Präsidenten versuchen, eine quasi-dynastische Lösung zu finden, indem sie ihre Kinder in politischen Positionen platzieren, die eine spätere Amtsübernahme legitimieren könnten. So zog in Aserbaidshan der schwer kranke, 2003 aber ein drittes Mal kandidierende Präsident seine Nominierung wenige Wochen vor der Wahl zugunsten seines Sohnes zurück, der das Amt des Premierministers innehatte. Dem kasachischen Präsidenten werden ebenfalls dynastische Überle-

gungen nachgesagt, die allerdings nach einem Familienzweist hinfällig geworden sein könnten. Es bleibt abzuwarten, ob die gegenwärtigen Amtsinhaber tragfähige Lösungen für die Reproduktion ihres personalistischen Regimes finden werden.

Von besonderem Interesse ist die zweite Gruppe von Ländern, in der Präsidentschaftswahlen weiterhin regelmäßig stattfinden und die verfassungsmäßigen Begrenzungen der Amtszeit von Präsidenten eingehalten werden. Während in den sechs Ländern der ersten Gruppe seit 1994 nur zwei Wechsel im Amt des Präsidenten zu beobachten waren, gab es in den fünf Ländern der zweiten Gruppe in der gleichen Zeit sieben Neubesetzungen: In Georgien (2004), der Ukraine (2005) und in Kirgistan (2005; 2009 im Amt bestätigt) wurden nach Massenprotesten gegen Wahlbetrug neue Präsidenten gewählt, die in den Jahren davor in Opposition zur herrschenden Elitegruppe getreten waren. Personelle Wechsel im Amt fanden außerdem zweimal in Armenien statt: 1998 siegte ein ehemaliger Premierminister, der den amtierenden Präsidenten zum Rücktritt gedrängt hatte. Zehn Jahre später setzte er seinen Wunschnachfolger durch. In Russland schließlich gelang es sogar zwei Präsidenten, deren Amtszeit abgelaufen war, ihre „Ziehsöhne“ zu installieren (2000; 2008). Beide Male hatten diese zuvor Spitzenämter in der Regierung inne. Damit bedeutete der Personalwechsel nur in Georgien, der Ukraine und Kirgistan und Armenien (1998) auch einen Elitenwechsel, in Russland (2000; 2008) und Armenien (2008) aber nicht, weil die regierende Elitegruppe in der Lage war, einen (zumindest zunächst) loyalen Nachfolger durchzusetzen.

Betrachtet man die Verläufe dieser Personalwechsel, dann zeigt es sich, dass Wahlen nur dann zu riskanten Ereignissen für die regierende Elitegruppe wurden, im Verlaufe derer sie die Macht verlor, wenn der amtierende Präsident nicht in der Lage war, einen Nachfolger zu bestimmen und ihm die Unterstützung seiner eigenen Gefolgschaft zu sichern. Das war in Georgien, wo Schewardnadse diese Frage offenbar gänz-

2008 überließ man in Armenien mit dem Ende der zweiten Amtszeit Kotscharjans nichts dem Zufall. Mit der Unterstützung der Oligarchen und des Sicherheitsapparats gelang dem designierten Nachfolger Sersch Sarkissjan ein Sieg in der ersten Runde der Parlamentswahlen. Wahlbeobachter beurteilten den Urnengang als weitgehend demokratisch, bemängelten aber den unfair geführten Wahlkampf und fehlerhafte Wählerlisten.

picture alliance/dpa

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

lich ignoriert hatte, ebenso der Fall wie in Kirgistan, wo sich die Proteste auch dagegen richteten, dass der Präsident sie als Sprungbrett für Familienangehörige nutzen wollte; in der Ukraine unterstützte der scheidende Amtsinhaber „seinen“ Kandidaten nur halbherzig. Zu diesen drei Regimekrisen, die durch sogenannte „Bunte Revolutionen“ aufgelöst wurden, kommt die intra-elitär belegte Regimekrise in Armenien 1998, im Gefolge derer der Amtsinhaber vor den turnusmäßig anstehenden Wahlen von seinem Rivalen zum Rücktritt gezwungen wurde.

Russland – Putin installiert seinen „Ziehsohn“

Anders in Russland: Hier gelang es Putin im Jahre 2008 mit großem Erfolg, einen Amtsnachfolger durchzusetzen, der sowohl bei den Eliten wie bei der Bevölkerung auf die gewünschte breite Unterstützung traf. Dies war das Ergebnis einer langfristig angelegten, umsichtigen Politik. Sie beruhte auf der Auswertung von Erfahrungen beim riskanten und lange unsicheren, letztlich aber erfolgreich gesteuerten Amtswechsel von Jelzin zu Putin 1999/2000 (Ambrosio 2007; Et-kind/Shcherbak 2008; Hale 2006). Abgesehen von der Wahlkampagne selbst, von der Behinderung der Opposition durch das restriktive Wahlreglement und von Wahlbetrug im engeren Sinne hatte diese Politik folgende Grundpfeiler:

Zum Ersten vermied Putin es so lange wie möglich, seine Pläne offenzulegen. Um die Situation zu beherrschen, war er darum besorgt, nicht wie seinerzeit Jelzin als schwacher, aus dem Amt scheidender Präsident zu erscheinen, weil das Rivalen ermuntert hätte. Die weit verbreiteten Zweifel an seinem tatsächlichen Rückzugswillen spielten ihm dabei ebenso in die Hände wie das lange andauernde Lancieren immer neuer möglicher Kandidaten. Als wahrscheinlichste Bewerber aus seiner Umgebung galten im Herbst 2007 der Ministerpräsident und die beiden Ersten Vize-Premiers. Erst kurz nach dem Sieg von „Einiges Russland“ bei den Parlamentswahlen im Dezember 2007, nur drei Monate vor der Präsidentschaftswahl, gab Putin bekannt, dass er Dmitri Medwedew unterstütze. Die beiden anderen Kandidaten wurden als Konkurrenten zurückgezogen.

Zum Zweiten ermöglichten es die Investitionen in „Einiges Russland“, dass sie als „Partei der Macht“ deutlich die den Präsidentschaftswahlen vorangehenden Parlamentswahlen gewann (64 Prozent der Stimmen). Während 1999 noch zwei „Parteien der Macht“, die je unterschiedliche Segmente der herrschenden Elitenkoalition vereinigt hatten, erbittert um die Zustimmung des Elektro-

rats kämpften, wurde „Einiges Russland“ im Jahre 2007 als Instrument der klientelistischen Umverteilung genutzt, um Spaltungstendenzen innerhalb der herrschenden Elitenkoalition entgegenzuwirken. Die Partei empfahl sich durch ihren Wahlsieg auch als geeignete Unterstützerin des Amtsnachfolgers. Die „Putin-Partei“ konnte somit an Medwedew gewissermaßen „ausgeliehen“ werden, und der neue Kandidat musste dafür kaum mehr Eignung für das Amt nachweisen als den Umstand, der Wunschkandidat des scheidenden Präsidenten zu sein (Styckow 2008).

Zum Dritten hatte Putin aus den Erfahrungen der Protestmobilisierungen in anderen postsowjetischen Ländern anlässlich von Wahlfälschungen geschlossen, die weitere Entwicklung der Opposition einzuschränken und Instrumente der Gegenmobilisierung für sich und seinen Amtsnachfolger zu schaffen. Durch die Reformen des Wahl- und Parteienrechts gelang es ihm, die Parteienlandschaft zu konzentrieren, und durch das restriktive Vorgehen gegen zivilgesellschaftliche Organisationen wurden deren Aktivitäten eingeschränkt. Auf der anderen Seite intensivierten sich Investitionen der Präsidialadministration in pro-präsidentielle Organisationen. Die bedeutendsten – aber nicht die einzigen – Projekte der präventiven Gegenmobilisierung gegen „Bunte Revolutionen“ waren „Einiges Russland“ (Smyth et al. 2007) und die Jugendorganisation „Nashi“ (Schwartz 2007).

In einem abschließenden Vergleich fällt Folgendes auf: In allen Fällen, in denen es im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts zu einem Personalwechsel kam – und zwar mit oder ohne Wechsel der regierenden Elitengruppe – kamen Nachfolger ins Amt, die sich mit der Funktionsweise des aktuellen Regimes bestens auskannten: Sie hatten in der näheren Vergangenheit eine hohe Position in der Exekutive bekleidet. Ob sie durch (manipulierte) Wahlen ins Amt kamen oder infolge außergewöhnlicher Umstände („Bunter Revolutionen“ bzw. erzwungener Rücktritte des Vorgängers) erklärt sich aus ihrer Position kurz vor dem Ende der Amtszeit des bisherigen Präsidenten: Waren sie dessen Wunschnachfolger oder hatten sie zu einem früheren Zeitpunkt – aus welchem Grund auch immer – mit ihm gebrochen und stellten sich nun als realistische Alternative für das Amt dar?

In Russland war ersteres der Fall, während in der Ukraine, in Georgien und in Kirgistan Politiker ins Amt kamen, die in

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

den letzten Jahren die Opposition gebildet hatten, davor aber dem Camp ihres Amtsvorgängers angehörten. Die ukrainische „Orange Revolution“ 2004 wurde durch Viktor Juschtschenko und Julia Timoschenko geprägt, die zwischen 1999 und 2001 in der Regierung von Präsident Leonid Kutschma Premier und Vize-Premier waren. In Georgien waren Mikhaïl Saakaschwili, Surab Zhvania und Nino Burjanadze, die Führer der „Rosenrevolution“, in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wichtige Personen in Schewardnadses Umgebung gewesen. In Kirgistan wiederum ging Kurmanbek Bakiew, der zwischen 2000 und 2002 Premierminister gewesen war, als Nachfolger des durch die „Tulpenrevolution“ gestürzten Präsidenten hervor. Zu diesen Fällen ist noch Armenien (1998) zu zählen, wo der Premierminister eine maßgebliche Rolle beim Rücktritt des Präsidenten und dem Verzicht auf dessen Kandidatur bei den vorgezogenen Neuwahlen gespielt hatte. Es handelte sich also überall um ehemalige Unterstützer der amtierenden Präsidenten, die aus deren Loyalitätsnetzwerken ausgeschieden waren und nun nach der Macht strebten. In den konfliktvollen Fällen erfüllten – anders als in Russland 2008 – Wahlen nicht nur die Funktion, die existierende intra-elitäre Einigung zu legitimieren. Gewissermaßen ausnahmsweise wurde die Person für das politische Spitzenamt in diesen Fällen tatsächlich durch die Wähler bestimmt. Die Fähigkeit, hinreichend viele Stimmen zu mobilisieren, wurde dabei zur entscheidenden Ressource der Herausforderer. Gleichzeitig wurde aber deutlich, dass Wahlen nur unter den Bedingungen einer Regimekrise in diesem Sinne wirkten: Die scheidenden Amtsinhaber hielten einerseits an der Einhaltung der Spielregeln – Amtsbeschränkung des Präsidenten auf zwei Wahlperioden – fest, waren andererseits aber nicht in der Lage, einen Wunschnachfolger zu installieren, der von allen Elitengruppen akzeptiert worden wäre. Daraus ergab sich die Notwendigkeit von groben Manipulationen der Abstimmungsergebnisse, gegen die wiederum die Herausforderer der Amtsinhaber die Öffentlichkeit kurzzeitig zu mobilisieren vermochten.

Fazit und Ausblick

Fasst man die Beobachtungen über die Reproduktion der (semi-)autoritären Regime in den postsowjetischen Ländern zusammen, so ist Folgendes zu erkennen: Präsidenten, die sich der Wiederwahl stellten, gewannen Wahlen regelmäßig und mit weitaus größerer Sicherheit (sowie deutlicher) als Amtsinhaber

in liberalen Demokratien, die bekanntermaßen ebenfalls meist vom Amtsbonus profitieren. Wenn Präsidenten die Wiederwahl das zweite Mal gelungen war, veranlassten sie entweder Neuregelungen, die ihre persönliche Macht festschrieben oder aber sie versuchten, ihre Position an Wunschnachfolger zu übergeben. Wahlen fanden dann zwar statt, ihr Ausgang wurde aber – durchaus mittels komplexer und längerfristiger Strategien – manipuliert.

In Ländern, wo der Machtwechsel vom amtierenden Präsidenten auf seinen „handverlesenen“ Nachfolger misslang, spielten ehemalige Mitglieder der regierenden Elitegruppe, die in die Opposition gewechselt waren, die entscheidende Rolle. Wahlen erwiesen sich hier als Rückfallmechanismus der Elitenrekrutierung und markierten damit eine „Sollbruchstelle“ des Regimes, an der tatsächlich ein Austausch der regierenden Elitegruppe möglich wurde. In den empirisch beobachtbaren Fällen geschah dies entweder, weil der unterlegene Amtsinhaber das Wahlergebnis anerkannte (Belarus 1994; Ukraine 1994) oder auf dem Wege der („revolutionären“) Massenmobilisierung („Bunte Revolutionen“ der Jahre 2003–2005). Wahlen funktionieren damit in den instabilen hybriden Regimes des postsowjetischen Raums nur ausnahmsweise (und in den autoritären Regimes gar nicht) als Mechanismus der Elitenrekrutierung. Sie erfüllen aber immer eine wichtige andere Funktion: Die Zustimmung des Wählers ist keine Farce, sondern von hohem Belang für die Legitimation des Regimes.

Wie steht es um die Demokratisierungsaussichten solcher Regimes? Selbst wenn Wahlen im Ergebnis „Bunter Revolutionen“ zu einem Elitenwechsel geführt haben, also nicht nur zum Aus-

tausch der Person des Präsidenten, sondern der regierenden Elitegruppe, folgt daraus nicht zwangsläufig ein nachhaltiger Demokratisierungsschub. Dies zeigen die Entwicklungen in Georgien und Kirgistan in den letzten Jahren. Die weitere Demokratisierung der Ukraine ist um ein Geringes wahrscheinlicher, vor allem wegen ihrer geographischen Nähe zur Europäischen Union. Theoretisch ist es möglich, dass rivalisierende Eliten wiederholt die Erfahrung machen, dass instabile Kräfteverhältnisse und Pattsituationen besser durch Verhandlungen, Kompromisse und einen friedlichen Wettbewerb um Wählerstimmen aufgelöst werden als durch die riskante Mobilisierung „der Straße“. Dieses Argument greift die Vorstellung von Demokratie als einer „zweitbesten Lösung“ (Przeworski 1992) auf, die selbst für jene Akteure attraktiv sein könnte, die keinerlei normative Bindungen an die Demokratie hegen: Eine Wahlniederlage birgt weitaus größere Aussichten, eine neue Chance im Kampf um die Macht zu erhalten, als eine gewaltsame Auseinandersetzung, in der man sich als unterlegen erweist.

Eine „Bunte Revolution“ kann also – wie etwa 2004 in der Ukraine – ein Kräftepatt produzieren, das Chancen für einen Pakt zwischen Eliten über die institutionelle Verteilung von Macht birgt. Ob daraus letztlich wirklich Demokratie erwächst, ist aber nicht vorherzusagen. Die eigentümliche Verbindung formal-demokratischer Institutionen und informeller Praktiken in den hybriden und autoritären Regimes des postsowjetischen Raums bringt zwar aufgrund von Wahlen zyklisch wiederkehrende Gelegenheiten für Regimekrisen hervor – nicht aber zwangsläufig eine Übergangskrise hin zur Demokratie. Wahrscheinlicher ist die Errichtung eines neuen Regimes, das die hergebrachten formalen und informellen Spielregeln der autoritären und personalistischen Machtausübung reproduziert. Das zeigen Forschungen über neopatrimoniale Regime in anderen Regionen der Welt: Sie erscheinen zwar überall als besonders anfällig für Revolutionen und Putsche, aber die Chancen ihrer Demokratisierung stehen nicht günstig (Bratton/van de Walle 1997, S. 82–89; Geddes 1999).



UNSERE AUTORIN

Prof. Dr. Petra Stykow ist Professorin am Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Sie befasst sich mit politischen Systemen und Politik in den postkommunistischen Gesellschaften. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt auf Russland und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Ambrosio, Thomas (2007): Insulating Russia from a Colour Revolution: How the Kremlin Resists Regional Democratic Trends. In: *Democratization*, 14, Nr. 3, S. 232–252.

Bader, Max (2009): Understanding Party Politics in the Former Soviet Union. In: *Demokratizatsiya*, 17, Nr. 2, S. 100–121.

Birch, Sarah (2008): Electoral Institutions and Popular Confidence in Electoral Processes: A Cross-National Analysis. In: *Electoral Studies*, 27, Nr. 2, S. 305–320.

Bratton, Michael/van de Walle, Nicolas (1997): *Democratic Experiments in Africa. Regime Transitions in Comparative Perspective*. Cambridge.

Cox, Gary W. (2009): *Authoritarian Elections and Leadership Succession, 1975–2004*. APSA 2009 Toronto Meeting Paper.

Elgie, Robert (2008): The Perils of Semi-Presidentialism. Are They Exaggerated? In: *Democratization*, 15, Nr. 1, S. 49–66.

Erdmann, Gero/Engel, Ulf (2007): Neopatrimonialism Reconsidered: Critical Review and Elaboration of an Elusive Concept. In: *Commonwealth and Comparative Politics*, 45, Nr. 1, S. 95–119.

Etkind, Alexander/Shcherbak, Andrei (2008): The Double Monopoly and Its Technologists: The Russian Preemptive Counterrevolution. In: *Demokratizatsiya*, 16, Nr. 3, S. 229–239.

Freedom House (2005): *Country Report Russia*. Unter: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=47&nit=366&year=2005> (25.1.2010).

Freedom House (2009): *Freedom in the World*. Unter: http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=351&ana_page=354&year=2009 (25.1.2010).

Freedom House-NIT (2009): *Nations in Transit*. Unter: <http://www.freedomhouse.org/uploads/nit/2009/Tables-WEB.pdf> (4.1.2010).

Gandhi, Jennifer/Lust-Okar, Ellen (2009): Elections under Authoritarianism. In: *Annual Review of Political Science*, 12, Nr. 1, S. 403–422.

Geddes, Barbara (1999): What Do We Know about Democratization after Twenty Years? In: *Annual Review of Political Science*, Nr. 2, S. 115–144.

Hadenius, Axel/Teorell, Jan (2006): *Authoritarian Regimes: Stability, Change, and Pathways to Democracy, 1972–2003*. Kellogg Institute for International Studies. (Working Papers 331).

Hale, Henry E. (2006): Democracy or Autocracy on the March? The Colored Revolutions as Normal Dynamics of Patronal Presidentialism. In: *Communist and Post-Communist Studies*, 39, Nr. 3, S. 305–329.

Ismayr, Wolfgang (Hrsg.) (2010): *Die politischen Systeme Osteuropas*. Wiesbaden.

Kitschelt, Herbert/Mansfeldova Zdenka/Radoslaw Markowski/Tóka, Gábor (1999): *Post-communist Party Systems. Competition, Representation, and Inter-Party Cooperation*. Cambridge.

Levitsky, Steven/Way, Lucan A. (2002): The Rise of Competitive Authoritarianism. In: *Journal of Democracy*, 13, Nr. 2, S. 51–65.

Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jürgen/Croissant, Aurel/Eicher, Claudia/Thiery, Peter (2003): *Defekte Demokratie. Band 1: Theorie*. Opladen.

Myagkov, Mikhail/Ordeshook, Peter/Shakin, Dmitry (2005): Fraud or Fairytales: Russia and Ukraine's Electoral Experience. In: *Europe-Asia Studies*, 60, Nr. 6, S. 91–131.

Nohlen, Dieter (2007): *Wahlrecht und Parteiensystem. Zur Theorie und Empirie der Wahlsysteme*. Opladen.

Polity (2006): *Country Report Russia*. Unter: <http://www.systemicpeace.org/polity/Russia2007.pdf> (25.1.2010).

Przeworski, Adam (1999): Minimalist Conception of Democracy: A Defense. In: Shapiro, Ian/Hacker-Cordón, Casiano (Hrsg.): *Democracy's Value*. Cambridge, S. 23–55.

Przeworski, Adam (1992): *Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America*. Cambridge.

RFE/RL, 2007: *Uzbek Election Watchdog Clears Karimov For Third Term*. 19.11.2007. Unter: <http://www.rferl.org/content/article/1079156.html> (25.1.2010).

Robinson, Neil (2003): The Politics of Russia's Partial Democracy. In: *Political Studies Review*, 1, Nr. 2, S. 149–166.

Rose, Richard (2007): Learning to Support New Regimes in Europe. In: *Journal of Democracy*, 18, Nr. 3, S. 111–125.

Schedler, Andreas (2002): The Nested Game of Democratization by Elections. In: *International Political Science Review*, 23, Nr. 1, S. 103–122.

Schedler, Andreas (2006): The Logic of Electoral Authoritarianism. In: Ders. (Hrsg.): *Electoral Authoritarianism. The Dynamics of Unfree Competition*. Boulder, S. 1–23.

Schumpeter, Joseph A. (1950): *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. München.

Schwartz, Michael (2007): *Russia's Political Youths*. In: *Demokratizatsiya*, 15, Nr. 1, S. 73–84.

Smyth, Regina/Anna Lowry/Wilkening, Brandon (2007): Engineering Victory: Institutional Reform, Informal Institutions, and the Formation of a Hegemonic Party Regime in the Russian Federation. In: *Post-Soviet Affairs*, 23, Nr. 2, S. 118–137.

Styckow, Petra (2008): Die Transformation des russischen Parteiensystems: Regimestabilisierung durch personalisierte Institutionalisierung. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 39, Nr. 4, S. 772–794.

Thiery, Peter (2009): *Globale Trends 2007–2009*. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): *Transformation Index 2010. Politische Gestaltung im internationalen Vergleich*. Gütersloh, S. 45–68.

ANMERKUNGEN

- 1 Moldova (Moldawien) ist seit dem Jahre 2001 das einzige Land in der Region mit einem parlamentarischen Regierungssystem. Die Verfassungen der meisten anderen Länder sehen eine Mischung aus Elementen des präsidentiellen und des parlamentarischen Typs vor (Details s. Ismayr 2010), weshalb einige von ihnen mitunter als „semipräsidentiell“ bezeichnet werden (Elgie 2008). Allerdings sind sowohl die Zuordnung im Einzelnen wie auch das Konzept selbst umstritten.
- 2 Die große Bedeutung klientelistischer Beziehungsnetzwerke ist keine Spezifik postsowjetischer Regime. Vielmehr findet sie sich in vielen Präsidialregimes außerhalb der OECD-Welt, die oft als „neopatrimoniale Regime“ (Bratton/van de Walle 1997; Erdmann/Engel 2007) bezeichnet werden. Es handelt sich um die Verflechtung formal-legalistischer und informeller Herrschaftspraktiken. Im postsowjetischen Raum knüpfen sie an Traditionen aus der vorsowjetischen Zeit an, die auch während der staatssozialistischen Zeit nicht überwunden wurden (Kitschelt et al. 1999, siehe Kap. 1), sondern den hochbürokratisierten Parteistaat ebenso unterwanderten wie funktionsfähig hielten.
- 3 Dies trifft auch für Turkmenistan zu, wo allerdings real nur die Nachfolgepartei der Kommunistischen Partei zugelassen ist.
- 4 So hat beispielsweise in Japan die Liberaldemokratische Partei von 1955 bis 2009 – mit einer Unterbrechung 1993–1994 – stets die Regierung gestellt, und in Indien stellte die Kongresspartei seit 1947 drei Jahrzehnte lang alle Premierminister.
- 5 So hielten Ende der 1990er Jahre nur 44 Prozent der russländischen und 37 Prozent der ukrainischen, aber über 90 Prozent der deutschen Wähler die letzten Parlamentswahlen in ihrem Land für mehr oder weniger fair (Birch 2008, S. 310).
- 6 Moldova (Moldawien) wird wegen des Wechsels zu einem parlamentarischen Regierungssystem im Folgenden nicht weiter betrachtet.
- 7 In Turkmenistan wurde die Amtszeit des Präsidenten 1994 qua Referendum bis 2002 verlängert.

Die Zeitschrift „Der Bürger im Staat“ wird herausgegeben von der LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG Baden-Württemberg.
 Direktor der Landeszentrale: Lothar Frick
 Redaktion: Siegfried Frech, Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart, Telefax (07 11) 16 40 99–77.
 Herstellung: Schwabenverlag Media der Schwabenverlag AG, Senefelderstraße 12, 73760 Ostfildern (Ruit),
 Telefon (07 11) 44 06–0, Telefax (07 11) 44 23 49
 Vertrieb: Verlagsgesellschaft W. E. Weinmann mbH, Postfach 12 07, 70773 Filderstadt,
 Telefon (07 11) 7 00 15 30, Telefax (07 11) 70 01 53 10.
 Preis der Einzelnummer: EUR 3,33, Jahresabonnement EUR 12,80 Abbuchung.
 Die namentlich gezeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.
 Nachdruck oder Vervielfältigung auf Papier und elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung der Redaktion.

Institutioneller Wandel in Russland – Die Konsolidierung der Autokratie

Rolf Frankenger

Wenn die Rede von Autokratien¹ ist, denkt man zunächst meist an Willkür, Unterdrückung und Zensur. Der Begriff der „Institution“ steht dabei kaum im Fokus der Aufmerksamkeit. Und dabei ist es gerade dieser, meist im Schatten verbleibende Begriff, dem in der politikwissenschaftlichen Analyse von autoritären politischen Systemen eine erhebliche Bedeutung zukommt. Die entscheidende Frage ist hierbei, wie Machtverhältnisse so strukturiert werden können, dass sie dauerhafte und verlässliche Herrschaftsverhältnisse garantieren. Rolf Frankenger illustriert am Beispiel Russlands, dass den Institutionen des politischen Systems und deren zielgerichtete Veränderung eine zentrale Bedeutung und Funktion bei der Sicherung politischer Herrschaft in einer Autokratie zukommt. An drei tief greifenden Veränderungen der institutionellen Ordnung (Föderalreform, Neuordnung des Parteiensystems, Reform des Wahlsystems) wird aufgezeigt, welche Effekte dies für die Sicherung der politischen Macht in Russland zeitigt. |

Institutionen, Macht und Herrschaftssicherung

Eine zentrale Frage der Politikwissenschaft ist die nach Macht als „jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht“ (Weber 1980, S. 28) sowie deren Überführung in ein dauerhaftes Konstrukt von Herrschaft als „die Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden“ (a. a. O.). Es gilt also herauszufinden, wie Machtverhältnisse in einem politischen System so strukturiert werden können, dass sie vergleichsweise dauerhafte und verlässliche Herrschaftsverhältnisse bilden, die für Herrschende wie Beherrschte die Grundlage für das politische Leben bilden. Damit rücken Institutionen als „verhaltensregulierende und Erwartungssicherheit erzeugende soziale Regelsysteme“ (Czada 2002, S. 354) in den Mittelpunkt des Interesses. Als historisch gewachsene Bündel formeller und informeller Regeln und Normen, Überwachungs- und

Durchsetzungsmechanismen und Sinnsysteme geben sie den Rahmen für Handlungen individueller und kollektiver Akteure vor (vgl. Campbell 2004, S. 1).² Gleichzeitig stellen Institutionen geronnene Machtverhältnisse dar, welche soziale Interaktionen strukturieren und Herrschaft begründen: „Es werden damit zugleich Machtpositionen festgelegt, Handlungsmöglichkeiten ausgegrenzt, gesellschaftliche Freiheitschancen eröffnet und individuelle Freiheitschranken errichtet. Institutionen sind auch Regeln in unseren Köpfen und eine kollektive Gedächtnisstütze einmal getroffener, verbindlicher und verpflichtender Festlegungen“ (Waschkuhn 1994, S. 188f.). In einem engeren Sinne politisch sind Institutionen dann, wenn sie „der autoritativen Konfliktregelung durch eigens dafür konstruierte Normen dienen sowie einen Apparat mit geeignetem Personal zu deren Durchsetzung bereithalten“ (Czada 2002, S. 354). Diese politischen Institutionen dienen über die Bereitstellung von „Autorität, Deutungsmustern, Verhaltensregeln und sozialen Bindungen“ (Czada 2002, S. 354f.) der Konstitution und Legitimation politischer Akteure.

Mit dieser Definition von politischen Institutionen ist nichts über die Form der Festlegung oder Kodifizierung dieser Institutionen gesagt. In der Regel werden darunter jedoch zunächst die in politischen Verfassungen kodifizierten Institutionen sowie Gesetze und deren Regelungsinhalte verstanden. Dass diese Einschränkung in der Analyse politischer Systeme zu kurz greifen kann und dass die politische Realität ebenso durch nicht in Verfassungen oder Gesetzen kodifizierte Erwartungsmuster und Verhaltensregeln maßgeblich geprägt werden, zeigen eine Reihe von Arbeiten, die informelle Institutionen als meist ungeschriebene, sozial geteilte Regeln definieren, welche außerhalb der offiziell sanktionierten Kanäle geschaffen, kommuniziert und durchgesetzt werden (vgl. Helmke/Levitsky 2006, S. 5; sowie North 1990; O'Donnell 1996; Lauth 2000).

Gemeinsam ist formalen wie informellen politischen Institutionen, dass sie politische Erwartungsmuster und Verhaltensregeln nicht nur konstituieren, sondern auch legitimieren, insofern und so lange diese politischen Regeln effizient

durchgesetzt werden können und befolgt werden, d.h. die Kosten der Durchsetzung den Nutzen der Befolgung nicht übersteigen. Roland Czada (2002, S. 354f.) argumentiert folgerichtig, dass die Chance einer zwanglosen Befolgung von Regeln auf einer kommunikativ geteilten gemeinsamen Grundlage, also dem Glauben an die Legitimität dieser Regeln beruht. Zwangsausübung zur Erzwingung von Regelbefolgung tritt also immer nur dann auf, wenn diese gemeinsamen Grundlagen nicht in ausreichendem Maße bestehen.

Wenn also Institutionen wesentliche Grundlagen für die Sicherung von Herrschaft sind, bedeutet dies auch, dass Veränderungen von Institutionen, seien sie nun formal oder informell, erstens Ausdruck sich verändernder Herrschaftsverhältnisse sind und zweitens Maßnahmen darstellen, diese veränderten Herrschaftsverhältnisse zu zementieren. Institutionelle Veränderungen können somit einerseits Reaktionen auf die Verschiebung von Macht und andererseits Ursachen für die Verschiebung von Macht sein. Möchte man institutionelle Veränderungen analysieren, so hat man die Möglichkeit, formale oder informelle oder beide Formen von Institutionen zu betrachten. Letzteres empfiehlt sich, wenn man ein umfassendes Bild von den Funktionslogiken eines politischen Systems zeichnen will. Denn jeweils nur für sich genommen werden weder formale noch informelle Institutionen eine hinlängliche Grundlage zur Einschätzung dieser Logiken liefern, können doch beide effektiv oder ineffektiv sein, sich ergänzen oder miteinander konkurrieren, sich gegenseitig überformen, ersetzen oder anpassen, (vgl. Helmke/Levitsky 2006, S. 14). Eine Schwierigkeit dabei ist die Problematik der Erfassbarkeit und Messbarkeit informeller Institutionen. Während formale Institutionen in Verfassungen und Gesetzen kodifiziert und damit nachlesbar sind und die Einhaltung der darin verkörpert Regeln bis zu einem gewissen Grad in einer Analyse etwa der Verfassungspraxis überprüfbar sind, steht man bei der Analyse informeller Institutionen vor dem Problem, zunächst die meist ungeschriebenen Regeln zu identifizieren und dann auch noch nachzuweisen, ob, dass und wie sie befolgt, sanktioniert und modifiziert werden

(vgl. dazu etwa Helmke/Levitsky 2006 und zur empirischen Einlösung etwa für Russland Meyer 2008). Auch wenn in Hinblick auf Autokratien oft darauf hingewiesen wird, dass formale Institutionen durch informelle Regeln und Normen transzendiert werden, so wäre es naiv, anzunehmen, dass erstere keine Rolle für die Herrschaftssicherung und -durchsetzung spielen würden. So bieten Verfassungen und Gesetze durch ihre explizite Formulierung auch für nicht-demokratische Herrscher eine zentrale Grundlage und Legitimationsquelle für politisches Handeln und sind meist Gegenstand von Strategien, die als „institutional engineering“ bezeichnet werden können, also das bewusste und zielgerichtete Modifizieren und Reformieren, Einführen und Abschaffen institutioneller Arrangements zur Absicherung eigener Machtansprüche und Herrschaftsmechanismen. Mithin sind es gerade die Institutionen, welche oft heiß umkämpfte „Gebiete“ in politischen Auseinandersetzungen bilden.

Ein Lehrstück in Sachen „institutional engineering“

Ein Lehrstück in Sachen „institutional engineering“ stellt das politische System Russlands seit der Machtübernahme von Wladimir Putin als Präsident im Jahr 2000 dar. Unter seiner Ägide kam es zu massiven Umgestaltungen der formalen institutionellen Ordnung, die jeweils zu Anteilen über Verfassungsänderungen, einfache Gesetze und das Regieren per Dekret (Ukaz) erfolgte und weitestgehend durchaus als legal zu betrachten sind. Im Folgenden werde ich die drei wesentlichsten und tiefgreifendsten Veränderungen der institutionellen Ordnung darstellen und aufzei-

gen, welche Effekte diese Veränderungen für die langfristige Sicherung einer bestimmten Form politischer Herrschaft in Russland zeitigen. Dies sind im Einzelnen die Föderalreform, die Neuordnung des Parteiensystems und die Reform des Wahlsystems.

Russlands institutionelle Ordnung: demokratisch verfasst, autoritär interpretiert

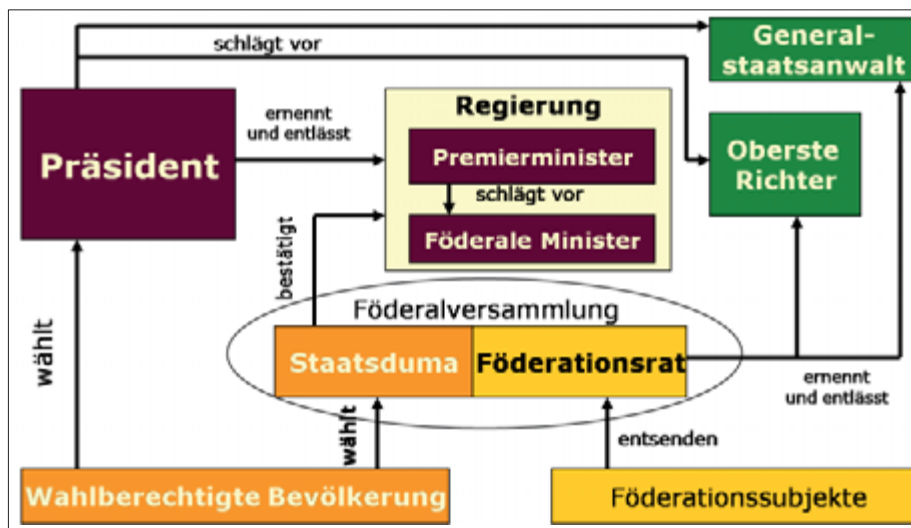
Russland ist – als Rechtsnachfolger der Sowjetunion – seit Dezember 1991 ein unabhängiger Staat. Die heute gültige Verfassung der Russischen Föderation wurde am 12. Dezember 1993 durch eine allgemeine Volksabstimmung angenommen und trat am 25. Dezember 1993 in Kraft.³ Sie bildet den Ausgangspunkt für eine Analyse der politischen Institutionen in Russland. Hier sind die grundlegenden politischen Institutionen und deren Kompetenzen festgeschrieben. In Kapitel 9 werden zudem mit den Kapiteln 1 (Grundlagen der Verfassungsordnung), 2 (Rechte und Freiheiten des Menschen und Bürgers) sowie 9 (Verfassungsänderungen und Überarbeitung der Verfassung) ähnlich wie in Deutschland zentrale Teile unter besonderen Schutz gestellt. So urteilt etwa Richard Sakwa, die russische Verfassung erfülle die demokratischen Grundprinzipien und enthalte alle zentralen bürgerlichen Rechte und Freiheiten: „The Constitution upholds basic principles of democratic state-building such as the separation of powers, defining the rights and duties of various levels of government, and the independence of law. (...) The new constitution is a liberal document, meeting world standards in its provisions for human and civil rights“ (Sakwa 2008, S. 65).

Die Verfassung konstituiert ein semi-präsidentielles System, in dem der für vier Jahre und maximal zwei aufeinanderfolgende Amtszeiten direkt vom Volk gewählte Präsident die Macht mit einem Premierminister und dem Kabinett teilt, wenngleich die Verfassung dem Präsidenten als Staatsoberhaupt und Regierungschef eine herausgehobene Stellung einräumt und ihn in den Artikeln 80 bis 93 der Verfassung mit einer außerordentlichen Machtfülle ausstattet, die neben der Richtlinienkompetenz in Innen- und Außenpolitik unter anderem das Recht zur Erlassung von Dekreten, dem Recht auf Gesetzesinitiative, der Unterstellung der „Machtministerien“⁴ sowie dem Recht, zentrale Posten in Institutionen wie etwa das Oberkommando der Streitkräfte, den Sicherheitsrat, die obersten Beamten und die Bevollmächtigten des Präsidenten in den Föderalen Bezirken zu benennen, enthalten. Der Präsident unterzeichnet und verkündet zudem alle Gesetze und ist mit einem (aufschiebenden) Vetorecht ausgestattet. Insbesondere mit dem Recht, Dekrete zu erlassen, übernimmt der Präsident auch legislative Funktionen.

Die zweite Hälfte der dualen Exekutive, die Regierung, wird in den Artikeln 110–117 konstituiert. Sie setzt sich zusammen aus dem Ministerpräsidenten als Regierungschef und seinen Ministern und übt die vollziehende Gewalt aus. Die Festlegung der Hauptrichtung für die Arbeit der Regierung und das Vorschlagsrecht für die Kandidaten für Regierungsämter liegen beim Ministerpräsidenten, eine Ernennung erfolgt jedoch durch den Präsidenten. Die Regierung legt den Bundeshaushalt fest und kann Regierungsverordnungen (Postanowlenije) und Anordnungen (Rasporjashenije) erlassen.

In den Artikeln 94–109 über die Föderationsversammlung werden die Kompetenzen und Strukturen der Legislative festgeschrieben. Es handelt sich dabei um ein Parlament mit zwei Kammern, der Staatsduma und dem Bundesrat. Die Staatsduma besteht aus 450 Abgeordneten, die alle vier Jahre gewählt werden. Dem Bundesrat gehören je zwei Vertreter jedes Subjekts der Russländischen Föderation an. Interessanterweise legt die Verfassung in Art. 96 Abs. 2 fest, dass die Verfahren der Bildung des Bundesrats und der Wahl der Dumaabgeordneten durch Bundesgesetze festgelegt werden, welche im Unterschied zur Verfassung mit einfachen Parlamentsmehrheiten verändert wer-

Abbildung 1: Das politische System Russlands – ein vereinfachter Überblick



Quelle: Eigene Darstellung

den können. Die Staatsduma beschließt den föderalen Haushalt und hat das alleinige Bundesgesetzgebungsrecht. Sie hat das Recht auf ein Amtsenthebungsverfahren gegenüber dem Präsidenten und kann Gesetzesablehnungen des Bundessrates mit einer Zweidrittelmehrheit überstimmen. Der Bundesrat bestätigt Gesetze, entscheidet über extraterritoriale Truppeneinsätze, muss dem Ausnahme- und Kriegszustand zustimmen und entscheidet über die Amtsenthebung des Präsidenten mit einer Zweidrittelmehrheit. In den Artikeln 118–129 wird die Unabhängigkeit der rechtsprechenden Gewalt definiert und in den Artikeln 65–79 der föderative Aufbau der Russländischen Föderation festgelegt und insbesondere die Einheitlichkeit des Rechtsraumes und des Geltungsbereiches der Verfassung betont. Die weiter oben zitierte Einschätzung Sakwas bezüglich des demokratischen Charakters der russischen Verfassung ist zwar richtig, wird jedoch durch die Differenz zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit transzendiert. Denn es findet sich eine massive Durchdringung des politischen Systems durch informelle Institutionen und neopatrimoniale Strukturen wie Patronage- und Klientelismusnetzwerken (vgl. dazu Erdmann/Engel 2006). So gibt es zahlreiche Untersuchungen, die sich mehr oder minder explizit mit informellen Strukturen auseinandersetzen, meist über die Rolle von Elitengruppen, Oligarchen als politische Akteure sowie der Bildung bzw. Fortdauer von neopatrimonialen Netzwerken (Fortescue 2006; Wilson 2005; Pleines 2008; Stykow 2006; Meyer 2008; Kusznir 2007). Ein weiteres zentrales Problem in Russland scheint die weit verbreitete Korruption bzw. die zentrale Bedeutung von Beziehungen zu sein. Hier genügen eigene Erfahrungen im Umgang mit der russischen Bürokratie und wenn dieser phänomenologische Zugang nicht ausreicht, ein Verweis auf die Daten von Transparency International, das Russland momentan auf Platz 146 mit einem Punktwert von 2,2 und einem Vertrauensintervall von 1,9–2,4 bei einer Anzahl von acht Untersuchungen führt. Auf diese und ähnliche Probleme in der Bürokratie weist auch der Länderbericht von Freedom House „Freedom in The World 2008“ hin: „Corruption in the government and business world is pervasive“.

Zieht man zudem die im Folgenden noch zu schildernden institutionellen Reformen hinzu und versucht, ein Gesamtbild des politischen Systems zu entwerfen, so ist es nicht weiter verwunderlich, dass Russland einer der Staaten ist, denen von Freedom House seit längerem eine Abnahme der sowieso schon eingeschränkten Freiheit bescheinigt und

auch im aktuellen Länderreport als „nicht frei“ mit einem Abwärtstrend eingestuft wird.⁵ Diese Entwicklung spiegelt sich auch in der politikwissenschaftlichen Diskussion wider. Während man in den 1990er Jahren auch und vor allem von einer „defekten“ oder „defizitären“, im besten Falle von einer sich noch konsolidierenden Demokratie sprach, ist heute eine Einschätzung als hybrides oder autoritäres Regime vorherrschend. Die Diagnosen reichen, um nur einige wenige zu nennen, von der russischen Selbstbeschreibung als „souveräne Demokratie“ über den Begriff der gelenkten oder „managed democracy“ (Colton/McFaul 2003; Mandel 2005), den Mischtypus des „hybriden Regimes“ (Knobloch 2006) über die Einstufung als „weak state authoritarianism“ (Hanson 2007), „electoral authoritarianism“ (Schedler 2006), Autoritarismus (Åslund 2007) bis hin zur Feststellung eines „a harsh brand of authoritarianism“ (Hasner 2008, S. 71).⁶ Dies zeigt sich auch in der konsequenten Durchsetzung der institutionellen Reformen seit 2000.

Russland seit 2000 – ein Exempel institutioneller Herrschaftssicherung

Als Wladimir Putin kurz vor den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000 in einem offenen Brief an die Wähler die Notwendigkeit der „Diktatur des Gesetzes“ („Diktatura Zakona“) ausrief⁷, war dies der Auftakt für die wohl weitreichendste institutionelle Restrukturierungsoperation des postsowjetischen Russlands. Diese weitestgehend am geltenden Recht orientierte beziehungsweise in rechtlichen Grauzonen stattfindende Operation wurde formal mit dem Ziel der Vereinheitlichung des Rechtsraums auf dem Territorium der Russischen Föderation und der effektiveren Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie begründet, lässt sich aber bei genauerem Hinsehen als die Operation am „offenen Herzen“ zur Konsolidierung des autoritären politischen Systems interpretieren: „The formal reform program was astonishing in its breadth and depth. The new institutional architects weakened certain key institutions, such as the prime minister's office and the regional executives, while strengthening hitherto subordinate ones, such as the president's regional administrators, the polpredy, and the presidential administration. Institutional reform carried into the internal workings of both houses of the legislature. The new rules changed the relationships among institutions, centralizing power and generating institutional capacity to monitor and sanction lower-level officials within a well-

defined hierarchic structure“ (Smyth/Lowry/Wilkening 2007, S. 122).

Personalisierung von Institutionen

Eine Besonderheit des politischen Systems in Russland ist die Zuspitzung der Kontrolle des Institutionengefüges in der Person des Präsidenten. So spiegelt sich die Sicherung der Macht auch und vor allem in der Veränderung und extrakonstitutionellen Ergänzung des institutionellen Gefüges des politischen Systems Russlands mit einer Ausrichtung auf den Präsidenten wider. Zu diesen Veränderungen gehören die Schaffung des Nationalen Sicherheitsrates, des „Staatsrats der Russländischen Föderation“ als Beratungsgremium, dem die Oberhäupter der föderalen Subjekte angehören, der Öffentlichen Kammer und des „Rats für Nationale Projekte“. Alle diese Institutionen haben offiziell eine beratende Funktion, können aber als informelle Zirkel der Entwicklung von politischen Strategien gelten. Durch den Zugang zur Macht, sprich dem Präsidenten, können auf diese Weise gesellschaftliche wie politische und ökonomische Gruppen inkorporiert werden. Eine zweite Strategie des „institutional engineering“ ist die der Anpassung bestehender Institutionen. Dazu gehören unter anderem die Restrukturierung der Geheimdienste mit einer gleichzeitigen Aufwertung des Inlandsgeheimdienstes FSB (Federalnaja Slubsha Besopasnosti Rossijskoj Federazii) im Januar 2003, die Unterstellung der so genannten „Machministerien“ und weiterer Institutionen direkt unter den Präsidenten durch ein Dekret vom 9. März 2004, die weitgehende Entmachtung des Generalstabs und die Unterstellung der operativen Kontrolle über die Truppen direkt unter das Verteidigungsministerium im April 2004.

Die Föderalreform

Die Föderalreform ist der erste und wohl umfassendste Maßnahme der institutionellen Umgestaltung Russlands in den beiden Amtszeiten Wladimir Putins: „There were six major strands to Putin's federal reforms: (1) the creation of seven new federal super-districts; (2) a reform of the Federation Council; (3) the creation of a new State Council; (4) the granting of new powers to the President to dismiss regional governors and dissolve regional assemblies; (5) new rights for regional governors to dismiss municipal officials; and (6) a major campaign to bring regional charters and republican constitutions into line with the Russian Constitution“ (Ross 2003, S. 34).

Der erste Schritt der Föderalreform umfasst die Schaffung von sieben Großregionen mit je einem Vertreter des Präsidenten, die Möglichkeit der Absetzung der Gouverneure bei Verstößen gegen Föderales Recht sowie die Änderung der Zusammensetzung des Föderationsrates. Ziel dieser massiven Umstrukturierung war die enge Bindung der Gouverneure und Regionalparlamente an das Zentrum über den Mechanismus drohender Amtsenthebungen und Kontrollen durch die Präsidentenvertreter in den Großregionen. In der zweiten Phase der Reformen wurde das Verfahren der Bestimmung der Gouverneure und Präsidenten der Regionen geändert. Diese werden seit 2005 nicht mehr gewählt, sondern auf Vorschlag des Präsidenten von der regionalen Exekutive bestätigt. Im Zuge der weiteren Vertikalisierung der föderalen Strukturen übertrug Putin per Dekret den Leitern der regionalen Exekutiven die Verfügung über die örtlichen Sicherheitsbehörden. Mit dem Abschluss der beiden Phasen der Föderalreform kann von einer weitgehenden De-Föderalisierung und Hierarchisierung der Beziehungen von Zentrum und Peripherie gesprochen werden, welche im Zuge des in auch in anderen Bereichen des politischen Systems beobachtbaren „institutional engineering“ die Personalisierung von Verantwortungsbeziehungen sowie die Etablierung hierarchischer und durchaus wechselseitiger Abhängigkeitsstrukturen als zentrale Ergebnisse der Föderalreform verstärkten. Insbesondere die Abschaffung der Gouverneurswahlen und die Umgestaltung des Föderationsrates sind dabei als Ausdruck einer massiven Entdemokratisierung zu werten.

Die Umgestaltung des Parteiensystems

Hinsichtlich der politischen Parteien kann von einer weitgehenden Entmachtung gesprochen werden. Das in Russland in der Verfassung in Artikel 13 verankerte Mehrparteiensystem wird durch die staatlichen Eingriffe wie die wiederholte Veränderung des Parteien- und Wahlrechts weitgehend transformiert in ein gelenktes und nur bedingt pluralistisches Parteiensystem. Die Reformen sind in ihrem kompletten Zugschnitt insbesondere dazu geeignet, die Parteienlandschaft zu kontrollieren und große Parteien systematisch zu privilegieren.⁹ (Für einen Überblick über die wichtigsten Parteien vgl. etwa Azarova 2008, S. 243–252 sowie Buhbe/Makarenko 2007, S. 288–284). Manche Autoren gehen aufgrund der massiven Ungleichbehandlung von Parteien im

politischen Alltag in ihrer Beurteilung noch weiter und bezeichnen es als System mit „einer Partei und Ausschmückung“. Thomas Remington (2008, S. 214) merkt etwa an, dass sich in den beiden Amtszeiten Präsident Putins ein „authoritarian dominant party regime“ entwickelt habe, das er wie folgt charakterisiert: „In such a regime, the party and the state are closely intertwined. The party uses its access to state resources and policies to win commanding victories in regional and national legislative elections. In return, for their assured path to office, the elected legislators of the party guarantee the president assured passage of any legislation he proposes. In Russia, United Russia plays this role“ (Remington 2008, S. 214). Dies wird untermauert durch die Position nicht nur auf nationaler Ebene mit 64,3 Prozent der Stimmen in den Dumawahlen von 2007 (und damit 315 von 450 Sitzen), sondern insbesondere durch die Verbreitung im gesamten Föderalen System. Von den oppositionellen Parteien spielt lediglich die KPRF (Kommunistische Partei der Russischen Föderation) eine substantielle Rolle als einzige programmatische und mitgliederbasierte Partei. Alle anderen Parteien sind durch Reformen des Wahl- und des Parteienrechts weitgehend marginalisiert oder sind wie „Gerechtes Russland“ und die LDPR (Liberal-Demokratische Partei Russlands) inkorporiert.

Reformen des Wahlsystems

Der institutionelle Rahmen sowohl für Präsidentschafts- also auch Dumawahlen wurde mehrfach verändert. Dies betrifft in Bezug auf die Dumawahlen insbesondere die Umstellung von einem Graben- auf ein reines Listensystem mit proportionaler Repräsentation sowie die Verschärfung der Parteienzulassung zu Wahlen und die Erhöhung der Sperrklausel von fünf auf sieben Prozent sowie die Abschaffung der Mindestwahlbeteiligung. Diese Maßnahmen führten zu einer Konzentration des Parteiensystems auf im Wesentlichen vier Parteien: „Einiges Russland“ als die Partei des Präsidenten, „Gerechtes Russland“ als eine künstlich geschaffene systemkonforme Opposition sowie die sich meist mit der Mehrheit und dem Präsidenten identifizierende LDPR (Liberal-Demokratische Partei Russlands) von Wladimir Schirinowski und die KPRF (Kommunistische Partei der Russischen Föderation) als eine mehr oder weniger systemkonforme oppositionelle Kraft und einzige mitglieder- und programm-basierte Partei. Die vielen kleineren Splitterparteien wurden ebenso marginalisiert wie die oppositionellen und

demokratisch orientierten Parteien „Jabloko“ und die „Union der rechten Kräfte“ (SPS). Traten 1993 noch 13 Gruppierungen, denen zum Teil zahlreiche Parteien angehörten, zur Wahl an und waren acht Parteien in der Duma vertreten¹⁰, so waren es 1995 43 Parteien, von denen jedoch nur vier die Fünfprozenthürde überspringen konnten: die KPRF, die LDPR, „Jabloko“ und „Unser Haus Russland“. 1999 schafften es sechs Parteien über die Fünfprozenthürde.¹¹ Zu den Wahlen 2003 wurden 23 Parteien und Wahlblöcke zugelassen, deren prominenteste Neugründung „Einiges Russland“ als Zusammenschluss von „Einheit-Bär“ und „Vaterland – Ganz Russland“ war. Auch 2003 schafften es mit „Einiges Russland“, der KPRF, der LDPR und „Rodina“ nur vier Parteien in die Duma. Mit der weiteren Reform des Wahlrechts konnten dann 2007 nur noch elf Parteien zur Wahl zugelassen werden und es waren wiederum vier Parteien, die die neue Siebenprozenthürde überwinden konnten: „Einiges Russland“, „Gerechtes Russland“ als ein Nachfolger von „Rodina“, sowie die beiden Dauergäste in der Duma, die KPRF und die LDPR. Die Wahl- und Parteirechtsreformen haben somit kaum einen Einfluss auf die Zusammensetzung der Duma gehabt, erschweren es jedoch in Zukunft allen kleinen und neuen Parteien, überhaupt Chancen auf Mandate zu haben.

Auch in Bezug auf die Präsidentschaftswahlen kam es unter Wladimir Putin zu einigen Änderungen. Die Mindestwahlbeteiligung von 50 Prozent wurde im November 2006 abgeschafft und die Möglichkeit geschaffen, Kandidaten die Registrierung zu verweigern, wenn ihnen „extremistische Aktivitäten“ nachgewiesen werden können. Auch wurde das Vorschlagsrecht für Kandidaten verändert und der Zugang für unabhängige Kandidaten erschwert. Nach der geltenden Regelung haben Parteien mit Sitzen in der zuletzt gewählten Duma das Recht, bis 25 Tage nach Bekanntgabe des Wahltermins einen Kandidaten per Parteitagsbeschluss vorzuschlagen. Parteien ohne Sitz in der Duma können in derselben Frist einen Kandidaten nominieren, benötigen aber zusätzlich zwei Millionen Unterschriften, von denen höchstens 50.000 aus dem selben Föderationssubjekt sein dürfen, was vor allem für regionale Parteien ein massives Hindernis darstellt. Unabhängige Kandidaten benötigen eine Unterstützergruppe von mindestens 500 Personen und zwei Millionen Unterschriften

und haben dafür bis 20 Tage nach Bekanntgabe des Wahltermins Zeit. Nicht angetastet wurde die in der Verfassung verankerte Festschreibung von lediglich zwei sukzessiven Amtszeiten für einen Präsidenten. Die Option, nach einer – eine Legislaturperiode währende – Pause wieder anzutreten, bleibt jedoch offen, da die Verfassung diesbezüglich keine explizite Regelung trifft. Die realen Wahlergebnisse zeigen außerdem, dass letztlich nur derjenige Kandidat eine reelle Chance hat, der über die administrativen und finanziellen Ressourcen des Staatsapparates verfügt bzw. von seinem Amtsvorgänger empfohlen wurde. Sowohl Wladimir Putin 2000 (mit 52,94 Prozent bei einer Wahlbeteiligung von 68,64 Prozent) als auch Dmitri Medwedew 2008 (mit 70,28 Prozent der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 68,8 Prozent) setzten sich mit deutlichen Vorsprüngen jeweils im ersten Wahlgang durch. Dies mag insbesondere an den umfassenden und exzessiv eingesetzten Ressourcen und dem kontrollierten Zugang zu den Medien liegen, wohl aber auch an der estatistisch ausgerichteten politischen Kultur und nicht zuletzt der diversen Möglichkeiten der Wahlbeeinflussung und -fälschung, deren Gebrauch immer wieder kolportiert wird, aber kaum empirisch belegt ist.

Die Konsolidierung der Autokratie

Das Konzept der Konsolidierung wurde in Hinblick auf Systemwechsel von Autokratien hin zu Demokratien entwickelt und bezieht sich auf die Etablierung und Stabilisierung demokratischer Herrschaft. Dabei gerät eine Reihe von Fragen in das Zentrum der Diskussion, die je nach den zugrunde liegenden wissenschaftlichen Prämissen unterschiedliche Aspekte betonen. So stellt sich zum einen die Frage nach der Schaffung bestimmter politischer, sozialer und ökonomischer Institutionen und deren Arrangement, also den spezifischen Beziehungen zwischen diesen Institutionen. Zum anderen rücken zentrale Akteure innerhalb des politischen Systems in den Fokus der Aufmerksamkeit: Wie verhalten sich die Eliten und wie verhalten sich die Massen?¹² Eine der wohl zutreffendsten Definitionen bezüglich dessen, was unter einer konsolidierten Demokratie zu verstehen sei, die sowohl die Akteurs- als auch strukturelle Dimension der Institutionen umfasst, ist die von Adam Przeworski. Er betrachtet eine Demokratie dann als konsolidiert, wenn ein bestimmtes Regelwerk und Arrangement demokratischer Institutionen „the only game in town“ (Przeworski 1991, S. 26) ist. Das bedeutet, dass sich alle rele-

vanten Akteure an diese Regeln halten und nicht außerhalb dieser Regeln und Institutionen agieren. Wolfgang Merkel (1995) illustriert die einzelnen Schritte, die zur allgemeinen Akzeptanz des „Spiels der Demokratie“ notwendig sind, in vier nicht-hierarchischen Ebenen: (1) die institutionelle Konsolidierung zentraler Verfassungsorgane und politischen Institutionen, zu denen Merkel die Organe von Legislative, Exekutive und Judikative ebenso zählt wie das Wahlsystem (Merkel 1995, S. 38); (2) die repräsentative Konsolidierung, welche die Parteien und Verbände umfasst; (3) die Verhaltenskonsolidierung, welche sich auf zentrale politische Akteure

und deren Glaube an die Legitimität und Ausschließlichkeit der in den Ebenen 1 und 2 enthaltenen Elemente bezieht, sowie (4) die Konsolidierung einer Bürgergesellschaft, welche sich auf den Glauben der Bevölkerung an die Legitimität des politischen Systems und seiner Regeln bezieht (vgl. Merkel 1995, S. 38–39).

Obwohl sich empirisch Fälle finden lassen, in denen politische Systemwechsel weg von Demokratien und hin zu autoritären politischen Systemen ablaufen, findet sich bis dato kein ausgearbeitetes Konzept, das sich systematisch mit der Frage nach den Bedingungen einer autoritären Konsolidierung beschäf-

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

tigt.¹³ Betrachtet man die Ausführungen zu Russland, so erscheint es durchaus plausibel, dass in Autokratien ganz ähnliche Faktoren für die Konsolidierung des Herrschaftssystems relevant sind, wie dies in Demokratien der Fall ist. Denn das Ziel ist das gleiche: Die Durchsetzung bestimmter Regeln, Normen und Institutionen als allgemeinverbindliche Grundlage der politischen Herrschaft. Anders ausgedrückt geht es auch in Autokratien darum, dass ein bestimmtes Arrangement von – diesmal jedoch autoritären – Institutionen „the only game in town“ (Przeworski 1991, S. 26) wird. In dieser Hinsicht scheinen sich Demokratien und Autokratien sehr

viel ähnlicher zu sein, als man auf den ersten Blick vermuten würde. Legt man die von Merkel formulierten vier Stufen der Konsolidierung einem Modell autoritärer Konsolidierung zugrunde, so zielen die geschilderten Reformen institutioneller Arrangements in Russland vor allem auf die Ebenen der institutionellen und der repräsentativen Konsolidierung. Denn hier fanden und finden sich zentrale Herausforderungen für die Herrschaftssicherung: „The underlying challenge faced by Putin and his supporters is that of moving the state from a personalist regime based on the president’s popularity and networks to an alternative that both pro-

serves the ruling order and provides for effective collective leadership. (...) It was characterized by formal institutional changes that insulated the ruling faction from internal challenges and external threats and transformed the United Russia (UR) party into an invaluable tool for maintaining stability and power. Together, formal institutional changes and an institutionalized hegemonic party can remedy a key shortcoming of personalist systems: a lack of institutions that compel unity among political elites“ (Smyth/Lowry/Wilkening 2007, S. 119). Die Reformen stützen sich dabei sehr stark auf die schon existenten Muster, versuchen sie jedoch so weit wie möglich zu entpersonalisieren.¹⁴

Vertikalisierung der Macht

Die Konzentration der Staatsmacht im Zentrum und im schon in der Verfassung mit herausragenden Machtkompetenzen ausgestatteten Amt des Präsidenten ist das wohl prominenteste Beispiel der „Vertikalisierung der Macht“ und damit der institutionellen Durchsetzung des autoritären Prinzips des starken Führers an der Spitze des russischen Staates. Diese umfasst insbesondere die enge Bindung der föderalen politischen Einheiten an den Föderalstaat und damit einhergehend die weitgehende Entmachtung und strikte Kontrolle der regionalen Exekutiven und Legislativen (vgl. dazu auch etwa bei Åslund 2007; Shevtsova 2007 und Meyer 2008). Insbesondere die Entwicklungen im Vorfeld der Wahlen 2007 und 2008, die sukzessive Veränderung sowohl des Wahlsystems als auch des Parteiensystems und Parteiengesetzgebung sind Ausdruck einer autoritären Machtsicherung jenseits von Personen, in welcher die Übergabe der Macht nach Prinzipien der Selbstrekrutierung elitärer Zirkel und der Absicherung eigener Machtpositionen funktioniert. So zielten die Ver-

Aus urheberrechtlichen Gründen
kann dieses Bild in der Online-Version
nicht angezeigt werden.

Wladimir Putin und sein „Ziehsohn“
Dmitri Medwedew: Die Übergabe der
Macht erfolgt in autoritären Systemen
nach den Prinzipien der Selbstrekrutierung
elitärer Zirkel und dient der Absicherung
der eigenen Machtposition.

picture alliance/dpa

änderungen darauf, „demokratische Störfeuer“ zu minimieren, die Übergabe der Macht von Putin an Medwedew in kontrollierte Bahnen zu lenken sowie Kontinuität und Stabilität möglichst auf Dauer zu gewährleisten. Dass diese Operation gelungen ist, zeigen die Ergebnisse sowohl der Wahlen zur 5. Staatsduma als auch die Präsidentschaftswahlen eindrucklich, die sowohl der Partei Putins „Einiges Russland“ einen überragenden Sieg bescherte als auch Dmitri Medwedew mit einem erheblichen Vertrauensvorschuss ausstattete. Auf der Basis der Wahlergebnisse erscheint er als legitimer Erbe Putins, wenngleich dieser auch als Ministerpräsident die höchsten Sympathiewerte verbuchen kann und damit auch sein Amt aufgewertet wurde.

Dass Wahlen dabei andere Funktionen erfüllen als in demokratischen politischen Systemen ist offensichtlich (vgl. dazu auch Frankenberg 2009). Zwar können diejenigen, die gewählt werden, auch die Ämter übernehmen, für die sie gewählt wurden und die damit verbundene Macht ausüben, aber dies liegt in erster Linie daran, dass nur diejenigen gewählt werden, die gewählt werden sollen. Zwar ist die Möglichkeit, als Wähler seine Macht auszuüben, in Hinblick auf die Präsidentschafts- und Dumawahlen formal gegeben, auf regionaler Ebene ist dies seit der Abschaffung der Gouverneurswahlen nicht mehr der Fall. In Bezug auf die föderalen Wahlen kann von zahlreichen Beeinträchtigungen der Machtausübung der Wähler gesprochen werden und auch die Ergebnisse der Wahlen in bestimmten Regionen sprechen für sich selbst. Sie stehen in einem eklatanten Widerspruch zu den Zahlen in den urbanen Zentren, welche zum Teil deutlich unter dem Landesdurchschnitt lagen und wohl eher das reale Bild widerspiegeln.¹⁵

Gerade am russischen Beispiel zeigt sich, dass die unterschiedlichen Dimensionen und Ebenen der Reformen weitgehend ineinander greifen und ein komplexes Bild der Konsolidierung autoritärer Herrschaft ergeben. Hinzu kommt die Herausforderung der Integration und Kontrolle informeller Muster und Institutionen. So werden auch diese gegenseitigen Versorgungs-, Abhängigkeits- und Verantwortungsbeziehungen stark zentralisiert und hierarchisiert. In diesem Zusammenhang scheint neben institutionellen Reformen vor allem ein Faktor von zentraler Bedeutung, der in der bisherigen Analyse nicht erwähnt wurde und der auch in Hinblick auf die Konsolidierung von Demokratien nicht zu unterschätzen ist: ökonomischer Erfolg. Auch wenn die russische Ökonomie von der Finanzkrise stark betroffen

ist, so erfährt Russland eine Phase sozio-ökonomischer Stabilität und Prosperität, welche dem Staat Handlungsspielräume eröffnet. Bei den staatlichen Einkommen handelt es sich im Wesentlichen um enorme Gas- und Ölrenten, die über die Verstaatlichung der wichtigsten Unternehmen des Energie- und Rohstoffsektors wie etwa Gazprom abgeschöpft werden.

Die so gewonnenen Ressourcen können damit zweitens genutzt werden, um die schon bestehenden informellen Versorgungs- und Abhängigkeitsnetzwerke in die Umstrukturierung des politischen Systems zu integrieren, und drittens ein Grundlevel an Zufriedenheit in der Bevölkerung über die Bereitstellung öffentlicher Güter zu erzeugen, das die mangelnde politische Integration kompensiert. Denn eine politische Integration des gesellschaftlichen Pluralismus findet in Russland nur insoweit statt, als dass möglichst große Teile der politischen Landschaft inkorporiert werden. Zusammenfassend lässt sich daher konstatieren, dass die institutionellen Reformen im Zusammenspiel mit der gezielten Nutzung ökonomischer Ressourcen die wesentlichsten Faktoren bei der Konsolidierung der russischen Autokratie darstellen.



Dr. Rolf Frankenberg ist Akademischer Rat am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen. Zu seinen wissenschaftlichen Interessenschwerpunkten gehören autoritäre politische Systeme, Transformation von Politik und Ökonomie, Russland und der postsowjetische Raum sowie Systemtheorie und Theorien der Postmoderne.

LITERATUR

- Åslund, Anders (2007): Russia's Capitalist Revolution. Why Market Reform Succeeded and Democracy Failed. Washington D.C.: Peterson Institute for International Economics.
- Azarova, Aitalina (2008): Formal Institutions and Informal Politics in Russia. In: Meyer, Gerd (Hrsg.): Formal Institutions and Informal Politics in Central and Eastern Europe. 2. Ausgabe, Opladen/Farmington Hills, S.233–266.
- Buhbe, Matthes/Makarenko, Boris (2007): Das Mehrparteiensystem im neuen Russland. In: Buhbe, Matthes/Gorzka, Gabriele (Hrsg.): Russland heute. Rezentralisierung des Staates unter Putin. Wiesbaden, S.273–292.
- Campbell, John: Institutional Change and Globalization: Problems and Prospects. Princeton 2004.
- Czada, Roland (2002): Institutionen/Institutionentheoretische Ansätze. In: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. Band 1 A–M. München, S.354–360.
- Erdmann, Gero/Engel, Ulf (2006): Neopatrimonialism Revisited – Beyond a Catch-All Concept. GIGA Working Papers No. 16.
- Fortescue, Stephen (2006): Russia's Oil Barons and Metal Magnates. Oligarchs and the State in Transition. Basingstoke.
- Frankenberg, Rolf (2009): Wahlen in nicht-demokratischen politischen Systemen. In: Der Bürger im Staat, 59, 2, S.125–133.
- Fruchtman, Jakob (2007): Die Entwicklung des russischen Föderalismus. In: Buhbe, Matthes/Gorzka, Gabriele (Hrsg.): Russland heute. Rezentralisierung des Staates unter Putin. Wiesbaden, S. 51–74.
- Helmke, Gretchen/Levitsky, Steven (2006) (Hrsg.): Informal Institutions and Democracy. Lessons from Latin America. Baltimore.
- Hermet, Guy/Rose, Richard/Rouquié, Alain (1978) (Hrsg.): Elections without Choice. London.
- Kusznir, Julia (2007): Vertikale oder Dreieck der Macht? Konflikt und Kooperation zwischen Zentrum, Regionen und Wirtschaft in Russland 1992–2005. Stuttgart
- Lauth, Hans-Joachim (2000): Informal Institutions and Democracy. In: Democratization, 7, 4, S. 21–50.
- Linz, Juan A. (1964): An Authoritarian Regime: Spain. In: Allardt, Erik/Littunen, Yrjö (Hrsg.): Cleavages, Ideologies, and Party Systems. Turku, S. 291–341.
- McFaul, Michael (2002): The fourth Wave of Democratization and Dictatorship. Noncooperative Transitions in the Postcommunist World. In: World Politics, 54, January 2002, S. 212–244.
- Merkel, Wolfgang (1995): Theorien der Transformation: Die demokratische Konsolidierung postautoritärer Gesellschaften. PVS Sonderheft 26/1995: Politische Theorien in der Ära der Transformation. Hrsg. von Klaus v. Beyme und Claus Offe. Opladen, S. 30–58.
- Meyer, Gerd (2008) (Hrsg.): Formal Institutions and Informal Politics in Central and Eastern Europe. Hungary, Poland, Russia and Ukraine. 2. Auflage, Opladen/Farmington Hills.
- North, Douglass C. (1990): Institutions, Institutional Change, and Economic Performance. New York.
- O'Donnell, Guillermo (1996): Illusions about Consolidation. In: Journal of Democracy, 7, 2, S. 34–51.
- Pleines, Heiko (2005): Informelle Einflussnahme und Demokratie. In: Osteuropa, 55, 10, S. 99–108.
- Pleines, Heiko (2008): Reformblockaden in der Wirtschaftspolitik. Wiesbaden.
- Przeworski, Adam (1991): Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America. New York.
- Putin, Vladimir (2000): Television address by the Russian President to the Country's citizens, Rossiiskaya gazeta, 19 May. Translated in the Current

Digest of the Post-Soviet Press, 52, 20, S. 5.
 Remington, Thomas F. (2008): Patronage and Power: Russia's Dominant Party Regime. In: Politische Vierteljahresschrift, 49, 2, S. 213–228.
 Ross, C. (2003): Putin's Federal Reforms and the Consolidation of Federalism in Russia: One Step Forward, Two Steps Back! In: Communist and Post-Communist Studies, 36, S. 29–47.
 Schedler, Andreas (2006) (Hrsg.): Electoral Authoritarianism: The Dynamics of Unfree Competition. Boulder.
 Sharlet, Robert (2001): Putin and the Politics of Law in Russia. In: Post-Soviet Affairs, 17, 3, S. 17–25.
 Shevtsova, Lilia (2006): Bürokratischer Autoritarismus – Fallen und Herausforderungen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 11/2006, S. 6–13.
 Shevtsova, Lilia (2007): Russia – Lost in Transition. The Yeltsin and Putin Legacies. Washington, D.C.
 Smyth, Regina/Lowry, Anna/Wilkening, Brandon (2007): Engineering Victory: Institutional Reform, Informal Institutions, and the Formation of a Hegemonic Party Regime in the Russian Federation. In: Post-Soviet Affairs, 23, 2, S. 118–137.
 Stykow, Petra (2006): Staat und Wirtschaft in Russland. Interessenvermittlung zwischen Korruption und Konzertierung. Wiesbaden.
 Trenin, Dmitri V. (2007): Getting Russia Right. Washington D.C.: Carnegie Endowment for International Peace.
 Waschkuhn, Arno (1994): Institutionentheoretische Ansätze. In: Kriz, Jürgen/Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.): Lexikon der Politik. Band 2. Politikwissenschaftliche Methoden. München, S. 188–195.
 Way, Lucan A. (2005): Authoritarian State Building and the Sources of Regime Competitiveness in the Fourth Wave. The Case of Belarus, Moldova, Russia, and Ukraine. In: World Politics, 57, January 2005, S. 231–261.
 Weber, Max (1980) [1921]: Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie. 5. überarbeitete Auflage, Tübingen.
 Wilson, Andrew (2005): Virtual Politics. Faking Democracy in the Post-Soviet World. New Haven.

ANMERKUNGEN

1 In Ermangelung einer besseren und präziseren Definition von Autokratie bzw. autoritäres politisches System greife ich hier auf die Definition von Juan Linz (1964, S. 297) zurück, der Autokratien kennzeichnet über „limited, not responsible, political pluralism: without elaborate and guiding ideology (but with distinctive mentalities); without intensive or extensive political mobilization (except some points in their development); and in which a leader (or occasionally a small group)

exercises power within formally ill-defined limits but actually quite predictable ones“. Zur Diskussion von Autokratiedefinitionen vgl. den einführenden Beitrag von Holger Albrecht und Rolf Frankenberger in diesem Heft.

2 „Institutions are the foundation of social life. They consist of formal and informal rules, monitoring and enforcement mechanisms, and systems of meaning that define the context within which individuals, corporations, labour unions, nation-states, and other organizations operate and interact with each other. Institutions are settlements born from struggle and bargaining. They reflect the resources and power of those who made them and, in turn, affect the distribution of resources and power in society. Once created, institutions are powerful external forces that help to determine how people make sense of their world and act in it. They channel and regulate conflict and thus ensure stability in society.“ (Campbell 2004, S. 1)

3 Eine deutsche Fassung des aktuellen Verfassungstextes findet sich im Internet unter <http://www.constitution.ru/de/> [29.12.2009]. Eine ausführliche Diskussion und Darstellung der Fassung von 1993 findet sich bei Schneider 2001.

4 Es handelt sich dabei um das Innen-, Außen-, Verteidigungs- und Geheimdienstministerium sowie das Justizministerium.

5 Unter: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=22&country=7689&year=2009> [6.12.2009].

6 Das jüngste Beispiel der Typologisierungsdiskussion findet sich im Journal of Democracy von April 2009, in dem das gegenwärtige Russland von Expertinnen, Experten und Prominenten essayartig skizziert wurde. Dort finden sich unter anderem folgende Labels: Hybrides Regime, Petrostate (Ghia Nodia), Autokratie, Oligarchie, Bürokratischer Korporatismus (Lilia Shevtsova), Fassaden-demokratie (Lilia Shevtsova), Electoral Authoritarianism (Archie Brown), Autoritäres politisches System (Vitali Silitski), Korporatistische Kleptokratie (Andrei Piontkovsky), KGB-Filzokratie (Gary Kasparov).

7 Offener Brief an die Wähler vom 25. Februar 2000 publiziert in den Zeitungen Izvestia, Kommersant und Komsomolskaya Pravda. Unter: http://eng.kremlin.ru/text/speeches/2000/02/25/0000_type82912type104017_124556.shtml [29.12.2009].

8 Die Machtministerien sind Innen-, Notstands-, Außen-, Verteidigungs- und Justizministerium. Darüber hinaus wurden der FSB (Federalnaja Sluschba Besopastnosti Rossijskoj Federazii), der Auslandsnachrichtendienst SWR (Sluschba Wneshnej Raswedki) und diverse andere Verwaltungseinheiten direkt dem Präsidenten unterstellt.

9 So beinhaltet das Parteiengesetz von Juni 2001 eine gravierende Verschärfung der Anerkennung politischer Vereinigungen als Parteien. Dieses Gesetz wurde 2004 weiter verändert, so

INSTITUTIONELLER WANDEL IN RUSSLAND – DIE KONSOLIDIERUNG DER AUTOKRATIE

dass nun 50.000 Mitglieder und in jeder regionalen Organisation mindestens 500 Mitglieder für eine Registrierung als Partei gefordert sind.

10 Dies waren die Parteien „Frauen Russlands“, „Einheit und Eintracht“ (PRES), die Demokratische Partei Russlands (DPRI), „Wahl Russlands“, „Jabloko“, die KPRF (Kommunistische Partei der Russischen Föderation), die Agrarpartei und die LDPR (Liberal-Demokratische Partei Russlands).

11 Dies waren „Einheit-Bär“, die KPRF, der Block „Vaterland – Ganz Russland, die SPS (Sojus Prawych Sil/Union der rechten Kräfte), „Jabloko“ und der aufgrund des Ausschlusses der LDPR eilends gegründete Schirinowski-Block

12 Vgl. hierzu Merkel 1995, der einen guten Überblick über Ansätze der Konsolidierungsforschung bietet und kritisch dazu O'Donnell 1996.

13 Dennoch gibt es einige interessante Überlegungen in dieser Richtung, die sich allerdings meist auf die Stabilität oder Persistenz autoritärer politischer Systeme beziehen. Beispiele finden sich unter anderem in Beiträgen in diesem Heft sowie auf der Webseite des Projekts „Autoritäre Konsolidierung“, das an der Universität Duisburg-Essen läuft. Die Site findet sich unter <http://www.uni-due.de/autokon/index.shtml> [10.1.2010].

14 Die Bestrebungen Medwedews, die Gouverneure und Präsidenten der Republiken zu entmachten, welche sich der zukünftige Ministerpräsident Putin in einer der letzten Amtshandlungen direkt unterstellt hatte, zeigt, dass das politische System weiter zentralisiert und hierarchisiert werden soll. Dass es sich hierbei gleichzeitig um einen Versuch handelt, die jeweils eigene Machtbasis innerhalb der Doppelspitze Medwedew/Putin zu konsolidieren, ist offensichtlich, aber durchaus als tagespolitisches Geschäft abzutun. Es wird nicht das letzte institutionelle Geplänkel zwischen den beiden exponierten Protagonisten politischer Macht in Russland bleiben. Ähnlich ist die Idee Medwedews zu beurteilen, den nationalen Sicherheitsrat mit legislativen Kompetenzen auszustatten, so dass der Präsident komplett an der gewählten Exekutive vorbei regieren und gleichzeitig den Ministerpräsident an die kurze Leine legen könnte. Insgesamt sind beide Maßnahmen Beispiele einer in autoritären Systemen durchaus häufig zu beobachtenden Tendenz des „institutional engineering“

15 Dumawahlen 2007: Wahlbeteiligung 1% „Einiges Russland“: Tschetschenien 99,46%, (99,36%) Inguschetien 98,35% (98,72%), Kabardino-Balkarien 96,68% (96,12%), Dagestan 91,74% (89,23%); Stadt Moskau 55,12% (53,95%), St. Petersburg 51,47% (51,47%).

Regimebeständigkeit und „Revolution“: Armenien und Georgien im Vergleich

Christoph H. Stefes

Armenien und Georgien sind zwei der vielen Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die die Hoffnung enttäuscht haben, dass sich nach dem Fall des Kommunismus demokratische Strukturen in der gesamten eurasischen Region etablieren würden. Zwar gibt es ein Mindestmaß an bürgerlicher und politischer Freiheit in beiden Ländern, aber die Opposition wird von den Machthabern gegängelt und Wahlen sind selten fair. In der Politikwissenschaft gelten solche Herrschaftstypen, die in der Grauzone zwischen Demokratie und Diktatur operieren („hybride Regime“), als instabil. Tatsächlich wurde die georgische Regierung unter Präsident Eduard Schewardnadse 2003 durch Massenproteste zum Rücktritt gezwungen und durch eine demokratischere Alternative ersetzt. In Armenien hingegen hat sich seit den frühen 1990er Jahren ein semi-autoritäres Regime etabliert. Durch einen Vergleich dieser beiden Länder versucht Christoph H. Stefes die (In-)Stabilitätsfaktoren hybrider, insbesondere semi-autoritärer Regime zu identifizieren. Er kommt zu dem Schluss, dass der Grad der Regierungskontrolle über die wirtschaftlichen Strukturen und den Sicherheitsapparat ein wichtiger Faktor für das Überleben hybrider Regime darstellt. **I**

Ende des Transitionsparadigmas

Die „Dritte Welle“ der Demokratisierung, die Anfang der 1980er Jahre begann und mit dem Zusammenbruch des Kommunismus in Europa ihren Höhepunkt fand, hegte die Hoffnung, dass sich demokratische Herrschaftssysteme westlichen Zuschnitts über kurz oder lang weltweit durchsetzen würden. Doch dieser Optimismus wurde relativ bald enttäuscht. In einem wegweisenden Artikel stellt der amerikanische Politikwissenschaftler Thomas Carothers zu Recht fest, dass die meisten Länder der „Dritten Welle“ keineswegs liberal-demokratische Herrschaftsstrukturen adaptiert haben. Stattdessen seien diese Länder in ihren politischen Wandlungsprozessen in einer „Grauzone“ zwischen Demokratie und Diktatur stecken geblieben. Viele dieser Beispiele veränderter Demokratisierung zeichnen sich durch die Existenz von rudimentä-

ren demokratischen Institutionen aus, die aber von den Machthabern regelmäßig ignoriert und verletzt werden. Zwar gibt es in diesen Ländern in eingeschränktem Maße politische Freiheiten, und Oppositionsparteien nehmen am politischen Leben und insbesondere an Wahlen teil, aber letztere sind selten fair und Regierungswechsel deshalb unwahrscheinlich. Die Machthaber nutzen dabei ihre Kontrolle über staatliche und wirtschaftliche Strukturen, um die Opposition mit subtilen Mitteln der Repression und manchmal auch mit brutaler Gewalt zu schwächen.¹

Carothers und viele seiner Kollegen argumentieren, dass diese Herrschaftsform schwerlich den Namen „Demokratie“ verdient und man hier eher von „elektoral-autoritären“, „kompetitiv-autoritären“ oder „semi-autoritären“ Regimen sprechen muss.² Ferner stellen diese Autoren fest, dass diese semi-autoritären Regime keineswegs weder gescheiterte Demokratien seien, noch sich auf dem Weg zu einer Demokratie westlichen Zuschnitts befänden. Stattdessen wird dieses politische System bewusst von den Machthabern installiert und aufrechterhalten. „Wenn es nach dem Willen semi-autoritärer Regierungen ginge, würde sich dieses System niemals ändern.“³

Seit dem Ende des Kalten Kriegs sind autoritäre Regierungen darauf bedacht, einen demokratischen Schein aufzubauen, um internationale Kredite, Entwicklungshilfe und Waffenlieferungen zu erhalten. Aber genau diese Feststellung wirft wichtige Fragen auf: Wenn semi-autoritäre Regime der Opposition politische Freiheiten einräumen, sind diese Regime dann nicht inhärent instabil? Müssen semi-autoritäre Regierungen nicht auf das Drängen ihrer Herausforderer mit weitergehender Liberalisierung oder aber mit verstärkter Repression reagieren – also demokratisieren oder aber eine „echte“ Diktatur errichten, in der bürgerliche und politische Freiheiten abgeschafft werden? Tatsächlich zeigen Statistiken, dass semi-autoritäre Regime instabiler sind als andere Herrschaftsformen.⁴ Auf der anderen Seite gibt es Beispiele beständiger semi-autoritärer Regime (z. B. Senegal in Afrika und Venezuela in Südamerika). Ein Blick auf den Südkaukasus kann helfen, die (In-)Stabilitätsfaktoren

semi-autoritärer Regime zu identifizieren, denn hier haben zwei Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die sich ansonsten in vielerlei Hinsicht ähneln, in den letzten Jahren verschiedene Regimeentwicklungen durchlaufen. Es sind dies Armenien, in dem sich ein semi-autoritäres Regime fest etabliert hat, und Georgien, in dem 2003 eine semi-autoritäre Regierung gestürzt und durch eine semi-demokratische Regierung ersetzt wurde.

Semi-Autoritarismus in der früheren Sowjetunion

Im neusten Report des amerikanischen Thinktanks Freedom House (2009) werden ca. dreißig Länder als „teilweise frei“, aber nicht als „elektorale Demokratien“ eingestuft.⁵ Wenn man zu diesen noch etwa zwanzig „teilweise freie“ Regime rechnet, die nicht Jahr für Jahr als „elektorale Demokratie“ eingestuft werden, und noch einmal zwanzig Regime, die zwischen „teilweise frei“ und „nicht frei“ schwanken, kommt man auf siebzig bis achtzig Regime, die Politikwissenschaftler gemeinhin als Hybride bezeichnen. Ungefähr die Hälfte der fünfzehn Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion fällt in diese Kategorie und befindet sich damit in der Grauzone zwischen den drei liberal-demokratischen Ländern im Baltikum und den drei Diktaturen in Weißrussland, Usbekistan und Turkmenistan. Unter den verbleibenden neun Staaten kann man in den letzten fünf Jahren klare Tendenzen feststellen. Während es eindeutig demokratische Tendenzen in der Ukraine und Georgien gibt, verstärken sich die autoritären Strukturen in Kirgisien, Aserbaidschan und Armenien.

Um die Herausbildung autoritärer Strukturen und das Fehlen demokratischer Entwicklungen zu erklären, schlägt Lucan Way vor, das Augenmerk weniger auf die Ressourcen, Strategien und Identitäten demokratischer Reformbewegungen zu lenken, sondern auf die Fähigkeit der postsowjetischen Regierungen, ihre Herrschaft durch autoritäre Mittel zu festigen. Way argumentiert, dass der Pluralismus, der sich in einigen postsowjetischen Gesellschaften herausgebildet hat, weniger einer dynamischen Zivilgesellschaft geschuldet ist

als vielmehr dem Unvermögen der Machthaber, Oppositionsgruppen unter Einsatz undemokratischer Mittel zu schwächen. Im Hinblick auf diese Maßnahmen unterscheidet Way zwischen solchen geringer und starker Intensität. Maßnahmen geringer Intensität umfassen die vielen Nadelstiche gegen Journalisten, Nichtregierungsorganisationen sowie Oppositionsparteien, die regierungskritische Gruppierungen schwächen, ohne dabei aber internationale Aufmerksamkeit zu erregen (und damit eventuell internationale Sanktionen provozieren könnten). Zu diesen Nadelstichen gehören sowohl der Einsatz des Finanzamts gegen kritische Organisationen, die dann die Enteignung ihrer Vermögen zu befürchten haben, als auch das Anheuern von Schlägertrupps (oft Polizisten in Zivil), die Veranstaltungen regimiekritischer Gruppen stören. Kritische Medien und Oppositionsparteien werden beseitigt, indem die Machthaber regierungstreue Unternehmer dazu nötigen, keine Werbung in diesen Medien zu platzieren und Oppositionsparteien nicht finanziell zu unterstützen. Um diese Mittel effektiv einzusetzen, müssen die Machthaber staatliche und wirtschaftliche Strukturen kontrollieren. Sollten diese Maßnahmen scheitern und es zu Massenbewegungen gegen die Regierung kommen, wird diese entweder dem Druck der Straße nachgeben oder aber Maßnahmen starker Intensität einsetzen müssen. Hierzu gehören das gewaltsame Auflösen von Demonstrationen, Massenverhaftungen, die gezielte Ermordung von Oppositionsführern, etc. (Iran im Jahr 2009 möge als Beispiel gelten). Regierungen können diese Mittel nur dann einsetzen, wenn sie sich auf einen loyalen sowie einigermaßen gut ausgebildeten und ausgerüsteten Sicherheitsapparat verlassen können. Grundsätzlich sind diese Maßnahmen das letzte Mittel der Wahl für semi-autoritäre Regime, denn sie widersprechen ihrem demokratischen Anspruch und könnten noch größere Protestbewegungen provozieren.⁶

Wie nachfolgend gezeigt werden soll, gelang es der georgischen Regierung unter Präsident Eduard Schewardnadse (1995–2003) nicht, ihre Herrschaft durch den Einsatz von Maßnahmen geringer und starker Intensität zu sichern, da Schewardnadse in seinen Bemühungen scheiterte, die wichtigen wirtschaftlichen Gruppierungen an sein Regime zu binden. Auch stand dem früheren georgischen Präsident kein loyaler und gut ausgebildeter Staats- und Sicherheitsapparat zur Verfügung. Im Gegensatz zu Georgien hatte sich in Armenien recht früh nach der Unabhängigkeit eine Allianz aus Regierung, Si-

cherheitsapparat und Wirtschaftsbossen herausgebildet, die ganz wesentlich zu einer immer stärkeren Beschneidung von politischen Freiheiten geführt hat und auch angesichts von Massenprotesten stabil geblieben ist. Um diesen Unterschied zu erklären, muss man die divergierenden politischen Entwicklungen der beiden Länder in den frühen Unabhängigkeitsjahren beachten. Ein historischer Exkurs ist deshalb an dieser Stelle hilfreich.

Nach dem Fall der Sowjetunion: Armenien und Georgien im Vergleich

Als Nachbarstaaten verbindet Armenien und Georgien eine ähnliche Geschichte und Kultur. In beiden Ländern hatten das Christentum und individuelle Sprachen mit eigenen Alphabeten früh zur Herausbildung einer nationalen Identität beigetragen. Beide Länder genossen politische, wirtschaftliche und kulturelle Blütezeiten zwischen dem 9. und 11. Jahrhundert. Meist jedoch fielen sie verheerenden Invasionen und Besatzungen verschiedener Großmächte zum Opfer. So auch 1921 als Armenien und Georgien in die Sowjetunion eingegliedert wurden. Während der Sowjetzeit profitierten beide Länder wirtschaftlich von ihrer gut ausgebildeten Bevölkerung und dem Tourismus. Trotzdem entwickelten beide Gesellschaften während dieser Zeit auch eine ausgesprochene Protestkultur, die sich gegen die russische Vorherrschaft richtete. Diese Protestkultur speiste sich u. a. von dem westlichen Gedankengut (insbesondere sozialdemokratische und national-liberale Ideen), das die politischen Entwicklungen in beiden Ländern Anfang des 20. Jahrhunderts geprägt hatte. Nationale Unabhängigkeitsbewegungen in beiden Ländern trugen dann auch zum Kollaps der Sowjetunion bei. Die neu erlangte Unabhängigkeit brachte jedoch keine Renaissance, wie von vielen Georgiern und Armeniern erhofft, sondern zunächst außenpolitische Isolation und Wirtschaftskrisen. Hier enden jedoch die Gemeinsamkeiten zwischen beiden Ländern.

Während die georgische Zentralregierung zwei Abspaltungskriege mit ihren ossetischen und abchasischen Minderheiten Anfang der 1990er Jahre führte und verlor, gewann Armenien den Krieg mit Aserbaidschan um die armenische Enklave Berg-Karabach. Während der Berg-Karabach-Krieg das armenische Nationalbewusstsein und die innere Einheit stärkte, verschärften die verlorengegangenen Kriege in Georgien das politische Klima. Georgiens erster Präsident, Swiad Gamsachurdia, wurde im Zuge eines Bürgerkriegs (1991–92)

schon nach wenigen Monaten aus dem Amt gejagt. In den nachfolgenden Jahren gelang es dem neuen Präsidenten nur in eingeschränktem Maße, staatliche Strukturen und politische Autorität wiederherzustellen. In Armenien hingegen erfolgte der Übergang vom sowjetischen zum postsowjetischen Regime jedoch reibungslos, insofern als die politische Transition von den Kommunisten und der nationalen Unabhängigkeitsbewegung unter Führung des späteren Präsidenten Lewan Ter-Petrosian einvernehmlich verhandelt wurde. Der Kollaps staatlicher Strukturen und politischer Autorität konnte somit vermieden werden. Diese unterschiedlichen Entwicklungen in den frühen Unabhängigkeitsjahren sollten sich dann langfristig auf die Stabilität der beiden Regime auswirken.

Als Schewardnadse 1992 nach Georgien zurückkehrte, stand das Land vor dem Zerfall. Paramilitärische Gruppen und das organisierte Verbrechen hatten den Staatsapparat weitestgehend unterwandert und ignorierten die politische Autorität der neuen Regierung. Schewardnadses Verdienst war es in den nächsten Jahren, das politische System zu stabilisieren. Er konnte sich dabei zunächst auf öffentliche Zustimmung stützen. Auch gelang es ihm, eine breite (allerdings auch brüchige) Koalition ehemaliger kommunistischer Weggefährten und reformorientierter Nachwuchspolitiker zu schmieden. Die öffentliche Unterstützung schwand jedoch, als klar wurde, dass Schewardnadse weder Abchasien und Südossetien in das Staatsgebiet zurück integrieren, noch langfristig einen wirtschaftlichen Aufschwung herbeiführen konnte. Hinzu kam, dass der Präsident der grassierenden Korruption tatenlos zusah, wohl auch weil einige seiner Familienangehörigen in den korrupten Wirtschaftsstrukturen verankert waren. Unter seiner Führung kam es zudem zu einer schleichenden Re-Autokratisierung Georgiens. Während Wahlmanipulationen schon früh die Siege des amtierenden Präsidenten und seiner Partei sicherten, richteten sich spätere Strategien gezielt gegen Regimekritiker. Kritische Journalisten und Vertreter verschiedener Oppositionsparteien und NGOs wurden von staatlichen Stellen und unbekannten Attentätern überfallen, entführt und teilweise auch ermordet. Im Gegenzug verließen die jungen Reformer zunehmend die Regierungspartei und gingen in die Opposition – allen voran der ehe-

malige Justizminister Michail Saakaschwili.

Die Abkehr populärer Reformer besiegelte das Ende der Ära Schewardnadse. Mit der Gründung neuer Oppositionsparteien boten sich den Wählern glaubhafte politische Alternativen. Im Vorfeld der Parlamentswahlen (2003) lagen diese Parteien in Umfragen – allen voran Saakaschwilis Vereinte Nationale Bewegung – entsprechend weit vor den Regierungsparteien. Als die Regierung durch massive Wahlmanipulationen den Sieg der Opposition verhindern wollte, kam es zu mehrtägigen Massendemonstrationen, an denen bis zu hunderttausend Georgier teilnahmen. Während dieser Proteste stellte sich der Sicherheitsapparat als unzuverlässiger Verbündeter der Machthaber heraus, nachdem der Verteidigungsminister zusammen mit anderen Vertretern des Sicherheitsapparats eine gewaltsame Niederschlagung der friedlichen Demonstrationen als Option ausgeschlossen hatte. Schewardnadse gab nach knapp zwei Wochen dem Druck der Straße nach. Als unangefochtener Anführer der so genannten Rosenrevolution wurde Saakaschwili im Januar 2004 mit 96 Prozent der Stimmen zum Präsidenten gewählt. Seine Partei siegte in den nachfolgenden Parlamentswahlen mit deutlicher Mehrheit.⁷

Anders als in Georgien war der politische Wechsel in Armenien unproblematisch und wurde durch die Wahl Ter-Petrosians zum Präsidenten und den Sieg seiner Partei bei den Parlamentswahlen besiegelt. Der neuen Regierung gelang es rasch, ihre politische Autorität zu festigen, wobei man insbesondere auf die Beibehaltung und den Ausbau klientelistischer Strukturen baute, die man teilweise noch aus Sowjetzeiten übernommen hatte. Die lukrativsten Wirtschaftszweige wurden dabei unter den Mitgliedern der Regierung und deren Verwandten verteilt.⁸ Hinzu kam, dass die Regierung von einer Woge der nationalen Einheit profitierte, die der Berg-Karabach-Krieg ausgelöst hatte. Dieser Krieg führte auch zu einem massiven Ausbau und einer Professionalisierung der armenischen Sicherheitskräfte, deren Führungskräfte nach dem Krieg in die informellen Netzwerke eingebaut wurden. Ter-Petrosian konnte somit politische Macht mit wirtschaftlichen Ressourcen vereinigen. Dies wirkte sich nachteilig für die Oppositionsparteien aus, denen es an wirtschaftlichen Ressourcen mangelte, um ihre Wahlkämpfe zu finanzieren. Die einzige ernsthafte Oppositionspartei, die Armenische Revolutionäre Föderation, wurde 1994 kurzerhand von der Regierung verboten.

Trotz der dominanten Stellung seiner Regierung sollte sich Ter-Petrosians po-

litisches Schicksal bald wenden. Viele ehemalige Weggefährten des Präsidenten kritisierten die Korruption und seinen autoritären Führungsstil. Die Präsidentschaftswahlen 1996 gewann der amtierende Präsident deshalb nur knapp und verdankte diesen Sieg vor allem den Sicherheitskräften, die massive Wahlmanipulationen organisiert hatten. Nachfolgende Massendemonstrationen wurden von loyalen Sicherheitseinheiten niedergeschlagen. Da die Armenier wie auch die Georgier über eine ausgeprägte Protestkultur verfügen, ist es in den nachfolgenden Jahren immer wieder zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen der Staatsgewalt und der Opposition gekommen. Dabei erwiesen sich die Sicherheitskräfte jedoch als zuverlässige Handlanger der Machthaber.

1998 musste Ter-Petrosian auf Druck seiner eigenen Regierung zurücktreten.

Rädelsführer dieser Palastrevolution waren der Premierminister Robert Kotscharjan und der Sicherheitsminister Sersch Sarkissjan, die beide zur politischen Elite Berg-Karabachs gehörten. Diese wehrte sich gegen den Versuch des Präsidenten, durch territoriale Zugeständnisse einen dauerhaften Frieden mit Aserbaidschan zu schließen. Kotscharjan wurde anschließend zum Präsidenten gewählt. Hiernach baute er zusammen mit Verteidigungsminister Sarkissjan seine Macht mit den gleichen Mitteln aus, die auch schon Ter-Petrosian angewandt hatte. So sicherte er sich die politische und wirtschaftliche Unterstützung der armenischen Wirtschaftselite, indem er es den Oligarchen erlaubte, ihre Wirtschaftsmonopole auszubauen, wichtige Positionen in Regionalregierungen zu übernehmen und durch Stimmenkauf Sitze im Parlament zu erlangen. Die führende

**Aus urheberrechtlichen Gründen
kann dieses Bild in der Online-Version
nicht angezeigt werden.**

Aus urheberrechtlichen Gründen
kann dieses Bild in der Online-Version
nicht angezeigt werden.

In Georgien hat die politische Autorität nach der Rosenrevolution einen Wandel erfahren. Der georgische Präsident Michail Saakaschwili hat aus den Fehlern seines Vorgängers Eduard Schewardnadse „gelernt“ und einen neuen sowie loyalen Polizeiapparat aufgebaut.

picture alliance/dpa

Die zentrale Rolle des Machtmonopols

Das Scheitern Schewardnadses ist letztendlich auf sein Unvermögen zurückzuführen, die politischen und wirtschaftlichen Eliten sowie die Sicherheitskräfte hinter sein Regime zu gruppieren. Diese Unfähigkeit hat seinen Ursprung in dem Staatskollaps Anfang der 1990er Jahre. Der verzweifelte Versuch, staatliche Herrschaft in Georgien wiederherzustellen, zwang Schewardnadse zu vielen Kompromissen, die seine Regierung auf lange Sicht schwächten. So konnte Schewardnadse auf Dauer nicht die Versöhnung der jungen Reformer mit den früheren Mitgliedern der mächtigen Nomenklatura erreichen. Dies wäre unter Umständen durch die Bildung einer starken Regierungspartei gelungen, aber diese war ein Sammelbecken unterschiedlichster politischer Gruppierungen mit teilweise konträren Interessen. Auch blieben die meisten der leitenden Regierungsangestellten der Regierungspartei fern. Ohne einen machtvollen Parteiapparat scheiterte Schewardnadse, Mitglieder seiner eigenen Regierung zu kontrollieren, die Anordnungen des Präsidenten oft ignorierten.¹⁰

Insbesondere der Mangel an Loyalität unter den Sicherheitskräften sollte später das Schicksal Schewardnadses besiegeln. Als Schewardnadse 1992 die Macht in Georgien übernahm, musste er aus den verschiedenen paramilitärischen Formationen einen funktionierenden Sicherheitsapparat formen. Der Polizeiapparat entwickelte sich nachfolgend in eine mafia-ähnliche Organisation.¹¹ Da georgische Polizisten einen sehr geringen Lohn erhielten, der über Monate nicht bezahlt wurde, waren Polizeikräfte oft in zahlreichen illegalen Aktivitäten wie Kidnapping und Drogenschmuggel involviert. Sie waren damit unzuverlässige Garanten staatlicher Ordnung. Während der Rosenrevolution wechselten viele Polizisten dann folgerichtig auf die Seite der Demonstranten. Ähnlich unzuverlässig war das Militär. Während Schewardnadses Amtszeit kam es zu kleineren Meutereien verschiedener Armeeverbände, die auf den Mangel an Ausrüstung, unzureichende Verpflegung, baufällige Kasernen und einen kläglichen Lohn aufmerksam machen wollten.

Ferner schränkten die ethnischen Konflikte Schewardnadses Regierung in ihrer Handlungsfreiheit ein. Die Zentralregierung hatte alle Kontrolle über

Regierungspartei übernahm dabei die Rolle einer Clearingstelle, in der Konflikte zwischen politischen und wirtschaftlichen Eliten beigelegt wurden. Ferner verschärfte die Regierung den Druck auf Regimekritiker. Vertreter der Opposition, Medien und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wurden zusammengeschlagen, ihre Autos in Brand gesteckt und ihre Geschäfte durch den selektiven Einsatz von Finanz- und Zollbehörden torpediert. Die Allianz der Regierung mit der Wirtschaftselite und den Sicherheitskräften hat sich seither als äußerst robust erwiesen. Als 2004 die Opposition zehntausende Demonstranten in Anlehnung an die georgische Rosenrevolution gegen gefälschte Parlaments- und Präsidentschaftswahlen mobilisierte, stand das Überleben der Regierung nicht in Frage. Wie der armenische Journalist Alexander Iskandarian treffend feststellte:

„Das Regime Schewardnadses war so schwach, dass seine Polizeitruppe den Aufforderungen zur Auseinandersetzung der Demonstrationen nicht folgte. Auf der anderen Seite war in Armenien die Allianz zwischen Armeegenerälen, Wirtschaftsbaronen und regionalen Kräften hinreichend stark, dass sie das Gefühl hatten, dass ihre Interessen durch den Sturz des Präsidenten gefährdet werden würden.“⁹ Tatsächlich überließ man auch 2008 mit dem Ende der zweiten Amtszeit Kotscharjans nichts dem Zufall. Mit der Unterstützung der Oligarchen und des Sicherheitsapparats gelang dem designierten Nachfolger Sersch Sarkissjan (mittlerweile Premierminister) ein Sieg in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen. Anschließend Proteste wurden wie schon 2004 von dem Sicherheitsapparat gewaltsam niedergeschlagen und dutzende Oppositionelle verhaftet.

Südostsetien und Abchasien verloren, und im Südwesten hatte sich eine Quasi-Diktatur unter Aslan Abaschidse etabliert, die die Anordnungen der Regierung in Tbilissi (Tiflis) weitestgehend ignorierte und keine Steuereinnahmen an die Zentralregierung weiterleitete. Im Süden und Südosten des Landes kam es zudem immer wieder zu Unruhen unter den armenischen und aserbaidzhanischen Minderheiten. Schewardnadse begegnete der Gefahr weiterer ethnischer Abspaltungen, indem er das korrupte Treiben regionaler Eliten ignorierte. Eine ähnliche Strategie setzte er ein, um sich der Loyalität der oligarchischen Strukturen zu vergewissern, die sich um führende Regierungsmitglieder und ehemalige Angehörige der Nomenklatura gebildet hatten. Diese Strategie sollte sich als fundamentaler Fehlschlag herausstellen. Das kriminelle Gebaren der regionalen Gruppierungen und Oligarchen, von den Medien immer wieder angeprangert, rief öffentliche Empörung hervor und stärkte damit die Opposition. Viele Oligarchen waren auch schnell bereit, die politischen Seiten zu wechseln, sobald sich das politische Ende Schewardnadses abzeichnete.¹²

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Schewardnadse die staatlichen Mittel und der Rückhalt der Wirtschaftselite fehlte, um erfolgreich Druck auf Regimekritiker ausüben zu können. Es gelang seiner Regierung auch nicht, verschiedene staatliche Organe wie die Steuerbehörden oder den Polizeiapparat so einzusetzen, dass die Opposition nachhaltig geschwächt werden konnte. In einem durch und durch korrupten Staatsapparat dienten georgische Beamten zunächst einmal ihren eigenen finanziellen Interessen und nicht den politischen Interessen ihrer Regierung.

Im Gegensatz zur georgischen Regierung unter Schewardnadse war die armenische Regierung unter Ter-Petrosian in der Lage, frühzeitig eine Allianz aus Regierung, Sicherheitsapparat und wirtschaftlicher Elite zu schmieden. Da viele Mitglieder des Staatsapparats sich schon vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion auf die Seite Ter-Petrosians geschlagen hatten, verlief der Umbau staatlicher Strukturen und der Aufbau politischer Autorität reibungslos. Der Karabach-Krieg spielte dabei eine unterstützende Rolle. Zum einen wirkte er sich disziplinierend auf Staat und Gesellschaft aus, was es Ter-Petrosian erleichterte, gegen kriminelle Gruppierungen innerhalb und außerhalb seiner Regierungen vorzugehen. Zum anderen bestraften Aserbaidzchan und die Türkei Armenien mit einer Wirtschaftsblockade, was den Zu-

gang zum armenischen Markt beschränkte. Die Engpässe konnten dann leicht von der Regierung kontrolliert werden. Wenn man ferner bedenkt, dass ein disziplinierter Staatsapparat gegen unloyale Wirtschaftseliten vorging, wird klar, dass der Erfolg armenischer Unternehmen ganz wesentlich von der Zustimmung der Regierung Ter-Petrosians abhing, die sich die wirtschaftliche Elite mit politischer Loyalität erkaufen musste.

Unter Ter-Petrosians Nachfolger wurde diese Allianz aus Machtmonopol und Wirtschafts-oligopolen weiter perfektioniert und geschickt gegen regimiekritische Institutionen eingesetzt. So übernahmen unter Kotscharjan regierungsnahe Wirtschafts-oligopolen ehemals kritische Medien. Im April 2002 gingen z. B. die beiden letzten nichtstaatlichen und regierungskritischen Fernsehsender vom Netz (AI+ und Noyan Tapan). Die Medienfreiheit gilt seitdem in Armenien nur auf dem Papier. Durch Verfassungsänderungen konnte Kotscharjan zudem die Regierungskontrolle über den Polizei- und Sicherheitsapparat stärken. Der Präsident genießt nun die effektive Kontrolle über die Polizei und die Milizen, deren Vertreter er nach Belieben ein- und absetzen kann.¹³ Der armenische Sicherheitsapparat ist somit zu einem engen Verbündeten der politischen Machthaber geworden. Er wird gut bezahlt, unterliegt einer strikten hierarchischen Kontrolle und gilt als professionell. Wiederkehrende Massenproteste sind deshalb bisher erfolglos geblieben. Zwar stellen die wiederholten Zusammenstöße zwischen Regimekritikern und Staatsgewalt die politische Stabilität in Armenien scheinbar in Frage, jedoch ist das semi-autoritäre Regime Armeniens nicht wirklich gefährdet, denn die Opposition ist durch die effektive Anwendung von Maßnahmen geringer und starker Intensität geschwächt und hat bisher keine echte Alternative zur Regierung aufbauen können.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass im Kaukasus die Ursache der Herausbildung eines stabilen semi-autoritären Regimes in Armenien und eines instabilen semi-autoritären Regimes in Georgien vor allem in den unterschiedlichen Systemtransformationen Anfang der 1990er Jahre liegt. So hatte sich Georgien von dem Zusammenbruch des sowjetischen Regierungssystems und den nachfolgenden Jahren politischen Chaos' nur langsam erholt – zu langsam für Schewardnadse, der durch eine zögerliche Politik seine Autorität weiter unterminierte. Am Ende fiel das Kartenhaus in sich zusammen, da der Präsident unter dem Einfluss der alten sowjetischen Elite von einer grundle-

genden Liberalisierung des Landes Abstand nahm.

Gleichzeitig gelang es ihm aber auch nicht, das semi-autoritäre Regime zu festigen, da die Wirtschaftseliten und Sicherheitskräfte in der Regierung von Schewardnadse keine politische Zukunft sahen und dem Präsidenten deshalb die Gefolgschaft verweigerten. In Armenien hätte die Situation nicht unterschiedlicher sein können. Hier gelang es der postsowjetischen Regierung, die formellen und informellen Strukturen politischer Herrschaft zu erhalten und auszubauen. Der reibungslose Systemswechsel 1991 als auch der Karabach-Krieg waren dabei hilfreich. Nach zwei kurzen Jahren der politischen Instabilität (1998/99) hat sich heute ein semi-autoritäres Regime herausgebildet, das durch die Allianz der Regierung mit der Wirtschafts- und Sicherheitselite keine ernsthaften Herausforderer fürchten muss.

Zusammenfassung und Ausblick

Die obigen Ausführungen folgen weitestgehend dem amerikanischen Politikwissenschaftler Lucan Way, der zur Erklärung der politischen Entwicklungen in der früheren Sowjetunion die Aufmerksamkeit vor allem auf staatliche (und insbesondere Sicherheits-) Strukturen und die politische Autorität der Machthaber lenkt. Ways Theorie muss insofern kritisiert werden, dass sie die Kontrolle der Machthaber über die



UNSER AUTOR

Prof. Christoph H. Stefes (Ph.D.) ist seit 2002 Inhaber des Lehrstuhls für Vergleichende und Postsowjetische Studien an der University of Colorado. Nach dem politikwissenschaftlichen Studium in Tübingen, Groningen und Denver promovierte er an der Josef Korbel School of International Studies (University of Denver). Seine Lehr- und Forschungsgebiete umfassen Vergleichende Regierungs- und Regimeforschung und insbesondere die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in den zentralasiatischen und kaukasischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion, in denen er mehrere Jahre gelehrt und geforscht hat.

wirtschaftlichen Strukturen vernachlässigt. Diese Kontrolle ist jedoch wichtig, um Maßnahmen geringer Intensität effektiv gegen Regimekritiker einzusetzen. Wirtschaftliche Entwicklungen, politische Kultur und die Einflussnahme ausländischer Akteure werden von Way vernachlässigt. Tatsächlich spiel(t)en diese Faktoren auch in Armenien und Georgien eher eine untergeordnete Rolle. Obwohl Armenien, anders als Georgien in den letzten zehn Jahren, ein zweistelliges Wirtschaftswachstum aufweisen konnte, hat davon die armenische Regierung nur bedingt profitiert. Durch das regelmäßige Zahlen adäquater Löhne konnte sich die Regierung der Gefolgschaft ihrer Staatsdiener relativ sicher sein. Doch eine mehrheitliche Unterstützung in der Bevölkerung ergab sich nicht aus dem steigenden Wohlstand im Land, wohl auch, weil dieser Wohlstand bisher nur eine privilegierte Oberschicht mit engen Beziehungen zur Regierung erreicht hat. Wie bereits erwähnt, hat sich in beiden Ländern eine ausgesprochene Protestkultur entwickelt. Spontane Proteste der armenischen Bevölkerung gegen Vorteilnahme und Korruption und gegen die daraus resultierende soziale und wirtschaftliche Ungerechtigkeit haben jedoch das armenische Regime bisher nicht gefährden können, obwohl das Ausmaß der Proteste teilweise sogar das der georgischen Rosenrevolution übertraf.¹⁴ Der entscheidende Unterschied liegt also eher in der Fähigkeit der politischen Repression, die das Schewardnadse-Regime nicht hatte. An anderen Stellen wird der Erfolg der Regimeopposition in Georgien auf die finanzielle und politische Unterstützung des Westens zurückgeführt.¹⁵ Diese Erklärung greift aber zu kurz, da auch die armenische Zivilgesellschaft diese Unterstützung in ähnlichem Umfang erfahren hat. Durch die Zuspitzung des Konflikts zwischen Russland und dem Westen in Folge des Georgisch-Russischen Kriegs dürften internationale Faktoren jedoch in Zukunft eine größere Rolle in beiden Ländern spielen.

In Georgien haben staatliche Strukturen und politische Autorität nach der Rosenrevolution eine erstaunliche Wandlung erfahren. Der radikale Bruch mit der sowjetischen Vergangenheit, der von einer breiten Masse der Georgier zunächst unterstützt wurde, ermöglichte es Saakaschwili, einen disziplinierten und loyalen Sicherheitsapparat zu schaffen und regionale Klans zu eliminieren. So baute Saakaschwili einen kompletten neuen Polizeiapparat auf, der mit westlicher Hilfe gut bezahlt und trainiert wird. Auch stellt sich die Wirtschaftselite heute fast geschlossen hin-

ter die neue Regierung, womit sie die liberale Wirtschaftspolitik des Präsidenten unterstützen. Im Unterschied zur Regierung Schewardnades stehen damit der neuen georgischen Regierung die Mittel zur Verfügung, ihre Macht zu festigen – wenn nötig auch mit undemokratischen Mitteln. Tatsächlich prangert die georgische Opposition immer wieder an, dass Saakaschwilis Regierung sich vor allem durch unlautere Maßnahmen an der Macht hält. So gingen 2007 georgische Sicherheitskräfte im Zuge von großangelegten Protesten brutal gegen Demonstranten und kritische Medienkonzerne vor. Westliche Regierungen und Organisationen reagierten auf dieses Vorgehen mit scharfer Kritik. Da Saakaschwili nach dem verlorenen Krieg gegen Russland den Westen zum Wiederaufbau Georgiens braucht, blieb diese Kritik nicht ohne Folgen. Als im Herbst 2008 die Opposition erneut mobilisierte, blieben die Sicherheitskräfte in ihren Kasernen und Saakaschwili versprach demokratische Reformen. Die Protestbewegung verlief anschließend im Sand (obwohl Saakaschwilis Versprechungen bisher kaum realisiert wurden).¹⁶

Mit Saakaschwilis Georgien und Sarkissjans Armenien haben wir also zwei relativ stabile hybride Regime. Während das georgische Regime auch durch den Druck westlicher Regierungen auf repressive Maßnahmen mehr oder weniger verzichtet, ist das armenische Regime bei der Wahl seiner Mittel weniger eingeschränkt (und scheu), kann es sich doch auf die wirtschaftliche und politische Unterstützung einer russischen Regierung verlassen, die weniger autoritäre als vielmehr demokratische Entwicklungen in ihrer Nachbarschaft fürchtet. Für das semi-demokratische Regime Georgiens und das semi-autoritäre Regime Armeniens gilt, dass wahrscheinlich nur ein Wirtschaftskollaps eine echte Gefahr darstellen würde, da diese die Kooptation der Wirtschafts- und Sicherheitselite verhindern würde. Müssen die Machthaber auf die Loyalität und Mitarbeit dieser beiden Gruppen verzichten, kann der Balanceakt zwischen Demokratie und Diktatur kaum gelingen.

ANMERKUNGEN

- 1 Carothers, Thomas (2002): The End of the Transition Paradigm. In: *Journal of Democracy*, 13/2002, S. 5–21.
- 2 Schedler, Andreas (Hrsg.) (2006): *Electoral Authoritarianism. The Dynamics of Unfree Competition*. Boulder/London; Levitsky, Steven/Way, Lucan (2002): *The Rise of Competitive Authoritarianism*. In: *Journal of Democracy*, 13/2002, S. 51–65; Ottaway, Marina (2003): *Democracy Challenged: The Rise of Semi-Authoritarianism*. Washington, D.C.
- 3 Ottaway (vgl. Anmerkung 2), S. 7.
- 4 Z. B. Hadenius, Axel/Teorell, Jan (2007): *Pathways From Authoritarianism*. In: *Journal of Democracy*, 18/2007, S. 143–157.
- 5 Freedom House (2009): *Freedom in the World 2009: The Annual Survey of Political Rights and Civil Liberties*. Lanham.
- 6 Way, Lucan (2002): *Pluralism by Default in Moldova*. In: *Journal of Democracy*, 13/2002, S. 127–141; Way, Lucan (2005): *Authoritarian State Building and the Sources of Regime Competitiveness in the Fourth Wave*. In: *World Politics*, 57/2005, S. 231–261; Way, Lucan/Levitsky, Steven (2006): *The Dynamics of Authoritarian Coercion after the Cold War*. In: *Communist and Post-Communist Studies*, 39/2006, S. 387–410.
- 7 Mitchell, Lincoln (2009): *Uncertain Democracy. U.S. Foreign Policy and Georgia's Rose Revolution*. Philadelphia; Stefes, Christoph H. (2006): *Understanding Post-Soviet Transitions: Corruption, Collusion and Clientelism*. Basingstoke/New York.
- 8 Bremmer, Ian/Welt, Cory (1997): *Armenia's New Autocrats*. In: *Journal of Democracy*, 8/1997, S. 77–91.
- 9 Iskandarian, Alexander (2004): *Armenia's Battle of the Weak*. In: *Institute for War and Peace Reporting*. Caucasus Reporting Service (online).
- 10 Caucasian Institute for Peace, Democracy and Development (1998): *Political System in Georgia*. Tbilissi; Kikabidze, Koba/Losaberidze, David (2000): *Institutionalism and Clientelism in Georgia*. UNDP discussion paper series 3/2000, Tbilissi.
- 11 Wheatley, Jonathan (2005): *Georgia from National Awakening to Rose Revolution: Delayed Transition in the Former Soviet Union*. Burlington, S. 92.
- 12 Stefes (vgl. Anmerkung 7), S. 132.
- 13 International Crisis Group (2004): *Armenia: Internal Instability Ahead*; http://www.crisis-group.org/library/documents/europe/caucasus/158_armenia_s_internal_instability_ahead.pdf, S. 11.
- 14 Way, Lucan (2009): *State Power and Autocratic Stability: Armenia and Georgia Compared*. In: Wooden, Amanda E./Stefes, Christoph H. (Hrsg.): *The Politics of Transition in Central Asia and the Caucasus. Enduring Legacies and Emerging Challenges*. London/New York. S. 104.
- 15 Mitchell, Lincoln (2004): *Georgia's Rose Revolution*. In: *Current History*, Oktober 2004, S. 342–348.
- 16 George, Julie A./Stefes, Christoph H. (2008): *The Fate of Georgian Democracy*. In: *Current History*, Oktober 2008, S. 344–347.

Die Finanzkrise in China: Auswirkungen auf die Legitimität der Parteiherrschaft

Heike Holbig

Autoritäre Regime agieren nicht losgelöst von der internationalen Staatenwelt. Heike Holbig analysiert die Auswirkungen der globalen Finanzkrise auf die Legitimität der chinesischen Parteiherrschaft und zeigt dabei die enge Verflechtung externer und interner Faktoren auf. Ihre Analyse fußt auf einem mehrdimensionalen Verständnis politischer Legitimation, das sich in die Aspekte der Legalität, der normativen Rechtfertigung von Performanz und politischer Autorität sowie der Konsensbezeugung aufzählen lässt. Gerade am Beispiel Chinas erlaubt dieser Ansatz eine dynamische Perspektive auf Mechanismen der Schaffung – wie auch des Verlusts – von Legitimität: China ist es sehr wohl gelungen, die Finanzkrise als Anlass für einen längst überfälligen Modellwechsel – weg von der „Werkbank der Welt“ und hin zu einem seit 2003 propagierten Konzept, das eine sozial und ökologisch verträgliche Entwicklung sowie eine Balance zwischen Binnen- und Außenwirtschaft anstrebt – zu nutzen. Der stete Verweis Chinas auf seine nationale Souveränität diene angesichts der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise zwar zur Rechtfertigung der Autorität der chinesischen Parteiherrschaft, offenbarte jedoch Konfliktpotenziale zwischen inneren und externen Legitimationsstrategien. Nicht zuletzt wurde die internationale Anerkennung von Chinas Parteiregime dazu genutzt, eine Legitimationslücke im Bereich der öffentlichen Konsensbezeugung im eigenen Land zu schließen.

Die Finanzkrise: Harte Interessen und Fragen nach der Moral

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit den Implikationen der jüngsten globalen Finanzkrise für die Legitimität chinesischer Parteiherrschaft. Die Krise kann als geradezu paradigmatisches Beispiel der engen Verflechtung von externen und internen Faktoren staatlicher Herrschaft in Zeiten der Globalisierung gelten. Damit macht sie eine Dimension besonders deutlich sichtbar, die bisher weitgehend vernachlässigt worden war: die internationale Dimension der Legitimität autoritärer Herrschaft. Galten autoritäre Regime gemäß überkommener Klischees häufig als isoliert, introspektiv und sklerotisch, so macht die

jüngste Finanzkrise offensichtlich, dass sich auch diese Regime den globalen Folgen ausgesetzt sehen und damit umgehen müssen.

Plastisch wird am Beispiel der chinesischen Wahrnehmung der Krise auch die komplexe Wechselbeziehung zwischen Legitimität und (ökonomischer) Performanz, zwischen denen im Fall autoritärer Regime häufig ein direkter Zusammenhang angenommen wird. Bei genauerer Betrachtung besteht hier jedoch keineswegs ein Automatismus. Wirtschaftlicher Erfolg und materielle Wohlfahrt sind für das einzelne Wirtschaftssubjekt hochgradig abstrakte Begriffe, die in der Regel nur auf dem Weg des intertemporalen, interpersonellen oder interregionalen Vergleichs erfahrbar gemacht werden können. Erfolgreiche ökonomische Performanz eines Regimes ist nicht per se eine Quelle der politischen Legitimität, sondern nur dann, wenn es gelingt, die subjektiven Wahrnehmungen des Regimes in eine plausible Beziehung zur solchermaßen wahrgenommenen Performanz zu setzen und positiv zu „rahmen“. Umgekehrt erscheint es ebenfalls zu kurz gedacht, Wirtschaftskrisen und die damit einhergehende Verschlechterung ökonomischer Performanz als unmittelbare Bedrohung von Regimelegitimität zu werten. Auch hier gilt, dass die Wahrnehmung von Legitimitätsdefiziten stark von der „Rahmung“ der Krise in öffentlichen Diskursen abhängt.

Schließlich sind Finanzkrisen analytisch besonders ergiebige janusköpfige Ereignisse: Während sie augenscheinlich unmittelbar „harte“ Zahlen und Fakten, funktionale Logiken und materielle Interessen betreffen, verkörpern sie zugleich hochgradig abstrakte normative und moralische Zusammenhänge, so etwa Fragen nach den „Schuldigen“ und „Opfern“ der Krise, nach der internationalen „Kreditwürdigkeit“ von Volkswirtschaften, nach der „Stärke“ verschiedener Währungen und der damit metaphorisch verbundenen „nationalen Stärke“, nach der Überlegenheit wirtschaftspolitischer Ordnungsvorstellungen, nach den Kriterien einer „gerechten“ globalen Finanzmarktordnung und so weiter – sämtlich Fragen, die in hohem Maße nach Deutungen verlangen. Im Folgenden wird zunächst ein eigener legitimationstheoretischer Ansatz vor-

gestellt, der ein bekanntes Modell von David Beetham, welches Legitimations- und Delegitimationsprozesse im nationalen Rahmen erklärt, um die internationale Dimension erweitert. Anschließend wird der Ansatz auf den empirischen Testfall chinesischer Deutungen der globalen Finanzkrise angewandt.

Die legitimationstheoretische Debatte zwischen Teleologie und Tautologie

Seit die „dritte Welle der Demokratisierung“ verebbt scheint und die internationale Demokratieförderung zunehmend als erfolglos gilt, bewegt sich die Autoritarismusforschung allmählich von den Rändern hin zum Mainstream der Politikwissenschaften. Bei der Erklärung der wahrgenommenen Widerstandskraft autoritärer Regime tritt eine Frage immer mehr in den Vordergrund, die bislang als Oxymoron galt: die Frage nach der Legitimität autoritärer Herrschaft, der sich dieser Beitrag widmet.

Autoritarismusforschung: zwei kontrastierende Herangehensweisen

In der jüngeren Literatur lassen sich zwei kontrastierende Herangehensweisen zur Beantwortung dieser Frage identifizieren. Die erste Variante geht weiterhin davon aus, dass genuine Legitimität sich nur aus demokratischer Legitimität speisen kann. Autoritäre Regime könnten, so die oft nur implizite Folgerung, allemal eine „Legitimitätsfassade“ erzeugen, die auf tönernen Füßen steht: nämlich der Manipulation öffentlicher Meinung, dem Kauf politischer Loyalität durch die Verteilung materieller Ressourcen und dem selektiven Einsatz von Repression, die zugleich offensichtlich macht, wie fragil die Bemühungen um autoritäre Selbstlegitimation am Ende sind.

Die zweite Variante, die in der jüngsten Diskussion unter deutschen Politologen anzutreffen ist, speist sich vor allem aus regionalwissenschaftlichen Kenntnissen über den arabischen Raum. Sie sträubt sich vehement gegen die erste Variante – beziehungsweise gegen das, was sie als „democracy bias“ oder gar als „Demokratisierungs-Teleologie“ der Transformationsforschung erkennt. In gezielter Abgrenzung von jener ers-

ten Variante, die als normativistisch kritisiert wird, fordern die Vertreter der zweiten Variante eine streng empirische Herangehensweise, die sich unabhängig vom Selbstverständnis demokratischer Legitimität auf die Suche nach den vielfältigen Erscheinungsformen „nicht-demokratischer“ Legitimität in autoritären Regimen macht. Genannt werden materielle Formen der Legitimitätsbeschaffung, Tradition, Religion, Ideologie und Nationalismus. Unter Rückgriff auf Max Webers Definition von Legitimität als Legitimitätsglaube (oder auf verwandte Definitionen von David Easton und Seymour Martin Lipset) werden hier summarisch all jene Faktoren veranschlagt, von denen angenommen werden kann, dass sie zum Glauben in die Legitimität „nicht-demokratischer“, sprich autoritärer Herrschaft beitragen.

Aus regionalwissenschaftlicher Sicht erscheint diese zweite Herangehensweise auf den ersten Blick durchaus attraktiv, weil sie verspricht, einen freien, von teleologischen Voreinstellungen unversehrten Blick auf die reichhaltigen „nicht-demokratischen“ Legitimitätsquellen zu werfen, und so zu verstehen, wie moderne autoritäre Regime tatsächlich funktionieren. Bei genauerer Betrachtung erweist sie sich allerdings als problematisch.

Zunächst steht die geforderte Analyse von Legitimität als Legitimitätsglaube vor dem analytischen Problem, Zugang zu den „wahren“ Überzeugungen im „Inneren der Köpfe“ zu erlangen – zumal in autoritären Kontexten, wo der politische Erwünschtheitsdruck in Umfragen generell als sehr hoch gelten muss. Der empirische Zugang verfängt sich damit in einer tautologischen Falle: Das betrachtete Regime ist legitim, weil die Beherrschten es offensichtlich für le-

gitim halten – beziehungsweise, und analytisch nicht unterscheidbar, weil die Selbstlegitimierung des Regimes offensichtlich erfolgreich war. Von hier ist es nicht mehr weit zur gegenläufigen Teleologie einer inhärenten Dauerhaftigkeit autoritärer Herrschaft, die kaum überzeugender erscheint als die kritisierte „Demokratisierungsteleologie“. Ein weiteres, noch gewichtigeres Problem der zweiten Variante ist, dass sie ausschließlich „nicht-demokratische“ Legitimationsquellen in den Blick nimmt. Dies erscheint zum einen konzeptionell problematisch, wenn damit unterstellt wird, dass es so etwas wie „genuin autoritäre“ Legitimationsansprüche gebe – denn Tradition, Religion, Ideologie etc. spielen keineswegs nur im autoritären Kontext eine legitimierende Rolle. Sie erscheint zum anderen aber auch empirisch fragwürdig, weil autoritäre Herrschaft bei genauerer Betrachtung in ihrem normativen Selbstentwurf wie auch in der Interaktion mit externen Akteuren selten allein auf „nicht-demokratischen“ Legitimationsansprüchen fußt. Vielmehr stehen, wie hier argumentiert werden soll, nicht-demokratische und demokratische Ansprüche in einem engen Spannungsverhältnis. Auch Autokraten möchten, so könnte man überspitzt formulieren, in den meisten Fällen „gute Demokraten“ sein, vor der internationalen Öffentlichkeit ebenso wie zuhause.

Dazu kommt, dass viele autoritäre Regime im Gegenzug zu den territorialen Entgrenzungen der Globalisierung immer lauter auf ihre territoriale Integrität und nationale Souveränität pochen – und damit auf Normen, die eng mit dem demokratischen Masternarrativ der „Volksouveränität“ verwoben sind. Eine Fokussierung auf „nicht-demokratische“ Legitimität läuft so Gefahr, eben jenes

Spannungsverhältnis zu verkennen und inhärente normative Konfliktlinien zu übersehen. Eine „rein empirische“ Auseinandersetzung mit der Frage politischer Legitimität unter Verzicht auf normative Aspekte scheint mit anderen Worten illusionär, im demokratischen ebenso wie im autoritären Kontext.

Ein mehrdimensionales Verständnis politischer Legitimation

Damit stellt sich nun die Frage nach einem legitimationstheoretischen Ansatz, der geeignet ist, sowohl die Klippen der Teleologie als auch die der Tautologie zu umschiffen, ohne normative Aspekte aus dem Blick zu verlieren. Als besonders fruchtbar erweist sich hier ein anderer „Klassiker“ der Sozialwissenschaften, nämlich David Beethams Modell politischer Legitimation aus dem Jahr 1991. In bewusster Abgrenzung von Ansätzen im Gefolge Max Webers, die Legitimität im Wesentlichen auf Legitimitätsglauben reduzieren, beruht David Beethams Modell auf einem mehrdimensionalen Verständnis von politischer Legitimation. Demnach gilt Herrschaft in dem Maße als legitim,

- wie sie mit etablierten, langfristig geltenden konventionellen und/oder konstitutionell-rechtlichen Regeln übereinstimmt (Legalität; Ebene 1);
- wie diese Regeln mit Bezug auf gemeinsame Überzeugungen normativ gerechtfertigt werden können (normative Rechtfertigbarkeit; Ebene 2), nämlich zum einen hinsichtlich der Erreichung selbstgesteckter Performanzziele, allen voran des gesellschaftlichen

Abbildung 1: Strategien interner und externer Legitimation im erweiterten Modell Beethams

Legitimitätskriterium ¹	Strategien interner Legitimation	Strategien externer Legitimation	Beziehungen interner/externer Strategien
Performanz (Ebene 2a)	Betonung sozialer Gerechtigkeit, Harmonie und Gemeinwohl; Vermeidung manifester Formen exklusiver Privilegien (Korruption)	(Selektive) Einbindung in die Weltwirtschaft; Eintreten für „gerechte“, „harmonische“ internationale Entwicklung	Synergie
Autorität (Ebene 2b)	Prinzip der Volksouveränität, qualifiziert durch politische Ideologie, wissenschaftliche Doktrin, Religion, Tradition, Naturgesetz, etc.	Internationale Kooperation unter Wahrung nationaler Souveränität; Erhöhung der internationalen Resonanz politischer Ideologie, Religion, etc.	Konfliktpotenzial der Betonung nationaler Souveränität
Konsens (Ebene 3)	Mobilisierung von heimischem Konsens (ideologische Massenmobilisierung, konsultativ-partizipatorische Mechanismen, Volkswahlen, etc.); Verhinderung von aktivem Dissens	Mobilisierung externer Anerkennung der internationalen Staatengemeinschaft, anderer (autoritärer) Regime, Nachbarstaaten aus der Region; Zurückweisung internationaler Kritik	Kompensation interner Legitimationslücken durch externe Anerkennung

Allgemeinwohls (Performanz; Ebene 2a), und zum anderen hinsichtlich anerkannter Quellen politischer Autorität (Autorität; Ebene 2b);

■ wie schließlich ausdrücklicher Konsens von Seiten der Beherrschten bezeugt wird, sei es durch Wahlen oder Massenmobilisierungskampagnen, auch wenn dies nur bedingt freiwillig erfolgt (Konsens, Ebene 3).

Die Auffächerung des Legitimationsbegriffs in Aspekte der Legalität, der normativen Rechtfertigung von Performanz und politischer Autorität, und der öffentlichen Konsensbezeugung erscheint zwar zunächst deutlich aufwändiger als das eng geführte Verständnis von Legitimität als Legitimitätsglaube, doch bietet sie drei wichtige Vorteile:

- Sie ist auf alle Regimetypen anwendbar, also auch auf autoritäre Regime.
- Sie erlaubt eine dynamische Sicht auf Legitimationsprozesse und auf Mechanismen der Schaffung und des Verlusts von Legitimität.
- Schließlich sucht sie den empirischen Nachweis dieser Prozesse nicht in den privaten Rückzugsgefilen im Innern der Köpfe, sondern im leichter zugänglichen Raum öffentlicher Diskurse.

Leider besitzt das Beethamsche Modell auch einen Nachteil, den es aber mit anderen bekannten legitimierungstheoretischen Ansätzen teilt, nämlich die konzeptionelle Begrenzung auf einen nationalstaatlichen Rahmen. Wie hier demonstriert werden soll, besitzen autoritäre Regime aber nicht nur im nationalen, sondern auch im internationalen Kontext wachsende Spielräume zur Legitimierung ihrer Herrschaft – sei es durch die funktionale Einbindung in weltwirtschaftliche und weltpolitische Zusammenhänge oder durch ihre normative Einbindung in Verhandlungs- und Kooperationsregime zur Lösung drängender globaler Fragen. Daher wird hier vorgeschlagen, das Beethamsche Modell um die internationale Dimension zu erweitern, wie in der Tabelle skizziert.

Ohne hier bereits Details vorwegzunehmen, soll diese Tabelle verdeutlichen, dass sich die verschiedenen Mechanismen zur Schaffung von interner und parallel dazu von externer Legitimität auf den verschiedenen Ebenen des Modells verorten lassen. So soll im Folgenden einerseits von „Strategien interner Legitimation“ die Rede sein, die sich auf den jeweiligen Modellebenen an verschiedene heimische Adressaten wenden, und andererseits von „Strategien externer Legitimation“, die sich an verschiedene internationale Adressaten richten.²

Nehmen wir nun den Testfall der globalen Finanzkrise in den Blick, so lautet die empirische Fragestellung, welche Deutungen die globale Finanzkrise in Chi-

na, genauer in Chinas öffentlichen nationalen und internationalen Diskursen erfahren hat, und welche internen und externen Legitimationsstrategien daraus abgeleitet werden können. Analysiert wurden vor allem Beiträge aus verschiedenen chinesisch- und englischsprachigen Presseerzeugnissen im Zeitraum zwischen September 2008 und Oktober 2009.³ Die Quellen werden auf den drei Modellebenen der Performanz, der Rechtfertigung politischer Autorität und der öffentlichen Konsensbezeugung analysiert, um die verschiedenen Deutungen des komplexen „Ereignisses“ der globalen Finanzkrise zu entwirren, die im öffentlichen Diskurs eng miteinander verwoben sind.

Schlag ins Kontor oder willkommener Anlass zum Modellwechsel?

Der September 2008 markiert den Rollenwechsel Chinas von einem bloßen Beobachter der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise hin zu einem involvierten Subjekt. Seit dem Ausbruch der US-Immobilien- und Finanzkrise im Frühsommer 2007 waren sich chinesische und ausländische Analysten weitgehend darin einig, dass die Volksrepublik China dank der „sound fundamentals“ der chinesischen Volkswirtschaft, der geringen Anteile „toxischer“ Anlagen in chinesischen Banken und dem bisherigen (nachträglich interpretiert als vorausschauend weisen) Verzicht auf eine durchgreifende Liberalisierung des Bankensektors und des Wechselkursregimes keine weiterreichenden negativen Folgen zu befürchten habe (sogenannte Decoupling-These). Die weltweiten Erschütterungen aber, die der Zusammenbruch des Bankhauses Lehman Brothers Mitte September 2008 auslöste, und der wenig später erstmals auch in China registrierte Einbruch der Realwirtschaft (Rückgang der monatlichen Exportwerte im Oktober 2008 um sechs Prozent, im November um 8,5 Prozent, im Dezember um 2,8 Prozent) signalisierten, dass die globale Finanzkrise nun auch die Volksrepublik erfasst hatte. Ausländische Kommentatoren befürchteten im Gefolge der nun auch für China unausweichlichen negativen Krisenwirkungen einen empfindlichen Anstieg der seit langem beobachteten sozialen Disparitäten, der das Fass zum Überlaufen bringen und unabsehbare Folgen für die soziale und politische Stabilität des Landes mit sich bringen könnte. Den Rückgang des jährlichen Wirtschaftswachstums auf einen im Vergleich der zurückliegenden Dekade negativen Rekordwert von nur 6,8 Prozent im vierten Quartal 2008 werteten viele als alarmierendes Zeichen, dass

die „magische“ Schwelle von acht Prozent Wirtschaftswachstum nunmehr unterschritten und die dynamische Entwicklung der chinesischen Volkswirtschaft damit nicht länger gewährleistet sei. In der alarmierten Deutung der realwirtschaftlichen Indizien verdichtete sich, mit anderen Worten, die implizite Annahme, dass die globale Finanzkrise China an der Wurzel seines bisherigen Erfolgs – der erfolgreichen ökonomischen Performanz als „Werkbank der Welt“ – gepackt habe, und dass mit der drohenden Performanzkrise unmittelbar die Gefahr einer politischen Legitimitäts- und Stabilitätskrise verbunden sei.

Die parteistaatliche Führung Chinas reagierte auf dieses „Hereinbrechen“ der globalen Finanzkrise betont gelassen. Im offiziellen Diskurs fällt vor allem auf, dass er auf eine Deutung verzichtet, die im inoffiziellen Internetdiskurs im gleichen Zeitraum durchaus verbreitet war, nämlich auf die Deutung der globalen Finanzkrise als Folge eines US-amerikanischen Verschuldungsexzesses, der die Weltwirtschaft nun mit in den Abgrund zu reißen drohe. Stattdessen findet sich eine offizielle Interpretation der Krise als gewissermaßen „natürlicher“ Reflex globaler Konjunkturzyklen. Tatsächlich sei die eigentliche Ursache der Krise in China die starke außenwirtschaftliche Abhängigkeit, die aus dem „alten“, rein auf quantitatives Wachstum ausgerichteten Entwicklungsmodell resultiere. Damit sei es nun höchste Zeit, das Image Chinas als „Werkbank der Welt“ aufzugeben und an dessen Stelle ein neues Entwicklungsmodell zu setzen – und zwar kein anderes als das von Parteichef Hu Jintao seit 2003 propagierte „wissenschaftliche Entwicklungskonzept“, das eine nachhaltige, sozial und ökologisch verträgliche Entwicklung und eine Balance zwischen Außen- und Binnenwirtschaft anstrebe. Die sozialen Disparitäten, die integraler Bestandteil des alten Modells gewesen seien, dürften nicht länger in Kauf genommen werden. Vielmehr sei es im Sinn gesellschaftlichen Allgemeinwohls an der Zeit, dass die Bevölkerung sich endlich das Konsumniveau leisten könne, das sie nach Jahrzehnten des Verzichts auch verdiene.

Im Einklang mit dieser Deutung wurde das im November 2008 aufgelegte Konjunkturpaket in Höhe von vier Billionen Renminbi als konkrete Umsetzung von Hu Jintaos „wissenschaftlichem Entwicklungskonzept“ und dessen Zielen sozialer Harmonie, Gerechtigkeit und Volksnähe gepriesen. Der Stärkung des privaten Konsums im Sinne des Slogans „mehr Reichtum für das Volk“ kam dabei eine zentrale Stellung zu. Diese interpretative Fokussierung auf den Aspekt

privaten Konsums wurde rechtzeitig zum chinesischen Neujahrsfest im Januar 2009 durch pathetische Schlagzeilen honoriert, wonach die Wirtschaft sich bereits wieder erhole, dank der „richtigen“, „effizienten“ und „resoluten“ Maßnahmen von Partei und Regierung, aber auch dank des „patriotischen Konsums“ der Bevölkerung.

Diese bei der Bewältigung der Krise zuhause erzielten Performanzerfolge – die im wohlthuenden Kontrast zu Berichten über die schwerwiegenden Krisen-

folgen in anderen Teilen der Welt standen – wurden auch nach außen gespiegelt. Während etwa in der englischsprachigen Beijing Review die negativen Folgen der Krise auf die heimische Volkswirtschaft als vorübergehende Eintrübung der Konjunktur dargestellt wurden, deren Bewältigung dank der schnellen Reaktion der Regierung absehbar sei, wurden die seit dem ersten Quartal 2009 registrierten Anzeichen für eine konjunkturelle Erholung in den buntesten Farben zelebriert.

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Der Hang Seng Index, der führende Aktienindex in Hongkong, fällt im Herbst 2008 in Folge der globalen Finanzkrise. Chinas Parteiführung ist es gelungen, die Finanzkrise als Anlass für einen überfälligen Modellwechsel – weg von der „Werkbank der Welt“ hin zu einem Konzept, das eine sozial und ökologisch verträgliche Entwicklung sowie eine Balance zwischen Binnen- und Außenwirtschaft anstrebt – zu nutzen. **picture alliance/dpa**

DIE FINANZKRISE IN CHINA: AUSWIRKUNGEN AUF DIE LEGITIMITÄT DER PARTEIHERRSCHAFT

Schlagzeilen wie etwa „The Trumpet of a Prophecy“⁴ oder „Up, Up and Away“⁵ reflektierten eine im heimischen Eliten-diskurs durchaus verbreitete Deutung, wonach die globale Wirtschafts- und Finanzkrise eine hervorragende Gelegenheit für China biete, seine internationale „Überholstrategie“ erfolgreich und unbeirrt fortzusetzen. Bei ihren zahlreichen internationalen Auftritten im Rahmen der G 20, APEC (Asia-Euro-pa Meeting), ASEM (Asia-Pacific Economic Cooperation) etc. glänzten Hu Jintao und Wen Jiabao abwechselnd mit selbstbewussten Ausführungen zu dem großen Beitrag Chinas bei der Überwindung der globalen Krise. Ein wiederkehrendes Element waren aber auch ihre Appelle an ein „internationales Gemeinwohl“, vor allem die Propagierung einer „ausgewogenen Entwicklung“ auf globaler Ebene, wo China sich – in konzeptioneller Verlängerung des zuhause formulierten „wissenschaftlichen Entwicklungskonzepts“ – dafür einsetze, insbesondere den ärmsten Ländern bei der Bewältigung der Krise beizustehen.

Auf der Ebene der Verfolgung selbstgesteckter Performanz- und Gemeinwohlziele ist es der parteistaatlichen Führung damit gelungen, die Krise als willkommenen Anlass für einen längst überfälligen Modellwechsel positiv umzudeuten. Interne und externe Legitimationsstrategien stehen dabei in einem weitgehend konfliktfreien, wenn nicht sogar in einem synergetischen Verhältnis zueinander.

Pochen auf nationale Souveränität

Im Unterschied dazu lassen sich auf der zweiten Ebene der Rechtfertigung politischer Autorität durchaus Konflikte zwischen internen und externen Strategien ausmachen.

So finden sich im heimischen Diskurs zahlreiche Identifikationsangebote der Parteiführung als Verkörperung des nationalen Selbstvertrauens und nationaler Stärke, etwa im Kontext der offiziellen Reflexion zum feierlichen Abschluss der landesweiten Anstrengungen zur Bewältigung der Erdbebenkatastrophe in Sichuan vom Mai 2008 oder anlässlich der zahlreichen Jahrestage. Beispielshaft sei nur eine Passage in der offiziellen Ansprache Hu Jintaos zum 60. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China genannt, in der es in poetisierter Rhetorik heißt: „Vaterland, wie majestätisch ragst du auf im Osten der

Welt“.⁶ War diese Wendung von Hu Jintao fast wortgleich bereits ein Jahr zuvor anlässlich des 59. Jahrestags verwendet worden, so erfreute sie sich in diesem Jahr unter chinesischen Bloggern einer enormen Resonanz.

Auftritte chinesischer Politiker auf internationalem Parkett sind hingegen regelmäßig von einer starken Ambivalenz durchzogen: Einerseits sonnt man sich offensichtlich in der „staatsmännischen Aura“ internationaler Kooperation, wie sie etwa von den Krisengipfeln der G 20 ausgeht. Die beständige Demonstration der chinesischen Bereitschaft zur internationalen Kooperation machten Hu Jintao auf dem Londoner G 20-Gipfel im April 2009 zum „Mann der Stunde“. Wie in den heimischen Medien mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, war Hu auf dem Abschlussfoto der versammelten Gipfelteilnehmer zentral in der ersten Reihe zur Rechten des Gastgebers Gordon Brown positioniert, während die Londoner Uhren parallel in drei Zeitzonen tickten: London Time, New York Time und Beijing Time.⁷

Andererseits wird das Bekenntnis der internationalen Kooperationsbereitschaft durch die wiederkehrende Betonung nationaler Souveränität relativiert. Insbesondere im Verhältnis zu den USA ist eine ausgeprägte strategische Ambivalenz erkennbar. So reagierte die politische Elite sehr gespalten auf die Idee eines „Super-Gipfels“ zwischen den USA und China im neuen Format einer „G 2“, die von prominenten Persönlichkeiten wie Zbigniew Brzezinski und Robert Zoellick propagiert, im Vorfeld des G 20-Gipfels in London an die Volksrepublik herangetragen und in der internationalen Presse intensiv kommentiert worden war. Wie ein Beitrag in der Chinese Cadres Tribune vom Mai 2009 offen argumentierte, fühle man sich durch das sichtbare Werben der USA und den daraus resultierenden internationalen Prestigegewinn durchaus geschmeichelt. Allerdings ergebe eine nüchterne Analyse der außenpolitischen Realitäten, dass die USA jenseits der Überwindung der durch sie verursachten globalen Wirtschafts- und Finanzkrise kein genuines Interesse an einer Kooperation auf gleicher Augenhöhe mit China haben könnten und China daher auf die Position des Juniorpartners beschränkt sei. Auch laufe die G 2-Idee den faktischen Tendenzen zu einer multipolaren Weltordnung zuwider, in der neben dem „rasanten Aufstieg Chinas“ unter anderem auch Russland, die EU, Japan und Indien eine größere politische Rolle einforderten. Als Juniorpartner in einem G 2-Format könne sich China daher nur außenpolitische Komplikationen mit dem Rest der Welt einhandeln. Das vorgeschlagene

Format sei daher zugunsten einer „ausgewogenen“ und „global umspannenden“ Diplomatie abzulehnen.⁸

Ein weiteres Zeichen der Ambivalenz ist die chinesische Umdeutung des Begriffs „responsible stakeholder“, den Robert Zoellick zur Honorierung von Chinas internationalem Engagement 2005 geprägt hatte, um die Volksrepublik zu einem nachhaltigen und verantwortungsvollen Engagement in globalen Fragen zu bewegen. Im Kontext der Finanzkrise findet sich stattdessen die chinesische Selbstbezeichnung als „responsible major developing country“. Erhalten bleibt das Attribut „responsible“, während die Verbindlichkeit stiftende Idee des „stakeholder“ durch das abgrenzende Konzept des Entwicklungslands ersetzt wird, womit eine klarer Vorrang nationaler vor internationalen Interessen einhergeht. Gemäß des „Prinzips gemeinsamer aber differenzierter Verantwortlichkeit“, ebenfalls eine neue Formel chinesischer Diplomatie, solle den entwickelten Ländern ein höherer Grad an Verantwortung bei der Lösung drängender globaler Probleme zugemessen werden als den Entwicklungs- und Schwellenländern.

Subtile Hinweise auf das latente Konfliktpotenzial finden sich aber auch bei der „Rückübersetzung“ internationaler Auftritte in die heimischen Medien. So schaltete etwa Wen Jiabao einem Interview mit der Financial Times im Februar 2009 eine salomonische Wendung voraus, die vorrangig für das heimische Publikum bestimmt schien: „Alles, was ich Ihnen sagen werde, wird der Wahr-

heit entsprechen, aber ich werde Ihnen nicht alles sagen.“⁹ Im selben Interview stufte Wen Jiabao eine Reporterfrage explizit als „sensibel“ ein, nämlich die Frage, ob China nicht zum Kauf weiterer US-Staatsanleihen gezwungen sei, um den Wert seiner eigenen umfangreichen Dollarreserven zu stützen – Hintergrund seiner Antwort war offensichtlich sein Wissen um die Empfindlichkeit chinesischer Leser in diesem Punkt, von denen nicht wenige die USA beschuldigten, China in währungspolitische „Geiselschaft“ genommen zu haben.

Diese und zahlreiche andere Beispiele zeigen, dass der Verweis auf nationale Souveränität zur Rechtfertigung politischer Autorität ein konfliktbehaftetes Verhältnis zwischen internen und externen Legitimationsstrategien erzeugt. Während einerseits das Pochen auf nationale Souveränität die legitimierende Strahlkraft internationaler Kooperation reduziert, gefährdet ein allzu vorbehaltloses internationales Engagement die Legitimität des Parteiregimes als Hüter nationaler Interessen.

Hereinspiegelung internationaler Anerkennung zur Legitimierung zuhause

Die dritte und letzte Ebene im Beethamschen Modell, die öffentliche Bezeugung von gesellschaftlichem Konsens, stellt für China wie für andere autoritäre Regime eine notorische Herausforderung dar. Auf die Konsensbeschaffung durch demokratische Wahlen oder durch die Einführung konsultativer und partizipativer Elemente kann nur bedingt zurückgegriffen werden, auch wenn diese Elemente im öffentlichen Diskurs eine keineswegs unwichtige Rolle spielen. Die Alternative einer Massenmobilisierung durch ideologische Kampagnen hat ihre frühere Wirksamkeit verloren, während nationalistische Formen der Mobilisierung die latente Gefahr regimekritischer Umdeutungen bergen und daher im chinesischen Elitendiskurs als zweischneidiges Schwert gelten.¹⁰ Somit besteht eine strukturelle Legitimationslücke im Bereich öffentlicher Konsensbezeugung, die im nationalen Rahmen nur schwer zu schließen ist. Das Parteiregime ist daher in wachsendem Maße auf externe Anerkennung angewiesen, die es im internationalen Rahmen zu mobilisieren und in die nationale Öffentlichkeit hereinzuspiegeln sucht.

Eine direkte Form der Hereinspiegelung externer Anerkennung ist etwa die Übersetzung internationaler Politiker-, Experten- und Pressestimmen, die sich positiv über Chinas Rolle in der Welt äußern. Die Beijing Review etwa führt auf



UNSERE AUTORIN

Dr. Heike Holbig ist wissenschaftliche Referentin für die Politik Chinas am GIGA German Institute of Global and Area Studies in Hamburg und Mitherausgeberin der Vierteljahresschrift *Journal of Current Chinese Affairs*. Sie studierte Sinologie, Volkswirtschaftslehre und Europawissenschaften in Erlangen, Beijing, Heidelberg und Berlin. Ihre aktuellen Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen politischer Legitimität sowie institutioneller und ideologischer Anpassungsprozesse im gegenwärtigen China.

Seite 3 gegenüber dem Editorial eine in Rot besonders hervorgehobene wöchentliche Rubrik mit Zitaten aus aller Welt. Wiedergegeben werden darin entweder chinesische Stimmen zu globalen Fragen oder Stellungnahmen ausländischer Prominenter, Politiker und Experten zu internationalen Themen, die für China von besonderem Belang sind – und dabei natürlich explizit oder zumindest implizit die jeweilige chinesische Position unterstützen. Zitiert werden im Beobachtungszeitraum vorzugsweise die Präsidenten internationaler Organisationen (UN, Weltbank, Internationaler Währungsfonds/IWF, etc.), politische Vertreter westlicher (zahlenmäßig allen voran der USA), aber auch anderer Staaten (bevorzugt Russlands, Brasiliens und verschiedener arabischer Staaten), Nobelpreisträger und Experten aller Art. Betont werden allseits die aktive internationale Rolle Chinas und sein wichtiger Beitrag zur Überwindung der Krise. Im September 2009 war in heimischen Medien der Beitrag eines China-Experten aus Singapur zu lesen: „Von der Asienkrise bis zur aktuellen globalen Finanzkrise haben die Kompetenz und Effizienz, die das chinesische Modell bei der Krisenbewältigung bewiesen hat, dazu geführt, dass sich eine wachsende Zahl von Menschen mit diesem Modell identifiziert.“¹¹ Daneben lassen sich aber auch zahlreiche indirekte Formen finden, wie etwa die Aufstellung internationaler Länder-„Rankings“ und die Selbstpositionierung darin. In der chinesischen Hierarchisierung „nationaler Stärke“ rangieren die USA unumstritten an erster Stelle, mittlerweile eng gefolgt von den international angesagten „BRICs“ (Brasilien, Russland, Indien und China), wobei China sich hier klar als Primus inter pares begreift. Der dritte relevante Vergleichshorizont ist schließlich die asiatische Region selbst, wo China sich anschickt, durch verstärktes Engagement bei der Krisenbewältigung die regionale Wortführerschaft zu übernehmen. Seit Anfang 2009 werden die asiatischen Nachbarn zudem als Partner in der Verfolgung eines chinesischen Langfristziels hofiert, nämlich der internationalen Verbreitung des Renminbi, zunächst als Transaktionswährung und später auch als Reservewährung neben dem US-Dollar. So weit entfernt dieses Ziel aus heutiger Sicht erscheinen mag, entfaltet die Projektion des Renminbi als international anerkannter Währung – und der symbolisch damit verbundenen weltweiten Anerkennung nationaler Stärke – zumindest nach Innen eine nicht unerhebliche Legitimationswirkung. Insgesamt erscheint die Hereinspiegelung externer Anerkennung so als zunehmend wichtige Kompensati-

onsstrategie, um die notorische Legitimationslücke im Innern zu füllen. Wie zwei eindrückliche Bildgestaltungen im thematischen Kontext der globalen Finanzkrise aus der deutschen Wochenzeitung Die Zeit zeigen, verfehlt gerade die Währungssymbolik auch im westlichen Ausland ihre Wirkung nicht. Während auf dem einen Bild ein zum Papierschiffchen gefalteter Ein-Dollar-Schein im piktorialen Meer einer 20-Renminbi-Note versinkt, tritt auf dem anderen Bild ein chinesischer Geldschein in Gestalt eines stämmigen Boxers gegen seinen US-amerikanischen Gegner (wiederum als Ein-Dollar-Schein) an; im Hintergrund machen sich bereits der russische Rubel, der brasilianische Real und die indische Rupie zum Einsatz bereit.¹² Angesichts der wachsenden Bedeutung der externen Wahrnehmung Chinas für die Legitimierung der Parteiherrschaft im Innern wird aber zugleich nachvollziehbar, welchen „Flurschaden“ internationale Kritik an China in der nationalen Wahrnehmung anrichten kann. Entsprechend der aufgezeigten Projektionslogik wird internationale Kritik, gleich von wem, in welcher Form und mit welcher Intention geäußert, als gezielt „subversiver“ Dissens und damit als aktiver Entzug des öffentlich manifesten externen Konsens gedeutet, auf den das Parteiregime baut, gegen den es mit den im nationalen Rahmen verfügbaren Gegenstrategien andererseits nur bedingt etwas auszurichten vermag – eine Deutung, die durch scharfe chinesische Repliken auf wahrgenommene Kritik aus dem Ausland immer wieder illustriert wird.

ANMERKUNGEN

1 Das erste, nur längerfristig wandelbare Legitimitätskriterium der Legalität (Ebene I) wurde hier angesichts des kurzen empirischen Beobachtungszeitraums im Kontext der globalen Finanzkrise nicht berücksichtigt.

2 Der Begriff der „Strategie“ soll dabei allerdings nicht unterstellen, dass jeweils klar identifizierbare strategische Akteure am Werk seien. Vielmehr ist der Begriff im Sinn diskursiver Strategien zu verstehen, etwa mit Martin Nonhoff, der damit „eine bestimmte Form des Arrangierens (...) von diskursiven Elementen im Zeitverlauf“ versteht; siehe Nonhoff, Martin (2007): Politische Diskursanalyse als Hegemonialanalyse. In: ders. (Hrsg.): Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Bielefeld (Transkript), S. 173–194.

3 Für die Analyse interner Legitimationsstrategien wurde vorrangig die Inlandsausgabe der Renmin Ribao (RMRB, People's Daily) zugrunde gelegt, die als Sprachrohr des parteistaatlichen Propagandaapparats die offiziell verbindliche Deutung aktueller Ereignisse vorgibt, und die unter den chinesischen Tageszeitungen zugleich die höchste Auflage hat. Ergänzt wurde die Analyse durch das monatlich von der Zentralen Parteschule der KPCh herausgegebene Journal Zhongguo Dangzheng Ganbu Luntan (ZDGL, Chinese Cadres Tribune), in dem innerhalb der

DIE FINANZKRISE IN CHINA: AUSWIRKUNGEN AUF DIE LEGITIMITÄT DER PARTEIHERRSCHAFT

internen Öffentlichkeit politischer und intellektueller Eliten Expertenmeinungen zu aktuellen Problemen ausgetauscht werden und eine durchaus offene Diskussion kritischer Themen erfolgt. Die Gegenüberstellung der beiden Quellen erleichtert es, den strategischen Charakter massenmedialer Inszenierungen vor dem Hintergrund politischer Debatten innerhalb parteistaatlicher und akademischer Eliten auszuloten. Zur Analyse externer Legitimationsstrategien wurden (neben den genannten Quellen) wichtige Reden chinesischer Politiker im Ausland verwendet, die in der Regel dem englischsprachigen Nachrichtenservice der Xinhua-Nachrichtenagentur zu entnehmen sind; außerdem die Berichterstattung der wöchentlich in englischer Sprache erscheinenden Zeitschrift Beijing Review (BR), die die nach außen gerichtete offizielle Stimme der Volksrepublik wiedergibt. Daneben wurden punktuell andere on- und offline verfügbare Ausschnitte der Tagespresse hinzugezogen, sofern diese in der nationalen oder internationalen Wahrnehmung von besonderer Bedeutung waren.

4 BR, 30. April 2009.

5 BR, 20. August 2009.

6 Chinesisch: „Zuguo, weiran yili zai shijie Dongfang“; Xinhua, 1. Oktober 2009; RMRB, 2. Oktober 2009. Das Zitat entstammt weitgehend wortgleich der bekannten Abhandlung „Über das neue Staatsvolk“ (Xinmin shuo) von Liang Qichao aus dem Jahr 1902, die für die Rezeption des westlichen, über Japan nach Asien „übersetzten“ Nationalstaatsgedankens in China prägend war.

7 ZDGL, Mai 2009, S. 35.

8 ZDGL, Mai 2009, S. 35–37.

9 RMRB, 3. Februar 2009. In der englischen Fassung des Interviews wurde diese Aussage interessanterweise verkürzt wiedergegeben: „I am ready to be open and sincere“; Financial Times, 2. Februar 2009.

10 Vgl. Gilley, Bruce/Holbig, Heike: The debate on party legitimacy in China: A mixed quantitative/qualitative analysis. In: Journal of Contemporary China, No. 18, 59 (March), S. 339–358.

11 Zhongguo Gongchandang Xinwenwang, 9.9.2009; Unter: <http://theory.people.com.cn/GB/10019447>

12 Die Zeit, 25. September 2008, 30. Juli 2009.

Autoritäre Regime in Südostasien: Persistenz und Wandel von Militärregimen

Marco Bunte

Südostasien ist ein „Flickenteppich“ politischer Herrschaft. Hier findet sich gegenwärtig – neben jungen Demokratien und hybriden Regimen – die ganze Bandbreite autoritärer Herrschaftsformen. Das breite Spektrum der politischen Systeme verschleiert jedoch den großen Einfluss des Militärs auf die Politik. Deutlich werden dieser Einfluss und diese Spielart autoritärer Herrschaft, wenn man einzelne Staaten der Region im historischen Längsschnitt betrachtet. Wenngleich reine Militärdiktaturen von der Weltkarte nahezu verschwunden sind, agiert das Militär in mehreren Staaten Südasiens im Hintergrund und kontrolliert aufgrund einer Form von Machtteilung die zivile Regierung. Obwohl in ehemaligen Militärregimen heute mehr oder weniger demokratische Wahlen stattfinden, lassen die Schwäche der Parteien und zivilen Institutionen dem Militär einen großen Spielraum zur Beeinflussung der Politik. Marco Bunte analysiert in exemplarischen Länderstudien die unterschiedlichen Formen, Funktionen und Entwicklungsdynamiken militärischer Herrschaft in Südostasien. In einem historischen Längsschnitt werden Stabilität und Wandel der Militärregime in Myanmar, in Thailand, auf den Philippinen und in Indonesien erörtert. Die Entwicklung dieser Länder illustriert das Zusammenspiel von institutionalisierter Herrschaft des Militärs, von Repression und Beharrlichkeit autoritärer Herrschaft.

Einleitung

Südostasien ist heute weniger demokratisch als Lateinamerika, aber deutlich liberaler als der Nahe Osten. In den elf Staaten der Region finden sich vier Demokratien: Indonesien wurde 1999 demokratisch, die Philippinen 1986 und Thailand 1992, wobei der Militärputsch im September 2006 bereits auf die Instabilität der thailändischen Demokratie und die anhaltend hohe Rolle des Militärs hinweist. Der 2002 ins Leben gerufene Staat Osttimor ist zwar demokratisch, aber politisch sehr instabil. Darüber hinaus finden sich eine Reihe von elektoral-autoritären Regimen (Malaysia, Singapur, Kambodscha). In diesen Staaten finden zwar Wahlen statt,

diese sind jedoch nur eingeschränkt kompetitiv und werden meist von dominanten Parteien gewonnen. Darüber hinaus finden sich Einparteiendiktaturen in Vietnam und Laos, ein dynastisch-autoritäres Regime in Brunei sowie eine Militärdiktatur in Myanmar. Dieses sehr breite Spektrum politischer Regime verschleiert den großen Einfluss des Militärs auf die Politik in der Region. Deutlicher wird dieser, wenn man die Region im historischen Längsschnitt betrachtet. Neben dem Militärregime in Myanmar (1962–1988; 1988–heute) herrschten die Streitkräfte über längere Zeit auch in Thailand (1932–1973; 1976–1992), in den Philippinen (1972–1986) und in Indonesien (1965–1998). Die Dauer und Institutionalisierung militärischer Herrschaft variiert beträchtlich. Während die Streitkräfte in den Philippinen „nur“ 14 Jahre an der Macht waren, verfügte das Militärregime in Indonesien mit 33 Jahren über eine mehr als doppelt so lange Lebensdauer. In Thailand und Myanmar waren Militärs sogar über 45 Jahre an der Macht. Im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen stehen Fragen der Stabilität und des Wandels von Militärregimen in Südostasien.

Formen, Funktionen und Entwicklungsdynamiken militärischer Herrschaft

Militärregime als Spielart autoritärer Herrschaft

Militärregime sind eine Form der autoritären Herrschaft, in der die Streitkräfte als Institution Träger der Herrschaftsgewalt sind. Sie sind an der Ausübung von Herrschaft dauerhaft beteiligt. Hierbei kann man zwischen reinen Militärregimen oder indirekten Militärregimen (Quasi-Militärregimen) unterscheiden: In reinen Militärregimen sitzen Militärs direkt an den Schalthebeln der Macht und besetzen zahlreiche Ämter in Regierung und Verwaltung. In indirekten Militärregimen agiert das Militär im Hintergrund und kontrolliert die zivile Regierung. Durch die Anwendung von Gewalt, die „Macht der Gewehrläufe“, kann das Militär politische Entscheidungen in seinem Sinne beeinflussen oder erzwingen. Dies kann entweder im Verbund mit der Bürokratie in sogenann-

ten bürokratisch-militärischen Regimen oder unter der Leitung eines militärischen Führers erfolgen. Im Laufe der Zeit degenerieren militärische Führerregime häufig zu personalistischen oder im Extremfall sultanistischen Regimen. Diese zeichnen sich durch eine große Bedeutung persönlicher Beziehungsnetzwerke aus, die die autoritäre Herrschaft absichern.

Reine Militärregime sind in den letzten drei Jahrzehnten von der Weltkarte nahezu verschwunden. Noch 1979 gab es 14 Militärregime im subsaharischen Afrika, neun in Lateinamerika, fünf in den arabischen Staaten und in Nordafrika und sechs in Ost- und Südostasien. Während heute die Militärregime Lateinamerikas vollständig von der Bildfläche verschwunden sind, haben in anderen Regionen Militärs eine neue Rolle eingenommen. Im Nahen Osten ist die Militärherrschaft stärker personalisierten Formen autoritärer Herrschaft gewichen. In allen übrigen Weltregionen müssen Militärs die Macht mit Zivilisten teilen. In Asien regiert das Militär selbst nur noch in Myanmar. In Bangladesch, Indonesien, Pakistan, Philippinen, Südkorea und Thailand haben Militärs eine Form der Machtteilung mit zivilen Politikern gefunden. Selbst nach erfolgreichen Staatsstreichern beeilen sich die Militärs heute häufig, Wahlen anzukündigen und die Regierungsmacht an Zivilisten zu übergeben. Militärputsche wie im September 2006 in Thailand sind deutlich seltener geworden. Samuel Finer hat bereits 1962 darauf verwiesen, dass dem Militär eine ganze Reihe von Mechanismen zur Beeinflussung der Politik offen steht, deren gemeinsame Quelle die Verfügung des Militärs über die Waffengewalt ist.¹ In vielen (ehemaligen) Militärregierungen finden heute mehr oder weniger demokratische Wahlen statt. Die Schwäche von Parteien und zivilen Institutionen lässt den Streitkräften jedoch einen erheblichen Spielraum zur Beeinflussung der Politik. Darüber hinaus haben postautoritäre Regime häufig Probleme bei der zivilen Kontrolle der Streitkräfte. Diese verfügen über erheblichen Einfluss bei der Politikgestaltung in zentralen Politikfeldern, bei der inneren Sicherheit, der Landesverteidigung und der politischen Rekrutierung. Während in liberalen Demokratien die zivile Kontrolle über das

Militär bei den gewählten Politikern liegt, ist in vielen postautoritären Staaten die zivile Kontrolle über die Streitkräfte nur eingeschränkt vorhanden. Das Militär ist häufig in Kabinetten und Parlamenten repräsentiert, es verfügt über Vetomacht in einigen Politikbereichen, beeinflusst Wahlen und hat auch bei der Regierungsbildung ein Mitspracherecht. Der Prozess der Herstellung ziviler Kontrolle umfasst zwei Komponenten: Erstens, den unmittelbaren Rückzug des Militärs von der Herrschaftsausübung. Zweitens, die Unterordnung des Militärs unter die zivile Herrschaft, die Beseitigung von Son-

derbefugnissen und die Auflösung reservierter Politikdomänen der Streitkräfte.² Die Folgen jeglicher Form militärischer Intervention für die postautokratische Phase liegen auf der Hand. Die Schwächung ziviler Institutionen, anhaltende politische und wirtschaftliche Instabilität und die wachsende Gefahr eines langfristigen Abgleitens in autoritäre Herrschaft. Die Gründe für die Intervention des Militärs sind vielfältig: In Anlehnung an Finers Differenzierung von gesellschaftlichen Gelegenheitsstrukturen einerseits sowie der Disposition des Militärs andererseits können für die militärische Intervention militär-

interne Gründe wie bestimmte Organisationsmerkmale und Ideologien sowie exogene Gründe genannt werden.³ Zu letzteren zählen häufig soziale und politische Gegensätze und Wirtschaftskrisen.

Funktionen militärischer Herrschaft

In den meisten außereuropäischen Regionen haben sich Militärs selten auf ihre idealtypische und eigentliche Funktion, nämlich die Wahrung der äußeren und inneren Sicherheit eines Staates, reduzieren lassen. Sie haben stattdessen weitere Funktionen übernommen, die den Entwicklungsprozess der außereuropäischen Länder nachhaltig beeinflusst haben. Zu nennen sind hier vier Aufgaben:⁴ Erstens, das Militär ist häufig Träger von Modernisierungsprozessen. Das Militär verfolgt ein eigenes politisches Projekt, das darauf abzielt, das Land in eine bestimmte Richtung zu entwickeln. Häufig werden daraus eine Institutionalisierung der Rolle des Militärs in der Politik und auch die Unterdrückung bestimmter sozialer Gruppen abgeleitet. Zweitens, die Streitkräfte können auch die Rolle des Schiedsrichters zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen beanspruchen. Häufig greifen sie deshalb bei Auseinandersetzungen zwischen Elite und Mittelschicht oder Arbeiterschaft ein, um die Herrschaft der Staatselite zu stabilisieren. Drittens, können Militärs auch die Rolle des „Wächters“ über das politische System spielen. Das klassische Beispiel ist die Türkei, deren nationalistisches Militär den laizistischen Staat und das Erbe Atatürks schützt. Insgesamt muss davon ausgegangen werden, dass unpolitische, professionelle Streitkräfte nach dem Vorbild Europas nicht der Ausgangspunkt der Entwicklung, sondern das Ergebnis eines komplexen gesellschaftlichen Wandlungsproduktes sind. Das Modell eines professionellen Militärs entwickelte sich unter den speziellen politischen und sozialen Bedingungen Europas und ist damit historisch determiniert. In vielen Gesellschaften Afrikas, Asiens und des Nahen Ostens werden professionelle Streitkräfte nur langsam als universelles Ziel akzeptiert.

Entwicklungsdynamiken: Wandel und Stabilität

Nach den jüngsten Erkenntnissen gelten reine Militärregime als chronisch instabil. Sie weisen eine durchschnittlich kürzere Lebenserwartung auf als perso-

**Aus urheberrechtlichen Gründen
kann dieses Bild in der Online-Version
nicht angezeigt werden.**

Das Militärregime in Myanmar (Birma) gilt als das am längsten regierende Militärregime der Welt. Die Herrschaft des Militärjuntachefs Than Swe, der zum Zeitpunkt der Aufnahme (27.3.2009) die zugelassenen Parteien vor den anstehenden Wahlen zu Toleranz ermahnt, scheint unumstritten zu sein.

picture alliance/dpa

nalistische Regime, die wiederum tendenziell weniger lange überleben als Einparteienregime. Barbara Geddes⁵ hat auf Basis ihrer Datensammlung von 1972 bis 2003 errechnet, dass Militärregime im Durchschnitt gut elf Jahre Bestand haben, Einparteienregime weisen mit knapp 18 Jahren eine höhere Lebensdauer auf. Die durchschnittlich höchste Lebensdauer haben jedoch Monarchien mit gut 25 Jahren. Geddes begründet die geringere durchschnittliche Lebensdauer von Militärregimen damit, dass sie zur Aufspaltung in verschiedene militärische Faktionen neigten und so den Keim der Desintegration bereits in sich trügen.

Der Untergang der Militärregime in Lateinamerika folgte folgendem Muster: üblicherweise begann die Auflösung des Militärregimes mit der Aufspaltung des Militärs in Hard- und Softliner.⁶ Unterschiedliche Interessen in politischen oder in wirtschaftspolitischen Fragen führten zur Uneinigkeit über den zukünftigen Kurs des Militärregimes. Die Softliner innerhalb des Militärs handelten schließlich Pakte mit Teilen der moderaten Opposition aus und leiteten den Übergang vom autoritären System zur Demokratie ein. Diese Pakte sahen häufig Abkommen über die Zukunft des politischen Systems und eine politische Amnestie für Entscheidungsträger vor. Die jüngste Forschung zu autoritären Regimen hat jedoch auch darauf aufmerksam gemacht, dass Militärregime dauerhafter sind, wenn sie es schaffen, institutionelle Kanäle zur Gesellschaft in Form von Massenparteien, Wahlen und Parlamenten aufzubauen.⁷ Semikompetitive Wahlen können somit auch in Militärregimen eine herrschaftsstabilisierende Rolle spielen. Sie bieten eine Möglichkeit zur Kooptation der Opposition, da dieser Zugang zur Legislative und beschränkter Einfluss auf die Politik geboten wird. Sie ermöglichen nicht nur eine kontrollierte Äußerung von Dissens, sondern können auch genutzt werden, die Opposition auseinander zu dividieren und zu schwächen.⁸

Die unterschiedliche Langlebigkeit und Stabilität der jeweiligen Militärregime erklärt sich folglich aus drei Faktoren: der historischen Rolle und dem Selbstverständnis des Militärs. Seiner Einheitlichkeit und dem Institutionalisierungsgrad seiner Herrschaft, bzw. der Form des Militärregimes und dem Grad der Repression, den das Militär zur Unterdrückung von Protestbewegungen angewendet hat, oder anders gesagt: dem Freiraum, der der Zivilgesellschaft vom autoritären Regime gewährt wurde. Nach der Demokratisierung war außerdem das Verhalten ziviler Politiker maßgeblich für die Akzeptanz der demokratischen Spielregeln durch das Mi-

litär. Am Beispiel der Militärregime Südostasiens lässt sich dieses Zusammenspiel von institutionalisierter Herrschaft des Militärs, Repression und Persistenz der autoritären Herrschaft illustrieren.

Die Philippinen unter Ferdinand Marcos (1972–1986)

Anders als in den übrigen Staaten Südostasiens spielten die philippinischen Streitkräfte keine Rolle bei der Erlangung der Unabhängigkeit. Bis 1972 hatten sie auch nie die Regierungsgewalt inne. Das nach dem amerikanischen Vorbild errichtete politische System sah auch eine zivile Regierungskontrolle über die Streitkräfte vor. Durch den „auto golpe“ (d.h. Coup gegen sich

selbst) des 1965 demokratisch gewählten Staatspräsidenten änderte sich schließlich die Bedeutung der Streitkräfte drastisch. Mit der Ausrufung des Kriegsrechts und dem Verbot politischer Parteien wurde 1972 ein Militärregime etabliert, das sehr stark auf die Person von Ferdinand Marcos zugeschnitten war. Marcos besetzte alle staatlichen Institutionen mit Mitgliedern seiner Familie und seinen Cronies (Kumpanen). Seine Gefolgsleute wurden auch im Militär hofiert, das darauf Juniorpartner in dem sultanistischen System wurde. Die Streitkräfte wurden modernisiert und vergrößert – von ca. 62.000 bei Amtsantritt auf 156.000 (1986). Die Streitkräfte bildeten einen integralen Bestandteil der Herrschaftskoalition. Sie wirkten an der Unterdrü-

Aus urheberrechtlichen Gründen
kann dieses Bild in der Online-Version
nicht angezeigt werden.

ckung der Opposition und Manipulation der Wahlen mit. Ferdinand Marcos versuchte anfänglich zwar noch, seine Herrschaft durch die Schaffung einer eigenen Partei und nationalen Ideologie abzusichern und zu legitimieren. Aber weder der Partei KBL noch der Ideologie kam eine wirkliche Bedeutung im sultanistischen Regime zu, das im Wesentlichen von Marcos selber und seinen Verwandten dominiert wurde. Die Herrschaftsausübung diente vor allem der Befriedigung materieller Interessen des Herrschers sowie seiner Clique, ohne die patrimoniale Struktur der philippinischen Sozialordnung, die soziale und wirtschaftlichen Stellung der alten Oligarchie oder die geringe Durchdringung durch den schwachen Staat grundlegend zu beeinträchtigen.

Aufgrund der mangelnden Institutionalisierung des Marcos-Regimes waren vor allem repressive Maßnahmen gegen die Gegner notwendig. Bis zum Jahre 1977 wurden 60.000 Menschen verhaftet, die jedoch bis Ende des Jahrzehnts wieder frei kamen. Hierbei handelte es sich in erster Linie um Regimegegner, wie Abgeordnete der Opposition, Anführer von Gewerkschaften und der Studentenschaft.⁹ Nach der Konsolidierung seiner Macht Mitte der 1970er Jahre lockerte Marcos die Repressivität seines Regimes und beantwortete aufkeimende Kritik nicht mehr mit der Anwendung von Gewalt. Vielmehr hielt er die Opposition in Schach, in dem er ihre klientelistischen Netzwerke kontrollierte und ihr somit die Fähigkeiten nahm, Anhänger zu mobilisieren. Die 1978 durchgeführten Parla-

AUTORITÄRE REGIME IN SÜDOSTASIEN: PERSISTENZ UND WANDEL VON MILITÄRREGIMEN

mentswahlen dienten Marcos vor allem zur Besserung seines Images im Ausland. Massive Behinderung der Kandidaten beim Wahlkampf und gefälschte Ergebnisse führten zum erwarteten Ergebnis. Die Opposition erzielte jedoch in jenen Regionen beachtliche Ergebnisse, in denen Marcos Cronies die Organisation der Opposition nicht verhindern konnten.¹⁰

Im Zuge einer schweren Wirtschaftskrise im Laufe der 1980er Jahre, zunehmender Cliquenwirtschaft und Korruption sowie wachsender secessionistischer Gewalt im Süden der Philippinen geriet das Marcos-Regime Mitte der 1980er Jahre in eine tiefe Vertrauenskrise.

In dieser Schwächeperiode des autoritären Regimes entstanden nun immer mehr Menschenrechts- und Bürgerrechtsgruppen, die das diktatorische Regime offen herausforderten. Bei den Wahlen 1986 stand Marcos eine geschlossene Opposition gegenüber, die von der Witwe des 1983 ermordeten Oppositionsführers Benigno Aquino angeführt wurde. Ihr gelang es, die unterschiedlichen Kräfte der Opposition zu bündeln. Als schließlich Einheiten des Militärs gegen den autoritären Herrscher putschten und die USA daraufhin Ferdinand Marcos ihre Unterstützung versagten, floh der Präsident ins Exil nach Hawaii und Oppositionsführerin Corazon Aquino wurde neue Präsidentin. Das militärische Regime war zusammengebrochen, die Redemokratisierung wurde eingeleitet.

Wesentlich für den Zusammenbruch des Marcos-Regimes ist die Unfähigkeit, seine Herrschaft stärker zu institutionalisieren und auch parteipolitisch abzusichern. Stattdessen nutzte Marcos lediglich das Militär als Herrschaftsinstrument. Diese Politisierung der Streitkräfte wirkt sich noch bis heute aus. Die fehlende Einheitlichkeit und Faktionalisierung hat dazu geführt, dass das Militär gegen die Marcos Nachfolgerin Aquino sieben Mal putschte. Zuletzt kam es 2003 und 2005 zu Putschversuchen, die jedoch scheiterten. Die Unterstützung der Streitkräfte ist damit in den Philippinen zum Machtfaktor geworden, der für die Stabilität des politischen Systems unabdingbar ist.

Aufstieg und Fall der Neuen Ordnung in Indonesien (1965–1998)

Anders als Ferdinand Marcos gelang es dem indonesischen Präsidenten Suharto ein sehr gut institutionalisiertes auto-

Aus urheberrechtlichen Gründen
kann dieses Bild in der Online-Version
nicht angezeigt werden.

In dieser gespenstisch anmutenden Aufnahme küsst Imelda Marcos den in Batac (Nordphilippinen) aufgestellten Schrein mit dem konservierten Körper ihres verstorbenen Mannes Ferdinand Marcos. Die Herrschaftsausübung (1972–1986) Ferdinand Marcos diente vor allem der Befriedigung materieller Interessen des Herrschers sowie seiner Clique.

picture alliance/dpa

ritäres Regime aufzubauen, das als Rückgrat die Armee hatte und sich gleichzeitig auf eine hegemoniale Partei stützte. Die Neue Ordnung (1965–1998) lässt sich als militärisch dominiertes Modernisierungsregime bezeichnen, das zumindest in der Endphase sehr stark von der Person Suharto geprägt wurde. Innenpolitisch diente dem Militär unter General Suharto der vermeintliche Putschversuch von Kommunisten im Jahre 1965 als Vorwand der Machtergreifung.¹¹ Zu den wichtigsten institutionellen Merkmalen der Neuen Ordnung zählten ein hegemoniales Dreiparteiensystem, das von der Regimepartei Golkar dominiert wurde, ein strenger Zentralismus der Verwaltung in einem ethnisch und religiös heterogenen Herrschaftsgebilde mit starken regionalen sowie sozioökonomischen Unterschieden. Die Herrschaft wurde durch einen starken Nationalismus, einen ausgeprägten Antikommunismus und die Doktrin der Doppelfunktion der Streitkräfte (*dwifungsi*), die der Armee eine dezidiert politische und ökonomische Rolle bei der Modernisierung der Nation zuwies.¹² Die Streitkräfte nahmen in allen staatlichen Bereichen Funktionen ein: 1973 waren 34 Prozent der Minister in Suhartos Kabinett Militärs, 70 Prozent der Gouverneure und 44 Prozent der Botschafter.¹³ Darüber hinaus kam es zu einer Entpolitisierung der Bevölkerung, um in einem stabilen politischen System ohne den störenden Einfluss angeblich korumpierter Parteien eine von oben geplante Modernisierung voranzutreiben. Erst Anfang der 1970er Jahre fanden semi-kompetitive Wahlen statt, bei denen Golkar aufgrund ihres hohen Organisationsgrades und der ihr zur Verfügung stehenden Mittel einen uneinholbaren Vorsprung gegenüber den anderen Parteien hatte. Trotzdem boten die Wahlkämpfe Regierungsgegnern die Möglichkeit, ihre Unzufriedenheit mit dem Regime zu zeigen. Die Stimmengewinne für die Oppositionsparteien (auf zentralstaatlicher, Provinz- und Distriktebene) zeigten der Regimekoalition außerdem regionale und lokale Unzufriedenheiten an. Gleichwohl gelang es der Regimekoalition meistens, ihre Kandidaten durchzubringen. Während die loyale Opposition – also die im Parlament vertretenen Parteien oder liebsame Journalisten – geduldet wurde, verfolgte das Suharto-Regime seine Gegner rigoros. Dies waren zu Beginn der Neuen Ordnung vor allem Kommunisten: im Massaker von 1966 wurden 500.000 bis eine Million Menschen getötet. Das Suharto-Regime ging auch gegen Studenten vor, die 1974 gegen die Regierung protestierten, oder gegen orthodoxe Muslime,

die gegen eine angebliche Christianisierung demonstrierten. Die Armee ging mit militärischer Gewalt gegen secessionistische Gruppen vor, die die Einheit des Nationalstaates bedrohten. So kam es zu einer Reihe von bislang ungesühnten Menschenrechtsverletzungen in Aceh, Westpapua und Osttimor. Insgesamt erhöhten sich im Laufe der drei Jahrzehnte der Einfluss und die Macht Suhartos. Während er anfänglich eng mit den Generälen seiner Generation zusammenarbeitete, ging er dazu über, nahezu sämtliche Entscheidungsbefugnisse an sich zu ziehen. Er besetzte fast alle wichtigen Positionen in der Verwaltung, im Militär, in der Regierungspartei Golkar, im Kabinett und in den Staatsbetrieben mit ihm loyalen Personen. Er und seine Familie häuften einen immensen Reichtum an, der im Wesentlichen auf den Abschöpfungen von der klientelistisch angebundenen (chinesischen) Unternehmerschaft basierte. Suharto balancierte so die verschiedenen Machtgruppen, die durch zahlreiche Abhängigkeitsverhältnisse miteinander verbunden waren, gegenseitig aus. Auf allen staatlichen Ebenen arbeitete die Regimekoalition von Militär, Beamtenschaft und Staatspartei Golkar zusammen.

Die Demokratisierung kam erst nach der Asienkrise 1997, die die Legitimitätsgrundlage des Suharto-Regimes völlig zerstört hatte. Indonesien musste infolge der Finanzkrise die Hilfe des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank annehmen, die daraufhin Strukturreformen in Wirtschaft und Staat vorschrieben. Dies führte zur Interessenkollision zwischen den internationalen Gebern, die sich für ein transparentes Rechtssystem und die Bekämpfung der Vetternwirtschaft und Korruption einsetzten, und den dominanten Gruppen des Regimes, die an Strukturreformen nicht interessiert waren. Suharto verschleppte die Reformen und die Wirtschaftslage verschlechterte sich immer mehr. Zu Beginn des Jahres 1998 gab es bereits in zahlreichen Städten Indonesiens Proteste von Studenten, die sich bis Mai 1998 ausweiteten. Nachdem sowohl das Militär als auch die Regimepartei Golkar von Suharto abgerückt waren, übergab dieser im Mai 1998 die Präsidentschaft an den vorher bestimmten Nachfolger Habibibe, der die Demokratisierung des politischen Systems einleitete. Mit den Wahlen 1999 übersprang Indonesien die Schwelle vom Autoritarismus zur Demokratie.

In den nach 1999 gewählten Parlamenten blieb eine große Anzahl von Sitzen für Militärs reserviert. Zwar geriet das Militär unter Druck der protestierenden Studenten, sich zu reformieren. Die Dok-

trin der Doppelfunktion wurde aufgegeben, und unter dem ersten gewählten Präsidenten Wahid (1999–2001) wurde auch ein Zivilist zum Verteidigungsminister ernannt. Unter Megawati nahm der Einfluss des Militärs jedoch wieder zu. Mit dem 2004 gewählten Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono wurde ein Ex-Militär Präsident. Insgesamt blieb das Militär in der demokratischen Phase außerhalb der Kontrollmöglichkeiten der demokratisch gewählten Regierungen. Insbesondere die parallel zur Staatsstruktur verlaufende Territorialorganisation des Militärs und die zahlreichen Schattenhaushalte machten aus der Armee einen weiterhin einflussreichen Akteur.¹⁴ Mit der Verbannung aus den Parlamenten wurde sein Einfluss zwar noch einmal reduziert, insgesamt konnte sich das Militär aber Privilegien sichern, als Vetoakteur auftreten und seine Interessen innerhalb des demokratischen Systems durchsetzen. Schwächen bei der Rechtsstaatlichkeit führten darüber hinaus dazu, dass das Militär für seine Gewalttaten unter der Neuen Ordnung nicht zur Rechenschaft gezogen wurde. Weder die Familie Suhartos, die über Jahre hinweg immense Reichtümer angesammelt hatte, noch die Cronies Suhartos wurden verurteilt.

Thailands Militärregime im Wandel

Das thailändische Militär war über weite Strecken der modernen Geschichte neben der Bürokratie die politische dominante Kraft. Seit dem Übergang zur konstitutionellen Monarchie (1932) wechselten sich unterschiedliche bürokratisch-militärische Regime bei der Machtausübung ab. Das als *bureaucratic polity*¹⁵ bezeichnete Herrschaftssystem lässt sich durch häufige Machtwechsel rivalisierender militärischer Cliquen und schwache extrabürokratische Kräfte (wie Parteien, Verbände oder soziale Bewegungen) kennzeichnen. Thailand hatte zwischen 1932 und 1992 insgesamt 15 Verfassungen, 16 Militärputsche (neun erfolgreich), und die meiste Zeit hielten Militärs die Macht inne. Gleichwohl gab es auch Phasen ziviler Herrschaft (1944–1946; 1973–1976). Der Repressionsgrad der Herrschaftsausübung war insgesamt gering. Das Selbstverständnis und die Herrschaftslegitimität bezog das thailändische Militär aus seiner Rolle bei der Verteidigung der Unabhängigkeit des Landes – Thailand ist der einzige Staat Südostasiens, der nicht kolonisiert wurde. Hinzu kam die Berufung auf Ziele nationaler Entwicklung (Modernisierung). Anders als in Indonesien oder Myanmar benötigten die Streitkräfte jedoch keine formulierte Ideologie zur

Festigung der Herrschaft. Dagegen genügte die enge Bindung zur thailändischen Staatsideologie von Nation, Religion und Königtum, um ein politisches Eingreifen des Militärs zu legitimieren. Hinzu kam in den 1960er und 1970er Jahren der Kampf gegen kommunistische Rebellen im Innern, der von den USA durch technologische und finanzielle Hilfe unterstützt wurde. Die Unterstützung Washingtons umfasste zwischen 1950 und 1971 jährlich 46 Millionen US-Dollar und trug wesentlich zur Modernisierung und Vergrößerung der thailändischen Streitkräfte bei.

Der langfristige ökonomische und soziale Wandel erschütterte jedoch das politische System nachhaltig. Nachdem die Militärführer eine Ende der 1960er Jahre eingeleitete Öffnung zunächst mit einem Putsch gegen sich selbst beendeten, wurden sie im Oktober 1973 in einer von der Bevölkerung Bangkoks mitgetragenen Studentenrevolte gestürzt. Die dreijährige demokratische Phase, die durch Instabilität und Polarisierung zwischen marxistischen und konservativen Elementen geprägt war, wurde jedoch durch den Putsch des Militärs im Oktober 1976 erneut beendet. Gleichzeitig verlor das Militär im Laufe der 1970er und 1980er Jahre zunehmend seine Geschlossenheit, die die Armee noch in den 1950er und 1960er Jahren hatte zur dominierenden Kraft werden lassen. Dies führte zu einer langsamen Liberalisierung des Militärregimes, das von den meisten Autoren als Semi-Demokratie unter der Führung des Militärs bezeichnet wird.¹⁶ Dies lässt sich wie folgt kennzeichnen: eine starke Exekutive mit einem starken Premier an der Spitze, in den 1980er Jahren meist ein Ex-Militär, kontrollierte den politischen Entscheidungsprozess. Das in freien Wahlen (1983, 1986, 1988) gewählte Repräsentantenhaus musste seine Macht mit einem nicht durch Wahlen legitimierten Senat, in dem vorwiegend Militärs und Bürokraten vertreten waren, teilen. Restriktive Medien-, Parteien- und Vereinigungsgesetze sicherten die Vorrechte des Militärs ab. Gestützt wurde diese Form der Militärherrschaft wiederum vom König, der die politische Herrschaft seit den 1960er Jahren legitimierte. Er schützte den langjährigen Premierminister General Prem vor dem Putsch rivalisierender Militärfaktionen, die eine andere Wirtschaftspolitik einleiten wollten. Insgesamt ging der Einfluss der Streitkräfte in den 1980er Jahren deutlich zurück, der Anteil von Militärs in den Kabinetten reduzierte sich auf ca. 30 Prozent. Diese Phase der Liberalisierung wurde aber durch den Putsch unzufriedener Militärs 1991 um General Suchinda jäh beendet.¹⁷ Nachdem das Militär sich jedoch

erneut an der Macht festsetzen wollte, mussten die Generäle nach Massenprotesten in der Hauptstadt Bangkok im Mai 1992 den Rückzug in die Kasernen antreten.

In den folgenden Jahren lösten sich zahlreiche demokratische Mehrparteienkabinette an der Regierung ab, bevor schließlich im Jahr 1997, auf dem Höhepunkt der thailändischen Währungs- und Finanzkrise, eine neue Verfassung verabschiedet wurde, die von vielen Beobachtern als Zäsur auf dem Weg zu einer reiferen Demokratie bewertet wurde.¹⁸ Als Anzeichen einer fortgeschrittenen Konsolidierung galt neben der bestehenden Meinungs- und Organisationsfreiheit vor allem die Tatsache, dass bis zum Jahr 2005 fünfmal freie Wahlen abgehalten wurden. Die Streitkräfte mussten in dieser Periode einen weiteren Machtverlust und Eingriffe in die korporativinteressen des Militärs hinnehmen, wie beispielsweise Einschnitte im Militärbudget, einer Reduzierung der Repräsentation in Staatsbetrieben und die Umwandlung ihrer ursprünglichen Bastion Senat in ein vollständig gewähltes Gremium.¹⁹

Gleichwohl konnte das Militär auch umfassende institutionelle Neuerungen verhindern: so wurde die zivile Kontrolle über das Militär nur geringfügig verstärkt und das Militär hat nach wie vor wichtige Privilegien inne.²⁰ Trotz des großen öffentlichen Drucks, die militäreigenen Rundfunk- und Fernsehanstalten aufzugeben, konnte die Armee ihr Netz aus Medienanstalten behalten. Das thailändische Militär hat auch weiterhin in einigen Politikbereichen, wie Personalentscheidungen, Ausbildung, Mannschaftsstärke oder Wehrgorganisationen autonome Regelungskompetenzen.

Unter Premierminister Thaksin Shinawatra (2001–2006) kam die Reform der Streitkräfte zum Stillstand. Es setzte außerdem eine erneute Repolitisierung der Streitkräfte ein: Thaksin griff in die Belange des Militärs ein und besetzte die Führungsstellen in der Armee mit ihm nahestehenden Militärs.²¹ Seine „populistische Politik“ führte darüber hinaus zu stärkerer gesellschaftlicher Polarisierung: die Förderung ländlicher Regionen und Privatisierung der Staatsbetriebe brachten ihm Kritik von Seiten der politischen Parteien und städtischen Mittelschicht ein. Er besetzte außerdem unabhängige Staatsorgane, wie das Verfassungsgericht, die Antikorrupsionsbehörde und die Wahlkommission, mit seinen Günstlingen. Die Kontrollbehörden konnten ihre Aufsichtsfunktion genauso wenig wahrnehmen wie das Parlament, das von Thaksins Partei dominiert wurde. Darüber hinaus kam es zu einer Zentralisierung der politischen

Macht in der Exekutive und insbesondere in der Macht des Regierungschefs.²² Eine derart hohe Machtkonzentration bedrohte letztlich auch die Stellung der Monarchie. Der frühere Premierminister und Kronratsvorsitzende Prem mobilisierte daraufhin pro-royalistische Einheiten in der Armee, die einem Putsch gegenüber sehr aufgeschlossen waren. Folglich führten Einheiten der Königlich-Thailändischen Armee am 19. September 2006 erfolgreich einen Staatsstreich gegen die Regierung von Premierminister Thaksin Shinawatra durch.²³ Die Armee übernahm in Form des Rates für Demokratische Reformen (Council for Democratic Reform) die Macht, übergab aber das Amt des Regierungsgeschäfts an einen royalistischen Militär. Dieser führte die Regierungsgeschäfte bis zu den Neuwahlen im Dezember 2007. Das Militär hatte großen Einfluss auf die neue Verfassung und auch auf die Wahlen 2007. Es wirkte hinter den Kulissen an der Regierungsbildung mit und gilt als enger Verbündeter der Regierung. Es ist damit als wichtiger Akteur auf die politische Bühne zurückgekehrt.

Stabiles Militärregime? Birmas Militärherrschaft von 1962 bis heute

Das Militärregime in Burma gilt als das am längsten regierende Militärregime der Welt. Der Ausgangspunkt war der Putsch von General Ne Win 1962, der die demokratische Periode nach der staatlichen Unabhängigkeit (1948–1962) beendete. Als Grund für den Putsch gab Ne Win die Bedrohung des Staates durch kommunistische Aufstände und die Vielzahl ethnischer Rebellionen in den Minderheitsgebieten an.²⁴ Das Militär sah sich als einzige Institution, die ein Auseinanderbrechen des ethnisch heterogenen Staates verhindern konnte. Sie berief sich (und beruft sich noch heute) auf ihre Rolle im Unabhängigkeitskampf und bei der Nationalstaatsbildung.²⁵ Aufgrund von jahrzehntelangen Bürgerkriegen gegen die ethnischen Minderheiten des Landes und der vermeintlichen Schwäche ziviler Regierungen in den 1950er Jahren haben die obersten Generäle ein sehr großes Misstrauen gegenüber zivilen Politikern ausgebildet.

Die eigentliche Stabilität der Militärherrschaft ist jedoch weniger in der Institutionalisierung der Militärherrschaft begründet als in dem hohen Grad an Repression. Man unterscheidet insgesamt

zwei Phasen militärischer Herrschaft mit jeweils unterschiedlich institutionalisierter Rolle des Militärs: Die Phase des sozialistischen Einparteienregimes (1962–1988) und die Phase des regierenden Militärrates (1988–heute). In der ersten Phase nach dem Militärputsch von General Ne Win von 1962 etablierte das Militär einen sozialistischen Einparteienstaat – den „birmanischen Weg zum Sozialismus“. Die sozialistische Ideologie wurde mit dem Buddhismus in Einklang gebracht, um eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und eine ausgewogene Entwicklung aller nationalen Produktivkräfte zu ermöglichen. Die Armee leitete die Verstaatlichung aller Industrien ein und brach alle Kontakte zum Ausland ab. Die einzig zugelassene Partei wurde die Birmanische Sozialistische Programmpartei (BSPP) unter der Führung von Staatspräsident und Armeechef Ne Win. Zwar existierten eine Volksversammlung, ein Staatsrat und ein Ministerrat – der Großteil dieser Gremien war jedoch mit Militärs besetzt. Staatsführung und Streitkräfte blieben bis aufs engste verwoben. Rund 90 Prozent der Militärs waren 1985 Mitglieder der BSPP. Die soziale Basis der ursprünglichen Kaderpartei wurde im Laufe der Zeit langsam verbreitert. Waren 1972 noch rund ein Drittel der 334.000 Parteimitglieder Militärs, so sank deren Anteil bis zum Jahre 1985 durch die Vergrößerung der Partei auf 1,2 Millionen Mitglieder auf rund ein Zehntel ab. Die Führungsspitze der Partei bestand jedoch überwiegend aus ehemaligen Militärs – 1985 waren Dreiviertel des Exekutivkomitees der BSPP ehemalige Offiziere des Militärs.²⁶ Das Ausmaß der Repression in dieser Phase war beträchtlich und traf in erster Linie die Gegner des Militärregimes: die Armeen der ethnischen Gruppen, die Kommunistische Partei (Communist Party of Burma/CPB) und die Studentenschaft. Die Kämpfe gegen die Armeen der ethnischen Gruppen dauerten bis in die 1990er Jahre an.²⁷ Nach Informationen von Menschenrechtsgruppen haben die Kämpfe in den Grenzgebieten zu Thailand und China in den vergangenen Jahrzehnten mehr als 600.000 Todesopfer auf beiden Seiten gefordert. Die Kommunistische Partei, die seit 1947 im Untergrund gegen das Militärregime kämpfte, löste sich erst 1987 auf. Studentenunruhen wurden 1962 und 1974 jeweils blutig niedergeschlagen.²⁸ Der massive Einsatz der Geheimpolizei, die wochenlange Schließung der Universitäten und die Praxis, Bildung vom politischen Wohlverhalten abhängig zu machen, führten dazu, dass der studentische Widerstand völlig zusammenbrach.

Der „birmanische Weg zum Sozialismus“ endete jedoch in einer wirtschaftlichen Katastrophe: 1987 stand das

Land quasi vor dem Ruin und musste den Status eines Least Developed Countries annehmen. Die wirtschaftliche Notsituation führte 1988 dazu, dass sich die Studenten erneut mit der Forderung nach Demokratie gegen die Herrschaft der Generäle erhoben. Ne Win trat im Laufe der Demonstrationen überraschend von allen Ämtern zurück, der „birmanische Weg zum Sozialismus“ wurde für gescheitert erklärt und eine Privatisierung versprochen. Als die Lage für das Militär außer Kontrolle geriet, setzten sich Teile des Militärs an die Regierung und gingen gegen die Aufständischen vor: ca. 5.000 Menschen starben landesweit. Das Militär übernahm in Form des Staatsrats zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung (State Law and Order Restoration Council) erneut die Macht. Die freien Wahlen, die 1990 von der Oppositionspartei Nationale Liga für Demokratie (NLD) gewonnen wurden, erkannte der Militärrat nicht an. Der Militärrat, der 1997 in State Peace and Development Council (SPDC) umbenannt wurde, herrscht bis heute. Er ist mit zwölf ranghohen Generälen besetzt, die über weitaus mehr Macht verfügen als das Kabinett, dem ebenfalls überwiegend Militärs angehören. Der SPDC steht einer hoch zentralisierten Verwaltung vor, wobei landesweit auf allen staatlichen Ebenen Militärs in der Verwaltung eingesetzt werden. Auch auf der Ebene der Städte und Gemeinden gibt es örtliche Räte für Frieden und Entwicklung. Die regionalen Militärkommandeure in den Gebieten der ethnischen Minderheiten verfügen über eine beträchtliche Autonomie in ihren jeweiligen Landesteilen, die sich nicht nur in Korruption niederschlägt, sondern auch in der Abschöpfung zahlreicher Ressourcen sichtbar wird.²⁹ Wie lässt sich die andauernde Herrschaft des SPDC erklären?

Innerhalb des SPDC hat in den letzten fünf Jahren ein langsamer Generationswechsel stattgefunden. Dieser hat jedoch nicht zu einer veränderten Weltanschauung innerhalb des Militärregimes oder Liberalisierung geführt. Vielmehr sind die Hardliner innerhalb des Regimes gestärkt worden. Als mächtigste Männer des Staates gelten Senior General Than Shwe (Sekretär Nr. 1) und General Maung Aye (Sekretär Nr. 2). Im Jahre 2003 wurde der allgemein als „moderat“ und dem Ausland gegenüber aufgeschlossen geltende General Khin Nyunt aufgrund von angeblicher Korruption entmachtet. Seine Machtbasis, der Geheimdienst, wurde aufgelöst und restrukturiert. Zahlreiche jüngere Generäle rückten nach, wie der frühere Stabschef Thura Shwe Mann und Generalleutnant Thein Sein. Diese Generäle gelten als loyale Gefolgsleute Than

Shwes, dessen Herrschaft gesichert scheint. Zwar gibt es immer wieder Gerüchte über den Gesundheitszustand des 75-jährigen Generals und Flügelkämpfe um seine Nachfolge, insgesamt scheint Senior General Than Shwe aber innerhalb des Militärrates unumstritten zu sein. Die oberste Militärführung des Landes, die im Wesentlichen durch den Bürgerkrieg und die Armee sozialisiert worden ist, ist in ihrer Orientierung stark nationalistisch und nach innen gewandt. Die Militärs verfügen über wenig Kontakte zum Ausland; diese wiederum bleiben auf die asiatischen Nachbarn beschränkt.³⁰ Die Militärs stehen einer Öffnung des Landes, Pluralität und Partizipation sehr ablehnend gegenüber. Als Grund für die langjährige innere Geschlossenheit des Militärs lässt sich indes auch die Politik der westlichen Staaten anführen, die durch ihre Stigmatisierungs- und Sanktionspolitik den Korpsgeist der Armee gesteigert und ihre Bunkermentalität verstärkt hat. Durch eine umfangreiche Modernisierung und eine geschickte Beförderungspolitik ist es der Militärführung gelungen, die Einheit der Armee zu wahren. Mit fast 500.000 Soldaten sind die Streitkräfte (hinter Vietnam) die größten Südostasiens. Die Armee hat davon am meisten profitiert, sie konnte ihre territoriale Präsenz stark ausweiten und kontrolliert nun – mit wenigen Ausnahmen einiger Minderheitsgebiete – fast das gesamte Territorium. Die Modernisierung hat zur Ausbildung verschiedener Interessen und Begehrlichkeiten auf Seiten der Streitkräfte geführt. Durch eine personelle Ausweitung und durch Rüstungskäufe von China, Russland und Indien hat das Militärregime das korporative Interesse der Streitkräfte befriedigen können. Militärgüter machten Ende der 1990er Jahre rund ein Fünftel der Gesamtimporte aus. Gleichzeitig beliefen sich die Ausgaben im Verteidigungssektor durchschnittlich in den 1990er Jahren auf drei bis vier Prozent des BIP. Der Anteil der Verteidigungsausgaben an den Gesamtausgaben der Regierung ist jedoch mit rund 30 Prozent sehr hoch, insbesondere wenn man ihn mit den Ausgaben für Gesundheit (10 Prozent) und Bildung (2,5 Prozent) vergleicht. Mit Hilfe dieser Modernisierung ist es gelungen, den Dissens in der Armee niedrig zu halten. Zwar gab es in den Reihen der Armee immer wieder Unstimmigkeiten und Säuberungen – so wurden beispielsweise 2004 Hunderte von Anhängern General Khin Nyunts verhaftet und zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Derartige Auseinandersetzungen sind aber nicht in unterschiedlichen Meinungen über die Rolle der Armee in der Politik begründet, sondern in persönlichen Rivalitäten zwi-

schen einzelnen Generälen, Korruption oder divergierenden wirtschaftlichen Interessen. Innerhalb des Militärregimes hat sich jedoch bislang keine Aufspaltung in gemäßigte oder liberale und konservative Gruppierungen gezeigt, die für einen Regimewechsel nötig wären. Derartige Prozesse bedingen auf Seiten des Militärregimes Gruppen, die mit der Opposition verhandeln und gegebenenfalls Pakte aushandeln will, um so einen Übergang zu ermöglichen. Bislang zeigt sich das Militärregime als monolithisches Gebilde, das trotz äußeren Drucks kaum Risse aufweist.

Der Grad der Repression ist seit 1988 sehr hoch: seit mehr als zehn Jahren ist die Zahl politischer Gefangener mit 1.000 bis 2.000 sehr hoch. Häufig wird das Versammlungsverbot (für mehr als fünf Personen) zur kurzfristigen Inhaftierung oder längerfristigen Verhaftung von Oppositionellen eingesetzt. Angesichts der massiven Repression bleibt die „organisierte“ Opposition in Myanmar seit Jahren schwach. Die einzig nennenswerte Oppositionspartei ist die Nationale Liga für Demokratie (NLD). Sie ist seit 1990 ständigen Repressalien ausgesetzt. Ihre Mitglieder wurden unter Druck gesetzt, Parteibüros zeitweise geschlossen. Zahlreiche NLD-Funktionäre flohen nach den Wahlen 1990 ins Ausland und formierten dort die Exilregierung. Auch die Führung der NLD wurde im vergangenen Jahrzehnt stark eingeschüchtert. Ihre Führerin, die Tochter des Staatsgründers Aung San, die 1988 nach Myanmar kam, sich an die Spitze der Demokratiebewegung stellte und zu ihrer Ikone wurde, verbrachte zwölf der letzten 18 Jahre im Hausarrest. An-

gesichts dieser starken Repressalien ist die politische Bedeutung der Opposition stark gesunken. Auch spontaner Protest wird unterdrückt, wie das Beispiel der Demonstrationen der Mönche im Herbst 2007 zeigte. Das Militärregime reagierte mit einer Verhaftungswelle, in der viele beteiligte Mönche verhaftet und zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Seitdem hat das Regime die Kontrolle über den Mönchsorden verstärkt. Parallel dazu wurde der Umbau des politischen Systems eingeleitet, der den Streitkräften eine dominante Rolle im politischen Prozess zusichert.³¹

ANMERKUNGEN

1. Finer, Samuel (1962): *The Man on Horseback. The Role of the Military in Politics*. London.
2. Vgl. Feaver, Peter (2003): *Armed Servants: Agency, Oversight and Civil Military Relations*. Cambridge, Mass. Für Ostasien: Croissant, Aurel/David Kuehn (2009): *Patterns of Civilian Control of the Military in East Asia's New Democracies*. In: *Journal of East Asian Studies*, Vol. 9, No. 2, 2009, S. 187–218.
3. Vgl. Finer, Samuel (1962): *The Man on Horseback. The Role of the Military in Politics*. London, S. 23f.
4. Vgl. Nordlinger, Eric A. (1977): *Soldiers in Politics, Military Coups and Governments*. Prentice Hall.
5. Vgl. Geddes, Barbara (1999): *What do We Know about Democratization after 20 Years*. In: *Annual review of political science*, Nr. 2, 1999, S. 115–144.
6. O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe C./Whitehead, Laurence (1986): *Transitions from Authoritarian Rule: Comparative Perspectives*. Baltimore.
7. Brownlee, Jason (2007): *Authoritarianism in an Age of Democratization*. Cambridge.
8. Gandhi, Jennifer/Przeworski, Adam (2007): *Authoritarian Institutions and the Survival of Autocrats*. In: *Comparative Political Studies*, 40, 2007, S. 1279–1301.
9. Vgl. Bourdieu, Vincent (2009): *Resisting Dictatorship. Repression and Protest in Southeast Asia*. Cambridge.
10. Thompson, Mark R. (1995): *The Anti-Marcos Struggle*. New Haven, S. 74–80.
11. Der Einfluss des Militärs war schon zu Ende der demokratischen Phase stärker geworden, die die secessionistischen Bestrebungen in Aceh und West Sumatra militärisch niedergeschlagen.
12. Das indonesische Militär ging aus Guerillaeinheiten der anti-kolonialen Befreiungsbewegung hervor, die im Kampf gegen die holländischen Kolonialherren 1949 die Unabhängigkeit des Landes erreichte. Daraus resultierte seit der Gründung der Republik das Selbstverständnis der Streitkräfte als Hüter der Einheit der Nation und damit als dediziert politischer Akteur.
13. Ufen, Andreas (2002): *Herrschaftsfiguration und Demokratisierung in Indonesien*. Hamburg, S. 194.
14. Mietzner, Marcus (2009): *Military Politics, Islam and the State in Indonesia. From Turbulent Transition to Democratic Consolidation*. Singapore ISEAS.
15. Vgl. Riggs, Fred (1966): *Thailand: The Modernization of the Bureaucratic Polity*. Honolulu.
16. Chai Anan-Samudavanija (1995): *Thailand: A Stable Semi-Democracy*. In: Diamone, Larry/Linz, Juan/Lipset, Seymour Martin (Hrsg.): *Political Culture and Democracy in Developing Countries*. Boulder, S. 269–329.

AUTORITÄRE REGIME IN SÜDOSTASIEN: PERSISTENZ UND WANDEL VON MILITÄRREGIMEN

17. Wie immer bei Putschen begründete der thailändische General den Putsch mit der überbordenden Korruption der Vorgängerregierung.
18. Bunte, Marco (2000): *Probleme der demokratischen Konsolidierung in Thailand*. Hamburg.
19. Chambers, Paul (2010): *U Turn to the Past? The Resurgence of the Military in Contemporary Thai Politics*. In: Croissant, Aurel/Chambers, Paul/Pongsudhirak, Thitinan (Hrsg.): *Democracy Under Stress. Civil Military Relations in South and Southeast Asia*, Bangkok.
20. Vgl. Ockey, James (2001): *The Struggle to Redefine Civil-Military Relations*. In: Alagappa, Muthiah (Hrsg.): *Coercion and Governance. The Declining Role of the Military in Asia*. Stanford, S. 187–209.
21. McCargo, Duncan/Pathmanand, Ukrist (2005): *The Thaksinization of Thailand*. Copenhagen, S. 134–154.
22. Vgl. hierzu: Croissant, Aurel (2008): *Soziale Gruppen, politische Kräfte und die Demokratie. Eine strukturierte Analyse der politischen Transformation in Thailand*. In: *Südostasien aktuell*, 2/2008, S. 1–38.
23. Als Grund für den Putsch gab die Armee überbordende Korruption und die gesellschaftliche Polarisierung an.
24. Myanmar gehört mit über 100 Sprachgruppen und sieben großen ethnischen Gruppen zu den ethnisch heterogensten Ländern der Welt. Die Birmanen stellen mit rund 60 Prozent die Mehrheitsethnie, während die hufeisenförmig um das Zentralgebiet siedelnden Völker (Rakhine, Chin, Kachin, Shan, Karen und Mon) rund ein Drittel der Bevölkerung ausmachen.
25. Staatsgründer Aung San hatte bis zu seiner Ermordung die nationale Bewegung angeführt und die meisten Minderheiten im Abkommen von Panglong von einer gemeinsamen Zukunft in einer föderal organisierten Union von Birma überzeugt. Das Abkommen hatte jedoch nur kurz Bestand, ehe fast alle ethnischen Gruppen zu den Waffen griffen. Die Grundlage für einen gemeinsamen Staat war so nicht geschaffen.
26. Vgl. Robert Taylor (2009): *The State of Myanmar*. London, S. 318.
27. Erst in den 1990er Jahren wurden 17 Waffenstillstandsabkommen mit den Armeen der ethnischen Gruppen geschlossen, die diesen ein gewisses Maß an Autonomie und die Abschöpfung lokaler Ressourcen zusicherten. Die Abkommen regeln die gemeinsame Ausbeutung natürlicher Ressourcen (Edelsteine, Teak, Opium). Bis heute stehen die Soldaten des Militärs außerdem in bürgerkriegsähnlichen Zuständen mit Teilen der Shan, der Karen und der Kachin.
28. 1974 kam es zu offenen Studentendemonstrationen anlässlich des Begräbnisses des ehemaligen Generalsekretärs U Thant.
29. Die Herrschaft ist dadurch sehr zersplittert, die staatlichen Entscheidungsfindungsprozesse undurchsichtig.
30. Vgl. Bunte, Marco (2007): *Problemstaat Myanmar*. GIGA-Fokus Asien, Nr. 11, 2007.
31. Vgl. Bunte, Marco (2008): *Autoritarismus im Wandel*. GIGA-Fokus Asien, Nr. 7, 2008.



UNSER AUTOR

Dr. Marco Bunte, Politikwissenschaftler, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA-Institut für Asienstudien. Er arbeitet seit vielen Jahren über die politische Entwicklung in Südostasien. Seine Forschungsschwerpunkte sind autoritäre Regime in Asien, Fragen der Demokratisierung und Dezentralisierung sowie die Erforschung von politischen Gewaltphänomenen.

Autoritäre Regime im Vorderen Orient: Herrschaftssicherung trotz Herrscherwechsel

Maria Josua

Das als „Dritte Welle der Demokratisierung“ apostrophierte Phänomen hat im Vorderen Orient keinen einzigen Fall eines Systemwechsels hin zur Demokratie hinterlassen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, sind alle Staaten in dieser Region autoritärer Art. Eine Besonderheit hierbei ist die übermächtige Stellung der Herrscher in diesen neopatrimonialen Systemen. Damit ergibt sich stets das Problem der Machtübertragung bei einem anstehenden Herrscherwechsel, der letztlich die Stabilität und Reproduktion des autoritären Regimes nicht gefährden darf. Maria Josua erörtert den typischen Ablauf dieses Prozesses und analysiert die drei Phasen (Vorbereitung, Übertragung und schließlich die Konsolidierung) der dynastischen Nachfolge und Machtübertragung. An aktuellen Beispielen werden die Maßnahmen, die für einen reibungslosen Ablauf der Machtübergabe notwendig sind, plastisch geschildert: die Einbindung „neuer“ und „alter“ Eliten; die strategische Indienstnahme des Militärs; die nach dem Machtwechsel initiierte – jedoch den Regimeerhalt nie gefährdende – Politik der Liberalisierung sowie die spezifische Mischung von Legitimierungsstrategien, die sich um die scheinbare „Verfassungsmäßigkeit“ der Machtübertragung bemühen. **I**

Bemerkenswerte Stabilität autoritärer Regime¹

Mehr als in anderen Weltregionen finden sich im Vorderen Orient dauerhafte autoritäre Regime (Köllner 2008). Erstaunlich ist, dass auch die „Dritte Welle der Demokratisierung“ (Huntington 1991) als weltumspannendes Phänomen in dieser Region keinen einzigen Fall erfolgreichen Systemwechsels zur Demokratie hinterlassen hat (Bellin 2004, S. 142). Ungeachtet verschiedener Grade an politischen Freiheiten, die für den Einzelnen und die Gesellschaft insgesamt bedeutsam sind, sind alle Regime im Vorderen Orient (abgesehen von Israel und den Sonderfällen Libanon, Palästina und Türkei) eindeutig autoritär. Man kann die Herrscher nicht abwählen, und selbst wenn durch halbwegs freie Wahlen ein Machtwechsel möglich wird, verfügen die Regime über ausreichend repressive Kapazität, um

dies zu verhindern – wie etwa in Algerien 1991–1992.

Zudem ist der Vordere Orient eine Weltregion, in der Machthaber seit den letzten Jahrzehnten überaus lange in ihrem Amt verbleiben (Faath 2000, S. 7). Zwischen 1995 und 2006 ist es jedoch in etwa der Hälfte der dortigen Staaten zu einem Machtwechsel gekommen. Auch danach übernahm nicht das Volk die Macht, sondern durchweg Familienmitglieder des verstorbenen Herrschers. Meistens wurde das Amt von dessen Sohn angetreten. Daraufhin hegte man die Hoffnung, dass die jüngeren Herrscher ihre Länder „von oben“ in westlich geprägte Demokratien verwandeln würden (z.B. Die ZEIT 7/2000). Doch auch diese Erwartung erfüllte sich nicht, vielmehr bietet sich – trotz unterschiedlicher Ausprägungen in den jeweiligen Ländern – ein einheitlich autoritäres, wenn auch personell verjüngtes Bild.

Herrscherwechsel als Herausforderung

In autoritären Regimen verläuft ein Machtwechsel nicht in denselben institutionalisierten Bahnen wie in Demokratien, wo bei jeder Wahl die grundsätzliche Möglichkeit besteht, die Macht anderen Parteien bzw. Personen zu übertragen und dann auch wieder zu entziehen. Vielmehr halten Herrscher im Vorderen Orient generell bis zu ihrem Tod an der Macht fest, so dass man erwarten könnte, dass sich danach ein Machtvakuum auftut. Dies gilt insbesondere, wenn zuvor jahrzehntelang jeweils ein einziger Herrscher an der Macht war. Das Extrembeispiel im Vorderen Orient stellt Jordanien dar, wo König Hussein 46 Jahre lang (1953–1999) regierte. Die Besonderheit besteht darüber hinaus in der zentralen Stellung, die ein Herrscher in den politischen Regimen des Vorderen Orients einnimmt, die überwiegend als neopatrimonial bezeichnet werden können (Pawelka 1985). Da ein neopatrimonialer Herrscher ein übermächtiger Akteur ist, scheint es schwierig, ihn durch eine andere Person zu ersetzen. Wenn das Regime gut funktioniert, gibt es keinen Nachfolger, der auch nur annähernd über die Macht des Herrschers verfügt. Auch kann ein neuer Herrscher nicht so

rasch die überragende Stellung innerhalb der politischen Führung erlangen, die der des Vorgängers entspricht.

Dies verweist uns auf das generelle Problem der Machtübertragung, das bei Herrscherwechseln zu allen Zeiten und an allen Orten auftritt (Calvert 1987). Um tatsächlich Macht auszuüben, muss ein neuer Herrscher die Möglichkeiten des jeweiligen politischen Systems nutzen. Der Wechsel von einem Herrscher zum nächsten ist ein Zeitpunkt möglicher Instabilität, an dem die strukturellen Eigenschaften eines politischen Systems besonders zutage treten. Hier lässt sich gut untersuchen, wie stabile Herrschaft (wieder)hergestellt wird. Dies gelingt dem Herrscher durch den Einsatz verschiedener Legitimierungsstrategien an diesem – für das Regime und ihn gleichermaßen – überlebenswichtigen Zeitpunkt. Andere Arten von Krisen wie ökonomische Krisen (Henry/Springborg 2001) oder Herausforderungen durch die Opposition (Brownlee 2005) können zwar auch die Regimestabilität gefährden, doch betreffen sie nicht in dem Maße das Zentrum der Herrschaft. Stabilität ist dabei nicht mit Starrheit oder Unveränderlichkeit zu verwechseln, sondern bedeutet, dass ein System „dem fortwährenden Veränderungsdruck aus dem Innern und von außen soweit widerstehen kann, dass trotz aller notwendigen Anpassungsleistungen die Struktur des Systems erhalten bleibt“ (Schmidt 2003, S. 35).

Zudem ist die Art und Weise der Machtübergabe ein Merkmal, das Aufschluss über Ähnlichkeit oder Unterschiede zwischen autoritären Regimen aufzeigen kann. Die erfolgreiche Stabilisierung autoritärer Herrschaft fand unter unterschiedlichen strukturellen Rahmenbedingungen statt: In Staaten mit erblicher Herrschaft (im Vorderen Orient Königtümer und Emirate) ist die Machtübergabe innerhalb einer Familie ohnehin ein Definitionsmerkmal. Hingegen waren die Herrscherwechsel in den „revolutionären Republiken“ während des 20. Jahrhunderts meist irregulär. Besonders in den 1950er bis 1970er Jahren fanden im Vorderen Orient außergewöhnlich viele Putsche statt. Dies stellt einen Kontrast dar zu den unblutigen und ruhigeren Bahnen, in denen Politik inzwischen verläuft. Die mittlerweile eingetretene Ähnlichkeit der Nach-

folgeprozesse – auch in der „dynastischen Republik“ Syrien – deutet auf eine mögliche Angleichung der bisher sehr unterschiedlichen politischen Regime hin (Bank 2004, S. 174). Dies gilt vor allem insofern, als sich ähnliche Entwicklungen auch in Ägypten, Libyen und dem Jemen abzeichnen. Obwohl eine dynastische Nachfolge keineswegs ein Unikum orientalischer Herrschaft darstellt (entsprechende Vorgänge gab es auch in Nordkorea, Aserbaidschan, Singapur und Togo), ist bemerkenswert, dass diese Art von Herrscherwechsel hier von der Ausnahme zur Regel werden könnte (Fähnrich 2005).

Vergleicht man Herrscherwechsel in verschiedenen Regimen des Vorderen Orients um die Jahrtausendwende (Jordanien, Bahrain und Marokko im Jahr 1999, Syrien im Jahr 2000), so wird deutlich, wie die neuen Herrscher ein verjüngtes autoritäres Regime aufbauen konnten. Der typische Ablauf eines solchen Prozesses lässt sich nachvollziehen, wenn man die einzelnen Phasen einer dynastischen Nachfolge chronologisch untersucht: die Vorbereitung, den Übergang und die Konsolidierung.

Wie verläuft ein Herrscherwechsel üblicherweise? Die Vorbereitung des Nachfolgers

In der ersten Phase wird der designierte Nachfolger auf die Machtübernahme vorbereitet. In Monarchien beginnt die Phase der Vorbereitung sehr früh, etwa mit der Volljährigkeit des Kronprinzen bzw. Thronfolgers. Gemeinsame Merkmale der Vorbereitung in allen bisherigen Fällen sind eine militärische Ausbildung und Führungsposition des Nachfolgers (Faath 2000, S. 31). Diese scheinen von Vorteil zu sein, um später die Reibungslosigkeit der Machtübergabe zu gewährleisten. In Jordanien befahl Abdallah eine Eliteeinheit der Armee, was vermutlich ein Grund dafür war, dass er trotz der kurzen Vorbereitungszeit von zwei Wochen allseits als Nachfolger akzeptiert wurde (Kosziowski 2000, S. 115). Außerdem übernehmen die designierten Nachfolger bereits politische Funktionen, teilweise auch offizielle Ämter. In den Golfstaaten ist es ohnehin typisch, Ministerposten mit Mitgliedern der Herrscherfamilie zu besetzen (Herb 1999, S. 8). In Bahrain amtierte Kronprinz Hamad bin Isa Al Khalifa knapp 20 Jahre lang als Verteidigungsminister (Peterson 2002, S. 218). Die Heranführung an die Politik kann aber auch auf informellem Wege stattfinden. So war Baschar al-Assad in Syrien vor dem Tod seines Vaters formal nur Vorsitzender des „Syrian Computer Club“, hatte aber ein Büro im Präsi-

denpalast (Perthes 2004b, S. 10). Die physische Nähe zum Zentrum der Macht verdeutlicht dabei bereits seinen informellen Einfluss. Zudem werden die designierten Nachfolger allmählich in die Außenpolitik eingebunden und so dem internationalen Umfeld vorgestellt.

In der Vorbereitungsphase ist zu beobachten, dass der alternde Herrscher eine personelle Verjüngung des politischen Personals vorantreibt. Ältere politische „Schwergewichte“, die eine potenzielle Gefahr für die dynastische Nachfolge darstellen, schickt der Vater in den Ruhestand. Stattdessen werden junge Personen aus dem Umfeld des Nachfolgers befördert, die diesem gegenüber loyal sind. Im Fall Syriens musste 1998 der mächtige Stabschef Hikmat Schihabi seinen Abschied nehmen. Schihabi galt bis dahin als zweitwichtigster Mann im Staat und war ein möglicher Konkurrent um die Nachfolge (Zisser 2001, S. 162f.).

Aktuelle Vorbereitungsprozesse in Ägypten, Jemen und Libyen

Wenn sich die bisherigen Verläufe der Vorbereitungsphase verallgemeinern lassen, so sollte es möglich sein, prognostische Vorhersagen über möglicherweise bevorstehende Herrscherwechsel zu treffen. In Ägypten bereitet der 81-jährige Präsident Hosni Mubarak seinen Sohn Gamal seit einigen Jahren auf die Herrschaft vor. Das Besondere hierbei ist, dass sowohl Mubarak als auch sein Vorgänger Sadat verfassungsmäßig an die Macht kamen durch ihre vorherigen Ämter als Vizepräsidenten. Mubarak selbst hat jedoch nie einen Stellvertreter ernannt (Carapico 2002, S. 109). In Ägypten würde eine Präsidentschaft Gamal Mubaraks einen Bruch mit der jüngeren politischen Vergangenheit darstellen, da er keine militärische Karriere absolviert hat. Stattdessen wurde der gelernte Banker Generalsekretär der Regierungspartei NDP (National Democratic Party). Es ist nicht auszuschließen, dass er bei den anstehenden Präsidentschaftswahlen kandidieren wird, um so eine pseudo-demokratische Legitimierung als Nachfolger zu erhalten. Dafür wurde bereits die gesetzliche Grundlage geschaffen (Stacher 2008). Diese Pläne erfahren jedoch vehementen Widerstand von Seiten des losen Oppositionsbündnisses Kifaya. Allerdings beschränkt sich der offene Protest gegen die „Dynastisierung“ von Republiken bislang auf Ägypten. Im Jemen existieren ähnliche Pläne für eine Amtsübernahme des Präsidentensohnes Ahmad Salih im Zuge der nächsten Wahlen (Carnegie Endowment for International Peace 2006).

In Libyen gestaltet sich die Situation etwas anders. Mu‘ammar Gaddafi hat gleich mehrere seiner Söhne in einflussreiche Positionen gebracht. Während in der westlichen Wahrnehmung der Sohn Saif al-Islam Gaddafi als Nachfolgekandidat gilt und durch reformerische Rhetorik auffällt, ist dessen jüngerer Bruder Mu‘tasim Billah Gaddafi als Prä-tendent nicht zu unterschätzen (Wernefels 2008). Er ist fest im Sicherheitsapparat verwurzelt und kommandiert eine Militärbrigade; angesichts des erforderlichen militärischen Rückhalts eine womöglich spannungsreiche Konstellation. Es ist für die Übergangszeit auch ein Szenario denkbar, nach dem Saif al-Islam mit den äußeren Angelegenheiten betraut wird, während Mu‘tasim im Inneren für Ruhe sorgt.

Neopatrimoniale Herrschaft und Informalität in der Vorbereitungsphase

Sucht man in der Vorbereitungsphase nach allgemeinen Mustern von Politik im Vorderen Orient, so fällt als wichtigstes Merkmal eines neopatrimonialen Regimes die Zentralität des Herrschers auf. Die Informalität der Vorbereitung Baschar al-Assads ist ein typisches Merkmal von Herrschaft in der Region, wo formale Positionen und tatsächlicher Einfluss nicht deckungsgleich sind. Es kommt nicht primär darauf an, ein hohes Regierungsamt zu bekleiden, sondern personale Beziehungen sind entscheidend, eben auch familiäre. Um tatsächlichen Einfluss auszuüben, ist es wichtig, „das Ohr“ des Herrschers zu haben. Das Beispiel Schihabis zeigt, dass auch wichtige Personen im Vorderen Orient ihren Einfluss nur durch ihre Nähe zum Herrscher beziehen. Sie verfügen über keine eigene Macht und stehen stets in der Gefahr, ihre Stellung zu verlieren. Allgemein ist es ein Merkmal neopatrimonialer Herrschaft, dass Eliten mehr oder weniger regelmäßig ausgetauscht und an eine andere Stelle versetzt werden, damit sie keine „Hausmacht“ aufbauen und zu einem unkontrollierbaren Machtfaktor werden können (Pawelka 1985, S. 24ff.).

Innerhalb der Monarchien ist danach zu unterscheiden, ob ein Monarch alleine herrscht, oder ob ein Großteil der politischen Elite aus der Familie des Herrschers stammt („dynastische Monarchie“ laut Michael Herb). In den meisten Golfstaaten besetzen Mitglieder der Herrscherfamilien die Schlüsselministerien (Herb 1999, S. 8). In einem sol-

chen Fall wird Herrschaft konsensual und durch familieninterne Konfliktlösungsmechanismen ausgeübt. Der Familienrat verhindert, dass der Herrscher allzu abgehoben über den anderen Eliten steht, wie es in anderen Regimen der Fall ist.

Die Übergangsphase

In der zweiten Phase findet der konkrete Herrscherwechsel statt. Nach dem Tod des Herrschers werden innerhalb kürzester Zeit die Maßnahmen ergriffen, die zum reibungslosen Ablauf der Machtübergabe nötig sind. Auffällig ist dabei das Bemühen, dem Geschehen einen legalistischen Anstrich zu geben. Dies geschieht durch den Verweis auf entsprechende Gesetze (die allerdings in anderen Situationen nicht als Autorität herhalten). Ein Beispiel dafür ist die Verfassungsvorschrift in Jordanien, wonach der älteste Sohn des Königs Thronfolger ist. Diese war abgeändert worden, als Hassan, der Bruder von König Hussein, Kronprinz wurde. Doch nahm der König bei seiner kurzfristigen Entscheidung für Abdallah als Thronfolger Bezug auf die ursprüngliche Regelung (Ryan 2002, S. 95f.). Wenn es nicht möglich ist, den Prozess verfassungskonform zu gestalten, lässt sich auch die Verfassung der Situation anpassen. Dies war in Syrien besonders augenfällig, als noch am Todestag von Präsident Hafiz al-Assad das de facto völlig machtlose Parlament zusammentrat, um die Senkung des Mindestalters für das Präsidentenamt zu beschließen. Vollkommen unverhohlen wurde das neue Mindestalter auf 34 Jahre festgesetzt, das exakte Alter von Baschar al-Assad.

Wie dieses Beispiel zeigt, sind die übrigen Eliten am Übergangsprozess maßgeblich beteiligt. Es ist rational erklärbar, dass sie nicht die Gunst der Stunde nutzen und sich selbst an die Macht putzen wollen: Ein Machtvakuum mit unsicherem Ausgang könnte sie als bisherige Nutznießer des Systems gefährden. Stattdessen hoffen die Eliten, unter einem unerfahrenen und somit schwachen Herrscher die Strippen ziehen und weiterhin eine einflussreiche Stellung einnehmen zu können (Brownlee 2007, S. 606). Da der neue Machthaber über strategischen Rückhalt im Militär verfügt, ist es zudem aussichtslos, einen Putsch anzustrengen. Die Konsequenz daraus ist, dass der Herrscher von den alten Eliten gestützt wird. Auch die Bevölkerung zieht einen geordneten Machtwechsel der Unwägbarkeit eines irregulären Regimewechsels vor (Carapico 2002, S. 109). Interessanterweise begrüßten oppositionelle Bewegungen im Vorderen Orient ebenfalls den Amts-

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Aus urheberrechtlichen Gründen
kann dieses Bild in der Online-Version
nicht angezeigt werden.

antritt der Söhne, da sie sich von ihnen einen Neuanfang mit größeren Freiheiten erhofften. In Bahrain war dies bemerkenswert, da zuvor starke innenpolitische Spannungen geherrscht hatten (Khalaf 2000). Über die zeitliche Dimension betrachtet, verfügt ein junger Herrscher über einen automatischen Legitimationszugewinn, da er unbelastet ist von der Vergangenheit, in der auch politische Verfolgung stattgefunden hat. Dies ist ein weiterer Grund, weshalb beim Herrscherwechsel keine Instabilität entsteht.

Tatsächlich ist zu beobachten, dass der neue Herrscher zunächst eine Politik politischer Liberalisierung initiiert, die seine Legitimität sowohl im In- als auch im Ausland erhöht. Dies ist ein Indiz dafür, dass es sich bei den Herrscherwechseln um einen von Stabilität geprägten Prozess handelt. Denn die Öffnung der politischen Systeme kann nur durchgeführt werden, wenn sie kein unkalkulierbares Risiko beinhaltet (Schlumberger 2002, S. 19). Konkret handelt es sich um die Begnadigung von – auch politischen – Gefangenen, ein typisches Merkmal aller Herrscherwechsel (Potter 1987). Dazu kommt eine größere Presse- und Meinungsfreiheit, wie im sogenannten „Damaszener Frühling“ in Syrien, als sich unabhängige Zeitungen und Debattierforen neu gründeten (George 2003). Doch Liberalisierung bleibt begrenzt und bedeutet nicht, dass sofort jegliche freie Meinungsäußerung möglich ist. In Syrien endete der „Frühling“ abrupt, als ein Ende der Ba'th-Herrschaft und die Einführung von Demokratie eingefordert wurden. Wenn die Forderungen die für das Regime akzeptablen Grenzen überschreiten, kommt es rasch zu einer Rücknahme der Liberalisierung. Dabei findet eine Arbeitsteilung zwischen der „alten Garde“ und dem neuen Herrscher statt: die „alten Gardien“ werden in der Öffentlichkeit als rückwärts gewandte Kräfte wahrgenommen, die den jungen Herrscher bei seiner Reformagenda ausbremsen. Dieses Phänomen einer vermeintlichen Spaltung innerhalb der Eliten ist in allen Ländern zu beobachten.

Daneben gibt es natürlich unterschiedliche Interessen, vor allem was die Besitzstandswahrung der alten Eliten angeht. Diese steht dem Bestreben des Herrschers entgegen, seine soziale Ba-

sis zu verbreitern. Dabei ist in erster Linie eine aufstrebende soziale Gruppe zu nennen, nämlich junge Personen aus der Privatwirtschaft bzw. Technokraten mit moderner westlicher Bildung, die eine neue Klientel des Regimes darstellen. Diese profitieren einerseits von der Politik der ökonomischen Liberalisierung, die die neuen Herrscher in allen Fällen vorantreiben. Zum anderen ist ihre Expertise für die Planung und Umsetzung dieser Wirtschaftspolitik gefragt. An erster Stelle sind hierbei Privatisierungen zu nennen, die teilweise sogar in Syrien Einzug gehalten haben, wo noch mit Fünf-Jahres-Plänen gewirtschaftet wird. Zudem wird versucht, Investitionen anzulocken und Zölle abzubauen. Das Extrembeispiel ist ein bilaterales Freihandelsabkommen zwischen Jordanien und den USA (Bank/Schlumberger 2004, S. 50). Einen formalen Rahmen für ihre Politikgestaltung erhalten junge Technokraten aus dem Umkreis des neuen Herrschers in neuen Gremien, die parallel zu den bereits bestehenden Institutionen eingerichtet werden, z.B. in Bahrain, Marokko und Jordanien (Niethammer 2006, S. 9f.; Bank 2004, S. 163, 167). Somit erleiden die langjährigen Amtsinhaber und Institutionen einen relativen Bedeutungsverlust, und auf indirektem Wege findet eine Erneuerung der Eliten statt.

Daneben besteht ein zentraler Bestandteil des Herrscherwechsels im direkten Austausch von Teilen der Elite. Dies betrifft zunächst nicht die wichtigsten Personen, sondern eher die mittleren Eliten, wie regionale Funktionäre der Ba'th-Partei in Syrien (Perthes 2004b, S. 10). Doch da diese mittleren Eliten zugleich abhängig von Personen aus der Top-Elite sind, werden dadurch die Netzwerke der letzteren zerschlagen. Dies stärkt wiederum die Stellung des Herrschers gegenüber den alten Eliten. Beide teilen jedoch das Interesse des Regimeerhalts, und somit sollte ihr Verhältnis nicht als Blockade betrachtet werden, sondern als funktionale Arbeitsteilung, die den Herrscher als positiven Reformakteur erscheinen lässt.

Was die regionalen und internationalen Außenbeziehungen der Staaten anbelangt, so entspannt sich die Atmosphäre sofort spürbar, da über Jahrzehnte hinweg angestaute persönliche Animositäten wegfallen, wie etwa zwischen König Hussein und Hafiz al-Assad. Die verbesserten internationalen Beziehungen schlagen sich in einer erfolgreichen Einwerbung finanzieller Zusagen nieder. König Abdallah II. nutzte

Abdallah, König von Jordanien, vor dem Bild seines verstorbenen Vaters im Jahr 1999. Der typische Ablauf einer dynastischen Nachfolge gliedert sich in (1) die Vorbereitung auf die Machtübernahme, (2) die Phase des Übergangs, an der die „alten“ und „neuen“ Eliten beteiligt werden, und (3) schließlich die Konsolidierung der alleinigen Herrschaft. **picture alliance/dpa**

seine Antrittsbesuche in Europa und den USA, um die Auslandsschulden Jordaniens zu reduzieren (Mouftard/Augé 1999).

Legalismus, Liberalisierung und erkaufte Legitimität

Die „Verfassungsmäßigkeit“ der Nachfolgeprozesse verdeutlicht, dass auch autoritäre Regime nicht durch reine Willkür herrschen, sondern sich um Anerkennung bei der Bevölkerung und der internationalen Umwelt bemühen. Die Regime versuchen durch den Verweis auf formale Gesetze, eine Art rationaler Legitimität (Weber 1947) für sich in Anspruch zu nehmen. Dieser Diskurs steht isoliert neben dem Vorherrschen informeller Mechanismen, um die ohnehin jeder weiß.

Auch beim Aufstieg der neuen Eliten mit einem Interesse an ökonomischer Modernisierung zeigt sich einmal mehr die Inkongruenz von formalen Positionen und realem Einfluss in neopatrimonialen Regimen. Die Förderung dieser neuen Kräfte bietet dem Herrscher jedoch gleich mehrere Vorteile: ein Ausbalancieren der alten Eliten, das durch unklare und sich gegenseitig überschneidende Zuständigkeiten begünstigt wird, die Unterstützung der Modernisierungsagenda und eine Verbreiterung der sozialen Basis (Perthes 2004a).

Die Wirtschaftsliberalisierungen werden allerdings generell nur selektiv umgesetzt und finden dort ihre Grenzen, wo Interessen des Regimes oder von Regimeangehörigen berührt werden (Henry/Springborg 2001). Zudem bleibt ein Standbein der Ökonomie die externe Einwerbung von Finanzen, die durch die Verjüngung der Eliten begünstigt wird. Neben den reichen Golfstaaten sind hier die USA als Geldgeber zu nennen, die durch Entwicklungshilfe oder sonstige Mittel die Budgets ihrer Verbündeten in der Region aufstocken. Diese Einkommensart, die auch als politische Rente bezeichnet wird, hat nicht nur Auswirkungen auf die Wirtschaft, sondern auch auf Gesellschaft und Politik, genauso wie Renten aus Erdöleinnahmen (Beblawi 1987, S. 59ff.). Die daraus entstehenden externen Einkommen fließen direkt an den Staat und stehen ihm zur freien Verfügung, da er die Gelder kaum in Produktion reinvestieren muss und somit gemäß politischen Interessen nach Belieben an verschiedene gesellschaftliche Gruppen verteilen kann (Pawelka 1993). Durch kostenlose Dienstleistungen, Subventionen auf Lebensmittel und die Bereitstellung von Infrastruktur erkaufte das Regime sich materielle Legitimation beim Volk, das nicht besteuert wird und darum in Um-

kehrung des Grundsatzes „no taxation without representation“ weniger Chancen auf Mitsprache hat (Luciani 1987, S. 73ff.).

Die Konsolidierungsphase

In der dritten Phase löst sich der Nachfolger endgültig von der Top-Elite seines Vaters, indem er verbliebene Konkurrenten ausschaltet. Diese Konsolidierung seiner alleinigen Herrschaft markiert den Schlusspunkt des Wechsels. In Jordanien ist dafür der Zeitpunkt anzusetzen, als der Geheimdienstchef und königliche Berater Samih al-Battikh von seinen einflussreichen Ämtern entbunden und ins Oberhaus „abgeschoben“ wurde. Zuvor hatte der Ausdruck „Battikhistan“ als Bezeichnung für Jordanien seine Machtfülle angezeigt (Henderson/Pasch 2001, S. 4). In Marokko leitete die Entlassung von Innenminister Driss Basri die Konsolidierungsphase ein (Bank 2004, S. 166). In Bahrain war die wichtigste Person vor dem Herrscherwechsel der Bruder des alten Emirs gewesen, der weiterhin Premierminister blieb. Der neue Emir Hamad machte sich selbst zum König und versuchte durch diese „Royalisierung“, die eigene Position innerhalb der Herrscherfamilie zu stärken (Kéchichian 2008). Doch ist unklar, inwieweit der Premierminister die Politik seines Neffen obstruiert oder ob es sich dort nicht ebenfalls um ein Arrangement handelt, das Züge der oben beschriebenen Arbeitsteilung aufweist.

Die Konsolidierungsphase tritt naturgemäß in Monarchien relativ schnell ein. Monarchen stehen aufgrund ihrer traditionellen Legitimation und dadurch, dass sie sich nicht einmal manipulierten Abstammungen stellen müssen, noch abgehobener über der Gesellschaft und anderen Eliten als Präsidenten in Republiken. In Syrien dauerte es dementsprechend länger, bis Baschar al-Assad die „Schwergewichte“ der väterlichen Assad-Ära aus der Top-Elite verdrängen konnte. Erst vier Jahre nach seiner Machtübernahme traten die Weggefährten Hafiz al-Assads, Vizepräsident al-Khaddam und Verteidigungsminister Talas, sowohl von ihren Ministerposten als auch den Ämtern im höchsten Entscheidungsgremium der Ba'th-Partei zurück, die sie Jahrzehnte lang inne gehabt hatten.

Was die konkrete Politikgestaltung nach Abschluss des Herrscherwechsels angeht, so sind einige wichtige inhaltliche Strategien und Neuerungen zu nennen. In mehreren Fällen setzte der Herrscher wirtschaftliche Liberalisierungen per Dekret durch. Diese Gesetzgebung umging das Parlament, in dem mit Wi-

derspruch gegen unpopuläre Maßnahmen wie Steuererhöhungen zu rechnen war, der im Falle Jordaniens auch geäußert wurde (Lucas 2005, S. 134). Zudem wurden Parlamentswahlen erst in der Konsolidierungsphase angesetzt. Diese dienten auch einer Verjüngung des politischen Personals.

Ein auffälliges Merkmal ist die Betonung von nationalem Interesse als der Versuch, ein Nationalbewusstsein zu schaffen bzw. zu stärken. Dabei ist, wie für autoritäre Regime allgemein, die Hegemonisierung des öffentlichen Diskurses durch die Kontrolle der Medien zentral für den Erfolg dieser Strategie (Bank 2004, S. 173). In Jordanien war eine Stärkung des Nationalbewusstseins zu diesem Zeitpunkt besonders wichtig, da ein Übergreifen der regionalen Konflikte im Irak und in den palästinensischen Gebieten zu befürchten war, auch angesichts der Flüchtlingsbevölkerungen aus den jeweiligen Gebieten (Bank 2004, S. 165). In Syrien hingegen bedeutet die Akzentuierung einer dezidiert nationalen Identität eine Abkehr vom panarabischen Diskurs, der vormals zumindest pro forma die Ba'th-Ideologie prägte. Hier könnte dies auch eine präventive Strategie sein, um im Falle der Lösung des Nahostkonflikts über eine alternative Quelle symbolischer Legitimität zu verfügen (Landis 2007).

Eine weitere gemeinsame Neuerung ist die Volksnähe der Herrscher, die Sympathien wecken soll. Doch auch die First Ladies sind im öffentlichen Leben präsent und engagieren sich in verschiedenen wohltätigen Organisationen. Asma al-Assad, die Ehefrau des syrischen Präsidenten, ist Schirmherrin zweier staatlich gegründeter „Nichtregierungs“-Organisationen, die der vernachlässigten sozialen Basis des Regimes zugute kommen: die eine kümmert sich um die Stärkung von Frauen in der Wirtschaft, die andere ist ein Fonds für ländliche Entwicklung (Leverett 2005, S. 95).

Wahlen und imitierte Institutionen als Merkmale autoritärer Herrschaft

Auch in der Konsolidierungsphase zeigen sich Besonderheiten formaler Institutionen in autoritären Regimen. Die Existenz von Wahlen darf nicht zu dem Trugschluss verleiten, diese hätten eine ähnliche Bedeutung wie in westlichen Demokratien (Schedler 2006). In den meisten Staaten steht die wichtigste Person nicht zur Wahl, und wenn dies doch der Fall ist, so steht der Wahlausgang bereits im Voraus fest. Wenn das Wahlergebnis als Indikator für die Öffnung der Regime dienen soll, so sind die sowjetisch anmutenden 99 Prozent-Re-

sultate der Vergangenheit weitestgehend verschwunden, was auf einen größeren, zeitgemäßen Pluralismus hindeutet. Jedoch sind „77 die neuen 99“ Prozent (Heydemann 2007, S. 13): Für die Opposition bleibt es unmöglich, die komfortable Zweidrittelmehrheit der Regierungen zu durchbrechen, was eine grundlegende Politikänderung ausschließt.

Die Bedeutung von Parlamenten ist im Vorderen Orient ohnehin eine völlig andere als im westlichen Kontext. Der Form nach handelt es sich um „imitierte“ Institutionen (Albrecht/Schlumberger 2004, S. 381). Das Parlament erfüllt weder eine legislative Funktion noch ist die Regierung ihm gegenüber verantwortlich. Stattdessen profitieren die Abgeordneten von ihrer privilegierten Stellung, die ihnen zwar kaum politische Mitsprache, aber Zugang zu finanziellen Ressourcen erlaubt. Die Verteilung der Renten erfolgt durch die Netzwerke, die ein zentrales Charakteristikum des Neopatrimonialismus sind. Das Geld sickert mittels der Parlamentsabgeordneten in die Wahlkreise und versickert unter Umständen auf dem Weg dorthin. Die herrschenden Eliten verfügen somit über eine Rückbindung an die Wahlkreise. Dies zeigt, dass politische und wirtschaftliche Mechanismen im Vorderen Orient eng miteinander verknüpft sind und sich gegenseitig stützen (Pawelka 2008, S. 46f.; Schlumberger 2008, S. 130f.).

Auch wenn es Organisationen gibt, die der Form nach als Nichtregierungsor-

ganisationen bezeichnet werden, können diese doch nicht als Teil einer Zivilgesellschaft im demokratischen Sinne gelten. Ein Definitionsmerkmal letzterer ist, dass sie autonom vom Staat agiert. Diese Unabhängigkeit vermochten die Herrscher im Vorderen Orient bislang zu unterbinden (Albrecht 2005). Besonders durch die vielfältigen Aktivitäten der First Ladies im wohltätigen Bereich und die entsprechenden Organisationen hat der Staat eine weitere Möglichkeit der Kontrolle über die Gesellschaft (Heydemann 2007, S. 8ff.).

Fazit

Viele Wissenschaftler erkennen zwar die Langlebigkeit der politischen Regime im Vorderen Orient an, betrachten diese aber nicht als stabil (Sluglett 2005, S. 34). Demnach könne autoritäre Herrschaft hauptsächlich durch Repression gewährleistet werden (Bellin 2004). Allerdings erklärt diese Perspektive nicht die Dauerhaftigkeit derjenigen Regime, die nur selten auf gewaltsame Unterdrückung zurückgreifen. Obwohl autoritären Regimen eine inhärente Instabilität unterstellt wird, scheint zumindest der neopatrimoniale Typ im Vorderen Orient eine stabile Variante nicht-demokratischer Herrschaft darzustellen. Eine normative Sichtweise, die davon ausgeht, dass die Dauerhaftigkeit autoritärer Regime eigentlich eine Anomalie darstelle und früher oder später jede autoritäre Herrschaft in sich zu-

sammenbreche, um der Demokratie zu weichen, kann durch obige Ausführungen nicht bestätigt werden. Wie wir gesehen haben, konnten die politischen Regime in der schwierigen Phase der Herrscherwechsel ihre Stabilität erhalten. Bei allen zeitbedingten Neuerungen entsprechen die allgemein herausgearbeiteten Politikmuster der Bandbreite, die auch in normalen Zeiten den Vorderen Orient prägen. Die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Herrscherwechsel waren bisher ein Sohn mit Rückhalt im Militär und ein spezifischer Mix aus verschiedenen alten und neuen Legitimationsquellen und -strategien. Sind diese Bedingungen gegeben, so sollten auch die möglicherweise bevorstehenden dynastischen Herrscherwechsel zu einer stabilen Machtübergabe führen, wodurch sich die politischen Strukturen in der Region angleichen würden.

In den Republiken Ägypten und Jemen kann – im Gegensatz zu Libyen – nicht ausgeschlossen werden, dass der Sohn über Präsidentschaftswahlen im höchsten Staatsamt installiert wird und somit über Legitimität durch (wie auch immer abgehaltenen) Wahlen verfügt. Dies stellt eine neue Variante des Herrscherwechsels dar, die in Aserbaidschan bereits vollzogen wurde (Halbach 2003). Zwar kann es sich bei dem Nachfolger

Tabelle 1: Chronologie der familieninternen Herrscherwechsel und Vorbereitungen

	Land	Zeitpunkt	Umstände	Nachfolger
1.	Jordanien	Feb. 1999	Tod von König Hussein	Sohn: König Abdallah II.*
2.	Bahrain	März 1999	Tod von Emir Isa bin Salman Al Khalifa	Sohn: Emir Hamad bin Isa Al Khalifa
3.	Marokko	Juli 1999	Tod von König Hassan II.	Sohn: König Muhammad VI.
4.	Syrien	Juni 2000	Tod von Präsident Hafiz al-Assad	Sohn: Präsident Baschar al-Assad
5.	VAE (Abu Dhabi)	Nov. 2004	Tod von Emir Zayid bin Sultan Al Nahyan	Sohn: Emir Khalifa bin Zayid Al Nahyan
6.	Saudi-Arabien	Aug. 2005	Tod von König Fahd bin Abd al-Aziz Al Sa'ud (Regierungsgeschäfte seit 1995 von Abdallah geführt)	Bruder: König Abdallah bin Abd al-Aziz Al Sa'ud
7.	Kuwait	Jan. 2006	Tod von Emir Ahmad al-Dschabir al-Sabah	Bruder: Emir Sabah IV. al-Ahmad al-Dschabir al-Sabah*
8.	Dubai (VAE)	Jan. 2006	Tod von Emir Maktum bin Raschid Al Maktum	Bruder: Emir Muhammad bin Raschid Al Maktum
	Ägypten	evtl. 2011	möglicherweise Präsidentschaftswahl (keine Kandidatur von Präsident Hosni Mubarak)	Sohn: Gamal Mubarak
	Jemen	evtl. 2013	möglicherweise Präsidentschaftswahl (keine Kandidatur von Präsident Ali Abdallah Salih)	Sohn: Ahmad Salih
	Libyen	?	? Revolutionsführer Mu'amar Gaddafi	Sohn: Saif al-Islam oder Mu'tasim Billah Gaddafi?

* = vorgesehener Nachfolger kam nicht zum Zug. Quelle: Eigene Darstellung

auch um einen Bruder des Herrschers handeln. Die Tatsache, dass Söhne die Nachfolger sind, bedeutet jedoch die größtmögliche Kontinuität von Politik bei gleichzeitiger biologischer Verjüngung des Personals sowie einer Anpassung der Prioritäten an die Erfordernisse der Zeit. Auch bei unterschiedlichen Voraussetzungen ist zu erwarten, dass die autoritären Regime des Vorderen Orients die Herausforderung des Herrscherwechsels auch weiterhin als Chance für Erneuerung bei gleichbleibender Stabilität nutzen können.

ANMERKUNGEN

1 Ich danke Oliver Schlumberger und den Teilnehmern des Tübinger Forschungsforums Moderner Orient für hilfreiche Anregungen sowie Torsten Matzke und Jörg Haas für Korrektur und wertvolle Kommentare.

LITERATUR

Albrecht, Holger (2005): Zivilgesellschaft und der Vordere Orient: Das Prinzip Hoffnung und die Grenzen eines sozialwissenschaftlichen Konzepts. In: Betz, Joachim/Hein, Wolfgang (Hrsg.): Neues Jahrbuch Dritte Welt 2005: Zivilgesellschaft. Wiesbaden, S. 118–143.

Albrecht, Holger/Schlumberger, Oliver (2004): Waiting for Godot. Regime Change Without Democratization in the Middle East. In: International Political Science Review 25 (4), S. 371–392.

Bank, André (2004): Rents, Cooptation, and Economized Discourse: Three Dimensions of Political Rule in Jordan, Morocco and Syria. In: Journal of Mediterranean Studies 14 (1/2), S. 155–180.

Beblawi, Hazem/Luciani, Giacomo (Hrsg.) (1987): The Rentier State. London u. a.

Beblawi, Hazem (1987): The Rentier State in the Arab World. In: Hazem, Beblawi/Giacomo Luciani (Hrsg.): The Rentier State. London u. a., S. 49–62.

Bellin, Eva (2004): The Robustness of Authoritarianism in the Middle East: Exceptionalism in Comparative Perspective. In: Comparative Politics 36 (2), S. 139–157.

Bill, James A./Leiden, Carl (1974): The Middle East. Politics and Power. Boston.

Brownlee, Jason (2005): Political Crisis and Stabilization: Iraq, Libya, Syria, and Tunisia. In: Pripstein Posusney, Marsha/Penner Angrist, Michele (Hrsg.): Authoritarianism in the Middle East: Regimes and Resistance. Boulder, CO., S. 43–62.

Brownlee, Jason (2007): Hereditary Succession in Modern Autocracies. In: World Politics, 59 (4), S. 595–628.

Calvert, Peter (1987): Political Succession and Political Change. In: Calvert, Peter (Hrsg.): The Process of Political Succession. New York, S. 1–23.

Carapico, Sheila (2002): Successions, Transitions, Coups and Revolutions. In: Cantori, Louis J./Norton, Augustus R. (Hrsg.): Political Succession in the Middle East. In: Middle East Policy 9 (3), S. 109–110.

Carnegie Endowment for International Peace (2006): Arab Reform Bulletin, October 2006, 4 (8), Washington, D.C.

Faath, Sigrid (Hrsg.) (2000): Konfliktpotential politischer Nachfolge in den arabischen Staaten. Hamburg.

Fähndrich, Hartmut (Hrsg.) (2005): Vererbte Macht. Monarchien und Dynastien in der arabischen Welt. Frankfurt/M. und New York.

George, Alan (2003): Syria. Neither Bread Nor Freedom. London und New York.

Halbach, Uwe (2003): Herbst der Patriarchen. Wahlen, dynastischer Herrschaftswechsel und „Rosenrevolution“ im Südkaukasus. SWP-Aktuell 49, November 2003. Berlin.

Henry, Clement M./Springborg, Robert (2001): Globalization and the Politics of Development in the Middle East. Cambridge.

Herb, Michael (1999): All in the Family. Absolutism, Revolution, and Democracy in the Middle Eastern Monarchies. Albany, NY.

Herz, John H. (1952): The Problem of Successorship in Dictatorial Régimes: A Study in Comparative Law and Institutions. In: The Journal of Politics 14, S. 19–40.

Heydemann, Steven (2007): Upgrading Authoritarianism in the Arab World. Analysis Paper Nr. 13, Oktober 2007. The Saban Center for Middle East Policy at The Brookings Institution, Washington, D.C.

Huntington, Samuel P. (1991): The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century. Norman, OK.

Kéchichian, Joseph A. (2008): Power and Succession in Arab Monarchies: A Reference Guide. Boulder, Co.

Khalaf, Abdulhadi (2000): The New Amir of Bahrain: Marching Sideways. In: Civil Society 9 (100), S. 6–13.

Köllner, Patrick (2008): Autoritäre Regime: Ein Überblick über die jüngere Literatur. In: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 2 (2), S. 351–366.

Koszinowski, Thomas (2000): Jordanien. In: Faath, Sigrid (Hrsg.): Konfliktpotential politischer Nachfolge in den arabischen Staaten. Hamburg, S. 111–120.

Landis, Joshua (2007): The Presidential Plebiscite and Pageantry: What does it Mean? Syria Comment. Syrian Politics, History, and Religion. 04.06.07; Online: <http://joshualandis.com/blog/?p=274> [Zugriff am 11.12.09].

Leverett, Flynt (2005): Inheriting Syria. Bashar's Trial by Fire. Washington, D.C.

Luciani, Giacomo (1987): Allocation vs. Production States. A Theoretical Framework. In: Beblawi, Hazem/Luciani, Giacomo (Hrsg.): The Rentier State. London u. a., S. 65–84.

Mouftard, Alain/Augé, Jean-Christophe (1999): La politique étrangère et régionale: heritages, contraintes et inflexions. In: Monde arabe – Maghreb Machrek, Nr. 164, S. 123–140.

Niethammer, Katja (2006): Voices in Parliament, Debates in Majalis, and Banners on Streets: Avenues of Political Participation in Bahrain. RSCAS Working Paper 2006/27. Florenz.

Pawelka, Peter (1985): Herrschaft und Entwicklung im Nahen Osten: Ägypten. Heidelberg.

Pawelka, Peter (1993): Der Vordere Orient und die Internationale Politik. Stuttgart u. a.

Pawelka, Peter (2008): Der orientalische Staat im 21. Jahrhundert: Zur Reinkarnation des vormaligen Staates in einer globalisierten Welt. In: Pawelka, Peter (Hrsg.): Der Staat im Vorderen Orient. Konstruktion und Legitimation politischer Herrschaft. Baden-Baden, S. 37–53.

Perthes, Volker (Hrsg.) (2004a): Arab Elites. Negotiating the Politics of Change. Boulder, CO.

Perthes, Volker (2004b): Syria under Bashar Al-Asad: Modernisation and the Limits of Change. Adelphi Paper Nr. 366. Oxford.

Potter, A. M. (1987): A Structural Analysis of Political Succession. In: Calvert, Peter (Hrsg.): The Process of Political Succession. London, S. 223–243.

Ryan, Curtis R. (2002): Jordan in Transition. From Hussein to Abdullah. Boulder, CO. und London.

Schedler, Andreas (Hrsg.) (2006): Electoral Authoritarianism. The Dynamics of Unfree Competition. Boulder, CO.

Schlumberger, Oliver (2008): Autoritarismus in der arabischen Welt. Ursachen, Trends und internationale Demokratieförderung. Baden-Baden.

Schlumberger, Oliver (2002): Transition in the Arab World. Guidelines for Comparison. EU Working Paper, RSC Nr. 2002/22. Badi Fiesolana.

Schmidt, Siegmund (2003): Theoretische Überlegungen zum Konzept „Politische Stabilität“. In: Faath, Sigrid (Hrsg.): Stabilitätsprobleme zentraler Staaten: Ägypten, Algerien, Saudi-Arabien, Iran, Pakistan und die regionalen Auswirkungen. Deutsches Orient-Institut Hamburg. Mitteilungen Bd. 67, S. 9–39.

Sluglett, Peter (2005): Der Mythos der Monarchie in der arabischen Welt. In: Fähndrich, Hartmut (Hrsg.): Vererbte Macht. Monarchien und Dynastien in der arabischen Welt. Frankfurt und New York, S. 17–36.

Stacher, Joshua A. (2008): Egypt: The Anatomy of Succession. In: Review of African Political Economy 35 (2), S. 301–314.

Weber, Max (1947): Wirtschaft und Gesellschaft. 3. Aufl. Tübingen.

Werenfels, Isabelle (2008): Qaddafis Libyen. Endlos stabil und reformresistent? SWP-Studie S 7, März 2008, Berlin.

Zisser, Eyal (2001): Asad's Legacy. Syria in Transition. New York.



UNSERE AUTORIN

Maria Josua, M. A., ist Wissenschaftliche Angestellte am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen, Arbeitsbereich Vorderer Orient und Vergleichende Politikwissenschaft. Sie studierte Politikwissenschaft, Islamwissenschaft und Rechtswissenschaft in Tübingen und Kopenhagen. Ihre Arbeits- und Forschungsschwerpunkte sind Legitimität autoritärer Regime, politische Herrschaft im Vorderen Orient und Methoden der Vergleichenden Politikwissenschaft.

Das Familienunternehmen Ägypten

Thomas Demmelhuber

Ägypten mit seinen mehr als 80 Millionen Einwohnern und seiner fortdauernden regionalen Leitakteursrolle – vor allem als Vermittler im Kontext des Nahostkonflikts – wird in den Medien meist als Trendsetter in politischer, ökonomischer und kultureller Hinsicht für die Region des Nahen und Mittleren Ostens betrachtet. So auch geschehen in den turbulenten Jahren eines internationalen Demokratisierungsdiskurses, der vor allem durch den kurzzeitigen Strategiewechsel in der US-amerikanischen Außenpolitik unter Bush junior mit seiner 2003 formulierten Freiheitsagenda („forward strategy of freedom“) für den Nahen und Mittleren Osten geprägt wurde und kurzfristig Wirkung zu haben schien. Währenddessen überraschte vor allem der seit 1981 amtierende ägyptische Staatspräsident Hosni Mubarak nach einer im Sommer 2004 vollzogenen Auswechslung der Regierungsmannschaft mit einem politischen und ökonomischen Reformaktivismus, der regional wie international aufmerksam verfolgt wurde und einige vorschnelle Analysten dazu verleitete – so Thomas Demmelhuber –, den „Kairoer Frühling“ (in Anlehnung an den „Prager Frühling“ von 1968) oder gar den demokratischen Durchbruch des autoritären Herrschaftssystems auszurufen.¹

Reformpolitische Kehrtwende

Mit der Bildung der neuen Regierung wurde im Juli 2004 Ahmed Nazif, der bisherige Kommunikations- und Informationstechnologeminister, beauftragt. Der damals 52-jährige Informatiker Nazif hatte in den Jahren zuvor als Minister erfolgreich den ägyptischen Telekommunikationssektor modernisiert, sich hierdurch im In- und Ausland den Ruf eines Reformers erworben und galt zudem als Vertreter einer neuen, jüngeren Generation, die fortan sukzessive ihren Einfluss in der Tagespolitik erhöhen sollte. Der seit 2004 intensiverte Reformprozess umfasste nicht nur wirtschaftspolitische Aspekte, sondern in Teilen auch das politische System des Landes mit zwei umfangreichen Verfassungsänderungen in den Jahren 2005 und 2007. Dabei schien dieser Reformeffort zunächst der gewohnten Regimedominanz in der inhaltlichen Ausgestaltung des politischen Reformprozesses in Ägypten zu folgen: In den 1990er Jah-

ren bis hin zur Regierung von Ahmed Nazif befand sich das Regime meist in einer passiven Rolle. Man reagierte auf veränderte politische oder ökonomische Rahmenbedingungen, die ein Handeln nötig machten, um den Fortbestand der Herrschaftselite zu sichern und nach außen den Schein von Reformaktivismus zu wahren (z.B. der Kampf gegen militante Islamisten in den 1990er Jahren). Vor allem gegenüber internationalen Geberinstitutionen wie der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds, von deren Krediten und Transferzahlungen das Land abhängig war, verstand man es, ein Reformtheater zu inszenieren, das die Gräben zwischen Anspruch und Wirklichkeit erfolgreich verwischte. Diese Passivität in der ägyptischen Politik brachte nur kurzzeitigen Aufschub und machte schließlich eine Wende in der Regierungspolitik in den Jahren 2003 und 2004 unumgänglich. Seit 2004 rückt nun zudem vermehrt die Legitimationsfrage von Staat und Herrschaft im autoritären politischen System Ägyptens in den Mittelpunkt. Die auf den früheren Staatspräsidenten Gamal Abdel Nasser (1954 bis 1970) zurückgehende Quelle von Herrschaftslegitimation, über eine umfangreiche Sozial- und Subventionsstaatsrolle im Gegenzug politische Exklusion zu erkaufen, war sukzessive schwieriger umzusetzen: Erstens aufgrund einer grundsätzlichen ökonomischen Neuausrichtung mit einer einhergehenden neuen Rolle des Staates in der Ökonomie (Stärkung des Privatsektors und Senkung der Staatsquote) und zweitens durch einen extremen Anstieg der Rezipientenseite (Bevölkerungswachstum und Anstieg der Armutsrate) sowie einer damit korrelierenden Zahlungsunfähigkeit des Staates. Analog zu den 1990er Jahren war das Bewusstsein über die Notwendigkeit umfassender Reformen vorhanden, doch verzögerte bis 2004 der fehlende herrschaftsinterne Konsens über Art und Inhalt der nötigen Reformen deren Implementierung.² Wesentliche Neuformierungen innerhalb der Herrschaftselite haben nun jedoch seit wenigen Jahren ein offensives und eines auf Langfristigkeit ausgelegtes Handeln erst ermöglicht und zeichnen für diesen gegenwärtigen Reformaktivismus verantwortlich.

Will man sich nun zunächst die aktuelle Struktur der Herrschaftselite Ägyptens vergegenwärtigen, so bleibt festzuhal-

ten, dass die Herrschaftselite unter Mubarak sehr heterogener Natur ist und sich damit nachhaltig von jener zur Zeit von Nassers in den Anfangsjahren der Republik und auch von jener unter Sadats Präsidentschaft (1970 bis 1981) mit ihren sehr konkreten und hierarchischen Entscheidungslinien und Strukturen unterscheidet: Sie setzt sich aus zahlreichen Segmenten, wie zum Beispiel dem Militär, Geheimdienst, religiöser Institutionen wie der Al-Azhar-Universität, Wirtschaftseliten, diverser Gerichtsbarkeiten, Gewerkschaftsfunktionäre, Partei- und Bürokratieapparate zusammen, was es der darin agierenden Kernelite – direktes Umfeld der Präsidentenfamilie inklusive engster Beraterstab – ermöglicht, die verschiedenen Seiten gegeneinander auszuspielen und damit das Entstehen paralleler Machtzentren zu verhindern.

Funktionslogik des politischen Systems

Der politische Reformprozess ist weiterhin ein kosmetischer Reformakt, der nichts an der in der Literatur hinreichend beschriebenen politischen Logik des Autoritarismus und den ihm im Falle Ägyptens zugrunde liegenden neopatrimonialen Handlungsmechanismen (Klientelismus, Patronage und Korruption) ändert. Neu ist nun hingegen der vermehrte Einbezug formeller semi-demokratischer Mechanismen als Mittel zum Zweck der Herrschaftssicherung und Herrschaftslegitimation (z.B. kompetitive Präsidentschaftswahlen im Jahr 2005), welche nun als Reproduktionsmechanismus autoritärer Herrschaft instrumentalisiert werden. Wahlen dienen dabei nicht nur einem Legitimationsgewinn nach innen, sondern auch nach außen gegenüber einer internationalen Staaten- und Gebergemeinschaft, welche in unterschiedlichem Maße politische Liberalisierungsmaßnahmen als Grundlage der Entwicklungszusammenarbeit einfordert. Die auf Langfristigkeit ausgerichtete offensive Reformrhetorik und praktische Umsetzung (siehe auch umfangreiche Verfassungsänderungen 2005 und 2007) setzen sich klar und deutlich von den 1990er Jahren ab, obgleich sich aus der taktischen Instrumentalisierung von formal-demokratischen Elementen mitnichten eine demokratische System-

transformation ableiten lässt: Die Formulierung der Reformagenda findet formell an der Spitze der Exekutive statt, de facto sind es Segmente innerhalb der Herrschaftselite, die auf unterschiedliche Weise direkt oder indirekt Einfluss auf die Formulierung der politischen Reformagenda nehmen und einen kontrollierten Pluralismus schaffen, der sich zum einen aus kontrollierten Partizipationsmechanismen und zum anderen aus erweiterten Räumen der öffentlichen Debatte (Medien) speist. Die Herrschaftselite und hierbei vor allem die dominanten Segmente darin, die im weiteren Verlauf noch zu konkretisieren sein werden, zeichnen für diesen Aktivismus verantwortlich, beeinflussen ganz wesentlich den Legitimationsdiskurs von Staat und Herrschaft und sind die Protagonisten in der Fortentwicklung des autoritären Herrschaftstypus. Was die Kategorisierung dieser herrschaftsstrukturellen und prozessoralen Dimension im Autoritarismus betrifft, wird diese in der Literatur unterschiedlich typologisiert. Aktuelle Forschungsarbeiten zu Ägypten sprechen von einer „Hybridisierung des autoritären Systems“³, von einem „authoritarian upgrading“⁴ oder von einer „liberalized autocracy“⁵. Unabhängig von der konkreten Sub-Typologisierung des autoritären Systems in Ägypten ist allen diesen Forschungsarbeiten gemeinsam, dass sie den autoritären Systemtypus richtigerweise als ein Herrschaftsmodell sui generis betrachten, der als solches als Faktum anzuerkennen und nicht aus der Perspektive einer „normativen Einbahnstraße“ in Richtung Demokratie zu betrachten ist.

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Eliteninterne Verschiebungen

Aufstieg der Wirtschaftseliten

Der Aufstieg von privaten Großunternehmen – seit dem Austausch der Regierungsmannschaft mit dem neuen Premierminister Nazif im Jahre 2004 – zu einem konstitutiven Element innerhalb der Herrschaftselite, unter anderem durch Übernahme politischer Mandate, ist eng verknüpft mit der Formulierung der politischen und ökonomischen Reformagenda bereits seit den 1970er Jahren. Er ist damit das Ergebnis einer seit der Präsidentschaft von Anwar as-Sadat (1970 bis 1981) angestoßenen Stärkung des Privatsektors und der herrschaftspolitisch engen Bindung von einigen Großunternehmen an das Regime (Infit h-Politik). Klientelismus, Patronage und enge Verknüpfungen zur Herrschaftselite galten dabei als Grundvoraussetzung für eine Etablierung als Unternehmer im wachsenden,

privatwirtschaftlich organisierten Sektor. Daraus entwickelte sich eine Allianz zwischen der Wirtschaftselite und der Kernelite um die Präsidentenfamilie, die nun in erster Linie darauf ausgerichtet ist, bestehende Eigentums- und Machtverhältnisse zu konservieren, auszubauen und jüngst entstandene marktbeherrschende Stellungen in einzelnen Branchen (Bau- und Immobilienbranche, Tourismus, Telekommunikation) privatwirtschaftlich abzusichern. Im Gegensatz zu früher, als die „Kumpelkapitalisten“ („crony capitalists“) einen Teil des Herrschaftsnetzwerkes der politisch-militärischen Elite bildeten und noch über kein von der Regierung und dem Regime unabhängiges Machtzentrum verfügten, hat sich die Situation in den vergangenen Jahren gewandelt: Neben vertikalen Machtbeziehungen zugunsten des Machtzentrums mit dem Präsidenten an der Spitze sind nun in Bezug auf eine

Gruppe von Unternehmern im Umkreis des einflussreichen, 46 Jahre alten Präsidentensohns Gamal Mubarak horizontale Machtbeziehungen erkennbar, durch die wenige Unternehmerfamilien – meist geführt in der zweiten Generation – umfangreiche Unternehmenskonglomerate etablieren konnten und damit zu konstitutiven Elementen des Herrschaftssystems wurden. Diese Akteursgruppe um Gamal Mubarak und die an ihn assoziierten Teile der Führungsspitze der Staats- und Regimepartei NDP (National Democratic Party) stellen zunehmend in Personalunion die Regierung. Sie ist die treibende Kraft in der Formulierung und Implementierung der politischen und ökonomischen Reformagenda und scheint parallel auch Ausdruck einer von der Kernelite um Präsident Mubarak inszenierten Vorbereitung seiner Nachfolge im Präsidentenamt zu sein. Gleichzeitig verlieren die „alte Garde“ und das Mi-

In Ägypten nimmt Präsidentensohn Gamal Mubarak die Rolle des potenziellen „Thronfolgers“ ein. Hosni Mubaraks Sohn ist für Ägyptens Wirtschaftselite und für politisch motivierte Großunternehmer eine geeignete Integrationsfigur.

picture alliance/dpa

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Politisch motivierte Großunternehmer

Im vorliegenden ägyptischen Fall hat die vermeintlich glorreiche Oktobergeneration, die einen aus der Perspektive der nationalen Geschichtsschreibung klaren Sieg über die israelischen Streitkräfte im Yom-Kippur-Krieg von 1973 feierte, überwiegend das 70. Lebensjahr erreicht und wird von einer jüngeren Generation herausgefordert. Die jüngere Generation kann bzw. will nun ihren Herrschaftsanspruch nicht mehr durch militärische Erfolge oder Ränge legitimieren, sondern macht ihren Einfluss vielmehr durch ihre ökonomische Rolle als politisch motivierte Großunternehmer geltend. Im Falle Ägyptens nimmt Präsidentensohn Gamal Mubarak die Rolle des potenziellen „Thronfolgers“ im Präsidentenamt und der politischen Integrationsfigur für die oben genannte Wirtschaftselite ein, nachdem sein Vater im Mai 2009 bereits 81 Jahre alt wurde und aus der Sicht des Jahres 2009 noch unklar ist, ob er bei den turnusgemäßen Präsidentschaftswahlen 2011 eine sechste Amtszeit anstrebt.⁶

Für den vorliegenden Beitrag ist die Nachfolgedebatte im Präsidentenamt jedoch zweitrangig, da sie nach strukturellen und funktionalen Veränderungen des autoritären Staates und seinen konstituierenden Akteursgruppen fragt. Die Frage, wer denn nun der Nachfolger des 81-Jährigen im Präsidentenamt sein wird, erscheint aus der Perspektive des Jahres 2009 als zweitrangig und eher Spekulationsobjekt des Boulevards aufgrund der Unmöglichkeit, an verlässliches empirisches Material zu gelangen.

Was hingegen die strukturellen und funktionalen Veränderungen von Staat und Herrschaft betrifft, ist die Veränderung der Herrschaftselite maßgeblich entscheidend: Wie bereits angedeutet, haben durch den ökonomischen Öffnungsprozess seit den 1970er Jahren und die Stärkung des Privatsektors einige wenige Großunternehmer ihre Rolle als an das Regime assoziierte und davon auch abhängige „Kumpelkapitalisten“ ausbauen können. Sie sind vor allem durch Übernahme politischer Mandate und Ämter sowie durch ihre marktbeherrschende Stellung in der ägyptischen Wirtschaft mit Hilfe zahlreicher Unternehmenskonglomerate und damit einhergehenden gesellschaftspolitischen Initiativen (u.a. NGOs, Medien und Forschungseinrichtungen) zu konstitutiven Elementen der Herrschaftselite

litär als die traditionellen „Königsmacher“ ägyptischer Politik an direktem Einfluss auf die Gestaltung der Regierungspolitik.

Elitenwandel im regionalen Kontext

Neue Elitengruppen aus der Wirtschaft, die durch die Stärkung des Privatsektors Einfluss auf die Politikformulierung nehmen und frühere Machtzentren aus Militär und Bürokratie zunehmend marginalisieren, sind in einem unterschiedlichen Maße von Marokko über die Levante bis hin zur arabischen Halbinsel sichtbar und deuten dabei auf eine noch zu schließende Forschungslücke hin. Auf die Geschichte der Länder des Nahen und Mittleren Ostens seit Beginn der Dekolonisierung im 20. Jahrhundert bezogen, ist dies der zweite nachhaltige Elitenwandel, welcher die Konfiguration von Staat und Herrschaft neu bestimmt: Mit dem Ende des Osmanischen

Reiches und dem Aufstieg revolutionärer Bewegungen in den 1950er und 1960er Jahren (z.B. „freie Offiziere“) ging ein Elitenwandel von traditionellen Notabeln hin zu einer jüngeren Generation einher, welche in Zeiten der graduellen Dekolonisierung die Offizierslaufbahn durchliefen und maßgeblich von einer vorher nicht da gewesenen sozialen Mobilität profitierten. Sie konzipierten nach ihrer Machtübernahme die Parameter von Staat und Herrschaft in der Region neu. Die fortlaufende Selbstlegitimation durch das regionale Konfliktpotenzial mit Israel, die ideologische Absicherung durch panarabische Konzepte und sozialreformerische bzw. gesellschaftspolitische Ideologien, die zunächst eine ganz wesentliche Rolle der Legitimation von Herrschaft einnahmen, spielen eine immer geringer werdende Rolle und gehen damit auch als Quelle der Herrschaftslegitimation verloren.

und zu den entscheidenden Trägern der Reformdynamiken seit 2004 geworden.⁷ Der ägyptische Reformprozess ist damit Ausdruck eines an neue nationale, regionale und internationale Rahmenbedingungen angepassten „Autoritarismus reloaded“ oder in anderen Worten, das Ergebnis einer aktiv betriebenen Neukonfiguration von Staatlichkeit und Herrschaftsmechanismen zur langfristigen Herrschaftssicherung unter den Vorzeichen des 21. Jahrhunderts – vorangetrieben durch akteursspezifische Wandlungsprozesse innerhalb der Herrschaftselite und der funktionalen Anwendung und Ausweitung von Partizipationselementen via semi-demokratischer Mechanismen. Aber welche Ziele werden damit verfolgt und welche Motive sind für die Protagonisten dieser Reformdynamik handlungsleitend?

Reproduktionsmechanismen autoritärer Herrschaft

Der politische Reformprozess, die selektive Öffnung der Märkte bzw. die Integration in die globale Arbeitsteilung sowie die Vergrößerung aber auch die Regulierung gesellschaftspolitischer Räume folgen einem ähnlichen Muster und zielen darauf ab, die Macht-sicherung der Herrschaftselite in Anbetracht veränderter politischer, ökonomischer und sozialer Determinanten nicht nur wie für die 1990er Jahre typisch in einem Status quo zu sichern, sondern nun im Rahmen dieser neuen Kontextbedingungen neu zu konfigurieren. Somit ist der Reformprozess das zentrale Instrument in der Fortentwicklung autoritärer Herrschaft in dem Land am Nil. Das Phänomen der Globalisierung und eine von westlichen Kooperationspartnern getragene Liberalisierungs- und Demokratisierungsagenda werden dabei nicht per se zurückgewiesen, sondern vielmehr selektiv angenommen, in modifizierter Form in alte Herrschaftsmuster von Überwachung, Korruption, Repression und Patronage integriert, um den langfristigen Fortbestand der Herrschaftselite über diese neu gewonnenen Legitimationsquellen und einer damit einhergehenden Effizienzsteigerung von Herrschaft zu gewährleisten. Der ägyptische Reformprozess ist damit ein funktionales Element der Herrschaftssicherung – neben den „klassischen“ Methoden der Repression, Einschüchterung und Patronage über den Polizei-, Geheimdienst und Sicherheitsapparat – einer sich strukturell verändernden Herrschaftselite. In Bezug auf den politischen Reformprozess zielt er, als seine zentrale politische Logik, auf einen kontrollierten Pluralismus via kontrollierter Partizipation ab: Die selektive

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Ausweitung von Partizipationsrechten bei Wahlen und das am gewünschten Ergebnis orientierte Wahlmanagement sind hierbei die am häufigsten benutzten Instrumente, da sie nach außen das Bild des Wandels und der Öffnung des autoritären Systems suggerieren, de facto aber nichts an den wesentlichen Grundzügen der autoritären Herrschaft und der Exklusion relevanter Oppositionsakteure ändern. Die Konsequenz dieser politischen Reformen ist zwar eine stärkere, geduldete Präsenz von Opposition in Politik und Gesellschaft (z.B. 88 Mandate⁸ der Muslimbruderschaft in der Ma lis al- a' b, der zweiten Kammer des Parlaments) mit einer damit einhergehenden öffentlichen Streitkultur, die vor wenigen Jahrzehnten noch undenkbar gewesen wäre. Daraus aber einen Automatismus für einen demokratischen Wandel abzuleiten, wäre falsch. Vielmehr deutet der Reformprozess auf einen erfolgreichen Versuch hin, genau diesen substantiellen Reformprozess zu vermeiden. Neue Spielregeln der Partizipation (z.B. kompetitive Präsidentschaftswahlen im Jahr 2005) implizieren nur eine Teilliberalisierung des Zugangs zum politischen Prozess, über den weiterhin das Regime mit seinen verfügbaren Instrumenten der Repression und gesetzlichen Reglementierung wacht. Herrschaftssicherung ist das Ziel; der Reformprozess nur Mittel zum Zweck, der Herrschaft neu legitimieren soll. Die Legitimationsquelle ist hierbei nur sekundär im Volk zu lokalisieren.

Entscheidend für Art, Zweck und Richtung des Reformprozesses ist vielmehr der Binnendiskurs der Herrschaftselite, der auf herrschaftsinterne Koalitionen verschiedener Segmente der Herrschaftselite abzielt und daraus primäre Herrschaftslegitimation ableitet.

Neue Akteurskonstellation

Der angesprochene Aufstieg von privaten Großunternehmen zu einem bestimmenden Element innerhalb der Herrschaftselite ist also nur im Kontext politischer und wirtschaftlicher Reformimpulse sowie nationaler, regionaler und internationaler Rahmenbedingungen, die diesen Aufstieg erst förderten, zu verstehen. Die Allianz zwischen der Wirtschaftselite und der Kernelite um die Präsidentenfamilie zielt – wie beschrieben – darauf ab, Eigentums- und Machtverhältnisse zu erhalten, auszubauen und privatwirtschaftlich abzusichern. Diese Akteursgruppe um Gamal Mubarak ist die treibende Kraft in der Formulierung und Implementierung der politischen Reformagenda. Sie zeichnet sich im Gegensatz zu ihrer Elterngeneration auch in ihrem Verhältnis zu Israel durch eine entideologisierte Herangehensweise aus, die vor allem durch verbesserte Beziehungen mit dem Nachbarland auf den möglichen ökonomischen Mehrwert abzielt (z.B. umfangreiche Erdgaslieferverträge mit Israel).

Die Protestbewegung Kifaya (arab.: „Genug“) stellt – vor allem aus der Perspektive westlicher Medien – das Herrschaftsmonopol im Familienunternehmen Ägypten wirkmächtig in Frage. Das Gesicht eines protestierenden Kifaya-Anhängers trägt die Aufkleber „illegal“ und „Genug“.

picture alliance/dpa

Die Oktobergeneration wird nun von einer jüngeren Generation herausgefordert, die ihre Legitimation nicht durch militärische Ehren beziehen kann, sondern vielmehr durch ihre politisch-ökonomische Rolle als Großunternehmer Einfluss geltend macht und die Elterngeneration sukzessive von ihren Rängen verdrängt. Dieser Prozess ist immer noch im Gange und geht mit einer Verringerung der Präsenz der politisch relevanten „alten Garde“ in den entscheidenden Führungspositionen und Gremien von Partei (NDP) und Regierung einher. De facto sind hierbei nur (noch) NDP-Generalsekretär Safwat Sherif, in Personalunion auch Vorsitzender des parlamentarischen Oberhauses (Mağlis al-Šūrā), Parlamentssprecher des Unterhauses Fathi Sorour (Mağlis al-Ša'b), Präsidentenberater Usama al-Baz, Chef des Präsidentenamts Zakariya Azmi, Geheimdienstchef Omar Sulayman⁹ und Verteidigungsminister Muhammad Hussein Tantawi zu nennen. Interessant ist die Erkenntnis, dass der mittlere Parteiapparat überwiegend loyal zu der „alten Garde“ steht und die Entwicklungen an der Spitze der Partei um Gamal Mubarak und seiner Clique bis dato mit Misstrauen und Befremden beobachtet. Die Parteibasis ist in diesem Fall von geringer Bedeutung: Die parteiinterne Mobilisierungsfähigkeit bis auf die Ebene der Ortsvorsteher oder mittleren Parteikader ist zwar bedeutsam, folgt aber eher einer patrimonialen Logik als dem der aktiven Partizipation und Legitimation von unten nach oben und ist mitnichten mit einer breitenwirksamen Mobilisierung der Gesellschaft zu verwechseln. Nationale Mandatsträger werden nämlich in ihren Wahlkreisen in erster Linie entsprechend ihrer Möglichkeiten der Verteilung öffentlicher Gelder zugunsten des Wahlkreises wahrgenommen und weniger an ihren politischen Zielen oder ihrer Qualifikation gemessen. Dementsprechend haben NDP-Kandidaten bzw. an die NDP affilierte Kandidaten strukturelle und organisatorische Vorteile, falls sie nicht selbst über umfangreiche finanzielle Ressourcen verfügen und diese in ihren Wahlkampf investieren. Die gerade genannten Vertreter der „alten Garde“ hingegen, die noch hohe politische Ämter oder Posten besetzen, stehen dem wachsenden Einfluss der Gamal-Gruppe loyal gegenüber (z.B. Geheimdienstchef Omar Sulayman) oder befinden sich bereits in einer engen Allianz mit ihr (vor allem Zakariya Azmi).¹⁰ Sowohl die Gamal-Gruppe als auch zu einem geringer werdenden Maße die „alte Garde“ verfügen über ein strukturelles Monopol in

der Politikformulierung, ohne dabei auf eine Mobilisierungsfähigkeit mit sozialer Tiefe angewiesen zu sein.

Militär hat an direkter Macht eingebüßt

Mit der politischen Marginalisierung der „alten Garde“ in den entscheidenden Machtpositionen geht eine Neuordnung des Verhältnisses von Staat und dem für viele Jahrzehnte omnipotenten Militärapparat einher. Gründete sich die Herrschaftslegitimation seit der Revolution der „freien Offiziere“ im Jahre 1952 zu einem großen Teil auf die enge Bindung an das Militär, hat das Militär mit der Machtverschiebung von der „alten Garde“ hin zur Gamal-Gruppe weiter an direktem Einfluss eingebüßt. Historisch hatte das Militär in Ägypten eine wichtige und entscheidende Rolle inne: Meist war das Militär die Initiativkraft von Umbrüchen. Zahlreiche politische Beobachter sehen das Militär auch gegenwärtig noch als „Königsmacher“ in Bezug auf die Präsidentschaftsnachfolge und als zentralen Akteur in der Politikformulierung. Gegen diese Annahme sprechen zwei voneinander abhängige Sachverhalte: Erstens hat das Militär und hierbei vor allem das Offizierskorps bereits seit der Präsidentschaft von Sadat an direkter Macht eingebüßt. So reduzierte sich beispielsweise die Anzahl von Offizieren mit Kabinettsrang seit 1965 deutlich. Während unter Gamal Abdel Nasser alle politischen und ökonomischen Entscheidungen durch den Präsidenten und/oder das Militär gefällt wurden, waren Sadat und Mubarak um die Stärkung ziviler Elemente im Herrschaftsgefüge – zum Zwecke ihrer eigenen Machtsicherung – bemüht. Zweitens verfügt das Offizierskorps zwar über weit reichende Privilegien (z.B. einen eigenen Bildungs- und Gesundheitssektor), nicht zuletzt gestützt durch politisch motivierte Transferzahlungen aus den USA mit einer jährlichen Militärhilfe von 1,3 Mrd. US-Dollar. Eine Kontinuität dieser Privilegien bleibt aber eng verknüpft mit der Mubarak-Familie an der politischen Führungsspitze, da sie das Placet der USA hat und die Transferzahlungen trotz regelmäßiger Einwände und Resolutionen des US-Kongresses auf stabilen US-ägyptischen Beziehungen und einem gemeinsamen Interessenskonsensus fußen. Auch die neue US-Administration unter Barack Obama ist um die geostrategische Partnerschaft mit Ägypten sehr bemüht und scheint Abstand von einer ehrgeizigen Konditionalität im Bereich der Demokratieförderung zu nehmen.¹¹ Trotz kurzzeitiger Forderungen nach mehr demokratischen Reformen in den Jahren 2003 bis 2005 unter Bush junior deutet die seit

2006 wieder dominierende realpolitische Bestandsaufnahme bezüglich Zweck und Zielen der US-ägyptischen Beziehungen auch unter Obama klar darauf hin, dass Ägypten auch weiterhin von den USA protegiert werden würde. Letzteres wird gegenwärtig von der Clique um Präsidentensohn Gamal Mubarak monopolisiert. Daher besteht Grund zur Annahme, Akteure des Offizierskorps und deren daraus meist hervorgegangene politische Elite („alte Garde“) in einem Abhängigkeitsverhältnis zur Gamal-Gruppe zu sehen. Die Gamal-Gruppe und die „alte Garde“ sind die wichtigsten strukturellen Segmente der Herrschaftselite. Sie verfügen in der Gesamtheit über eine faktische Richtlinienkompetenz in der Politikformulierung. Diese herausragende Akteursrolle scheint nur zu einem nachgeordneten Maße an einer gesellschaftlichen Mobilisierungsfähigkeit interessiert bzw. von ihr abhängig zu sein. Viel entscheidender ist im Prozess der Politikformulierung der Einfluss innerhalb konkurrierender Teile der Herrschaftselite, in welcher die Gamal-Gruppe aufgrund beschriebener, veränderter Abhängigkeitsverhältnisse (Militär) und Einflusskanäle (Wirtschaft) zum zentralen Akteur aufgestiegen ist. Dieser negative Zusammenhang von der Fähigkeit in der Politikformulierung und der Mobilisierungsfähigkeit ist bei der Regimeopposition, wie im Folgenden am Beispiel der verbotenen aber geduldeten Muslimbruderschaft zu zeigen sein wird, nicht gültig.

Muslimbruderschaft – „al-islam huwa al-hall“

Im Jahre 1928 von dem oberägyptischen Volksschullehrer Hassan al-Banna gegründet, 1954 nach einer losen Allianz mit den Revolutionären der „freien Offiziere“ verboten, sind die Muslimbrüder – mit ihrem Slogan, der Islam sei die Lösung („al-islam huwa al-hall“) – seitdem als breite, religiöse, gesellschaftspolitische, sozialkaritative und politische Bewegung nachhaltig in der Gesellschaft Ägyptens und mit ihren autonomen Schwesterorganisationen weltweit verankert. Sie können bis dato, trotz der in Wellen verlaufenden Repression durch das ägyptische Regime, ihre Basis in der Gesellschaft sukzessive erweitern. Die Bruderschaft ist die am besten organisierte und über den stärksten gesellschaftspolitischen Rückhalt verfügende Oppositionskraft. Die Logik des politischen Autoritarismus

in Ägypten hat es bis dato verhindert, dass es zu einem wirklichen Popularitätstest in freien und kompetitiven Wahlen gekommen wäre. Aussagen über den möglichen prozentualen Anteil der Bruderschaft bei freien Wahlen sind dementsprechend höchst spekulativ. Entscheidend ist die Erkenntnis eines politisch-strategischen Wandels der Muslimbruderschaft: Sie erkennt seit den frühen 1980er Jahren in dem vom Regime sanktionierten Raum der politischen Partizipation die Spielregeln des kontrollierten Pluralismus an und betont ihre Forderungen nach einem nachhaltigen demokratischen Reformprozess. Damit gelingt es der Bruderschaft bis dato sehr geschickt, sich als Gegenpol zum Regime mit eigenen Reformideen und eigener politischer Programmatik in Szene zu setzen.¹² Insbesondere seit 2005 fällt ein verstärkter Programmdiskurs auf, maßgeblich initiiert vom politischen Flügel der Organisation. In der zweiten Jahreshälfte von 2007 führte dies zu einem ersten Entwurf für ein umfassendes politisches Grundsatzprogramm, was ebenso von einer regen Debatte innerhalb der Bruderschaft zeugte. Im Gegensatz zu einer strukturalistischen Basis und geistigen Führerschaft (2009: Muhammad Mahdi Akif)¹³ ist die um eine Generation jüngere politische Führung der Bruderschaft sehr veränderungsfähig und flexibel, um den Wunsch nach größerer politischer Partizipation verwirklicht zu sehen. Dies schließt eine seit 2005 feststellbare professionelle Öffentlichkeitsarbeit nach innen und nach außen unter Zuhilfenahme sämtlicher medialer Mittel und hierbei vor allem das Internet mit ein.

Die Bruderschaft zeigt insbesondere seit 2005 eine große Anpassungsfähigkeit an die politische Ordnung der Parlamentsarbeit, indem sie für spezifische Politikfelder (Religion, Bildung und Kultur) Hoheitsansprüche reklamiert und sich als Kontrollinstanz der Regierung Nazif sieht. Die damit in ursächlichem Zusammenhang stehende exponentielle Steigerung von parlamentarischen Anfragen an die Regierung pluralisierte die Parlamentsdebatte nachhaltig und veränderte damit auch positiv die in den Jahrzehnten zuvor vorherrschende Wahrnehmung des ägyptischen Parlaments als „rubber-stamp-Behörde“. Muhammad Habib, bis Januar 2010 stellvertretender Vorsitzender der Bruderschaft und Teil der 1970er-Generation, die vor allem zu Zeiten größerer Freiheiten für die Organisation unter der Präsidentschaft von Sadat ihre politische Sozialisation erfuhr,¹⁴ äußerte sich 2006 im Rückblick auf ein Jahr politischer Opposition im ägyptischen Parlament mit den Worten, „dass man innerhalb eines

Tages bereit wäre, eine auf demokratischen Grundsätzen basierende Partei mit einem religiösen Hintergrund zu gründen“. Weiter hieß es in dem Interview, „dass es eine Priorität wäre, die öffentliche Meinung für einen Wandel zu mobilisieren, welche eine dem Volk verantwortliche Regierung mit sich brächte“. Erst daran anschließend wäre die Bruderschaft bereit, an eine Machtübernahme im Land zu denken.¹⁵ Dieser politisch-strategische Wandel ist sicherlich auch Ausdruck eines in der Muslimbruderschaft (fast) vollzogenen Generationswechsels, so dass vor allem die jüngere Generation um den Arzt Essam el-Erian und den Ingenieur Muhammad Habib die programmatischen Leitlinien des Politflügels der Bruderschaft vorgeben.

Über die seit den Parlamentswahlen 2005 eingenommene Rolle als selbst deklarierte Kontrollinstanz der Regierung im Parlament und als Hüter ethisch-religiöser Normen verfügt die Bruderschaft trotz umfangreicher und fortdauernder Repression indirekt bereits über Einfluss auf die Reformagenda. Hinzu kommen die Fähigkeit der Massenmobilisierung und die Versuche seitens des Regimes, diesem Potenzial selbst mit der Übernahme ursächlicher Identifikationspunkte in Bezug auf Religion, Ethik und Moral zu begegnen. Häufiger werdende Verbote von Schriften und Büchern, die als Blasphemie gegenüber dem Islam bezeichnet werden, zeigen den indirekten Versuch des Regimes, das gesellschaftspolitische Potenzial der Bruderschaft zu limitieren, indem es Teile ihrer Agenda selbst übernimmt. So ist beispielsweise der sehr vorsichtige Umgang des Regimes mit religiösen Fragen ein offensichtliches Zugeständnis an die Bruderschaft: Die Debatte um kopftuchkritische Bemerkungen im November 2006 des seit über 20 Jahren amtierenden Kulturministers und jüngst im Sommer 2009 gescheiterten Kandidaten für den Generaldirektor der UNESCO¹⁶ Faruk Hosni und der parlamentarische, im Wesentlichen von der Bruderschaft angestoßene Widerstand machten deutlich, dass das Regime in ethischen, moralischen und soziokulturellen Bereichen nicht mehr der primäre, die Richtung vorgebende Akteur ist.¹⁷ Gleichmaßen zeigte auch das reflexartige Handeln der Regierung im Jahr 2009, den Forderungen aus dem Parlament (vor allem durch Abgeordnete der Muslimbruderschaft initiiert) gegen die Gefahr der Verbreitung der Schweinegrippe vorzugehen und präventiv die geschätzten 350.000 von koptischen Slumbewohnern im Großraum Kairo gehaltenen Schweine zu schlachten, den obigen Sachverhalt eines in die Defensive geratenen Regimes.¹⁸

Muslimbruderschaft und der Rest

Die Fähigkeit der Beeinflussung von Regierungspolitik seitens der Bruderschaft basiert einerseits auf der in den Jahren zuvor erfolgten Übernahme von gesellschaftspolitischen Führungspositionen in den Berufsverbänden (als Ersatzforum politischer Partizipation) sowie einer guten Vernetzung in der Studentenschaft, die sich seit kurzem aktiv neuer Medien als Instrumente der Mobilisierung bedient. Andererseits basiert sie auf einer Entideologisierung und Entspannung in der Auseinandersetzung zwischen dem Regime und den militanten islamisch-fundamentalistischen Kräften nach Gewalteskapaden der 1990er Jahre. Hinzu kommt ein programmatischer und ideologischer Wandel in Form einer Anerkennung des Pluralismus als Grundprinzip politischer Ordnung, einer Anerkennung der wesentlichen Eckpunkte der Wirtschaftspolitik der Regierung und ein gewachsener Pragmatismus im Umgang mit der politischen Linken bei einem parallel vorstatten gehenden Generationenwandel in den politischen Führungsgremien der Bruderschaft. Im Gegensatz zu der eingangs untersuchten monopolartigen Stellung der Herrschaftselite ist für die Muslimbruderschaft ihre über Jahrzehnte gewachsene soziale Tiefe und ihr daraus resultierendes Mobilisierungspotenzial die notwendige Voraussetzung für die beschriebene, indirekte Fähigkeit der Beeinflussung von Regierungspolitik in einzelnen Politikfeldern. Mit diesem Analyseraster wären im ägyptischen Kontext noch weitere oppositionelle Akteure zu beachten, die aber in Relation zu den gerade genannten nur über einen sehr rudimentären Einfluss auf die reformpolitische Agendasetzung verfügen. Das resultiert zum einen aus ihrer inhaltlichen Fokussierung auf einzelne Politikfelder (z.B. Berufsvereinigung der Richter), aus ihrer fehlenden Breitenwirksamkeit in der ägyptischen Gesellschaft (z.B. säkular ausgerichtete NGOs) oder aus ihren internen Herrschaftskonflikten (lizenzierte Oppositionsparteien). Ohne Zweifel gibt es mit der Protestbewegung Kifaya seit 2004 (arab.: „Genug“), landesweiten Streikwellen von in einzelnen Berufszweigen organisierten Arbeitern oder der stark wachsenden „Blogger-Community“ noch weitere Akteure, die das Herrschaftsmonopol im Familienunternehmen Ägypten vor allem aus der Perspektive westlicher Medien wirkmächtig in Frage stellen. Dennoch haben sie es bis dato nicht geschafft, durch institutionelle Partizipation nachhaltige Impulse zu setzen und eine breitenwirksame Mobilisierungsfähigkeit zu erreichen. Die Fähigkeit aller genannter

ten Gruppen, am politischen Prozess teilzunehmen und Einfluss zu nehmen, exklusive der Gamal-Gruppe und der „alten Garde“, ist ursächlich mit dem vom Regime sanktionierten Raum der politischen Entscheidungsfindung verbunden. Je höher die Repression seitens des Regimes, desto offensichtlicher ist das potenzielle Vermögen des oppositionellen Reformakteurs, breite Gesellschaftssegmente zu mobilisieren und dadurch die Fähigkeit zu erlangen, Regierungspolitik zu beeinflussen.¹⁹ Die Opposition betreffend ist es die Muslimbruderschaft, welche über ihre zahlreichen Kanäle der Einflussnahme, ihre soziale Tiefe und organisatorischen Verknüpfungen mit Berufsverbänden und Teilen der Zivilgesellschaft das höchste Maß an sozio-politischem Kapital besitzt und sich dabei deutlich von den geschlossenen Zirkeln der vom obersten Parteikomitee „lizenzierten Oppositionsparteien“ absetzt. Im Vergleich ist die geduldete, relativ große öffentliche Präsenz von Kifaya mehr ein Hinweis auf eine fehlende Gefahr für die Herrschaftselite und auf eine fehlende Fähigkeit der Massenmobilisierung. Im Gegenteil, erst als zusätzlich zu Kifaya in den turbulenten „Reformjahren“ 2004 und 2005 die Muslimbruderschaft der Protestbewegung auf der Straße folgte, begann das Regime mit repressiven Maßnahmen die Kundgebungen zu unterbinden.

Der Blick nach vorne

Der Herrschaftstypus des Autoritarismus in Ägypten verändert sich im Kontext neuer nationaler, regionaler und internationaler Rahmenbedingungen. Letztere umfassen nicht nur die Begleiterscheinungen einer zusehends in den Prozess der globalen Arbeitsteilung integrierten ägyptischen Ökonomie, die Errungenschaften der Informationstechnologie und einen globalen Demokratisierungs- und Liberalisierungsdiskurs. Auch innenpolitische Rahmenbedingungen (z.B. demographischer Wandel, Zulauf von außerparlamentarischen Protestbewegungen) zwingen das ägyptische Regime zu der Einsicht, dass alle bisherigen autoritären Herrschaftsmechanismen auf den Prüfstand müssen. Die selektive Inkorporation von Reform- und Partizipationselementen, die liberaler und semidemokratischer Natur sind, ist eine wesentliche Strategie der langfristigen Herrschaftssicherung und damit der Reproduktion autoritärer Herrschaft. Veränderte Partizipationsmechanismen des politischen Prozesses, die graduelle Einbindung der Regimeopposition und eine geduldete außerparlamentarische Streitkultur sind Ergebnisse eines auf Legitimationszugewinn zielenden Reformdiskurses, die auch für einen potenziellen Nachfolger Mubaraks im Präsidentenamt nicht mehr reversibel sind, dennoch aber nicht als Demokratisierungsprozess missverstanden werden dürfen. Losgelöst von der Nachfolgerdebatte ist gleichwohl für das Jahr 2009 ein hohes Maß an Regimestabilität festzustellen. Die ausgesprochene Funktionalität des Reformprozesses ist hierbei ein deutliches Indiz für die hohe politische Halbwertszeit der gegenwärtigen Herrschaftsform. Der „Herbst der Patriarchen“²⁰ ist noch nicht gekommen.

ANMERKUNGEN

- 1 Fareed Zakaria (2005): What Bush Got Right. In: Newsweek, 14. März 2005.
- 2 Thomas Demmelhuber: EU-Mittelmeerpolitik und der Reformprozess in Ägypten. Von der Partnerschaft zur Nachbarschaft. Baden-Baden, S. 127ff.
- 3 Bruce K. Rutherford (2009): Egypt after Mubarak. Liberalism, Islam, and Democracy in the Arab World. Princeton u. a.
- 4 Steven Heydemann (2007): Upgrading Authoritarianism in the Arab World. In: The Saban Center for Middle East Policy at the Brookings Institution, Analysis Paper, 13/2007, Washington D.C.
- 5 Daniel Brumberg (2002): Democratization in the Arab World? The Trap of Liberalized Autocracy. In: Journal of Democracy, 4/2002.
- 6 Die Berichterstattung darüber ist in der unabhängigen Presse bzw. der Presse von Oppositionsparteien seit 2001/02 ein Dauerthema; vgl. u.a.: Huwaydā Taha (2008): „Amaliyya tawrith

DAS FAMILIENUNTERNEHMEN ÄGYPTEN

Ġamāl Mubārak dakhalat marhala al-la'ab al-makšūf". In: al-Dustūr, 12. März 2008 [Titel: „Der Prozess der Erbfolge Gamal Mubaraks tritt in die Phase des offenen Spiels ein.“].

7 Als Beispiele bieten sich allen voran die politische Integrationsfigur Gamal Mubarak und als Vertreter der Wirtschaftselite Kabinettsmitglied Ahmed al-Maghraby (u.a. Immobilien und Tourismus), Parteifunktionär und Parlamentarier Ahmed Ezz (Stahl), die koptische Unternehmerfamilie Onsi/Naguib/Nassef/Sameh Sawiris (Bau, Tourismus und Telekommunikation) oder Kabinettsmitglied Rashid Muhammad Rashid (Nahrungs- und Genussmittel) an.

8 Im Vergleich zu 17 Mandaten in der vorherigen Legislaturperiode (das ägyptische Parlament umfasst 444 vom Volk sowie bis zu zehn vom Präsidenten ernannte Mandatsträger).

9 Offiziell unbestätigten Quellen zufolge ist Sulayman schwer erkrankt (vgl. al-Quds al-'Arabī, 18. Februar 2009).

10 Vgl. Titelschlagzeile in der regimekritischen Wochenzeitung al-Dustūr vom 12. März 2008: „Hal yaš'uru Ġamāl Mubārak bi-l-ikhwān? Ġamāl wa-'lizz wa-Šarīf wa-Surūr wa-Azmī wa-'Adlī yamlikūn al-balad [...]“ [Titel: „Empfindet Gamal Mubarak etwas für die Bruderschaft? Gamal, Ezz, Sherif, Sorour, Azmi und Adly regieren das Land [...]“].

11 Interview mit Hillary Clinton: Interview with Lamis el Hadidi of Egyptian TV, 2. März 2009, einsehbar auf: <http://www.state.gov/secretary/rm/2009a/03/120114.html>

12 Erste Teile des angestrebten, umfassenden politischen Grundsatzprogramms der Bruderschaft wurden im Laufe des Jahres 2007 veröffentlicht und fortan heftig debattiert, vgl. Mahmūd Muhammad (2007), „Ġamā'a al-ikhwān tuwazzi'u barnāmaġ hizbiā al-ġadīd 'alā mufakkirīn". In: al-Masrī al-Yawm, 13. September 2007 [Titel: „Die Muslimbruderschaft verteilt ihr neues Parteiprogramm an Intellektuelle“; für eine umfangreiche Berichterstattung darüber; vgl. auch: al-Hayāt, 25. September 2007].

13 Akef hat im Frühjahr 2009 seinen Rücktritt für Januar 2010 angekündigt.

14 Insbesondere im Rahmen der Studentenbewegung der 1970er Jahre, die von einer inhaltlichen Nähe marxistischer und islamistischer Akteure geprägt war. Ähnlich wie die linken Studentenbewegungen in Europa zu dieser Zeit, spaltete sich die islamistische Studentenschaft in Ägypten in einen radikalen (v. a. Ġamā'a al-islāmiyya) und einen moderaten Flügel (Sympathisanten der Muslimbruderschaft).

15 Amr Emam (2006): Opposition Sceptical about Fresh Constitutional Change. In: The Egyptian Gazette, 5. November 2006.

16 Steven Erlanger (2009): After Uproar, Unesco Rejects Egyptian. In: International Herald Tribune, 22. September 2009.

17 Mahmūd Muhammad (2006): Nuwwāb al-watānī yattafiqūn ma'a al-ikhwān 'alā iqāla Farūq Husnī. In: al-Masrī al-Yawm, 22. November 2006 [Titel: „Abgeordnete der NDP verständigen sich mit der Bruderschaft über die Entlassung von Faruk Hosni“].

18 Nadim Audi (2009): Culling Pigs in Flu Fight, Egypt Angers Herders and Dismays U.N. In: The New York Times, 30. April 2009.

19 Vgl. Interview mit Muhammad Mahdi Akif, geistiger Führer der Bruderschaft [eigene Übersetzung]: „Wenn ich nicht so stark wäre und mich nicht so viele Menschen unterstützen würden, gäbe es für niemanden einen Grund mich zu verfluchen“. In: al-Akhbār (Libanon), 8. März 2007.

20 Vgl. gleichnamiger Artikel von Amr Hamzawy (2005): Herbst der Patriarchen: Wohin treibt die arabische Welt? In: Süddeutsche Zeitung, 5. April 2005.



UNSER AUTOR

Dr. Thomas Demmelhuber studierte Politikwissenschaft und Middle Eastern Studies in Erlangen und Berkeley, CA. Als Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung promovierte er 2008 zum Thema „Die EU-Mittelmeerpolitik und der Reformprozess in Ägypten. Von der Partnerschaft zur Nachbarschaft“ (erschienen bei Nomos 2009) und arbeitet seit 2008 als wissenschaftlicher Assistent am Institut für Politische Wissenschaft an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. In seinen aktuellen Forschungsarbeiten untersucht er den autoritären Systemtypus der arabischen Golfmonarchien nach der Rolle von traditionellen Herrschaftsmechanismen und liberalem Denken.

Die Modernisierung des Autoritarismus in den arabischen Golfstaaten

Michael Schmidmayr

Trotz aller Heterogenität sind die Golfstaaten nach politikwissenschaftlichen Maßstäben autoritäre Regime. Die sich als Teil der islamischen Welt verstehenden sechs Mitglieder des Golfkooperationsrates (Gulf Cooperation Council) sind allesamt Rentierstaaten, die sich ihre Regimestabilität über eine großzügige Alimentierung der Bevölkerung sichern und damit letztlich ein klassisches Klientenverhältnis aufrechterhalten. Die Notwendigkeit, Reformen von oben einzuleiten, entsteht zumeist in Krisenzeiten, wenn Ausgabenkürzungen den Konsens zwischen Regierenden und Regierten in Frage stellen und den Druck „von unten“ steigen lassen. Reformdruck entsteht auch dann, wenn das politisch-ökonomische System an die Gegebenheiten des Weltmarktes angepasst werden muss. So konnten sich die arabischen Staaten in den letzten Jahren der Liberalisierung des Welthandels nicht entziehen. In der Regel tasten diese Reformen – so Michael Schmidmayr – die grundsätzlichen politischen Funktionsweisen des Regimes nicht an. Die Regierungseliten der Golfstaaten sind eben keine „aufgeklärten Autokraten“, sondern autoritäre Machthaber, die sich aus strategischem Kalkül auf Reformen einlassen, diese jedoch zu ihren Gunsten wenden und in einer adaptierten Form realisieren.

Die arabischen Golfstaaten

Die arabischen Golfstaaten, die lange Zeit kaum Beachtung in der westlichen Öffentlichkeit fanden, sind aufgrund ihres Ressourcenreichtums, aber auch dank einer fulminanten Wirtschaftsentwicklung im letzten Jahrzehnt heutzutage fast jedermann ein Begriff. Doch beschränken sich Berichte in der Regel auf spektakuläre Bauprojekte oder Exzesse und beschäftigen sich allenfalls am Rande mit den politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

Nach politikwissenschaftlichen Maßstäben sind alle sechs Mitglieder des Golfkooperationsrates (arabisch: Majlis al-Ta'awun li-Duwal al-Khalij al-'arabiyya, englisch: Gulf Cooperation Council/GCC) Bahrain, Katar, Kuwait, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate und Oman¹ autoritäre Regime. Der Definition gemäß, die maßgeblich

von Juan Linz (1975) geprägt wurde, ist der Autoritarismus vom Totalitarismus insbesondere dadurch abzugrenzen, dass ihm die Ambition fehlt, die gesamte Gesellschaft für sich ideologisch zu vereinnahmen. Im Autoritarismus bestehen Margen und Nischen für oppositionelles Engagement. Die Absenz einer richtiggehenden Staatsideologie ermöglicht darüber hinaus Anpassungen des Regimes an neue Gegebenheiten, ohne dass dadurch ein argumentativer Spagat versucht werden muss.

Nominell betrachtet sind nur fünf der sechs hier betrachteten Golfstaaten Monarchien. Die Vereinigten Arabischen Emirate hingegen stellen sich als eine Föderation von sieben Monarchien („Emirate“) dar. Sie als Republik zu bezeichnen, wäre jedoch ein Trugschluss, da die Kompetenzen ausschließlich zwischen den sieben Herrscherhäusern verteilt sind. Somit lässt sich vereinfachend die Feststellung treffen, dass wir es auf Ebene des GCC mit sechs Monarchien zu tun haben.

Viel deutlicher lassen sich Unterschiede in anderen Bereichen erkennen. Am augenscheinlichsten wird dies an der Größe – dem Flächenstaat Saudi-Arabien mit seinen 28 Millionen Einwohnern steht dabei kontrastreich der kleine Inselstaat Bahrain mit gerade einmal etwas mehr als einer Million Einwohnern gegenüber. Daneben sind auch die natürlichen Ressourcen nicht gleich verteilt: Bahrains Ölreserven sind weitestgehend verbraucht, während Saudi-Arabien, Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate (dabei vor allem das Emirat Abu Dhabi) noch aus dem Vollen schöpfen und weltweite Großproduzenten darstellen. Katar baut erst seit einigen Jahren seine Förderanlagen massiv aus und profitiert dabei neben vorhandenen Ölquellen vor allem von der Erschließung riesiger Gasvorkommen vor seiner Küste.

Bruchlinien sozialer, ethnischer und religiöser Art

Auch in sozialer und ethnischer Hinsicht sind die Golfstaaten heterogener, als dies von außen her scheinen mag. Allen ist gemein, dass sie sich als Teil der arabisch-islamischen Welt begreifen. Dieses Postulat verbirgt jedoch, dass inner-

halb der Golfstaaten oftmals mehrere Bruchlinien sozialer, ethnischer und religiöser Art verlaufen. Bahrain mag hier als Beispiel dienen: Regiert von einem sunnitischen Herrscherhaus, den Al Khalifa, weist das Land eine beträchtliche Vielfalt auf. So ist eine der kennzeichnenden Trennlinien der Gegensatz zwischen den Sunniten, die numerisch in der Minderheit sind, und den Schiiten. Auf beiden Seiten finden sich sowohl Arabisch- als auch Persischstämmige wieder, wobei letztere zum Teil nach wie vor ihre Muttersprache verwenden. Innerhalb der sunnitischen „Gruppe“ wiederum bestehen Gegensätze zwischen ursprünglich nomadischen und tribal organisierten Bahrainern und den Städtern. Zuletzt ist auch die Präsenz einer allogenen Gruppe nicht zu vernachlässigen, die aus den Gastarbeitern besteht, die – in Bahrain wie in den anderen Golfstaaten – einen bedeutenden Anteil an der Bevölkerung haben, gleichzeitig jedoch über keinerlei staatsbürgerliche Rechte verfügen und dementsprechend bei Analysen oftmals unter den Tisch gekehrt werden. Dennoch lässt sich annehmen, dass alle Gegensätze auf die eine oder andere Weise strukturierend auf das politische Geschehen einwirken. In den anderen Golfstaaten bestehen vergleichbare Gegensätze; doch nur in Bahrain ist etwa in Bezug auf die Konfession der Sonderfall vorzufinden, dass einer sunnitischen Bevölkerungsminderheit, die die Schaltpositionen der politischen und wirtschaftlichen Macht besetzt, eine schiitische Bevölkerungsmehrheit gegenübersteht, die sich in vielerlei Hinsicht als benachteiligt betrachtet.

Rentierstaaten mit neopatrimonialen Regimen

Wichtig ist zuletzt bei der Analyse der arabischen Golfstaaten die Feststellung, dass ein nicht unerheblicher Gegensatz zwischen Regierenden und Regierten besteht. Die Herrscherfamilien tragen oftmals ein Selbstverständnis zur Schau, das darin besteht, den Staat als Privateigentum zu betrachten, dessen Reichtümer zuvorderst ihnen selbst zustehen. Dieser Perzeption zufolge sind die Staatsbürger reine Untertanen, die durch Gratifikationen (Steuerfrei-

heit, Subventionen u. Ä.) an den Staat gebunden werden, jedoch auch gerade aus diesem Grund keine politischen Rechte einfordern können. Dieses Paradigma ist in Analysen immer wieder auch als Umkehrschluss des Satzes „No taxation without representation“ verstanden worden: Konnten Bürger in den westlichen Staaten das Recht auf Partizipation vor allem auch mit dem Hinweis verlangen, dass man von ihnen nicht erwarten könne, Steuern zu zahlen, während man ihnen gleichzeitig politische Rechte versage, so entzieht das Nichtvorhandensein von Steuern oder die großzügige Alimentierung der Staatsbürger in den Golfstaaten diesen die Legitimation für Forderungen nach verbesserten Partizipationsmöglichkeiten (vgl. Beck 2007, S. 102).²

Das Paradigma ist im Wesentlichen ein Ergebnis der wirtschaftlichen Voraussetzungen der Golfstaaten. Oliver Schlumberger (2002, S. 13ff.) hat die Systeme als „resource-rich, traditional authoritarian“ kategorisiert. So sind alle Golfstaaten Rentierstaaten, also Staaten, die einen Großteil ihres Einkommens aus Renteneinnahmen bestreiten. Ihr Herrschaftssystem stellt eine Perpetuierung traditionaler Strukturen dar, die sich zwar durch die Hinzufügung der modernen Bürokratie von patrimonialen zu neopatrimonialen Regimen gewandelt haben, die traditionellen Autoritäten jedoch nicht abgeschafft, sondern allenfalls modifiziert haben. Die aus Renten erzielten Revenuen dienen dabei insofern der Regimestabilität, als sich die Machthaber ihrer bedienen, um die Bevölkerung großzügig zu alimentieren und sie damit letztlich in ein klassisches Klientenverhältnis zu überführen.

Großzügige Einnahmen haben in der Vergangenheit zum Aufbau umfangreicher sozialer Sicherungssysteme geführt. Solange der Staat seine Bürger auf diese Weise mittels der Renteneinnahmen versorgt, besteht für die Entstehung von Unzufriedenheit aus wirtschaftlichen Beweggründen keine Basis. Wo es aufgrund sinkender Renteneinnahmen jedoch plötzlich zu Kürzungen derartiger Leistungen kommt, mag die Unzufriedenheit hingegen ein beträchtliches Ausmaß annehmen, weil die Gratifikationen seitens des Staates zwischenzeitlich als Selbstverständlichkeit wahrgenommen wurden (vgl. Byman/Green 1999, S. 14).

Divide et impera-Strategien

Diese Feststellungen sollen dazu dienen, den Charakter der arabischen Golfstaaten besser zu erfassen. Partizipationsmöglichkeiten, wie sie in westli-

chen Staaten vorzufinden sind, sind in den Systemen der Golfstaaten zunächst nicht vorgesehen. Dies soll nicht bedeuten, dass die Golfmonarchen es sich erlauben könnten, völlig losgelöst von ihrer jeweiligen Bevölkerung zu regieren, wenn dies bei oberflächlicher Betrachtung auch oftmals so scheint. Bereits die traditionellen Regime, die sich in vormoderne Zeit in den Golfstaaten herausbildeten, banden die Bevölkerung auf die eine oder andere Weise in politische Prozesse mit ein. Dies geschah im Rahmen der traditionellen Patron-Klient-Beziehungen, die schon früh eine gewisse Institutionalisierung erfuhren. Das arabische majlis-System ist ein perfektes Beispiel hierfür: Wichtige Entscheidungsträger hielten regelmäßige Versammlungen – oder korrekter: Audienzen – ab, bei denen die Untertanen mit ihren Anliegen vorsprechen konnten. Theoretisch standen diese Veranstaltungen allen offen. Das damit institutionisierte System garantierte eine Rückbindung der Untertanen an die Herrscherklasse. Es als „desert democracy“ zu bezeichnen, wie dies von manchen seiner Verteidiger getan wird, weil es sich um ein „functional equivalent of participatory channels“ handle, wäre jedoch verfehlt (vgl. Nonneman 2006, S. 31).

Die Machtfülle, die die Herrscherhäuser der Golfregion sich mit der Zeit angeeignet haben, ist auch das Ergebnis klugen Taktierens und des erfolgreichen Schmiedens wechselnder Bündnisse mit einflussreichen Gesellschaftsgruppen. So stellte etwa die Klasse der Händler in Kuwait einen ernstzunehmenden Faktor im politischen Geschehen dar, ohne dessen Wohlwollen das Regieren fast unmöglich gewesen wäre. 1938 konnten die sunnitischen Händler sogar ein – kurzlebiges – parlamentarisches Experiment starten, das freilich im folgenden Jahr auf Druck des Herrscherhauses wieder unterbunden wurde. Gleichwohl zeigt das Beispiel, dass es durchaus ein gewisses Druckpotenzial gab und gibt. Genau dieser Einfluss der mächtigen Händler in der Stadt Kuwait veranlasste schließlich auch den kuwaitischen Emir, der Ausarbeitung einer Verfassung zuzustimmen, die 1962 das erste allgemeine Parlament in den Golfstaaten zur Folge hatte. Obgleich dieses Einschränkungen unterworfen war – wahlberechtigt war nur ein Teil der kuwaitischen Staatsbürger, Frauen blieb das Wahlrecht ohnehin verweigert –, so zeigt sich hier doch, dass es den Machthabern keineswegs möglich ist, an der Bevölkerung vorbeizuregieren. Bahrain ließ sich nach seiner Unabhängigkeit 1971 auf ein ähnliches Experiment ein und hielt 1973 Wahlen zu einem Parlament ab, das auf dem kuwaitischen Modell beruhte. Allerdings

endete der Versuch 1975 in einer Auflösung und Suspendierung der Nationalversammlung (al-Majlis al-watani), nachdem sich die anfangs verfeindeten Kräfte im Parlament zunehmend annäherten und damit die Divide et impera-Strategie des Emirs zu durchkreuzen drohten.

Die anderen Golfstaaten verschlossen sich derartigen Öffnungstendenzen zunächst. Ihre Haltung bestand eher darin, sich auf wechselnde Allianzen mit verschiedenen Bevölkerungsteilen zu stützen und damit der Entstehung eines allgemeinen oppositionellen Trends entgegenzuwirken. Wachsende Revenuen vor allem aus dem Ölgeschäft ermöglichten es ihnen parallel hierzu, ihre Macht auch ohne die Partizipation der Bevölkerung zu konsolidieren: Der Ausbau der Sicherheitsapparate und damit der Repressionsmöglichkeiten gehört ebenso dazu wie die großzügige materielle Alimentierung für die Staatsbürger, die Forderungen nach Partizipation oder gar Regimewechsel von Anfang den Wind aus den Segeln nahm.

Die Notwendigkeit zur Veränderung

In Zeiten hoher Ölpreise und damit verbunden hohen Staatseinnahmen war diese Strategie problemlos möglich. Schwieriger verhielt es sich in Krisenzeiten. So war etwa Saudi-Arabien Anfang der 1990er Jahre gezwungen, seine Ausgaben massiv zu kürzen. Von diesem Zwang blieben die staatlichen Wohlfahrtssysteme nicht unberührt, was wiederum einer Aufkündigung oder zumindest Modifizierung des bis dato geltenden Konsenses gleichkam. Unter diesen Umständen verwundert es nicht, dass auch Forderungen nach Reformen des bestehenden Systems verstärkt Zuspund in der Bevölkerung fanden.

Druck auf die Herrscherhäuser entstand auch an anderer Stelle und war maßgeblich mit der internationalen Situation verbunden. Der Grund hierin findet sich auf der einen Seite in der 1974 eingeleiteten und mit dem Ende des Kalten Krieges forcierten weltweiten Demokratisierungswelle, die bisweilen als „third wave of democratization“ (vgl. Huntington 1991) bezeichnet wird. Auch in der arabischen Welt hatte diese eine gewisse Wirkung, wenngleich sich nirgendwo eine vollständige Entwicklung vom Autoritarismus zur Demokratie hin feststellen lässt. In den Golfstaaten findet ein weiteres Element Beachtung, nämlich die Befreiung Kuwaits aus iraki-

scher Besatzung 1991. In diesem Staat, der 1986 sein Parlament in Missachtung der Verfassung suspendiert hatte, war es dem Emir 1991 nicht möglich, zum business as usual zurückzukehren. Vielmehr sahen sich die Machthaber gezwungen, auf Forderungen der Zivilgesellschaft einzugehen und das Parlament wieder einzusetzen. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass der Widerstand gegen die irakische Besatzung hauptsächlich von gesellschaftlichen Akteuren und kaum vom – ins Exil geflohenen – kuwaitischen Herrscherhaus getragen worden war. Die Rückkehr Kuwaits zu einem geordneten parlamentarischen Leben hatte dann auch Auswirkungen auf die Nachbarstaaten: In Katar und Bahrain formierten sich Initiativen, die ebenfalls eine Wiederbelebung des Parlaments (Bahrain) oder dessen Einführung (Katar) forderten. Die Machthaber reagierten allerdings äußerst zaghaft und ließen sich – wie auch in den anderen Staaten – zunächst nur auf die Schaffung von Konsultativorganen (majlis al-shura) ein, deren Mitglieder ernannt wurden und keinerlei gesetzgeberische Kompetenzen hatten.

Das zweite internationale Element ist die Liberalisierung des Welthandels, der sich auch die arabischen Golfstaaten nicht entziehen konnten und wollten. Der Beitritt der Golfstaaten zur Welthandelsorganisation (WTO) stellt hier mit Sicherheit nur einen Schritt dar. Gerade in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends gesellten sich dazu auch Bemühungen um den Aufbau einer Golf Freihandelszone, aber auch neue bilaterale Abkommen zwischen GCC-Mitgliedern und etwa den Vereinigten Staaten.

Reformen in den Golfstaaten

Alle hier geschilderten Entwicklungen sind auf die eine andere Weise ausschlaggebend für Anpassungsmaßnahmen, die sehr unterschiedlicher Art sein können. Bereits in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist eine Tendenz zu beobachten, die zu mehr Rechtssicherheit geht. So wurden bis dahin traditionell verankerte, aber nicht kodifizierte Regeln durch geschriebenes

Recht ersetzt. Dabei ging es keinesfalls immer um eine Abkehr von der Tradition; dennoch lässt sich insbesondere im Wirtschaftsbereich beobachten, dass viele Gesetze von als universell geltenden Regeln inspiriert wurden. Stark involviert waren in die Kodifizierungsbemühungen aber auch Ratgeber aus arabischen Staaten – insbesondere Ägypten –, die damit Elemente aus ihren Rechtssystemen in die Golfstaaten brachten. Gemein ist diesen Bestrebungen, dass sie letztlich zu einer Erhöhung der Rechtssicherheit führen sollten und dies auch taten. Dabei ging es weniger um die Ausweitung von Rechten jedes Einzelnen – es sei in Erinnerung gerufen, dass die Partizipationsmöglichkeiten gerade in dieser Zeit nur marginal er-

weitert wurden –, sondern vielmehr darum, für wirtschaftliche Abläufe eine gewisse Sicherheit zu schaffen und damit die für die weitere wirtschaftliche Entwicklung unabdingbaren Voraussetzungen zu schaffen. In verfassungsrechtlicher Hinsicht hingegen gaben sich manche Staaten bei ihrer Unabhängigkeit zunächst mit einer provisorischen Lösung zufrieden, so etwa die Vereinigten Arabischen Emirate, die 1971 eine Übergangsverfassung verabschiedeten (als eine Art Gründungsakt der Föderation), die erst 1996 in den Rang einer permanenten Verfassung erhoben wurde. Saudi-Arabien gab sich überhaupt erst 1992 eine Verfassung. Verschiedene Arten von Reformen sind denkbar und treten in der Realität auf.

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Vergleicht man die Möglichkeiten der politischen Partizipation, so haben sich in der Tat gewichtige Veränderungen ergeben. Ein Blick in das kuwaitische Parlament, in dem zum Zeitpunkt der Aufnahme über das Wahlrecht für Frauen diskutiert wurde, offenbart im Jahr 2005 noch eine reine Männerdomäne. **picture alliance/dpa**

Sie alle können die eine oder andere Auswirkung auf das politische Regime haben, jedoch auf unterschiedliche Art und Weise. Die häufigste Form von Reformen sind mit Sicherheit solche Reformen, die das politische System an sich nicht antasten, wenn sie auch de facto mancherlei Auswirkung darauf haben können. Sie betreffen die policies eines Gemeinwesens, sind also thematisch angesiedelt und stellen die grundsätzliche politische Funktionsweise des Regimes nicht infrage. Denkbar sind sie in verschiedensten Bereichen: So ist etwa in den Golfstaaten über die Jahre hinweg eine Tendenz zur wirtschaftlichen Liberalisierung zu beobachten, die sich in einem – wenn auch beschränkten – Rückzug des Staates aus dem wirt-

schaftlichen Leben äußert. Beispiel hierfür sind Privatisierungen im Wasser- oder Elektrizitätssektor, aber auch von bisher unter Staatsaufsicht stehenden Häfen und – für die kommenden Jahre zu erwarten – von staatlichen Fluggesellschaften. Ähnlich zu werten ist die Reform der Sozialsysteme: Ging die Entwicklung in den frühen Jahren zu einem weitreichenden Ausbau der sozialen Sicherungssysteme, die in vielen der arabischen Golfstaaten zu umfangreichen staatlichen Leistungen für die Staatsbürger führten (etwa im Bereich des Gesundheitswesens), so haben die 1990er Jahre eine dem gegenläufige Entwicklung mit sich gebracht. Finanzielle Schwierigkeiten nötigten die Staaten dazu, Sozialleistungen wieder zurück-

zufahren oder zumindest den Bürgern eine Beteiligung daran abzuverlangen. Ein weiteres Beispiel ist die Reform des Steuersystems. Die Tendenz geht dabei dahin, die steuerliche Belastung zu erhöhen. Da sich die meisten Golfstaaten zum Großteil aus Renten finanzierten, konnten sie es sich leisten, ihren Einwohnern weitgehende Steuerfreiheit zu gewähren. Eine Einkommensteuer ist eher die Ausnahme als die Regel in der Region; wo sie existiert, bleibt sie äußerst niedrig (vgl. Luciani 1995, S. 217). Die obige Formel „No taxation without representation“ konnte in Rentierstaaten wie den Golfstaaten nicht greifen, solange die steuerliche Belastung gegen null ging. Kommt es nun zu fiskalischen Reformen, welche die Steuerbelastung der Bürger erhöhen, so steigt damit auch das Risiko, dass Forderungen nach besseren Partizipationsmöglichkeiten erhoben werden.

Allgemeiner formuliert führen Steuerreformen zu Unzufriedenheit, wenn Begünstigungen, die als normal angesehen werden wie etwa die Steuerfreiheit oder zumindest eine äußerst niedrige Steuerbelastung, angetastet werden. Dies war 2007 in Bahrain zu beobachten, als die neu eingeführte staatliche Arbeitslosenversicherung auch mittels einer Einkommensteuer, die ein Prozent des Bruttoeinkommens ausmachte, finanziert werden sollte. Zwar hielt die Regierung dem Druck stand, der von verschiedenen Gruppen unter anderem mit dem Argument der Unvereinbarkeit einer solchen Steuer mit dem Islam aufgebaut wurde, doch zeigt die Episode, dass solche Reformen nicht immer leicht durchzusetzen sind.

Politische Partizipation und Liberalisierung

Neben den policy-Reformen sind solche Reformen anzutreffen, die die Funktionsweise des Staatswesens selbst betreffen, also die polity. Hier geht die allgemeine Tendenz vordergründig zu einer größeren Beteiligung der Bevölkerung. Vergleicht man die Möglichkeiten politischer Partizipation am Golf in den 1960er und 1970er Jahren und heute, so haben sich in der Tat gewichtige Änderungen ergeben, die graduell und in den verschiedenen Ländern mit unterschiedlicher Intensität vorangetrieben wurden. Die Golfstaaten sind für die Zeit nach ihrer Unabhängigkeit mit Einschränkungen als absolute Monarchien anzusehen, in denen die einzige Partizi-

Aus urheberrechtlichen Gründen
kann dieses Bild in der Online-Version
nicht angezeigt werden.

pationsmöglichkeit für die Bevölkerung darin bestand, ihre Petita und Gravamina direkt oder über Mittelsmänner – etwa über das oben genannte majlis-System – an den Herrscher heranzutragen. Einzig Kuwait besaß von Anfang – d.h. seit 1962 – ein gewähltes Parlament. In den anderen Golfstaaten erfolgte die Entwicklung auf nationaler Ebene schrittweise: Die Machthaber schufen dabei eine beratende Versammlung (auch Konsultativversammlung oder -rat; arabisch: Majlis al-Shura), deren Mitglieder ernannt waren (Vereinigte Arabische Emirate seit 1971; Oman seit 1981; Bahrain seit 1992³; Saudi-Arabien seit 1993; Katar seit 2003). In einem weiteren Stadium wurde entweder ein Teil der Mitglieder der beratenden Versammlung (Vereinigte Arabische Emirate seit 2006⁴) oder sogar deren Gesamtheit durch Wahlen bestimmt (Oman seit 2000⁵) oder aber dieser Versammlung eine gewählte Kammer zur Seite gestellt (Bahrain seit 2002). Weitere Schritte, die in einigen Golfstaaten zusätzlich durchgeführt wurden, betrafen die Ausweitung des Wahlrechts auf Frauen (Katar 1999 bei den Kommunalwahlen, Bahrain 2002, Kuwait 2005) oder die Senkung des Wahlalters. Neben der Verstärkung direkter Partizipationsmöglichkeiten hat sich auch die Gesetzgebung für politische Betätigung im weiteren Sinne verändert. Die Ausgangssituation sah in den meisten Staaten so aus, dass politische Betätigung stark eingeschränkt war. Die rechtlichen Mittel lagen in restriktiven Presse-, Versammlungs- oder Vereinsgesetzen, die legale politische Betätigung in vielen Fällen quasi unmöglich machten.

Politischer Aktivismus bewegte sich ursprünglich auf äußerst dünnem Eis, wenn nicht gar vollständig in der Illegalität. So schoben Versammlungsgesetze öffentlichen politischen Debatten und regierungskritischen Kundgebungen einen gesetzlichen Riegel vor. Vereinsgesetze sahen die Registrierung von Vereinen vor. Um eine Lizenz zu erhalten, hatten diese jedoch auf politische Betätigung zu verzichten. Für Parteien bestand keinerlei Rechtsgrundlage.

In den letzten Jahren und Jahrzehnten ist in all den hier genannten Bereichen eine Liberalisierung zu beobachten. Die Presse- und Meinungsfreiheit wurde vielfach ausgeweitet, indem die Liste der Meinungsdelikte – de jure, manchmal auch nur de facto – verkürzt wurde.⁶ Mit Sicherheit ist für diese Liberalisierung auch die Entwicklung der globalen Medienlandschaft und der technischen Möglichkeiten verantwortlich: Das Informationsmonopol des Staates auf audiovisuelle Medien wurde etwa durch das Phänomen der panarabi-

schen Nachrichtensender, das mit dem aus Katar sendenden Satellitenkanal al-Jazira begann, eindeutig durchbrochen. Das nicht vollständig zu kontrollierende Internet – darunter das in der arabischen Welt expandierende Phänomen der Weblogs (Blogs) – hat den Machthabern die relative Nutzlosigkeit von Zensur und restriktiven Pressegesetzen vor Augen geführt. Katar ging 1998 so weit, das unter anderem für Zensurangelegenheiten zuständige Informationsministerium abzuschaffen – ein Schritt, zu dem sich allerdings wohlge-

merkt bisher kein weiterer Golfstaat hat durchringen können.⁷

Auch Versammlungs- und Vereinsgesetze haben eine Liberalisierung erfahren. So wurde insbesondere die Vereinsgesetzgebung dahingehend verändert, dass in den meisten Fällen die Gründung politischer Vereine erlaubt wurde. Zum Teil wird dabei implizit der Unterschied zwischen politischen Vereinigungen und sonstigen Vereinen betont, indem die Registrierung je nach Art bei der einen oder der anderen Behörde zu erfolgen hat. Politischen Parteien bleibt

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Am 17. Mai 2009 ziehen erstmalig vier Frauen in das kuwaitische Parlament ein. Die in aller Regel aus strategischem Kalkül eingeleiteten Reformen „von oben“ tasten jedoch die grundsätzliche Funktionsweise des autoritären Regimes nicht an. picture alliance/dpa

die rechtliche Basis verwehrt; ihre Rolle wird jedoch heutzutage in der Regel von den genannten politischen Vereinigungen (Jam'iyat siyasiyya) wahrgenommen. Die Tatsache, dass letztere einen expliziten Rechtsstatus erhalten haben, kommt ihrer Anerkennung als Parteien bereits sehr nahe, so dass treffend etwa von „Proto-Parteien“ (Dazi-Héni 2006, S. 259) gesprochen werden kann.

Reformen von oben als prägendes Element am Golf

In anderer Hinsicht sind bei der Betrachtung von Reformen die Art ihrer Genese und hierbei insbesondere der prozessuale Aspekt interessant. Hier stellt sich die Frage nach dem Initiator einer bestimmten Reform, insbesondere aber auch nach dem politischen Ablauf von dem Moment an, an dem die Idee geboren wurde, über den Entscheidungsprozess hin bis zu ihrer Umsetzung. Die Beobachtungen aus den Golfstaaten hierzu sind relativ eindeutig: Reformen werden in der Regel von oben gemacht. Dies ist intrinsisch mit dem Wesen der politischen Systeme verbunden, die der Exekutive die weitesten Befugnisse einräumen.

Zwar weisen manche der Golfstaaten eine längere Tradition politischer Betätigung auf – am stärksten ist diese wohl in Kuwait und Bahrain⁸, am schwächsten in Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten ausgeprägt –, doch lässt sich feststellen, dass Reformen in der Regel von den Machthabern initiiert und durch die verschiedenen Instanzen gebracht werden. Das Wesen eines autoritären Regimes bringt es mit sich, dass es der Opposition quasi unmöglich ist, ihre Vorstellungen gegen die Regierung durchzusetzen. Der Einfluss der Kräfte, die außerhalb der Regierung stehen, beschränkt sich zumeist auf das Agenda-Setting. Wie die Beobachtung zeigt, können Nichtregierungskräfte auf diesem Weg zumindest indirekt eine Reihe ihrer Ziele durchsetzen. Doch damit ein Reformvorstoß Aussicht auf Erfolg hat, ist es nötig, dass sich die Regierung diesen zu eigen macht.⁹ Daher kommt es bei der Bewertung von Oppositionserfolgen weniger auf die prozessuale Seite, sondern eher auf das Ergebnis an (vgl. Schmidmayr 2009, S. 10). Im Hinblick auf den Prozess können somit die Ideen auch von anderer Seite als der Regierungsseite kommen, doch die formale Ausgestaltung bleibt letzterer vorbehalten.

Betrachtet man die Reformen der letzten Jahre genauer, so lässt sich beobachten, dass selbst die Ideen für Reformen nur selten von der Nichtregierungsseite kommen. Dies hängt mit einer

Feststellung zusammen, die zunächst überrascht: Der Reformeifer ist auf Seiten der Regierungen in der Regel höher als bei Nichtregierungskräften, zumindest wenn man die breite Masse letzterer betrachtet. Zwei Gründe lassen sich hierfür vermuten: Der erste liegt in der Tatsache, dass die Gesellschaften am Golf grundsätzlich islamisch-konservativ dominiert sind und die Ideen des politischen Islams einen breiten Raum einnehmen. Dies führt dazu, dass nicht alle Reformen auf Wohlwollen seitens der Bevölkerung stoßen und demnach auch für viele politische Akteure nicht attraktiv sind. Die Machthaber können sich derartigen Überlegungen zwar auch nicht vollständig entziehen, sind jedoch unter Umständen etwas freier, „innovativ“ vorzugehen und in manchen Fällen auch gegen gesellschaftliche Trends zu agieren. Am klarsten wird dies vielleicht am Fall des Frauenwahlrechts in Kuwait, das von der Regierung im Jahr 2005 mehr oder weniger durchgepeitscht wurde. Hier wird deutlich, dass Reformen, die wertend als progressiv bezeichnet werden können, wohl zumeist von Regierungsseite erwartet werden können (vgl. Schmidmayr 2008, S. 201).

Eine ergebnisorientierte Lesart von Reformen

Reformprozesse können nicht zuletzt auch an ihrem Ergebnis gemessen werden. Quantitative Messinstrumente wie der Freedom-House-Index suggerieren eine leichte Liberalisierung: Die meisten Golfstaaten verbessern sich zumeist um einen Punkt beim Index der politischen Rechte. Gleichwohl werden nur Bahrain und Kuwait als „partly free“ bezeichnet, die anderen Golfstaaten sind nach wie vor „not free“.¹⁰

Die Betrachtung des stärker wirtschaftlich orientierten Bertelsmann Transformation Index führt zum Eindruck einer stärkeren Marktorientierung und -öffnung der jeweiligen Volkswirtschaften. Allerdings ist anzumerken, dass die Entwicklung der Golfstaaten hier stark auseinandergeht: Hat sich etwa der Index für Bahrain in den vergangenen Jahren stark nach oben entwickelt, stagniert oder fällt er gar für Saudi-Arabien.¹¹ Gleichzeitig ist zu bemerken, dass die Staatsquote in allen Volkswirtschaften der Golfregion im internationalen Vergleich nach wie vor relativ hoch ist.

Interpretationen und Erklärungsansätze

Nach diesen Beobachtungen erscheint es notwendig und maßvoll, sich Gedanken über die Beweggründe zu machen,

die Reformprojekten in den arabischen Golfstaaten zugrunde liegen.

Ein oft zu findender Erklärungsansatz für diejenigen Reformen, die einen höheren Grad von wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Liberalisierung zum Ziel haben, besteht darin, den Machthabern den Willen und die Motivation zu unterstellen, das politische und wirtschaftliche System ihres Landes modernen Gegebenheiten anzupassen. Dabei wird vorausgesetzt, dass die Reformen freiwillig und ohne Druck welcher Art auch immer erfolgen, nämlich einzig der Überzeugung des oder der Machthaber entspringen, dass sie für die gesellschaftliche Weiterentwicklung notwendig sind. Die autoritären Machthaber werden damit gewissermaßen zu „aufgeklärten Autokraten“ gekürt. Mehrere Seiten können diese Einstellung vertreten, darunter zunächst einmal die Machthaber selbst.¹² Besonders Bahrain und Katar haben sich hier in den letzten Jahren hervor getan.

Allerdings ist dieser Erklärungsansatz nicht ausreichend. Zwar mag manchen Machthabern in der Tat eine gewisse Sympathie für gesellschaftliche, wirtschaftliche und staatliche Modernisierung zugestanden werden, doch ist davon auszugehen, dass dies den geringsten Beweggrund darstellt.

Viel wichtiger erscheinen Zwänge, denen sich auch die Machthaber der Golfstaaten nicht entziehen können, etwa der Druck, sich an Gegebenheiten und Regeln des Weltmarktes anzupassen. Die zunehmende regionale Integration im Rahmen des 1981 gegründeten GCC wie auch die parallel dazu verlaufende Einbindung in internationale Handelsabkommen tun hierzu ihr Übriges. Das Ziel des ungehinderten Handels zwischen den einzelnen Golfstaaten machte hierbei zunächst einmal den Abbau von Zöllen nötig. Daneben erforderte es aber auch Reformen in weiteren Bereichen, in denen Handelshemmnisse bestanden. So verlangt der 2008 gegründete gemeinsame Markt der Golfstaaten die Gleichbehandlung von Wettbewerbern aus anderen Golfstaaten, was etwa Änderungen im nationalen Vergaberecht erforderte. Standardisierungsprozesse, die im Rahmen einer verstärkten regionalen wirtschaftlichen Integration unabdingbar werden, sind ebenfalls relevant. Alles in allem wird der Grad des einzelstaatlichen Protektionismus damit reduziert.

Das zweite wichtige Element, das als Auslöser für strukturelle Anpassungsmaßnahmen identifiziert werden kann,

sind Veränderungen auf der staatlichen Einnahmenseite. Sinken die Weltmarktpreise für Öl und Gas, so hat dies unmittelbare Auswirkungen auf Umsatz und Gewinn der staatlichen Öl- und Gasgesellschaften und damit auch auf das staatliche Budget. In Zeiten niedriger Weltmarktpreise lässt sich zwar ein Teil der staatlichen Ausgaben durch Kredite finanzieren, doch kann bisweilen auf die schmerzliche Maßnahme der Etat-kürzung nicht verzichtet werden. Derartige Anpassungsmaßnahmen waren vor allem in den 1990er Jahren in Saudi-Arabien zu verzeichnen, wo die großzügigen staatlichen Alimentierungs- und Sicherungssysteme reformiert werden mussten und der Staatshaushalt beispielsweise 1994 um 19 Prozent gekürzt wurde (vgl. Gause 1997, S. 153).

Ein weiterer Ansatz besteht darin, Reformen als eine Reaktion der Machthaber auf wachsenden Druck „von unten“ zu interpretieren. In Bahrain etwa hatte sich dieser Druck seit Suspendierung des Parlaments 1975 kontinuierlich aufgebaut und schließlich zur Explosion in Form eines als Intifada bezeichneten Aufstands (1994–1999) geführt. Ähnlich sah sich das Al-Sa'ud-Regime in Riad wachsender Kritik vor allem seitens des sunnitisch-islamistischen Lagers ausgesetzt. Wenngleich die Reformen in Saudi-Arabien um einiges zaghafter verliefen als in den anderen Golfstaaten, so lassen sich die Veränderungen doch nicht leugnen. Anders als etwa für den Fall Bahrains oder Katars steht hier jedoch kaum zu vermuten, dass der Reformwille der Machthaber auf bestimmten reformerischen Überzeugungen fußt. Viel eher ist davon auszugehen, dass Saudi-Arabien mit zaghaften Reformen einzig und allein die Macht der Al Sa'ud zu sichern versucht. Dabei spielt die Suche nach einer Erneuerung der Regimelegitimation eine Rolle, der sich auch autoritäre Regime nicht vollständig entziehen können (vgl. Albrecht/Schlumberger 2004, S. 387).

In der Regel erfolgt die Reaktion auf Druck „von unten“ nicht direkt mittels von Zugeständnissen an die Bevölkerung. Vielmehr machen sich die Herrscher die Forderungen zu eigen und geben sie in einer adaptierten Form wieder. Dies ermöglicht ihnen, sich im Rahmen einer Kommunikationsstrategie als Reformer zu präsentieren und gleichzeitig Regimewechselforderungen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Indem die Machthaber Reformideen und -initiativen übernehmen, vermeiden sie, dass ihnen Reformen aufgezwungen werden oder ihre Macht ernsthaft gefährdet wird. Sie schaffen es damit, die Dynamik zu ihren Gunsten zu drehen. Es geht für Autokraten in den Golfstaaten also darum, die Dynamiken für sich zu

nutzen und sich einen first mover advantage zu sichern.

Ein letztes Element, das die Veränderungen möglicherweise hilft, besser zu verstehen, ist die Interpretation von Reformen als Teil einer Kommunikationsstrategie. So stellen reformwillige oder nolens volens zu Reformen gezwungene Herrscher Reformen in der Regel auch in den Dienst ihrer politischen Kommunikation. Dabei ist nicht immer nur die eigene öffentliche Meinung der Adressat. Vielmehr kann ein Machthaber Reformen bewusst auch im Umgang mit dem (in der Regel westlichen) Ausland einsetzen, um sich in einem positiven Licht darzustellen und damit an anderer Stelle Punkte zu sammeln. Für diese Versuchung anfällig sind in erster Linie diejenigen Regime, die sich selbst zumeist als moderne und aufgeklärte Monarchien präsentieren. Außenpolitisch erfüllen sie damit den Kriterienkatalog verschiedener Demokratisierungsdoktrinen, welche etwa von der Regierung George W. Bushs mit je nach Kontext unterschiedlicher Intensität vertreten wurden. Dies hat am Rande auch mit sich gebracht, dass Reformen nicht mehr Mittel zum Zweck (d.h. etwa gesellschaftlicher Modernisierung und politischer Öffnung) sind, sondern ein Selbstzweck im Rahmen einer so genannten „Reformindustrie“¹³ geworden sind.

„Pseudoliberalisierende“ Reformen

Dem Begriff Reform haftet in der Regel ein positiver Klang an, da er eine Liberalisierung suggeriert, doch soll nicht verleugnet werden, dass Reformprozesse auch illiberal bzw. deliberalisierend verlaufen können. Manche als „liberal“ verkaufte Reformen haben jedoch zum gegenteiligen Ergebnis geführt und sollen daher hier als pseudoliberalisierend bezeichnet und anhand zweier Beispiele kurz dargestellt werden.

Im wirtschaftlichen Bereich ist das Paradebeispiel der Fall der Privatisierung in Saudi-Arabien – doch nicht nur dort –, wo sich die Kontrolle der Herrscherfamilie trotz oder gerade aufgrund der Privatisierung verstärkt hat, da ein Großteil der privatisierten Betriebe in die Hände von Angehörigen der Al Sa'ud überging (vgl. Lawson 2005, S. 43). In politischer Hinsicht verhält es sich bisweilen so, dass Reformen zu einem Rückgang der Partizipationsmöglichkeiten bzw. zu einer Erneuerung staatlicher Gängelung führen. Das bahrainische Gesetz bezüglich der politischen Vereine kann hier als Exempel dienen: Mit diesem erhielten politische Vereine zwar 2005 zum ersten Mal einen gesicherten Rechtsstatus, doch gaben sie dem Staat gleichzeitig neue

Möglichkeiten, politischen Aktivismus zu kontrollieren und gegen unliebsame politische Auswüchse vorzugehen. So ließe sich etwa das Verbot, Vereine auf konfessioneller Basis zu gründen, mit dem entsprechenden politischen Willen einigermaßen leicht gegen mehrere oppositionelle politische Vereine einsetzen, deren Anhängerschaft sich de facto – wenn auch nicht de jure – ausschließlich aus Angehörigen einer Konfession zusammensetzt (vgl. Niethammer 2006, S. 5).

Zusammenfassung und Ausblick

Die autoritären Regime am Golf haben sich in den vergangenen Jahren verstärkt verändert, doch sind gewichtige Diskrepanzen unter den einzelnen Golfstaaten festzustellen. Als am konservativsten stellen sich ganz klar Saudi-Arabien und Oman dar. Dem stehen Katar und Bahrain gegenüber, deren Herrscher sich bewusst das Bild von aufgeklärten Monarchen geben und als Protagonisten der „Reformindustrie“ gelten können. Die Vereinigten Arabischen Emirate und Kuwait scheinen sich auf einen Mittelweg festlegen zu wollen. Doch auch für Bahrain und Katar ist festzuhalten, dass die Reformen den autoritären Charakter des Regimes nicht abgeschafft haben. Zudem sind in beiden Staaten Phasen zu verzeichnen, in denen der Reformeifer erlahmt. Dies hängt vermutlich auch damit zusammen, dass



UNSER AUTOR

Dr. (des.) Michael Schmidmayr hat nach seinem Grund- und Masterstudium am Institut d'Études Politiques de Paris (Sciences Po) an der Universität Tübingen im Fach Politikwissenschaft promoviert. Seine Dissertation beschäftigte sich mit dem Phänomen von Opposition in den autoritären Regimen der Golfstaaten, wobei er den Fall Bahrains beleuchtete. Eine Veröffentlichung ist in Vorbereitung. Michael Schmidmayr arbeitet derzeit als Referent für internationale Beziehungen in Sciences Po und lehrt am in Nancy befindlichen deutsch-französischen Campus von Sciences Po.

auf Seite der westlichen Partner die Demokratisierungskonzepte für die Region wieder mehr oder weniger in den Schubladen verschwunden sind. Von diesen Beobachtungen ausgehend kann man sich nun die Frage stellen, in welche Richtung sich die Golfstaaten in der Zukunft entwickeln könnten. Orte für Reformen bestehen zweifelsohne noch viele: So könnten etwa die Partizipationsmöglichkeiten für die Bevölkerung noch wesentlich erweitert werden, indem die Direktwahl von Parlamentariern zur Regel wird und den Parlamenten – dort, wo solche bestehen – größere Befugnisse in Bezug auf Gesetzgebung und Kontrolle der Exekutive eingeräumt werden. Allerdings würde sich dann vermutlich zum einen oder anderen Zeitpunkt die Frage stellen, ob nicht das autoritäre Regimemodell zugunsten eines demokratischen Regimes aufgegeben werden muss. In der Tat würden fortgesetzte Reformprozesse, die zu besseren Partizipationsmöglichkeiten führen, irgendwann an eine Schwelle gelangen, hinter der die Aufgabe des autoritären Regimes liegen könnte. Ruft man sich jedoch in Erinnerung, dass sich die verschiedenen Staaten zumeist unter Druck bzw. aus strategischem Kalkül heraus auf Reformen eingelassen haben, immer aber mit der Maßgabe, ihre eigene Macht nicht zu gefährden, sondern diese durch Reformen eben gerade zu stabilisieren und zu konsolidieren, so ist fraglich, ob diese Schwelle irgendwann überschritten wird. Schließt man das Szenario gewaltsamer Umstürze aus, so müsste schließlich genau dieser Schritt wieder von den autoritären Machthabern unternommen werden. Insofern lassen sich berechnete Zweifel anmelden, ob die derzeitigen Herrscher und ihre Familien bereit sind, sich auf ein solches Wagnis einzulassen. Schließlich würde dies für sie gewissermaßen bedeuten, sich selbst abzuschaffen oder zumindest die eigene Rolle so zu beschneiden, dass sie der von Staatsoberhäuptern westeuropäischer konstitutioneller Monarchien ähnelt.

LITERATUR

Beck, Martin (2007): Der Rentierstaats-Ansatz. Zum politikwissenschaftlichen Charme eines ökonomisch fundierten Konzepts. In: Albrecht, Holger (Hrsg.): Der Vordere Orient. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Baden-Baden, S. 101–119.
Byman, Daniel/Green, Jerrold D. (1999): Political Violence and Stability in the States of the Northern Persian Gulf. Santa Monica.
Dazi-Héni, Fatiha (2006): Monarchies et sociétés d'Arabie. Le temps des confrontations. Paris.
Diamond, Larry (2005): The State of Democratization at the Beginning of the 21st Century. In: The Whitehead Journal of Diplomacy and International Relations, Jg. 6, Nr. 1, S. 13–18.
Gause, Gregory (1997): The Gulf Conundrum. In: The Washington Quarterly, Jg. 56, Nr. 1, S. 145–165.

Huntington, Samuel (1991): The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century. Norman: University of Oklahoma Press.
Kapiszewski, Andrzej (2004): Democratizing the Arab States. The Case of Monarchies of the Gulf, 1991–2004. In: Krakowski Studia Mi dzynarodowe, Nr. 3, S. 69–129.
Lawson, Fred (2005): Economic Liberalization and the Reconfiguration of Authoritarianism in the Arab Gulf States. In: Orient, Nr. 1, S. 19–54.
Linz, Juan (1975): Totalitarian and Authoritarian Regimes. In: Greenstein, Fred/Polsby, Nelson (Hrsg.): Handbook of Political Science. Vol. III. Addison Wesley, S. 175–411.
Luciani, Giacomo (1995): Resources, Revenues, and Authoritarianism in the Arab World. Beyond the Rentier State? In: Brynen, Rex (Hrsg.): Political liberalization and democratization in the Arab world. Vol. 1: Theoretical Perspectives. Boulder, S. 211–227.
Niethammer, Katja (2006): Voices in Parliament, Debates in Majalis, and Banners on Streets. Avenues of Political Participation in Bahrain. EUI-RSC Working Paper (European University Institute, Mediterranean Programme Series), Nr. 27.
Niethammer, Katja (2008): Familienbetriebe mit Anpassungsschwierigkeiten. Perspektiven und Grenzen politischer Reform in den Golfmonarchien. SWP-Studie (Stiftung Wissenschaft und Politik), Nr. 19.
Nonneman, Gerd (2006): Political Reform in the Gulf Monarchies. From Liberalisation to Democratization? A Comparative Perspective. Sir William Luce Fellowship Paper (University of Durham), Nr. 6.
Schlumberger, Oliver (2002): Transition in the Arab World. Guidelines for Comparison. EUI-RSC Working Paper (European University Institute, Mediterranean Programme Series), Nr. 22.
Schmidmayr, Michael (2008): Politischer Islam in Kuwait und Bahrain. Islamisten als anerkannte politische Partner? In: Albrecht, Holger/Köhler, Kevin (Hrsg.): Politischer Islam in der Arabischen Welt. Zwischen Sozialbewegung, Opposition und politischem Widerstand. Baden-Baden, S. 181–202.
Schmidmayr, Michael (2009): Toothless Parliament, Powerless Courts, and Omnipotent Incumbents? The Case of Bahrain. EUI-RSC Working Paper (European University Institute), Nr. 51.

ANMERKUNGEN

- 1 Der Jemen soll bis 2016 Mitglied des GCC werden; er unterscheidet sich jedoch von den sechs Gründungsmitgliedern doch weitgehender und soll hier nicht behandelt werden.
- 2 Zur Problematik dieses Ansatzes vgl. Niethammer 2008, S. 13–14.
- 3 Bahrain stellt hier einen Sonderfall dar, da es ursprünglich seit 1973 über ein gewähltes Parlament verfügte, das jedoch 1975 vom damaligen Emir aus politischen Gründen suspendiert wurde. Insofern ist die Sichtweise zu vertreten, dass die politische Entwicklung in Bahrain nach 1975 wieder vom Status quo ante, d. h. einer absoluten Monarchie, ausging. Interessanterweise erfolgte die Entwicklung danach nicht wie die Kuwaits, sondern wie die Omans, Katar, der Vereinigten Arabischen Emirate und evtl. Saudi-Arabiens, d. h. in der hier beschriebenen graduellen Weise.
- 4 In Katar sollen gemäß der 2003 per Referendum verabschiedeten und 2005 in Kraft getretenen Verfassung 30 der 45 Abgeordneten des Konsultativrates (Majlis al-Shura) gewählt werden. Der Wahltermin wurde seitdem immer wieder verschoben, zuletzt auf Juni 2010.
- 5 Gleichzeitig wurde aber eine zweite Kammer, der Staatsrat (Majlis al-Dawla), geschaffen, dessen Mitglieder vom Sultan ernannt werden.
- 6 Dies kommt keiner vollständigen Liberalisierung gleich. So ist etwa die offene Kritik gegenüber der Person des Herrschers oder vielfach

auch Mitgliedern des jeweiligen Herrscherhauses eine der berüchtigten „roten Linien“, die zu überschreiten niemandem angeraten sein kann.

7 In Katar hat sich damit der Umgang mit den Medien von Reaktion zu Aktion hin gewandelt: Das Hauptaugenmerk liegt fortan nicht mehr auf der Unterdrückung negativer, d. h. regimemkritischer Information, sondern die gezielte Streuung positiver, d. h. das Regime in einem positiven Lichte präsentierender Information.

8 Kuwait gestand seiner männlichen Bevölkerung 1962 das Wahlrecht zu und ließ in der Folge die Entwicklung eines politischen Bewusstseins zu, das sich auch immer wieder herausfordernd gebärdete. In Bahrain ist ein derartiges Bewusstsein sogar noch älter und lässt sich spätestens seit den 1930er Jahren feststellen, als Forderungen nach besseren Partizipationsmöglichkeiten in schöner Regelmäßigkeit zu vernehmen waren. Möglicherweise besteht der Unterschied zwischen Kuwait und Bahrain darin, dass in Bahrain das politische Bewusstsein der breiten Bevölkerung der Schaffung von Strukturen für politische Beteiligung vorausgeht, während es sich in Kuwait genau umgekehrt verhält. Die Frage der Entstehung des politischen Bewusstseins ist überaus kompliziert; ihre detaillierte Behandlung würde den hiesigen Rahmen sprengen.

9 Diese Feststellung lässt sich bisweilen auch in parlamentarischen Demokratien machen, in denen die Fraktionsdisziplin eine große Rolle spielt. Dort werden parlamentarische Anträge der Opposition fast systematisch von den Regierungsparteien abgelehnt, dann gelegentlich jedoch in geringfügig veränderter Form von den Regierungsfractionen oder der Regierung selbst wieder eingebracht und durch den parlamentarischen Prozess gebracht.

10 Freedom in the World Comparative and Historical Data, Freedom House, <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=439>. Zu den analytischen Schwächen des Freedom-House-Indexes siehe Diamond 2005, S. 15. Bahrain büßte den Status „partly free“ Ende 2009 wieder ein und wird seitdem als „not free“ bezeichnet.

11 Bertelsmann Transformation Index, Bertelsmann Stiftung; <http://www.bertelsmann-transformation-index.de>

12 Hierbei ist anzumerken, dass sich die Herrscher selbst als aufgeklärte Monarchen und nicht als aufgeklärte Autokraten bezeichnen.

13 Vgl. Thomas L. Friedman (2004): Holding Up Arab Reform. In: The New York Times, 16.12.2004.

Autoritäre Regime in Afrika

Jörg Kemmerzell

Die südlich der Sahara gelegenen Länder Afrikas sind nach wie vor eine Hochburg nicht-demokratischer Regime. Viele dieser Staaten sind sogenannte elektorale Autokratien, in denen sich die postkoloniale Herrschaftspraxis hinter der „Fassade“ eines scheinbar demokratischen Verfassungsstaates verbirgt. Jörg Kemmerzell erörtert die Stabilitäts- und Reproduktionsbedingungen dieser autoritären Regime, die eingangs identifiziert und klassifiziert werden. Im Folgeschritt werden der historische Kontext des postkolonialen Staates und dessen Erbe, das trotz der Umbrüche seit Ende der 1980er Jahre nachwirkt, analysiert. Des Weiteren werden die Erklärungsmodelle der Persistenz autoritärer Herrschaft vorgestellt und am Beispiel afrikanischer Staaten diskutiert. Ein Schwerpunkt wird hierbei auf die Problemfelder der Rentenökonomie, auf den sogenannten „Ressourcenfluch“ und auf die staatlichen Strukturen gelegt, die zur Aufrechterhaltung autoritärer Herrschaft beitragen können. Das Fazit stimmt nachdenklich: Trotz der vor zwanzig Jahren initiierten Liberalisierungs- und Demokratisierungsprozesse haben sich in etwa der Hälfte der Staaten autoritäre Regime konsolidiert bzw. in Folge gewaltsamer Regimewechsel neu ausgebildet.

Subsahara-Afrika – eine Hochburg nicht-demokratischer Regime

Neben dem postsowjetischen Raum und dem Nahen Osten stellt das subsaharische Afrika¹ nach wie vor eine Hochburg nicht-demokratischer Regime dar. Während die amerikanische Nichtregierungsorganisation Freedom House, die seit 1972 den Freedom in the World Index erstellt, gegenwärtig weltweit 46 Prozent der Staaten als „frei“, 32 Prozent als „teilweise frei“ und 22 Prozent als „nicht frei“ kategorisiert, weichen die Bewertungen für Afrika deutlich ab. Hier werden lediglich zehn Staaten (21 Prozent) als „frei“, dagegen aber 23 Staaten (48 Prozent) als „teilweise frei“ und 15 Staaten (31 Prozent) als „nicht frei“ eingestuft. Die aktuelle Ausgabe des BTI (Bertelsmann Transformation Index 2008) identifiziert lediglich fünf Staaten in Afrika als konsolidierte und zehn Staaten als defekte Demokratien. 22 Staaten gehören zur Kategorie der autoritären Systeme, werden als „failed states“ eingeordnet oder fallen in die

Grauzone zwischen Autokratie und Demokratie.²

Ähnlich wie in den Staaten Mittel- und Osteuropas wurden nach 1989 auch in Afrika fast kontinentweit „democratic experiments“ (Bratton/van de Walle 1997) gestartet, mit der Ablösung des Apartheidregimes in Südafrika durch ein demokratisches Mehrparteiensystem als prominentestem Fall. Allerdings führten diese Transitionsprozesse im Unterschied zu Mittel- und Osteuropa nur in weniger als der Hälfte der Fälle zu wenigstens „minimalen“ oder „elektoralen“ Demokratien. In vielen Staaten haben sich elektorale Autokratien ausgebildet, in denen die postkoloniale autoritäre Herrschaftspraxis hinter der „Fassade“ eines demokratischen Verfassungsstaates weitgehend intakt geblieben ist. In diesem Zusammenhang ist die Rede von „constitutions without constitutionalism“ (Prempeh 2008, S. 123) oder „elections without democracy“.³ Damit wäre bereits ein Strukturmerkmal gegenwärtiger autoritärer Regime benannt: Bis auf wenige Ausnahmen bedürfen autokratische Herrscher in Afrika inzwischen der zumindest formalen Legitimation durch Wahlen, die allerdings nicht kompetitiver Natur sind (Frankenberger 2009). Als Beispiel können die am 29. November 2009 abgehaltenen Wahlen im Erdölstaat Äquatorial-Guinea angesehen werden. Über den Ausgang der Wahlen, in denen der seit 1979 amtierende Präsident Obiang Nguema nach offiziellen Angaben mit 96,7 Prozent⁴ der abgegebenen Stimmen im Amt bestätigt wurde, bestanden von vorneherein keinerlei Zweifel. Die vier Gegenkandidaten erzielten weniger als ein Prozent. Man kann davon ausgehen, dass keine der Bedingungen für demokratische Wahlen (vgl. Schedler 2002, S. 40 f.) in Äquatorial-Guinea erfüllt wurde. Trotzdem kann und will das Regime Obiang, welches zu den repressivsten Diktaturen in Afrika gezählt wird, auf die Bestätigung durch Wahlen nicht verzichten. Ganz ohne Wahlen kommen derzeit nur drei afrikanische Regime aus: die absolute Monarchie Swasiland, die revolutionäre Militärdiktatur in Eritrea und das sogenannte „Transitionsregime“ im Sudan, das faktisch als Militärdiktatur gelten kann. Im Mittelpunkt dieses Beitrags soll weniger die Phänomenologie autoritärer Regime stehen, sondern deren Stabilitäts- und Reproduktionsbedingungen.

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Dazu müssen in einem ersten Schritt autoritäre Regime identifiziert werden. Dies geschieht mit Hilfe der bereits angesprochenen Regimemessungen von Freedom House und des BTI (Bertelsmann Transformation Index). Zweitens soll der historische Kontext des postkolonialen Staates in Afrika beleuchtet werden, da dessen Erbe trotz der Umbrüche seit Ende der 1980er Jahre unzweifelhaft nachwirkt. Danach werden in einem dritten Schritt die dominanten Erklärungsmodelle der Persistenz autoritärer Herrschaft vorgestellt und an afrikanischen Beispielen diskutiert.

Drei Richtungen der Autoritarismusforschung

André Bank (2009) unterscheidet drei dominante Richtungen der Autoritarismusforschung: politökonomische Ansätze, institutionalistische Ansätze und internationale Ansätze. Politökonomische Ansätze versuchen die Stabilität autoritärer Herrschaft auf wirtschaftliche Faktoren zurückzuführen. Dabei gilt insbesondere der Res-

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

sourcesreichtum als Erklärungsfaktor für autoritäre Regimestabilität, wobei zwei Erklärungsvarianten unterschieden werden müssen: die des „Rentierstaates“ (Beck 2007) und der „Ressourcenfluch“ (Basedau 2005), die jeweils unterschiedliche Wirkungsmechanismen hervorheben.

Institutionalistische Analysen autoritärer Herrschaft dominieren in der Politikwissenschaft seit Beginn der 2000er Jahre (siehe zum Beispiel die Beiträge in: Schedler 2006). Kurz gefasst geht es in ihnen um die institutionelle Struktur autoritärer Herrschaft und die Logik autoritärer Institutionen. Als zentrales Paradigma hat sich dabei der „electoral authoritarianism“ (Schedler 2002) herausgebildet. Während dessen Evidenz für andere Regionen, insbesondere den Nahen Osten, in Frage gestellt werden kann (Bank 2009, S. 18), stellt er in Afrika heute tatsächlich den dominierenden Autoritarismustyp dar. Zentrale Institutionen in der Analyse des elektoralen Autoritarismus sind Parteien und Wahlen, da Parteien unter dem Dach formal-demokratischer Verfassungen zentrale Bedeutung für die gesellschaftliche Absicherung von Herr-

schaft zukommt. Wahlen erfüllen in autoritären Systemen zwar nicht die elementare Funktion demokratischer Wahlen, also die Auswahl des politischen Personals durch institutionalisierte politische Partizipation (Dahl 1971). Dennoch sind Wahlen von zentraler Bedeutung für die politische Mobilisierung der Bevölkerung, die Legitimation des Herrschaftsanspruchs und als Einfallstor für die Kontrolle und Manipulation des politischen Wettbewerbs. Als übergreifende Struktur ist der in Afrika dominante Präzidentialisismus zu beachten, der als Stabilitätsfaktor autoritärer Herrschaft wirken kann, insbesondere wenn Amtsinhaber den in den frühen 1990er Jahren erfolgten Demokratisierungsschub politisch „überlebt“ haben. Im institutionellen Zusammenhang müssen auch die nach wie vor wichtige Rolle des Militärs (Clark 2006) und das Phänomen gewaltsamer Regimewechsel beachtet werden.

Schließlich finden externe Faktoren der Regimestabilisierung wieder verstärkt Beachtung (Levitsky/Way 2006). Während in Zeiten des Kalten Krieges autoritäre Regime aufgrund ihrer Rolle als „Verbündete“ der jeweiligen Super-

Die Ablösung des Apartheidregimes in Südafrika durch ein demokratisches Mehrparteiensystem war der prominenteste Fall der Demokratisierung in Afrika. Der erste schwarze Präsident Nelson Mandela wird in Südafrika – wie hier in Soweto – überall verewigt und geehrt.

picture alliance/dpa

macht oder ehemaliger Kolonialmächte extern abgesichert wurden, fiel diese Unterstützungsstruktur mit der Zeitenwende von 1989/1990 weg. Die von internationalen Institutionen verordneten Strukturanpassungsprogramme und Initiativen zur Förderung von Good Governance verengten den Spielraum autoritärer Herrschaft. In jüngster Zeit rücken allerdings wieder verstärkt autoritäre Regime begünstigende internationale Faktoren in den Fokus, etwa der wachsende Einfluss Chinas als wirtschaftlichem Akteur (Broadman 2008) und als alternatives Entwicklungsmodell zur liberalen Demokratie. Andererseits können sich kleine autoritäre Staaten als Garanten „westlicher“ Stabilitäts- und Sicherheitsbedürfnisse inszenieren. Dies zeigt Cédric Jourde an den Beispielen Mauretanien und Gabun. Während Mauretanien sich mit dem Kampf gegen den radikalen Islamismus in den Diskurs des „war on terrorism“ einklinken konnte, präsentiert sich Gabun als Stabilitätsfaktor im von Kriegen und Bürgerkriegen geprägten West- und Zentralafrika (Jourde 2007).

Autoritäre Regime im Überblick

Während bis zum Ende der 1980er Jahre Autoritarismus den Normalfall politischer Herrschaft in Afrika darstellte, brachten die Ende der Achtzigerjahre in Gang gekommenen Transformationsprozesse auch in Afrika einen politischen Freiheitsschub. Der aggregierte durchschnittliche Freedom House-Indexwert aller afrikanischen Länder sank von 5,6 im Jahre 1989 innerhalb von 10 Jahren auf 4,4.⁵ Wurden in den späten Achtzigerjahren nur zwei afrikanische Staaten als „frei“, dafür 31 als „nicht frei“ eingestuft, so hat sich dieses Verhältnis verschoben. 1996, am Ende der Liberalisierungs- und Demokratisierungswelle der frühen 1990er Jahre, galten neun Staaten als „frei“, 19 als „teilweise frei“ und 20 als „nicht frei“. Gegenwärtig

(2009) werden zehn Staaten als „frei“ eingestuft und 15 als „nicht frei“. Die größte Gruppe bilden nun die 23 „teilweise freien“ Staaten. Der aggregierte Indexwert beträgt heute 4,2.

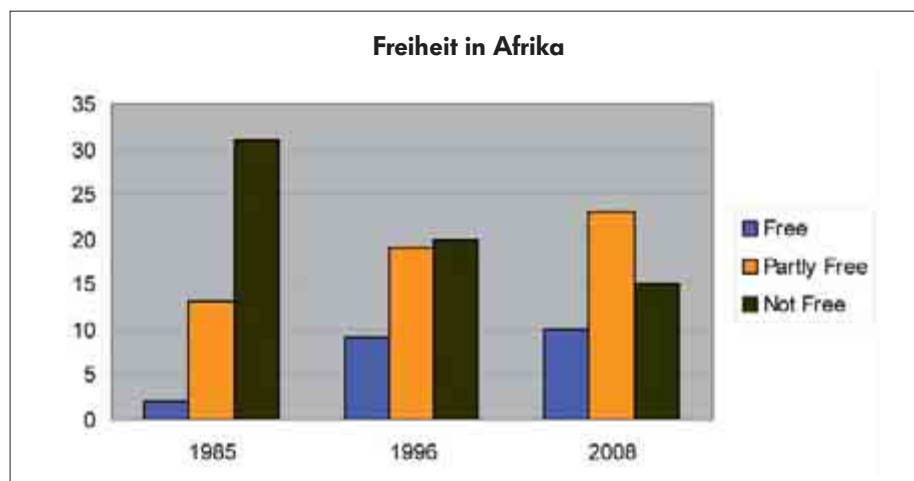
Der Demokratisierungsprozess hat sich seit Mitte der 1990er Jahre also nicht weiter fortgesetzt und ist zahlreichen Widerständen ausgesetzt. Neben der Re-Konsolidierung autoritärer Herrschaft in einer bedeutsamen Anzahl von Ländern können wir zudem die Herausbildung hybrider Regime als eigenen politischen Systemtyp beobachten. In diesen finden sich gleichermaßen Elemente autoritärer und demokratischer Herrschaft (beispielsweise die Gewährung grundlegender politischer Rechte bei gleichzeitiger Einschränkung bürgerlicher Freiheiten), so dass eine klare Zuordnung nicht möglich ist.

Freedom House (FH) reagierte auf dieses – durchaus globale – neue Phänomen mit Einführung der neuen Subkategorie der „elektoralen Demokratie“. In Afrika werden 13 der 23 teilweise freien Regime dieser Kategorie zugeordnet. Das bedeutet, dass die Wahlen zumeist das tatsächliche Wählervotum widerspiegeln, bei gleichzeitigen Defiziten in der Realisierung anderer politischer und bürgerlicher Rechte, die eine Einstufung als „frei“ nicht rechtfertigen. Die übrigen zehn „teilweise freien“ Regime werden nicht als elektorale Demokratien kategorisiert, da Wahlen in ihnen schwerwiegenden Manipulationen ausgesetzt sind. So werden etwaambia und Gabun als „teilweise frei“ eingeordnet, wobeiambia als elektorale Demokratie gilt, Gabun aber nicht.

Der Bertelsmann Transformation Index (BTI) arbeitet von vornherein mit einer größeren Anzahl von Kategorien.⁶ Demokratien unterteilt der BTI in (liberale) Demokratien und defekte Demokratien. Ähnlich geht er bei den Autokratien vor, die in gemäßigte und vollständige Autokratien eingeteilt werden. Hinzu kommen zwei weitere Kategorien: die „stark defekten“ Demokratien, die in Afrika einen bedeutenden Anteil ausmachen und auf offensichtliche Klassifizierungsprobleme hindeuten, und die „failed states“, die kategorial von Autokratien zu unterscheiden sind. Trotz der Nichterfassung einschlägiger autoritärer Kandidaten wie Äquatorial-Guinea oder Gabun durch den BTI werden zwölf Staaten als autoritäre Regime und vier als „failed states“ klassifiziert. Zudem werden zweifelhafte Fälle, wie das durch Militärputsche und erhebliche Einschränkungen des politischen Wettbewerbs geprägte Mauretanien oder Nigeria, der Kategorie der stark defekten Demokratie zugeordnet.

Auf Basis dieser Daten können 25 autoritäre Systeme im subsaharischen Afrika

Schaubild 1: „Freedom in Afrika“ (nach Freedom House)



identifiziert werden. Dabei wurden folgende Kriterien zugrunde gelegt: Eine Einordnung bei Freedom House als nicht oder teilweise frei, ohne das Attribut elektoraler Demokratie, sowie eine Klassifizierung im BTI als Autokratie, gemäßigte Autokratie, Demokratie mit starken Defekten oder „failed state“. Im BTI nicht erfasste Länder wurden nur auf Basis der Freedom House-Bewertungen eingeordnet.⁷

Analog können demokratische Regime identifiziert werden. Als demokratisch können jene Länder gelten, die bei Freedom House als teilweise frei sowie als elektoraler Demokratie und im BTI als defekte oder liberale Demokratie eingeordnet werden. Stark defekte Demokratien im BTI, die bei Freedom House als elektoraler Demokratien geführt werden, wurden hier als Demokratien gewertet. Dies betrifft insgesamt vier Staaten: Burundi, Liberia, Niger, Sierra Leone.

Das Erbe des postkolonialen Staates

Als „postkoloniale“ Phase Afrikas kann die Periode zwischen der Dekolonisation, beginnend in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre, und dem „demokratischen Aufbruch“ in Afrika nach 1989 bezeichnet werden. Zwar kann an dieser Stelle weder die Geschichte postkolonialer Staatlichkeit nachgezeichnet werden, noch können empirische Unterschiede zwischen einzelnen postkolonialen Staaten angemessen gewürdigt werden. Andererseits ist die Beschreibung einiger Kernbestandteile des postkolonialen Realtypus dem Thema angemessen. Dabei folge ich im Wesentlichen der Analyse des Politikwissenschaftlers Crawford Young (2004). Ein erstes Merkmal postkolonialer Staatlichkeit nach Young besteht im Vertrauen auf die Fähigkeit des Staates, Entwicklungsprozesse zu initiieren. In

Abwesenheit einer artikulationsfähigen Zivilgesellschaft und einer endogenen Unternehmerklasse sollte der Staat als Speerspitze gleichermaßen wirtschaftliche sowie infrastrukturelle Entwicklung und effektives Nation-Building verantworten. Dies verweist auf einen weiteren Faktor: die „Nationalisierung“ der Wirtschaft, die insbesondere durch die Verstaatlichung strategischer Unternehmen im Rohstoff- und Energiesektor vollzogen wurde. Das Verständnis des Staates als zentraler Motor von Entwicklung – in Verbindung mit dessen Rolle als dominierender wirtschaftlicher Akteur – leitet über zum nächsten Merkmal, der Machtkonzentration bei der Regierung.

Vereinfacht könnte man diesen Prozess der Herrschaftskonzentration als die Bildung eines souveränen Staates ohne die Basis eines souveränen Volkes beschreiben. Dieses musste im staatlich gelenkten Nation-Building erst hervorgebracht werden. Neben der Nationalisierung der Wirtschaft in parastaatlichen Unternehmen wurde das Einparteiensystem zum zentralen Merkmal des postkolonialen Staates. Die Einparteiendoktrin dominierte das postkoloniale Afrika, sowohl in einer „sozialistischen“ Variante – wie in Tansania unter Julius Nyerere – als auch in einer „pragmatischen“, zum Beispiel in Kenia unter den Präsidenten Jomo Kenyatta und Daniel arap Moi. Die Staatsparteien schöpften in vielen Fällen ihre Legitimität aus ihrer Vorgeschichte als Befreiungsbewegungen. Zudem galt Parteienpluralismus als zersetzende Gefahr in den erst noch zu integrierenden, von partikularen Identitäten geprägten neuen Nationalstaaten (Bogaards 2007, S. 176 ff.). Der Prozess des Nation-Building blieb allerdings in vielen Fällen defizitär, die Ermächtigung der Bürger zu politischer Selbstständigkeit wurde nicht durchgesetzt. Young bemerkt dazu: „Thus citizens became once again merely sub-

ject, facing an exclusion from the public domain reminiscent of colonial times. (...) Active participation in rituals of loyalty (...) was mandatory" (Young 2004, S. 34).

Die faktische Schwäche des Staates im Vergleich zu seinem integralen Anspruch führte allerdings vielfach dazu, dass sich Amtsträger bis hin zum Präsidenten auf die Mobilisierung klientelisti-

scher Strukturen und Austauschverhältnisse zurück beziehen mussten. Damit einher ging die Personalisierung oder zumindest Paternalisierung von Herrschaft, so dass sich drei dominante Varianten politischer Herrschaft im post-kolonialen Afrika herausbilden konnten:

■ Die personalistische Diktatur, oftmals legitimiert durch (Schein-)plebiszitäre Strukturen des Einparteienstaates;

■ das kompetitive Einparteiensystem, welches zwar auch durch Lang- oder Lebenszeitpräsidenten geprägt war, das aber einen größeren Spielraum für Partizipation und Wettbewerb eröffnete;

Tabelle 1: Autoritäre Regime in Afrika (auf Basis von Freedom House und BTI)

	Freedom House		
BTI	Nicht frei	Teilweise frei	Anzahl
Autokratie	Angola D. R. Kongo Eritrea Guinea Republik Kongo Ruanda Sudan Simbabwe	Togo	9
Gemäßigte Autokratie	Kamerun	Äthiopien	2
Stark defekte Demokratie	Mauretanien	Burkina Faso Nigeria Uganda	4
failed state	Elfenbeinküste Somalia Tschad	Zentralafrikanische Republik	4
Nicht erfasst	Äquatorial-Guinea Swasiland	Dschibuti Gabun Gambia	5
Anzahl	15	9	24

Tabelle 2: Demokratische Regime in Afrika (auf Basis von Freedom House und BTI)

	Freedom House		
BTI	Frei	Teilweise frei (elektorale Demokratie)	Anzahl
Demokratie	Botswana Ghana Mauritius Namibia Südafrika		5
Defekte Demokratie	Benin Mali	Kenia Madagaskar Malawi Mosambik Sambia Senegal Tansania	9
Stark defekte Demokratie		Burundi Liberia Niger Sierra Leone	4
Nicht erfasst	Kapverdische Inseln Lesotho Sao Tome und Principe	Guinea-Bissau Komoren Seychellen	6
Anzahl	10	14	24

■ und schließlich die Militärdiktatur oder Militäroligarchie.

Unabhängig vom konkreten Regimetyp dominierte der Neopatrimonialismus als Modus der Herrschaftsausübung (Bratton/van de Walle 1997, S. 61 ff.; Erdmann/Engel 2006). Kurz gefasst bezeichnet neopatrimoniale Herrschaft die Inkorporation einer „vormodernen“ Herrschaftslogik, die auf personalisierten Patron-Klient-Beziehungen beruht, in einen „modernen“ bürokratischen Staatsapparat. Nach Michael Bratton und Nicholas van de Walle kann davon ausgegangen werden, dass in nahezu allen postkolonialen Staaten diese Form der „highly personalized and poorly institutionalized“ Politik vorherrschte.

Schließlich müssen der Militärputsch und andere Formen des gewaltsamen Umsturzes als die häufigste Form des Regierungswechsels im postkolonialen Staat angesehen werden. Mit der Dekolonisation einher ging sozusagen die Einführung des Staatsstreichs als gebräuchliches Mittel der Politik. Patrick McGowan zählt für den Zeitraum von 1958 bis 2001 80 erfolgreiche Putsche, 108 fehlgeschlagene Versuche und 139 geplante, aber nicht ausgeführte Staatsstrieche (McGowan 2003, S. 340). Diese hohe Frequenz lässt sich zum einen mit der herausgehobenen Stellung des Militärs in den schwachen Staaten Afrikas erklären, das als einzige Institution über ausreichende Ressourcen zum Machterwerb verfügte. Zum anderen wurden durch die starke Personalisierung politischer Herrschaft und die Dominanz der Einparteienregime reguläre Machtwechsel nahezu unmöglich. In Anbetracht der gleichzeitigen Unterentwicklung ziviler Kanäle des Interessenausgleichs wurde der Machterwerb durch den Einsatz von Gewaltmitteln zur einzig möglichen Variante des Regierungswechsels.

Rentenökonomie und „Ressourcenfluch“

Der Zusammenhang zwischen dem Reichtum an natürlichen, nicht erneuerbaren Ressourcen⁸ und der Gestalt politischer Herrschaft rückte mit Untersuchungen zum Phänomen des „Rentierstaates“ seit den 1980er Jahren in den Fokus der Vergleichenden Politikwissenschaft. Im Rahmen dieses am Beispiel der Öl produzierenden Staaten des Nahen Ostens entwickelten Ansatzes wurden kurzgefasst zwei Thesen entwickelt (vgl. Beck 2007, S. 45 f.): Die erste These stellt einen Zusammenhang zwischen hohen staatlichen Renteneinkommen und ineffizienten ökonomischen Strukturen bzw. einem un-

terdurchschnittlichen wirtschaftlichen Wachstum her. Diese Ineffizienzen rühren aus einem hohen Zufluss externer Mittel durch die Ausbeutung natürlicher Ressourcen, wodurch die politischen Machthaber von der nachhaltigen Erschließung eines endogenen Finanzierungspotentials befreit werden. Damit wird, so die zweite These, gleichermaßen der Rechtfertigungsbedarf politischer Herrschaft gegenüber den Herrschaftsunterworfenen reduziert, da diese nur in geringem Maße zur Refinanzierung des Staates, etwa durch Steuern, beitragen müssen. Autoritäre Herrschaft wird so stabilisiert.

Douglas Yates wandte den Ansatz in einer Fallstudie zum Erdölexportstaat Gabun erstmals auf Afrika an (Yates 1996; Yates 2005). Seine Argumentation rückt insbesondere die schwachen Wachstumsraten und die mangelhafte Performanz des Regierens in den Vordergrund, da die hohen Renteneinkommen von Amtsträgern viel leichter zu eigennützigen oder illegalen Zwecken genutzt werden könnten. Einen systematischen Vergleich aller afrikanischen Staaten zum Zusammenhang von Renteneinkommen und Chancen der Demokratisierung führen Nathan Jensen und Leonard Wantchekon durch. Sie verweisen auf einen dreifachen Zusam-

menhang zwischen Rohstoffreichtum und Autoritarismus (Jensen/Wantchekon 2004). Erstens bestätigen sie die zentrale Annahme des Rentierstaatsansatzes, dass von der Rohstoffproduktion abhängige Staaten signifikant autoritärer sind als rohstoffarme. Zweitens ist in solchen Staaten eine demokratische Regimetransformation unwahrscheinlicher. Während der traditionelle Ansatz zum Rentierstaat sich auf die Stabilität autoritärer Regime konzentriert, geht Ressourcenreichtum in Afrika jedoch vielfach mit Instabilität einher. Diese Form der als „Ressourcenfluch“ bezeichneten politischen Instabilität erhöht drittens das Risiko des Abbruchs bereits begonnener Liberalisierungsprozesse und den Rückfall in autoritäre Herrschaft, wie etwa an der Republik Kongo (Brazzaville) gezeigt werden kann (Ross 2004; Young 2006).⁹

Das Beispiel Kongo

Die Republik Kongo erzielt 90 Prozent ihrer Exporterlöse aus dem Verkauf von Erdöl. Nach dem Staatsstreich unter Oberst Denis Sassou-Nguesso im Jahre 1979 wuchs die Bedeutung des Kongo als Erdöllieferant in der Folge des zweiten Ölpreisschocks. Die

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

aus den Verkaufserlösen resultierenden Renten ermöglichten die Konsolidierung politischer Herrschaft im Rahmen einer „sozialistischen Volksrepublik“ im bis dahin notorisch instabilen und von gewaltsamen Regimewechseln geprägten Kongo. Im Zuge der durch das Ende des Ost-West-Konfliktes erzwungenen Demokratisierung gelangte 1992 erstmals seit 1963 wieder eine aus kompetitiven Wahlen hervorgegangene Regierung an die Macht. Das Ergebnis wurde von den alten Machthabern jedoch nicht akzeptiert. Diese stürzten die gewählte Regierung unter Pascal Lissouba und verhalfen Sassou-Nguesso wieder ins Präsidentenamt. Zur neuerlichen Konsolidierung ihrer Herrschaft verfolgte die dominierende Parti Congolais du Travail (PCT) eine Strategie der Kooptation gemäßiger Oppositionskräfte (Clark 2005). Bei den Wahlen im Juli 2009, die von der verbliebenen Opposition teilweise boykottiert wurde, gelang Sassou-Nguesso ein ungefährdeter Sieg mit 78 Prozent der Stimmen.¹⁰

Hier zeigt sich, dass die Wahrscheinlichkeit gewaltloser Regimewechsel – eine notwendige Bedingung demokratischer Politik – mit Konflikten um die Verfügung über natürliche Ressourcen sinkt. Offen ausgetragene „extrakonsti-

tutionelle“ Konflikte führen dagegen in den meisten Fällen zu einer Diktatur, sei es der siegreichen Regierung oder deren Herausforderer, wie am Kongo-Beispiel gezeigt wurde.

Sowohl vergleichend angelegte quantitative Analysen (Jensen/Wantchekon 2004; Omgba 2009) als auch empirische Fallstudien (z.B. Shaxson 2007) verdeutlichen jedoch, dass Rohstoffreichtum zwar in vielen Fällen eine wichtige Unterstützungsfunktion autoritärer Herrschaft darstellt, aber weder als hinreichende noch als notwendige Bedingung zur Erklärung autoritärer Stabilität dient. Einerseits sind nur die Minderheit der Autokratien Rentenökonomien, zum anderen gehört etwa der Diamantenproduzent Botswana mit einer besonders stark ausgeprägten Rentenökonomie zu den demokratischen Ländern. Daher ist Matthias Basedau zuzustimmen, der eine kontextorientierte Herangehensweise an das Phänomen „Ressourcenfluch“ anmahnt. Zwar bestünden unzweifelhafte Zusammenhänge zwischen Ressourcenreichtum und Phänomenen wie Armut, Korruption, Diktatur und Krieg. Diese Zusammenhänge müssten allerdings im Rahmen bestimmter Kontextfaktoren präzisiert werden. Zu diesen Faktoren zählen unter anderem politische Tradi-

tionen, die Struktur des politischen Systems, die Ausbildung von Staatlichkeit oder die internationale Einbindung eines Landes. Ob der „Ressourcenfluch“ tatsächlich zum Tragen kommt, hängt maßgeblich von solchen Rahmenbedingungen ab (Basedau 2005). Nachfolgend sollen deshalb institutionelle Faktoren autoritärer Herrschaft erörtert werden, bevor an einem weiteren Beispiel die „Übersetzungsfunktion“ politischer Institutionen für die Wirkung natürlicher Ressourcen diskutiert wird.

Politische Institutionen

Die allgemeine Beobachtung, dass neopatrimoniale Herrschaft in vielen Ländern Afrikas den Demokratisierungsschub der frühen 1990er Jahre teilweise überdauern konnte, bietet noch keine hinreichende Erklärung für die Persistenz autoritärer Strukturen. Hierzu ist es notwendig, die staatlichen Strukturen zu betrachten, die zur Aufrechterhaltung autoritärer Herrschaft beitragen können. Im Hinblick auf die formalen Institutionen muss zunächst das Amt des Präsidenten in den Blick genommen werden, welches in fast allen afrikanischen Ländern im Zentrum des politischen Systems steht. „Hegemonic presidency“ stellt nach H. Kwasi Prempeh trotz der problematischen Erfahrungen das wirksamste Erbe des postkolonialen Staates dar. Prempeh begründet dies mit Institutionalisierungsdefiziten konkurrierender und vermittelnder Institutionen, vor allem Parlamenten und Parteien. So seien zunächst die Parlamente unmittelbar betroffen vom afrikanischen Typ des Präsidialismus (Prempeh 2008, S. 116). Die Auswahl der Minister aus den Reihen der Parlamentarier ermöglicht es den Präsidenten, einflussreiche Parlamentsabgeordnete durch die Vergabe von Ministerposten zu kooptieren. Diese Praxis kann am Beispiel Gabuns deutlich gemacht werden, wo das Kabinett bis zu 42 Minister umfasste; genauso unter der ersten Regierung Frederick Chilubas in Sambia, der etwa die Hälfte der Parlamentarier in Regierungsämter berufen hat. Joel Barkan beschreibt die aus dem postkolonialen Staat überkommene Funktion des Parlamentsmandates folgendermaßen: „Becoming a member of the legislature was viewed as an avenue to lucrative patronage jobs, a ministerial appointment being the most alluring among them“ (Barkan 2008, S. 127).

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Ressourcenreichtum geht in Afrika vielfach mit Instabilität einher. Am Beispiel der Republik Kongo wird deutlich, dass Konflikte um die Verfügung natürlicher Ressourcen autoritäre Herrscher wie Denis Sassou-Nguesso an die Macht bringen.
picture alliance/dpa

Neben den strukturellen Wirkungen von Verfassungen können auch direkte personelle Effekte identifiziert werden. Alle der derzeit noch im Amt befindlichen zehn Präsidenten aus der postkolonialen Ära vor 1990 regieren autoritäre Staaten, beispielsweise Paul Biya in Kamerun, Robert Mugabe in Simbabwe oder Yoweri Museveni in Uganda. In zwei Fällen konnten quasi-hereditäre Nachfolgeregelungen auf der Basis von Wahlen realisiert werden. In Togo folgte Faure Gnassingbé 2005 seinem verstorbenen Vater Gnassingbé Eyadéma nach, in Gabun im Sommer 2009 Ali Ben Bongo seinem nach 42 Jahren im Amt verstorbenen Vater Omar Bongo. Der personelle Übergang stellt allerdings immer einen Moment der Unsicherheit dar, der größer ist als bei der einfachen „Bestätigung“ langjähriger Amtsinhaber.¹¹

Neben den Langzeitpräsidenten kann eine zweite Kategorie „unantastbarer“ Machthaber identifiziert werden: die Führer ehemaliger Rebellen- und Befreiungsbewegungen (Salih 2007), etwa Paul Kagame in Ruanda oder Isayas Afewerki in Eritrea, welcher einem seit 1993 als „Übergangsregierung“ titulierten Militärregime vorsteht. Die reale Legitimation der autoritären Herrscher speist sich aus selbst- und fremd zugeschriebener historischer Verdienstbarkeit als Befreier und Vater der Nation sowie dem exklusiven Zugriff auf Staatsmittel zur Pflege klientelistischer Beziehungen.

Als wichtigste Innovation hinsichtlich des weiterhin mit außerordentlichen Befugnissen verbundenen Präsidentenamtes kann die Einführung von „term limits“ gelten. Solche Beschränkungen der maximalen Amtsdauer haben inzwischen 33 afrikanische Staaten eingeführt (Prempeh 2008, S. 110). Daniel Posner und Daniel Young (2007) ermitteln die Kombination aus begrenzter Amtszeit und regulär stattfindenden Wahlen als den inzwischen dominierenden Modus von Regierungswechseln in Afrika, die vor 1990 zumeist durch Staatsstriche vollzogen wurden. In neun Ländern existieren allerdings keine „term limits“ und in weiteren sechs Fällen erreichten die Amtsinhaber eine Verfassungsänderung zu ihren Gunsten. Von diesen fünfzehn Ländern zählt lediglich Namibia nicht zu den autoritären Systemen. Dies verweist vor allem auf folgenden Punkt: Fehlende oder wieder zurückgenommene Amtszeitbegrenzungen können gleichermaßen als Folge und als Ursache autoritärer Herrschaft gelten. So wäre die Einführung von „term limits“ in Äquatorial-Guinea oder Simbabwe (noch) undenkbar, da sie mit der dominanten Logik personalisierter Herrschaft brechen würden. Zum anderen

kann etwa am Beispiel Togo gezeigt werden, dass die Aufhebung von „term limits“ der Restabilisierung autoritärer Herrschaft dient. In Togo erzwangen breite Proteste 1991 die Einberufung einer Nationalkonferenz, die unter anderem eine neue Verfassung ausarbeitete, welche später auch verabschiedet wurde. In der Folgezeit gelang es Präsident Eyadéma allerdings mit Hilfe eines Militärputsches, repressiver Maßnahmen gegen die Opposition und massiver Wahlfälschung seine Herrschaftsposition wieder zu sichern. Unter anderem durch die Zurücknahme der in der Verfassung von 1991 festgeschriebenen Amtszeitbeschränkung, wofür er wiederum auf eine in gefälschten Wahlen zustande gekommene Zweidrittelmehrheit im Parlament zurückgreifen konnte (Posner/Young 2007, S. 134).

Schließlich stellen dominante Parteiensysteme ein letztes Strukturmerkmal autoritärer Herrschaft dar. Parteiendominanz kann durch zwei Kriterien definiert werden: erstens durch die absolute Stimmen- und Mandatsmehrheit einer Partei; zweitens dadurch, dass diese Mehrheit bei mehreren aufeinander folgenden Wahlen erreicht wird. In Afrika handelt es sich allerdings bei den meisten Parteiensystemen um dominante Parteiensysteme (Carbone 2007). Deshalb ist auch hier Vorsicht bei der Bewertung angezeigt, denn auch eine Reihe demokratischer Staaten besitzt dominante Parteiensysteme (Botswana, Namibia und Südafrika). Diese sind also kein ausschließliches Merkmal autoritärer Regime. Allerdings stellt die Schaffung dominanter Parteien unter den Bedingungen des elektoralen Autoritarismus eine zentrale Strategie der Herrschaftssicherung dar. Diese soll nun am Beispiel Nigerias unter Einbeziehung der weiteren zentralen Faktoren (Ressourcenreichtum und Wahlmanipulation) illustriert werden.

Das Beispiel Nigeria

Im Falle von Nigeria, mit über 80 Prozent der Exporteinnahmen aus Erdölverkäufen, handelt es sich wohl um das meistzitierte Beispiel eines Rentierstaates außerhalb des Nahen Ostens. An dieser Stelle soll aber vor allem die politische Bedeutung der Erdölabhängigkeit beachtet werden, welche durch die Herausbildung einer korrupten „Staatsklasse“ aus Spitzenpolitikern und Militärs geprägt wird. Richard Joseph spricht in seiner ausführlichen Analyse der ersten 25 Jahre nigerianischer Unabhängigkeit von „prebendal politics“ (Joseph 1987; siehe auch Diamond 2008, S. 248). Diese zeichnet sich dadurch aus, dass Amtsinhaber die mit ih-

ren Ämtern verbundenen Rechte und Pflichten konsequent zum privaten Nutzen einsetzen – ein fundamentales Merkmal neopatrimonialer Herrschaft (vgl. Erdmann/Engel 2006). Nach Jensen und Wantchekon (2004, S. 819) wurde der exklusive Zugriff des Staates auf die Erdöleinnahmen zum Hauptantrieb diktatorischer Herrschaft in Nigeria. Für die politische Elite und das Militär eröffneten staatliche und halbstaatliche Unternehmen erhebliche Potenziale zur persönlichen Bereicherung, wodurch auch der Anreiz erhöht wurde, an der einmal erworbenen politischen Macht mit allen Mitteln festzuhalten bzw. diese unbedingt erwerben zu wollen. Die mangelnde Bereitschaft, zivile Machtwechsel auf der Basis demokratischer Regularien zu akzeptieren, führte bis zum Tod des Diktators General Sani Abacha 1998 zu sechs erfolgreichen Militärcoups und sechs gescheiterten Putschversuchen (McGowan 2003, S. 367). Seit der ersten Wahl Olusegun Obasanjos zum Präsidenten (1999) sind Putschversuche in Nigeria ausgeblieben und zumindest auf der gesamtstaatlichen Ebene scheint oberflächlich Stabilität eingezogen zu sein. Allerdings ist dies unter anderem vor dem Hintergrund zu sehen, dass die People's Democratic Party (PDP) Obasanjos eine zunehmende Dominanz im Parteiensystem erlangte, was in den kurzen Phasen demokratischer Regime in den 1960er und späten 1970er/frühen 1980er Jahren keiner Partei gelungen war. Die Dominanz der PDP als einzige landesweit vertretene Partei ist zurückzuführen auf ein bereits unter der Militärdiktatur in den 1980er Jahren gebildetes Netzwerk von hohen Militärs, Geschäftsleuten und hohen Staatsbeamten, das nach Beendigung der Diktatur als Grundlage der Parteigründung diente (Bergstresser 2007). Ihre dominante Rolle (ihre Kandidaten gewannen alle drei bisherigen Präsidentenwahlen mit offiziell über 60 Prozent der Stimmen) verdankt sie auch systematischen Manipulationen des Wahlprozesses auf institutioneller und informeller Ebene. Nachdem die Wahlen von 2003 bereits als „grotesque parody“ bezeichnet wurden (Diamond 2008, S. 244), führten diejenigen von 2007, die immerhin einen friedlichen Wechsel im Präsidentenamt mit sich brachten¹², zu einer weiteren Verschlechterung hinsichtlich Manipulationen und Unregelmäßigkeiten. Der Bericht der Wahlbeobachter-Mission der Europäischen Union urteilt mit einer ungewöhnlich scharfen Formulierung: „Elections fell far short of basic international and regional standards for democratic elections.“¹³ Unregelmäßigkeiten können in fast allen Dimensionen des Wahlvorganges festgestellt wer-

den, von der Wählerregistrierung über die Wahlkampfführung und den Zugang zu Medien bis zum eigentlichen Wahlvorgang der Stimmabgabe sowie zur Stimmenauszählung. Im Mittelpunkt vieler Beanstandungen steht dabei die Wahlkommission Independent National Electoral Commission (INEC), die finanziell vollständig von der Regierung abhängt und deren Besetzung unmittelbarem Einfluss des Präsidenten ausgesetzt war. Gefördert werden die Unregelmäßigkeiten durch die komplexen Bestimmungen des Wahlsystems, welches die Parteien zu landesweiter Organisation zwingen und damit die Politisierung partikularer Identitäten verhindern soll (Bergstresser 2007, S. 2). Faktisch festigen sie aber die Asymmetrie zugunsten der Dominanzpartei PDP und eröffnen Spielräume zur Manipulation. Während Unregelmäßigkeiten des Wahlvorganges außerhalb der OECD-Welt aufgrund nicht ausreichender administrativer Kapazitäten per se nicht ungewöhnlich sind, kommt die Verzerrung der Prozesse in Nigeria doch auf allen Ebenen scheinbar der PDP zugute. Somit dient das Land als gutes Beispiel dafür, wie formal demokratische Institutionen autoritäre Herrschaftspraxis sichern können.

Staatsstreiche

Im Gegensatz zur Situation im postkolonialen Staat hat die Bedeutung von Staatsstreich abgenommen (Basedau 2008). Diese stellen nicht mehr den häufigsten Modus des Regimewechsels dar, sind allerdings auch nicht zur Gänze verschwunden. Vor allem sehen sich irregulär an die Macht gekommene Militärs inzwischen einer veränderten internationalen Anerkennungspraxis gegenüber, etwa einer restriktiveren Haltung der Afrikanischen Union (Hartmann 2005). So ist es nicht verwunderlich, dass sich Putschisten genötigt sehen, nach dem illegitimen Machterwerb den Putsch mit der Absicht rechtfertigen, „Stabilität“ zu wahren, ihre demokratischen Absichten betonen und das baldige Abhalten von Wahlen ankündigen. Im Zeitraum zwischen Staatsstreich und Wahl müssen die Junta-Chefs versuchen, das politische Feld soweit zu bestellen, dass sie selbst oder ein von ihnen ausgewählter Gefolgsmann auf zivilem Weg ins Amt gelangen kann. Die jüngsten Staatsstreiche in der Zentralafrikanischen Republik (2003), in Mauretanien (2005/2008) sowie in Guinea (2008) folgen exakt diesem Muster. In allen Fällen ist zudem davon auszugehen, dass die Putsche autoritäre Herrschaftsstrukturen strukturell konservieren.

In Mauretanien griff das Militär in jüngster Zeit zweimal zur Macht. Der Putsch von 2005 gegen den seit über 20 Jahren amtierenden Präsidenten Ould Taya ermöglichte die Wahl des zivilen Kandidaten Abdallahi im März 2007 (N'Diaye 2009). Allerdings erwies sich dieser als liberaler Reformier, der lange unter den Tisch gekehrte soziale Probleme wie die Diskriminierung der schwarzafrikanischen Bevölkerung und der „Harratin“ (Bezeichnung für die „schwarzmaurischen“ Nachkommen ehemaliger Sklaven) durch die arabischstämmige Bevölkerungselite offen thematisierte. Außerdem sprach er sich für eine stärkere zivile Kontrolle des Militärs aus. Im August 2008 beendeten die Generäle mit einem neuerlichen Putsch die Reformpolitik und stellten mit Abdel Aziz den Führer des Staatsstreichs als Kandidaten fürs Präsidentenamt auf. Im Juli 2009 wurde er im ersten Wahlgang gewählt, wobei von Beobachtern erwartet wird, dass er die Interessen der Bevölkerungselite vor allem im Sicherheitsapparat wahren wird (Marfaing/Richter 2009).

Der bislang letzte Putsch wurde im Dezember 2008 in Guinea durchgeführt, in Folge des Todes des seit 24 Jahren an der Macht befindlichen, autoritär regierenden Präsidenten Lansana Conté. Die Regierung und alle politischen Institutionen wurden für aufgelöst erklärt. Der Sprecher der Putschisten begründete den Staatsstreich mit der Notwendigkeit, die Kontrolle aufrecht zu erhalten und die Korruption einzudämmen.¹⁴ Die ursprünglich für Oktober 2009 angesetzten Wahlen wurden inzwischen verschoben und die Ankündigung des Junta-Chefs Moussa Dadis Camara, selbst für das Präsidentenamt zu kandidieren, verschärfte den Konflikt zwischen der Militärregierung und der sich formierenden Opposition. Im Sommer 2009 kam es zu gewalttätigen Übergriffen der Polizei auf Demonstranten, bei denen vermutlich über 150 Menschen getötet wurden.¹⁵ Am Beispiel Guinea kann schließlich auch sehr gut die Bedeutung externer Faktoren für autoritäre Herrschaft verdeutlicht werden: Das wichtigste wirtschaftspolitische Projekt der Junta besteht in einem Exklusivvertrag mit einem chinesischen Investmentfonds zur Ausbeutung der reichhaltigen Bodenschätze Guineas (insbesondere Bauxit, Eisenerz und Diamanten). Angeblich soll sich das Gesamtvolumen des Geschäftes auf über sieben Milliarden US-Dollar belaufen.¹⁶ Ein erfolgreicher Abschluss würde die Militärs mit den notwendigen finanziellen Mitteln zur dauerhaften Sicherung der Herrschaft ausstatten, auch wenn es irgendwann tatsächlich darum gehen soll, in einer Wahl bestätigt zu werden.¹⁷

Fazit

Die vor zwanzig Jahren auch in den meisten Ländern des subsaharischen Afrikas initiierten Liberalisierungs- und Demokratisierungsprozesse führten zu sehr heterogenen Resultaten. Etwa in der Hälfte der Staaten konnten autoritäre Regime konsolidiert werden oder bildeten sich in der Folge gewaltsamer Regimewechsel neu aus. Zur Erklärung autoritärer Stabilität kann auf drei Problemfelder verwiesen werden: Erstens bietet Rohstoffreichtum sicherlich eine geeignete Unterstützungsbasis autoritärer Herrschaft. Ob der „Ressourcenfluch“ in rohstoffreichen Ländern allerdings tatsächlich zum Tragen kommt, hängt von einer Reihe gesellschaftlicher und institutioneller Bedingungen ab. Damit Regierungen Ressourcenrenten tatsächlich zur Herrschaftssicherung vorbei an den formalen Institutionen nutzen können, müssen sie auf entsprechende Instrumente und den manipulativen Einsatz staatlicher Einrichtungen – zum Beispiel Wahlkommissionen – zurückgreifen. Dies verweist auf das zweite Problemfeld: die politischen Institutionen; denn autoritäre Regime in Afrika sind heute bis auf wenige Ausnahmen elektorale Autokratien. Ihre Legitimation hängt zumindest äußerlich von formal demokratischen Verfahren ab und bedarf eines Mindestmaßes an politischer Organisation. Deshalb bleiben zum einen starke „Präsidentenparteien“ auch nach dem Ende des postkolonialen Einparteiensystems wichtig. Zum anderen ist der politische Prozess auf vielen Ebenen manipulationsgefährdet, wobei insbesondere Wahlen betroffen sind. Drittens bleibt das Militär ein bedeutsamer Faktor. Zwar hat die Häufigkeit von Staatsstreich abgenommen, dennoch bleiben sie vor allem in „schwachen“ Staaten mit wenig entwickelten Zivilgesellschaften jederzeit möglich, wobei die Putschistenführer zunehmend nach konstitutioneller Legitimation durch den Übergang ins zivile Präsidentenamt streben. Trotz anderslautenden Willensbekundungen der Putschisten haben Staatsstreiche bislang aber kaum zur Einleitung demokratischer Entwicklungen beigetragen. Vielmehr stärken sie, insbesondere wenn die Militärs externe Unterstützung mobilisieren können, autoritäre Herrschaft auf der systemischen Ebene. Gerade in dieser Hinsicht ist die nähere Zukunft der beiden Putschländer Mauretanien und Guinea von großem Interesse.

LITERATUR

- Bank, André (2009): Die Renaissance des Autoritarismus. Erkenntnisse und Grenzen neuerer Beiträge der Comparative Politics und Nahostforschung. In: *Hamburg Review of Social Sciences* 4 (1), S. 10–41.
- Barkan, Joel D. (2008): Legislatures on the Rise? In: *Journal of Democracy* 19 (2), S. 124–137.
- Basedau, Matthias (2005): Context Matters. Rethinking the Resource Curse in Sub-Saharan Africa. GIGA Working Paper 1. Hamburg.
- Basedau, Matthias (2008): Die innenpolitische Rolle des Militärs im subsaharischen Afrika. *GIGA Focus Afrika* 12/2008.
- Beck, Martin (2007): Der Rentierstaats-Ansatz und das Problem abweichender Fälle. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 14 (1), S. 4–70.
- Bergstresser, Heinrich (2007): Wahlmarathon in Nigeria. Erster legitimer Machtwechsel? *GIGA Focus Afrika* 4/2007.
- Bogaards, Matthijs (2007): Electoral Systems, Party Systems and Ethnicity in Africa. In: Basedau, Matthias u. a. (Hrsg.): *Votes, Money and Violence. Political Parties and Elections in Sub-Saharan Africa*. Uppsala, S. 168–193.
- Bratton, Michael/van de Walle, Nicolas (1997): *Democratic Experiments in Africa. Regime Transitions in Comparative Perspective*. Cambridge.
- Broadman, Harry G. (2008): China and India Go to Africa. *New Deals in the Developing World*. In: *Foreign Affairs* 87 (2), S. 95–109.
- Carbone, Giovanni M. (2007): Political Parties and Party Systems in Africa. Themes and Research Perspectives. In: *World Political Science Review* 3 (3), S. 57–86.
- Clark, John F. (2005): The Collapse of the Democratic Experiment in the Republic of Congo. A Thick Description. In: Villalón, Leonardo A./VonDoepp, Peter: *The Fate of Africa's Democratic Experiments*. Bloomington/Indianapolis, S. 96–125.
- Clark, John F. (2006): Armed Arbiters. When does the Military Step into the Electoral Arena. In: Schedler, Andreas (Hrsg.): *Electoral Authoritarianism. The Dynamics of Unfree Competition*. Boulder/London, S. 129–148.
- Dahl, Robert A. (1971): *Polyarchy. Participation and Opposition*. New Haven.
- Diamond, Larry (2008): *The Spirit of Democracy. The Struggle to Build Free Societies Throughout the World*. New York.
- Erdmann, Gero/Engel, Ulf (2006): Neopatrimonialism Revisited. Beyond a Catch-all Concept. GIGA Working Paper 16. Hamburg.
- Erdmann, Gero/von Soest, Christian (2008): *Diktatur in Afrika*. GIGA Focus Afrika 8/2008.
- Frankenberger, Rolf (2009): Wahlen in nicht-demokratischen Systemen. In: *Der Bürger im Staat* 59 (2), S. 125–133.
- Hartmann, Christof (2005): Demokratie als Leitbild der afrikanischen Staatengemeinschaft? Zur Theorie und Praxis demokratischer Schutzklauseln in der Afrikanischen Union. In: *Verfassung und Recht in Übersee* 38 (2), S. 201–220.
- Hirt, Nicole (2006): Eritrea. In: Petri, Mario u. a. (Hrsg.): *Handbuch der transitorischen Systeme, Diktaturen und autoritären Regime der Gegenwart*. Münster, S. 233–238.
- Jensen, Nathan/Wantchekon, Leonard (2004): Resource Wealth and Political Regimes in Africa. In: *Comparative Political Studies* 37 (7), S. 816–841.
- Joseph, Richard (1987): *Democracy and Prebendal Politics in Nigeria. The Rise and Fall of the Second Republic*. Cambridge.
- Jourde, Cédric (2007): The International Relations of Small Neoauthoritarian States. In: *International Studies Quarterly* 51 (2), S. 481–503.
- Levitsky, Steven/Way, Lucian D. (2006): Linkage and Leverage. How do International Factors Change Domestic Balance of Power. In: Schedler, Andreas (Hrsg.): *Electoral Authoritarianism. The*

Dynamics of Unfree Competition. Boulder/London, S. 199–216.

- Marfaing, Laurence/Richter, Thomas (2009): Präsidentschaftswahlen in Mauretanien. Ein zweifacher Putschist siegt im ersten Wahlgang. *GIGA Focus Nahost* 8/2009.
- McGowan, Patrick J. (2003): African military coups d'état, 1956–2001. Frequency, Trends and Distribution. In: *Journal of Modern African Studies* 41 (3), S. 339–370.
- N'Diaye, Boubacar (2009): To 'midwife' – and abort – a democracy. Mauritania's transition from Military Rule, 2005–2008. In: *Journal of Modern African Studies* 47 (1), S. 129–152.
- Ongba, Luc Désiré (2009): On the Duration of Political Power in Africa. The Role of Oil Rents. In: *Comparative Political Studies* 42 (3), S. 416–436.
- Posner, Daniel/Young, Daniel (2007): The Institutionalization of Political Power in Africa. In: *Journal of Democracy* 18 (3), S. 126–140.
- Prempeh, H. Kwasi (2008): Presidents Untamed. In: *Journal of Democracy* 19 (2), S. 109–123.
- Ross, Michael L. (2004): What Do We Know About Natural Resources and Civil War? In: *Journal of Peace Research* 41 (3), S. 337–356.
- Salih, M. A. Mohamed (2007): African Liberation Movement Governments and Democracy. In: *Democratization* 14 (4), S. 669–685.
- Schedler, Andreas (Hrsg.) (2006): *Electoral Authoritarianism. The Dynamics of Unfree Competition*. Boulder/London.
- Schedler, Andreas (2002): The Menu of Manipulation. In: *Journal of Democracy* 13 (2), S. 36–50.
- Shaxson, Nicholas (2007): *Poisoned Wells. The Dirty Politics of African Oil*. New York/Houndmills.
- Yates, Douglas A. (1996): *The Rentier State in Africa. Oil Rent Dependency and Neocolonialism in the Republic of Gabon*. Trenton.
- Yates, Douglas A. (2005): Neo-"Petro-monialism" and the Rentier State in Gabon. In: Basedau, Matthias/Andreas Mehler (Hrsg.): *Resource Politics in Sub-Saharan Africa*. Hamburg African Studies. Institut für Afrika-Kunde, Hamburg, S. 173–190.
- Young, Crawford (2004): The End of the Post-Colonial State in Africa? Reflections on Changing African Political Dynamics. In: *African Affairs* 103, S. 23–49.
- Young, Crawford (2006): The Heart of the African Conflict Zone. In: *Annual Review of Political Science* 9, S. 301–328.

INTERNETQUELLEN

- Bertelsmann Transformation Index: <http://www.bertelsmann-transformation-index.de/bti/>
- Freedom House – Freedom in the World Index: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=15>
- Mail & Guardian Online: <http://www.mg.co.za/>
- Africa-Asia Confidential: <http://www.africa-asia-confidential.com>
- FAZ.Net: <http://www.faz.net>
- African Elections Database: <http://africanelections.tripod.com/index.html>
- European Union Election Observation Mission, Nigeria, Final Report, issued on 21 August 2007: http://ec.europa.eu/external_relations/human_rights/election_observation/nigeria/final_report_en.pdf

ANMERKUNGEN

- 1 Nachfolgend ist mit Afrika immer Subsahara-Afrika gemeint, das die 48 afrikanischen Länder südlich der Sahara umfasst.
- 2 Der BTI erfasst nur 37 afrikanische Staaten.
- 3 So der Themenschwerpunkt der Ausgabe 13 (2) des *Journal of Democracy* 2002.
- 4 Mail & Guardian Online vom 30.11.2009: Obiang "wins" E Guinea's controversial poll.
- 5 Daten bei <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=15>. Freedom House erfasst im „Freedom in the World Index“ politische Rechte und bürgerliche Freiheiten. Die Länder werden aufgrund von Expertenberichten auf einer Skala von 1 bis 7 eingeordnet. Länder mit Werten von 1 bis 2,5 werden als „frei“, mit Werten zwischen 3 und 5 als „teilweise frei“ und mit Werten zwischen 5,5 und 7 als „unfrei“ kategorisiert.
- 6 Siehe Bertelsmann Transformation Index 2008 – Daten auf CD Rom (oder <http://www.bertelsmann-transformation-index.de/bti/>).
- 7 Stark defekte Demokratien im BTI, die bei Freedom House als elektorale Demokratien geführt werden, wurden nicht als autoritäre Systeme klassifiziert. Dies betrifft insgesamt vier Staaten (Burundi, Liberia, Niger, Sierra Leone).
- 8 Solche Ressourcen umfassen in erster Linie Bodenschätze, aber keine Agrarerzeugnisse. Einen Grenzfall stellen allerdings wertvolle Tropenhölzer dar.
- 9 Für eine Übersicht afrikanischer „Rentierstaaten“ siehe: Basedau 2005, S. 45.
- 10 Mail & Guardian Online vom 16.09.2009: „Congo's Sassou names new government, abolishes premier post“.
- 11 Siehe hierzu beispielsweise die Berichterstattung zur Wahl Ali Ben Bongos: Mail & Guardian Online vom 03.09.2009: „Gabon's Bongo declared winner of presidential poll“.
- 12 Nachdem sich Obasanjo nicht mit seinem Vorstoß zur Aufhebung der konstitutionellen Amtszeitbegrenzung durchsetzen konnte, gewann sein Parteifreund Umaru Musa Yar'Adua die Wahl mit deutlichem Vorsprung.
- 13 EU Election Observation Mission, Nigeria 2007, Final Report
- 14 FAZ.NET vom 25.12.2008: „Putsch in Guinea. Ministerpräsident stellt sich den Meuterern“.
- 15 Mail & Guardian Online vom 16.10.2009: „Junta announces probe into deadly crackdown“.
- 16 Africa-Asia Confidential vom 01.11.2009: „The junta rewards new friends“.
- 17 Allerdings bestehen innerhalb der Militärjunta erhebliche Spannungen. Unter anderem wurde Camara im Dezember 2009 von einem Mitglied seiner Leibgarde angeschossen und befindet sich Ende Dezember 2009 immer noch in einem marokkanischen Krankenhaus zur Behandlung. Daher steht in Frage, ob die Junta auch intern in der Lage ist, ihre Macht zu stabilisieren.



UNSER AUTOR

Dr. Jörg Kemmerzell arbeitet als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt. Seine Schwerpunkte in Forschung und Lehre liegen in Vergleichender Politikwissenschaft und Politischer Theorie mit einem besonderen Interesse an der Transformation politischer Systeme sowie der Parteienforschung.

Politische Apathie als Antwort auf die Krise in Simbabwe

Beatrice Schlee

Obwohl die Bevölkerung Simbawes unter einer verheerenden Krise leidet, hält sich Robert Mugabe immer noch an der Macht. Ein entscheidender Faktor für die Stabilität des autoritären Regimes ist die politische Apathie der Bevölkerung. Das Regime hat nicht trotz, sondern aufgrund der ökonomischen Krise überlebt. Die Krise mit all ihren sozialen Auswirkungen hat die Apathie der Bevölkerung wesentlich verstärkt. Im gleichen Zuge wurde das noch in den 1990er Jahren vorhandene Protestpotential erheblich geschwächt. Das von Beatrice Schlee gezeichnete Stimmungsbild der Bevölkerung zeigt das Ausmaß politischer Ohnmacht und den Grad an Demütigung, den der wirtschaftliche Fall des einstigen Musterlandes herbeigeführt hat. Die Krisenjahre haben zu einer beispiellosen Verarmung der Bevölkerung geführt. Die täglichen Anstrengungen, die der Einzelne vollbringen muss, um das Überleben zu sichern, konzentrieren die Energie auf andere Bereiche als die des Politischen. Migration, Zuflucht in Heilsversprechungen der Freikirchen oder anderweitige Kompensationsmechanismen machen das Leben einigermaßen erträglich. Die von Beatrice Schlee diskutierte Frage, inwieweit Demobilisierung und Apathie der Bevölkerung autoritäre Systeme stabilisieren und reproduzieren, ist in der Autoritarismusdebatte mithin ein Desiderat. |

Ein Land verfällt in Agonie

Simbabwe hat in den vergangenen Jahren mehrfach für Negativschlagzeilen gesorgt: Welthöchste Inflation – Hochrechnungen prognostizierten knappe 90 Sextillionen¹, Halbierung des Brutto-sozialprodukts, Ausbruch von Cholera, Sinken der Lebenserwartung von 55 auf 35 Jahre innerhalb einer Dekade, Abhängigkeit des einstigen Getreideexporteurs von internationaler Nahrungsmittelhilfe, ein kollabierendes Bildungs- und Gesundheitswesen – die Liste könnte noch weiter fortgesetzt werden. Aufgrund des Ausmaßes dieser insgesamt acht Jahre andauernden (2000 bis 2008) Krise erwarteten interne wie externe Beobachter einen Massenaufstand oder zumindest heftige soziale Unruhen.² Von all dem ist nichts eingetreten. Der berühmte Funke, der das Feu-

er entfacht, ist nie gezündet worden. Stattdessen wurde nach Jahren gesellschaftlicher Agonie im Februar 2009 eine „Regierung der nationalen Einheit“ gebildet, in der die langjährige Regierungspartei Zanu-PF (Zimbabwe National Union - Patriotic Front) unter der Führung von Robert Mugabe eine Koalition mit der Oppositionspartei MDC (Movement for Democratic Change) einging.³

Die neue Regierung steht vor vielfältigen Aufgaben: Wiederaufbau der Wirtschaft, Sanierung des Sozialwesens, Versöhnung der stark polarisierten Gesellschaft, Aufarbeitung der Gräueltaten des Wahljahrs 2008, als die Zanu-PF sich mit ungeheurer Brutalität den Machterhalt sichern wollte, etc. Die Kooperation mit den langjährigen Machthabern, die auch nach Grün-

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

„What can I do...?“ ist der am meisten gehörte Satz in Simbabwe in Zeiten der Krise. Sinkendes Selbstvertrauen, Hoffnungslosigkeit und Fatalismus haben sich in den vergangenen Jahren breit gemacht.

picture alliance/dpa

dung der Koalitionsregierung nicht bereit sind, ihre politische Alleinherrschaft aufzugeben, ist schwierig. Zu lange haben sie nahezu ungehindert das Land nach ihrem Gutdünken regiert und sich dabei bereichert.⁴

Mehrere Faktoren haben den Machterhalt der Zanu-PF seit der Unabhängigkeit im Jahr 1980 ermöglicht: politische Repression, Militarisierung der Politik, Kontrolle der Medienlandschaft.⁵ Solche Herrschaftsmechanismen sind auch aus anderen autoritären Systemen bekannt. Was den Fall Simbabwe jedoch besonders macht, ist das Überleben des Regimes trotz der massiven Krise. Auch hierfür können verschiedene Gründe genannt werden, vor allem die Bereicherung der politischen Elite durch privilegierten Zugang zu Devisen, die in Zeiten der Hyperinflation ein sehr begehrtes Gut sind; ebenso die Plünderung der eigenen Ressourcen (Land, Gold, Diamanten) zum Ausbau des Patronagesystems, was durch den zunehmenden Verfall des Rechtsstaats begünstigt wurde.⁶ Ein wichtiger Faktor, der in vielen Analysen vernachlässigt wird, ist jedoch die politische Apathie der Bevölkerung, die, so die Hypothese dieses Artikels, zum Machterhalt der Zanu-PF entscheidend beigetragen hat.⁷

Verknüpfung von politischer Apathie und Machterhalt – ein Desiderat

Die ausbleibende politische Mobilisierung der Simbawer angesichts einer Krise, die in ihren Auswirkungen verheerender nicht hätte sein können, wurde vom Ausland kritisch beurteilt. Vom Nachbarland Südafrika mit seinem Anti-Apartheidskampf mussten sich die Simbawer sogar den Vorwurf, sie seien „Feiglinge“, gefallen lassen.⁸ Erklärungsangebote – sehr unterschiedlicher Art – für die mangelnde Opposition sind bisher nur in vereinzelten Studien aus Simbabwe und Südafrika zu finden.⁹ Sie reichen von einem kollektiven Trauma durch die grausame Vergangenheit des Kolonialregimes, Bürgerkrieg und blutiger Zanu-PF Herrschaft, über die ausgeprägte Gesetzhörigkeit der Simbawer, hin zu der unerschütterlichen Hoffnung auf eine bessere Zukunft.¹⁰

Der Beitrag, den politische Apathie zum Machterhalt autoritärer Staaten leisten kann, wurde bisher in der Literatur kaum untersucht.¹¹ Aus einigen autoritären Staaten – Ägypten, Syrien wie auch Simbabwe – ist jedoch bekannt, dass gerade in Regimen, die über einen längeren Zeitraum (eine Generation) von einer Partei oder gar demselben Präsidenten regiert werden, ein hoher Demobilisierungsgrad der Bevölkerung zu

verzeichnen ist. Dennoch weist die Theoriebildung zur Funktionsweise autoritärer Staaten, die insgesamt wenig fortgeschritten ist, beim Themenkomplex Demobilisierung und Apathie der Bevölkerung eine große Lücke auf. Juan Linz, der immer noch als einer der Urväter der Autoritarismustheorie gilt, spricht in seiner Autoritarismusdefinition nur von Staaten „without extensive nor intensive political mobilization“.¹² Marina Ottaway ist eine der wenigen, die in der jüngeren Literatur zu autoritären Staaten zumindest auf die Ängste der Bevölkerung vor dem Unbekannten hinweist, die überwunden werden müssen, bevor Wähler einen Regimewechsel befürworten.¹³ Laut Ottaway überschreiten die Wähler diese Hemmschwelle erst, wenn sie die Lage als verzweifelt wahrnehmen (ebd.). Dass die Bevölkerung in Simbabwe über einen längeren Zeitraum unzufrieden mit der Regierungsführung des Präsidenten Robert Mugabe war und sich die wirtschaftliche Lage des Einzelnen im Zuge der Krise dramatisch verschlechterte, belegen einige Datenerhebungen.¹⁴ Dies wirft umso mehr die Frage auf, weshalb die Bevölkerung nicht mehr Widerstand gegen die Regierung Mugabe geleistet hat. Außer Frage steht, dass namhafter Widerstand von der Opposition sowie den zivilgesellschaftlichen Gruppierungen angeführt und koordiniert hätte werden müssen. Diese beklagten jedoch immer wieder die Mobilisierungsresistenz weiterer Teile der Bevölkerung.¹⁵

Soziopolitisches Erklärungsmodell für Apathie

In der vorliegenden Analyse wird die These aufgestellt, dass die politische Apathie der Bevölkerung wesentlich durch die wirtschaftliche Krise verstärkt wurde. Auch wenn die Ursachenforschung der politischen Apathie noch nicht weit fortgeschritten ist, sind als Auslöser mangelnde politische Partizipation nach der Unabhängigkeit sowie zunehmender politischer Kontrollverlust (durch massive Wahlmanipulation zugunsten der Regierungspartei Zanu-PF) zu nennen. Niedergeschlagen hat sich dies in geringer Wahlbeteiligung.¹⁶ Die Analyse folgt dem soziopolitischen Ansatz, der die politische Apathie mit Einflüssen aus Umwelt, Gesellschaft und Staat zu erklären versucht.¹⁷ Auch wenn der Apathiebegriff in sich strittig ist und oft inflationär gebraucht wird, soll er im Folgenden in Anlehnung an die Definition von Klaus Wasmund gebraucht werden: „Wo die persönliche Lebenssituation als naturgegeben, und schicksalhaft empfunden wird, bleibt das gesellschaftliche Bewusstsein sta-

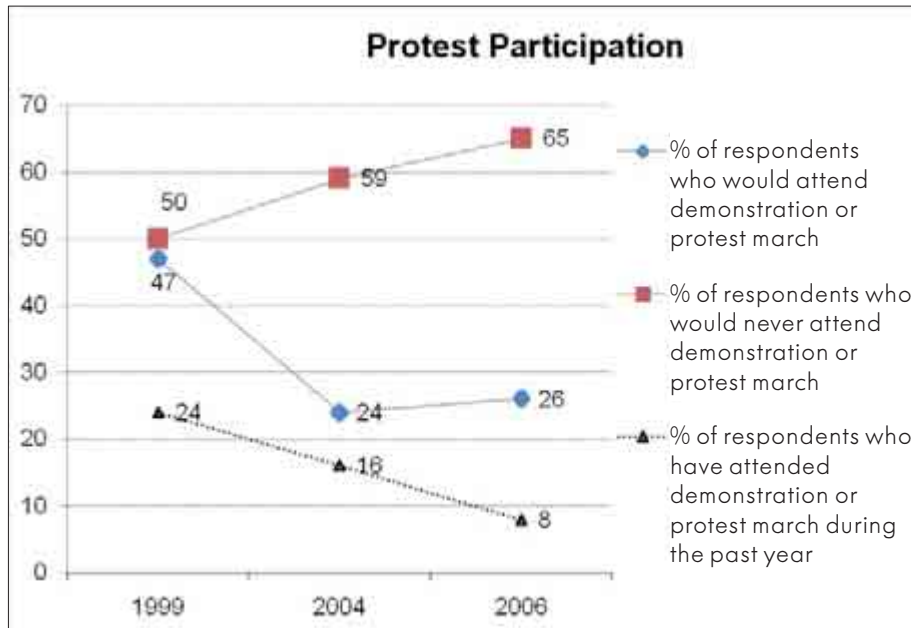
tisch orientiert, finden keine politischen Lernprozesse mehr statt, lähmt Resignation jegliche Initiative, kann sich das Gefühl der politischen Wirksamkeit nicht entfalten.“¹⁸

Vor diesem Hintergrund ist der Fokus auf die Auswirkungen der Krise auf das soziopolitische Verhalten der Bevölkerung gerichtet. Weitere Faktoren, wie z.B. die politische Kultur, die die politische Passivität begünstigt haben, können nur am Rande in die Analyse miteinbezogen werden, da die Forschungsergebnisse hierzu noch nicht sehr ergiebig sind.¹⁹ Es steht jedoch außer Frage, dass die Autoritätshörigkeit und die Tendenz, Konflikte zu vermeiden, einen wesentlichen Beitrag zur politischen Passivität der Simbawer in den letzten Jahren geleistet haben.²⁰ Ebenfalls nicht gesondert untersucht werden kann die Rolle, die der politischen Repression bei der Demobilisierung der Bevölkerung zukommt. Auch hier fehlen Studien, die die Auswirkungen der Repression auf das Verhalten der Bevölkerung eigens betrachten. Untersuchungen zur Traumatisierung der Bevölkerung durch wiederholte Gewaltanwendung zeigen jedoch, dass allein bei den Opfern der „Operation Clean-Out“, die 2005 über 700.000 Menschen heimatlos gemacht hat, bei 70 Prozent der Befragten klinisch signifikante Störungen und ein im Vergleich zur Region des Südlichen Afrikas überdurchschnittlich hoher Traumatisierungsgrad festgestellt wurden.²¹ Die Ergebnisse des Afrobarometers (Datenerhebung in zwölf Ländern des Südlichen Afrikas) seit 1999 zeigen ebenfalls, dass die Angst in Simbabwe stetig gestiegen ist und 2005 bereits bei 65 Prozent lag.²² Glen Mpani kann in seiner Analyse des Afrobarometer-Datensatzes von 2005 nachweisen, was nahe liegt: Das Protestpotential der Simbawer wurde in den letzten Jahren durch die politische Repression von Gewaltagenten der Regierung geschwächt (Mpani 2007, S. 80).

Schwächung des Protestpotentials durch die Krise

Die vorliegende Studie konzentriert sich daher nur auf einen Ausschnitt – die Schwächung des Protestpotentials durch die Krise. Dabei wird die These aufgestellt, dass die Wirtschaftskrise statt zu einer Mobilisierung, zu einer Paralisierung der Bevölkerung geführt hat. Als wesentliche Ursache hierfür werden folgende Faktoren in der Analyse berücksichtigt: sukzessive Verarmung der Bevölkerung; ein sich ausbreitendes Gefühl von Ohnmacht, Apathie und Demütigung durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise; Coping-Mechanismen, die

Schaubild 1: Protestbereitschaft in Simbabwe 1999–2006



Here is a list of actions that people sometimes take as citizens. For each of these, please tell me whether you have personally done any of these during the past year: a) Get together with others b) Attended a demonstration or a protest march c) Taken part in a stay away

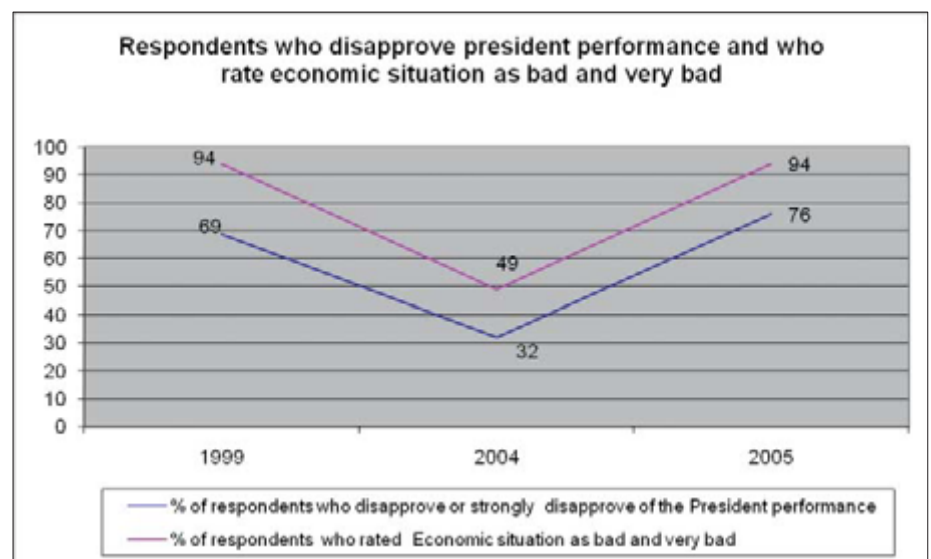
Quelle: Mpani 2007, S. 4

den Fokus weg vom Politischen auf das tägliche Überleben richten. Eine derart mit Anpassung an ein ständig sich veränderndes wirtschaftliches Umfeld beschäftigte Bevölkerung, die zunehmend in Frustration und Apathie versinkt, ist für eine am Machterhalt interessierte Regierung leicht zu kontrollieren. Deshalb liegt die Vermutung nahe, dass die Regierung die Krise mit ihren Auswirkungen auf die Bevölkerung als Herrschaftsinstrument zur Konsolidierung der eigenen Macht eingesetzt hat. Im Folgenden wird daher neben politischer Repression der Begriff wirtschaftliche Repression verwendet, da davon ausgegangen wird, dass die politische Elite, der es in anderen Bereichen an Qualifizierung und Sachverstand nicht mangelt, kein wirkliches Interesse an einer Umkehrung der wirtschaftlichen Situation hatte.²³

Die Untersuchung konzentriert sich auf den Zeitraum von 2003 bis 2008 und stützt sich in ihrer Argumentation neben eigenen Beobachtungen, die während eines längeren Aufenthalts im Land gewonnen werden konnten, auf einzelne Artikel und Auswertungen von Datenerhebungen.²⁴ Mein besonderer Dank gilt hier Glen Mpani, der seine Ergebnisse für diese Untersuchung zur Verfügung gestellt hat. Mpani ist bisher als einziger mit empirisch gesicherten Daten (Grundlage ist der Afrobarometer von 2005) der Frage nachgegangen, weshalb es zu keinen größeren sozialen Unruhen gekommen ist.²⁵ Wertvolle Einsichten konnten auch aus der Umfrage des Centre International des Sciences Humaines (CISH) aus demselben Jahr gewonnen

werden.²⁶ Bedauerlich ist, dass die neueste Länderumfrage des Afrobarometers, die von März bis Mai 2009 – d.h. unmittelbar nach der Bildung der „Regierung der Nationalen Einheit“ – durchgeführt wurde, noch nicht vorliegt.²⁷ Insgesamt muss betont werden, dass gerade die quantitativen Umfragen nur einen ersten Einblick in Trendrichtungen

Schaubild 2: Wirtschaftsleistung und Zufriedenheit mit der Regierungsarbeit des Präsidenten



Questions: In general, how would you describe the present economic conditions of this country? A) Very bad b) Bad c) Neither Good nor Bad d) Good e) Very Good f) Don't know. Do you approve or disapprove of the way that the following official has performed his job over the past twelve months or haven't you had enough about him to say; The President? A) Strongly disapprove b) Disapprove c) Approve d) Strongly approve e) Don't know haven't heard enough

Quelle: Mpani 2007, S. 5

geben und dass das Datenmaterial weiterer genauerer Analysen sowie einer Komplementierung durch eine qualitative Herangehensweise bedarf. Deshalb kann im Folgenden noch keine abschließende Einschätzung gegeben werden.

Ist politische Apathie mit politischem Desinteresse gleichzusetzen?

Die Tatsache, dass es in Simbabwe zu keinem größeren Aufstand kam, wird meist mit politischer Apathie und Passivität der Bevölkerung erklärt. Doch sind diese Erklärungen zutreffend?

Dass die Simbabweer nicht generell Proteste ablehnen, zeigen die zahlreichen Streiks Ende der 1990er Jahre. Als das Land mit den sozialen Folgen des Strukturanpassungsprogramms des IWFs kämpfte und sich die Anzeichen einer beginnenden Wirtschaftskrise mehrten, reihte sich unter Federführung der Gewerkschaften ein Streik an den anderen.²⁸ Anfang 2000 gelang es einer Kooperation aus zivilgesellschaftlichen Organisationen, Gewerkschaften und der neu gegründeten Oppositionspartei MDC (Movement for Democratic Change) ein Referendum Mugabes zu Fall zu bringen.²⁹ Bei den Parlaments-

wahlen besiegte die Opposition nur wenige Monate später sogar fast die Regierungspartei (Beobachter sprechen von Wahlmanipulation seitens der Zanu-PF). Nach den „gestohlenen Wahlen von 2002“, als die MDC mit ihrem Präsidentschaftskandidaten Morgan Tsvangirai wider Erwarten erneut auf Platz zwei verwiesen wurde, wandelte sich die Situation spürbar: Sowohl die Oppositionspartei MDC wie auch die zivilgesellschaftlichen Organisationen konnten von nun an nur noch ein paar Hundert Demonstranten auf die Strasse bringen.³⁰ Eine Auswertung der Daten des Afrobarometers zeigt anschaulich die stetig sinkende Zahl derjenigen, die sich an politischen Protesten beteiligt haben.

Dass ein politisches Bewusstsein über die Missstände im Land durchaus vor-

handen war, zeigt der Grad der Unzufriedenheit über den Zustand der simbabwischen Demokratie, den vier Fünftel der Befragten als unzureichend empfanden (Mpani 2007, S. 43). Ebenso belegen Umfragedaten, dass die simbabwische Bevölkerung seit Ende der 1990er Jahre zunehmend unzufrieden mit der wirtschaftlichen Entwicklung im Land und der Regierungsarbeit des Präsidenten war.³¹

Doch dass politische Apathie und politisches Desinteresse entgegen den landläufigen Definitionen nicht gleichzusetzen sind, zeigen die Umfragedaten ebenfalls: Bereits 2005, als die Krise noch längst nicht auf ihrem Höhepunkt war, gaben mehr als die Hälfte der Befragten an, mit Freunden regelmäßig über Politik zu diskutieren³² und mehrmals wöchentlich die Zeitung zu lesen

(Dickow 2007a, S. 93). Geht man davon aus, dass ein höherer Grad kognitiven Bewusstseins sich positiv auf das politische Engagement des Einzelnen auswirkt, dann hätte die Situation in Simbabwe eine andere sein müssen. Einen Hinweis weshalb dem nicht so war, gibt der Faktor „Interesse am öffentlichen Leben“. Auf die Frage, wie groß das Interesse an Politik und Regierungsgeschäften sei, antworteten über 40 Prozent, dass sie sich hierfür überhaupt nicht interessieren.³³ Verschiedene Faktoren, die diese Antwort mitbeeinflusst haben, könnten aufgezählt werden, wie z.B. die Angst vor politischer Repression. Dass es sich bei dem scheinbaren Desinteresse vielmehr um einen Rückzug ins Private und um Überlebensstrategien im Angesicht der Krise handelt, wird im Folgenden aufgezeigt.

**Aus urheberrechtlichen Gründen
kann dieses Bild in der Online-Version
nicht angezeigt werden.**

Ursachen für das geringe Protestpotential

Politische Ohnmacht

„What can I do...?“ ist der am meisten gehörte Satz in Simbabwe in Zeiten der Krise. Sinkendes Selbstvertrauen, Hoffnungslosigkeit und Fatalismus machen sich breit. Die wirtschaftliche Krise drückt auf die allgemeine Stimmung im Land und lässt viele nur noch an ihr eigenes Überleben und das ihrer Familie denken. Ein Rückzug ins Private ist unvermeidlich. Im Folgenden wird anhand von Umfrageergebnissen versucht, ein Stimmungsbild der Bevölkerung zu zeichnen, das Hinweise auf die Auswirkungen der Krise geben kann.

Bei Umfragen stimmten drei Viertel der Befragten der Feststellung „There is litt-

le a person like me can do to improve people's lives“ zu. Damit liegt Simbabwe bereits 2004 weit über den Werten in anderen, oft ungleich ärmeren Gesellschaften (Dickow 2007a, S. 67). Besonders ausgeprägt ist dieses Gefühl der Machtlosigkeit bei der ländlichen Bevölkerung, bei Personen mit geringer Schulbildung, bei Arbeitslosen, Personen mit niedrigem Familieneinkommen und jenen, die afrikanischen Freikirchen angehören. Der sprunghafte Zulauf, den letztere erhalten, ist ein typisches Krisensymptom.³⁴ Ein weiteres Symptom ist auch der außergewöhnlich hohe Prozentsatz derjenigen, die, befragt nach der Schichtzugehörigkeit, sich selbst in die Unterschicht einordnen: Knapp zwei Drittel der Befragten, unter ihnen vor allem Arbeitslose, Niedrigverdiener, die ältere Generation und weniger Gebildete, sehen sich selbst als Repräsentanten der Unterschicht (Dickow 2007, S. 77). Wenn auch allgemein bekannt ist, dass im Zuge des Brain drain ein Großteil der Mittelschicht in die Nachbarländer oder nach Europa und die USA abgewandert sind, fallen die Werte derjenigen, die sich in der Mittelschicht sehen, mit 15 Prozent doch erschreckend niedrig aus.

Welches Ausmaß die Frustration angenommen hat, zeigt auch die Zahl derjenigen, die glauben, dass die eigene (soziale) Gruppe wirtschaftlich schlechter gestellt ist, als andere. Eine Feststellung, der 85 Prozent der Befragten zustimmen können (Dickow 2007a, S. 82). Überdurchschnittlich repräsentiert sind nicht nur Bauern und Personen mit geringer beruflicher Bildung, sondern auch Lehrer und Fachpersonal. Dies ist insofern wenig erstaunlich, als die Wirtschaftskrise mit ihrer Hyperinflation alle Einkommensgruppen getroffen hat und gerade die Lehrer als potentielle Sympathisanten der Opposition in das Visier der Sicherheitskräfte rücken ließen.

Eine ähnlich hohe Prozentzahl der Befragten (83 Prozent) gibt an, dass sich die eigenen Lebensbedingungen in den letzten zehn Jahren, vor allem im Vergleich zum Vorjahr, verschlechtert haben (Dickow 2007a, S. 75). Auch hier sind die weniger Gebildeten, Ältere, Menschen aus dem informellen Sektor und einfache Arbeiter überrepräsentiert (ebd.). Vor diesem Hintergrund erstaunt es nicht, dass knapp drei Viertel aller Befragten Sozialneid kennen. Überdurchschnittlich repräsentiert sind hier die Arbeitslosen, Beschäftigte im informellen Sektor und Niedrigverdiener (ebd.). Die Ergebnisse der CISH-Umfrage werden durch den Afrobarometer komplementiert, der nach den Erwartungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage für das kommende Jahr gefragt hat: Hier geben 85 Prozent an, dass sie

POLITISCHE APATHIE ALS ANTWORT AUF DIE KRISE IN SIMBABWE

eine weitere Verschlechterung befürchten (Mpani 2007, S. 29). Wie verbreitet die Ohnmacht gerade im beruflichen Bereich ist, zeigt auch folgende Aussage: „No matter how much I try, I will not get the education and jobs I am entitled to“ (68 Prozent; Dickow 2007a, S. 72). Einen weiteren Hinweis auf den hohen Frustrationsgrad in der Gesellschaft gibt die Frage nach der wirtschaftlichen Zukunft der nächsten Generation. Hier befürchten acht von zehn Befragten, dass ihre Kinder einen weniger hohen Lebensstandard haben werden (Dickow 2007a, S. 72).

Insgesamt geben die Umfrageergebnisse eindeutige Hinweise darauf, dass Unzufriedenheit, Desillusionierung und Frustration in der Gesellschaft vorherrschend sind. Huth weist in ihrer Analyse zu den Auswirkungen politischer Apathie ausdrücklich darauf hin, dass Unkontrollierbarkeit, Unübersichtlichkeit und Hilflosigkeit ein Hemmnis für Motivation und aktives Handeln sein können (Huth 2004, S. 93). Diese Aussage wird durch den geringen Mobilisierungsgrad der Simbabweer bestätigt.

Demütigung als Katalysator

Dass Simbabwe ungleich höhere Werte an Unzufriedenheit und Sozialneid aufweist, als dies von Ländern bekannt ist, die für ihre geringe Wirtschaftsentwicklung und hohe Armutsrate bekannt sind (Beispiel Tschad), muss auf den rapiden Niedergang des einstigen Vorzeige- und Musterlands Simbabwe zurückgeführt werden. Der Fall, auch wenn es erste Anzeichen für eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage spätestens seit Ende der 1990er Jahre gab, war abrupt. Kein Land auf der Welt hat es geschafft, seine wirtschaftliche Leistung innerhalb kürzester Zeit so zu dezimieren wie Simbabwe – und zwar ohne einen Krieg zu führen. Der wirtschaftliche Niedergang machte viele, Angehörige der Unter- wie der Oberschicht, sprachlos. Waren sie einst stolz darauf, Simbabwe zu sein, und belächelten Nachbarländer wie zum Beispiel Sambia mit seiner schwachen Währung, so waren auf einmal sie es, die zu Parias geworden waren, ungeliebt in Südafrika und Botswana, wo sie auf den Arbeitsmarkt drängen und wo die Kriminalitätsraten seit dem Ansturm aus dem verarmten Land im Norden massiv zugenommen haben sollen.

In der vorliegenden Studie wird die Hypothese aufgestellt, dass der wirtschaftliche Fall zu einem Gefühl der Demüti-

Obwohl die Bevölkerung Simbawwes unter einer verheerenden Krise leidet, hält sich Robert Mugabe immer noch an der Macht. Ein entscheidender Faktor für die Stabilität des autoritären Regimes ist die politische Apathie der Bevölkerung.

picture alliance/dpa

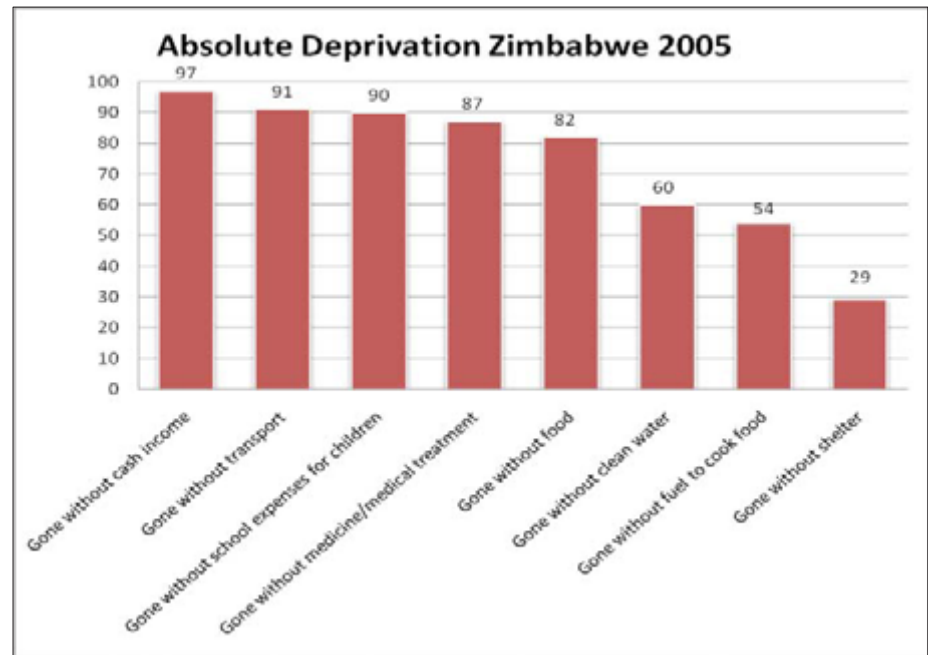
Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

gung geführt hat. Demütigung aufgrund des Verlusts der bescheidenen wirtschaftlichen Sicherheit. Demütigung kann unterschiedliche Formen annehmen. In multiethnischen Staaten, in denen eine Gruppe dominiert, werden Minderheitenethnien oft ihrer eigenen Identität beraubt und dadurch gedemütigt. So geschehen im ehemaligen Zaïre unter Mobutu, wo der Herrscher nicht nur strenge Kleidervorschriften machte, sondern sich sogar in die Namensgebung seiner „Untertanen“ einmischte. Demütigung und ihre Auswirkungen als Herrschaftsinstrument in autoritären Staaten sind bislang zu wenig untersucht worden, ebenso die Auswirkungen derselben.³⁷ Für Simbabwe kann davon ausgegangen werden, dass die Gesamtsituation zu einem tiefgehenden Gefühl von Machtlosigkeit geführt hat. Weitere Umfragen müssten sich auf die Frage konzentrieren, wie groß das Verlassenheitsgefühl der Simbawwer ist und wie es sich auf das politische Verhalten auswirkt. Mpani kritisiert, dass Opposition und Zivilgesellschaft das Vakuum, das Regierung und Zanu-PF durch ihr Missmanagement hinterlassen haben, nicht besser ausgefüllt haben (Mpani 2007, S. 81–83).

Marginalisierung

„The paradox is that as the overall situation of the multi-faceted crisis worsens, the people directly affected become more and more impotent and demobilised“ (Masunungure 2006a). Dieses Zitat weist auf die Erwartungen vieler hin, die angesichts der Krise ein größeres Protestpotential in der Bevölkerung vermutet hatten. Ein Teil der Forschung zu diesem Thema geht davon aus, dass gerade die Unterprivilegierten und Marginalisierten mehr zu politischen Protesten neigen als die Privilegierten.³⁸ Demnach hätte es in Simbabwe zu heftigen sozialen Unruhen kommen müssen, denn der Grad der Marginalisierung der simbabwischen Bevölkerung im Verlauf der Krisenjahre ist beachtlich: die absolute Armut stieg auf 90 Prozent an, 80 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung wurden als arbeitslos registriert, wobei davon ausgegangen werden kann, dass die meisten im informellen Sektor tätig geworden sind.³⁹ Glen Mpani und Anthony Leysens konnten die Annahmen von Robert Cox und Ted Gurr jedoch widerlegen und weisen über eine Analyse umfangreicher Datensätze nach, dass Personen, die zu den Marginalisierten gehören und in die Kategorie absoluter Deprivation fallen, über ein weitaus geringeres Protestpotential verfügen als andere. Absolute Deprivation definiert Mpani

Schaubild 3: Absolute Deprivation



Question: Over the past year, how often, if ever, have you or anyone in your family gone without: enough food to eat, gone without transport, gone without school expenses, gone without fuel to cook food, gone without clean water, gone without cash income, gone without medicine and gone without shelter a) Never b) Just Once or Twice c) Several Times d) Many Times e) Always f) Don't know

Quelle: Mpani 2007, S. 26.

nach dem „Lived Poverty Index“ von Robert Mattes, Yul Derek Davids and Michael Bratton: Danach sind Menschen absoluter Deprivation ausgesetzt, die über kein regelmäßiges Einkommen, keinen ausreichenden Zugang zu Nahrungsmitteln, medizinischer Versorgung, zu Brennmaterial, Wasser, Strom und Sicherheit verfügen.⁴⁰ Mpani hat die Daten von absoluter Armut und Protestpotential korreliert und herausgefunden, dass entgegen den Erwartungen absolute Deprivation das Protestpotential reduziert (Mpani 2007, S. 24). Leysens kommt anhand des Afrobarometers von 1999 zu dem ähnlichen Ergebnis, wonach bei undemokratischem Verhalten der simbabwischen Regierung die Hälfte der Marginalisierten nicht einschreiten würde.⁴¹ Diese Zahl reduziert sich allerdings mit höherem Lebensstandard (nur noch knapp ein Drittel derjenigen, in prekären und 18 Prozent derjenigen in besseren Lebensumständen würden nicht einschreiten; Leysens 2004, S. 24). Die Datenanalyse Mpanis zeigt zudem, dass die Neigung zu Protest bei vorhandener regelmäßiger Arbeit deutlich zunimmt (Mpani 2007, S. 26). Das Arbeitsumfeld, die Informationen, die auf der Arbeit ausgetauscht werden können, erleichtern die Mobilisierung, wohingegen in Simbabwe, wo die Arbeitslosigkeit 80 Prozent erreichte und die Mehr-

heit der Erwerbstätigen in den informellen Sektor wechseln mussten, diese Möglichkeiten nicht mehr gegeben sind (Mpani 2007, S. 77). Diese Ergebnisse decken sich mit den Erfahrungen der Opposition, die traditionell einen Großteil ihrer Anhänger über Gewerkschaftsstrukturen mobilisieren konnte. Je geringer jedoch die Zahl der Arbeitnehmer wurde, umso mehr Mühe hatte sie, ihre Anhänger zu mobilisieren. Dass Protestneigung von den Faktoren Marginalisierung und regelmäßige Arbeit abhängt, wird auf den höheren Frustrationsgrad und Ohnmachtsgefühle gerade bei den Verlierern der Krise zurückgeführt. In diesem Zusammenhang interessant ist auch, dass laut Mpani die Rücküberweisung der Migranten an die zurückgebliebenen Familienangehörigen deren Neigung zu Protesten vergrößerten, obwohl im Allgemeinen angenommen wird, dass die finanzielle Unterstützung aus dem Ausland das Protestpotential verringert hat.⁴² Demnach führte die größere wirtschaftliche Unabhängigkeit auch zu einer politischen Unabhängigkeit. Führt man sich das Klima der Angst gerade im ländlichen Raum vor Augen, wo traditionelle Führer über die selektive Verteilung von Nahrungsmitteln (nur an Anhänger der Zanu-PF) politischen Druck ausüben konnten, erstaunen die Ergebnisse nicht. Diejenigen, deren Überleben nicht von der Willkür der Anhänger

der Zanu-PF abhing, hatten größere Möglichkeiten, sich hiervon zu distanzieren. In diesem Sinne sind auch Leysens Ausführungen zu verstehen: "Again, it seems that even under the most arduous of circumstances, being marginalised does not necessarily translate into being more inclined to push for political and economic transformation. It may mean, however, that one is more inclined to interact with the state on a tactical basis, in order to ensure daily survival. In other words, sometimes using the 'exit-option' and at other times 'engaging'" (Leysens 2004, S. 19f.).

Die Überlebenskünstler

Das wirtschaftliche Umfeld

In wirtschaftlicher Hinsicht gerät die Situation nach 2004 immer mehr außer Kontrolle. Die Inflation nimmt immer horrendere Ausmaße an, Preise verdoppeln oder verdreifachen sich, Gehälter müssen in einem immer kürzeren Rhythmus angepasst werden, Schulgebühren können von einem Monat auf den anderen um 1000 Prozent steigen, beim Bezahlen jongliert man mit Nullen. Mit steigender Inflation ist alles, was einst so sicher schien, in einem Auflösungsprozess begriffen: dass man eine Arbeitsstelle hat; seine Kinder in die Schule schicken kann; ausreichend und bezahlbare öffentliche Transportmöglichkeiten hat; im Krankenhaus medizinisch versorgt wird und nicht zuletzt die Toten würdig bestatten kann. Für all dies gibt es keine Garantie mehr. In einem Staat, in dem der Dienstleistungsbereich mehr und mehr kollabiert, konzentriert sich der Einzelne auf das Nahe liegende. „I am surviving“, ist zur üblichen Antwort bei Begrüßungen geworden.

Die Leistung, die ein jeder vollbringen muss, ist die bedingungslose Anpassung. Denn man bewegt sich in einem volatilen Umfeld – mal gibt es keine öffentlichen Transportmittel, mal kein Benzin, dann wieder Benzin, aber keinen Strom, dann wieder Strom, aber kein Wasser, dann weder Strom noch Wasser, dafür aber Benzin (von Nahrungsmitteln ganz zu schweigen). Der kollabierende Dienstleistungssektor erfordert eine enorm hohe Adaptationsleistung. So wird jeder zum Überlebenskünstler, jongliert mit den im Moment vorhandenen Möglichkeiten, passt sich den Kürzungen zuerst murrend, dann bald gleichgültig an. Das Tempo der Veränderungen, mit dem ein jeder mithalten muss, ist rasant und das Gedächtnis in diesen Zeiten ist kurz – wer weiß noch, wie hoch der Schwarzmarktkurs für US-Dollar vor zwei Monaten

oder gar vor einem halben Jahr war? Jeder Behördengang wird zu einem Alptraum: wer seinen Pass erneuern will, muss nicht nur höhere Schmiergelder zahlen, um das neue Dokument vor Ablauf eines Jahres zu sehen, sondern auch tagelange Wartezeiten in Kauf nehmen. In diesen sich fortwährend ändernden Zeiten werden informelle Kontakte immer wichtiger.

Die Adaptationsleistung

Die Wirtschaftskrise kostet nicht nur Energie, sondern auch Zeit. Die meisten haben „schnell gelernt“ und ordnen sich jetzt den neuen „Wirtschaftsgesetzen“ ebenso folgsam unter, wie man das bereits aus der Politik kennt. Denn wer sich zu lange mit seinem Ärger über die Wasserknappheit aufhält, der verbraucht zu viele Energien, die nötig sind, um für seine Familie Zucker oder billigeres Maismehl ergattern zu können. So wird jeder, der in Simbabwe lebt, zum Chamäleon – oberstes Ziel: Anpassung. Die Bevölkerung überlebt durch „cross border trading“ und Zuschüsse ihrer Verwandten im Ausland. Die „Businessisierung“ der Gesellschaft ist bereits eingetreten: Kaum einer, der nicht selbst, oder über Beziehungen billige Waren aus Südafrika, Botswana, Mosambik oder Sambia importiert und diese mit einem Zugewinn in Simbabwe verkauft. Auch diese „Businessisierung“ der Gesellschaft bindet Kräfte, die für den politischen Kampf verloren gehen.⁴³

Eldred Masunungure beschreibt die Situation, in der sich die Simbawer befinden, 2006 mit dem Terminus „normalising the abnormal“: "Briefly stated, the notion of 'normalising the abnormal' starts from the premise that there are some things or situations that are manifestly abnormal. For instance, that it is abnormal to queue for food items as a result of shortages of say, sugar, cooking oil, maize meal, bread or for other commodities like fuel, water and for other services like health care. And yet people have over time been led to believe that it is in fact normal to queue for such basic survival commodities and services (...). Because we accept aberrations as normal, we see no need to correct them because we may even see them as intrinsically good. Moreover, when and where people accept the abnormal as normal, they have developed creative coping mechanisms rather than seeking to deal with the source of the abnormality."⁴⁴

Aus anderen autoritären wie auch totalitären Staaten ist bekannt, dass eine Strategie der Herrschaftskontrolle die konstante Beschäftigung des Bürgers ist, um ihn von eigenständigem politischen Denken abzuhalten („to keep

them busy“; Gill 2000; Perlmutter 1981).⁴⁵ Überträgt man diese Strategie auf den simbabwischen Kontext, so erfüllt die Wirtschaftskrise, sei es als ungewollter oder sogar erwünschter Nebeneffekt, genau diese Funktion, denn die Mehrheit der Bevölkerung hat schlicht keine Zeit mehr, sich um anderes als um das tägliche Überleben („bread and butter issues“) zu kümmern. Dass dieser Zustand von der Regierung genutzt wurde, ist unbestreitbar. Umstrittener ist, inwieweit er bewusst herbeigeführt wurde. Da von Regierungsseite jedoch keine ernsthaften Maßnahmen ergriffen wurden, die Krise zu bekämpfen, kann von wirtschaftlicher Repression gesprochen werden.

Die Coping-Mechanismen erfüllen jedoch auch noch eine andere, psychologische Funktion. Sie bieten dem Einzelnen nicht nur die Möglichkeit, das Absurde und Anormale der Situation zu verdrängen, sondern sie stellen auch eine Gelegenheit dar, den eigenen verlorenen Stolz wiederzugewinnen. Dadurch, dass der Einzelne trotz widrigster Umstände sein Leben „meistert“, wird er wieder zum Subjekt und zum Handelnden in einer Welt, die ihn auf der Makroebene ohnmächtig werden lässt. Je weniger der Einzelne in der Lage ist, politisch zu handeln, umso mehr wird er seine Selbstachtung daraus ziehen, zu einem Meister des eigenen Schicksals zu werden. Eine Entfremdung vom Staat und ein Rückzug ins Private sind die Konsequenz. Diese Tendenz kann auch noch jetzt, nach ersten Anzeichen einer Überwindung der Krise, festgestellt werden. Weitaus wichtiger als die politischen Machtquerelen auf nationaler Ebene ist der Bevölkerung eine Rückkehr zur „Normalität“. Von den Politikern möchte man „in Ruhe“ gelassen werden, sie sollen das eigene Leben nicht weiter nachteilig beeinflussen.⁴⁶

Exit-Optionen statt politischem Protest

Eine weitere Strategie, mit der Krise umzugehen, ist die Exit-Option. Ein wesentliches Charakteristikum der traditionellen Kultur ist die Konfliktvermeidung. Verließ man früher bei schweren Meinungsverschiedenheiten mit dem traditionellen Oberhaupt die Gemeinschaft, um sich einer anderen anzuschließen oder selbst eine zu begründen, so machen sich jetzt während der Wirtschaftskrise diejenigen, die die Möglichkeiten dazu haben, in die Nachbarländer oder

bis nach Großbritannien auf. Erklärtes Ziel hierbei ist, eine Arbeit zu finden und statt nahezu wertloser Simbabwe Dollar harte Währung zu verdienen, um die zurückgebliebene Familie unterstützen zu können. Berufsperspektiven gab es in einem Land mit 80 Prozent Arbeitslosigkeit kaum mehr, weshalb schätzungsweise vier der ca. elf Millionen Simbabweer das Land verlassen haben.⁴⁷

Doch es gibt auch andere Möglichkeiten des Exits – beispielsweise die Flucht in Heilsversprechungen der Freikirchen. Eine weitere ist der Fatalismus, in dem viele Diskussionen um die politische Zukunft des Landes enden – nur Gott kann eine Lösung für das Problem Mugabe finden, den die meisten nicht mehr im Amt sehen wollen. Angesichts des hohen Alters des Präsidenten eine nahe liegende Vorstellung, die die Passivität der Simbabweer noch zu verstärken scheint. Der natürliche Tod des Diktators als Wunschvorstellung ist auch deshalb verlockend, da der Einzelne nicht ins Handeln kommen muss, er kein Risiko eingehen oder sich einem Konflikt stellen muss. Für Iris Huth ist die Vermeidungsstrategie eine normale Reaktion von Entfremdung, die wie-

derum eng an politische Apathie geknüpft sein kann: „In diesem Sinne erschweren Angst und Ohnmacht ein situationsgerechtes Verhalten, verhindern Offenheit und Neugier, und können einerseits die Tendenz zu emotionalen Reaktionen und gar politische Aggressionen steigern, aber andererseits auch ein Verdrängungs- und Vermeidungsverhalten hervorrufen“ (Huth 2004, S. 93).

Eine weitere Exit-Option stellt die Flucht in den Humor und Sarkasmus dar. Diese Option, die sich in zahlreichen Witzen und Karikaturen niederschlägt, die die Krise zum Thema haben, wird immer überlebensnotwendiger. Die Psychologin Maggie Makanza (2006) analysiert dieses Phänomen wie folgt: „There is something special about one who has the ability to laugh at one's situation in spite of its gravity. That person has transcended the boundaries of what others call normal and refuses provocation. Zimbabweans have that 'collective character' that the world has termed the 'great Zimbabwean mystery'. (...) The humour used by most Zimbabweans is a way of playing with words and language to interpret the current events. In a way, the

humour has developed into a second language for Zimbabweans, allowing them to talk about the painful situation without actually talking about it. Often, the humour trivialises the issue and distances it from the person. In most cases, the humour is intellectual, creatively playing with words and abstracts from the current reality. Trivialised, reality therefore loses its power to demoralise and dehumanise its victim.“⁴⁸

Die Karikaturen in den Zeitungen werden zum Gesprächsthema auf der Arbeit und im Freundeskreis. Sie tragen dazu bei, dass der Einzelne sich in den Zeichnungen und Witzen wiederfinden kann. Sein Schicksal wird damit zu einem Gruppenphänomen und somit leichter ertragbar.

Eine weitere Möglichkeit, stellt die „Entdramatisierung des Dramas“ dar. Auf die Frage, wie die Dinge in Simbabwe stehen, erhält der Außenstehende die Antwort: „Zvakaoma“, was übersetzt so viel heißt wie „es ist hart“ („tough“). Makanza betont, dass dies eine abnormale Antwort für jemanden ist, der eigentlich angesichts der extremen Provokation, der er ausgesetzt ist, empört sein sollte (ebd.).

**Aus urheberrechtlichen Gründen
kann dieses Bild in der Online-Version
nicht angezeigt werden.**

Eine weitere Strategie, mit der Krise umzugehen, ist die Exit-Option. So machen sich diejenigen, die die Möglichkeiten dazu haben, in die Nachbarländer auf. Das Bild zeigt Flüchtlinge aus Simbabwe in Johannesburg (Südafrika).

picture alliance/dpa

Das Verhalten der Simbabweer erinnert an Kriegssituationen, in denen der Einzelne ebenfalls Verdrängungsmechanismen aktivieren muss, um überleben zu können. Laut Masunungure verstärkt die „Normalisierung des Abnormen“ die konflikt- und risikoscheue politische Kultur des Landes (Masunungure 2006b). Ein Unterschied zu manch anderen Ländern stellt jedoch die Geschlossenheit des Systems dar, in der es für die Mehrheit keinen Ausbruch über den aktiven Widerstand, beispielsweise einer Befreiungsbewegung, gibt. Inwieweit sich die Bevölkerung durch die Aktivitäten von Opposition und Zivilgesellschaft unterstützt gefühlt hat, ist umstritten. Mpani vertritt die These, dass sich vor allem die ländliche Bevölkerung von den demokratischen Kräften alleingelassen gefühlt habe (Mpani 2007, S. 82–84). Trotz aller Unzufriedenheit ist die Zahl derer, die auf eine bessere Zukunft hoffen, relativ hoch. Obwohl drei Viertel der Befragten mit ihrer momentanen Situation unzufrieden sind, glauben knapp zwei Drittel, dass es ihnen in zehn Jahren besser gehen wird.⁴⁹ Hoffnung als weitere Exit-Option der Verzweifelten? So bevorzugen trotz bekannter Wahlmanipulation knapp vier Fünftel der Befragten, die nächsten Wahlen abzuwarten, um einen Regierungswechsel herbeizuführen.⁵⁰ Die Komfortzone nicht verlassen zu müssen, hat für die meisten Priorität.

Schlussbemerkung

„Speculating further, it could also be an indication that the Mugabe government will, in all probability, not be threatened by a popular revolt of Zimbabwe's impoverished and marginalised population“ (Leysens 2004, S. 19). Diese Prognose, die Leysens bereits 2004 gestellt hat, hat sich bestätigt. Dass Simbabwe entgegen den Erwartungen vieler nicht zu einem autoritären (in der Terminologie Ottaways) „regime in decay“ wurde – ein Schicksal wie es andere Länder mit vergleichsweise geringerer Wirtschaftskrise erlitten haben –, liegt vor allem am Ausmaß der politischen Apathie als direktem Produkt der Krise.⁵¹ Deshalb ist es auch nicht die Frage, wie das Mugabe-Regime in Zeiten größter Krise an der Macht bleiben konnte, denn die simbabwische Regierung überlebte nicht trotz, sondern aufgrund der ökonomischen Krise. Als Faktoren wurde das hohe Ausmaß an Frustration und Ohnmacht genannt. Wie aus den Umfragedaten ersichtlich ist, kann die simbabwische Bevölkerung in den Krisenjahren als eine Nation der Frustrierten bezeichnet werden. Als neuer Faktor eingeführt wurde die Demütigung der Bevölkerung durch

den abrupten wirtschaftlichen Fall des einstigen Vorzeigelandes, was die politische Apathie verstärkt hat. Darüber hinaus konnte aufgezeigt werden, dass der Mangel an politischer Mobilisierung direkt auf die Verarmung der Bevölkerung in den Krisenjahren zurückgeführt werden kann. Denn entgegen bisheriger Annahmen führt absolute Deprivation nicht zu einem höheren, sondern zu einem niedrigeren Protestverhalten. Als weiterer wichtiger Faktor wurde auf die Herausforderungen an den Einzelnen durch das sich ständig verändernde wirtschaftliche Umfeld hingewiesen. Die Adaptationsleistungen, die der Einzelne erbringen muss, um sich und seiner Familie das Überleben in einem Staat mit sich auflösendem Dienstleistungssektor zu ermöglichen, führen zu einer Konzentration der Energien auf andere Bereiche als die des Politischen. In diesem Zusammenhang wurde die Frage aufgeworfen, inwieweit die Regierenden an der Aufrechterhaltung der Situation Interesse hatten, die die Bevölkerung nahezu automatisch fern von politischem Engagement hielt. Abschließend wurden mit den verschiedenen Exit-Optionen die Alternativen zu politischem Protest skizziert, die eine wichtige Ventilfunktion übernommen haben, so vor allem die Migration in Nachbarländer wie Südafrika. Zu nennen sind aber auch Heilsversprechungen verschiedener Freikirchen, die sich großen Zulaufs erfreuen, wie auch subtilere Formen des Exits, um die immer absurder und grotesker werdende Situation in einem Land mit millionenfacher Inflation zu verarbeiten. Die tägliche Aufgabe des „normalising the abnormal“ wurde für viele durch das Instrument des Humors erleichtert, der eine dringend notwendige Distanz zur immer surrealer anmutenden Realität schuf, in der die Herrschenden dem Wirtschaftszersplitterung tatenlos zuzusehen schienen oder ihn durch ihr Tun sogar noch beförderten. An dieser Stelle muss betont werden, dass nicht behauptet werden soll, die simbabwische Regierung hätte die Krise absichtlich herbeigeführt. Vielmehr wird davon ausgegangen, dass die Krise, die primär durch Missmanagement und aufgrund des unbedingten Machterhalts des Mugabe-Regimes entstanden ist, immer mehr Eigendynamik entwickelt hat, die sich auch positiv auf den Machtanspruch der Zanu-PF ausgewirkt hat. Als die politische Elite den eigenen Profit erkannt hatte, der sich aus den Folgen der Krise für den eigenen Machterhalt schöpfen ließ (erleichterte Kontrolle über die Bevölkerung oder auch die Belieferung des Schwarzmarkts mit knappen Gütern durch Regierungsmitglieder), wurde der Krise kein Einhalt geboten. Der Beitrag, den politische Apathie für den Machterhalt der Elite der Zanu-PF

geleistet hat, bedarf weiterer Untersuchungen, in die die Auswirkungen der Apathie auf die Organisationsstärke von Opposition und Zivilgesellschaft miteinbezogen werden müssen. Ebenso interessieren das Beziehungsverhältnis zwischen dem Phänomen der Apathie und der politischen Kultur gerade im ländlichen Raum, wo mangelndes Empowerment einem aktiven Einfordern politischer Rechte entgegensteht. Hervorzuheben bleibt, dass dem Faktor politische Apathie bei der Analyse autoritärer Staaten eine größere Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Gerade bei autoritären Regimen, die sich über einen langen Zeitraum an der Macht halten können, kann politische Apathie einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass diese Staaten – wie Ottaway sich ausdrückt – „in equilibrium“ – bleiben (Ottaway 2003, S. 20).⁵³

LITERATUR

- Afrobarometer: Popular Attitudes toward Democracy in Zimbabwe: A Summary of Afrobarometer Indicators, 1999–2009, 12 November 2009, 13 S.; www.afrobarometer.org/Democracy_Prozent-20Indicators/zim_dem.indicators_12nov09_final.pdf, [Zugriff 22.11.2009].
- Bratton, Michael/Masunungure, Eldred (2008): Zimbabwe's long Agony. In: *Journal of Democracy* 19, Vol. 19, No. 4, 2008, S. 41–55.
- Brownlee, Jason (2007): *Authoritarianism in an age of democratization*. Cambridge, New York.
- Chikwanha-Dzenga, Annie B./Sithole, Tulani/Bratton, Michael (o. J.): *The Power of Propaganda Public Opinion in Zimbabwe Afrobarometer Country Report 42*, S. 1–39; www.afrobarometer.org/papers/AfropaperNo42.pdf, [Zugriff 22.11.2009].
- Chikwanha-Dzenga, Annie B./Masunungure, Eldred/Madzingira, Nyasha (2001): *Democracy and National Governance in Zimbabwe: A Country Survey Report*. Afrobarometerpaper No. 12. East Lansing: Michigan State University, Dept. of Political Science 2001.
- Chiroro, Bertha (2005): *Apathy Fatigue or Boycott? An Analysis of the 2005 Zimbabwe Senate Elections*. In: EISA Occasional Paper 38. (S. 1–16) Auckland Park, South Africa: Electoral Institute of Southern Africa 2005.
- Chuma, Wallace/Raftopoulos, Brian/Alexander, Karin (2006): *Reflections on Democratic Politics in Zimbabwe*. Cape Town, South Africa: Institute for Justice and Reconciliation 2006.
- Cox, Robert W. (Hrsg.) (1997): *The New Realism: Perspectives on Multilateralism and World Order*. New York.
- Cox, Robert W. (1987): *Production, Power, and World Order: Social Forces in the Making of History*. New York.
- Dickow, Helga/Masunungure, Eldred/Schlee, Beatrix (Hrsg.) (2007): *Zimbabwe: A Case of Resilient Authoritarianism, Citizen's Attitudes, Leaders Opinions, and Conjectures on a Democratic Transition*, Letters from Byblos, 15, International Centre for Human Sciences, Konrad-Adenauer-Stiftung, Arnold-Bergstraesser Institut. Byblos: International Centre for Human Sciences 2007.

Dickow, Helga (2007a): Before a Change? Attitudes and Opinions on Society, Religion and Politics in Zimbabwe (in collaboration with Petra Bauerle). In: Dickow, Helga/Masunungure, Eldred/Schlee, Beatrice (Hrsg.): Zimbabwe: A Case of Resilient Authoritarianism, Citizen's Attitudes, Leaders Opinions, and Conjectures on a Democratic Transition, Letters from Byblos, 15, International Centre for Human Sciences, Konrad-Adenauer-Stiftung, Arnold-Bergstraesser Institut. Byblos: International Centre for Human Sciences, S. 51–124.

Gill, Graeme (2000): The Dynamics of Democratization: Elites, Civil Society and the Transition Process. Basingstoke.

Global Poverty Research Group: Remittances, poverty reduction and the informalisation of household well-being in Zimbabwe; Bracking, Sarah/Sachikonye, Lloyd, June 2006, 57 S.; www.gprg.org/pubs/workingpapers/pdfs/gprg-wps-045.pdf, [Zugriff 22.12.2009].

Gurr, Ted R. (1970): Why men rebel. Princeton, N.J.: Published for the Center of International Studies.

Hanke, Steve H. (o. J.): New Hyperinflation Index (HHIZ) Puts Zimbabwe Inflation at 89.7 Sextillion Percent; www.cato.org/zimbabwe, [Zugriff 16.12.2009].

Hanke, Steve H. (o. J.): R.I.P. Zimbabwe Dollar; www.cato.org/zimbabwe, [Zugriff 16.12.2009].

Huth, Iris (2004): Politische Verdrossenheit. Erscheinungsformen und Ursachen für das politische System und die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland im 21. Jahrhundert. (Politik und Partizipation, Bd. 3). Berlin.

Kagoro, Brian: The Prisoners of Hope; Civil society and the Opposition in Zimbabwe. In: African Security Review, 14 (3), 2005, S. 19–29.

Kimberly Process Certification Scheme Review Mission to Zimbabwe, 30 June–4 July, 2009, Final Report. In: zimonline, 29.10.2009. Report: Kimberley Process review mission to Zimbabwe, www.zimonline.co.za/Article.aspx?ArticleId=5303, [Zugriff 21.12.2009].

Mafa, Kwanisai/Freeman, Netfa (2006): The Psychosis of Denial: Response to 'The anatomy of Zimbabwe's problems'. In: Pambazuka News, Panafican Voices for Justice and Freedom, 2006-10-12, Issue 273, www.pambazuka.org/en/category/comment/37717, [Zugriff 17.12.2009].

Leysens, Anthony J. (2004): Marginalisation in Southern Africa: Transformation from Below? Afrobarometer paper No 37, Cape Town South Africa. Institute for Democracy in South Africa 2004, 31. S.; www.afrobarometer.org/papers/AfropaperNo11.pdf, [Zugriff 13.12.2009].

Linz, Juan J.: Totalitarian and Authoritarian Regimes. With a Major New Introduction. Boulder, London; Lynne Rienner: 2000 (reprint of "Totalitarian and Authoritarian Regimes". Handbook of Political Science, Greenstein, Fred I.; Polsby, Nelson W. (Hrsg.), Vol. 3. Reading, Mass.: Addison-Wesley Publ. 1975, 175–411).

Makanza, Maggie (2006): The Anatomy of Zimbabwe's Problems. In: Pambazuka News, Panafican Voices for Justice and Freedom, 2006-09-14, Issue 269, www.pambazuka.org/en/category/comment/7060, [Zugriff 17.12.2009].

Manguelle, Etounga Daniel (2000): Does Africa Need a Cultural Adjustment Program? In: Huntington, Samuel P./Harrison, Lawrence E. Culture matters: How Values Shape Human Progress. New York, S. 65–77.

Masunungure, Eldred (2006): Local Government Elections and the Zimbabwean Voter. In: Zimonline, November 10, 2006; www.zimonline.co.za/Article.aspx?ArticleId=438, [Zugriff 17.12.2009].

Masunungure, Eldred (2006a): Why Zimbabweans do not Rebel: Part 1. In: zimonline, 22.9.2006; www.zimonline.co.za/Article.aspx?ArticleId=192, [Zugriff 17.12.2009].

Masunungure, Eldred (2006b): Why Zimbabweans do not Rebel: Part 2. In: zimonline, 28.9.2006; www.zimonline.co.za/Article.aspx?ArticleId=203, [Zugriff 17.12.2009].

Masunungure, Eldred (2007): Zimbabwe at the Crossroads: Structural Conditions and Future Scenarios. In: Dickow, Helga/Masunungure, Eldred/Schlee, Beatrice (Hrsg.): Zimbabwe: A Case of Resilient Authoritarianism, Citizen's Attitudes, Leaders Opinions, and Conjectures on a Democratic Transition, Letters from Byblos, 15, International Centre for Human Sciences, Konrad-Adenauer-Stiftung, Arnold-Bergstraesser Institut. Byblos: International Centre for Human Sciences, S. 125–141.

Masunungure, Eldred (2008): Blocked Democratization. In: D + C, No. 06, Vol. 49, June 2008, S. 236–239.

Mattes, Robert B./Bratton, Michael/Davids, Yul Derek (2003): Poverty, Survival, and Democracy in Southern Africa. Afrobarometer Paper, no. 23. Cape Town, South Africa: Institute for Democracy in South Africa 2003, S. 1–92.

Mpani, Glen (2007): To Protest or Not To Protest? Zimbabwean Willingness to Protest, Master of Social Science in Democratic Governance, October 2007, University of Cape Town, 104 S., unveröffentlicht.

Murambatsvina/Restore Order in Zimbabwe, "Primum non Nocere": The traumatic consequences of "Operation Murambatsvina". An in-depth Study on the Impact of operation Murambatsvina/Restore Order in Zimbabwe". ActionAid International in collaboration with the Counselling Services Unit (CSU), Combined Harare Residents' Association (CHRA) and the Zimbabwe Peace Project (ZPP), November 2005, 46 S.; www.kubatana.net/docs/urdev/action_aid_impact_murambatsvina_0511.pdf, [Zugriff 23.12.2009].

Ottaway, Marina (2003): Democracy Challenged. The Rise of Semi-Authoritarianism. Washington D.C.: Carnegie Endowment for International Peace.

Perlmutter, Amos (1981): Modern Authoritarianism. New Haven.

Popitz, Heinrich (1986): Phänomene der Macht. Autorität – Herrschaft – Gewalt – Technik. Tübingen.



UNSERE AUTORIN

Dr. Beatrice Schlee; Studium der Politikwissenschaft, Neueren und Neuesten Geschichte und Romanistik in Heidelberg, Freiburg, Clermont-Ferrand und Madrid. Promotion 2002 an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg zum Thema „Die Macht der Vergangenheit. Demokratisierung und politischer Wandel in einer spanischen Kleinstadt“ (Nomos 2008). Forschungsaufenthalt in der Demokratischen Republik Kongo 2003. Von 2004 bis 2007 Landesvertreterin der Konrad-Adenauer-Stiftung für Simbabwe undambia mit Sitz in Harare. Seit 2008 Senior Researcher am Arnold-Bergstraesser-Institut in Freiburg mit folgenden Forschungsschwerpunkten: Autoritäre Staaten, Vergangenheitsaufarbeitung, lokale Demokratisierungsprozesse, Zivilgesellschaft.

Raftopoulos, Brian/Mambo, Alois S. (Hrsg.) (2009): Becoming Zimbabwe: A History of Pre-colonial Period to 2008. Harare.

Ranger, Terence (1995): Are We Not Also Men? The Samkange Family and African Politics in Zimbabwe 1920–1964. (Social History of Africa). London u. a.

Report of the Fact-Finding Mission to Zimbabwe. To Assess the Scope and Impact of Operation Murambatsvina by the UN Special Envoy on Human Settlements Issues in Zimbabwe, Mrs Anna Kajumulo Tibaijuka, 18 July 2005, 45 S.; www.un-habitat.org/downloads/docs/297_96735_ZimbabweReport.pdf, [Zugriff 20.12.2009].

Robertson, John (2009): Economic Update. Zimbabwe Platinum Mines: Business conditions. October 2009, 13 S., unveröffentlicht.

Scholz, Ingo (1983): Politische Apathie. Sozialwissenschaftliche Ansätze zur Definition des Apathiebegriffs. München.

Schlee, Beatrice (2007a): Zimbabwe: Die Überlebenskünstler – eine Lektion in Sachen Machterhalt. In: Molt, Peter/Dickow, Helga (Hrsg.): Kulturen und Konflikte im Vergleich: Comparing Cultures and Conflicts. Festschrift für Theodor Hanf. Baden-Baden, S. 562–576.

Schlee, Beatrice (2007b): Zimbabwe: The Great Survivor? In: Dickow, Helga/Masunungure, Eldred/Schlee, Beatrice (Hrsg.): Zimbabwe: A Case of Resilient Authoritarianism, Citizen's Attitudes, Leaders Opinions, and Conjectures on a Democratic Transition, Letters from Byblos, 15, International Centre for Human Sciences, Konrad-Adenauer-Stiftung, Arnold-Bergstraesser Institut. Byblos: International Centre for Human Sciences 2007, S. 5–16.

Schlee, Beatrice (2004): Perceptions of Culture and Democracy in Metropolitan Kinshasa, Democratic Republic of Congo: A Survey Study. 6. Letters from Byblos 2004.

Wasmund, Klaus (1976): Konzepte und Ursachen politischer Apathie. In: Thomae, Hans/Wasmund, Klaus/Ziehe, Thomas: Politische Apathie. Hannover, S. 17–56.

Wedeen, Lisa (1999): Ambiguities of Domination, Politics, Rhetoric and Symbols in Contemporary Syria. Chicago.

Zimbabwe Peace Projekt. Report on Politically Motivated Human Rights and Food Related Violence. August 2009, 20. November 2009, 18 S.

Zanu PF violence revisits Muzarabani, 11. Dezember, 2009, http://www.mdc.co.zw/index.php?option=com_content&task=view&id=494&Itemid=1, [Zugriff 16.12.2009].

The Zimbabwe Times: Health system in intensive care – PM, August 22, 2009, <http://www.thezimbabwewetimes.com/?p=21547>, [Zugriff 16.12.2009].

The Zimbabwe Times: \$378 required to fight starvation, disease, December 7, 2009, <http://www.thezimbabwewetimes.com/?p=25660>, [Zugriff 16.12.2009].

ANMERKUNGEN

- 1 90 Sextillionen = 90 mit 21 Nullen, Berechnungen von Steve Hanke, Wirtschaftsprofessor an der John Hopkins University und am Cato Institute. Vgl. Hanke, Steve H.: R.I.P. Zimbabwe Dollar; www.cato.org/zimbabwe, [Zugriff 16.12.2009]. Die letzte messbare Zahl vom September 2008 lag bei 231 Millionen Prozent.
- 2 Auch wenn diese Erwartung bei externen Beobachtern häufiger anzutreffen war, warteten doch auch viele interne Beobachter auf den Zeitpunkt, an dem es zu einer Massenmobilisierung kommen würde.
- 3 Bratton, Michael/Masunungure, Eldred (2008): Zimbabwe's long agony. In: Journal of Democracy, Vol. 19., No. 4, S. 41–55.
- 4 Der Kimberley Bericht bestätigt die direkte Involvierung von Teilen der Exekutive in den illegalen Abbau von Diamanten. Siehe Kimberley Process Certification Scheme Review Mission to

Zimbabwe, 30 June–4 July, 2009, Final Report. In: zimonline, 29.10.2009. Report: Kimberley Process review mission to Zimbabwe; www.zimonline.co.za/Article.aspx?ArticleId=5303, [Zugriff 21.12.2009]. Die Chancen auf einen Demokratisierungsprozess in naher Zukunft werden angesichts der Verzögerungstaktiken der Zanu-PF, die den politischen Reformprozess weitgehend blockieren, negativ beurteilt. Erst Wahlen unter internationaler Aufsicht könnten einen politischen Wandel einleiten. Letzteres hinge jedoch stark von der Kapazität und dem politischen Willen der MDC ab. Die Zukunft des Landes wird jedoch auch von der Fähigkeit der Zanu-PF abhängen, Einheit in der zerstrittenen Partei herzustellen. Hierfür wäre eine Klärung der Nachfolge Mugabes notwendig. Doch diese ist nach dem Parteikongress vom Dezember 2009 erneut in weite Ferne gerückt.

5 Zu weiteren Faktoren, u. a. die Schwäche der demokratischen Kräfte oder Herrschaftstechniken der Regierungspartei siehe in Schlee, Beatrice: Zimbabwe: Die Überlebenskünstler – eine Lektion in Sachen Machterhalt. In: Molt, Peter/Dickow, Helga (Hrsg.) (2007): Kulturen und Konflikte im Vergleich: Comparing Cultures and Conflicts. Festschrift für Theodor Hanf. Baden-Baden, S. 562–576.

6 Der Zugang zu Ressourcen war für die Einheit der Regierungspartei und vor allem die Elitenkohäsion entscheidend. Siehe hierzu auch Brownlee, Jason (2007): Authoritarianism in an Age of Democratization. Cambridge, New York, S. 13f; 32f.

7 Zum Thema politischer Apathie siehe exemplarisch: Huth, Iris (2004): Politische Verdrossenheit. Erscheinungsformen und Ursachen für das politische System und die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland im 21. Jahrhundert. (Politik und Partizipation, Bd. 3), Berlin.

8 Diesem Vorwurf wird von simbabwischer Seite oft entgegnet, dass sich ja auch der Anti-Apartheidskampf über mehrere Dekaden hingezogen habe. Zur Unterschätzung der Dauer von Demokratiebestrebungen siehe auch Brownlee: "One problem with world media is that they are only, you know, recording the final act – half a million people in the streets (...) and boom, they lost it, it's finished. That was not the way. The non-violent struggle in Serbia lasted for 10 years, and we had so many successes and failures in this struggle." (Serbischer Aktivist zitiert nach Brownlee 2007, S. 18).

9 Bei einer der aufschlussreichsten Arbeiten handelt es sich beispielsweise um einen Artikel, der in Fortsetzung in einer der Onlinezeitungen erschienen ist. Masunungure, Eldred (2006a): Why Zimbabweans do not rebel: Part 1. In: zimonline, 22.9.2006; www.zimonline.co.za/Article.aspx?ArticleId=192, [Zugriff 17.12.2009]; Masunungure, Eldred (2007b): Why Zimbabweans do not rebel: Part 2. In: zimonline, 28.9.2006; www.zimonline.co.za/Article.aspx?ArticleId=203, [Zugriff 17.12.2009].

10 Siehe Chiroro, Bertha (2005): Apathy Fatigue or Boycott? An Analysis of the 2005 Zimbabwe Senate Elections. In: EISA Occasional Paper 38. (pp.1–16) Auckland Park, South Africa: Electoral Institute of Southern Africa 2005; Chikwanha-Dzenga, Annie B./ Masunungure, Eldred/Madzingira, Nyasha (2001): Democracy and National Governance in Zimbabwe: A Country Survey Report. Afrobarometer Paper No. 12. East Lansing: Michigan State University, Dept. of Political Science 2001; Kagoro, Brian (2005): The prisoners of hope; Civil society and the opposition in Zimbabwe. In: African Security Review, 14 (3), 2005, S. 19–29.

11 Eine Ausnahme stellt die Studie von Wedeen zur syrischen Gesellschaft dar: Wedeen, Lisa (1999): Ambiguities of Domination, Politics, Rhetoric and Symbols in Contemporary Syria. Chicago. Die meisten Untersuchungen konzentrieren sich bisher auf totalitäre Staaten oder die Politikverdrossenheit moderner westlicher Gesellschaften. In der Apathieforschung wird zwischen

dem "psychologischen" (Adorno), dem "soziologischen" (Lipset), dem "sozialpsychologischen" (Neumann) und dem „demokratietheoretischen“ Ansatz (Habermas) unterschieden (Huth 2004, S. 90).

12 Linz, Juan J. (2000): Totalitarian and Authoritarian Regimes. Boulder, London. (Neudruck von "Totalitarian and Authoritarian Regimes". Handbook of Political Science, Greenstein, Fred I.; Polsky, Nelson W. (Hrsg.), Vol. 3. Reading, Mass.: Addison-Wesley Publ. 1975, S. 175–411), S. 159.

13 Ottaway, Marina (2003): Democracy Challenged. The Rise of Semi-Authoritarianism. Washington D.C.: Carnegie Endowment for International Peace. S. 145f.

14 Mpani, Glen (2007): To Protest or Not To Protest? Zimbabweans' willingness to Protest, Master of Social Science in Democratic Governance, October 2007, University of Cape Town, 104 Seiten, unveröffentlicht, S. 5; Leysens stellt auf der Grundlage des Afrobarometers von 1999 bereits Legitimitätsprobleme der Regierung fest, und dies noch vor Durchführung der von vielen kritisierten "Landreform" und den umkämpften Wahlen von 2000. Siehe Leysens, Anthony J. (2004): Marginalisation in Southern Africa: Transformation from below? Afrobarometer paper No 37, Cape Town South Africa. Institute for Democracy in South Africa 2004, www.afrobarometer.org/papers/Afro-paperNo11.pdf., [Zugriff 13.12.2009], 31 Seiten, S. 24.

15 Erschwert wurde die Mobilisierung jedoch auch aufgrund organisationsinterner Faktoren, wie zum Beispiel die mangelnde Führungsqualität und fehlende Strategiebildung innerhalb von Opposition und Zivilgesellschaft. Auch diese können teilweise auf die Auswirkungen der Wirtschaftskrise sowie teilweise auch auf die Rolle internationaler Geberorganisationen zurückgeführt werden. Siehe Schlee, Beatrice (2007): Zimbabwe: The Great Survivor? In: Dickow, Helga/Masunungure, Eldred/Schlee, Beatrice (Hrsg.) (2007): Zimbabwe: A Case of Resilient Authoritarianism, Citizen's Attitudes, Leaders' Opinions, and Conjectures on a Democratic Transition, Letters from Byblos, 15, International Centre for Human Sciences, Konrad-Adenauer-Stiftung, Arnold-Bergstraesser Institut. Byblos: International Centre for Human Sciences, S. 5–16, S. 10f.

16 Die Wahlbeteiligung, die bei den ersten Wahlen nach der Unabhängigkeit noch über 90 Prozent betragen hatte, fiel auf gut die Hälfte (1990) hin zu einem knappen Drittel nach der Implementierung der Strukturanpassungsmaßnahmen. Siehe Chiroro, Bertha (2005): Apathy Fatigue or Boycott? An Analysis of the 2005 Zimbabwe Senate Elections. In: EISA Occasional Paper 38. (S. 1–16) Auckland Park, South Africa: Electoral Institute of Southern Africa.

17 Der soziopolitische Ansatz ist bei Scholz nur ein Bereich eines dreiteiligen Modells, das auch einen subjektiv-individuellen und einen subjektiv-sozialen Bereich kennt. Siehe Scholz, Ingo (1983): Politische Apathie. Sozialwissenschaftliche Ansätze zur Definition des Apathiebegriffs. München 1983, S. 10.

18 Wasmund, Klaus (1976): Konzepte und Ursachen politischer Apathie. In: Thomae, Hans/Wasmund, Klaus/Ziehe, Thomas: Politische Apathie. S. 17–56, S. 54.

19 Masunungure, Eldred (2006): Local government elections and the Zimbabwean voter. In: zimonline, November 10, 2006; www.zimonline.co.za/Article.aspx?ArticleId=438, [Zugriff 17.12.2009]; Masunungure, Eldred (2007): Zimbabwe at the Crossroads: Structural Conditions and Future Scenarios". In: Dickow, Helga/Masunungure, Eldred/Schlee, Beatrice (Hrsg.) (2007): Zimbabwe: A Case of Resilient Authoritarianism, Citizen's Attitudes, Leaders' Opinions, and Conjectures on a Democratic Transition, Letters from Byblos, 15, International Centre for Human Sciences, Konrad-Adenauer-Stiftung, Arnold-Bergstraesser Institut. Byblos: International Centre for Human Sciences, S. 125–141, S. 128f; Makanza,

Maggie (2006): The Anatomy of Zimbabwe's Problems. In: Pambazuka News, Panafican Voices for Justice and Freedom, 2006-09-14, Issue 269; www.pambazuka.org/en/category/comment/7060, [Zugriff 17.12.2009]; Ranger, Terence (1995): Are We Not Also Men?: The Samkanga Family and African Politics in Zimbabwe 1920-1964, (Social history of Africa), London (u.a.): James Currey (u.a.) 1995.

20 Den Simbabwern wird eine starke Autoritätshörigkeit und der Glaube an rechtsstaatliche Verfahren nachgesagt, was sich mit den Ergebnissen der Datenerhebungen deckt (Mpani 2007, S. 61f, 5; Dickow 2007a, S. 71). Mpani kann durch eine Datenkorrelation den Beweis dafür erbringen, dass der Vorzug, der rechtsstaatlichen Verfahren gegeben wird, das Protestpotential schwächt (Mpani 2007, S. 65). Zur Autoritätshörigkeit führt Masunungure aus: "serves to prove the fundamental and underlying political character of the average Zimbabwean; his/her subject orientation to authority, any authority. (...) Moreover, this attitude is deeply embedded in the Zimbabwean psyche and it will take a painfully long time to unwind. And it is a product of more than a century of uninterrupted authoritarianism" (Masunungure 2006b).

21 Die „Operation Clean Out/Operation Murambatsvina“ war angeblich gegen Personen, die illegale Bauten durchgeführt hatten, gerichtet. Ziel war jedoch eine Einschüchterung der städtischen Bevölkerung nach den manipulierten Wahlen von 2005. Der Analyse zugrunde gelegt wurde das "psychiatric screening instrument (SRQ-8)" und eine Befragung, die in den von der Operation betroffenen Zentren in Harare, Bulawayo und Mutare durchgeführt wurde. Siehe Murambatsvina/Restore Order in Zimbabwe, "Primum non Nocere": The Traumatic Consequences of "Operation Murambatsvina". An in-depth Study on the Impact of Operation Murambatsvina/Restore Order in Zimbabwe. ActionAid International in Collaboration with the Counselling Services Unit (CSU), Combined Harare Residents' Association (CHRA) and the Zimbabwe Peace Project (ZPPI), November 2005, 46 S.; www.kubatana.net/docs/urbdev/action_aid_impact_murambatsvina_0511.pdf, [Zugriff 23.12.2009]; Interview mit Repräsentanten von CSU im November 2005; Report of the Fact-Finding Mission to Zimbabwe. To Assess the Scope and Impact of Operation Murambatsvina by the UN Special Envoy on Human Settlements Issues in Zimbabwe, Mrs Anna Kajumulo Tibaijuka, 18 July 2005, 45 S.; www.unhabitat.org/downloads/docs/297_96735_ZimbabweReport.pdf, [Zugriff 20.12.2009].

22 1999 antworteten 38 Prozent der Befragten positiv auf folgende Fragestellung: "In this country, how often: Do people have to be careful of what they say about politics a) Always b) Often c) Rarely d) Never e) Don't know" (Mpani 2007, S. 49).

23 Die gute Ausbildung der Zanu-PF Eliten, nicht zuletzt von Mugabe selbst, der auch als der „Master of play“ bezeichnet wird, ist bekannt. Manche Beobachter sehen deshalb die Zanu-PF innerhalb der Koalitionsregierung im Vorteil gegenüber der Opposition.

24 Die Verfasserin des vorliegenden Artikels war von 2004 bis 2007 in Simbabwe als Leiterin der Konrad-Adenauer Stiftung tätig. Der Zeitraum wurde ausgewählt, weil nach den verlorenen Wahlen von 2002 ein deutlicher Rückgang der Proteste von Opposition, Gewerkschaft und zivilgesellschaftlicher Organisationen zu verzeichnen war (siehe Schaubild weiter unten); Ende Januar 2009 wurde eine Einigung zwischen Zanu-PF und Opposition zur Bildung einer Koalitionsregierung erzielt.

- 25** Siehe Mpani 2007. Der Afrobarometer wurde im April/Mai 2004 sowie nach Abhaltung der Parlamentswahlen (März 2005) erneut im Oktober 2005 durchgeführt. Der Autor untersucht die Relevanz ökonomischer, politischer und kultureller Faktoren sowie die Bedeutung von kognitivem Bewusstsein und dem Dilemma kollektiven Handelns auf das Protestverhalten der Simbabwe. Zu seinen Ergebnissen siehe S. 76ff.
- 26** Dickow, Helga (2007a): Before a Change? Attitudes and Opinions on Society, Religion and Politics in Zimbabwe (in collaboration with Petra Bauerle). In: Dickow, Helga/Masunungure, Eldred/Schlee, Beatrice (Hrsg.) (2007): Zimbabwe: A Case of Resilient Authoritarianism, Citizen's Attitudes, Leaders Opinions, and Conjectures on a Democratic Transition, Letters from Byblos, 15, International Centre for Human Sciences, Konrad-Adenauer-Stiftung, Arnold-Bergstraesser-Institut. Byblos: International Centre for Human Sciences, S. 51–124.
- 27** Siehe ein erster Überblick der Daten zu demokratischen Einstellungen: Afrobarometer: Popular Attitudes toward Democracy in Zimbabwe: A Summary of Afrobarometer Indicators, 1999–2009, 12 November 2009, 13 S.; www.afrobarometer.org/Democracy%20Indicators/zim_dem_indicators_12nov09_final.pdf, [Zugriff 22.11.2009].
- 28** Allein im Dezember 1997 nahmen eine Million Menschen an landesweiten Demonstrationen teil. Auslöser war der „schwarze Freitag“ (14.11.1997), der nach einem Zugeständnis an hohe finanzielle Forderungen der Kriegsveteranen zu einem Haushaltsdefizit und einem Wertverlust des Zimbabwe Dollars von 75 Prozent führte. Dem Versuch der Regierung, einen Teil der Kosten auf die Bevölkerung abzuwälzen, begegnete die Gewerkschaft mit Protesten. Siehe Chuma, Wallace/Raftopoulos, Brian/Alexander, Karin (2006): Reflections on Democratic Politics in Zimbabwe. Cape Town, South Africa: Institute for Justice and Reconciliation 2006; Raftopoulos, Brian/Mlambo, Alois S. (Hrsg.) (2009): Becoming Zimbabwe: A History From the Pre-colonial Period to 2008. Harare.
- 29** Die Nichtregierungsorganisation National Constitutional Assembly (NCA) rief zu einem Boykott des Referendums auf. Mitglieder der NCA gehören zu den Gründungsmitgliedern der MDC. Die Gewerkschaften beteiligten sich an den Protesten – Morgan Tsvangirai war Gewerkschaftsführer bevor er Präsident der MDC wurde. Siehe Raftopoulos/Mlambo 2009.
- 30** Am erfolgreichsten hierbei war die Frauenorganisation WOZA (Women of Zimbabwe Arise), die nach eigenen Angaben regelmäßig mehrere hundert, wenn nicht gar tausend Frauen mobilisiert. Vielen Beobachtern war unverständlich, weshalb es zu keiner Kooperation zwischen den einzelnen Gruppierungen, vor allem NCA, Woza, Crisis in Zimbabwe Coalition und MDC bei der Mobilisierung der Bevölkerung gekommen war. Siehe Mpani 2007, S. 84; Schlee 2007.
- 31** Mpani 2007, S. 73; Dickow 2007a, S. 111. Eine Ausnahme bildet der Afrobarometer von 2004, in dem es die Zanu-PF dank der „power of propaganda“ und dem Einsatz von Repression geschafft hatte, bessere Umfrageergebnisse als in früheren Jahren zu erzielen. Chikwanha-Dzenge, Annie B./Sithole, Tulani/Bratton, Michael (o. J.): The power of propaganda Public Opinion in Zimbabwe Afrobarometer Country Report 42, S. 1–39, www.afrobarometer.org/papers/AfrobarometerNo42.pdf, [Zugriff 22.11.2009].
- 32** Mpani 2007, S. 73. Der Autor macht kognitives Bewusstsein an den Faktoren Bildungsgrad, Zugang zu Medien und kognitives Engagement (Teilnahme an politischen Diskussionen, Interesse am öffentlichen Leben) fest (Mpani 2007, S. 66). Bei einem höheren Grad kognitiven Bewusstseins geht man allgemein von einem ausgeprägten Protestverhalten aus. Mpani kann dies vor allem für den Faktor Bildung bestätigen (Mpani 2007, S. 80).
- 33** Nur ein gutes Fünftel ist sehr interessiert, 35 Prozent geben an, etwas interessiert zu sein (Mpani 2007, S. 74).
- 34** 2005 beläuft sich der Anteil derjenigen, die angeben „African Independent Churches“ oder den Pfingstern anzugehören, auf gut ein Fünftel. Allgemein bekannt ist, dass die Bedeutung der Freikirchen in Zeiten der Krise stark zunimmt (dies trifft auch auf den krisengeschüttelten Kongo zu, siehe Schlee 2004). Dies zeigte sich mit Fortschreiten der Krise deutlich auf den Straßen Harares, wo in den Außenbezirken immer öfter rituelle Treffen von Anhängern neu gegründeter Kirchen stattfanden, die von manchen auch als Sekten bezeichnet wurden.
- 35** Ein Fünftel der Befragten ordnet sich in die untere Mittelschicht ein und 3 Prozent in die obere Mittelschicht/Oberschicht (Dickow 2007a, S. 77). Die Autorin führt aus, dass normalerweise die Mehrheit der Befragten sich in der Mittelschicht verortet.
- 36** „When I see what rich have, I feel that I should have the same.“ (Dickow 2007, S. 73).
- 37** Für Syrien kann der stereotype und monotone Herrscherkult um Hafiz al-Asad angeführt werden, der auf diejenigen, die die Leere der Phrasen entlarvt haben, demütigend wirkte (Wedeen 1999).
- 38** Während Cox ein Protest- und damit ein Transformationspotential für unterprivilegierte Schichten annimmt, (was Leysens am Beispiel des Südlischen Afrikas prüft), vertritt Gurr diese These nur in Bezug auf Personen, die relativer Deprivation ausgesetzt sind. Siehe Cox, Robert W. (1987): Production, Power, and World Order: Social Forces in the Making of History. New York, S. 387; Cox, Robert W. (Hrsg.) (1997): The New Realism: Perspectives on Multilateralism and World Order. New York, S. 248; Leysens 2004, S. 4f, 12; Gurr, Ted R. (1970): Why men rebel. Princeton, N.J.: Published for the Center of International Studies, Princeton University Press.
- 39** In der CISH-Umfrage können ca. 40 Prozent der Befragten dem informellen Sektor und knapp 20 Prozent dem formellen Sektor zugerechnet werden (Dickow 2007, S. 53). Die Angaben sind jedoch mit Vorsicht zu behandeln, da die Grenze zwischen dem formellen und informellen Sektor immer fließender wurde. So waren zahlreiche Personen neben ihrer Tätigkeit im formellen Sektor, etwa als Beamte, parallel im informellen Sektor beschäftigt, um ihr Auskommen zu sichern.
- 40** Mattes, Robert B./Bratton, Michael/Davids, Yul Derek (2003): Poverty, Survival, and Democracy in Southern Africa. Afrobarometer Paper, no. 23. Cape Town, South Africa: Institute for Democracy in South Africa 2003, S. 1–92.
- 41** Leysens beschreibt die Situation Marginalisierter wie folgt: „The marginalised in urban areas are unskilled workers (no formal job training and limited or no education). They are usually unemployed (in the formal economy) and earn an irregular cash income. This income is sourced through temporary, short-time jobs such as casual labour, sidewalk vending and hawking. In the rural areas, the marginalised are represented by subsistence farmers who have limited contact with the cash economy. Their income is usually supplemented through wage reparations from relatives in urban areas, the pension earnings of the elderly, and income earned from the sale of cash crops in times of surplus (Leysens 2004, S. 61).
- 42** Mpani 2007, S. 30. Man kann sogar von „economic appeasement“ sprechen (Schlee 2007b). Siehe hierzu auch Makanza: „So how are Zimbabweans coping with the prices of goods and services, which are in no way linked to the pay cheques that people take home? (...) The breadwinner role of the people in the Diaspora has only served to delay the process of change as it ameliorates and smothers the suffering and creates the false impression that local people are coping. That, unfortunately, is the law of unintended consequences“ (Makanza 2006), S. 41. Die Global Poverty Research Group hat herausgefunden, dass bereits 2006 die Hälfte aller Haushalte in den größeren Städten auf Rücküberweisungen zurückgreifen konnten. Wareneindungen (Kleidung, Schuhe und Lebensmittel) nehmen mit drei Viertel der Rücküberweisungen den größten Posten ein. 70 Prozent der Befragten geben an, dass die Nahrungsmittelpakete für sie überlebensnotwendig sind: Global Poverty Research Group (2006): Remittances, Poverty Reduction and the Informalisation of Household Well-being in Zimbabwe, Bracking, Sarah/Sachikonye, Lloyd, June 2006, 57 S. 8; <http://www.gprg.org/pubs/workingpapers/pdfs/gprg-wps-045.pdf>, [Zugriff 22.12.2009]. Die Zahl ist mit Fortschreiten der Krise angestiegen. Internetanbieter wie www.mukuru.com, die der Diaspora ermöglichen, ihre Familienangehörigen mit Benzingutscheinen, mit harter Währung oder medizinischer Behandlung zu versorgen, veranschaulichen das Ausmaß der Krise.
- 43** Im Geschäftsbereich zeigen sich die Simbabwe als weitaus risikobereiter als im politischen Bereich. Drei Viertel sind bereit, in der Hoffnung auf einen größeren Gewinn Geschäftsrisiken einzugehen. Auch dies ist ein typisches Symptom von Krisengesellschaften (Dickow 2007a, S. 71).
- 44** Masunungure 2006b. Dem Autor zufolge wurde dieser Prozess – d.h. die Gewöhnung an das Abnormale – von der Zanu-PF Propaganda nachhaltig unterstützt.
- 45** Das Konzept ist angelehnt an Gill und Perlmutter. Gill geht davon aus, dass die Bevölkerung durch die Gründung von regimenahe sozialen Organisationen (Jugend-, Frauen-, und Sportgruppen) organisiert und beschäftigt, und damit auch von regimemkritischen Aktivitäten abgehalten werden soll: „The aim of such organizations is to keep the populace busy, to involve it in activity which, by its conduct through official structures, is essentially regime-supporting“ (Gill, Graeme (2000): The Dynamics of Democratization: Elites, Civil Society and the Transition Process. Basingstoke, S. 13). Perlmutter, Amos (1981): Modern Authoritarianism, New Haven.
- 46** Dies würden jüngste Umfragedaten bestätigen. Interview mit Eldred Masunungure, Direktor des Mass Public Opinion Institute (MPOI) in Harare, vom 26.11.2009.
- 47** Gesicherte Zahlen gibt es nicht, auch die Korrektheit des letzten Zensus von 2002 kann angezweifelt werden. Die Mehrheit der Simbabwe befindet sich in Südafrika, wo allein drei Millionen Simbabwe im formellen und informellen Sektor tätig sein sollen.
- 48** Makanza 2006, S. 3. Masunungure sieht das Phänomen mit Besorgnis und warnt vor den Auswirkungen auf kommende Generationen (Masunungure 2006b).
- 49** Diese Hoffnung haben vor allem Personen mit guter Schulbildung (Dickow 2007a, S. 122).
- 50** Überdurchschnittlich repräsentiert sind die ältere Generation, Personen mit geringerer Bildung sowie die ländliche Bevölkerung. (Dickow 2007a, S. 114).
- 51** Die Bezeichnung bezieht sich auf semi-autoritäre Regime, wird hier jedoch generell auf autoritäre Regime angewandt. Ottaway unterscheidet zwischen „regime in decay“, „regime in equilibrium“ und „dynamic change regime“. Typisch für Regime im Niedergang seien stagnierende oder sinkende Wirtschaftsleistungen. Siehe Ottaway, Marina (2003): Democracy Challenged. The Rise of Semi-Authoritarianism. Washington D.C.: Carnegie Endowment for International Peace, S. 20–22.
- 52** Hinsichtlich der Landbesetzungspolitik, die der Hauptauslöser der Wirtschaftskrise wurde, wird nach dem momentanen Stand davon ausgegangen, dass die katastrophalen wirtschaftlichen Folgen der Vertreibung weißer Farmer für weitere Wirtschaftszweige (Zulieferer, Banken, Versicherungen, etc.) der politischen Elite in ihrem Ausmaß nicht klar waren. Interview mit dem Wirtschaftsexperten John Robertson vom 4.6.2009.
- 53** Ottaway 2003, S. 20. Als typische Beispiele für „regime in equilibrium“ können Ägypten, Kamerun oder Indonesien unter Suharto genannt werden.

Autoritarismus und Demokratie in Lateinamerika

Peter Thiery

Die Demokratie hat in Lateinamerika – gerade mit Blick auf die historischen Erfahrungen – erstaunlich fest Fuß gefasst. Seit den 1980er und 1990er Jahren etablierten sich in vielen Staaten demokratische Regierungen. Die massive autoritäre Regression in den 1960er und 1970er Jahren, die einem regionalen Dominoeffekt gleichkam, scheint längst überwunden. Offenkundig ist jedoch, dass manche dieser Demokratien auf schwachen Fundamenten stehen und demokratische Defizite aufweisen. Grundlegende Minimalbedingungen demokratischer Systeme wie Gewaltenteilung, Rechtsstaat, Versammlungs- und Pressefreiheit sowie das zentrale Element freier und fairer Wahlen funktionieren oftmals nicht hinreichend. Autoritäre Regressionen wie in Peru und Venezuela sind zwar die Ausnahme, geben jedoch mit Blick auf die „Modellwirkung“ für andere Staaten Lateinamerikas Anlass zu Sorge. Die derzeit wohl größte Gefahr für die Handlungsfähigkeit lateinamerikanischer Demokratien – so ein Fazit von Peter Thiery – ist das Problem der organisierten Kriminalität, das wesentlich zur Erosion des staatlichen Gewaltmonopols und letztendlich zur Gewöhnung an defekte Demokratien, in denen autoritäre Muster als informelle Spielregeln akzeptiert werden, beiträgt. |

Demokratien mit autoritären Lücken

Lateinamerika gilt spätestens seit der Demokratisierung Mexikos Ende der 1990er Jahre als demokratischer Kontinent. Mit Kuba gibt es lediglich noch ein politisches System, das eindeutig als klassische – und relativ stabile – Autokratie klassifiziert werden kann. In den letzten drei Jahrzehnten gab es unter Lateinamerikas Demokratien der so genannten „Dritten Welle“ der Demokratisierung (Huntington 1991) mit Peru 1992 lediglich eine offene Regression zur Autokratie, die mit der Ablösung Alberto Fujimoris im Jahr 2000 wieder überwunden werden konnte. Das Beispiel Peru zeigt jedoch auch, dass vor allem so genannte „stark defekte Demokratien“ in autoritäre Systeme abdriften können. Dies ist in Venezuela der Fall, dessen Abgleiten in eine „elektorale Autokratie“ sich unter Präsident Hugo Chávez

schleichend über Jahre hinweg vollzogen hat. Doch auch Episoden wie der Putsch gegen Präsident Manuel Zelaya in Honduras im Jahr 2009 oder die Absetzung diverser ecuadorianischer Präsidenten hart am Rande der Verfassung haben wiederholt Zweifel an der Stabilität der Demokratien in Lateinamerika aufflammen lassen.

Gerade mit Blick auf die historischen Erfahrungen ist aber grundsätzlich festzuhalten, dass die Demokratie in Lateinamerika erstaunlich fest Fuß gefasst hat. Die Fragezeichen, die hinter die Dauerhaftigkeit dieser Errungenschaft zu setzen sind, beziehen sich auf klar isolierbare Phänomene, Faktoren und Länder. Offener Autoritarismus mag in Lateinamerika noch als Ausnahmeerscheinung vorkommen, doch hat der Zahn der Zeit an den Ermöglichungsbedingungen autoritärer Herrschaft derart genagt, dass eine breite autoritäre Regression lediglich bei einer drastischen tektonischen Verschiebung der Faktorenlage vorstellbar erscheint. Allerdings existieren Phänomene, die auch autoritäre Lücken im demokratischen Gemäuer sichtbar machen. Zu ihnen gehören in erster Linie die Probleme der Staatlichkeit, die seit der Demokratisierung eher zu- denn abgenommen haben und Teile der Bevölkerung de facto autokratischen Machtverhältnissen unterwerfen.

Historischer Rückblick: Autokratie und Demokratie

Der Zusammenbruch nahezu aller lateinamerikanischen Demokratien in nur zwölf Jahren (1964 bis 1976) löste eine lebhaft wissenschaftliche Debatte über den „breakdown of democratic regimes“ (Linz/Stepan 1978) aus. Der Blick in die Geschichte Lateinamerikas zeigt zunächst, dass hier sehr unterschiedliche Erfahrungen mit Demokratie und Autokratie vorliegen und der Kontinent somit in dieser Hinsicht nicht als Einheit angesehen werden kann. So verfügten zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs Länder wie Chile und Uruguay bereits über eine lange demokratische Tradition, weshalb sie als Demokratien der so genannten „Ersten Welle“ einzustufen sind, die bis nach dem Ende des Ersten Weltkrieges angesetzt

wird. Argentinien könnte man gar als Fall der Ersten, Zweiten (ab 1943) und Dritten Welle (ab 1974) einstufen. Andererseits gibt es freilich auch jene Länder, die bis dahin kaum oder gar nicht demokratisch regiert wurden. Hierzu zählen in erster Linie die Staaten Zentralamerikas (ausgenommen Costa Rica) und Mexiko. Bis heute hat lediglich Kuba keinerlei demokratische Erfahrung vorzuweisen. Immerhin bleibt zu konstatieren, dass in etwa der Hälfte der Länder einigermaßen solide demokratische Grundstrukturen vorhanden waren, an die nach den Diktaturen wieder angeknüpft werden konnte (insbesondere Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen). Selbst in den kontinuierlichen Autokratien waren solche Strukturen – mehr oder weniger stark ausgeprägt – vorhanden.

Tabelle 1 zeigt in vereinfachender Darstellung dieses „demokratische“ bzw. autokratische Erbe. Demnach wurde der Großteil der Länder – wenn man von unbedeutenden Zwischenphasen absieht – nie demokratisch regiert. Auf der anderen Seite blieben drei Länder – Costa Rica, Venezuela und Kolumbien – von der Regressionswelle der 1960er und 1970er Jahre unberührt. Daneben gibt es vier Länder, in denen die Demokratie im 20. Jahrhundert – also in den etwa 60 Jahren zwischen Erstem Weltkrieg und Mitte der 1970er Jahre – gleich mehrfach zusammenbrach. Paradebeispiel hierfür ist Argentinien, wo die erste Phase der Demokratie (1916–1930) abrupt durch einen Militärputsch beendet wurde. Doch auch nach dem Zweiten Weltkrieg scheiterte die Demokratie wiederholt (1955; 1962; 1966; 1976) am Einschreiten der Militärs.

Damit bleiben nur drei Länder, die für den paradigmatischen Zusammenbruch der Demokratie zwischen 1964 und 1976 stehen: Brasilien, Uruguay und Chile. Dies bedeutet zugleich, dass der „breakdown of democratic regimes“ im Prinzip nur eine kleine Ländergruppe betraf. Richtig ist zum einen aber auch, dass diese Zusammenbrüche gewissermaßen Meilensteine der autoritären Regression waren, und zum andern, dass in diesen zwölf Jahren die Demokratie in Lateinamerika wie ein Kartenhaus in sich zusammenfiel.

Tabelle 1: Zusammenbrüche der Demokratie zwischen 1964 und 1976

Kontinuität der Autokratie*	Zusammenbruch der Demokratie	mehrfacher Zusammenbruch der Demokratie	Kontinuität der Demokratie
Mexiko (bis 1997)	Brasilien 1964	Argentinien (1976)	Costa Rica (1949)
Nicaragua (bis 1979)**	Chile 1973	Bolivien (1964)	Kolumbien (1958)
El Salvador (1984)	Uruguay 1972	Peru (1968)	Venezuela (1958)
Guatemala (1985)		Ecuador (1972)	
Honduras (1981)			
Dominikanische Republik (1978)			
Kuba			
Paraguay (1989)			
Panama (1990)			

* Einige der kontinuierlichen Autokratien hatten zwar kurze Interimsphasen der Demokratie, die aber – gemessen an der historischen Dimension – kaum ins Gewicht fallen.

** Im Fall Nicaraguas ist umstritten, inwieweit die Ära der Sandinisten (1979–1990) als Autokratie oder als Übergangsphase zwischen dem Somoza-Regime und der Demokratie zu gelten hat.

Autokratien vor der (Re-)Demokratisierung

Im Jahr 1977, dem Tiefpunkt der Demokratieentwicklung in Lateinamerika, waren lediglich noch drei Länder als Demokratie einzustufen (Costa Rica, Kolumbien und Venezuela), die übrigen 16 Staaten hingegen als Autokratie. Die unterschiedlichen Werdegänge dieser „neuen“ Autokratien schlugen sich gleichwohl auch in recht unterschiedlichen Typen autoritärer Regime nieder. Tabelle 2 zeigt diese Typen nach ihrer Herrschaftsstruktur und ihren Herrschaftsträgern, die jeweils unterschiedliche Strategien der Machtsicherung mit sich brachten. Anzumerken ist hierzu zweierlei: Erstens waren die Militärregime in Brasilien und Chile dazu in der Lage, zivile Machtgruppen zu ihrer Unterstützung zu gewinnen. Dies erklärt zum Teil ihre relative Stabilität (22 bzw. 17 Jahre). Zweitens – und dies ist etwas in Vergessenheit geraten – waren nicht alle Diktaturen rechtsgerichtete Diktaturen zur Stützung der traditionellen Eliten. Insbesondere die Militärregime in Peru und Ecuador waren zumindest in ihren ersten Phasen reformerisch aus-

gerichtet und durchaus an einer Umgestaltung der sozialen und politischen Verhältnisse interessiert. Mexiko wiederum, die langlebigste und gleichwohl zivile Autokratie, bot relativ große Freiheitsräume und nicht zuletzt Zuflucht vor allem für Intellektuelle, wies also durchaus liberale Züge auf.

Regionale Dominoeffekte

Die Gründe für die massive autoritäre Regression, die einem regionalen Dominoeffekt gleichkommt, sind – ungeachtet der nationalen Besonderheiten – in dem spezifischen Zusammenspiel endogener und exogener Faktoren zu sehen. Vor dem Hintergrund, dass sich das Entwicklungsmodell der importsubstituierenden Industrialisierung weitgehend erschöpft hatte, waren in allen Gesellschaften zunehmend soziale und politische Konflikte aufgebrochen, die zu einer wachsenden Polarisierung zwischen linken und rechten politischen Kräften führten. Diese Polarisierung verschärfte sich unter dem Eindruck der kubanischen Revolution und in einer der Hochphasen des Ost-West-Konflikts

derart, dass politischer Wettbewerb von zahlreichen politischen Akteuren als eine Art Nullsummenspiel interpretiert wurde. Die drei wesentlichen Akteure wiesen so sukzessive Demokratie als Modell der politischen Ordnung zurück: die Linke, weil sie der bürgerlichen „formalen“ Demokratie nicht traute, um den gangbaren Weg zum Sozialismus zu beschreiten; die Rechte, weil sie unter diesen Vorzeichen ihre Rechte und Privilegien gefährdet sah; und nicht zuletzt die USA, die nach den spärlichen Erfolgen der „Allianz für Demokratie“ in den frühen 1960er Jahren der vermeintlichen Stabilität aus sicherheitspolitischen Erwägungen den Vorrang gaben (Reid 2007).

Die Verschlebung dieser Faktorenlage in den 1980er Jahren erklärt auch, warum ihrerseits die Autokratien wie in einem Dominoeffekt zusammenfielen. So waren die USA in der Phase der Entspannung des Ost-West-Konflikts in der Ära Jimmy Carters in den 1970er Jahren zunehmend von der Stützung der Diktaturen abgerückt. Zudem waren relevante Teile der Linken – auch unter dem Eindruck der harschen Repression vor allem im südlichen Lateinamerika – nunmehr pragmatischer im Hinblick auf die „bürgerliche“ Demokratie eingestellt. Auch die Rechte nahm zunehmend das Risiko ihrer Allianzen mit den Militärdiktatoren wahr und war zum Experiment des demokratischen Wettbewerbs bereit. Diese Lernprozesse implizierten – wenngleich unter gewandelten Machtverhältnissen – auch ein Nachlassen der ideologischen Polarisierung. Ein ausschlaggebender Faktor war schließlich die schwindende Legitimation der Diktaturen. Fast ohne Ausnahme scheiterten sie daran, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in ihren Ländern zu lösen und büßten so sukzessive ihre ohnehin spärliche Legitimation ein. Damit wendete sich auch ihr repressiver

Tabelle 2: Typus der Autokratien vor der (Re-)Demokratisierung

Herrschaftsstruktur Herrschaftsträger	bürokratisch-autoritär	oligarchisch-autoritär
Militärregime	Argentinien Chile Brasilien Uruguay Peru	Bolivien
Zivil-militärisches Regime	Ecuador Paraguay	El Salvador Guatemala Honduras Panama
Ziviles Regime	Mexiko	Nicaragua Dominikanische Republik

Charakter zunehmend gegen sie selbst, bis auch die klassischen zivil-militärischen Allianzen nicht mehr funktionierten (Mainwaring/Pérez-Liñán 2005). Lediglich in Chile, wo Augusto Pinochet nach 16 Jahren Amtszeit auf die Unterstützung von immerhin 40 Prozent der Bevölkerung zählen konnte, und in Mexiko, wo das Regime der PRI (Partido Revolucionario Institucional) ein differenziertes Legitimationssystem aufgebaut hatte, war diese Diskrepanz weniger ausschlaggebend.

Defekte Demokratien – verborgene Autokratien?

Zwischen 1978 und 1990 kehrten bis auf Mexiko und Kuba alle Länder zur Demokratie zurück oder erreichten sie erstmals. Im Gegensatz zu früheren Zeiten gab es in den folgenden Jahren jedoch keinen Rückschlag, vielmehr konnten sich mit Ausnahme Perus (1992–1995; 1997–2000) und Venezuelas (seit 2008) alle Demokratien auch unter den schwierigen Bedingungen neoliberaler Reformen, großer sozialer Gegensätze und teils extremer Armut behaupten. Selbst wenn in den vergangenen zehn Jahren einige Turbulenzen zu verzeichnen waren – wie in Argentinien (2001/02), Bolivien (2003; 2005), Ecuador (2000; 2005), Nicaragua (2004/2005) und Mexiko nach den Präsidentschaftswahlen 2006 –, so haben sie sich doch vergleichsweise in Grenzen gehalten. Vor allem in historischer Perspektive muss dabei als bemerkenswert angesehen werden, dass nicht nur die relativ fortgeschrittenen Länder Lateinamerikas die Demokratie bewahren konnten, sondern gerade auch die ärmeren Staaten in den Anden und in Zentralamerika.

Konsens besteht allerdings auch darüber, dass die Qualität der Demokratie in Lateinamerika seit den Neunzigerjahren nur geringe Qualitätszuwächse erzielt hat (Diamond/Morlino 2003). Der Begriff der defekten Demokratie (Merkel/Puhle et al. 2004) weist darauf hin, dass essentielle Bausteine der Demokratie – so genannte Minimalbedingungen wie Gewaltenteilung, Rechtsstaat, Versammlungs- und Pressefreiheit, manchmal auch das Kernelement freier und fairer Wahlen – nicht hinreichend funktionieren. Der oft synonym benutzte Begriff „hybride Regime“ verdeutlicht, dass derartige politische Systeme Merkmale von Demokratie und Autokratie aufweisen. Vereinfacht ausgedrückt beinhalten defekte Demokratien autoritäre Elemente, ohne sie deshalb als Demokratien zu erledigen; und: je defekter eine Demokratie, desto höher der Anteil der autokratischen Muster.

Dieses Phänomen ist ein Signum fast aller Demokratien der „Dritten Welle“ in Lateinamerika, Asien und Afrika (Croissant/Thiery 2009), ist aber auch in älteren Demokratien wie z.B. Italien in der Ära Silvio Berlusconi anzutreffen. Mit anderen Worten: Autoritär durchdrungen ist in defekten Demokratien nicht das politische System in seiner Grundstruktur, sehr wohl sind dies aber einzelne Funktionsbereiche und vor allem die Lebenswelten einer mehr oder weniger großen Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern. Vor allem aus dieser, dem liberalen Demokratieverständnis zuzuordnenden „bottom up“-Perspektive ist zu konstatieren, dass einem Teil des lateinamerikanischen Demos de facto die Rechte verwehrt bleiben, die für eine demokratische Selbstbestimmung notwendig sind.

Die Spielarten dieser Malaise sind – neben den Problemen der Staatlichkeit – vor allem mit der Missachtung rechtsstaatlicher Grundsätze verknüpft, die Bürgerinnen und Bürger vor der Willkür der Herrschaftsträger – auch und gerade wenn die demokratisch legitimiert sind – schützen sollen. Die konkreten Erscheinungsformen können hier nur beispielhaft benannt werden. Zunächst ist das Phänomen zu nennen, dass sich lokale, regionale und nationale Exekutiven Machtkompetenzen aneignen, für

die sie nach den demokratischen Spielregeln – und damit vom Volk – nicht autorisiert sind. Dieses „delegative“ Regieren – gängige Praxis vor allem in Argentinien, Bolivien, Ecuador – kann sich bis zur völligen Erosion der Demokratie auswachsen (Venezuela). Weiter verbreitet ist allerdings die faktische Aushebelung der Bürgerrechte, die durch eine insgesamt schwache Rechtsstaatlichkeit und informelle Spielregeln wie Klientelismus und Korruption sowie durch mangelnden Schutz gegen Übergriffe staatlicher und privater Akteure geprägt ist („illiberales“ Syndrom). Eine – allerdings selten gewordene – Spielart dieser Phänomene ist der „subnationale Autoritarismus“, in dem sich informelle Machtaneignung inklusive Wahlbetrug, Klientelismus und Korruption auf lokaler oder regionaler Ebene zu autoritären Enklaven innerhalb eines demokratischen Gesamtsystems herausbilden bzw. bewahren.

Die konstatierte Festigung demokratischer Spielregeln findet in der Mehrzahl der Länder Lateinamerikas somit in einem Milieu statt, das unterschiedliche Spielarten defekter Demokratien zu-

Tabelle 3: Demokratiequalität, Trend, Demokratietypus und Demokratie Krisen

		Trend	Demokratietypus	Akute Demokratie Krisen
Demokratien	Uruguay		liberal	---
	Costa Rica		liberal	---
	Chile		liberal	---
Defekte Demokratien	Brasilien	▲	illiberal	1992
	Argentinien		delegativ	1989; 2001/02
	Panama	▲	illiberal	---
	Dominik. Rep.		illiberal	---
	El Salvador		delegativ-illiberal	---
	Mexiko	▼	illiberal	2006
	Paraguay	▲	illiberal	1996; 1999
	Peru		illiberal	1992*; 1997*
	Honduras		illiberal	2009
	Bolivien		delegativ	2003; 2005; 2007-08
stark defekte Demokratien	Kolumbien		illiberal	anhaltender Gewaltkonflikt
	Ecuador	▼	delegativ	1997; 2000; 2005
	Nicaragua	▼	illiberal	2002; 2004/05
	Guatemala		delegativ-illiberal	Gewaltkonflikt 1984-1996
elektorale Autokratie	Venezuela**	▼▼	delegativ	1989; 2002

* In beiden Fällen bedeutete die Krise auch die autoritäre Regression.

** Venezuela ist von einer delegativen Demokratie in eine elektorale Autokratie verfallen.

▼ Pfeile zeigen signifikante Veränderungen der Demokratiequalität in den letzten fünf Jahren an, doppelte Pfeile sehr starke Veränderungen.

lässt und somit unterschiedliche autoritäre Syndrome. Dabei ist erstens anzumerken, dass das Ausmaß dieser Phänomene stark variiert und selbst in den am meisten betroffenen Ländern (Kolumbien, Ecuador, Nicaragua und Guatemala) keine insgesamt autokratischen Verhältnisse erzeugen. Zweitens ist festzuhalten, dass – größere oder auch nur kleinere, aber machtpolitisch relevante – Teile der Bevölkerungen diese defekten Demokratien als vorteilhaft ansehen, um ihre sozialen Positionen zu verbessern oder zu wahren (Merkel/Puhle et al. 2006, S. 475ff; Thiery 2006a). Tabelle 3 zeigt die Einstufung der lateinamerikanischen Demokratien im Hinblick auf Typen und Qualität. Als liberale Demokratien – gemessen an Mindeststandards – können nur Uruguay, Costa Rica und Chile bezeichnet werden. Für alle drei Länder gilt, dass sich ihre demokratischen Institutionen gegenwärtig in einem stabilen Gleichgewicht befinden, welches geregelte politische Entscheidungsprozesse und -verfahren im Sinne einer rechtsstaatlich verfassten Demokratie erlaubt. Im Rest Lateinamerikas sehen politische Eliten Demokratie hingegen – je nach Land: mehr oder weniger – als Mittel auf dem Weg zur Macht, um Partikularinteressen voranzubringen oder zu bewahren, und viele Wähler teilen ihre Perspektive.

Autoritäre Regressionen: Peru und Venezuela

Den autoritären Regressionen in Peru und Venezuela ist gemeinsam, dass sie im Kern auf die Ausweitung der Handlungsmacht der Exekutive zur Durchsetzung spezifischer Ziele gegen den Widerstand etablierter Machtgruppen dienen: Im Fall Fujimoris waren dies die Bekämpfung des Terrorismus und die Durchführung neoliberaler Reformen, im Falle von Hugo Chávez ist es die „bolivarianische Revolution“ bzw. der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“. Der so genannte „Selbstputsch“ (autogolpe) Fujimoris im April 1992 mit Hilfe des Militärs bedeutete einen gravierenden Einschnitt in die Demokratieentwicklung in Lateinamerika, zumal ähnliche Vorfälle ansatzweise auch in anderen Ländern stattfanden, wie etwa der Putschversuch von Chávez im Jahr 1992.

Peru: gravierender Einschnitt in die Demokratieentwicklung

In Peru hatte sich die politische Lage mit der Verschuldungskrise, massiver Verarmung und der eruptiven Ausbreitung des Terrors von Sendero Luminoso („Leuchtender Pfad“) unter der Regierung von Alan García (1985–1990) dra-

matisch verschärft und schlug ab 1988 in eine grundlegende Staatskrise um. Garcías Amtszeit endete in einem Chaos aus Wirtschaftskrise, Hyperinflation und Staatszerfall. Dieses Krisenszenario stellte den Hintergrund für den rasanten Aufstieg Fujimoris dar, der mit dem ebenso raschen Zerfall des alten Parteiensystems einherging. Der Wahlsieg Fujimoris gegen den Schriftsteller Vargas Llosa bedeutete so eine Art Revolution per Stimmzettel gegen die etablierten Parteien und politischen Eliten, was Fujimori insbesondere im Zuge des „autogolpe“ weiter ausnutzen konnte. Die Mehrheit der peruanischen Bevölkerung nahm die autoritäre Politik in Kauf und honorierte sowohl bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung 1992 als auch bei den Wahlen 1995 Fujimoris politische Lösungskapazität (Ausschaltung des Terrorismus, Re-Stabilisierung der Wirtschaft und Wiedereingliederung in das internationale Wirtschaftssystem).

Die regressiven Tendenzen blieben jedoch nicht auf die Krisenzeit beschränkt und betrafen zunehmend alle demokratischen Institutionen. Unter internationalem Druck kehrte Fujimori zwar zu konstitutionellen Verhältnissen zurück, doch spielte er bis zu seinem Rücktritt mit demokratischem Schein und autoritären Eingriffen. Insbesondere wurde die Rechtsstaatlichkeit gezielt unterminiert und abgebaut, zuerst aus Gründen der „Regierbarkeit“, dann aus Gründen des Machterhalts. Wie auch die Manipulationen der Medienlandschaft zielten die Eingriffe vor allem darauf, die Checks and Balances so weit wie möglich auszuschalten. Mit dem Näherrücken der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2000 verstärkten sich die formellen und informellen Eingriffe weiter, was schließlich auch den Wahlkampf (Medienzugang, Finanzierung) und die Wahlorganisation betraf (Wahlbehörden, Unterschriftenfälschungen u. ä.). Wie auch internationale Beobachter bestätigten, bestanden für die Stichwahl im Jahr 2000 keine fairen Bedingungen, weshalb Gegenkandidat Alejandro Toledo nicht mehr antrat. Zwar wurde Fujimori im Jahr 2000 wiedergewählt, doch scheiterte er letztlich an der massiven Korruption, die er und seine Berater über Jahre hinweg organisiert hatten, und trat noch im selben Jahr zurück (Thiery 2006b).

Venezuela: schleichender Regimewandel

In Venezuela, das lange Zeit als „Vorzeigedemokratie“ angesehen wurde, geriet das etablierte politische System zu Beginn der 1990er Jahre in eine tiefe Legitimitätskrise. Venezuela war für lateinamerikanische Verhältnisse poli-

tisch herausragend stabil und relativ demokratisch. Der Ölreichtum brachte zeitweise das höchste Pro-Kopf-Einkommen Lateinamerikas, doch Korruption und Missmanagement der Eliten führten das Land in eine profunde sozioökonomische und politische Krise. Die Regierungen traditioneller Parteien scheiterten in den 1990er Jahre mit ihrem Krisenmanagement und trugen dazu bei, dass die „alte“ Demokratie die Unterstützung der Bevölkerung verlor.

Der Wahl von Chávez zum Präsidenten im Jahre 1998 folgte eine neue Verfassung, die von einer fast ausschließlich von Chávez' Gefolgsleuten besetzten Verfassungsgebenden Versammlung verabschiedet und im Jahre 1999 per Referendum angenommen wurde. Dies markierte den Beginn eines schleichenden Regimewandels. Eine beeindruckende Serie von Wahlerfolgen gab Chávez die Kontrolle fast aller per Wahlen zu besetzenden Ämter des Landes und stärkte überdies sein Bild als Demokrat. Die Verfassung von 1999 beruhte auf vier Prinzipien: plebiszitärer Demokratie, Machtkonzentration, Zentralisierung des Staates und einer Art sozialer Marktwirtschaft mit starker Regulierung durch den Staat. Die Verfassung gibt zwar ein System von Checks and Balances vor, doch erwiesen sich diese in der Praxis als ineffektiv, um die massive Machtkonzentration in der Exekutive zu verhindern. Die von Chávez mitbetriebene Polarisierung des Landes führte im Jahr 2002 zu einem Putsch gegen ihn, doch sorgten getreue Militärs bereits nach wenigen Tagen für seine Wiedereinsetzung. Getragen vom Boom des Ölpreises gelang es Chávez seither, seine Macht auch über umfangreiche sozialpolitische Maßnahmen weiter zu festigen.

Im November 2005 ergaben die Parlamentswahlen eine Mehrheit von 90 Prozent für Chávez in der Legislative, nicht zuletzt deshalb, weil die Wahlen von der Opposition boykottiert wurden. Dieses Parlament dient bis heute aber lediglich zum Absegnen der Vorschläge des Präsidenten. Im Jahr 2006 erzielte Chávez einen weiteren überwältigenden Sieg bei den Präsidentschaftswahlen. Allerdings kamen auch Zweifel an der Natur freier und fairer Wahlen auf. Die Serie überwältigender Wahlsiege wurde im Jahr 2007 unterbrochen, als er ein Verfassungsreferendum verlor, das Beschränkungen seiner Amtszeit aufheben und den Weg für ein sozialistisches Regime ebnen sollte. Niederlagen erlitt er auch bei den regionalen und lokalen Wahlen im Jahr 2008, als Chávez' Verbündete einige wichtige Bastionen verloren, eingeschlossen die Hauptstadt Caracas. Allerdings bedeutete die Niederlage im Referendum nicht, dass Chá-

vez von seinen politischen Zielen abwich. Ein Ermächtigungsgesetz, das im Jahr 2008 ohne Debatte das Parlament passierte, erlaubte Chávez, seine Agenda mit einem ganzen Paket von Dekreten fortzuführen. Ein neu angesetztes Referendum im Jahr 2009 erlaubte ihm schließlich auch die Möglichkeit einer unbegrenzten Wiederwahl, die ihm im Referendum 2007 verweigert worden war.

Trotz der insgesamt gerade noch als korrekt einzustufenden Wahlen der letzten Jahre führt die nahezu vollständige Ausschaltung der Gewaltenteilung und die Abkehr von Kernprinzipien liberaler Demokratie dazu, dieses System nicht mehr als Demokratie einzustufen, sondern als „elektorale Autokratie“ (vgl. zu diesem Begriff: Schedler 2006). Chávez nutzt seine faktische Alleinherrschaft dazu, seine Ziele der „bolivarianischen Revolution“ und des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ mit allen Mitteln – Verstaatlichungen, Eingriffe in Grundrechte und in die Medienlandschaft – voranzutreiben. Allerdings ist seine Legitimation aufgrund der insgesamt spärlichen sozialen und wirtschaftlichen Erfolge bis heute vom Ölreichtum abhängig geblieben und somit nicht unverwundbar.

Probleme der Staatlichkeit: Autoritarismus durch die Hintertür?

Vielleicht die größte Herausforderung für die lateinamerikanischen Demokratien besteht mittelfristig in der mehr oder weniger großen Performanzschwäche des Staates. Ein handlungsfähiger Staat ist in mehrerlei Hinsicht ein zentraler Faktor für die Zukunft der Demokratien. In seiner elementarsten Funktion – der Sicherung des staatlichen Gewaltmonopols – ist er geradezu eine Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie (Linz/Stepan 1996, S. 16ff.). Wo das Herrschafts- und Gewaltmonopol nicht institutionell gesichert ist, kann Herrschaft bestenfalls nur partiell demokratisiert werden, oder aber – wenn ein bestehendes Gewaltmonopol erodiert – verflüchtigen sich die demokratischen Grundrechte, die für die betroffene Bevölkerung nur noch auf dem Papier bestehen. Am prägnantesten ist diese „Autokratie durch die Hintertür“ in jenen territorialen Enklaven, in denen sich die Abwesenheit des Staates mit der Dominanz informeller Machtgruppen paart. Neben dem typischen Fall eines Bürgerkriegslandes wie Kolumbien betrifft dies auch die von organisierter Kriminalität beherrschten Slums der Großstädte von Rio de Janeiro bis San Salvador, wo die Bevölkerung die „Gesetze“ der Willkürherr-

schaft dieser kriminellen Gruppen zu befolgen hat.

Die Erosion des staatlichen Gewaltmonopols bzw. die faktische Abwesenheit der Staatsgewalt führt jedoch auch dort zu quasi-autoritären Verhältnissen, wo die Bevölkerung in einer Art Naturzustand im Sinne von Thomas Hobbes gewissermaßen sich selbst überlassen bleibt. Dies kann zwar zu erstaunlichen Formen ziviler Selbstorganisation führen wie etwa den „rondas campesinas“ in Peru, die ab Mitte der 1970er Jahre im Prinzip die grundlegenden Staatsfunktionen der Sicherheit und der Rechtssprechung übernahmen. Wiederholt führt diese Situation jedoch auch zu Fällen der Selbstjustiz (wie z.B. in den letzten Jahren in Bolivien, Peru, Mexiko oder Guatemala). Nicht selten ist dies gekoppelt mit der Ohnmacht des Staates gegenüber der horrenden Alltagsgewalt, die die Bürger eher in Anarchie denn in Demokratie leben lässt. Nicht zuletzt sind in diesem Zusammenhang auch die Fälle zu erwähnen, in denen die Sicherheitskräfte als ausführende Organe des staatlichen Gewaltmonopols sich selbstständig haben und nach eigenen Regeln handeln. Auch dieses Phänomen ist in Lateinamerika weit verbreitet. Vor allem die Polizei in den Großräumen Buenos Aires und Sao Paulo sowie die so genannten „informellen Mächte“ in Guatemala sind hier berührt.

In der Summe hat sich die auch früher schon geminderte Reichweite des Staates in den vergangenen 20 Jahren zu einem Syndrom formiert, das einer „Privatisierung“ des staatlichen Gewaltmonopols gleichkommt und den mangelnden staatlichen Schutz unterprivilegierter Schichten, die Durchsetzung des Staatsapparates mit Elementen des organisierten Verbrechens und die Ausbreitung der Drogenmafia beinhaltet. Man muss die Situation nicht dramatisieren, um auf die Virulenz diverser Teufelskreise hinzuweisen, die die Regierbarkeit in Lateinamerika untergraben und sich in einigen Ländern – vor allem Zentralamerika, Mexiko, Andenregion – in den letzten Jahren zuspitzen haben.

Das Problem des organisierten Verbrechens

Zentrale Triebfeder hinter dem Großteil dieser Phänomene ist in den letzten Jahren vor allem das Problem des organisierten Verbrechens im Verbund mit Drogenproduktion und -handel sowie ausufernder Gewaltkriminalität gewesen. Besonders betroffen sind neben den klassischen Drogenländern in den Anden vor allem die Transitländer des

Kokainhandels in die USA, das heißt Zentralamerika und Mexiko, in jüngerer Zeit verstärkt auch die Karibik. Paradigmatisch für die Eskalation dieser Staatlichkeitsprobleme – wie auch für ihre Ursachen – sind in den letzten Jahren Mexiko und Zentralamerika geworden. In Mexiko hatte die Regierung unter Vicente Fox (2000–2006) gar nicht, zu spät oder unzureichend auf die Warnhinweise aus der Zivilgesellschaft reagiert. Bereits zu Ende der 1990er Jahre zeigten Analysen die prekäre Entwicklung, die in engem Zusammenhang mit dem Zerbröseln des jahrzehntelang von der Monopolpartei PRI besetzten Staates stand. Sie führte zur Durchdringung oder Korruption des Staatsapparates durch organisierte Kriminalität bzw. zur „Verstaatlichung“ der Kriminalität durch außer Kontrolle geratene Kientelgeflechte im Staatsapparat selbst (Thiery 2006b, S. 96ff). Nach seinem Amtsantritt 2006 bekam Präsident Felipe Calderón diese Wucht der aus gewaltbereiten Drogenkartellen und korrupten Beamten bestehenden Problematik zu spüren. Angesichts der Ausuferung der Gewalt, die sich zu einer Art Krieg zwischen den staatlichen Sicherheitsorganen und der organisierten Kriminalität – und damit zum Teil auch zwischen den „Sicherheitsorganen“ – entwickelte, sah sich Calderón zum Einsatz des Militärs gezwungen – eine Tendenz, die sich bis dato eher verschärft und schließlich offen gelegt hat, wie sehr dem mexikanischen Staat das Gewaltmonopol entglitten ist.

Ähnliches gilt für Zentralamerika, wo die mit dem Drogenhandel verknüpfte organisierte Kriminalität die ohnehin schon sehr hohe Gewaltkriminalität weiter verschärft hat, die u.a. mit dem Problem der transnational operierenden kriminellen Jugendbanden verknüpft ist. Dies hat die ökonomischen und sozialen Entwicklungsaussichten dieser ohnehin unter Entwicklungsdefiziten leidenden Region vor allem in El Salvador, Honduras und Guatemala weiter verdüstert. Das Ausmaß des organisierten Verbrechens hat ein Niveau erreicht, das in weiten Teilen des Isthmus die sozialen und politischen Machtverhältnisse und -beziehungen tangiert. Als problematischster Fall gilt Guatemala, das nach Ansicht von Experten in einen Drogenstaat abzugleiten droht. Abgesehen davon, dass das organisierte Verbrechen die politischen Institutionen und das soziale Leben beschädigen, sind auch die wirtschaftlichen Verluste immens. Die Interamerikanische

Entwicklungsbank IDB schätzt, dass die Kosten des organisierten Verbrechens in Lateinamerika und der Karibik in der Regel zwischen fünf und zehn Prozent des Bruttosozialprodukts liegen. In Guatemala erreicht dieser Wert 7,3 Prozent, während in El Salvador je nach Schätzung gar bis zu 11,5 Prozent vorliegen. Diese Kosten sind sowohl direkt (Strafverfolgungspersonal, Waffen, Überwachung, Strafjustiz) als auch indirekt (Verlust an Investitionen durch Unsicherheit, Umweltkosten der Drogenproduktion, Gesundheitskosten u.a.). Hinzu kommen die politischen Kosten wie die bereits aus Mexiko bekannte schleichende Durchdringung des politischen Systems, z.B. über die Wahlkampffinanzierung und die allseits grassierende Korruption des Staatsapparates. Dieses eher düstere Bild ist mit Blick auf die Frage, inwieweit diese Gewaltverhältnisse de facto autokratische Machtverhältnisse implizieren, insofern zu relativieren, als sie entweder Hotspots in den betreffenden Ländern oder aber – sofern großflächig – wenige Länder betreffen. Leider gibt es aber nicht einmal Schätzungen, wie viele Bürgerinnen und Bürger Lateinamerikas – und in welchem Ausmaß – von diesen Entmündigungen insgesamt betroffen sind. Auch gibt es noch keine theoretische Orientierung dafür, ab welcher Schwelle diese „failed states im Kleinen“ eine Autokratie im Sinne anarchischer Willkür (wie etwa in Somalia) bedeuten. Festzuhalten bleibt jedoch, dass dieses Phänomen gegenwärtig die größte Gefahrenquelle für die Demokratie in Lateinamerika darstellt. Diese Gefahr rührt nicht nur von den genannten Machtverzerrungen – also der Entmündigung des Demos durch selbsternannte Machtgruppen – her, sondern auch von der Reaktion der Bevölkerung darauf. Die Daten und Analysen etwa des „AmericasBarometer“ deuten darauf hin, dass Gewalt, Unsicherheit und Kriminalität die Demokratie auch dadurch direkt untergraben, dass die Neigung zu autoritären Lösungen für die Sicherheitsprobleme wächst und das Sozialkapital weiter erodiert.

Ausblick

Aus systemischer Perspektive ist in Lateinamerika der Autoritarismus früherer Zeiten eindeutig von der Demokratie verdrängt worden. Regressionen wie in Peru und Venezuela sind bis dato die Ausnahme geblieben, auch wenn die politischen Polarisierungen der letzten Jahre in Bolivien, Ecuador und Nicaragua durchaus Anlass zur Sorge geben, die dortigen Präsidenten könnten einen Weg á la Chávez beschreiten. Zustim-

mung zur Demokratie und Ablehnung der Autokratie werden insgesamt aber auch davon abhängen, inwieweit es den Regierungen gelingt, soziale und politische Inklusion zu fördern und insbesondere die unverändert hohe soziale Ungleichheit abzubauen. Aus der Warte des Bürgers – und damit des Demos – betrachtet, sind die demokratischen Errungenschaften freilich skeptischer zu beurteilen. Die Gewöhnung an defekte Demokratien und die Erosion der Staatlichkeit droht sich zu einem Dauerzustand zu entwickeln, in dem autoritäre Muster als informelle Spielregeln akzeptiert werden und die demokratischen Systeme teilweise unterwandern. Insbesondere die mit der organisierten wie alltäglichen Kriminalität verknüpften Sicherheitsfragen stellen ein Problem dar, das sich in einigen Ländern zu einem Teufelskreis zu entwickeln droht, wie ihn die Spirale der Gewalt im heutigen Mexiko am prägnantesten verdeutlicht.

LITERATUR

- Croissant, Aurel/Thiery, Peter (2009): Erosion der Demokratie oder Beharrlichkeit defekter Demokratien? Eine Analyse des Verlaufs demokratischer Transformation. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Transformation Index 2010. Politische Gestaltung im internationalen Vergleich. Gütersloh, S. 69–97.
- Diamond, Larry/Morlino, Leonardo (2003): The Quality of Democracy: An Overview. In: Journal of Democracy Vol. 15, Nr. 4, S. 20–31.
- Huntington, Samuel P. (1991): The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century. Oklahoma.
- Linz, Juan J./Stepan, Alfred (Hrsg.) (1978): The Breakdown of Democratic Regimes. Baltimore.
- Linz, Juan J./Stepan, Alfred (1996): Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America and Post-Communist Europe. Baltimore.
- Mainwaring, Scott/Pérez-Liñán, Aníbal (2005): Latin American Democratization since 1978: Democratic Transitions, Breakdowns, and Erosions. In: Hagopian, Frances/Mainwaring, Scott (Hrsg.) (2005): The Third Wave of Democratization in Latin America. Advances and Setbacks. Cambridge u.a., S. 14–59.
- Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jürgen/Croissant, Aurel/Thiery, Peter (2006): Defekte Demokratie, Band 2: Regionalanalysen. Wiesbaden.
- Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jürgen/Eicher, Claudia/Croissant, Aurel/Thiery, Peter (2003): Defekte Demokratie, Band 1: Theorie. Opladen.
- Reid, Michael (2007): Forgotten Continent: The Battle for Latin America's Soul. New Haven and London.
- Schedler, Andreas (2006): The Logic of Electoral Authoritarianism. In: Schedler, Andreas (Hrsg.): Electoral Authoritarianism: The Dynamics of Unfree Competition. Boulder/London, S. 2–34.
- Thiery, Peter (2006a): Demokratie in Lateinamerika. Von der zweiten zur „dritten Transition“? In: Peter Birle/Detlef Nolte/Hartmut Sangmeister (Hrsg.): Demokratie und Entwicklung in Lateinamerika. Frankfurt, S. 93–122.
- Thiery, Peter (2006b): Lateinamerika. In: Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jürgen/Croissant, Aurel/Thiery, Peter: Defekte Demokratie, Band 2: Regionalanalysen. Wiesbaden, S. 21–161.



UNSER AUTOR

Dr. Peter Thiery, Studium der Politikwissenschaft, Publizistik und Germanistik an der Universität Mainz. 1990–1998 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Mainz. 1999–2002 Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg. Seit 2002 Centrum für angewandte Politikforschung (C.A.P.) der Universität München. Seit 2008 Institut für Politikwissenschaft der Universität Würzburg.

Kuba – Im Herbst der Patriarchen

Franziska Stehnen

Ein halbes Jahrhundert nach der kubanischen Revolution übertrug Fidel Castro die Macht an seinen nur fünf Jahre jüngeren Bruder Raúl. Die Machtübergabe kann jedoch keineswegs als demokratischer Aufbruch gewertet werden. Genauso wenig wie der Zusammenbruch des osteuropäischen Sozialismus Kuba etwas anhaben konnte, widersteht Kuba immer noch jedem Demokratisierungsdruck. Franziska Stehnen geht der Frage nach, wie Kuba es bisher geschafft hat, das Überleben seines autoritären Systems zu gewährleisten. Die gegenwärtige Reformpolitik auf Raten zielt darauf ab, die Akzeptanz des Regimes und das Erbe der kubanischen Revolution zu sichern. Der Staat als „Torwächter“ belohnt die Systembefürworter, reguliert den begehrten Zugang zum Devisensektor, kontrolliert jegliche Form der Opposition und bestraft die Systemgegner. Dabei kann sich der bürokratisch-autoritäre Herrschaftsapparat auf Militär und Partei als wesentliche Stützen des Systems verlassen. Der „kreative“ Umgang mit ideologischen Weltbildern, die Pflege altbewährter Feindbilder – so die USA als „treuer Feind im Norden“ – und die wohlfahrtsstaatlichen Leistungen sind entscheidende Legitimationsquellen, welche die Stabilität des autoritären Regimes garantieren. |

Das kubanische System ist resistent

Das zu Ende gegangene Jahr 2009 begann für Kuba mit einem besonderen Jubiläum. Vor genau 50 Jahren siegte am 1. Januar 1959 die Guerillabewegung unter ihrem Anführer Fidel Castro über den damaligen Diktator Fulgencio Batista. Seitdem regierte Fidel Castro 49 Jahre lang ununterbrochen die Insel und verfehlte damit nur knapp sein eigenes 50-jähriges Regierungsjubiläum. Der heute 83-jährige Fidel Castro prägte den Alltag und die Sozialisierung der Kubanerinnen und Kubaner, die keine andere politische Führungsfigur als den ewigen, beinahe unsterblich scheinenden líder máximo kannten. Unter seiner Führung wurde das politische System über zahlreiche Krisen hinweg gerettet. Das größte Erstaunen löst dabei die Tatsache aus, dass es Kuba geschafft hat, jeglichem Demokratisierungsdruck zu widerstehen. Der Theorie nach hätten bestimmte sozioökonomische und inter-

nationale Entwicklungen in Kuba eine Dynamik des Systemwechsels auslösen können. Das kubanische autoritäre System zeigte sich allerdings als äußerst resistent.

Mindestens zwei Ereignisse der letzten Dekaden können hierfür exemplarisch angeführt werden: (1) Mehr als 30 Jahre lang gehörten der Ostblock und insbesondere die Sowjetunion nicht nur zu den wichtigsten politisch-ideologischen Verbündeten Kubas, sondern auch zur überlebenswichtigen ökonomischen Basis der Tropeninsel. Daher wurde mit dem Zusammenbruch des osteuropäischen Sozialismus erwartet, dass der Kollaps der kubanischen Ökonomie und die damit verbundenen gesellschaftlichen Unruhen sich unweigerlich auch auf die politische Ebene übertragen würden. Man ging davon aus, dass Kuba die spürbaren Folgen des seit 1962 existierenden US-amerikanischen Wirtschafts-, Handels- und Finanzembargos nicht mehr kompensieren könne. Die wirtschaftlich am Boden liegende und diplomatisch isolierte Insel würde sich dem Demokratisierungsdruck der nur wenige Kilometer entfernten USA beugen müssen. Wider Erwarten ließ sich Kuba nicht von der weltweiten dritten Welle der Demokratisierung der 1980er und 1990er Jahre erfassen. Das politische System zeigte sich als überraschend stabil und sogar anpassungsfähig – zwei Eigenschaften, die autoritären Systemen lange Zeit nicht zugestanden wurden. Kuba schaffte es sowohl, die Folgen der schweren Wirtschaftskrise Anfang der 1990er Jahre zu überwinden und seine ökonomischen Außenbeziehungen neu zu gestalten, als auch die delegitimierte kommunistische Ideologie durch eine neue nationalistisch-populistische Staatsdoktrin zu ersetzen. (2) Im Jahr 2006 wurde die Resistenz Kubas gegenüber einem demokratischen Systemwechsel erneut auf die Probe gestellt. Niemand erwartete ernsthaft, dass der Patriarch Fidel Castro zu Lebzeiten jemals auf seinen Führungsanspruch freiwillig verzichten würde. Es löste daher allgemeine Verwunderung aus, dass der krankheitsbedingte Rücktritt der charismatischen Führungsfigur Fidel Castro und die Übergabe seiner formalen Ämter an seinen Nachfolger und fünf Jahre jüngeren Bruder Raúl Castro bisher nicht zu größeren politischen Veränderungen geführt haben. Während sich unter Exilkubanerinnen

und Exilkubanern in Miami bereits das Gerücht über den Tod Fidel Castros verbreitete und der bevorstehende demokratische Wandel auf Kuba samt damit verbundener Hoffnungen auf die Rückkehr in die Heimat gefeiert wurde, gab es in Kuba keinerlei Anzeichen von politischem Chaos oder spontanen Unruhen. Wider Erwarten hat die Nachfolgeregelung von dem einen zu dem anderen Castro bisher nicht zu einem demokratischen Systemwechsel geführt. Die Schlüsselfrage scheint also zu sein, wie es Kuba bisher geschafft hat, das Überleben seines autoritären Systems zu garantieren. Was hält das politische System Kubas im Innersten zusammen und worauf basiert dessen offensichtliche Langlebigkeit, Stabilität und Belastbarkeit?

Die Säulen des Machterhalts

Bis vor kurzem schien es kaum möglich, sich ein Kuba vorzustellen, an dessen Spitze nicht Fidel Castro thronen würde. Seit Februar 2008 ist Raúl Castro offiziell Staats- und Regierungschef. Er kämpfte an Fidels Seite in der Guerilla-Armee, amtierte 49 Jahre lang als Verteidigungsminister und stand seit der Institutionalisierung der Revolution in den 1970er Jahren als treuester Vize im Schatten seines Bruders. Welche Machtstrukturen hinterließ Fidel Castro als Erbe seiner knapp 50-jährigen politischen Führung, auf die Raúl Castro nun zurückgreifen kann, um das Überleben und die Stabilität des Systems zu garantieren?

Die Macht des Staates als Torwächter – ein wirkungsvolles Instrument

Anfang der 1990er Jahre drohten die ökonomische Krise und die Versorgungsengpässe zu einem größeren politischen Problem zu werden. Das Dilemma bestand darin, (1) auf den gesellschaftlichen Druck nach wirtschaftlicher Verbesserung zu reagieren, (2) die Befürworter innerhalb der Partei und Regierung für eine wirtschaftliche und politische Öffnung ruhigzustellen bzw. wieder für die Unterstützung des Systems zu gewinnen und (3) die altrevolutionären, systemtreuen Reformgegner als größte und wichtigste Machtbasis nicht durch zu weitgehende Reformen zu verlieren. Die politische Stabilität

wurde in erster Linie dadurch gesichert, dass der kubanische Staat mit kontrollierten und auf wenige Bereiche begrenzten ökonomischen Liberalisierungsmaßnahmen reagierte. Da die stark importabhängige kubanische Wirtschaft dringend auf Deviseneinnahmen angewiesen war, konzentrierten sich die anfänglichen Reformen zunächst auf die schrittweise Öffnung des Exportsektors für ausländisches Kapital (vor allem Tourismus, Nickelförderung, Bio- und Pharmatechnologie, Telekommunikation, Öl- und Gasförderung etc.). Über die Legalisierung des US-Dollars konnte der Staat Rücküberweisungen emigrierter Kubaner an ihre auf Kuba verbliebenen Familienangehörigen stimulieren und über staatliche Devisenländen abschöpfen. Es folgten Reformen im Binnensektor: private Bauernmärkte wurden wieder zugelassen, selbstständige Arbeit auf eigene Rechnung im Dienstleistungs- und Kleingewerbe erlaubt und zentralistische Agrar- und Zuckerbetriebe an selbstverwaltete Produktionsgenossenschaften verpachtet. Durch diesen schrittweisen Reformprozess konnte das Überleben und die Stabilität des politischen Systems gewährleistet werden.

Der begrenzte Reformprozess war vor allem deshalb politisch überlebenswichtig, weil er die Macht des Staates vergrößerte, über materielle Anreize und Machtreserven Systembefürworter stärker zu belohnen und Systemgegner stärker zu bestrafen. Dies gelang über eine durch die Reformen hervorgerufene Spaltung der Wirtschaft in unterschiedlich profitable Bereiche, wobei der Besitz bzw. Nichtbesitz von Devisen über das Niveau des Lebensstandards entscheidet. Von der planwirtschaftlich gelenkten, stagnierenden Peso-Wirtschaft wurde der höchst profitable Devisensektor abgekoppelt, über den der Staat aufmerksam wacht.

Die neue Macht des Staates besteht darin, dass er das Monopol eines Torwächters oder gate-keepers besitzt, der darüber entscheidet, wem in der Gesellschaft in welchem Maße Zugang zum profitablen Devisensektor gewährt oder verwehrt wird. Da die Unterstützung des Militärs und des Sicherheitsapparates sowie der Funktionäre im Partei- und Staatsapparat für das Überleben des Systems von zentraler Bedeutung sind, gehören sie zu den Hauptgewinnern der fragmentierten Wirtschaft. Ihre Loyalität wird über den Zugang zum Devisensektor mit lukrativen Gehältern, Möglichkeiten zur persönlichen Bereicherung und alltäglichen Privilegien belohnt. Sie profitieren aber nicht nur selbst vom Torwächter-Staat, sondern bewachen und kontrollieren quasi den Torzugang zum Devisensektor für

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

die Gesellschaft, indem sie beispielsweise die begrenzte Zahl der begehrten Arbeitsplätze in diesem Sektor an Parteimitglieder und systemkonforme Bürger verteilen oder etwa die mittlerweile weitverbreiteten illegalen Devisenbeschaffungsmaßnahmen bei entsprechenden Bestechungsgeldern dulden. Das Interesse der Elite am eigenen Machterhalt wird somit unweigerlich mit dem Interesse an der Stabilität des politischen Systems verknüpft. Die Zustimmung zum System geschieht entweder aus Überzeugung wie im Falle der Altrevolutionäre oder aus Opportunität.

All jene, die sich ihrer Machtposition aufgrund der persönlichen Verbindung zu Fidel Castro zu sicher sind, werden auch unter Raúl Castro immer wieder daran erinnert, wie schnell man wegen zu starker Machtgelüste und Eigeninteressen oder zu starker Reformbefürwortung in Ungnade fallen und auf der Karriereleiter absteigen kann, wenn dadurch die Balance innerhalb der Elite gefährdet scheint. Raúl Castro hat im Jahr 2009 mit der überraschenden Ämterenthebung der prominentesten kubanischen Politiker Felipe Perez Roque (seit 1999 Außenminister) und Carlos Lage (Sekretär des Exekutivkomitees im Ministerrat und Architekt der Wirtschaftsreformen der 1990er Jahre) in dieser Hinsicht ein wirkungsvolles Signal gesetzt.

Der Staat agiert aber nicht nur innerhalb der Wirtschaft als gate-keeper, sondern auch im Bereich der Diskurse und Ideen. Mit dem Zusammenbruch des sozialistischen Ostblocks wurde Kuba seiner bisherigen kommunistischen Ideologie beraubt. Auch in dieser Hinsicht erwies sich der kubanische Staat als anpassungsfähig. Der Staat griff stärker auf Ideen kubanischer Nationalhelden wie José Martí zurück und verabschiedete sich von der marxistisch-leninistischen Ideologie. Es wurde die Erinnerung an den ursprünglich nationalistischen, anti-imperialistischen Charakter der kubanischen Revolution reaktiviert. Der Staat profiliert sich dabei als Schutzherr der nationalen Souveränität und stilisiert die USA zum Feindbild, um die kubanische Revolution samt ihrer Errungenschaften und die Unabhängigkeit der Nation vor äußerer Einmischung zu bewahren. Er gibt

dabei den ideologischen Rahmen vor, außerhalb dessen alternative Diskurse und Ideen zum sozialistisch geprägten Nationalismus nicht geduldet werden. Es ist der Staat als gate-keeper, der darüber entscheidet, wer wie viel „Zugang“ zur Vernetzung mit und Verbreitung von Informationen und Gegendiskursen innerhalb der kubanischen Bevölkerung erhält und damit öffentlichen Raum besetzen darf. Der Zugang wird beispielsweise über das staatliche Gewalt- und Informationsmonopol, die Beschneidung individueller und kollektiver Freiheiten und die Förderung der Exil-Option kontrolliert. Als systemgefährdend wahrgenommene Versuche, die die Machtkonstellation, die politisch-ideologische Hegemonie des Systems oder das staatliche Informations- und Medienmonopol herausfordern, werden mit Repressionen, Sanktionen und öffentlicher Diffamierung beantwortet. Warum der kubanische Staat seine gate-keeper-Funktion bisher relativ erfolgreich wahrnehmen konnte, hat einerseits mit der Stabilität der institutionellen Strukturen in Politik und Wirtschaft und insbesondere mit der Rolle der Bürokratie, der Partei und des Militärs zu tun. Andererseits hat es der kubanische Staat geschafft, die nötige Legitimation in der Gesellschaft für das System zu generieren.

Entscheidungsmonopol der Exekutive und überlappende Macht- und Verwaltungsstrukturen

Es waren die mit der kubanischen Revolution verbundenen sozialistischen Entwicklungsziele, die einen starken und gegenüber der Gesellschaft geschlossenen Zentralstaat legitimierten. Die kubanische Bevölkerung wurde sozial und wirtschaftlich integriert, indem sie von der politischen Teilhabe ausgeschlossen wurde. Kennzeichnend für die Form des neuen Staates ist der bürokratisch-autoritäre Charakter, der durch die Übernahme des sowjetsozialistischen Planungs- und Lenkungssystems in der Wirtschaft noch verstärkt wurde. Um die mit der Revolution versprochenen wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen flächendeckend umzusetzen, die Industrialisierungsversuche auf nationaler Ebene zu realisieren und später die über den Außenhandel generierten Ressourcen zu verwalten und zu verteilen, wurde ein staatlicher Bürokratieapparat aufgebaut, der die autoritär festgelegten Ziele möglichst effizient umzusetzen versuchte. Die kubanische Büro-

Kuba im Herbst der Patriarchen: Ein halbes Jahrhundert nach der kubanischen Revolution übertrug Fidel Castro nach 49 Jahren die Macht an seinen nur fünf Jahre jüngeren Bruder Raul. Die Machtübergabe kann jedoch keineswegs als demokratischer Aufbruch gewertet werden.

picture alliance/dpa

kratie wurde zur politischen Basis des neuen Entwicklungsstaates, um die von oben gelenkte Entwicklung planwirtschaftlich und autoritär durchzusetzen. Im Zuge der engeren ökonomischen Bindung an die Sowjetunion wurden in den 1970er Jahren auch die Strukturen des politischen Systems nach sowjetischem Vorbild institutionalisiert. Nach dem Leninschen Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ wurden hierarchische Staats- und Parteistrukturen aufgebaut, wonach alle Beschlüsse für jeweils nachgeordnete Instanzen verbindlich sind. Im Unterschied zum sowjetsozialistischen Staatsaufbau sind die Machtbefugnisse im kubanischen Staat noch stärker auf die Führungsspitze zugeschnitten. Die Macht des Staates ist eindeutig auf die Exekutive in Form des Staats- und Ministerrates konzentriert, während Parlament und Justiz vergleichsweise machtlos sind und der Kontrolle der Exekutive unterliegen. Der relativ kleine Personenkreis, der den Staats- und Ministerrat dominiert und die politische und wirtschaftliche Entscheidungsmacht monopolisiert, ist gleichfalls identisch mit den höchsten Kadern und Entscheidungsträgern im Politbüro der Kommunistischen Partei. Die umfassende Neubildung von Regierung und Partei unter Raúl Castro hat diesen Trend bestätigt. An der Spitze dieser personell überlappenden Machtstrukturen zwischen Staat, Regierung und Partei thront gegenwärtig Raúl Castro. Er ist zugleich Staats- und Regierungschef und damit von Amts wegen auch Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Darüber hinaus ist er hinter seinem Bruder Fidel Castro Vize-Generalsekretär im Politbüro und im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei. Diese Ämterkonzentration gewährt Raúl Castro starke institutionelle Machtbefugnisse, die auf hierarchischen Entscheidungsprozessen, einer übermächtigen Exekutive und der Kohäsion der Elite basiert.

Militär und Partei als Stabilitätsanker und Retter in der Not

Dass hierarchisch-zentralistische Machtstrukturen den Staatsapparat nicht per se lähmen, unflexibel und partizipationsfeindlich machen, zeigt die Rolle des kubanischen Militärs und der Kommunistischen Partei. Die kubanischen Streitkräfte und die Kommunistische Partei gehören seit der Revolution 1959 zu den wichtigsten Stützen des politischen Systems, wobei die Streitkräfte immer ein größeres Gewicht gegenüber der Partei hatten. Historisch mag es darauf zurückzuführen sein, dass sich politische Strukturen in Kuba anders als in den sozialistischen Systemen Osteuro-

pas nicht aus der Kommunistischen Partei, sondern aus dem bewaffneten Guerilla-Kampf mit Fidel Castro als maximo líder heraus entwickelten und die Streitkräfte daher eine besondere historische Legitimation genießen.

Das Militär

Das kubanische Militär gehört zu der am besten organisierten, prestigeträchtigsten und einflussreichsten Institution in Kuba. Das Militär genießt in der Bevölkerung ein relativ hohes Ansehen, weil es bei gesellschaftlichen Unruhen nie direkt gegen sie eingesetzt wurde und weil es seit den 1960er Jahren gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten eine überlebenswichtige Rolle spielte. Während die kubanische Führung ab Mitte der 1980er Jahre mit der sich abzeichnenden Wirtschafts- und Versorgungskrise zu kämpfen hatte, drohte über das von der Sowjetunion ausgebildete und finanzierte kubanische Militär das Überschwappen sowjetischer Öffnungstendenzen. Diese doppelte Gefahr der Destabilisierung machte es notwendig, die politische Kontrolle über das im Ausland zunehmend autonom agierende Militär wiederzuerlangen und die Kompetenzen des Militärs für die am Boden liegende Wirtschaft heranzuziehen. Dies gelang neben der personellen Verkleinerung und der Entledigung nicht loyaler Militärs im Wesentlichen über die Einbindung in die Überlebensstrategie des Systems. Dem Militär wurden sowohl innenpolitische als auch ökonomische Aufgabenbereiche übertragen. Seit 1989 untersteht de facto das Innenministerium und damit der repressive Polizei-, Sicherheits- und Geheimdienstapparat dem Verteidigungsministerium, das Raúl Castro 49 Jahre lang leitete und das mittlerweile von einem ihm gegenüber loyalen General geführt wird. Viel wichtiger für die politische Stabilität und Überlebensfähigkeit war die Einbindung der für Kontrolle und Disziplin bekannten Militärs in den wirtschaftlichen Reformprozess. Die Militärs brachten fortan ineffizient wirtschaftende Staatsbetriebe auf Vordermann, produzierten Grundnahrungsmittel in militärgeführten Agrarbetrieben und leiteten die Wirtschaftszweige im lukrativen devisenbasierten Sektor. Mittlerweile untersteht dem Verteidigungsministerium eine Betriebsholding, deren militärgeführte Betriebe für ca. 90 Prozent des Exportvolumens, 60 Prozent der Devisentransaktionen, 60 Prozent der Tourismuseinnahmen verantwortlich sind und etwa 20 Prozent der Staatsangestellten beschäftigen. Mittels der Kontrolle des devisenbasierten Sektors wurden loyale Offiziere und hochrangige Generäle zu

Profiteuren des gate-keeper-Staates. Über den Zugang zu lukrativen devisenbasierten Wirtschaftssektoren hinaus wurden sie mit Karrieremöglichkeiten in der Partei und mit ministerialen Führungsposten und folglich mit Einfluss in den wichtigsten politischen Entscheidungsprozessen belohnt. Gleichzeitig war Raúl Castro immer darauf bedacht, die politische Kontrolle über die zunehmend mächtigeren Streitkräfte und insbesondere über die neuen Technokraten innerhalb des Militärs zu bewahren. Der gate-keeper-Staat erlaubt es, Loyalität in besonderer Weise zu belohnen und Machtgelüste stärker zu bestrafen. Nicht zuletzt hat Raúl Castro durch seine führende Rolle bei der Umstrukturierung des Militärs und der Wirtschaft auch sein eigenes Profil und seine Autorität gegenüber dem Militär gestärkt, was ihm gegenwärtig zugutekommt. Es überrascht nicht, dass Raúl Castro im Zuge der Umstrukturierung des Kabinetts hochrangige Militärs, die zugleich Parteimitglieder sind, auf wichtige Ministerposten platzierte. Auch in der Führungsspitze des Staatsrates sind mittlerweile zwei der fünf stellvertretenden Vize-Präsidenten Generäle.

Die Kommunistische Partei

Obwohl der Kommunistischen Partei per Verfassung der Status als „Avantgarde der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes, als oberste führende Kraft des Systems und der ganzen Gesellschaft“ zugestanden wird, hat sie diese Führungsrolle im politischen System unter Fidel Castro nie vollständig wahrnehmen können. Der personalistische Führungsstil Fidel Castros und die unter seiner Führung etablierten Entscheidungsstrukturen parallel oder jenseits parteipolitischer und staatlicher Strukturen sowie die starke Rolle des Militärs zählten zu den größten Herausforderungen. Seit der Institutionalisierung der Revolution monopolisierten Parteimitglieder den staatlichen Bürokratieapparat und die Wirtschafts- und Planungsbehörden. Mit der sich abzeichnenden Krise war auch hier das Gebot der Stunde, die Kontrolle über die Partei zu stärken und sie in die politische Überlebensstrategie einzubinden. Zunächst entledigte man sich jedoch zu stark reformfreundlicher Technokraten und karriereorientierter Parteimitglieder, erneuerte die Parteiführung, weitete die Parteistrukturen auf Gemeinde- und Provinzebene aus und erhöhte die Anzahl der Militärs in Parteigremien. Die Partei konzentrierte sich fortan wieder stärker auf die Mobilisierung und Integration der Gesellschaft. Vor allem loyale Vertreter der jüngeren Generation, die sich biographisch immer weiter von

der Revolution entfernten, wurden im Laufe der 1990er Jahre für Posten in der Partei und in der staatlichen Verwaltung rekrutiert. Damit sollte der einstige kollektive Enthusiasmus zur Verteidigung der Revolution reaktiviert und die jüngere Generation in das System integriert werden, da sie von den Mobilisierungsversuchen des charismatischen Fidel Castro und der Perspektivlosigkeit ermüdet war.

Die Gesellschaft wird in erster Linie über staatliche Massenorganisationen vereinnahmt und kontrolliert, die eng mit der Kommunistischen Partei verknüpft sind. Diese dienen einerseits als „bottom-up-Mechanismus“, über den Befindlichkeiten und Informationen der Bevölkerung nach oben vermittelt werden, damit die politische Führung auf Inputs der Gesellschaft reagieren kann. Andererseits erfüllen sie die Funktion eines „top-down-Mechanismus“, über den staatliche Beschlüsse hierarchisch durchgesetzt sowie politische Entscheidungen und Ideen nach unten vermittelt werden können. Beispielsweise hat die Kommunistische Partei im Laufe der 1990er Jahre zur Stabilisierung des Systems beigetragen, weil sie die neue nationalistische Staatsdoktrin als Ersatz für die delegitimierte kommunistische Ideologie an die gesellschaftliche Basis vermittelte und gleichzeitig definierte, wer zu den Feinden der Revolution gehört. Die Partei wurde in den staatlichen Unterdrückungsapparat gegen Dissidenten eingebunden, indem sie mit dem Polizei- und Sicherheitsapparat des Innenministeriums kooperiert und über eigene mobile Eingreiftruppen zur Einschüchterung von Dissidenten verfügt. Über die Mobilisierung und Ideologisierung der Gesellschaft durch die Partei wird die Gesellschaft freiwillig oder zwangsweise in das System integriert, was wiederum stabilitätsfördernd wirkt.

Kontrollmechanismen gegenüber der Gesellschaft

Für die Stabilität des autoritären Systems ist es bisher begünstigend gewesen, dass in Kuba – anders als im sozialistischen Ostblock – keine vergleichbare Oppositionsbewegung existiert, obwohl die gesellschaftliche Unzufriedenheit weit verbreitet ist und damit Druckpotenzial vorhanden wäre. Es hat sich zwar trotz der wenig förderlichen staatlichen Macht- und Kontrollstrukturen eine heterogene, mehr oder weniger autonome zivilgesellschaftliche Organisationslandschaft entwickelt. Die Gründung einer breiten Oppositionsbewegung bleibt aber aus mehreren Gründen schwierig. Zunächst variiert der Oppositionsgrad von radikaler Opposition gegen die Regierung und den

kubanischen Sozialismus über Kritik an den Castros, aber nicht notwendigerweise am Sozialismus, bis hin zur Dissidenz innerhalb staatlicher Massenorganisationen und dem staatlichen Bürokratieapparat. Dadurch wird eine gemeinsame Mobilisierungsagenda verhindert. Die größte Herausforderung der Dissidenten und organisierten Oppositionsgruppen besteht darin, dass sie über formelle und informelle Kontroll- und Repressionsmechanismen zum Schweigen gebracht werden. Erst kürzlich hat der Bericht der internationalen Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (2009) mit dem Titel „New Castro, Same Cuba“ die formal-rechtlichen, institutionellen Grundlagen und strukturellen Formen der Repression aufgezeigt und darauf hingewiesen, dass sich Raúl Castro genau wie sein Bruder dem repressiven staatlichen Unterdrückungsapparat gegen Dissidenten bedient. Der Staat setzt allerdings weniger auf offene Gewalt oder systematische Massenrepression. Vielmehr scheint es der Logik gezielter Repression und Einschüchterung sowie zugleich kontrollierter Toleranz gegenüber Dissidenz und Opposition bis zu dem Grade zu folgen, wie es für die Stabilität des politischen Systems notwendig ist. Neben formellen Kontrollmechanismen, die auf staatlichen Gesetzen und Institutionen beruhen, spielen informelle Kontrollmechanismen wie die Sozialisierung, das Bildungssystem und die staatliche Propaganda eine wichtige Rolle.

Der Wechsel zwischen Repression und Toleranz, zwischen formellen und informellen Kontrollmechanismen begünstigt dabei ein Klima der permanenten Unsicherheit und Unberechenbarkeit. Beispielsweise wird die kubanische Hip-Hop-Szene trotz ihrer systemkritischen Texte geduldet, um dem weit verbreiteten Unmut ein kontrolliertes Ventil zu verschaffen. Hingegen wird versucht, die preisgekrönte, weltbekannte kubanische Bloggerin Yoani Sánchez mit ihren Berichten über den kubanischen Alltag durch Einschüchterung, Ausreiseverbote und Diffamierung als Marionette ausländischer Medienkonzerne zum Schweigen zu bringen, da ihr Recht auf freie Meinungsäußerung offensichtlich eine Grenze überschreitet, die Fidel Castro mit dem Motto prägte „Innerhalb der Revolution: alles. Gegen die Revolution: nichts.“ Neben Repression und Gewalt ist auch die erfolgreiche nationalistische Staatsdoktrin und die damit verbundene Stilisierung des Feindbildes USA seitens des Staats- und Parteiapparates dafür verantwortlich, dass kubanische Oppositionsversuche als Marionetten der USA betrachtet werden und deshalb über wenig Rück-

halt in der Bevölkerung verfügen. Hinzu kommt, dass sich viele der Systemgegner für die sowohl von den USA als auch von Kuba bewusst geförderte, aber kontrollierte Option des Exils entscheiden. Abschließend bleibt zu sagen, dass es vereinfacht wäre, die Überlebensfähigkeit und Stabilität des politischen Systems allein auf den staatlichen Repressionsapparat zurückzuführen, denn kein politisches System – auch nicht das kubanische – kann 50 Jahre überleben und dabei allein auf Repression setzen. Offensichtlich verfügt das politische System auch über ein bestimmtes Maß an Akzeptanz und Unterstützung (Legitimation) innerhalb der Gesellschaft, die zur Stabilität des autoritären Systems beitragen.

Der kreative Umgang mit Legitimationsquellen

Jedes politische System, egal ob demokratisch oder autoritär, ist für die langfristige Stabilität des Systems auf Legitimation angewiesen. Einige der Legitimationsquellen, die unter der Herrschaft Fidel Castros herrschaftsstabilisierend wirkten, scheinen langsam zu versiegen. Woraus schöpft dann Raúl Castro die nötige Legitimation? Es zeigt sich auch hier, dass der kubanische Staat anpassungsfähig ist. Droht eine Legitimationsquelle, die unter Fidel Castro die Herrschaft stabilisierte, langsam wegzubrechen, werden andere Quellen reaktiviert oder ein neuer Umgang mit alten Legitimationsquellen gepflegt. Raúl Castro versucht dadurch, sich eine eigenständige Legitimationsbasis aufzubauen.

Bürokratischer statt charismatischer Sozialismus

Nicht selten wurde auf das Charisma der Führungsfigur Fidel Castro hingewiesen, um das postsowjetische Überleben und die Stabilität des politischen Systems zu erklären. Zweifelsohne verfügt Raúl Castro weder über das Charisma seines Bruders, noch über dessen populistische und die Massen mobilisierende Eigenschaften. Aufgrund seiner politischen Karriere als Verteidigungsminister steht er vielmehr für militärische Disziplin und die Kontrolle der inneren Ordnung. Spricht nun die Tatsache, dass das politische System unter der Führung des höchst uncharismatischen Raúl Castro noch nicht kollabiert ist, dafür, dass die Legitimation autori-

tärer Herrschaft nicht notwendigerweise von der Existenz eines charismatischen big man – wie Fidel Castro – abhängig ist? Die Antwort ist: „Jein“. Zum einen ist es die spezifisch kubanische Situation, die es erlaubt, auf alternative Machtstrukturen zurückzugreifen, um den charismatisch basierten Führungsstil Fidel Castros zu ersetzen. Zum anderen agiert Fidel Castro weiter im Hintergrund und wirkt für die Herrschaft seines Bruders zumindest auf der ideologischen Ebene legitimitätsstiftend.

In den sozialistischen Systemen der Sowjetunion war die Herrschaft der Bürokratie in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mit der Kommunistischen Partei als Träger der bürokratischen Herrschaft das zentrale Strukturmerkmal. Die Besonderheit Kubas unter der politischen Führung Fidel Castros bestand darin, dass bürokratisch-sozialistische Strukturen á la Sowjetunion parallel zu den charismatischen Herrschaftselementen Fidel Castros existierten. Je nach Notwendigkeit dominierte stärker das eine oder das andere Herrschaftselement. Es ist Ausdruck dieses „Charismatischen Sozialismus“, dass Fidel Castro parallel zu politischen Institution und der Kommunistischen Partei regieren und die Loyalität wichtiger Anhänger über persönliche, informelle Abhängigkeitsbeziehungen gewinnen konnte.

Raúl Castro war sich von Anfang der Tatsache bewusst, dass er die charismatisch basierte Autorität seines Bruders nur durch den Rückgriff auf den existierenden bürokratischen Herrschaftsapparat zusammen mit starken und effizienten Staats- und Regierungsinstitutionen kompensieren kann. In seiner Antrittsrede wies Raúl Castro darauf hin, dass allein die Kommunistische Partei als würdige Erbin Fidel Castros die Einheit der Nation zukünftig garantieren kann. Und wenn dies die einzige Erbin ist, dann müsste diese besonders demokratisch sein und im Rahmen des Sozialismus weiter perfektioniert werden. Raúl Castro wendet sich vom charismatischen Führungsstil seines Bruders ab und orientiert sich stärker am staatlichen Bürokratieapparat. Mit der Ankündigung Raúl Castros zur institutionellen Stärkung der Partei soll die „one-man-rule“ seines Bruders durch eine „one-party-rule“ ersetzt werden. Wie stark Raúl Castro der Institutionalisierung der Kommunistischen Partei tatsächlich verpflichtet ist, bleibt abzuwarten. Eine neu gegründete „exekutive Superkommission“ innerhalb des Politbüros soll Entscheidungsprozesse beschleunigen und das Land kollektiv führen. Da die sieben Mitglieder dieser Kommission deckungsgleich mit der siebenköpfigen Führung des Staatsrates

sind, die wiederum mehrheitlich einen militärischen Hintergrund aufweisen, kann davon ausgegangen werden, dass die Institutionalisierung zwar im Namen der „Avantgarde der Partei“ geschieht, in der Praxis aber eher die bekannte Verknüpfung staatlicher, militärischer und parteipolitischer Strukturen bedeutet. Auch der für Ende 2009 einberufene VI. Parteitag wurde bereits auf unbestimmte Zeit verschoben. Zuvor müsse eine nationale Debatte, erst innerhalb der Kommunistischen Partei und anschließend in der kubanischen Gesellschaft vorausgehen, in der die Zukunftsvision des Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft definiert werden soll – natürlich nur um den Sozialismus „zu perfektionieren“ und nicht, um ihn abzuschaffen. Neben der Stärkung parteipolitischer Strukturen konzentrierte sich Raúl Castro seit seiner Amtsübernahme darauf, die Arbeit von Staats- und Regierungsinstitutionen effizienter zu machen. Er verkleinerte Verwaltungseinheiten, legte Ministerien zusammen und verabschiedete sich von Diskursen und Protagonisten, die unter Fidel Castro die institutionelle Parallelstruktur repräsentierten. Mit der neu gegründeten Obersten Rechnungsprüfungsbehörde soll die Korruption in staatlichen Institutionen bekämpft werden. Um der Bedeutung des Problems Rechnung zu tragen, ist die Chefin dieser Obersten Rechnungsprüfungsbehörde inzwischen auch eine der fünf Vizepräsidenten im Staatsrat.¹

Der Rückzug Fidel Castros aus dem politischen Tagesgeschäft und die damit verbundene Übergabe der formal-institutionalisierten Macht an Raúl Castro sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass Fidel Castro noch immer im Hintergrund präsent ist. Die Gegenwart Fidel Castros verleiht der Regierung seines Bruders – zumindest auf diskursiver Ebene – eine gewisse Legitimation, weshalb er seine Politik stets in Rückgriff auf Fidel Castros Erbe bestätigen muss. Nicht selten passt Raúl Castro Zitate seines Bruders an neue Kontexte an, um unliebsame politische Schritte einzuleiten. Auch wichtige personelle Ämterbesetzungen und Entlassungen werden von Fidel Castro quasi abgesegnet. Zwar mischt sich Fidel Castro nicht mehr in das politische Alltagsgeschäft ein, doch agiert er als „Soldat der Ideen“, wie er von Raúl Castro bezeichnet wurde. Im Rahmen seiner regelmäßigen Kommentare in der Parteizeitung *Granma* nimmt er die Aufgabe wahr, die nationalistische Staatsdoktrin durch Artikel über die Ideale der Revolution, den Feind im Norden und Venezuelas „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ aufrechtzuerhalten. Diese Macht der Ideen und Diskurse haben in Kuba in besonderer

Weise – freiwillig oder zwangsweise – die Unterstützung der Gesellschaft und die Stabilität des autoritären Systems gefördert.

Der treue Feind im Norden

Fidel Castro instrumentalisierte die Kubapolitik der USA als wichtigste externe Quelle zur Stabilisierung und Legitimierung seiner autoritären Herrschaft. Da alle US-Regierungen seit 1959 mit jeweils unterschiedlichen Strategien versuchen, das autoritäre System der Castro-Brüder zu destabilisieren, konnte Fidel Castro die USA im politischen Diskurs glaubwürdig als konstante Bedrohung der kubanischen Revolution und Nation stilisieren. Die Verteidigung der nationalen Souveränität und der Zusammenhalt von Staat und Gesellschaft, die nur durch eine autoritäre Führung garantiert werden können, stehen im Vordergrund.

Versiegt nun angesichts der bereits im Wahlkampf von US-Präsident Obama versprochenen Neuorientierung der Kubapolitik eine für die kubanische Herrschaft wichtige Legitimationsquelle? Sicherlich deutet die bisherige Kubapolitik unter Präsident Obama im Vergleich zur Kubapolitik seines Vorgängers Bush in einigen Aspekten auf Veränderungen hin. Unter der Bush-Regierung verschärfte Embargo-Bestimmungen wurden teilweise gelockert. Beide Regierungen einigten sich darauf, die unter der Regierung Bush im Jahr 2004 aufgekündigten bilateralen Gespräche über Migrationsfragen, Drogenbekämpfung und Katastrophenschutz zu reaktivieren und die Gespräche über den bisher blockierten Postverkehr zu beginnen.² Zudem zeigt die grundsätzliche Bereitschaft der US-Administration, auf Drängen lateinamerikanischer Länder die Wiederaufnahme Kubas in die OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) zu verhandeln, ein Abrücken von Relikten der diplomatischen Isolationsstrategie der 1960er Jahre, gegen die Kuba längst resistent ist. Von einer grundlegenden Neuorientierung der US-amerikanischen Kubapolitik kann bisher allerdings kaum die Rede sein. Da die jetzige US-Administration weiter an den grundlegenden Zielen der traditionellen Kubapolitik festhält und eine Normalisierung der Beziehungen und das Aufheben des Embargos von Kubas Fortschritten in Richtung Demokratie und Einhaltung der Menschenrechte abhängig macht, profitiert Raúl Castro gegenwärtig von dem externen Feindbild USA, das sein Bruder erfolgreich aufgebaut hat. Genau wie in der Ära Fidel Castros wird das US-Embargo für die momentane ökonomische Krise und die alltäglichen

Überlebenskämpfe der kubanischen Bevölkerung mitverantwortlich gemacht. Im Gegensatz zu seinem Bruder betrachtet Raúl Castro das Embargo aber gleichzeitig als Ansporn und Rechtfertigung für die Entwicklung nationaler Wirtschafts- und Entwicklungspotenziale, um ökonomisch unabhängiger zu sein.

Auch die Strategie der pro-aktiven Demokratieförderung seitens der USA durch die Unterstützung der „Zivilgesellschaft“ wirkt weiterhin herrschaftslegitimierend, indem sie als Versuch des Feindes dargestellt wird, die Revolution über offene und verdeckte Subversion von innen heraus zu destabilisieren. Dies erfordert wiederum die Verteidigung politischer Geschlossenheit und legitimiert ein repressives Vorgehen ge-

genüber politischer Opposition und Dissidenten. Erst kürzlich wurde ein Mitarbeiter einer US-amerikanischen Entwicklungshilfeorganisation in Kuba festgenommen, weil er im Auftrag der US-Regierung und ohne Erlaubnis der kubanischen Regierung neben Handys und Laptops auch Satellitensysteme an Vertreter der kubanischen „Zivilgesellschaft“ – oder anders gesagt an „Dissidenten“ – verteilte, damit diese Radio- und TV-Sender der Exilkubanerinnen und Exilkubaner empfangen würden.³ Die Kubapolitik der USA trägt auch deshalb zur Stabilität des autoritären Systems bei, weil sie in der kubanischen Bevölkerung und innerhalb der Elite geradezu die Angst vor Demokratisierung und einer marktwirtschaftlichen Ordnung mit Privatbesitz schürt sowie die

Unterstützung der Systembefürworter stärkt.⁴ Das Demokratisierungsszenario wäre sowohl mit direkter Einflussnahme der USA in souveräne Entscheidungsprozesse als auch mit der Rückkehr der Exilkubaner und Entschädigungsforderungen von vor der Revolution 1959 enteigneter amerikanischer Staatsbürger und Unternehmen verbunden. Dies heizt nicht nur anti-amerikanische Ressentiments an, sondern aktiviert den kollektiven Willen zur Verteidigung der nationalen Souveränität. Insgesamt wendet sich Raúl Castro zwar deutlich von der aggressiven, anti-amerikanischen Rhetorik seines Bruders ab und signalisiert durch seine Bereitschaft zu einem Dialog auf Augenhöhe Interesse an der Normalisierung der Beziehungen. Allerdings greift auch Raúl Castro mittlerweile wieder auf ein bekanntes Reaktionsmuster zurück. Immer wenn sich in der Vergangenheit die kubanische Führung von innen bedroht fühlte oder aber eine Änderung der US-amerikanischen Kubapolitik möglich schien, die der Instrumentalisierung zur internen Herrschaftslegitimation entgegenstand, war eine aggressivere Haltung gegenüber der USA zu beobachten, um eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen zu verhindern. Dies trifft auf die gegenwärtige Situation dahingehend zu, als dass zum einen unter Präsident Obama eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen wahrscheinlicher denn je wird und sich die kubanische Führung zum anderen durch potenzielle soziale Unruhen im Zuge der momentanen Wirtschafts- und Liquiditätskrise bedroht sieht. Beispielhaft ist die Ende November 2009 plötzlich aufflammende Kriegsrhetorik Raúl Castros gegenüber der USA, die mit dem landesweiten Militärmanöver „Bastion 2009“ ihren Ausdruck fand. Die Militäraktion, die auch unter Fidel Castro schon in regelmäßigen Abständen stattfand, wurde öffentlich mit der Notwendigkeit begründet, die nationale Verteidigungsbereitschaft gegenüber der potenziellen militärischen Aggression des Feindes zu erhöhen sowie Ordnung und Disziplin angesichts der Krise zu bewahren.

Gleichheit, aber nicht Gleichmacherei

Von Beginn an symbolisierte die kubanische Revolution eine soziale Revolution. Gegenüber der Vergangenheit unter der Diktatur Batistas war die Revolution mit Hoffnungen auf soziale Gerechtigkeit, Gleichheit und materiellen Wohl-

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Gegenüber der Vergangenheit war die kubanische Revolution mit Hoffnungen auf soziale Gerechtigkeit, Gleichheit und materiellen Wohlstand für alle verbunden. Die wohlfahrtsstaatlichen Leistungen des Staates wirken trotz ihrem prekären Niveau bis heute legitimitätstiftend.

picture alliance/dpa

stand für alle verbunden. Sicher ist, dass die gesellschaftliche Unterstützung der breiten Masse für das System nicht auf die Ergebnisse der Wirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte unter Fidel Castro zurückzuführen ist. Vielmehr sind es die wohlfahrtsstaatlichen Leistungen des Staates, die bis heute Legitimitätsstiftend wirken, wenn auch auf prekärem Niveau. Obwohl der Staat zunehmend weniger in der Lage ist, die einstige Qualität und den universellen Zugang zu wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen zu garantieren, sind die Ergebnisse der Sozialpolitik im lateinamerikanischen Vergleich immer noch vorbildlich und bringen Kuba nach wie vor internationale Anerkennung ein. Selbst in ökonomischen Krisenzeiten gehörte es immer zur obersten Priorität, die sozialen Errungenschaften der Revolution im Bildungs- und Gesundheitsbereich aufrechtzuerhalten oder Sozialausgaben sogar zu erhöhen, koste es, was es wolle. Die ursprünglichen sozialen Prioritäten werden allerdings durch die sozialen Folgen des geteilten Wirtschaftssystems zunehmend überschattet. Wie in vorrevolutionären Zeiten gehört ungleiche sozioökonomische Chancenverteilung wieder zum kubanischen Alltag. Nicht mehr Arbeit und der Beitrag zur Gesellschaft entscheiden über das Niveau des Lebensstandards, sondern der Besitz oder Nichtbesitz von Devisen.

Raúl Castro wusste von Beginn an, dass er auf die von der Bevölkerung erwarteten Verbesserungen im ökonomischen Bereich reagieren muss. Er hat zwar keine Intention, die in der Verfassung garantierten zentralen Errungenschaften der Revolution im Gesundheits- und Bildungsbereich zu streichen und dadurch Legitimität einzubüßen. Das Problem der steigenden sozioökonomischen Ungleichheit und des sinkenden Lebensstandards sei allerdings nicht über mehr Ausgaben in der Sozialpolitik, sondern nur über strukturelle Wirtschaftsreformen und eine Steigerung der Produktivität mittels materieller statt moralischer Anreize lösbar. Das neue Lohnsystem im staatlichen Peso-Sektor⁵ rechtfertigte Raúl Castro mit einer Neuinterpretation des Sozialismus als „(...) soziale Gerechtigkeit und Gleichheit, aber Gleichheit von Rechten und Chancen, nicht Gleichheit von Einkommen. Gleichheit bedeutet nicht Gleichmacherei.“⁶ Der anfängliche Reformeifer⁷ wurde mittlerweile gebremst, was von der politischen Führung mit den für Kuba spürbaren Folgen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise und der drei verheerenden Wirbelstürme im Jahr 2008 gerechtfertigt wird.

Die versprochenen strukturellen Wirtschaftsreformen wurden zugunsten von Sparmaßnahmen aufgeschoben. Bis auf

die in der Verfassung garantierten Sozialleistungen sei das staatliche Subventionsprogramm und die zahlreichen alltäglichen „Geschenke“ angesichts der wirtschaftlichen Umstände „irrational“ und ein Symbol des „Paternalismus“ von Fidel Castro, den sich der Staat nun nicht mehr leisten könne.⁸ Raúl Castro versucht, sich über seinen Ruf als Technokrat und Wirtschaftspragmatiker eine eigene Legitimationsbasis zu verschaffen, die paternalistische Elemente ablegt und stärker rational orientiert ist. Die Folgen der Weltwirtschaftskrise haben Kuba einmal mehr vor Augen geführt, wie verwundbar die stark importabhängige Ökonomie trotz der ökonomisch wichtigen Partnerschaften zu Venezuela und China ist. Bisher haben Venezuela und China entscheidend zur staatlichen Versorgungsfunktion beigetragen, indem sie für Kuba neue devisenbringende Exportmärkte für kubanische Rohstoffe darstellen, zinsgünstige Kredite zur Verfügung stellen sowie Nahrungsmittel, Konsumgüter und öffentliche Verkehrsmittel zu Vorzugspreisen anbieten. Ob Venezuela und China auch weiterhin verhindern können, dass Kuba vorerst ohne den nötigen ökonomischen Strukturwandel im zentralistisch organisierten Teil der Wirtschaft überleben und der gate-keeper-Staat weiter bestehen kann, bleibt abzuwarten.

Die symbolische Strahlkraft Kubas

Kubas Internationalismus und das Bekenntnis zu sozialistischen Idealen sind seit der kubanischen Revolution wichtige Faktoren, die nach außen und nach innen Legitimitätsstiftend wirken. Die militärische Unterstützung von Befreiungskämpfen insbesondere in Afrika in den 1960er und 1970er Jahren, humanitäre Hilfe im medizinischen Bereich sowie Solidarität gegenüber Ländern des globalen Südens haben externe Unterstützung, Respekt, Solidarität und nicht selten Bewunderung gegenüber Kuba hervorgerufen.⁹ Dies erweckt innerhalb Kubas den Eindruck, dass das System nicht isoliert ist, sondern sogar wertgeschätzt wird. Insbesondere die Partnerschaft mit Venezuela vermittelt nach innen den Eindruck, dass es trotz aller Fehler des Sozialismus wieder Regierungen gibt, die den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ nachahmen und den Kampf Fidel Castros gegen Anti-Imperialismus fortsetzen möchten. Ferner kann Kuba durch die Partnerschaft mit Venezuela im Rahmen des „Öl gegen Ärzte“-Programms seine „medical diplomacy“ reaktivieren, die für das Land seit der Revolution ein Schlüsselement seines Internationalismus darstellten. Durch den Export medizinischer Dienstleistungen und sozialstaatlicher Programme in Länder

des Südens erhält Kuba im Gegenzug Prestige und Wohlwollen, das sich zu diplomatischen Beziehungen und Handelspartnerschaften entwickeln kann, die neue Devisen bringen und die Versorgungsfunktion des Staates unterstützen. Die medical diplomacy ist eine Möglichkeit, Kubas Image sowohl nach außen als auch nach innen als entwickelte und technisch fortgeschrittene Nation zu unterstreichen. Die Legitimität nach innen hängt aber auch davon ab, wie es die politische Führung schaffen wird, mit der Unzufriedenheit der kubanischen Bevölkerung hinsichtlich des eigenen Gesundheitssystems und den spürbaren Folgen des Braindrain im medizinischen Sektor umzugehen.

Und was kommt nach dem Herbst der Patriarchen?

Weder das Ende des Sowjetsozialismus noch das für charismatische Herrscher übliche Problem der Nachfolgeregelung haben auf Kuba zum Kollaps des politischen Systems geführt. Erst nach dem Herbst der beiden unsterblich scheinenden Patriarchen könnte die Stabilität des autoritären kubanischen Systems erneut auf die Probe gestellt werden. Die zwei Brüder gehören zu den wenigen noch verbleibenden Vertretern der historischen Revolutionsgeneration, deren Nachfolger sich biographisch immer weiter von der kubanischen Revolution 1959 und den damit verbundenen Hoffnungen und Zielen entfernen. Da auch Raúl Castro angesichts seines Alters nur als Übergangsfigur gelten kann, ist davon auszugehen, dass unter seiner Führung die Weichen für die politische Zukunft Kubas gestellt werden. Die politische Herausforderung besteht für Raúl Castro darin, die sozialen und ökonomischen Probleme anzugehen und dabei sowohl die Stabilität des politischen Systems und die Kohäsion der Elite zu garantieren als auch die jüngere Generation stärker einzubinden und sich den Forderungen der Masse der Bevölkerung anzunehmen. Nur so kann auch die breite gesellschaftliche Akzeptanz des zukünftigen Entwicklungsweges der Insel gewährleistet werden. Die umfassende Neubildung des Kabinetts deutet bereits darauf hin, dass die Kommunistische Partei zusammen mit den technokratischen Militärs eine zentrale Rolle im zukünftigen Szenario spielen werden. Bisher haben sich beide Akteure als anpassungsfähig gezeigt und waren für die Überlebensfähigkeit des Systems entscheidende Stützen. Solange der Torwächter-Staat für eine kleine Elite (nicht für die Allgemeinheit) so erfolgreich wie bisher bleibt, scheint es keinen Grund

zu geben, warum diese ihr Interesse am Erhalt des gegenwärtigen Systems verlieren sollte. Der Anreiz für politische Loyalität gegenüber dem gegenwärtigen System war bisher offensichtlich größer als die von einem Systemwandel erwarteten Vorteile. Gleichzeitig muss es der kubanischen Führung weiterhin gelingen, die Legitimation des Systems zu garantieren. Die größte gegenwärtige sozioökonomische Herausforderung besteht für die Masse der Bevölkerung darin, dass die Gleichung „Arbeit-Einkommen-Wohlstand“ aus den Fugen geraten ist. Die alltägliche Unzufriedenheit und die desolante Wirtschaftslage könnten zu einer politischen Herausforderung für die Stabilität des Systems werden, wenn keine strukturellen Wirtschaftsreformen in Angriff genommen werden. Bisher haben die Partnerschaften zu Venezuela, China und anderen Partnern ausgereicht, um genau solche strukturellen Reformen aufzuschieben, deren Folgen politisch schwer zu kontrollieren sind. Mit den vorsichtigen Liberalisierungsschritten zielt Raúl Castro darauf ab, einen politischen Reformdruck zu verhindern. Gelingt es nicht, die soziale und wirtschaftliche Dimension von Entwicklung in Einklang zu bringen, könnte die Kritik am System lauter werden, die bisher durch die momentanen Vorteile eines Systemerhalts aufgewogen bzw. durch die bewusst geschürte Angst vor den Folgen eines Systemwandels und die Kontrolle der Gesellschaft verhindert werden konnte. Der kubanische Fall zeigt auch, dass autoritäre Systeme nicht allein auf Repression und Unterdrückung der Opposition beruhen, sondern die Unterstützung der Gesellschaft über verschiedene materielle und immaterielle Legitimationsquellen gewährleisten.



UNSERE AUTORIN

Franziska Stehnen studiert Politikwissenschaft, Volkswirtschaftslehre und Philosophie an der Eberhard Karls Universität Tübingen. Ihr regionaler Schwerpunkt ist Lateinamerika. Thematisch beschäftigt sie sich mit Entwicklungstheorien, Struktur- und Entwicklungsproblemen sowie internationalen Beziehungen der Region. Derzeit schreibt sie ihre Masterarbeit zur Wasserpolitik in Chile.

Es bleibt spannend und schwer vorhersehbar, ob die derzeitigen Stabilitäts- und Legitimitätsfördernden Faktoren für das politische System Kubas ausreichen werden, um auch zukünftig widerstandsfähig gegenüber Ereignissen und Entwicklungen zu sein, die die Transitionsresistenz des Systems auf die Probe stellen könnten.

LITERATUR

- Burchardt, Hans-Jürgen (1999): Im Herbst des Patriarchen. Stuttgart.
- Burchardt, Hans-Jürgen (2002): Kuba nach Castro. Die neue Ungleichheit und das sich formierende neopopulistische Bündnis. In: Internationale Politik und Gesellschaft 3, S. 1–13.
- Corrales, Javier (2004): The Gatekeeper State. Limited Economic Reforms and Regime Survival in Cuba, 1989–2002. In: Latin America Research Review 39, 2, S. 35–65.
- Crahan, Margaret/Armony, Ariel (2007): Rethinking civil society and religion in Cuba. In: Whitehead, Laurence/Hoffmann, Bert (Hrsg.): Debating Cuban Exceptionalism. New York, S. 139–163.
- Espina, Mayra (2008): Viejas y nuevas desigualdades en Cuba. Ambivalencias y perspectivas de la reestratificación social. In: Nueva Sociedad 216, S. 133–149.
- Feinsilver, Julie (2008): Oil-for-Doctors: Cuban medical diplomacy gets a little help from a Venezuelan friend. In: Nueva Sociedad 216, S. N.N.
- Gratius, Susanne (2003): Kuba unter Castro – Das Dilemma der dreifachen Blockade. Die kontroproduktive Politik der „Demokratieförderung“ seitens der USA und der EU. Opladen.
- Harris, Richard L. (2009): Cuban Internationalism, Che Guevara, and the survival of Cuba's socialist regime. In: Latin American Perspectives 36, 27, S. 27–42.
- Hawkins, Darren (2001): Democratization Theory and Nontransitions: Insights from Cuba. In: Comparative Politics 33, 4, S. 441–461.
- Hoffmann, Bert (2007): Kuba in der Nach-Fidel-Ära. In: FES-Analyse, März, S. 1–15.
- Hoffmann, Bert (2009): Charismatic Authority and Leadership Change: Lessons from Cuba's post-Fidel succession. In: International Political Science Review 30, 3, S. 229–248.
- Krämer, Raimund/Krüger, Dirk (2008): Das politische System Kubas. In: Stüwe, Klaus/Rinke, Stefan (Hrsg.): Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika. Eine Einführung. Opladen, S. 363–388.
- Mujal-León, Eusebio/Buzón, Lorena (2008): Exceptionalism and beyond: Civil-military relations in Cuba, 1986 – 2008. In: Cuba in Transition 18, S. 402–416; <http://lanic.utexas.edu/project/asc/pdf/volume18/pdfs/mujalbuzon.pdf>
- Sweig, Julia E. (2007): Fidel's Final Victory. In: Foreign Affairs 86, 1, S. 39–56.
- Treto, Carlos A. (2009): Continuity and change in Cuba at 50: The revolution at a crossroads. In: Latin American Perspectives 36, 8, S. 8–26.

ANMERKUNGEN

- Seit der letzten Kabinettsumbildung im Dezember 2009 gehören der obersten Führung des Staatsrates (nach Raúl Castro als Staatspräsident und José Ramón Machado Ventura als 1. Vize-Präsident) folgende Vize-Präsidenten an: Altrevolutionär Ramiro Valdés Menéndez, die Generäle Julio Casas Regueiro und Abelardo Colomé Ibarra sowie der Parteikader Juan Esteban Lazo Hernandez (s. Cubadebate, 20.12.2009 "Eligen nuevos integrantes del Consejo de Estado de la República de Cuba"; <http://www.cubadebate.cu/noticias/2009/12/20/eligen-nuevos-integrantes-del-consejo-de-estado-de-la-republica-de-cuba/>)
- Aufgrund der schleichenden Verhärtung der bilateralen Beziehungen wurden die angekündigten Gespräche bereits auf unbestimmte Zeit verschoben, s. New York Times, 30.12.2009 „In Cuba, hopeful tenor toward Obama ebbing“; <http://www.nytimes.com/2009/12/31/world/americas/31cuba.html?pagewanted=1&sq=Honeymoon%20is%20over&st=cse&scp=1>
- New York Times, 11.9.2009 „Cuba detains a U.S. Contractor“; http://www.nytimes.com/2009/12/12/world/americas/12cuba.html?_r=1&scp=10&sq=Cuba%20Ra%C3%BAI%20Castro&st=cse
- Das US-amerikanische Helms-Burton-Gesetz legt fest, dass die Aufhebung der Sanktionspolitik erst mit einer politischen und wirtschaftlichen Systemtransformation Kubas hin zu repräsentativer Demokratie und Marktwirtschaft möglich wird. Zu den wohl umstrittensten Voraussetzungen für die Anerkennung einer Übergangsregierung seitens der USA gehören eine Regierung ohne Fidel oder Raúl Castro sowie die Rückkehr der Exilkubaner und die Entschädigung bzw. Rückgabe von nach der Revolution 1959 verstaatlichten amerikanischen Besitztümern.
- Das neue Lohnsystem für den staatlichen Pesektor verabschiedet sich sowohl vom staatlich festgelegten Höchstlohn als auch vom bisherigen Einheitslohn
- Granma, 12.7.2008; <http://www.granma.cubaweb.cu/2008/07/12/nacional/artic06.html>
- Dazu zählen Reformen beim Angebot von Konsumgütern und Dienstleistungen; eine nominale Rentenerhöhung um 20 Prozent sowie eine Erhöhung der Sozialfürsorge und der Pese-Löhne für Justizangestellte und Staatsanwälte, die – sobald es die wirtschaftliche Situation zulässt – schrittweise auch auf andere Bereiche ausgeweitet werden soll. Brachliegende staatliche Ackerböden wurden an Genossenschaften und seit kurzem auch an private Kleinbauern zur effektiven Nutzung (ohne genaue Planvorgaben) verpachtet.
- Die bereits begonnene schrittweise Abschaffung von Produktsubventionen (wie das tägliche kostenlose Mittagessen für Staatsangestellte) und die Streichung bzw. verschärfte Rationierung einzelner Lebensmittel auf den monatlichen Lebensmittelkarten sollen durch gezielte staatliche Unterstützung für Bedürftige ersetzt werden.
- Jährlich findet die Unterstützung Kubas in der Abstimmung der UN-Vollversammlung über die Resolution zur Aufhebung des US-Embargos gegenüber Kuba seinen numerischen Ausdruck. Im Jahr 2009 haben 187 von 192 UN-Mitgliedstaaten für die Aufhebung des Embargos gestimmt (s. New York Times, 29.10.2009 „U.S. Embargo on Cuba again finds scant support at U.N.“; <http://www.nytimes.com/2009/10/29/world/americas/29nations.html>)

Diktator, Machtpolitiker und Ideologie

Stefan Creuzberger:
Stalin. Machtpolitiker und Ideologe.

W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 2009,
343 Seiten, 19,80 Euro.

Die Intention Stefan Creuzbergers, Privatdozent für Neuere Geschichte an der Universität Potsdam, ist keine geringe. Er möchte in seinem Buch Stalin im Unterschied zu vielen anderen Biographien gleichgewichtig als Innen- und Außenpolitiker präsentieren und die Geschichte sowie die Ideologie des Stalinismus beschreiben. Im Bereich der Außenpolitik ist es Stalin gelungen, den Bolschewismus in das östliche Europa zu tragen, mit dem hochgerüsteten Imperium den Status einer Supermacht zu erreichen und die internationale Politik maßgeblich mitzubestimmen. Doch die Erfolgsbilanz hatte Schattenseiten: er stürzte die Welt in einen Kalten Krieg und schuf so Rahmenbedingungen, „die seinen politischen Nachfolgern nur äußerst begrenzte Handlungsspielräume gewährten. Über kurz oder lang leitete daher sein außenpolitisches Erbe unweigerlich den Anfang vom Ende der Sowjetunion ein“ (S. 47). Und auch für die Innenpolitik Stalins ist die Bilanz zweifelhaft. Die UdSSR wurde in den

1930er Jahren und abermals nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem hochindustrialisierten Staat. Doch der Preis für „jene durch Terror-, Gewalt- und Verfolgungsmaßnahmen erzwungenen sozio-ökonomischen Veränderungen stand in keiner Relation zu den erzielten Ergebnissen der sozialistischen Plan- und Mangelwirtschaft“ (S. 47/48).

Creuzberger setzt zeitlich da ein, wo Stalins Leben endet. Anstatt sofort nach einem Arzt zu rufen, verlangte Stalin unmittelbares Umfeld nach Instruktionen. Am Ende vergingen nahezu 24 Stunden, bis Ärzte eintrafen – zu spät, um ihn noch zu retten. „Zuvor musste deren ‚ethnische Unbedenklichkeit‘ geklärt und vor allem sichergestellt sein, dass dem Team der behandelnden Mediziner keine Juden angehörten“ (S. 40). Ein Großteil der anerkannten Fachleute war schon Opfer einer konstruierten Ärzteverschwörung und zuvor verhaftet worden. So verstarb Stalin nach einem Schlaganfall am 4. März 1953.

Wie kam es, dass Stalin sich zu „einem der blutrünstigsten Diktatoren der Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts“ (S. 48) entwickeln konnte? Creuzberger bleibt uns die Antwort nicht schuldig. Er führt uns in die Welt des jungen Stalins – in den Kaukasus des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Dieser Kulturraum prägte mit seinem Wertesystem den dort geborenen Stalin. Er war ein Kind jener georgischen Grenzregion

mit dörflicher Gewalttradition und einer Kriegergesellschaft, die sich über lange Jahrhunderte hinweg gegen ausländische Interventionen und Besetzungen entwickelte. Creuzberger versteht es, Licht in das Dunkel der Jugendjahre Stalins zu bringen. Er benennt viele Details, die zu Lebzeiten verschwiegen und vertuscht wurden. Stalins Karriere begann in einem orthodoxen Priesterseminar. Hier kam er mit Gegnern des Zarenregimes in Kontakt und verließ mit 21 Jahren die Anstalt. Im Untergrund gewann er Sympathien durch erfolgreiche kriminelle Coups und Organisationsgeschick, auf das Lenin aufmerksam wurde: „Stalin erlangte den Ruf, Lenins Mann fürs Grobe zu sein. Er war es, der in erster Linie für die Aufbesserung der Parteikasse und damit die Finanzierung der revolutionären Aktivitäten eine zentrale Rolle spielte“ (S. 76). Stalin gehörte ab Sommer 1917 zu den wichtigsten Führungspersonen in den zentralen Organen der Bolschewiki. Es folgte der Aufstieg zur absoluten Macht in drei Schritten: Generalsekretär der Russischen Kommunistischen Partei (1922); Kampf und Sieg über die politischen Kontrahenten (bis 1928/29); die Erlangung der absoluten Führung mit Hilfe von Gewalt (der Krieg gegen die Bauern ab 1930, der Große Terror zwischen 1936 und 1938). Creuzberger weist in seinen Darlegungen überzeugend nach: „Ohne das unsägliche Leid relativieren zu

Europa sind wir!

Methoden für die europapolitische Jugendbildung in zwei Bänden



Die Bände 1 und 2 „Europa sind wir!“ aus der Reihe BAUSTEINE bieten:

- Ideen für aktivierende Einstiege ins Thema Europa
- eine schüler- und handlungsorientierte Herangehensweise
- die Möglichkeit, Europa spielerisch und inhaltlich fundiert zu entdecken
- vielfältige und erprobte Methoden sowie ausgearbeitete Materialien für die schulische und außerschulische Jugendbildung
- Module zu grundlegenden Inhalten der europapolitischen Bildung

je Band **3,- EUR** zzgl. Versandkosten

Die Bände können einzeln oder zusammen bestellt werden per Fax 0711.16 40 99 77, marketing@lpb.bwl.de oder www.lpb-bw.de

lpb
BW

wollen, das sein despotisches System über die Sowjetunion und – nach 1945 – über weite Teile Ostmittel- und Südosteuropas gebracht hat, wird man sich einer Beobachtung nicht entziehen können: Stalin war immer auch ein Produkt der russischen Geschichte und der bolschewistischen Bewegung“ (S. 110). Am Ende kommt Creuzberger nach den Darlegungen über den „Generalissimus im Großen Vaterländischen Krieg“ und der Herrschaftspraxis in der spätstalinistischen Zeit zu folgender Bewertung: „Die spätstalinistische Sowjetunion war keineswegs die Reproduktion und Fortsetzung all dessen, was der Generalsekretär bei seinem erfolgreichen Griff nach der absoluten Macht, nach Zwangskollektivierung und forcierter Industrialisierung, nach Partei- und Massenterror noch ein Jahrzehnt zuvor realisiert hatte. Die sowjetische Gesellschaft war vielmehr geprägt durch die kollektive Erfahrung des ‚Großen Vaterländischen Krieges‘“ (S. 176). In Stalins ideologischer Vorstellungswelt existierte die Angst, dass die inneren Konflikte in den Grenzregionen der Sowjetunion eine polnische oder rumänische Intervention provozieren könnten. „Die auf Prävention setzende brutale und rücksichtslose Deportation nationaler Minderheiten, ein Charakteristikum des Stalinismus, hatte u. a. hier ihren Ursprung“ (S. 213). Eine Modernisierung zur Überwindung innerer Rückständigkeit sollte nicht nur einen Sicherheitszuwachs, sondern einen Zugewinn an außenpolitischer Handlungsfreiheit bringen. Dies galt letztendlich, so die Sichtweise Stalins, auch für Hitlers Politik der außenpolitischen Provokation, Aufrüstung und Revision des Versailler Systems, denn so verstärkten sich die Widersprüche innerhalb des „imperialistischen Lagers“. Und es spricht vieles dafür, dass „in erster Linie expansive macht-, statt defensive sicherheitspolitische Motive den Ausschlag für einen Nichtangriffspakt mit Hitler gaben. Denn die im geheimen Zusatzprotokoll von Reichsaußenminister Ribbentrop zugesicherte Ausdehnung der sowjetischen Interessensphäre in Osteuropa war etwas, was ihm die Westmächte bei einschlägigen Militärbesprechungen in Moskau nicht gewähren konnten und wollten“ (S. 230). Stalins Deutschlandpolitik nach 1945 sah politischen Druck, blanke Erpressung sowie kommunistische Unterwanderungs- und Destabilisierungsversuche vor, der Versuch einer militärischen Aggression erfolgte aber nicht. Eine andere Situation ergab sich mit dem Korea-Krieg (1950): „Es ist heute aufgrund sowjetischer Akten hinlänglich bekannt, dass

Stalin an der Vorbereitung dieses ersten und einzigen heißen Konflikts, der während des Kalten Krieges die beiden Supermächte bedrohlich ernst miteinander konfrontierte, maßgeblich beteiligt war“ (S. 266). Creuzberger stellt am Ende des Buches äußerst interessant das Rivalitätsverhältnis zwischen Stalin und Mao dar. Der Bruch zwischen Tito und Stalin findet kaum Erwähnung, was spannend gewesen wäre.

Creuzbergers Buch mit neun Karten, 13 Abbildungen, umfangreicher Zeittafel und fundiertem wissenschaftlichen Anhang ist fesselnd zu lesen und rundum lesenswert, so dass man dem Autor viele politisch sowie historisch interessierte Leserinnen und Leser wünschen kann.

Thomas Schinkel

Kuba – eine Landeskunde

Bettina Hoyer/Sebastian Landsberger:

Cuba. Identidad entre revolución y remesas.

Schmetterling Verlag, Stuttgart 2009.
120 Seiten, 16,80 Euro.

Dieses Textdossier für den Spanischunterricht stellt trotz seiner Einteilung in drei Schwierigkeitsgrade (leicht, mittel, schwer) hohe Ansprüche. Wer es durcharbeitet, steht allerdings auf einem aktuellen Stand, den keine andere Landeskunde Kubas hierzulande bieten kann. Trotz der durchgängig spanischen Sprache und der Didaktisierung wird es jedoch schwer sein, die Landesgrenzen zu überschreiten. Die Zielgruppe sind Spanischschüler auf allen Lernstufen, Kuba-Touristen, die sich mit einem Wörterbuch in die Texte vertiefen, sie vor- oder nachbereiten und Studierende auf der Jagd nach Spezialgebieten.

Entsprechend diesem Adressatenkreis sind die Themen zwischen Information und problematisiertem Text ausgewählt. Nach der Einleitung folgt die Chronologie bis zur Wahl des jetzigen Präsidenten in den USA 2009, danach Blöcke über Identität, Revolution, Alphabetisierung, Opposition und Unterdrückung, die Sonderperiode seit 1990, Jugendprobleme, Kommunikation, Kultur, Perspektiven und Statistiken. Die scheinbaren Pluspunkte des Regimes wie Gesundheits- und Erziehungswesen sowie Sport sind gebührend berücksichtigt. Jedes Kapitel ist mit Stichworten am Rand versehen, enthält ein Vokabular mit einsprachigen Erklärungen, variable Verständnis- und Interpretationsfragen. Hervorzuheben ist dabei der kontrastive Ansatz, der bei den ent-

sprechenden Problemen auch immer wieder auf die jeweilige Problematik in der Bundesrepublik oder damaligen DDR rekurriert.

Die Texte sind pluralistisch ausgewählt und reichen von regierungsoffiziellen Quellen und testimonios bis zu Vertretern des äußeren und inneren Exils. Aus den selbst formulierten Texten der Verfasser und ihren Fragen geht die kritische Einstellung gegenüber dem kubanischen Entwicklungsweg hervor. Insgesamt ergibt sich so ein weitgehend umfassendes Bild von wesentlichen Aspekten des kubanischen Alltagslebens.

In der Chronologie hätten noch der Abbruch (1963) und die Wiederaufnahme (1975) der diplomatischen Beziehungen mit der BRD vermerkt werden können. Die kubanische Bevölkerung ist auch trotz der Propaganda 1961 nicht vollständig alphabetisiert (S. 47), und gegenwärtige zuverlässige Aussagen fehlen. Der Statistikteil (S. 155–160) ist je nach Interessenlage mit Vorsicht aufzunehmen. Statt des Untertitels „Identidad entre revolución y remesas“ hätte ich von „Realidades entre revolución y remesas“ gesprochen.

Natürlich lassen sich einige Texte vermissen. Aus dem langen Interviewbericht von Fidel Castro mit Ignacio Ramonet hätten aufschlussreiche Passagen aufgenommen werden können. Da das Textdossier ein feministischer Anspruch durchzieht, hätte aus den Erlebnisberichten von Monika Krause-Fuchs, die jahrzehntelang für die Sexualerziehung auf Kuba zuständig war, zitiert werden können: *Monika y la Revolución. Una mirada singular sobre la historia reciente de Cuba* (Tenerife 2002), *¿Machismo? No, gracias. Sexualidad en la Revolución* (Santa Cruz de Tenerife 2007).

Bei den testimonios verweise ich statt des ewigen *Cimarrón* von Miguel Barnet auf *Reyita, sencillamente. Testimonio de una negra cubana nonagenaria*, ed. Daisy Rubiera Castillo, La Habana 1997. Auch die Interviews von Amir Valle mit Prostituierten hätten als authentisches Material berücksichtigt werden können. Die meisten der genannten Titel sind auch auf Deutsch erschienen. Zu diesem Textband ist ebenfalls ein Lehrer- und Lösungsheft mit CD erhältlich. Der Verlag bietet neben anderen Kuba-Büchern bei den Textdossiers für den Spanischunterricht Bände zu Mexiko und Madrid an. Vielleicht entschließen sich die Verfasser zu einer deutschen Landeskunde über Kuba auf aktuellem Stand. Denn weshalb sollte man immer auf den Tod des Comandante en Jefe warten? Das alltägliche Überleben geht für die meis-

ten Inselkubaner ohnehin weiter. Und gerade das Alltagsleben durchzieht als Konstante diesen ganzen Band. Hingewiesen sei auf das umfangreiche Themenheft „Kuba“ (Der Bürger im Staat 2/2008) der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, die der Versuch einer aktuellen Landeskunde ist.

Martin Franzbach

Abschied von der Dorfidylle

Landesstelle für Museumsbetreuung Baden-Württemberg/Arbeitsgemeinschaft der sieben regionalen ländlichen Freilichtmuseen in Baden-Württemberg (Hrsg.)

Dorf unterm Hakenkreuz. Diktatur auf dem Land im deutschen Südwesten 1933 bis 1945.

Süddeutsche Verlagsgesellschaft im Jan Thorbecke Verlag, Ulm 2009
175 Seiten, 16,90 Euro.

Obgleich der ländliche Raum seit den 1980er Jahren wieder stärker in das Bewusstsein rückt und er seitdem sowohl kulturell als auch politisch und wirtschaftlich größere Beachtung findet, ist die Zeit des Nationalsozialismus ein weißer Fleck geblieben. Die Signale, die vor 20 Jahren sehr deutlich vor allem aus dem Kulturbetrieb kamen, wurden von der Wissenschaft und der Gesellschaft in weiten Teilen überhört. Eindrucksvoll schildert beispielsweise die Filmtrilogie „Heimat“ von Edgar Reitz (1984) den Nationalsozialismus in einem fiktiven hessischen Dorf und in ihrem Bestseller „Herbstmilch“ (1984), der die Literaturgattung der bäuerlichen Lebenserinnerung in den 1980er Jahren popularisierte, spricht die Bäuerin Anna Wimschneider auf wenigen Seiten sämtliche Themen des nationalsozialistischen Terrors im ländlichen Raum an: Schikanen der SA, Verschleppung von Sozialdemokraten und Kommunisten in Konzentrationslager, die schnelle Wandlung von Nachbarn zu Helfern des Systems, Zwangssterilisation, Umgang mit jüdischen Bürgern, Hitlerbild statt Christuskreuz in den Bauernhäusern und die „Aufarbeitung“ nach 1945: „Die Hitlerbilder in den Bauernhäuser waren dann auch nicht mehr da, eigentlich konnte sich niemand erinnern, dass sie früher einmal in der Stube hingen. Der Nachbar, den der schwarze Frack gestört hatte, war wieder normal und hat zum Geburtstag eine Ehrung in der Zeitung bekommen als einer, dessen Wort in der Gemeinde was galt. So verging das Tausendjährige Reich bei uns“ (Anna Wimschneider 1984, S. 81).

Was die Bäuerin Wimschneider hier aus ihrer Erinnerung 1984 anspricht, erlebt mit dem Band der ländlichen Freilichtmuseen in Baden-Württemberg von 2009 erstmals eine breitere wissenschaftliche Aufarbeitung für den Südwesten Deutschlands. Die sieben baden-württembergischen Freilichtmuseen sowie das Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Stuttgart) und das deutsche Landwirtschaftsmuseum (Hohenheim) legen mit diesem Band eine äußerst interessante Dokumentation und Analyse ländlicher Verhältnisse für den Zeitraum von 1933 bis 1945 vor. Der reich bebilderte Sammelband ist dabei der Begleitkatalog zum Ausstellungsprojekt „Dorf unterm Hakenkreuz“, das von März bis November 2009 in den regionalen Bauernmuseen Baden-Württembergs gezeigt wurde. Aus den unterschiedlichen Regionen – Odenwald, Schwarzwald, Schwäbische Alb, Hohenlohe, Oberschwaben, Allgäu – werden beispielhaft für diese Raumschaften in den Freilichtmuseen unterschiedliche Themenfelder in Form von konkreten Schicksalen und Ereignissen herausgegriffen. Folgende Themen werden dabei in dem Band in separaten und unterschiedlich strukturierten Beiträgen bearbeitet und in den entsprechenden Museen dargestellt: Kinderlandverschickung (Odenwälder Freilandmuseum Walldürn-Gottersdorf), Kindheit und Jugend (Freilichtmuseum Neuhausen ob Eck), Landwirtschaft im Spannungsfeld von Ideologie und wirtschaftlichen Anforderungen (Oberschwäbisches Museumsdorf Kürnbach), eine Bauernkarriere im Nationalsozialismus (Hohenloher Freilandmuseum), Juden in Laupheim (Haus der Geschichte Baden-Württemberg), Mädchenalltag (Freilichtmuseum Beuren), Krieg in der Heimat (Schwarzwälder Freilichtmuseum Vogtsbauernhof), Zwangsarbeiter (Bauernhaus-Museum Wolfegg), Mechanisierung der Landwirtschaft (Deutsches Landwirtschaftsmuseum Hohenheim). Die Beiträge sind essayistisch geschrieben und fundiert mit einem wissenschaftlichen Quellenapparat. Sie sind Momentaufnahmen und beschreiben am konkreten Beispiel aus der jeweiligen Region punktuelle Ereignisse bzw. Schicksale. Eine Gesamtschau des ländlichen Raumes im Nationalsozialismus bietet der Band nicht – will er auch gar nicht. Mit der Verbindung von Analyse, Dokumentation und Bildmaterial ist der Ausstellungsband jedoch ein idealer Einstieg in das Thema und bietet qualitativ hochwertige Facetten bzw. Impulse. Er sensibilisiert für eine marginalisierte Heimatgeschichte.

Der „Kult der Unvernunft“ (Bertrand Russell, 1935) des Nationalsozialismus war nicht auf die Städte begrenzt. Der ländliche Raum, die Kleinstadt und das Dorf waren keine Reservate. Der Nationalsozialismus okkupierte mit derselben Wucht und mit derselben Barbarei die Provinz. Auch wenn sich die Sozialstruktur und Sozialpsychologie des ländlichen Raumes von Ballungsräumen unterscheidet und im Detail die Mechanismen der Machtübernahme unterschiedlich verliefen, die Ergebnisse waren identisch. Ein Beispiel: In der ober-schwäbischen Kleinstadt Laupheim, ca. 20 Kilometer südwestlich von Ulm und eine der größten jüdischen Gemeinden in Württemberg mit etwa 240 Juden 1933, lebten über 200 Jahre Juden und Christen in friedlicher Koexistenz und prägten gemeinsam die Stadtkultur. Laupheim war auch keine Hochburg der NSDAP – dominant war im März 1933 die Zentrumsparterie mit 45,1 Prozent. Und trotzdem fand in Laupheim 1933 auch eine Bücherverbrennung statt (wird in dem Beitrag von Cornelia Hecht jedoch nicht erwähnt; vgl. dazu Christoph Kopke in: Julius H. Schoeps/Werner Treß (Hrsg.): Orte der Bücherverbrennung in Deutschland 1933. 2008, S. 570–573), wurden Juden sofort 1933 ausgegrenzt, an den Pranger gestellt und boykottiert. Auch haben sich Laupheimer Unternehmer 1933 sehr schnell öffentlich von jüdischen Kunden distanziert. In einer Anzeige in der lokalen Presse schrieb ein Friseur: „(...) erkläre ich hiermit öffentlich, dass Juden in meinem Geschäft nicht erwünscht sind (...). Josef Locherer, Herren- und Damenfriseur“. Und auch in der so genannten Reichspogromnacht 1938 brannte die Laupheimer Synagoge bis auf die Grundmauern ab und die erste Deportation Laupheimer Juden nach Riga fand am 28. November 1941 statt. Der ländliche Raum war weder Schutzraum noch erfolgte die Machtergreifung ungleichzeitig. Die „Berserkerwut in der Verneinung anerkannter Werte der europäischen Tradition“ (Richard Löwenthal, 1946) fand in Laupheim ebenso schnell statt wie in Berlin oder München. Die Bürokratie des Terrors mit dem deutschen Beamtentum funktionierte in Laupheim ebenso wie in Großstädten und die individuellen Exzesse neuer Nazi-Repräsentanten gegen Juden waren in Laupheim nicht anders als anderswo.

Der Band nimmt die Illusion von einem „anderen“ ländlichen Raum während des Nationalsozialismus und signalisiert den Abschied von einer (nie vorhandenen!) Dorfidylle. Das typische

„Stadt-Land-Gefälle“, das wir strukturell, ökonomisch und sozialpsychologisch an vielen Stellen zwischen Ballungsräumen und dem ländlichen Umland bis heute vorfinden, hatte keine Konsequenzen bei der Machtergreifung des Nationalsozialismus. Die „Gleichschaltung“ von Stadt und Land funktionierte erschreckend schnell und nachhaltig. Es wird deutlich, dass die Sozialpsychologie des Dorfes, die die Tübinger Kulturwissenschaftler um Hermann Bausinger immer wieder als „Not- und Terrorgemeinschaft“ (Utz Jeggle) analysierten, in besonderer Weise im Zeitraum von 1933 bis 1945 zum Tragen kam. Im Gegenteil: Die kleinräumigen und „gläsernen“ Sozialstrukturen des Dorfes erleichterten in vielen Fällen die mentale und physische Okkupation durch den Nationalsozialismus. Fazit: Ein lesenswerter, wichtiger und aufklärerischer Band.

Ulrich Klemm

Theodor Heuss: Briefe 1918–1933

Hrsg. und bearbeitet von Michael Dorrman:

Theodor Heuss. Bürger der Weimarer Republik. Briefe 1918–1933.

K. G. Saur Verlag, München 2008. Theodor Heuss, Stuttgarter Ausgabe, hrsg. von der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus. 631 Seiten, 39,80 Euro.

Für den zweiten Band der auf acht Bände angelegten Reihe „Theodor Heuss. Stuttgarter Ausgabe. Briefe“ wählten die Herausgeber als Zäsuren nicht November 1918, die Abdankung des Kaisers und die Ausrufung der Republik, nicht die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 31. Januar 1933, sondern einen biographisch-chronologischen Ansatz. Im Januar 1918 zog Heuss von Heilbronn zurück nach Berlin. Er war in die Geschäftsführung des Deutschen Werkbundes berufen worden, daneben übernahm er die Schriftleitung der Zeitschrift „Deutsche Politik“. Die ersten Briefe aus Berlin – an seinen Schwiegervater Georg Friedrich Knapp, Nationalökonom an der Universität Straßburg, an seine Frau Elly Heuss-Knapp, an den Historiker Friedrich Meinecke – führen hinein in die Kreise liberaler Bildungs- und Wirtschaftsbürger, in die Welt der liberalen Presse. Der 34-jährige Heuss nahm teil an den „Mittwochsabenden“ des Historikers und Publizisten Hans Delbrück (Herausgeber der „Preussischen Jahrbücher“), wurde Mitglied der „Deutschen Gesellschaft 1914“, einer überparteilichen Vereinigung politischer Prominenter in Berlin, die für einen Verständigungsfrieden und die Parlamentarisierung des Deutschen Reichs eintraten. In den letzten der 229 ausgewählten (von circa 1.100 aufgespürten) Schreiben vom Dezember 1932/Januar

1933 machte sich Heuss u. a. Gedanken um den inneren Zustand der Deutschen Staatspartei, um die „Hitlerei“ („... dürfte bei ihrer gegenwärtigen Krise sich nicht mehr erholen“), um die bürgerliche Mitte als künftige Stütze des Kabinetts von Schleicher und um die Frage des „politischen Erfolges“ seines Mentors Friedrich Naumann.

Für die Jahre 1918 bis 1933 bietet dieser Briefband eine wahre Fundgrube, versammelt eine Fülle von Namen, Ereignissen, Informationen und Überlegungen. Heuss war ja auch Studienleiter und Dozent an der „Deutschen Hochschule für Politik“ in Berlin (bis 1933), stellvertretender Vorsitzender des Bundes der Auslandsdeutschen (bis 1932), von 1920 bis 1933 Bezirksverordneter von Berlin-Schöneberg und er hatte für die DDP in Groß-Berlin ein Mandat als Stadtverordneter von 1929 bis 1933 inne. Er korrespondierte außer mit Familienmitgliedern und Verwandten mit Politikern, Diplomaten, Wissenschaftlern, Kulturschaffenden, Unternehmern und Gewerkschaftlern, Architekten, Geistlichen, Lehrern, Rechtsanwälten. Es geht dabei um das preußische Dreiklassenwahlrecht, eigene und fremde Publikationen, um Glasmalerei, Kandidatenlisten, Wahlkämpfe, Wahlergebnisse und Koalitionen, Parteigründungen, um Autoren- und Rednerhonorare, um Beurteilungen von Zeitungen, Zeitschriften, um

Mehr über Baden-Württemberg erfahren!

Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs

Kulturelle Vielfalt

Baden-Württemberg als Einwanderungsland

Hrsg.: Reinhold Weber, Karl-Heinz Meier-Braun



Band 32, 316 Seiten
Stuttgart 2005

Fünfzig Jahre
Ausländer- und
Integrationspolitik bis
zur Verabschiedung
des Zuwanderungs-
gesetzes 2004.

4.- EUR zzgl. Versand

Baden-Württemberg

Gesellschaft. Geschichte. Politik

Hrsg.: Reinhold Weber, Hans-Georg Wehling



Band 34, 320 Seiten
Stuttgart 2006

Der Grundlagenband
als Studienbuch und
Nachschlagewerk.
Namhafte Autoren
bieten Landeskunde
auf aktuellem Stand.

4.- EUR zzgl. Versand

lpb

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Bitte bestellen Sie per Fax 0711.16 40 99 77,
marketing@lpb.bwl.de oder www.lpb-bw.de

Bücher und Radiovorträge, um Ausflüge, Einladungen und Reiseerlebnisse, um Republik und Reichswehr, um Zeugnisse seiner Studentinnen und Studenten, um Schule und Prüfungen (seines Sohnes Ludwig), um eigene berufliche Perspektiven, um Hauskauf und Hausrenovierung, auch um Wohnverhältnisse und Nahrungsmittelversorgung.

Die Novemberrevolution 1918, die Abdankung des Kaisers und die Ausrufung der Republik lehnte Heuss zunächst spontan ab: „Ein wüster Tag“, „Militärsabotage des Krieges“, „unwürdige Kopie russischer Vorlagen“. Heuss' prozesshafte Geschichtsauffassung bevorzugte die „Annäherung“ an ein parlamentarisches Regierungssystem als Nahziel. Nach dem politischen Umbruch sah er jedoch die Chance, die sich bot: einen verfassungspolitischen demokratischen Aufbau mit „neuen demokratischen Autoritäten“ zu schaffen. Unermüdlich hielt er Reden und verfasste Artikel für die parlamentarische Demokratie. Kritisch betrachtete Heuss, ganz in der Tradition der Liberalen des Vormärz, die egalitäre Demokratie, die „Massenherrschaft“ bedeute, nur Vertretern einer „Parteiengesinnung“ zur Macht ver helfe und letztlich zu einem reinen Parteienstaat führe. Immer wieder betonte er die Verbindung von Demokratie und Nationalgedanke, wenn er über das zukünftige Deutschland schrieb. Anders als 1871 sollte der Begriff „Nation“ mit liberalen und demokratischen Werten besetzt werden, nicht mit vergangenen nationalistischen und militaristischen, nicht mit utopischen sozialistisch-marxistischen. Eine tatsächliche Gefahr der Bolschewisierung befürchtete er nicht. Als „ein demokratisches Werkzeug (...), gewachsen aus dem Gedanken an das Vaterland“, befürwortete Heuss die allgemeine Wehrpflicht. An den Beratungen der Verfassungsgebenden Nationalversammlung 1919 konnte er nicht teilnehmen, die angestrebte politische und damit auch berufliche Karriere und sein Wunsch, aktiv „Deutschlands Zukunft“ (so der Titel seiner 1919 erschienenen Schrift) mit zu gestalten, wurde von der württembergischen Parteizentrale verhindert (Payer: „Kronprinzesse muss warten könne.“), auch seine Frau Elly Heuss-Knapp kandidierte vergeblich. Reichstagsabgeordneter der DDP wurde Heuss 1924, er arbeitete u. a. im Kriegsopfer-, Kultur- und Schulausschuss, für ihn eine „reine Lehrlingszeit“. Auch bei den Septemberwahlen 1930 und den Juliwahlen 1932 errang Heuss ein Reichstagsmandat, nicht jedoch bei den Novemberwahlen 1932.

Die Briefe sollten nicht allein mit Blick auf 1933, auf den Niedergang der Weimarer Demokratie und den Aufstieg des Nationalsozialismus, gelesen werden. Bekannt ist, dass Heuss die ideologischen Bestandteile weitgehend durchschaute, wie seine 1932 veröffentlichte und 1968 mit einer Einleitung von E. Jäckel neu herausgegebene historisch-politische Studie „Hitlers Weg“ uns zeigt; übrigens das erste einschlägige Buch zum Thema. Wenn Heuss als Abgeordneter der Deutschen Staatspartei während einer Auseinandersetzung mit Goebbels, Göring und Strasser im Reichstag im Mai 1932 formulierte, die „Ausstattung des Dritten Reiches“ bestünde vorwiegend aus „neulackierten und aufgeputzten Ladenhütern der wilhelminischen Epoche“, so wird hier die Grenze der Vorstellungskraft eines bürgerlichen Liberalen deutlich, denkt man an die von Hitler in „Mein Kampf“ ausgesprochenen Vernichtungsszenarien. Trotzdem: Hätte es in Politik, Militär, Presse, Wirtschaft und Wissenschaft nach dem verlorenen Krieg mehr solcher Persönlichkeiten wie Heuss gegeben, die Weimarer Republik hätte größere Chancen gehabt, an positive Traditionsstränge wie Hambach und Paulskirche anzuknüpfen und sich erfolgreich zu behaupten.

In der vorzüglich geschriebenen, von profunden Kenntnissen zeugenden Einführung erklärt der Bearbeiter und Herausgeber Michael Dorrman Anlässe, Umstände und Hintergründe der Korrespondenz, informiert über Briefpartner, gibt Hinweise auf vorhandene weitere Briefe sowie auf Werke von Heuss. Kaum jemand wird das gesamte Konvolut chronologisch lesen, sondern Schwerpunkte auswählen. Die Lektüre wird dadurch erleichtert, dass der Herausgeber, Biographie und Themen verknüpfend, einleitend die Briefe in sechs Kapitel gliedert, die in etwa die Karriere und Berufsfelder des „bürgerlichen Multifunktionsars“ (Dorrman) in der Weimarer Republik widerspiegeln, zeitlich sich nicht scharf abgrenzen lassen: „Die Vereinigung von ästhetischen und politischen Interessen“ (1918-1922/24), „Der Redakteur, Journalist und Schriftsteller“ (1922-1931/32), „Politische Bildungsarbeit“ (1920-1933), „Der Parteipolitiker“ (1924-1933), „Der Parlamentarier“ (1924-1928), „Krise der Partei und des Parteienstaates“ (1930-1932/33) und „Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus“ (1930-1932). Das letzte Kapitel „Familie und Freunde“ widmet sich der persönlichen Korrespondenz, trennen von der politischen lässt sich jene jedoch nicht immer. Wer

gezielt nach Personen sucht, nach Ländern, Orten, Ereignissen, Begriffen, Parteien, Vereinen, Gesetzen und Verordnungen, Verlagen, Zeitungen und Zeitschriften, die in den Briefen und den Kommentaren, in Vorwort, Zeittafel, Einführung, in den Kurzregesten vorkommen, wird schnell fündig: die Bände der Stuttgarter Ausgabe zeichnen sich aus durch ein umfassendes biographisches Personenregister und ein differenziertes stichwortartiges Sachregister. Der nächste Band „Briefe 1933-1945“ ist bereits auf dem Markt und kann vielleicht die Frage beantworten, wie der liberale Politiker, der gebildete Bürgerliche sich gegenüber den Nationalsozialisten verhielt – wir wissen, dass Heuss, der mit seiner Fraktion im März 1933 dem Ermächtigungsgesetz zustimmte, von ihnen aus allen seinen Ämtern verdrängt wurde. **Walter-Siegfried Kircher**

Der brave Banker Schwejk

Martin Geier:

Fritz Vogt, Gammesfeld.

Herausgegeben von Fritz Beck und Gerhard Schorr. Tübingen 2008. 108 Seiten, 14,90 Euro (zuzüglich Porto).

Bezug: Baden-Württembergischer Genosenschaftsverband, Abt. KIV, Heilbronner Str. 41, 70191 Stuttgart. Fax (0711) 222 13-29 73 77. E-Mail: Reinhard.Bock-Mueller@bwgv-info.de

Der Schwejk aus Hohenlohe heißt Vogt – Fritz Vogt. Beruf: Landwirt, Passion: Bankvorstand. „Eine Bank funktioniert ganz einfach: Einige haben Geld, andere brauchen Geld.“ Alles andere, ein „Finanzprodukt“ etwa, ist vom Übel. Sein Motto: „Wenn ebbes vun owwe kummt, muß mr immer ärscht froache: Wu stäht'n des?“

Fritz Vogt war vierzig Jahre lang Chef der Raiffeisenbank Gammesfeld, des kleinsten, aber berühmtesten Geldinstituts der Republik. Gammesfeld liegt im ehemaligen württembergischen Oberamt Gerabronn, im Kreis Schwäbisch Hall, unweit des bayerischen Rothenburg ob der Tauber. Bekannt geworden ist der Ort durch den Film „Schotter wie Heu“, durch Vogts Auftritte in Reinhold Beckmanns Talkshow und bei Sandra Maischberger – sowie durch Martin Geier, den Autor des Buches, der als Redakteur der Stuttgarter Zeitung das Schicksal der kleinen Bank schon vorher journalistisch begleitet hatte. Die großen Blätter Deutschlands und die internationale Presse kamen später. „Fritz Vogt pfeift auf den Kapitalismus“, schrieb die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung. Doch das alleine hät-

te die Journalisten vermutlich nicht überzeugt, wenn nicht auch hohe Zinsen für Sparer und niedrige für Kreditnehmer sie neugierig gemacht hätten. Das Erfolgsrezept: Raiffeisens Örtlichkeitsprinzip, sparsamste Verwaltung, geringe Vergütungen und Nähe zu den Menschen: Auch sonntags nach der Kirche öffnete die Bank, wenn das Mariele kommt, „wall dr Vadder noch a weng a Geeld braucht“. Eine Bank als Oase in der Servicewüste Deutschland!

„So lange ich lebe, bleibt das Kässle unabhängig“, war Vogts Ziel. Und er wollte das Ruder nur aus der Hand geben, wenn sich ein Nachfolger fände, der die kleine Bank im Geiste Friedrich Wilhelm Raiffeisens fortführen würde. „Die in Stuttgart“ hätten ihn schon lange weg haben wollen, meint er. Der Genossenschaftsverband räumt ein, man habe sanften Druck ausgeübt, zumal man nicht wirklich daran geglaubt habe, dass sich ein Nachfolger werde finden lassen, der den Idealen Raiffeisens und Vogts genügen würde. Seit Anfang 2008 leitet mit Peter Breiter ein Fachmann und geborener Gammesfelder die Bank. Mit 78 Jahren hatte sich Fritz Vogt vorher zur Ruhe gesetzt. Als Abschiedsgeschenk haben zwei Banker, ein örtlicher und ein Stuttgarter, für ihn das hier vorgestellte Buch herausgegeben.

Der Weg zum Bankenrebell und Medienstar war Fritz Vogt nicht vorgezeichnet, als er 1967 das „Kässle“ von seinem Vater übernahm. Der Druck kam von außen. Schon 1970 kamen die städtischen Volksbanken und die dörflichen Raiffeisenbanken unter ein zentrales Dach. Die Existenzfrage stellte sich dann 1976 mit der Herstatt-Pleite. Danach wurde das Vier-Augen-Prinzip gesetzlich vorgeschrieben. Zwei hauptamtliche Geschäftsführer wollten die Aufsicht, nicht einen Ein-Mann-Betrieb. Das aber hätte Fusion bedeutet. Das Vier-Augen-Prinzip sei im Gammesfelder System auch gewahrt, sagte Fritz Vogt: er führe die Geschäfte und ein Vorstandskollege schaue ab und zu nach dem Rechten. Vogt imitiert den braven Soldaten Schwejk und stellt sich taub. Für Schreiben aus Frankfurt und Stuttgart hat er einen Papierkorb. Computer sind moderner Quatsch. Doch als 1984 die Bankenaufsicht in Berlin der Raiffeisenbank Gammesfeld die Geschäfte mit Gefängnisandrohung untersagt, ist der Gerichtsweg unvermeidlich. 1987 entscheidet das Bundesverwaltungsgericht in Vogts Sinn: das Vier-Augen-Prinzip ist in Gammesfeld gewahrt. Die Gerichtskosten zahlt der Kläger. Die Bank ist gerettet, doch erst 2008 findet sich ein Nachfolger. Vogt muss verwinden,

dass Peter Breiter auch den Computer nutzt; und die Zentrale ist zufrieden, weil jetzt die ganze Bandbreite der Bankangebote auch in Gammesfeld angeboten wird.

Martin Geier hat Fritz Vogt einfühlsam porträtiert. Auch die früheren Widersacher Vogts würdigen heute, dass er der Idee des Genossenschaftsgedankens mehr Aufmerksamkeit verschafft hat, als es die eigenen Öffentlichkeitsarbeiter je vermocht hätten; und das in einer Zeit, da das Ansehen der Banken zu Recht am Boden liegt. Von Vogt können die Institute lernen: Mit Leistung und Service kann eine Bank imponieren, nicht mit Wolkenkratzern.

Das schmale Bändchen ist auch ein politisches Buch, nicht nur wegen des Fallbeispiels Individuum gegen Apparate. Politische Bildung beginnt in der Familie, lernt man: Kaum drei Jahre alt ist Fritz, als er im Volksempfänger Hitler hört und die Mutter sagt: „Der bläkt ja wie a Vieh.“ Das bleibt im Kopf. Mit Karl Östreicher, dem langjährigen CDU-Landtagsabgeordneten, verbindet ihn eine Freundschaft, die sich auch durch politische Gegensätze nicht erschüttern lässt. Als Östreicher einmal Gerhard Mayer-Vorfelder nach Gammesfeld holt, rät er seinem Schulfreund: „Fritz, wenn der MV spricht, dann hörst du halt weg.“ Der brave Banker Schwejk dürfte damit kein Problem gehabt haben.

Otto Bauschert

Diskriminierung abbauen – Toleranz fördern

Beelmann, Andreas / Jonas, Kai J. (Hrsg.): **Diskriminierung und Toleranz. Psychologische Grundlagen und Anwendungsperspektiven.**

VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2009.
540 Seiten, 39,90 Euro.

„Obwohl einerseits Menschen versuchen, bloß nicht diskriminierend zu erscheinen, nehmen Diskriminierungsphänomene in der Gesellschaft kaum spürbar ab.“ Dieser Befund aus den USA trifft wohl auch für Deutschland zu. Diskriminierung und Toleranz sind Aspekte des Zusammenlebens, die uns täglich begegnen und herausfordern: nicht nur im Umgang mit „Fremden“, mit anderen Kulturen und Religionen, sondern auch z.B. mit Behinderten und Obdachlosen, mit politisch Andersdenkenden, im Verhältnis der Geschlechter oder bei der Erklärung von sozialer Ungleichheit und gewaltbereitem Extremismus. Um Diskriminierung abzubauen

und Toleranz zu fördern, bedarf es der Grundlegung durch interdisziplinäre Studien. Die beiden Herausgeber setzen sich als Sozialpsychologen das Ziel, den Stand der psychologischen Forschung in der Art eines Handbuchs auch für interessierte Laien verständlich darzustellen. Zentrale Themen sind: der Umgang mit Andersartigkeit, Konflikte zwischen Gruppen und Perspektiven für einen Umgang ohne Diskriminierung. Die Herausgeber wollen nicht „Forschung pur“ präsentieren, sondern ihre Relevanz für das Verständnis von Konfliktpotentialen und die Ausrichtung praktischer Aktivitäten aufzeigen.

Der Band gliedert sich in drei Teile: Ergebnisse der Grundlagenforschung, konkrete Phänomene und Gruppenprobleme sowie Perspektiven für Prävention und Intervention. Die Kapitel in diesen Teilen (maximal 15-20 Seiten) sind ähnlich aufgebaut und klar strukturiert. In Teil I stehen Ansätze und zentrale Befunde der Forschung sowie die Folgen von Diskriminierung im Mittelpunkt. In den beiden anderen Teilen werden jeweils spezielle Themen behandelt, Forschungsergebnisse eingeschätzt und Handlungsmöglichkeiten erörtert. Anschauliche Beispiele, Zusammenfassungen der Kapitel, Literaturhinweise sowie ein Stichwort- und Autorenverzeichnis (mit Kontaktadressen!) erhöhen den Nutzwert besonders für den Laien. Das Netzwerk der Autor/innen hat seinen Kern in einer Forschergruppe am Psychologischen Institut der Universität Jena (maßgeblich initiiert von Amélie Mummendey), bezieht aber auch internationale Expertise aus Holland und Großbritannien mit ein.

Anspruch und thematische Reichweite des Bandes verlangen nach einer Einleitung, die grundlegende Begriffe klärt: Gruppe und Kategorie, Vorurteil, Diskriminierung und Toleranz. Das geschieht knapp und übersichtlich. Wir alle ordnen andere Menschen ein und urteilen häufig über sie, entwickeln Sympathien oder distanzieren uns. Wichtig ist hier der Unterscheidung zwischen Kategorien und Gruppen: Kategorien sind bloße Bezeichnungen, die sich eine Anzahl von Menschen selbst gibt oder ihr von anderen gegeben wird (z.B. Angestellte, Jugendliche). Für reale soziale Gruppen ist dagegen kennzeichnend, dass in ihnen mehrere Individuen interagieren, die Ziele verfolgen und Strukturen ausbilden; sie nehmen sich als Einheit wahr, die auf einer gemeinsamen Identität oder spezifischen Beziehungen untereinander beruht. (S. 21–22) Vorurteile enthalten negative Bewertungen, Gefühle und Wahrnehmungen,

eventuell auch Handlungsabsichten gegenüber anderen, die nach Meinung der Mehrheit einer Gesellschaft nicht gerechtfertigt sind. Diskriminierung dagegen wird in der Psychologie als ein Prozess gewertet, in dem nur die Diskriminierten selbst die Behandlung durch andere als Diskriminierung bezeichnen können (und es somit begrifflich offen ist, inwieweit eine solche Bewertung gesellschaftlich akzeptiert ist). Entsprechend werden Vorurteile eher in ihren innerpsychischen Mechanismen („social cognition“) und Diskriminierung als „Aushandlungsprozess“ mit dem Ziel einer Verständigung in der Gesellschaft untersucht. (S. 22–25) Beide Ansätze schließen sich nicht aus, und in liberalen Demokratien gibt es weithin Konsens über illegitime Formen der Schlechterbehandlung von Gruppen. Toleranz sei eher ein Wert oder Verhaltensmaßstab, psychologisch am ehesten als Einstellung erfassbar. Dabei spielen Machtverhältnisse eine besondere Rolle. Während Vorurteile und Diskriminierung relativ einfach messbar seien, gelte dies nur sehr eingeschränkt für das jeweilige Maß an Toleranz. (Unklar bleibt allerdings, warum es nicht möglich sein soll, Diskriminierung und mindestens Intoleranz auf der Ebene konkreten Verhaltens weitgehend auch objektiv zu erfassen, zu messen und kritisch zu beurteilen.) Schließlich erörtern die Herausgeber ausführlich Bedingun-

gen, Defizite und Chancen des Transfers von Forschungsergebnissen in die soziale Praxis (einschließlich Bildung und Erziehung), in die Öffentlichkeit und in die Politik hinein.

Es ist in diesem Rahmen nicht möglich, auch nur annähernd den kompakten Inhalt von 24 Kapiteln wiederzugeben. Stichworte und Überschriften sollen hier immerhin Basisinformationen vermitteln und als Appetitanreger für die Lektüre dienen.

In Teil I sind grundlegend die drei eher systematischen Artikel über wesentliche psycho-soziale und kognitive Determinanten von Diskriminierung und Toleranz: Gruppenzugehörigkeit und soziale Kategorisierung; Motivation und Selbstregulation als Streben nach Nähe bzw. Distanz zu einer Gruppe; Stereotype und Vorurteile als (sozial-)kognitive Faktoren. Unterschiedliche Perspektiven auf diese Thematik bieten dagegen vier Beiträge aus der Sicht der Persönlichkeits- und der Entwicklungspsychologie sowie der politischen Sozialisationsforschung. Handlungsrelevant ist schließlich auch die Art und Weise, wie Diskriminierungserfahrungen verarbeitet werden. In diesem Teil geht es also um die Frage, wie sich diskriminierende bzw. tolerante Einstellungen und Verhaltensweisen entwickeln und verstärkt werden, um grundlegenden inner- und zwischenpersönlichen Prozesse, um die Rolle von Persönlichkeit

und Situation, von Lern- und Anpassungsprozessen.

Der sehr viel umfangreichere Teil II widmet sich konkreten Phänomenen, Problemlagen und Prozessen in diesem Feld, die empirisch zu beobachten sind und hohe praktische Relevanz haben. Zunächst geht es um Themen, die sich auf bestimmte Gruppen beziehen: die Akkulturation und Integration ethnischer Gruppen; Geschlechter- und Altersdiskriminierung; Diskriminierung von Lesben, Schwulen und Bisexuellen sowie chronisch Kranken am Beispiel HIV/AIDS. Sodann werden politisch-soziale Problemlagen ausgelotet: Rechtsextremismus, terroristische Bedrohung und Toleranz sowie Hooliganismus. Schließlich werden Formen der Diskriminierung in ausgewählten Handlungsbereichen untersucht: im Kontext von Bildung und Bildungschancen, im Blick auf Folgen für körperliche und psychische Gesundheit, als Problem der „prekären Arbeitsgesellschaft“, bei Unternehmensfusionen und in den Medien. (Teil II als eine Art Nachschlagewerk ist eher selektiv zu lesen).

Teil III dürfte für Pädagogen und politisch-sozial Engagierte besonders interessant sein: Gründlich werden hier Interventionen zur Prävention von Vorurteilen und Diskriminierung, die Vermittlung von interkultureller Kompetenz, staatsbürgerschaftliches Engagement und Zivilcourage sowie am konkreten Beispiel der AIDS-Hilfe-Bewegung kol-

Capisco – ein schnelles Spiel für helle Köpfe



- geeignet für alle ab 10 Jahren
- 400 Begriffe zu zehn Themen
- als Gruppenspiel oder zum Selbstlernen

„Frauenquote“, „Börse“, „Demokratie“ sind Begriffe, die uns selbstverständlich über die Lippen gehen – doch wissen wir immer, was sie genau bedeuten? Fällt uns zur Erklärung von „Demokratie“ mehr ein als Wahlen, Volksherrschaft oder Parlament?

Capisco ist ein kommunikatives und temporeiches Kartenspiel, das im Familien- und Freundeskreis ebenso gespielt werden kann wie in der Schule oder der außerschulischen Jugend- und Bildungsarbeit.

Im Spiel gilt es, Begriffe aus Alltag, Politik, Recht und Wirtschaft ohne

Zuhilfenahme naheliegender Wörter zu erklären und zu erraten.

8,- EUR
zzgl. Versandkosten

Zu bestellen bei der Landeszentrale für politische Bildung, Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Fax 0711.16 40 99 77
marketing@lpb.bwl.de
www.lpb-bw.de

lpb
BW

lektives Handeln und Gruppensolidarität vorgestellt und diskutiert. Diese Kapitel seien besonders zur Lektüre empfohlen, weil hier der Handlungsbezug, also die Frage nach Möglichkeiten, Strategien und Wirksamkeit verschiedener Formen von Prävention und Intervention im Vordergrund stehen.

Will man die Leistungen von Herausgebern und Autoren würdigen, so ist zunächst festzuhalten: ein solches Handbuch auf dem neuesten Stand der Forschung, das dem Leser in systematischer Form Überblick und Orientierung bietet, gab es bisher nicht (und wird auch so schnell nicht veralten). Was diesen Band ebenso auszeichnet, ist der intensive und gründlich reflektierte Bezug zu verschiedenen Praxisfeldern. Die Herausgeber versuchen hier einen Brückenschlag, der sich primär nicht an den verästelten Problemen der Forschung und innerwissenschaftlichen Kontroversen orientiert (ohne diese zu vernachlässigen), sondern im Bewusstsein eines drängenden gesellschaftlichen Problems nach der Relevanz von Ergebnissen der Forschung fragt und diese dann auf Handlungsperspektiven bezieht. Es bleibt dabei nicht beim Appell oder allgemeinen Reflexionen, sondern Strategien der Prävention und Intervention werden konkret vorgestellt und in ihrer Wirksamkeit diskutiert. Begriffe und Forschungsansätze werden kurz und präzise erläutert. Auch finden sich immer wieder (selbst-)kritische Reflexionen zu Forschungsmethoden (z.B. der so beliebten Labor-Experimente). Leistungen und Lücken der Forschung werden ebenso deutlich wie die Herausforderungen des Wissenstransfers zwischen „Theorie und Praxis“ – und umgekehrt! Diskriminierung und Toleranz sind nicht nur psychologisch zu verstehen. Das wissen die Herausgeber und verweisen auf andere Disziplinen, die größere Kontexte und Erklärungszusammenhänge erfassen. Entsprechend gibt es weitere Strategien gegen Diskriminierung, für die Förderung von Toleranz in Recht und Politik, in Bildung und Erziehung, durch Sozialarbeit und zivilgesellschaftliches Engagement. Nützlich wäre es gewesen, den Stellenwert psychologischer Forschung und Interventionsstrategien in diesem größeren Zusammenhang genauer zu bestimmen. Die Herausgeber bedauern außerdem selbst, dass Beiträge zu wichtigen Gruppen wie Behinderten, Muslimen, Juden, Asylbewerbern und Spätaussiedlern fehlen. Das liegt allerdings nur zum Teil an einem Mangel an Forschung, wenn man etwa an den Antisemitismus denkt. Kritisch bleibt schließ-

lich anzumerken, dass es nicht allen Autoren gelungen ist, sich genügend von der doch manchmal recht schwer verständlichen psychologischen Fachsprache zu lösen.

Gleichwohl: dies ist ein hoch verdienstvolles Handbuch, das einen vorzüglichen Überblick bietet und einer interessierten Öffentlichkeit den Zugang zum Thema erheblich erleichtert. Ein Handbuch also nicht nur für Studierende und Fachleute, sondern für Schule und Erwachsenenbildung, für Journalisten und politisch-sozial Engagierte. Lehrer können durch gezielte Lektüre Grundlagen und Anregungen für die Unterrichtsvorbereitung und Projekte, Schüler der Sekundarstufe II für Facharbeiten gewinnen. Als Standardwerk sollte dieses gelungene Handbuch in keiner Bibliothek fehlen.

Gerd Meyer

Eindeutschungsfähig?!

Roman Sobkowiak:

Eine polnisch-deutsche Biografie – im NS-Staat und in der jungen Bundesrepublik.

Herausgegeben von Silvester Lechner, Dokumentationszentrum Ober Kuhberg Ulm e.V.; Ulm, Klemm & Oelschläger 2009, 116 Seiten, 73 Abbildungen, 19,90 Euro

In der historischen Forschung zum Zweiten Weltkrieg ist in den vergangenen Jahren der Zusammenhang von Krieg und Besatzungspolitik mit Genozid und rassistisch motivierten „ethnischen Säuberungen“ deutlich herausgearbeitet worden. Schon in den 1950er Jahren veröffentlichte das Münchener Institut für Zeitgeschichte jene aufschlussreiche „Denkschrift“, in dem der Reichsführer SS Heinrich Himmler in seiner Funktion als „Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums“ seine „Gedanken über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten“ darlegte. Der Herausgeber der vorliegenden Publikation, der langjährige wissenschaftliche Leiter der Ulmer KZ-Gedenkstätte, Silvester Lechner, bezeichnet die Denkschrift zutreffend als „ein Schlüsseldokument“ zum Verständnis deutscher Besatzungspolitik im „Osten“. Der Text ist im Anhang der vorliegenden Publikation erneut wiedergegeben.

In Himmlers Sicht waren die Menschen in Polen und generell in Osteuropa einer „rassischen Musterung“ zu unterziehen. Während vorgeblich „rassisch Unerwünschte“ – hier sind vor allem Juden gemeint – der Vernichtung anheim fallen sollten, sollten „rassisch Minderwertige“ rücksichtslos als Arbeitskräfte aus-

gebeutet werden, während hingegen mutmaßliche Träger „germanischen Blutes“ als „eindeutschungsfähig“ galten.

Der nun vorliegende Erinnerungsbericht von Roman Sobkowiak ist ein seltenes autobiographisches Zeugnis. Es ist die Lebensgeschichte eines Mannes, der die Klassifizierung der „Eindeutschungsfähigkeit“ am eigenen Leib erlebt hat. Im Lager Litzmannstadt (Lodz) der bereits 1940 gegründeten „Umwandererzentralstelle“ UWZ, die die Selektionen vornahm, wurden die Familie Sobkowiak entsprechend eingestuft und schließlich in das „SS-Umsiedlungslager Schelklingen“ verbracht. In dieses Lager wurden neben Polen vor allem „Umsiedler“ aus dem Elsaß gebracht. In den Lagern sollten die Betroffenen neben politischer Schulung vor allem eines leisten: Arbeiten. Denn, wie neuere Studien zeigen, war die Arbeitsleistung ein wichtiges, wenn nicht faktisch das entscheidende Kriterium, das aus bisherigen „Polen“ nun „Deutsche“ werden lies.

Sobkowiak berichtet von der Musterung in Polen und dann vor allem vom Leben in Schelklingen: Die Ankunft im April 1942, wohin die Eltern bereits ein Jahr zuvor hingekommen waren, der Alltag im Lager, der erste Arbeitsplatz im Ulmer Musikhaus Reisser. Vor allem teilt Sobkowiak viele, viele Details und Einzelbeobachtungen mit, die den Bericht zu einer reichhaltigen historischen Quelle machen: Die öffentliche Hinrichtung eines polnischen Zwangsarbeiters wegen angeblicher „Rassenschande“, zu der zu „Abschreckungszwecken“ die polnischen Zwangsarbeiter der umliegenden Dörfer lastwagenweise herangeschafft wurden, die Präsenz französischer SS-Angehöriger auf Ulmer Straßen – „Begreifen konnte ich das lange nicht“ –, die pompöse Inszenierung der Beerdigung des zum Selbstmord genötigten Generalfeldmarschall Erwin Rommel im Oktober 1944 und vieles mehr.

Brenzlig wurde es für den Radiofachmann Sobkowiak, als er einmal selbst fast wegen „Feindsenderhören“ erwischt wurde. Schließlich berichtet Sobkowiak von den Bombardierungen Ulms, von der Besetzung Schelklingens durch US-Truppen und der folgenden französischen Besatzung.

Während die Eltern nach Kriegsende nach Polen zurückkehrten, blieb Roman Sobkowiak in Deutschland – vor allem der Liebe zur Freundin und späteren Ehefrau Liesl wegen.

Das Leben in der frühen Bundesrepublik war oft durch Diskriminierungen geprägt. Sobkowiak war staatenlos und seine Ehefrau war es durch die Heirat mit ihm geworden. Überdies wiesen

Name und Akzent zu deutlich auf die polnische Herkunft hin. „Der Nazismus war noch lange nicht aus den Köpfen verschwunden“, so Sobkowiak rückblickend. Seine Einbürgerungsurkunde erhielt Sobkowiak durch die Bundesrepublik Deutschland erst 1960. Sobkowiak konnte dennoch Fuß fassen und nach verschiedenen Arbeitsstätten wurde er schließlich 1951 als Radiomeister im Ulmer Telefunken-Röhrenwerk eingestellt, wo er nach und nach aufsteigen konnte. Insgesamt 33 Jahre blieb er bei Telefunken und wirkte u.a. bei der Entwicklung moderner Medientechnik mit.

Erst in den vergangenen Jahren widmete sich Sobkowiak der Verarbeitung und Vermittlung seiner gleichermaßen exemplarischen wie außergewöhnlichen Lebensgeschichte, u.a. als Zeitzeuge in Schulen.

Die Bedeutung dieses persönlichen Erinnerungsberichtes besteht über dem lokalgeschichtlichen Quellenwert hinaus nicht zuletzt darin, dass es in publizierter Form bislang keinen vergleichbar umfangreichen Erlebnisbericht eines ähnlich Betroffenen gibt. Der Band schließt mit einer Chronologie und einer Auswahl-Bibliographie und ist mit vielen Fotos durchgängig illustriert.

Christoph Kopke

Amok im Kopf. Warum Schüler töten.

Peter Langman:

Mit einem Vorwort von Klaus Hurrelmann.

Beltz Verlag, Weinheim und Basel 2009.
334 Seiten, 19,95 Euro.

Durch den Amoklauf in Winnenden am 11. März 2009 geriet das Thema Amok auf tragische Weise erneut in den Fokus der öffentlichen Diskussion. Eine solcherart exzessive Gewaltanwendung konnte man bis zu dem Amoklauf von Robert Steinhäuser in Erfurt im Jahre 2002 allenfalls aus den Vereinigten Staaten – etwas der Amoklauf an der Columbine High School im amerikanischen Littleton. Die Tat in Winnenden hinterließ Ratlosigkeit, nicht nur angesichts des Unvermögens, Amokläufe grundsätzlich verhindern zu können. Die Geschehnisse in Erfurt, Emsdetten und zuletzt in Winnenden hinterlassen stets die Frage, warum ein junger Mensch eine derart unfassbare Tat begeht. Seit vielen Jahren beschäftigt sich Peter Langman als Psychiater und Gutachter mit exakt dieser Frage: Warum entschließt sich ein Kind oder Jugendlicher, in seiner Schule Amok zu laufen? Langman, der unmittelbar nach dem

Schulmassaker – so der von ihm verwendete Terminus – an der Columbine High School (1999) in einer psychiatrischen Klinik in Kontakt mit einem potentiellen Nachahmungstäter kam, konzentriert sich in seiner fundierten, nunmehr auf Deutsch vorliegender Analyse auf zehn Täterstudien, die er nach den Geschehnissen an der Columbine High School als psychiatrischer Gutachter anfertigte. Seine zentrale These ist: Jugendliche Amokläufer sind psychisch krank. In all den zehn Einzelfällen, die Langman erörtert, konnte er bei den Tätern extrem starke psychische Störungen und pathologische Krankheitsbilder diagnostizieren. Er gruppiert die jugendlichen Täter in drei Krankengruppen bzw. ordnet diese drei Krankheitsbildern zu: psychopathische (S. 54–93) und psychotische (S. 96–175) Täter sowie traumatisierte Amokläufer (S. 178–211). Die ausführlichen Fallrekonstruktionen verdeutlichen in erschreckender Anschaulichkeit, wie deformiert das Innenleben dieser Einzeltäter war. Sie wurden – so die zentrale Aussage von Langmans Fallstudien – zu Tätern, weil sie wegen ihrer psychischen Krankheiten an ihrer eigenen Existenz verzweifeln, sich sowie ihre soziale Um- und Mitwelt nicht mehr ertragen konnten. Klaus Hurrelmann mahnt allerdings in seinem profunden Vorwort zur deutschen Ausgabe an, dass eine ausschließliche Konzentration auf die Persönlichkeit der Täter unzulässig ist. Die pathologische Facette müsse stets in einen größeren Kontext gestellt werden. In allen bisher bekannt gewordenen Amokläufen – so im Übrigen auch in Deutschland – spielt die Verfügbarkeit über Waffen und die Affinität zu Waffen eine entscheidende Rolle. Bei allen Tätern handelt es sich um junge Männer, bei denen ein problematisches soziales Umfeld konstatiert werden kann. Hierzu gehören zum Beispiel Probleme in der Eltern-Kind-Beziehung, die Flucht der Täter in eine mediale Scheinwelt, die „Gewöhnung“ an Gewalt durch menschenverachtende Kilierspiele, unsichere Beziehungen zu Gleichaltrigen, ein Mangel an Anerkennung bis hin zur sozialen Zurücksetzung. Erst diese Faktoren zusammen führen in einem verhängnisvollen Wechselspiel mit der Persönlichkeit der Jugendlichen zur Tat. Am Ende des Buches finden sich zehn „Lektionen“, wie man ein Schulmassaker verhindern kann. Aufgrund der Konzentration auf den Persönlichkeitsfaktor ist Langmans Forderung nahe liegend: Das Schweigen der Täter, aber auch das der Eltern, denen ihr Kind seltsam erscheint, zu brechen. Dies gilt auch für Freunde und Gleichaltrige, die

eine Drohung mitbekommen, und bezieht ebenso Lehrerinnen und Lehrer mit ein, die erste Anzeichen einer psychischen Verstörung registrieren. Langman thematisiert hier das sogenannte Leaking. Dies bedeutet, dass jugendliche Amokläufer direkt oder indirekt Tatfantasien oder Pläne für einen Amoklauf direkt oder indirekt „durchsickern“ lassen. Dieses Phänomen bietet mögliche Ansatzpunkte zur Früherkennung und zum gezielten Intervenieren. Letztlich kommt Langman zu dem Schluss, dass trotz schulischer Sicherheitsvorkehrungen und präventiver Maßnahmen eine „Restrisiko“ bestehen bleibt. Der beste Schutz ist somit immer noch eine Entdeckung im Vorfeld.

Siegfried Frech

Partisanen – Helden oder Banditen?

Bogdan Musial:

Sowjetische Partisanen 1941-1944. Mythos und Wirklichkeit.

Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn 2009.
592 Seiten, 39,90 Euro.

Der noch relativ junge Diskurs über Partisanen seit Mitte des 20. Jahrhunderts ist vielschichtig, multiperspektivisch, bewegt sich zwischen ganz unterschiedlichen Motivlagen und Erkenntnisinteressen und wird auch unter dem Label „irregulärer Krieg“ geführt. Eine entsprechende Rezeptionsgeschichte liegt derzeit jedoch noch nicht vor. Um die neue Studie von Bogdan Musial besser einordnen zu können, macht es deshalb Sinn, zunächst einen kurzen Blick auf die vorhandenen Ebenen der Auseinandersetzung zu werfen.

1. In der Forschung war bis in die 1960er Jahre hinein ein militärhistorischer Blick dominant, der in der westlichen Welt die Partisanenkriegsführung als ein kommunistisches Politikinstrument mit hohem Bedrohungs- und Gefahrenpotential analysierte.
2. Als Reaktion auf diese rein militärwissenschaftliche Betrachtung kommt es in den 1960er Jahren erstmals zu einer geisteswissenschaftlichen und systematischen Auseinandersetzung.
3. Damit verbunden ist eine biografiegeschichtliche Diskursebene, die sich mit Einzelpersonen beschäftigt wie z.B. mit Lawrence von Arabien, Che Guevara oder Andreas Hofer.
4. Ein weiterer Fokus in der Auseinandersetzung ist der konkret militärpolitische Blick, d.h. die Analyse als eine Befreiungs- und Widerstandsstrategie, wie z.B. von Mao Tse-tung.
5. Ganz anders gestaltet sich dagegen ein belletristischer Zugang, der sich in

der Qualität von trivialen Landser-Hefen über Kinder- und Jugendliteratur bis hin zur Weltliteratur von Ernest Hemingway mit „Wem die Stunde schlägt“ (1940) bewegt.

6. In Form von Zeitzeugenberichten findet vor allem seit den 1980er Jahren eine weitere Form der Aufarbeitung und Diskussion statt.

7. Die jüngste Blickrichtung stammt aus der sozialwissenschaftlichen und historischen Forschung mit differenzierten systematischen Fragestellungen.

8. Schließlich findet auch eine vergleichende Betrachtung statt. Es geht dabei um Abgrenzungen unterschiedlicher Formen des irregulären Kampfes.

Die aktuelle Studie von Musial ist in diesem Kontext im Bereich der sozialwissenschaftlich-historischen Forschung angesiedelt und bietet sowohl chronologische als auch systematische Aspekte des russischen Partisanenkrieges während des II. Weltkrieges. Eine Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Partisanen an sich findet jedoch nicht statt. Der Forschungsansatz basiert auf einer Quellenanalyse mit dem Ziel der Darstellung einer chronologischen Verlaufsgeschichte unter bestimmten systematischen Gesichtspunkten. Ein grundsätzlicher Diskurs über das Wesen von Partisanen und ihres irregulären Kampfes, z.B. auch durch einen Vergleich mit anderen Schauplätzen eines Partisanenkrieges, wird nicht geleistet.

Der polnische Historiker und Autor Bogdan Musial greift „lediglich“ eine Facette aus der Geschichte der Partisanenkämpfe heraus und unterzieht sie einer intensiven Analyse. Der Russische Partisanenkrieg 1941–1944 zählt mit zu den quantitativ und qualitativ intensivsten Partisanenaktionen im 20. Jahrhundert. Durch die Öffnung der sowjetischen Archive wurde es erstmals möglich, mit neuen Quellen diese Geschichte neu zu schreiben und dem oftmals evokativ-politischen Charakter älterer Studien quellen-gestützte Analysen entgegen zu halten. Musial konzentriert sich ausschließlich auf Weißrussland, also jenes Gebiet, das seit dem deutschen Überfall im Juni 1941 für die Deutsche Wehrmacht mit der „Heeresgruppe Mitte“ im Zentrum des Russlandkrieges stand.

Seine Analyse unterteilt er in zwei große Teile: einen historisch-chronologischen Teil und einen systematisch-problemorientierten Teil. Im ersten großen Abschnitt, der knapp 300 Seiten umfasst, beschreibt er nach Jahren getrennt sowohl mit Blick auf die Partisanen als auch auf die deutsche Besatzungsmacht und ihre Gegenstrategien den Verlauf des Partisanenkrieges. Es wird dabei deut-

lich, dass es sich nicht nur um vereinzelte Gruppen von Partisanen in diesem Gebiet handelte, sondern um eine „Zweite Front“ mit taktischen und strategischen Entscheidungen auf beiden Seiten, die allerdings, so Musial, nur bedingt kriegsentscheidend waren. Das Ausmaß des Grauens, das dabei für die Zivilbevölkerung entstand, verdeutlicht der Autor immer wieder mit Zahlen und Dokumenten: Im Sommer 1941 lebten ca. zehn Millionen Menschen in dem Gebiet Weißrusslands. Davon wurden bis 1944 ca. 800.000 Menschen von den deutschen Okkupanten umgebracht: bis zu 550.000 Juden, bis zu 250.000 Weißrussen und ca. 100.000 Angehörige anderer Volksgruppen. Musial nennt auch noch die Zahl von ca. 700.000 russischen Kriegsgefangenen als Opfer in weißrussischen Lagern, die meistens verhungerten.

Am Beispiel der Verlustzahlen auf beiden Seiten wird die statistische Problematik offizieller Meldungen aus der Vergangenheit deutlich: Aus den unterschiedlichen Verlustangaben auf sowjetischer Seite – erfahrungsgemäß werden die eigenen Verluste immer heruntergespielt – schließt Musial, dass sich die Partisanenverluste zwischen 1941 und 1944 auf mindestens 25.681 Gefallene, 11.697 Verschollene und 1.030 Gefangene belaufen. Demgegenüber sprechen die Meldungen der Heeresgruppe Mitte von 100.000 „vernichteten Partisanen“ allein bis Januar 1943. Auch wenn diese Zahl realistisch sein sollte, muss berücksichtigt werden, dass darin auch die zahlreichen Massaker an der Zivilbevölkerung im Zuge von „Partisanenmaßnahmen“ enthalten sind. Realistischer dürften die Verlustzahlen auf deutscher Seite sein, da das entsprechende Meldewesen der deutschen Kriegsbürokratie „lückenlos“ war. Die Verluste an deutschen Soldaten belaufen sich danach auf 6.000 bis 7.000. Die sowjetische Militäradministration gab dagegen ca. 470.000 getötete deutsche Soldaten im Partisanenkrieg Weißrusslands an.

Musial entwickelt eine differenzierte Chronologie des weißrussischen Partisanenkrieges und kommt zu folgenden Phasen und „Wenden“: 1941: Der schwierige Beginn; 1942: Wendepunkt; 1943: Höhepunkt; 1943/44: Schienenkrieg; 1944: Endphase und Einmarsch der Roten Armee in das Partisanengebiet.

Er relativiert offizielle „Erfolgsmeldungen“ auf beiden Seiten und den Mythos vom „heldenhaften Kampf“ partei- und sowjettreuer Kämpfer einerseits und andererseits die deutsche Propaganda von den „feigen Banden“. Der gnadenlose irreguläre Krieg wurde auf beiden Seiten mit aller Brutalität und Men-

schenverachtung geführt. Die meisten Opfer kommen dabei aus der Gruppe der unbeteiligten Zivilbevölkerung, die vor allem unter den deutschen „Antipartisanen-Aktionen“ extrem litt.

Erfolge und Misserfolge auf beiden Seiten werden ausführlich dargestellt und analysiert. Musial verdeutlicht die Dimensionen des Partisanenkriegs in Weißrussland anhand konkreter Zahlen: Der „Höhepunkt“ des Partisanenkrieges 1943 bedeutet: Im August 1942 gab es in Weißrussland 252 Partisanenabteilungen mit 27.444 Partisanen; im März 1943 waren es 562 Abteilungen mit 61.140 Partisanen und im Dezember 1943 wuchsen die Abteilungen auf 720 mit 123.420 Kämpfern an. Das waren ca. 70 Prozent aller operierenden sowjetischen Partisanen. Die Gesamtzahl betrug Ende 1943: 1.106 Abteilungen mit 175.510 Partisanen. Trotz dieser enormen quantitativen Entwicklung blieben entsprechende nachhaltige „Erfolge“ gegenüber der deutschen Besatzungsmacht jedoch aus. So kam es auf deutscher Seite 1943 und 1944 immer wieder zu großangelegten Antipartisanen-Aktionen, mit denen bestimmte Regionen – wie es im deutschen Sprachgebrauch hieß – „gesäubert“ werden sollten.

Neben der Phasen-Chronologie des weißrussischen Partisanenkrieges stehen vor allem systematische Aspekte im Vordergrund. Hier liegt nicht nur der Schwerpunkt, sondern auch die Stärke von Musials Darstellung. Der Alltag und ihre Probleme werden plastisch und konkret greifbar: Versorgung der Partisanen mit Waffen, Munition, Medikamenten und Lebensmitteln, Disziplinprobleme, Umgang mit Agenten und Verrätern, Koordinierung der verschiedenen Partisanengruppen, Krankheiten, interne Auseinandersetzungen, Übergriffe auf die Bevölkerung. Ausführlich beschäftigt sich Musial mit der Sozialgeschichte, d.h. mit der ethnischen Zusammensetzung, mit Zwangsrekrutierungen und mit der Rolle von Frauen. Intensiv wird auch die Situation der Juden und Polen und das Verhältnis zu den Partisanen erörtert. Vor allem das Schicksal der Juden – 1941 lebten ca. 840.000 Juden in Weißrussland und stellten die drittstärkste Bevölkerungsgruppe dar – wird ausführlich aufgezeigt. Das Verhältnis Juden-Partisanen war ambivalent. Juden wurden von Partisanen immer wieder umgebracht oder verfolgt, aber auch in ihren Abteilungen geduldet. Die meisten der ca. 30.000 bis 50.000 Flüchtlinge, die vor den Deutschen in die Wälder flohen, kamen jedoch um. Ein kleiner Teil schloss sich den Partisanen an bzw. gründete eigene Partisanengruppen. Diese Ge-

schichte jüdischer Partisanen, die vor allem in der Sowjetunion und in Polen operierten, wurde erst in den letzten Jahren durch Biografien und Forschungen an die Öffentlichkeit gebracht und beleuchtet ein bislang eher unbekanntes Kapitel des Partisanenkriegs im Zweiten Weltkrieg. In Weißrussland wird die Zahl der jüdischen Partisanen zwischen 5.000 und 15.000 geschätzt. Musial spricht von 2,6 Prozent aller sowjetischen Partisanen in Weißrussland.

Fazit: Neben der Chronologie des Partisanenkrieges sind es vor allem die sozialgeschichtlichen und sozialpsychologischen Facetten, die dem Band eine herausragende Bedeutung geben. Er zeichnet für die Forschung ein realistisches Bild des zentralen Partisanenkriegsschauplatzes in der Sowjetunion nach und bietet eine gute Gelegenheit, diesen barbarisch geführten irregulären Krieg neu zu deuten. Die Studie ist eine große Chance für einen zukünftigen politischen und historischen Diskurs und räumt mit Unwahrheiten und Legenden auf, die die Aufarbeitung bis heute belasten.

Ulrich Klemm

Kalte Kinder.

Ingrid Eißele:

**Sie kennen kein Mitgefühl.
Sie entgleiten uns.**

Verlag Herder, Freiburg im Breisgau 2009.
219 Seiten, 18,95 Euro.

Jugendgewalt ist in unserer Gesellschaft (beinahe) zum alltäglichen Phänomen

geworden. Jenseits aller sensationsgierigen Berichterstattung in den Medien offenbart von Kindern und Jugendlichen ausgeübte Gewalt psychische, soziale und gesellschaftliche Problemlagen. Klagen über Familien, die ihrer Erziehungsverantwortung nicht mehr gerecht werden, häufen sich. Kinder und Jugendliche leiden unter einem Mangel an sozialer Wärme und klagen über unzureichende Geborgenheit. Die Auflösung sozialer Milieus und eine zunehmende Individualisierung gehen bei Kindern und Jugendlichen einher mit Perspektivlosigkeit und Frustrationen, die sich durch Aggression und Gewalt Luft verschaffen. Ingrid Eißele thematisiert diesen Ursachenkomplex und nimmt dabei die Biografien sozial verhaltensauffälliger und gewalttätiger Jugendlicher sowie deren familiäres Umfeld in den Blick. In all den Einzelfallstudien wird deutlich, dass ein ausschlaggebender Faktor für die skrupellose Gewaltanwendung Jugendlicher mithin ein gravierender Mangel an Empathie ist. Die Fähigkeit, sich in andere einfühlen zu können, ist bei sozial verhaltensauffälligen und zu Gewalttätigkeiten neigenden Kindern und Jugendlichen oftmals nur unzureichend entwickelt. Ausgehend von Einzelfällen jugendlicher Gewalttäter entfaltet Eißele sensibel die Biografien von „kalten Kindern“ und zeigt die oft leidvollen Lebenswege und Facetten einer misslungenen Sozialisation auf. Die dichten Beschreibungen gewinnen durch fachkundige Abhandlungen über neurobiologische, entwicklungspsychologische, lerntheoretische und sozialpsychologische und familiäre Faktoren, die für

eine gelingende oder misslungene Entwicklung der Empathiefähigkeit ausschlaggebend sind. Konzise werden hierbei auch neuere Erkenntnisse der Hirnforschung und die Entdeckung der Spiegelneuronen – Nervenzellen, die bereits Säuglinge in Kontakt zu ihren Eltern bringen und die Basis für ein wechselseitiges intuitives Verständnis – dargelegt. Für die biografischen Studien werden bewusst Kinder aus unterschiedlichen sozialen Milieus gewählt. Die Auflösung verbindlicher familiärer Beziehungen und alltäglicher „Dschungelkrieg“ in der Familie sind kein ausschließliches Kennzeichen unterer sozialer Milieus. Auch Wohlstandsverwahrlosung kann zu Bindungslosigkeit und Empathiemangel führen. Ingrid Eißele beschreibt nicht nur Missstände. Das Buch macht auch Mut: Es lässt Sozialpädagogen, Therapeuten und Hebammen, die Eltern helfen, Gespür für die Bedürfnisse der Kleinsten zu entwickeln, zu Wort kommen. Am Beispiel des Präventionsprogramms „Faustlos“ des Heidelberger Psychoanalytikers Manfred Cierpka sowie der in der Grund- und Hauptschule Ammerbuch-Altingen praktizierten Schulkultur und Mediationspraxis werden Möglichkeiten geschildert, wie Empathiedefiziten pädagogisch wirksam begegnet werden kann. Das Buch der in Baden-Württemberg ansässigen Korrespondentin des Nachrichtenmagazins „Der Stern“ überzeugt durch eine verständliche, lesefreundliche Darstellung sowie den steten Wechsel zwischen essayistischen und analysierenden Textpassagen.

Siegfried Frech

Wenn Sie **DER BÜRGER IM STAAT** abonnieren möchten, erhalten Sie die Zeitschrift für nur € 12,80, vier Hefte im Jahr, frei Haus. Schicken Sie diesen Abschnitt zurück an:

Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt.

Sollten Sie jeweils drei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres nicht abbestellt haben, läuft das Abonnement weiter.

Hiermit erteile ich widerruflich die Abbuchungsermächtigung für den Jahresbezugspreis in Höhe von € 12,80.

Name, Vorname bzw. Organisation

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Geldinstitut

Konto-Nr.

BLZ

Datum, Unterschrift

Rechtlicher Hinweis:

Ich kann diese Bestellung binnen 14 Tagen widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung (Poststempel) an: Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt.

Ich habe von meinem Widerspruchsrecht Kenntnis genommen.

Datum, Unterschrift

LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG BADEN-WÜRTTEMBERG

Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Telefon 0711/164099-0, Service -66, Fax -77
lpb@lpb-bw.de, www.lpb-bw.de

Direktor: Lothar Frick -60
Büro des Direktors:
Sabina Wilhelm, Thomas Schinkel -62
Stellvertretender Direktor: Karl-Ulrich Tempel -40

Stabsstelle Kommunikation und Marketing
Leiter: Werner Fichter -63
Susanne Krieg -64

Abteilung Zentraler Service

Abteilungsleiter: Günter Georgi -10
Haushalt und Organisation: Gudrun Gebauer -12
Personal: Sabrina Gogel -13
Information und Kommunikation: Wolfgang Herterich -14
Siegfried Kloske, Haus auf der Alb, Tel.: 07125/152-137

Abteilung Demokratisches Engagement

Abteilungsleiter/Gedenkstättenarbeit*: Konrad Pflug -30
Landeskunde und Landespolitik*: Dr. Iris Häuser -20
Jugend und Politik*: Angelika Barth -22
Schülerwettbewerb des Landtags*: Monika Greiner -25
Thomas Schinkel -26
Frauen und Politik: Beate Dörr -29
Freiwilliges Ökologisches Jahr*: Steffen Vogel -35
Alexander Werwein/Charlotte Becher -36/-34
Stefan Paller -37

Abteilung Medien und Methoden

Abteilungsleiter/Neue Medien: Karl-Ulrich Tempel -40
Politik & Unterricht/Schriften zur politischen Landes-
kunde Baden-Württembergs: Dr. Reinhold Weber -42
Deutschland & Europa: Jürgen Kalb -43
Der Bürger im Staat/Didaktische Reihe:
Siegfried Frech -44
Politische Bildung Online/E-Learning: Susanne Meir -46
Politische Bildung Online: Jeanette Reusch-Mlynárik,
Haus auf der Alb, Tel.: 07125/125-136
Internet-Redaktion: Klaudia Saupe -49

Abteilung Haus auf der Alb

Tagungszentrum Haus auf der Alb,
Hanner Steige 1, 72574 Bad Urach
Telefon 07125/152-0, Fax -100
www.hausaufderalb.de

Abteilungsleiter/Gesellschaft und Politik:
Dr. Markus Hug -146
Schule und Bildung/Integration und Migration:
Robert Feil -139
Internationale Politik und Friedenssicherung/
Integration und Migration: Wolfgang Hesse -140
Europa – Einheit und Vielfalt: Dr. Karlheinz Dürr -147
Bibliothek/Mediothek: Gordana Schumann -121
Hausmanagement: Nina Deiß -109

Außenstellen

Regionale Arbeit
Politische Tage für Schülerinnen und Schüler
Veranstaltungen für den Schulbereich

Außenstelle Freiburg
Bertoldstraße 55, 79098 Freiburg
Telefon: 0761/20773-0, Fax -99
Leiter: Dr. Michael Wehner -77
Felix Steinbrenner -33

Außenstelle Heidelberg
Plöck 22, 69117 Heidelberg
Telefon: 06221/6078-0, Fax -22
Leiter: Wolfgang Berger -14
Alexander Ruser -13

Außenstelle Tübingen
Haus auf der Alb, Hanner Steige 1,
72574 Bad Urach
Telefon: 07125/152-133, Fax -145
Klaus Deyle -134

Projekt Extremismusprävention

Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Leiterin: Tina Schmidt-Böhringer -81
Assistentin: Regina Bossert -82

* Paulinenstraße 44-46, 70178 Stuttgart
Fax: 0711/164099-55

LpB-Shops/Publikationsausgaben

Bad Urach Hanner Steige 1, Telefon 07125/152-0
Montag bis Freitag
8.00–12.00 Uhr und 13.00–16.30 Uhr

Freiburg Bertoldstraße 55, Telefon 0761/20773-0
Dienstag und Donnerstag 9.00–17.00 Uhr

Heidelberg Plöck 22, Telefon 06221/6078-0
Dienstag 9.00–15.00 Uhr
Mittwoch und Donnerstag 13.00–17.00 Uhr

Stuttgart Staffenbergstraße 38,
Telefon 0711/164099-66
Montag und Mittwoch 14.00–17.00 Uhr

Newsletter „einblick“

anfordern unter www.lpb-bw.de